

2012

AGRARBERICHT



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement EVD
Bundesamt für Landwirtschaft BLW

Herausgeber

Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)
CH-3003 Bern
Telefon: 031 322 25 11
Telefax: 031 322 26 34
Internet: www.blw.admin.ch
Copyright: BLW, Bern 2012

Gestaltung

Artwork, Grafik und Design, St. Gallen

Fotos

- age fotostock
- Bundesamt für Landwirtschaft BLW
- Christof Sonderegger, Fotograf
- Gabriela Brändle, ART
- Hochstamm Seetal AG
- iStockphoto
- Peter Mosimann, Fotograf
- Peter Studer, Fotograf
- Philip Büchler
- SRF / P. Mosimann, «Ab auf die Alp»
- Switzerland Cheese Marketing AG

Bezugsquelle

BBL, Vertrieb Publikationen
CH-3003 Bern
Bestellnummern:
Deutsch: 730.680.12 d
Französisch: 730.680.12 f
Italienisch: 730.680.12 i
www.bundespublikationen.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

■ Vorwort	6
■ 1. Bedeutung und Lage der Landwirtschaft	9
■ 1.1 Ökonomie	9
1.1.1 Landwirtschaft als Teil der Volkswirtschaft	10
1.1.1.1 Strukturentwicklungen	10
1.1.1.2 Wirtschaftliche Kennziffern	15
1.1.1.3 Bundesaussgaben	19
1.1.2 Märkte	21
1.1.2.1 Milch und Milchprodukte	22
1.1.2.2 Tiere und tierische Erzeugnisse	27
1.1.2.3 Pflanzenbau und pflanzliche Produkte	32
1.1.3 Wirtschaftliche Lage des Gesamtsektors	40
1.1.3.1 Sektor-Einkommen 2011	40
1.1.3.2 Schätzung des Sektor-Einkommens 2012	42
1.1.4 Wirtschaftliche Lage der Einzelbetriebe	45
1.1.4.1 Einkommen und Arbeitsverdienst	46
1.1.4.2 Weitere betriebswirtschaftliche Kennzahlen	49
■ 1.2 Soziales und Gesellschaft	51
1.2.1 Einkommen und Verbrauch	52
1.2.2 Frauen in der Landwirtschaft	54
1.2.2.1 Charakterisierung der an der Untersuchung beteiligten Frauen	57
1.2.2.2 Status und Rollen der Frauen	59
1.2.2.3 Einkommen und soziale Absicherung der Frauen	67
1.2.2.4 Arbeitsumfang und Belastungen der Frauen	70
1.2.2.5 Befindlichkeit und Zukunftsaussichten der Frauen	77
1.2.2.6 Fazit	82
1.2.3 Einschätzungen der Bevölkerung zur Landwirtschaft	83
1.2.4 Nahrungsmittelabfälle	89
■ 1.3 Ökologie und Ethologie	93
1.3.1 Ökologie	93
1.3.1.1 Flächennutzung und Produktionsmittel	94
1.3.1.2 Stickstoff	96
1.3.1.3 Wasser	106
1.3.1.4 Pflanzenschutzmittel	108
1.3.1.5 Tierarzneimittel	111
1.3.2 Ethologie	113

■ 2.	Agrarpolitische Massnahmen	117
■ 2.1	Produktion und Absatz	117
2.1.1	Übergreifende Instrumente	119
2.1.1.1	Schweizerische Land- und Ernährungswirtschaft unterzeichnet Qualitäts-Charta	119
2.1.1.2	Branchen- und Produzentenorganisationen	120
2.1.1.3	Absatzförderung	121
2.1.1.4	Kennzeichnung von Landwirtschaftsprodukten	122
2.1.1.5	Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft	126
2.1.1.6	Instrumente des Aussenhandels	127
2.1.2	Milchwirtschaft	132
2.1.3	Viehwirtschaft	137
2.1.4	Pflanzenbau	144
■ 2.2	Direktzahlungen	151
2.2.1	Bedeutung der Direktzahlungen	152
2.2.1.1	Neuerungen 2012	159
2.2.2	Allgemeine Direktzahlungen	160
2.2.2.1	Flächenbeiträge	160
2.2.2.2	Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	161
2.2.2.3	Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	162
2.2.2.4	Hangbeiträge	163
2.2.2.5	Neuerungen 2012	164
2.2.3	Ökologische Direktzahlungen	165
2.2.3.1	Ökobeiträge	165
2.2.3.2	Ethobeiträge	177
2.2.3.3	Sommerungsbeiträge	178
2.2.3.4	Beiträge für den Gewässerschutz	180
2.2.3.5	Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen	184
2.2.3.6	Neuerungen 2012	184
2.2.4	Landschaftsqualitätsbeiträge für vielfältige Kulturlandschaften	185
■ 2.3	Grundlagenverbesserung	187
2.3.1	Strukturverbesserungen und soziale Begleitmassnahmen	188
2.3.1.1	Strukturverbesserungen	188
2.3.1.2	Soziale Begleitmassnahmen	191
2.3.1.3	Gemeinschaftliche Projektinitiative ist Grundlage für Projekt zur regionalen Entwicklung	192
2.3.1.4	50 Jahre Investitionskredite – ein agrarpolitisches Erfolgsmodell!	194
2.3.1.5	Betriebshilfedarlehen unter der Lupe der Evaluatoren	197
2.3.2	Landwirtschaftliches Wissen – forschen, beraten, bilden	200
2.3.2.1	Landwirtschaftliches Wissenssystem	200
2.3.2.2	Forschung	202
2.3.2.3	Beratung	204
2.3.2.4	Berufsbildung	205

2.3.3	Produktionsmittel	207
2.3.3.1	Neues Futtermittelrecht	207
2.3.3.2	Codex Alimentarius TF Feed	208
2.3.3.3	Neue Schadorganismen	209
2.3.3.4	Gentechnisch veränderte Organismen in Futtermitteln	211
2.4	Spezialthemen	212
2.4.1	Finanzinspektorat	212
2.4.2	Vernetzung der Agrar-Datenbanken	214
2.4.3	Bundeseinheit für die Lebensmittelkette	216
3.	Internationale Aspekte	219
3.1	Internationale Entwicklungen	219
3.1.1	Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich	220
3.1.2	Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU	221
3.1.3	Agrarabkommen Schweiz – EU	223
3.1.4	Protokoll Nr. 2	224
3.1.5	Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nach 2013	224
3.1.6	Beziehungen im Agrarbereich zum Fürstentum Liechtenstein	226
3.1.7	WTO	227
3.1.8	OECD	229
3.1.9	FAO	232
3.1.10	Klimawandel und Ernährungssicherheit	233
3.1.11	Konferenz von Rio+20	234
3.1.12	Internationaler Getreiderat und Lebensmittelhilfe-Übereinkommen	235
3.2	Internationale Vergleiche	237
3.2.1	Produzenten- und Konsumentenpreise – Vergleich mit den Nachbarländern	237
■	Mitarbeit am Agrarbericht 2012	242
■	Stichwortverzeichnis	244
Anhang	A1
	Tabellen	A2
	Postulat Graf Maya	A57
	Rechtserlasse, Begriffe und Methoden	A59
	Abkürzungen	A60
	Literatur	A62

Vorwort



Der Nationalrat hat am 19. September 2012 als Erstrat die Agrarpolitik 2014–2017 behandelt. Damit nehmen die künftigen Rahmenbedingungen für die Agrar- und Ernährungswirtschaft Gestalt an. In den Kernpunkten ist der Nationalrat der Vorlage des Bundesrates gefolgt. Dies gilt insbesondere für das weiterentwickelte Direktzahlungssystem. Mit dem neuen System können die Leistungen der Landwirtschaft gezielter als bisher gefördert werden. Das erhöht den Spielraum für die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter, verbessert die Effizienz der eingesetzten Finanzmittel und stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in die Agrarpolitik. Insgesamt bietet die Agrarpolitik 2014–2017 Rahmenbedingungen, die eine gleichgewichtige Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit ermöglichen.

Die Entwicklungen in den drei Dimensionen Ökonomie, Soziales und Ökologie der Nachhaltigkeit sind zentraler Bestandteil der Berichterstattung im Agrarbericht. Für das Berichtsjahr 2011 zeigt sich im ökonomischen Bereich nach zwei Jahren mit rückläufigen landwirtschaftlichen Einkommen je Betrieb ein Anstieg um 7,8 % gegenüber dem Vorjahr. Ein Blick auf die Einkommensentwicklung der letzten zehn Jahre macht deutlich, dass das Jahr 2011 zu den Jahren mit überdurchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommen je Betrieb zählt. Dabei kann auch festgestellt werden, dass der Durchschnitt der letzten fünf Jahre etwas über demjenigen der vorangegangenen Fünfjahresperiode liegt. Dies gilt noch etwas verstärkt für das Gesamteinkommen eines Betriebes, da die ausserlandwirtschaftlichen Einkommen im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auch höher sind als in der Fünfjahresperiode davor. Die Landwirtschaft ist heute viel stärker auf den Markt ausgerichtet als noch vor 20 Jahren. Bauernfamilien haben mehr Spielraum für die Betriebsentwicklung. Den Einen gelingt es besser damit umzugehen als den Andern. Dies kann immer deutlicher auch an den Buchhaltungsergebnissen abgelesen werden. Während die Betriebe im obersten Quartil die landwirtschaftlichen Einkommen in den letzten zehn Jahren erheblich steigern konnten, sind jene der Betriebe im untersten Quartil zurückgegangen. In den nächsten Jahren wird dieser Entwicklung vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken sein.

Die Entwicklungen in den drei Dimensionen Ökonomie, Soziales und Ökologie der Nachhaltigkeit sind zentraler Bestandteil der Berichterstattung im Agrarbericht. Für das Berichtsjahr 2011 zeigt sich im ökonomischen Bereich nach zwei Jahren mit rückläufigen landwirtschaftlichen Einkommen je Betrieb ein Anstieg um 7,8 % gegenüber dem Vorjahr. Ein Blick auf die Einkommensentwicklung der letzten zehn Jahre macht deutlich, dass das Jahr 2011 zu den Jahren mit überdurchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommen je Betrieb zählt. Dabei kann auch festgestellt werden, dass der Durchschnitt der letzten fünf Jahre etwas über demjenigen der vorangegangenen Fünfjahresperiode liegt. Dies gilt noch etwas verstärkt für das Gesamteinkommen eines Betriebes, da die ausserlandwirtschaftlichen Einkommen im Durchschnitt der letzten fünf Jahre auch höher sind als in der Fünfjahresperiode davor. Die Landwirtschaft ist heute viel stärker auf den Markt ausgerichtet als noch vor 20 Jahren. Bauernfamilien haben mehr Spielraum für die Betriebsentwicklung. Den Einen gelingt es besser damit umzugehen als den Andern. Dies kann immer deutlicher auch an den Buchhaltungsergebnissen abgelesen werden. Während die Betriebe im obersten Quartil die landwirtschaftlichen Einkommen in den letzten zehn Jahren erheblich steigern konnten, sind jene der Betriebe im untersten Quartil zurückgegangen. In den nächsten Jahren wird dieser Entwicklung vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken sein.

Am 16. Oktober 2012 wurden in Grangeneuve die Ergebnisse einer Studie zu den Frauen in der Landwirtschaft präsentiert. Die Resultate sind im Kapitel Soziales und Gesellschaft dargestellt. Die Untersuchung zeigt ein differenziertes Bild über Rolle, Status, Belastungen und Zukunftsbild der Frauen in der Landwirtschaft. Sie engagieren sich stark auf und auch ausserhalb des Betriebs. Ihr Arbeitspensum ist hoch. Mehrheitlich sind sie mit dem Leben zufrieden und sehen der eigenen Zukunft und derjenigen ihres Betriebes optimistisch entgegen. Die Studie macht deutlich, welche wichtige Rolle die Frauen bei der Entwicklung der Landwirtschaft in den letzten Jahren gespielt haben. Sie haben den Wandel in der Landwirtschaft entscheidend mitgeprägt. Ihr Engagement, ihr Veränderungswille und ihr Ideenreichtum ist auch für die Zukunft gefragt. Und das BLW will den Dialog über die Anliegen der Frauen, insbesondere mit dem Bäuerinnen- und Landfrauenverband, weiterführen.

Die Preise auf den internationalen Agrarmärkten schwanken in den letzten Jahren stark. So sind die Preise für Getreide und Soja nach Mitte dieses Jahres erneut in bedeutendem Ausmass angestiegen. Das weltweite Angebot kann dieses Jahr die Nachfrage nicht decken, da in Hauptanbaugebieten wie dem Mittleren Westen der USA durrebedingte Produktionsausfälle zu verzeichnen sind. Die Unsicherheiten auf den internationalen Agrarmärkten dürften auch künftig anhalten. Immer mehr zeigt sich, wie wichtig Anstrengungen sind, die Produktivität der Landwirtschaft aufrechtzuerhalten und insbesondere auch weiter zu erhöhen. Nachhaltig produktiv ist die Landwirtschaft aber nur, wenn sie ressourcenschonend produziert. Die ökologischen Aspekte dürfen bei der Produktion von Nahrungsmitteln deshalb nicht vernachlässigt werden. Intensiv und ökologisch, das ist die Devise für die Zukunft. In der Schweiz konnte die Stickstoffeffizienz in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gesteigert werden, wie dem Kapitel Ökologie entnommen werden kann. Die Ziele, den Stickstoffeinsatz auf ein ökologisch optimales Mass zu reduzieren, konnten allerdings damit nicht erreicht werden. Weitere Anstrengungen sind notwendig. Dies gilt auch für andere Aspekte wie den Energieeinsatz oder die Biodiversität.

Wie sieht die Schweizer Bevölkerung die Schweizer Landwirtschaft und die Agrarpolitik? 2012 gab es dazu eine Univox-Umfrage, deren Ergebnisse im Kapitel Soziales und Gesellschaft zusammengefasst sind. Die befragten Schweizerinnen und Schweizer haben ein positives Bild von der Landwirtschaft, und sie sind bereit, diese im heutigen Umfang finanziell zu unterstützen. Interessant ist, dass die Bevölkerung 2012 einer Markttöffnung gegenüber der EU weit offener gegenübersteht als noch bei der letzten Umfrage vor drei Jahren.

Für die nahe Zukunft ist die volle Aufmerksamkeit der weiteren parlamentarischen Debatte der Agrarpolitik 2014–2017 im Parlament zu widmen. Danach gilt es, die Ausführungsbestimmungen auszuarbeiten und im nächsten Jahr breit zu vernehmlassen, damit die neuen Rahmenbedingungen 2014 fristgerecht umgesetzt werden können. Darüber hinaus werden auch Fragen rund um Markttöffnungen aktuell bleiben und schliesslich ist es eine Daueraufgabe, ein nachhaltiges Schweizer Land- und Ernährungssystem auf vielfältige Art und Weise weiter voranzubringen. Das BLW will dazu aktiv beitragen.



Bernard Lehmann

Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft



1. Bedeutung und Lage der Landwirtschaft

1.1 Ökonomie

Die Landwirtschaft ist auf eine ausreichende wirtschaftliche Basis angewiesen, damit sie die von ihr verlangten Leistungen erbringen kann. Die Darstellung der ökonomischen Auswirkungen der Agrarpolitik bilden deshalb einen wichtigen Bestandteil der Berichterstattung. Diese gibt unter anderem Auskunft über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe, über die Strukturentwicklungen, über die Verflechtungen zur übrigen Wirtschaft oder über die Verhältnisse auf den verschiedenen Märkten.

Im Folgenden werden die ökonomische Stellung der Landwirtschaft als Teil der Volkswirtschaft dargestellt, Informationen über Produktion, Verbrauch, Aussenhandel, Produzenten- und Konsumentenpreise auf den einzelnen Märkten vermittelt sowie die wirtschaftliche Lage des Gesamtsektors und der Einzelbetriebe aufgezeigt.



1.1.1 Landwirtschaft als Teil der Volkswirtschaft

1.1.1.1 Strukturentwicklungen

Bei der Analyse der Strukturen in der Landwirtschaft wird der Fokus auf die Zahl der Betriebe und deren Grössenverhältnisse und auf die Zahl der Beschäftigten gelegt. Die folgenden Abschnitte orientieren über die Veränderungen dieser beiden Strukturmerkmale. Neu wird ein Abschnitt mit Angaben zu den Frauen in der Landwirtschaft präsentiert.

■ Betriebe

Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ging in den ersten 11 Jahren des neuen Jahrtausends insgesamt um 12 920 Einheiten oder jährlich um 1,8 % zurück. Im Berichtsjahr war die Abnahmerate mit 2,5 % höher. Die deutlich höhere Abnahmerate ist darauf zurückzuführen, dass weit mehr kleine Betriebe der Grössenklasse 0–3 ha aufgegeben wurden als in den Vorjahren.

Tabelle 1
Seite A2

Entwicklung der Anzahl Betriebe nach Grössenklassen und Regionen

Merkmal	Anzahl Betriebe			Veränderung pro Jahr in %	
	2000	2010	2011	2000–2011	2010–2011
Grössenklasse					
0–3 ha	8 371	6 659	6 123	–2,8	–8,0
3–10 ha	18 542	12 655	12 159	–3,8	–3,9
10–20 ha	24 984	19 305	18 728	–2,6	–3,0
20–25 ha	7 244	6 761	6 641	–0,8	–1,8
25–30 ha	4 430	4 671	4 679	0,5	0,2
30–50 ha	5 759	7 050	7 208	2,1	2,2
> 50 ha	1 207	1 964	2 079	5,1	5,9
Region					
Talregion	31 612	26 297	25 575	–1,9	–2,7
Hügelregion	18 957	16 221	15 872	–1,6	–2,2
Bergregion	19 968	16 547	16 170	–1,9	–2,3
Total	70 537	59 065	57 617	–1,8	–2,5

Quelle: BFS

In den einzelnen Regionen war die Abnahmerate zwischen 2000 und 2011 in der Tal- und Bergregion mit 1,9 % gleich hoch, in der Hügelregion mit 1,6 % etwas tiefer. Im Berichtsjahr lag sie in allen Regionen über 2 % pro Jahr, in der Talregion mit 2,7 % pro Jahr am höchsten.

Entwicklung der Anzahl Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe nach Regionen

Merkmal	Anzahl Betriebe			Veränderung pro Jahr in %	
	2000	2010	2011	2000–2011	2010–2011
Haupterwerbsbetriebe					
Talregion	23 536	19 261	18 875	–2,0	–2,0
Hügelregion	13 793	11 402	11 195	–1,9	–1,8
Bergregion	11 910	10 771	10 543	–1,1	–2,1
Total	49 239	41 434	40 613	–1,7	–2,0
Nebenerwerbsbetriebe					
Talregion	8 076	7 036	6 700	–1,7	–4,8
Hügelregion	5 164	4 819	4 677	–0,9	–2,9
Bergregion	8 058	5 776	5 627	–3,2	–2,6
Total	21 298	17 631	17 004	–2,0	–3,6

Quelle: BFS

Die Abnahmerate war bei den Haupterwerbsbetrieben zwischen 2000 und 2011 mit 1,7 % pro Jahr insgesamt etwas tiefer als bei den Nebenerwerbsbetrieben mit 2 % pro Jahr. Grössere Differenzen zeigen sich zwischen den Regionen. Bei den Haupterwerbsbetrieben waren die Abnahmeraten mit 2 % in der Tal- und Hügelregion doppelt so hoch wie in der Bergregion. Anders präsentiert sich das Bild bei den Nebenerwerbsbetrieben. Dort ist die Abnahmerate in der Bergregion mit 3,2 % mit Abstand am höchsten, gefolgt von der Talregion mit 1,7 % und der Hügelregion mit 0,9 %. Im Berichtsjahr waren die Abnahmeraten bei den Nebenerwerbsbetrieben in der Tal- und Hügelregion deutlich höher als im langjährigen Vergleich, in der Bergregion hingegen etwas tiefer.

■ Beschäftigte

Der Rückgang der Anzahl Landwirtschaftsbetriebe ist mit einer Reduktion der Anzahl Beschäftigten verbunden.

Entwicklung der Anzahl Beschäftigten

Merkmal	Anzahl Beschäftigte			Veränderung pro Jahr in %	
	2000	2010	2011	2000–2011	2010–2011
Familieneigene	165 977	136 209	133 566	–2,0	–1,9
davon:					
Betriebsleiter	74 724	56 238	54 903	–2,8	–2,4
Betriebsleiterinnen	2 346	2 827	2 714	1,3	–4,0
Familienfremde	37 816	31 253	30 501	–1,9	–2,4
Total	203 793	167 462	164 067	–2,0	–2,0

Quelle: BFS

Zwischen 2000 und 2011 ist die Zahl der Beschäftigten insgesamt um rund 40 000 Personen gesunken. Die Abnahme pro Jahr war mit 2 % leicht höher als diejenige bei den Betrieben. Dabei war der Rückgang bei den familieneigenen und familienfremden Arbeitskräften prozentual praktisch gleich hoch, absolut ging die Anzahl der familieneigenen Arbeitskräfte um rund 32 400, diejenige der familienfremden um 7 300 zurück. Zugenommen hat in diesen elf Jahren die Zahl Betriebsleiterinnen unter den familieneigenen Arbeitskräften.

■ Tabelle 2
Seite A2

■ Frauen in der Landwirtschaft

An dieser Stelle werden erstmals Zahlen zu den in der Landwirtschaft tätigen Frauen und den von ihnen geführten Betrieben präsentiert. Diese Analyse soll in Zukunft jährlich durchgeführt werden.

Insgesamt war 2011 bei 2 714 Betrieben eine Frau Betriebsleiterin. Dies entspricht 4,7 % aller Betriebe. Die Zahl der von Frauen geführten Landwirtschaftsbetriebe nahm zwischen 2000 und 2011 um rund 370 Einheiten oder 1,3 % pro Jahr zu. Dabei war die Anzahl 2010 mit 2 827 am höchsten, 2011 war ein Rückgang auf 2 714 zu verzeichnen.

Entwicklung der Anzahl von Frauen geleiteten Betriebe nach Grössenklassen und Regionen

Merkmal	Anzahl von Frauen geleiteten Betriebe			Veränderung pro Jahr in %	
	2000	2010	2011	2000–2011	2010–2011
Grössenklasse					
0–3 ha	654	666	578	–1,1	–13,2
3–10 ha	1 116	1 092	1 053	–0,5	–3,6
10–20 ha	418	719	704	4,9	–2,1
20–25 ha	59	136	152	9,0	11,8
25–30 ha	36	83	97	9,4	16,9
30–50 ha	52	109	109	7,0	0,0
> 50 ha	11	22	21	6,1	–4,5
Region					
Talregion	924	1 111	1 042	1,1	–6,2
Hügelregion	580	725	715	1,9	–1,4
Bergregion	842	991	957	1,2	–3,4
Total	2 346	2 827	2 714	1,3	–4,0

Quelle: BFS

Die von Frauen geführten Betriebe sind in den Grössenklassen bis 10 ha im Verhältnis zur Gesamtheit der Betriebe übervertreten, in den Grössenklassen ab 10 ha ist der Anteil entsprechend unterdurchschnittlich. Das bedeutet auch, dass die von Frauen geführten Betriebe durchschnittlich kleiner sind als die Gesamtheit der Betriebe. Allerdings ist auch bei den von Frauen geführten Betrieben eine Bewegung hin zu den Grössenklassen mit mehr Fläche zu beobachten.

Die Verteilung der Betriebe nach Region ist 2011 ähnlich wie bei allen Betrieben. In der Talregion ist der Anteil mit 38 % etwas tiefer als beim Total der Betriebe mit 44 %, in der Hügelregion ist der Unterschied gering (26 % zu 28 %) und in der Bergregion ist der Anteil mit 35 % zu 28 % etwas höher.

Entwicklung der Anzahl von Frauen geleiteten Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe nach Regionen

Merkmal	Anzahl von Frauen geleiteten Betriebe			Veränderung pro Jahr in %	
	2000	2010	2011	2000–2011	2010–2011
Haupterwerbsbetriebe					
Talregion	331	571	541	4,6	–5,3
Hügelregion	175	298	287	4,6	–3,7
Bergregion	211	418	410	6,2	–1,9
Total	717	1 287	1 238	5,1	–3,8
Nebenerwerbsbetriebe					
Talregion	593	540	501	–1,5	–7,2
Hügelregion	405	427	428	0,5	0,2
Bergregion	631	573	547	–1,3	–4,5
Total	1 629	1 540	1 476	–0,9	–4,2

Quelle: BFS

Bei den von Frauen geführten Betrieben ist die Verteilung der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe anders als bei allen Betrieben. Während bei Letzteren über zwei Drittel der Betriebe im Haupterwerb geführt werden, sind es bei den von Frauen geführten Betrieben weniger als die Hälfte. Dieses Verhältnis hat sich zwischen 2000 und 2011 allerdings klar zugunsten der Haupterwerbsbetriebe verschoben.

Entwicklung der Anzahl beschäftigten Frauen

Merkmal	Anzahl beschäftigte Frauen			Veränderung pro Jahr in %	
	2000	2010	2011	2000–2011	2010–2011
Familieneigene	64 292	51 391	50 617	–2,2	–1,5
davon Betriebsleiterinnen	2 346	2 827	2 714	1,3	–4,0
Familienfremde	10 340	9 873	9 542	–0,7	–3,4
davon Familienfremde CH	6 786	5 528	5 307	–2,2	–4,0
davon Ausländerinnen	3 554	4 345	4 235	1,6	–2,5
Frauen	74 632	61 264	60 159	–1,9	–1,8

Quelle: BFS

Die 60 159 in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen machten 2011 einen Drittel aller in der Landwirtschaft beschäftigten Personen aus. Zwischen 2000 und 2011 sank die Zahl der beschäftigten Frauen insgesamt um rund 14 500. Dieser Rückgang war prozentual ungefähr gleich hoch wie bei der Gesamtheit der Beschäftigten. Zum grössten Teil geht der Rückgang bei den Frauen auf das Konto der familieneigenen Beschäftigten. Während die Anzahl der familieneigenen beschäftigten Frauen um 13 700 (–21,3 %) Personen abnahm, wurden bei den familienfremden beschäftigten Frauen 800 (–7,7 %) weniger gezählt.

2010 wurde vom BFS im Rahmen der landwirtschaftlichen Betriebszählung eine Zusatzerhebung durchgeführt, die auch gewisse Daten über die Betriebsleiterinnen sowie die Ehegattinnen von Betriebsleitern erfasst hat.

Berufsbildung der Betriebsleiterinnen

Merkmal	2010
	Anteil in %
Nur praktische Erfahrung	64
Abgeschlossene Grundausbildung Landwirtschaft (Fähigkeitszeugnis)	23
Weiterführende Ausbildung (Berufsprüfung, Fachhochschule, Hochschule)	13

Quelle: BFS

Es fällt auf, dass beinahe zwei Drittel der befragten Betriebsleiterinnen «nur praktische Erfahrung» als Berufsbildung angeben. Eine weiterführende Ausbildung können 13 % der Betriebsleiterinnen vorweisen.

Werden Betriebsleiterinnen mit den Ehegattinnen verglichen, so zeigt sich, dass die Betriebsleiterinnen im Durchschnitt vier Jahre älter sind (51 zu 47 Jahre). Und sie sind zum grössten Teil alleinige Betriebsinhaberinnen (70 % zu 3 %). Als Mit-Betriebsinhaberin bezeichnen sich 30 % der Betriebsleiterinnen, bei den Ehegattinnen sind es 16 %.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit (ohne Haushalt) auf dem Betrieb liegt bei den Betriebsleiterinnen bei 40 Stunden, das sind 13 Stunden mehr als bei den Ehegattinnen. Bei der ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit kommen die Betriebsleiterinnen auf 22 Stunden pro Woche, 5 Stunden mehr als die Ehegattinnen.



1.1.1.2 Wirtschaftliche Kennziffern

■ Bruttowertschöpfung

Die Schweizer Wirtschaft erreichte im Berichtsjahr eine Bruttowertschöpfung von 555 Mrd. Fr. Das sind rund 12 Mrd. Fr. oder 2,2 % mehr als im Vorjahr. Der Anteil des Primärsektors lag bei 0,8 %. Davon entfielen fast neun Zehntel auf die Landwirtschaft.

Entwicklung der Bruttowertschöpfung der drei Wirtschaftssektoren

Angaben zu laufenden Preisen

Sektor	2000	2009	2010 ²	2011 ²	Anteil 2011	Veränderung 2009/11
	In Mio. Fr.				in %	in %
Primärsektor	5 408	4 512	4 336	4 308	0,8	−4,5
davon Landwirtschaft nach LGR	4 823	4 035	3 827 ¹	3 835 ³	0,7	−5,0
Sekundärsektor	107 378	135 850	142 041	145 346	26,2	7,0
Tertiärsektor	293 177	384 053	396 632	405 286	73,0	5,5
Total	405 963	524 415	543 009	554 940	100,0	5,8

Anmerkung: Auf Grund der Teilrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom Juni 2012 wurden alle Zeitreihen der Aggregate dieser Tabelle geändert.

1 Halbdefinitiv

2 Provisorisch

3 Schätzung

Quelle: BFS

■ Aussenhandel

Der Schweizer Aussenhandel hat im Berichtsjahr die positiven Ergebnisse von 2010 bestätigt: Die Ein- und Ausfuhren waren mit 183,7 Mrd. Fr. bzw. 207,9 Mrd. Fr. um 0,3 % resp. 2,3 % höher als im Vorjahr. Die Handelsbilanz schloss 2011 mit einem Exportüberschuss von 24,2 Mrd. Fr. ab, das sind 4 Mrd. Fr. mehr als 2010.

Entwicklung des Aussenhandels

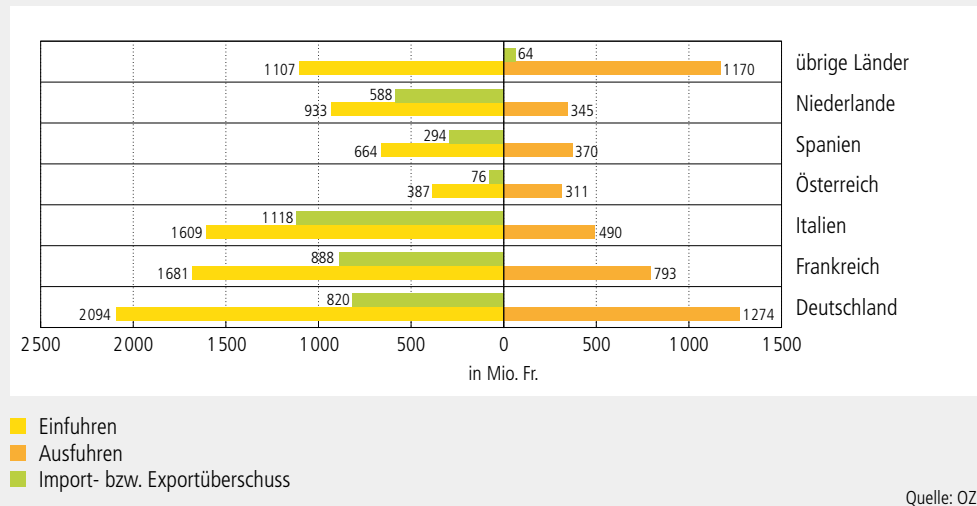
	2000/02	2009	2010	2011	2000/02–11
	Mrd. Fr.				%
Einfuhren total	137,2	168,8	183,1	183,7	33,9
Landwirtschaftsprodukte	8,5	11,5	11,5	11,4	34,1
davon aus EU 27	6,4	8,9	8,8	8,5	32,8
Ausfuhren total	137,0	187,2	203,3	207,9	51,8
Landwirtschaftsprodukte	3,5	7,5	7,8	7,8	122,9
davon in EU 27	2,5	4,8	4,8	4,8	92,0

Quelle: OZD

Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat sich im Berichtsjahr insgesamt positiv entwickelt. Gegenüber 2010 gingen die Importe wertmässig leicht zurück und die Exporte konnten auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Die Handelsbilanz bei den Landwirtschaftsprodukten schloss zwar auch 2011 mit einem Importüberschuss ab, aber gegenüber dem Jahr zuvor hat sich dieser nochmals verringert und mit 3,6 Mrd. Fr. war er so tief wie noch nie.

Im Berichtsjahr stammten rund 74 % der Landwirtschaftsimporte aus der EU. 61 % der Exporte wurden in den EU-Raum getätigt. Im Vergleich zu 2010 gingen die Importe aus der EU um 0,3 Mrd. Fr. zurück und die Exporte in den EU-Raum blieben stabil. Die Handelsbilanz mit der EU bei den Landwirtschaftsprodukten schloss 2011 mit einem Importüberschuss von 3,7 Mrd. Fr. ab.

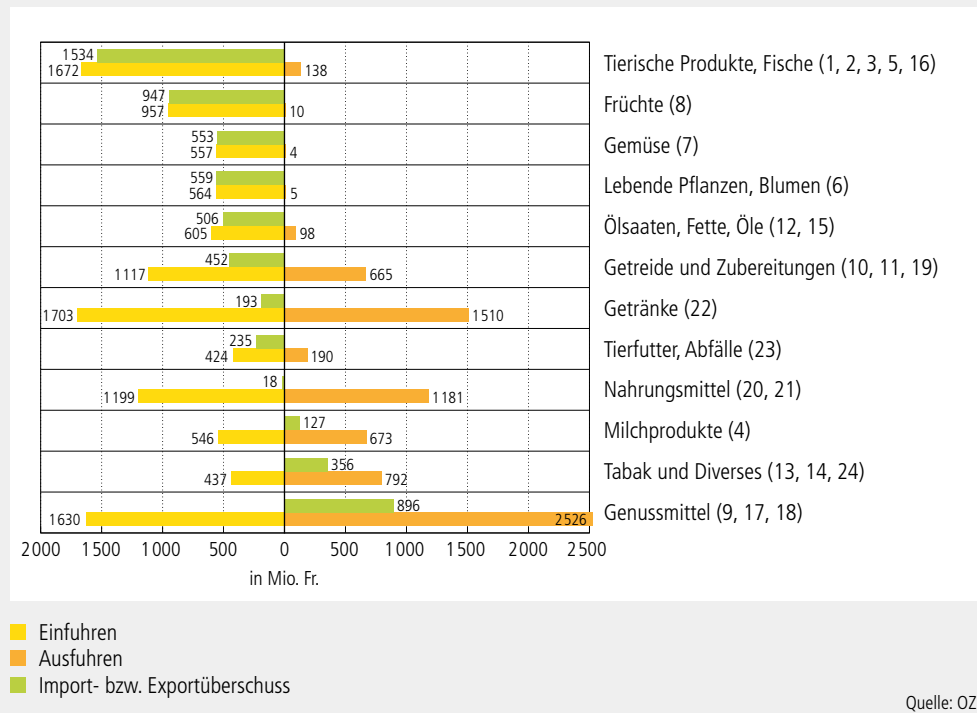
Landwirtschaftlicher Aussenhandel mit der EU 2011



Landwirtschaftsprodukte hat die Schweiz im Berichtsjahr wertmässig am meisten aus Deutschland eingeführt, gefolgt von Frankreich und Italien. Praktisch zwei Drittel der gesamten Importe aus der EU stammten aus diesen drei Ländern. Gut die Hälfte der wertmässigen Ausfuhren in die EU gingen 2011 in die drei Länder Deutschland, Frankreich und Italien.

Die Handelsbilanz mit den umliegenden EU-Ländern sowie mit Spanien und den Niederlanden wies im Berichtsjahr Importüberschüsse aus. Die schlechteste Bilanz zeigte die Schweiz mit Italien. Viel ausgeglichener sieht die Bilanz mit Österreich aus. Einen Exportüberschuss von 64 Mio. Fr. wies die Schweiz 2011 im Verkehr mit den übrigen EU-Ländern aus.

Ein- und Ausfuhren von landwirtschaftlichen Produkten und Verarbeitungserzeugnissen nach Produktkategorie 2011



Im Berichtsjahr wurden vor allem Getränke, tierische Produkte (inkl. Fische), Genussmittel (Kaffee, Tee, Gewürze) sowie Nahrungsmittelzubereitungen eingeführt. Die wertmässigen Getränkeinfuhren setzten sich vor allem aus gut 60 % Wein, 16 % Mineralwasser und etwa 13 % Spirituosen zusammen. Von den Gesamteinfuhren unter dem Titel «tierische Produkte» waren gut 40 % dem Sektor Fleisch, rund 30 % dem Sektor Fisch und der Rest dem Sektor zubereitetes Fleisch und Fleischkonserven zuzuordnen.

Wie im Vorjahr wurden 2011 vor allem Genussmittel und Getränke exportiert, gefolgt von Nahrungsmittelzubereitungen, Tabak und Diverses sowie Milchprodukte. Unter den Genussmitteln waren es vorwiegend Kaffee mit 1 537 Mio. Fr. (2010: 1 282 Mio. Fr.) sowie Schokolade und kakaohaltige Nahrungsmittel mit 750 Mio. Fr. (2010: 773 Mio. Fr.). Hauptanteile bei den Nahrungsmittelausfuhren bildeten die Lebensmittelzubereitungen, Kaffee-Extrakte, Suppen und Saucen.

Die Handelsbilanz nach Produktkategorien wies im Berichtsjahr vor allem bei tierischen Produkten inkl. Fische (–1 534 Mio. Fr.) und Früchten (–947 Mio. Fr.) Importüberschüsse aus. Wesentlich tiefer lag der Importüberschuss bei den Getränken (–193 Mio. Fr.). Exportüberschüsse wurden 2011 bei Genussmitteln, Tabak und Diverses sowie Milchprodukten erzielt.

■ Selbstversorgungsgrad

Der Selbstversorgungsgrad wird definiert als Anteil der Inlandproduktion am inländischen Gesamtverbrauch. Es wird unterschieden zwischen einem Selbstversorgungsgrad brutto und einem Selbstversorgungsgrad netto, wobei beim Selbstversorgungsgrad netto berücksichtigt wird, dass ein Teil der Inlandproduktion auf importierten Futtermitteln beruht.

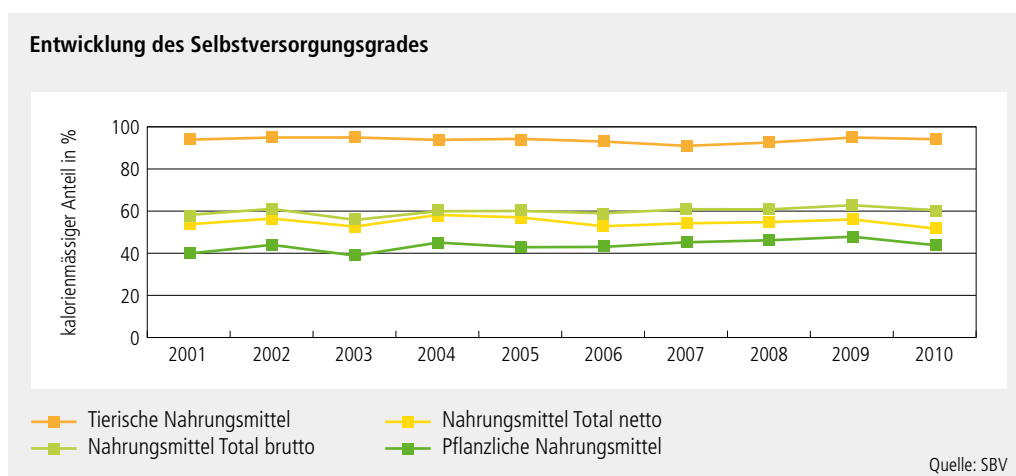


Tabelle 14
Seite A13

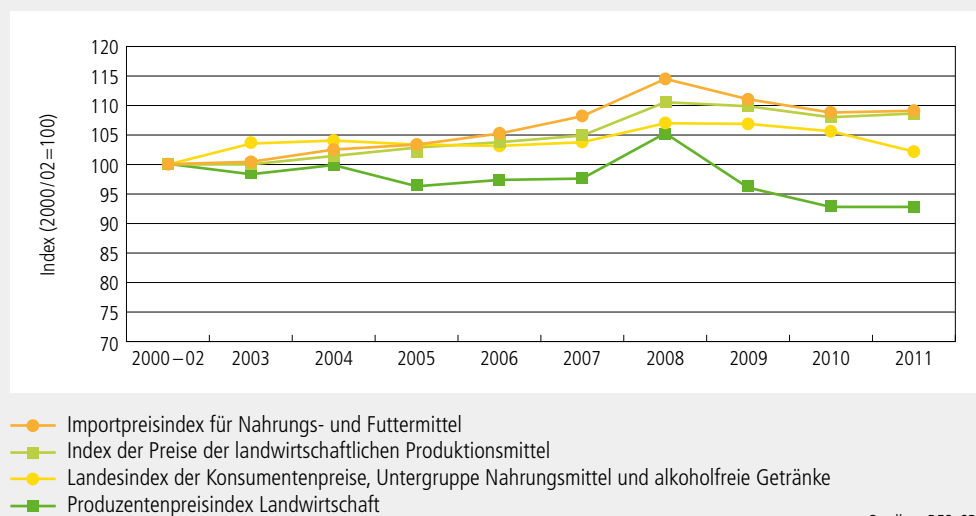
Das Schwergewicht der Schweizer Landwirtschaft liegt auf der tierischen Produktion, was auch den verhältnismässig hohen Selbstversorgungsgrad in diesem Bereich erklärt. 2010 lag der Inlandanteil bei tierischen Produkten mit 94,0 % rund einen Prozentpunkt tiefer als 2009 (95,2 %). Der Anteil bei pflanzlichen Produkten sank 2010 ebenfalls um rund vier Prozentpunkte gegenüber 2009 auf 43,7 %. Insgesamt lag 2010 der Selbstversorgungsgrad brutto mit 60,4 % drei Prozentpunkte tiefer als 2009 (63,3 %). Der Selbstversorgungsgrad netto lag 2010 bei 52,5 %, also 3,5 Prozentpunkte tiefer als 2009.

■ Entwicklung von Preisindizes

Der Produzentenpreisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist zwischen 2000/02 und 2007 leicht gesunken. Nach einem kurzfristigen Anstieg im Jahr 2008 auf 105,3 % ist der Index in den darauf folgenden zwei Jahren erneut deutlich gesunken. Im Berichtsjahr stabilisierte sich der Index auf dem Niveau von 2010 (92,8 %).

Im Gegensatz zum Produzentenpreisindex haben die anderen Indizes seit Beginn des Jahrtausends zugenommen. Der Landesindex der Konsumentenpreise für die Untergruppe Nahrungsmittel und Getränke legte in den Jahren 2000/02 bis 2008 um 7,0 Prozentpunkte zu. Seither ist er zurückgegangen. Im Berichtsjahr lag der Index bei 102,2 % oder 3,2 Prozentpunkte tiefer als 2010.

Entwicklung des Produzenten-, Konsumenten- und Importpreisindex für Nahrungs- und Futtermittel sowie des Indexes der Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel



Der Index der Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel stieg bis 2008 auf 110,6 % an. In den beiden folgenden Jahren ging er leicht auf 108,0 % zurück. Im Berichtsjahr ist wieder eine leicht steigende Tendenz festzustellen (108,6 %). Der Index kann in Produktionsmittel landwirtschaftlicher Herkunft (Saatgut, Futtermittel) und übrige Produktionsmittel unterteilt werden. Beide waren 2011 steigend. Der zweite etwas mehr, da vor allem die Preise für Energie- und Schmierstoffe sowie Dünger stiegen.

Der Importpreisindex für Nahrungsmittel stieg bis 2008 auf 114,5 %. Nach einem Rückgang auf 108,9 % 2010 zeigt der Index im Berichtsjahr wieder leicht nach oben (109,1 %).

1.1.1.3 Bundesaussgaben

■ Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung

2007 wurde beim Bund das Neue Rechnungsmodell (NRM) eingeführt. Der Systemwechsel in der Rechnungslegung führte u.a. zu Veränderungen bei den Ausgaben nach Aufgabengebieten. Diese sind deshalb nicht mehr mit denjenigen früherer Jahre vergleichbar. Die Reihe wurde aber bis 2004 zurück gerechnet (vgl. Graphik).

Bei den agrarpolitischen Massnahmen gab es im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen. Für Landwirtschaft und Ernährung wurden mit 3 663 Mio. Fr. entsprechend praktisch gleich viel aufgewendet wie 2010. Nach sozialer Wohlfahrt (20 557 Mio. Fr.), Finanzen und Steuern (9 954 Mio. Fr.), Verkehr (8 062 Mio. Fr.), Bildung und Forschung (6 509 Mio. Fr.) und Landesverteidigung (4 533 Mio. Fr.) liegen die Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung an sechster Stelle. Die Gesamtausgaben des Bundes beliefen sich im Berichtsjahr auf 62 333 Mio. Fr. und lagen somit rund 3 Mrd. Fr. höher als 2010.

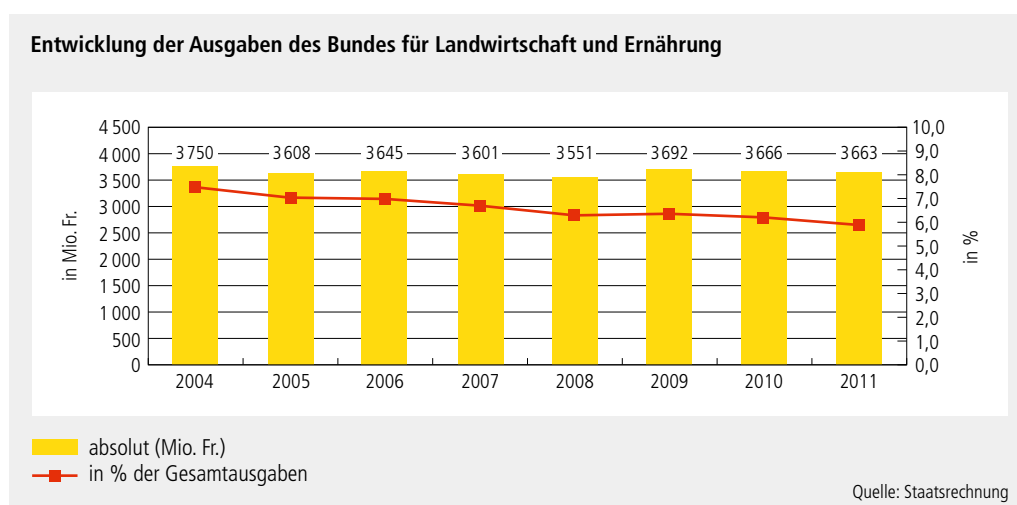


Tabelle 52
Seite A58

Der Anteil von Landwirtschaft und Ernährung an den Gesamtausgaben des Bundes lag 2011 bei 5,9 %.

Im Bereich Produktion und Absatz waren die Ausgaben gegenüber 2010 um knapp 13 Mio. Fr. höher. Zu diesem Anstieg kam es, weil das Parlament Ende 2010 entschieden hatte, im Voranschlag 2011 auf die vom Bundesrat vorgeschlagene Senkung der Milchzulagen zu verzichten. Der entsprechende Kredit wurde so festgelegt, dass weiterhin 15 Rp. pro kg verkäste Milch ausgerichtet werden konnten. Wegen der höheren Milchmenge wurde er gegenüber dem Vorjahr um 3 Mio. Fr. erhöht und auch ausgeschöpft. Die Marktentlastungsmassnahmen für Schlachtvieh und Fleisch führten ebenfalls zu höheren Ausgaben (+2,3 Mio. Fr.). Im Pflanzenbau nahmen die Zuckerrübenfläche und damit die Ausgaben für die spezifischen Anbaubeiträge nach einem Rückgang 2010 wieder zu (+2,8 Mio. Fr.), im Gemüsebau erhielten die Gurken- und Tomatenproduzenten mittels eines Nachtragskredites von 2,9 Mio. Fr. ausserordentliche EHEC-Entschädigungen und die Obstverwertung erforderte mehr Mittel (+1,7 Mio. Fr.).

Entwicklung der Ausgaben des Bundes für Landwirtschaft und Ernährung

Ausgabenbereich	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	in Mio. Fr.					
Produktion und Absatz	606	548	536	471	428	441
Direktzahlungen	2 553	2 596	2 546	2 742	2 769	2 795
Grundlagenverbesserung	201	175	184	170	172	135
Weitere Ausgaben	285	282	285	308	297	293
Total Landwirtschaft und Ernährung	3 645	3 601	3 551	3 692	3 666	3 663

Anmerkung: Mit der Einführung des Neuen Rechnungsmodells (NRM) im Jahr 2007 erfolgte ein Systemwechsel in der Rechnungslegung des Bundes. Aufgrund dieses Strukturbruchs sind Vorjahresvergleiche nicht mehr möglich.

Quellen: Staatsrechnung, BLW

Für Direktzahlungen hat der Bund im Berichtsjahr 26 Mio. Fr. mehr ausgegeben als 2010. Während die allgemeinen Direktzahlungen auf dem gleichen Niveau blieben, sind die ökologischen Direktzahlungen gestiegen. Die Mehrbeteiligung bei den Ökobeiträgen erklärt die Hälfte der Zunahme. Weiter benötigten die Tierwohlprogramme fast 9 Mio. Fr. mehr und die Ausgaben für die regionale Programme und Massnahmen (ÖQV, Gewässerschutz, Ressourcenschutz) nahmen um 3,7 Mio. Fr. zu.

Die Ausgaben im Bereich Grundlagenverbesserung sind gegenüber dem Vorjahr um 37 Mio. Fr. gesunken. Der Hauptgrund für diese Reduktion waren die Ausgaben für Investitionskredite (IK), die von 47 auf 13 Mio. Fr. reduziert worden sind. Diese Kürzung ist auf die nicht proportionale Teuerungskorrektur im Ausgabenbereich Landwirtschaft und Ernährung im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2011/2013 zurückzuführen. Weil die geforderten Einsparungen bei den Direktzahlungen im Jahr 2011 aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht möglich waren, mussten die Kürzungen bei den IK vorgenommen werden. Dies führte in den Kantonen zu Wartelisten und zur Verschiebung von Investitionsprojekten.

Bei den weiteren Ausgaben ist die Senkung um 4 Mio. Fr. im Wesentlichen auf zwei Effekte zurückzuführen. Zum einen sanken die Ausgaben für Familienzulagen in der Landwirtschaft um gut 7 Mio. Fr. Andererseits erhöhten sich die ausgewiesenen Ausgaben der Forschungsanstalten Agroscope für den Vollzug und die Kontrollen um 4 Mio. Fr. Letztere waren keine effektiven Mehrbelastungen des Bundeshaushaltes. Ab 2011 werden die drittmittelfinanzierten Ausgaben von Agroscope erstmals erfasst und erhöhen entsprechend die Aufwände in der Staatsrechnung.

1.1.2 Märkte

Das Wetter folgte im Jahr 2011 nicht den klassischen Jahreszeiten. So war es nach einem Winter mit geringen Niederschlägen bereits im Frühling sommerlich warm und anhaltend trocken. Dafür war der Sommeranfang dann eher kühl und feucht. Erst im Herbst stiegen die Temperaturen noch einmal kräftig. Trotz des trockenen Frühlings fielen die Getreideernten gut aus. Auch bei den Kartoffeln war die Ernte quantitativ sehr gut. Auch im Wein- und Obstbau gab es qualitativ gute Ernten. Der Gemüsemarkt war Ende Mai geprägt durch die EHEC-Krise. Im Berichtsjahr machte die gesamte pflanzliche Produktion 42 % des Gesamtproduktionswertes der Schweizer Landwirtschaft aus. Gegenüber 2010 stieg dieser Wert um 0,6 %.

47 % des Produktionswertes der Landwirtschaft – welcher mit 2010 vergleichbar ist – stammten aus der tierischen Produktion. Das Angebot an Schlachtschweinen blieb hoch und übte anhaltenden Druck auf den bereits angespannten Markt aus. Dieser Angebotsüberhang hatte negative Folgen für die 2011 erzielten Preise. Im Berichtsjahr sanken die Preise um weitere 6,7 % nachdem schon im 2010 ein Preissturz von 11,7 % hingenommen werden musste. Auch auf dem Milchmarkt entspannte sich die Lage nicht. Gleichwohl lagen die Preise über das Jahr hinweg leicht höher als 2010.

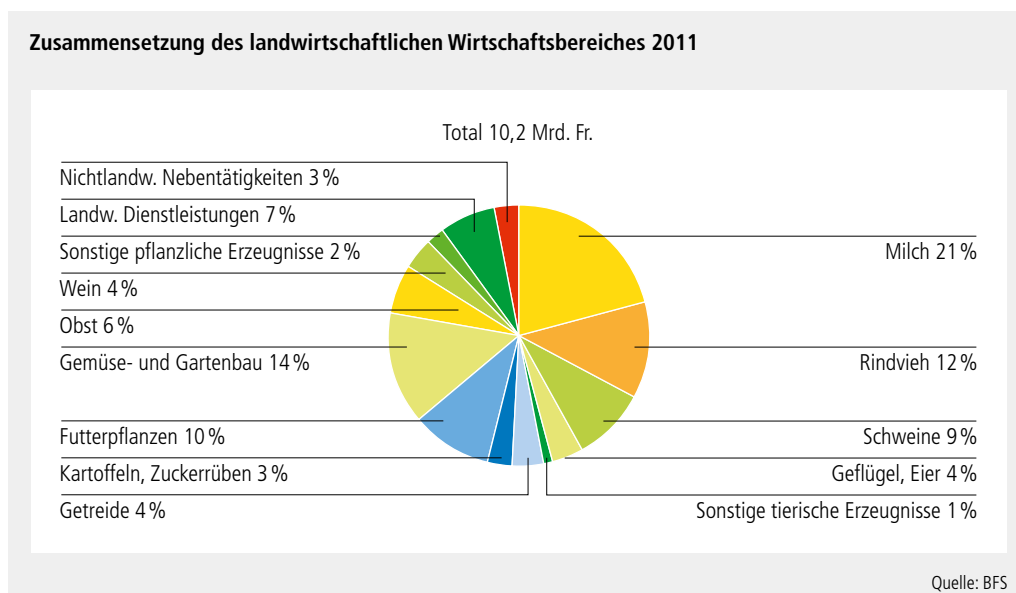


Tabelle 15
Seite A14

Der Anteil der Produktion, der sich aus landwirtschaftlichen Dienstleistungen (spezialisierte Arbeiten im Ackerbau und Tierhaltung) und nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten zusammensetzt, blieb im Vorjahresvergleich praktisch unverändert und entsprach 10 % des Gesamtproduktionswerts. Der Produktionswert des gesamten Sektors betrug im Berichtsjahr 10,16 Mrd. Fr. Gegenüber 2010 ist dies eine leichte Zunahme um 0,8 %.

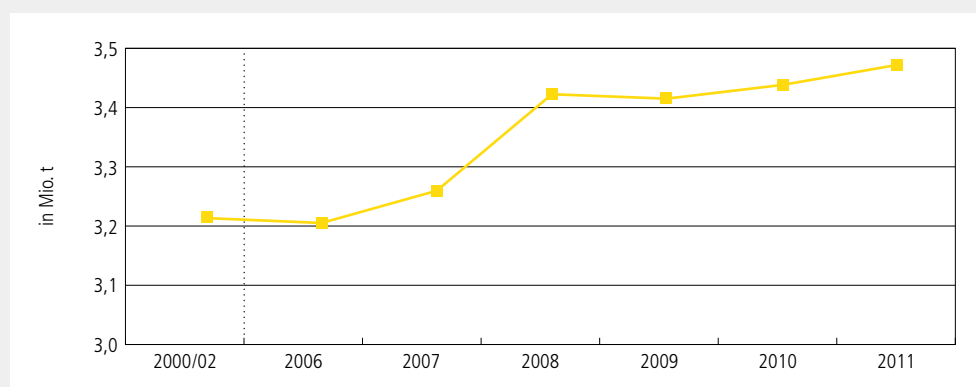
1.1.2.1 Milch und Milchprodukte

Der Wirtschaftsstandort Schweiz bleibt vorderhand von den Auswirkungen der schwächelnden Wirtschaft in Europa weitgehend verschont. Der Absatz von Milchprodukten im Ausland wurde im Verlauf des Berichtsjahres wegen des starken Frankens schwieriger. Die Absatzförderungsmassnahmen der Branche führten gegenüber dem Vorjahr zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Butter- und Rahmexporte. In den Monaten Januar bis Mai 2012 konnten jedoch die Hartkäseexporte gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mehr als 900 t gesteigert werden, allerdings zu einem tieferen Warenwert. Dies hat sich positiv auf den Produzentenpreis für Milch niedergeschlagen, wobei dieser als Folge der hohen Milchproduktion nur moderat ausfiel.

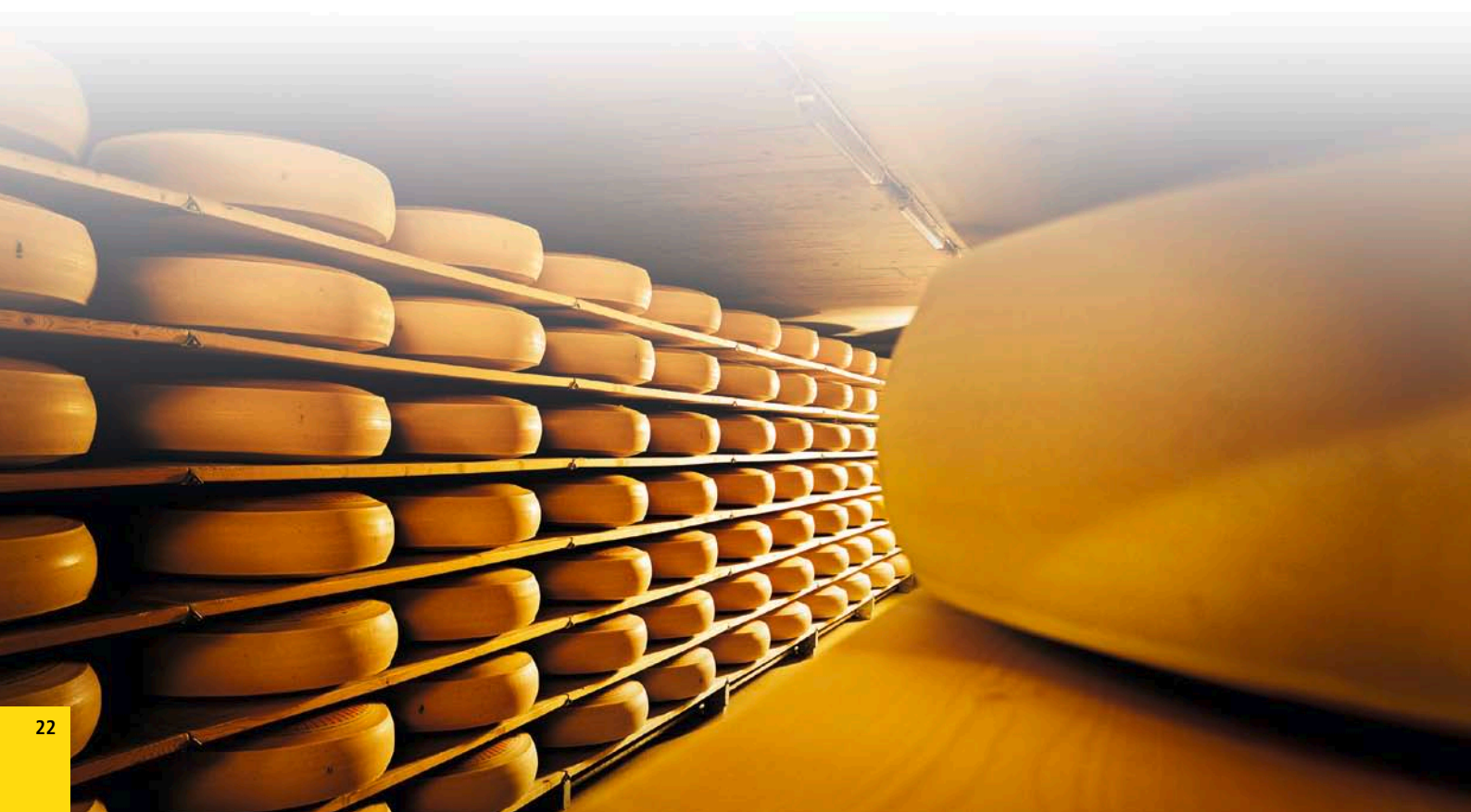
■ Produktion: Weiterhin hohe Milcheinlieferungen

Die Gesamtmilchproduktion im Jahr 2011 betrug 4,15 Mio. t, wovon rund 677 000 t für die Selbstversorgung verwendet oder auf dem eigenen Betrieb verfüttert wurden. Die Milcheinlieferungen inkl. diejenigen der Freizone rund um Genf (Zonenmilch) und der Milch aus dem Fürstentum Liechtenstein (FL) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1 % auf 3,472 Mio. t. Die Produktion von Käse und Butter nahm leicht zu, während die Produktionsmenge von Konsummilch und Milchpulver rückläufig war.

Entwicklung der Milcheinlieferungen (inkl. Zonenmilch und Milch aus FL)

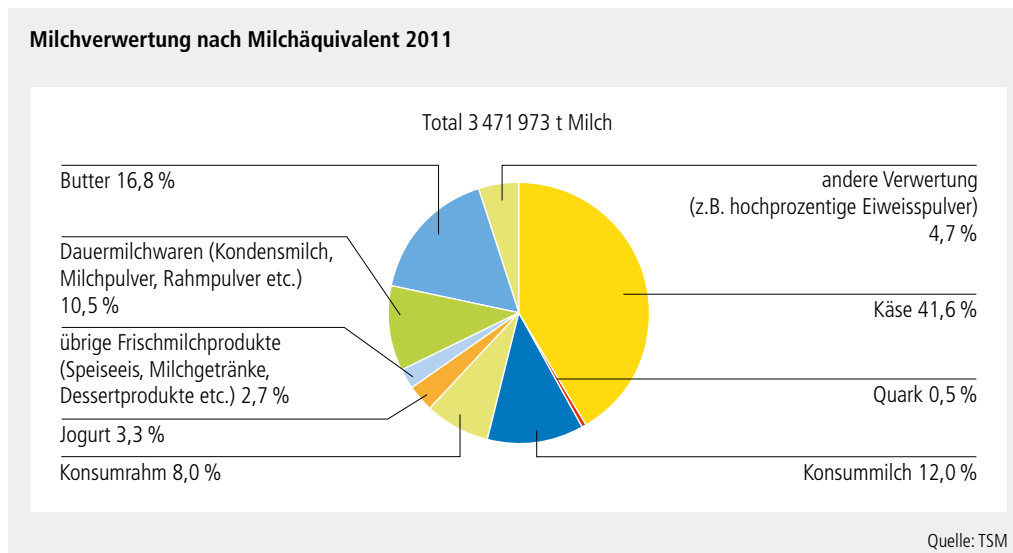


Quelle: TSM



■ Verwertung: Käse und Butterproduktion steigen

Bei der Herstellung der verschiedenen Milchprodukte werden unterschiedliche Anteile von Inhaltsstoffen der Milch benötigt. So wird z.B. bei der Käseproduktion je nach Fettstufe der Käse MilCHFett abgeschöpft oder zugefügt. Deshalb wird die Verwertung der vermarkteten Milch nach den Inhaltsstoffen der Milch in Milchäquivalenten (MAQ) angegeben. Ein MAQ entspricht 73 g Eiweiss oder Fett, das heisst einem Kilogramm durchschnittlicher Milch mit einem Gehalt von 33 g Eiweiss und 40 g Fett. Das MAQ dient somit als Massstab zur Berechnung der in einem Milchprodukt verarbeiteten Milchmenge. Nach wie vor fliessen rund 42 % der MAQ in die Käse- und Quarkherstellung, welche damit die wichtigsten Verwertungsarten sind.



Die Käseproduktion verzeichnete 2011 eine Zunahme um 350 t gegenüber 2010 und erreichte 181 674 t. Hartkäse weist mit insgesamt 67 828 t bzw. 37,7 % immer noch den grössten Anteil auf. Die Produktion sank jedoch um 1 937 t. Grössere Mengenzunahmen sind bei Halbhartkäse mit 2,2 % (+1 292 t) und Frischkäse mit 4,6 % (+2 050 t) zu verzeichnen. An der Spitze der meistproduzierten Käsesorten stehen Le Gruyère AOC und Emmentaler AOC, von denen rund 28 700 t bzw. 25 200 t hergestellt werden. An dritter Stelle folgt Mozzarella mit einer Jahresproduktion von 20 500 t. Mozzarella weist ausserdem das stärkste Wachstum mit gut 9 % auf.

Die Produktion von Milchpulver und Milchkondensat verminderte sich trotz der hohen Milcheinlieferungen um knapp 900 t oder 1,5 % gegenüber dem Vorjahr, wobei der Rückgang hauptsächlich auf die Minderproduktion von Magermilchpulver zurückzuführen ist. Infolge der hohen Milcheinlieferungen stieg die Produktion von Konsumrahm, umgerechnet in MAQ, um beachtliche 8 %, während die in MAQ berechnete Butterproduktion im gleichen Zeitraum um 1,3 % zunahm. Erklärungen dafür dürften die Exportförderungsmassnahmen und die Bestrebungen der Verwerter sein, das überschüssige MilCHFett wirtschaftlicher zu verwerten. Die Butterproduktion betrug 49 069 t und war 558 t höher als 2010. Die Produktion lag sogar 17 % höher als im Durchschnitt der Jahre 2000/02. Die Herstellung von Jogurt ist mit rund 139 000 (–2 000 t) leicht rückläufig. Demgegenüber sind die Milchgetränke um 3 000 t auf 68 726 t gestiegen.

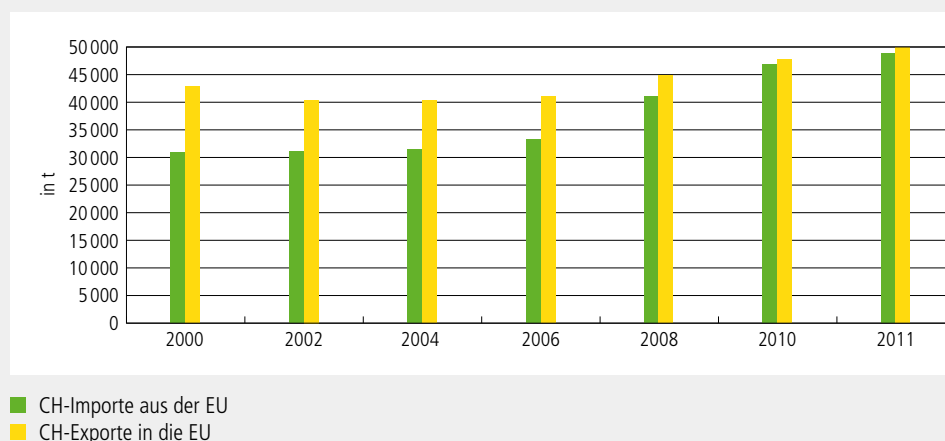
■ Aussenhandel: Handelsbilanz bleibt positiv

Die Handelsbilanz der Schweiz für Milch und Milchprodukte schloss auch im Berichtsjahr positiv ab. Während die exportierten Mengen bei Käse, Milchpulver, Butter und Rahm die Importe überstiegen, ist beim Joghurt ein starker Exportrückgang um 1 715 t auf 5 190 t zu verzeichnen, während die Importe um 780 t auf 11 415 t stiegen. Der starke Franken dürfte hier zu dieser Exporteinbusse massgebend beigetragen haben.

Der Käseexport stieg im Berichtsjahr um 2,8 % auf 60 060 t. Der Käseimport betrug 48 872 t und wies eine Zunahme von 4,1 % auf. Wertmässig wurden 2011 Käse für 526 Mio. Fr. exportiert und für 300 Mio. Fr. importiert. Die Schweiz führte rund 83 % bzw. 50 000 t Käse in EU-Länder aus, wobei Deutschland mit 24 706 t und Italien mit 12 561 t die Hauptabnehmer waren. Es gilt allerdings zu beachten, dass der Käse nach dem Export in ein bestimmtes EU-Land oft in weitere EU-Länder verkauft wird und die Zollstatistik deshalb entsprechend zu werten ist. Die exportierte Menge in die EU wuchs gegenüber dem Vorjahr um gut 2 300 t. Wie in den Vorjahren weist der Hartkäse mit 33 865 t den höchsten Exportanteil auf. Beim ausländischen Konsumenten am beliebtesten war Emmentaler AOC, wovon insgesamt 17 412 t exportiert wurden. Der grösste Teil des Emmentalers (48 %) konnte nach Italien abgesetzt werden. In Übersee am gefragtsten war Le Gruyère AOC mit 4 000 t. Davon konnten 2 600 t in die USA verkauft werden.

Praktisch alle eingeführten Käse im Umfang von 48 872 t stammten aus der EU. Die Importe wuchsen gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2000/02 um 17 785 t und gegenüber dem Vorjahr um 1 890 t. Wiederum wurde der grösste Teil aus Italien (18 172 t), Frankreich (13 206 t) und Deutschland (11 121 t) eingeführt. Die bedeutendsten Importanteile wiesen mit 18 054 t die Frischkäse sowie mit 8 677 t die Weichkäse auf. Während die Importe von Hartkäse mit 7 485 t nahezu unverändert blieben, hält der mengenmässige Aufwärtstrend bei den Weich- und Halbhartkäsesorten an. Weichkäse stieg um 6,0 % (486 t) und Halbhartkäse um 5,0 % auf 7 479 t. Beliebt bleibt bei den Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten der ausländische Frischkäse mit 18 054 t (3,0 %). Bei den Frischkäsen war Italien mit 7 508 t Hauptlieferant, während 5 200 t oder 60 % der eingeführten Weichkäse aus Frankreich stammen. Wiederum gestiegen sind mit 19,9 % die Importe von Schmelzkäse (Conveniencekäse als Vorfabrikat für die verarbeitende Lebensmittelindustrie) auf total 3 679 t.

Käsehandel Schweiz – EU



Der Verbrauch von Butter konnte 2011 durch die inländische Produktion mehr als gedeckt werden. Vorwiegend wegen der hohen Milcheinlieferungen und Absatzproblemen bei einzelnen Käsesorten blieb die Butterproduktion sehr hoch und lag bei 48 989 t (+478 t). Aus diesem Grund und wegen des kleinen Teilzollkontingents für Butter beschränkten sich die Importe 2011 auf 252 t.

Im Rahmen der Entlastungsmassnahmen der Branche wurden 5 512 t Butter exportiert, rund 1 400 t mehr als im Vorjahr. Auch der Export von Rahm stieg um knapp 1 000 t auf 3 800 t.

■ Verbrauch: Stabiler Konsum

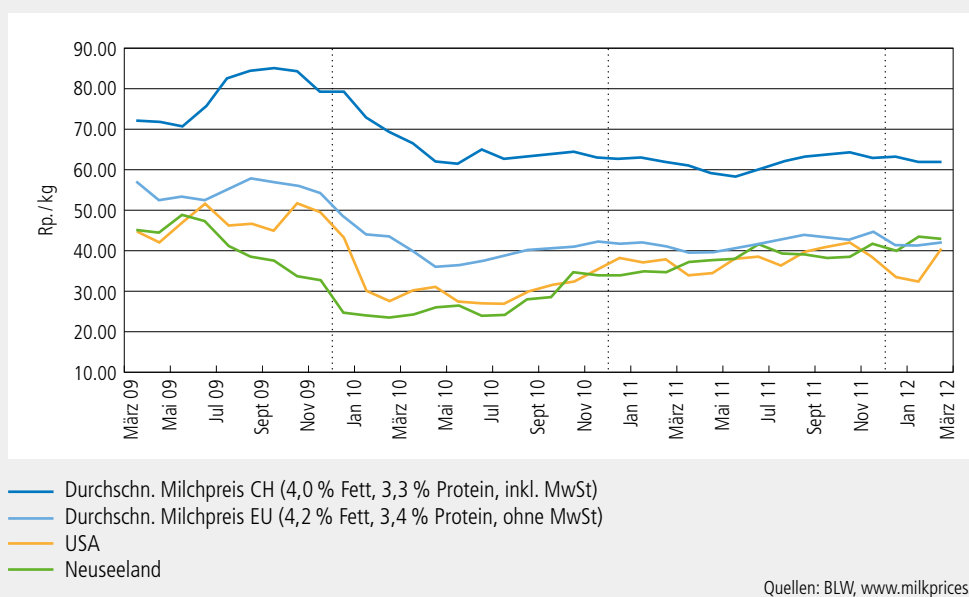
Der Pro-Kopf Konsum von Milch und Milchprodukten schwankt seit mehreren Jahren nur noch in geringem Mass. Mit 21,4 kg pro Kopf blieb der Konsum von Käse gegenüber dem Vorjahr auf gleichem Niveau. Der Pro-Kopf-Konsum von Jogurt erholte sich leicht und nahm um 0,1 kg auf 18,3 kg zu, während bei den Milchgetränken ein um 0,4 kg höherer Konsum auf 8,6 kg pro Kopf erreicht wurde.

■ Produzentenpreise: weiter unter Druck

Der durchschnittliche Produzentenpreis für Milch ist im Gegensatz zu den Vorjahren mit 1,44 % leicht gestiegen. Der mittlere Produzentenpreis belief sich 2011 auf 62,67 Rp./kg, was gegenüber 2010 eine Zunahme von 0,89 Rp. bedeutet.

Die Schweizer Milchwirtschaft ist mit den ausländischen Märkten stark verbunden, weil u.a. der Käsehandel mit der EU vollständig liberalisiert ist. Der durchschnittliche Milchpreis ist deshalb von den internationalen Preisentwicklungen und speziell von der Absatzsituation in der EU beeinflusst. Die Milchpreisdifferenz zur EU betrug im Mittel 20 Rp./kg, gleich viel wie im Vorjahr, aber rund 5 Rp./kg weniger als 2009. Die günstigen Vorzeichen blieben jedoch ohne Wirkung auf die Produzentenpreise, weil die exportierte Menge als Folge des starken Frankens zu einem tieferen durchschnittlichen Warenwert abgesetzt wurde.

Milchpreisvergleich Schweiz/International 2009 bis Frühjahr 2012

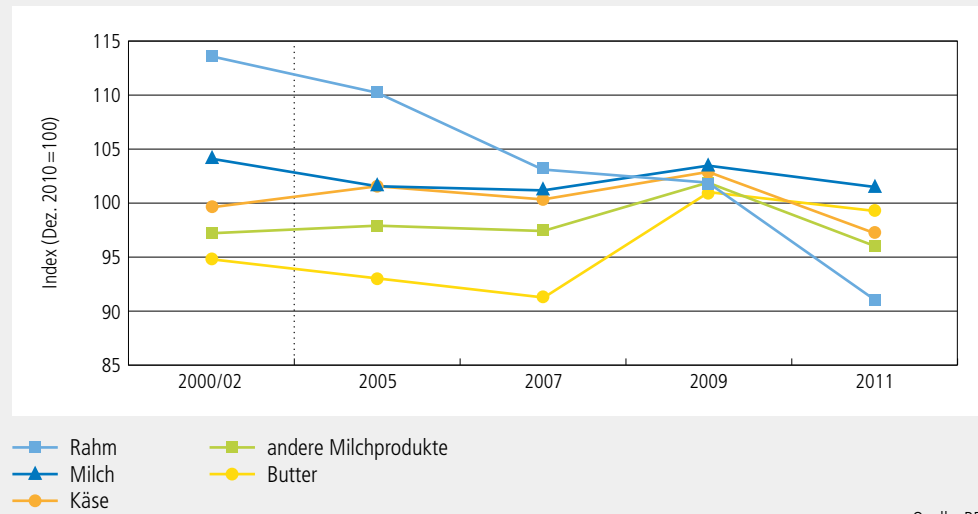


■ Konsumentenpreise: rückläufige Tendenz

Die durchschnittlichen Konsumentenpreise der Milch und der meisten Milchprodukte gingen im 2011 zurück. Preisanstiege gegenüber dem Vorjahr waren vereinzelt bei Frischmilchprodukten zu beobachten. Für die Mehrzahl der Käsesorten bezahlten die Konsumentinnen und Konsumenten 2011 weniger. 1 kg Emmentaler AOC kostete im Laden nur noch 17.99 Fr. (–2.29 Fr./kg), Le Gruyère AOC 20.06 Fr. (–0.57 Fr./kg) und Sbrinz AOC 22.75 Fr./kg (–1.23 Fr./kg).

Die hohe Butterproduktion führte dazu, dass die Konsumentenpreise im Berichtsjahr sanken. Der Preis für «Die Butter» (Kochbutter) lag bei 3.06 Fr. pro 250 g (–5 Rp.). Die Preise für Jogurt blieben unverändert und lagen bei 0.64 Fr. pro Becher zu 180 g. Beim Konsumrahm betrugen die Preisreduktionen bis zu 35 Rp. pro Liter.

Konsumentenpreisindizes für Milch und Milchprodukte



Quelle: BFS



1.1.2.2 Tiere und tierische Erzeugnisse

Für die Viehhalter und Viehhalterinnen war das Berichtsjahr wirtschaftlich zum dritten Mal in Folge ein schwieriges Jahr, auch wenn sich eine Trendwende abzeichnet. Die durchschnittlichen Produzentenpreise für Schweine sanken um 6 % und für Kühe um 2 % gegenüber 2010. Diejenigen für Lammfleisch stiegen um 10 % und für Rindfleisch erzielten die Produzenten 1,5 % höhere Preise als im Vorjahr. Die Fleischproduktion war 3 000 t höher als 2010. Die Ausfuhren von Fleisch- und Fleischerzeugnissen überstiegen diejenigen des Vorjahres um 1 350 t. Wertmässig stiegen die Exporte sogar um 25 % auf 85 Mio. Fr. (+17 Mio. Fr.) Seit Jahren wächst der Geflügelfleischmarkt, wovon sowohl die inländische Landwirtschaft als auch die Verarbeitungsindustrie profitieren. Die Geflügelfleischproduktion erhöhte sich gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2000/02 um 58 % und erreichte über 46 500 t. Erstmals wurde mehr Geflügel konsumiert als Rindfleisch, wobei der Inlandanteil der Geflügelfleischproduktion bei 50 % blieb. Diese positiven Entwicklungen stehen im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum, mit der in den letzten Jahren steigenden Präferenz einer breiten Schicht der Bevölkerung für Schweizer Qualitätsprodukte und mit dem steigenden Trend des Geflügelfleischkonsums. Über alle Fleischarten betrachtet stammen 80 % des konsumierten Fleisches aus der einheimischen Tierhaltung.

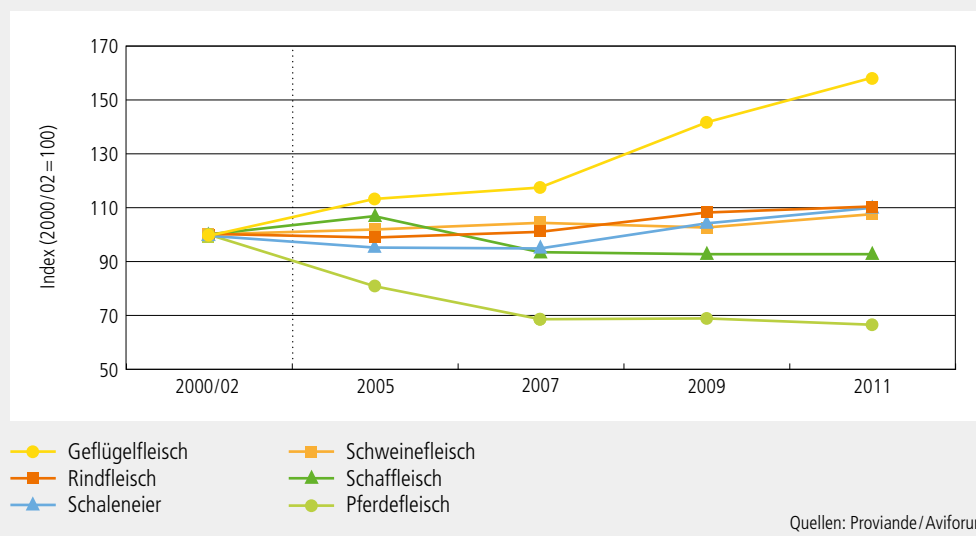
■ Produktion: Stetig wachsender Geflügelbestand

Die Bauern und Bäuerinnen hielten rund 1,58 Mio. Stück Rindvieh (–0,6 %). Der Bestand an Milch- und Mutterkühen stieg allerdings um 5 000 auf 705 000 Stück (+0,7 %), im Gleichschritt mit der Milchproduktionssteigerung von 1 %. Der Schweinebestand sank trotz schwieriger Lage nur um 10 000 Tiere und lag bei 1,580 Mio. Stück. Da in den letzten zehn Jahren 6 300 Schweinehalter die Haltung von Schweinen aufgaben, gibt es in der Schweiz noch rund 8 300 Halter (–43,0 %). Dank der freundlichen Lage auf dem Geflügelfleisch- und Eiermarkt wuchs der gesamte Geflügelbestand auf 9,4 Mio. Stück oder um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr bzw. um 30,1 % gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2000/02.

Die Produktion aller Fleischarten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,7 %. Während die Rindfleischproduktion um 471 t (0,4 %) auf knapp 112 000 t zunahm, sank die Schweinefleischproduktion um 469 t auf rund 249 000 t SG. Das im Zusammenhang mit dem Schweinezyklus stehende Überangebot an Schweinefleisch dürfte zusammen mit dem zunehmenden Einkaufstourismus wegen dem starken Schweizer Franken zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Der Inlandanteil von verkaufsfertigem Fleisch sank 2011 beim Rindfleisch um 0,8 % auf 86 % und stieg beim Schweinefleisch geringfügig um 0,8 % auf 95,3 %. Die anhaltend steigende Nachfrage nach Geflügelfleisch führte zu einer Ausdehnung der inländischen Produktion um rund 6 % auf über 46 500 t Verkaufsgewicht. Wie im Vorjahr wurde gut die Hälfte vom verkaufsfertigen Geflügelfleisch in der Schweiz produziert. Demgegenüber sank die Produktion von Pferdefleisch auf 775 t, was rund ein Drittel weniger ist als die Menge im Durchschnitt der Jahre 2000/02 (1 164 t). Die Kalbfleischproduktion wuchs nach mehreren rückläufigen Jahren um 590 t oder knapp 2 % auf 32 263 t.

Die Eierproduktion stieg 2011 um knapp 1 % auf 758 Mio. Stück. Obschon die zusätzlich produzierten Eier gut verkauft werden konnten, bewegten sich die Produzentenpreise seitwärts. Diese betrugen für Freiland Eier 23 Rp./Ei und für Bodenhaltungseier 22,7 Rp./Ei. Die Importmenge sank um über 15 Mio. Stück (–3,1 %). Der Anteil Schweizer Eier an den verkauften Konsumeiern wuchs demgegenüber auf 76 %. Berücksichtigt man die Eiprodukte in der Verbrauchsstatistik, so produzierten die inländischen Legehennen gut die Hälfte der konsumierten Eier und Eiprodukte.

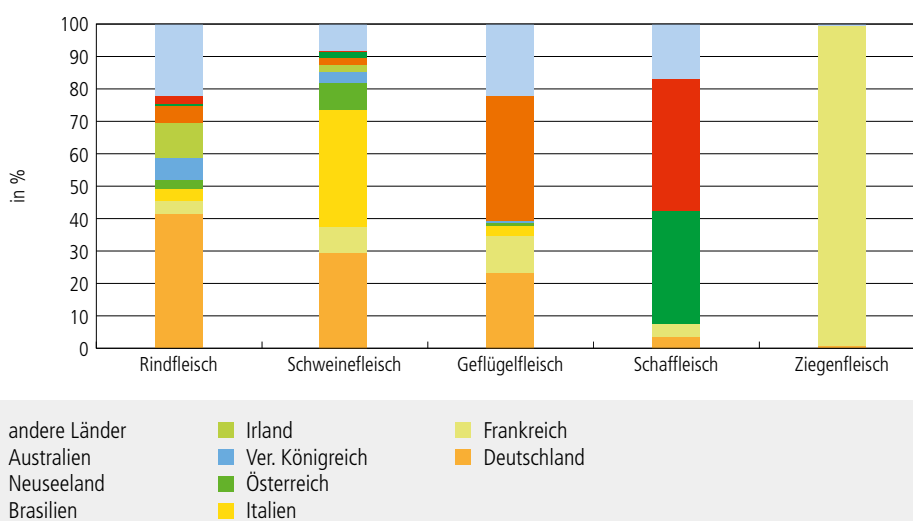
Entwicklung der Fleisch- und Eierproduktion



■ Aussenhandel: Rindstrockenfleisch ist das wichtigste Exportprodukt

Die Ausfuhr von Fleisch und Fleischerzeugnissen erreichte im Berichtsjahr 4 095 t und lag damit 1 350 t oder rund 50 % höher als 2010. Die Angaben beinhalten auch die im Veredelungsverkehr ausgeführten oder eingeführten Mengen an Fleisch und Fleischerzeugnissen. Mehr als 95 % wurden in die EU-Länder verkauft. Nach wie vor das wichtigste Exportprodukt ist Rindstrockenfleisch mit 2 260 t, das fast ausnahmslos nach Deutschland (1 179 t) und Frankreich (1 074 t) ausgeführt wird. Die Exporte von Geflügelfleisch verdreifachten sich nahezu von 236 t auf 687 t. Österreich (200 t) und die Niederlande (179 t) waren die Haupteinfuhrländer mit mengenmässig 55 % der Einfuhren. Während Österreich hauptsächlich gefrorene Brüste von Hühnern mit einem Handelswert von 1,16 Mio. Fr. (Fr. 5.80 je kg) aus der Schweiz bezog, führten die Niederlande ausschliesslich geniessbare Schlachtenebenerzeugnisse von Hühnern, einschliesslich Lebern, mit einem Warenwert von 18 000 Fr. (10 Rp. je kg) ein. Die Wurstwarenexporte kletterten um 64 t auf 300 t (+27 %). Die Exporte von Fleischkonserven und Zubereitungen fielen um 35 t auf 178 t, gegenüber 213 t im Vorjahr. Diese Produkte wurden grossmehrheitlich nach Deutschland (213 t) und Frankreich (170 t) sowie in geringerem Umfang nach Österreich ausgeführt. Zusätzlich führte die Schweiz 22 011 t Schlachtnebenprodukte aus, die vorab in der Tiernahrungskonservenindustrie verwendet werden. Der Handelswert der schweizerischen Exporte von Fleisch- und Schlachtnebenprodukten betrug insgesamt knapp 85 Mio. Fr. und lag 17 Mio. Fr. höher als im Vorjahr.

Herkunft der Fleischimporte 2011



Quelle: OZD

Schweizer Firmen importierten 2011 insgesamt 120 702 t Fleisch, Fleischerzeugnisse und Schlachtnebenprodukte. Der Handelswert belief sich auf 851 Mio. Fr. (unverzollt, an der Grenze). Gegenüber dem Vorjahr stieg sowohl die Menge als auch der Handelswert um rund 1 %. Die wichtigsten Lieferländer waren Deutschland mit 38 351 t (32 %), Brasilien mit 22 148 t (18,3 %), Frankreich mit 9 124 t (7,6 %) und Italien mit 8 840 t (7,3 %). Insgesamt stammten 81 339 t (67,4 %) der Importe aus EU-Ländern. Geflügel- und Rindfleisch mit Einfuhren von 54 939 t bzw. 22 237 t waren die dominierenden Fleischsorten. Ausserdem wurden 70 032 t Fische und Krustentiere mit einem Handelswert von 658 Mio. Fr. importiert.

Deutschland bleibt sowohl für Rind- als auch für Schweinefleisch der wichtigste Lieferant der Schweiz. Mehr als 38 % des eingeführten Geflügelfleisches kommt aus Brasilien, hauptsächlich als gefrorene Ware. Die weltweit grössten Exportländer Australien und Neuseeland liefern Dreiviertel des importierten Schaffleisches. Praktisch sämtliches importiertes Ziegenfleisch stammt wie seit Jahren schon aus Frankreich. Die Wurstwaren aus Italien bleiben im Inland sehr begehrt: Die Importmenge erhöhte sich im 2011 um gut 100 t auf 3 100 t. Der Warenwert betrug rund 52 Mio. Fr. oder Fr. 16.80 je kg. Ausserdem wurden knapp 2 100 t deutsche, 1 700 t französische und 1 100 t ungarische Fleischkonserven und Zubereitungen in Schweizer Haushalten und in der Gastronomie abgesetzt.

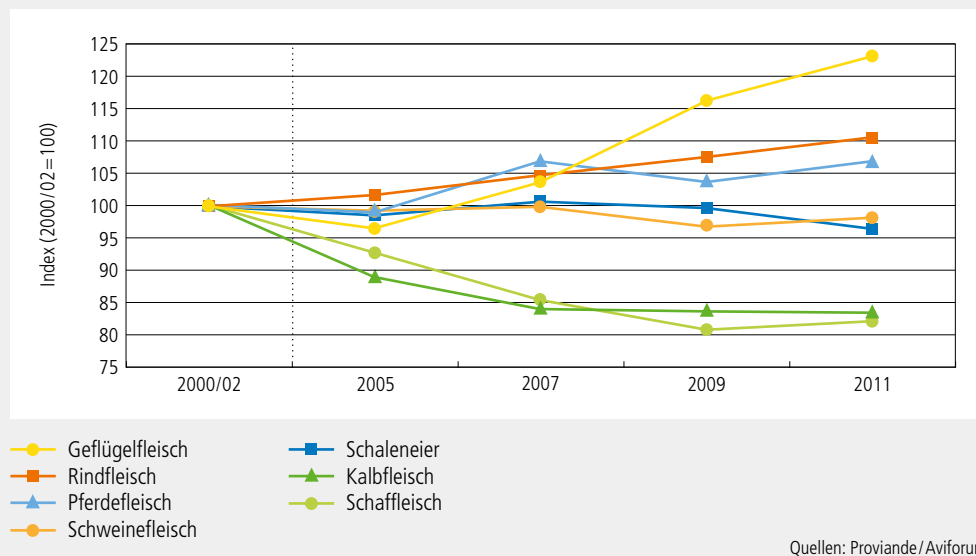
Im Berichtsjahr wurden noch 433 Rinder und Kühe exportiert, gegenüber 555 Stück im Vorjahr. 122 Tiere oder 22 % konnten nach Italien verkauft werden. Aus dem Ausland stammten 4 256 Tiere der Rindergattung, gleichviel wie im Vorjahr, wovon 3 315 Stück oder 78 % aus Frankreich importiert wurden. Käufer in der Schweiz kauften 3 964 Pferde und Esel im Ausland. Davon stammten 41 % aus Deutschland und 23 % aus Frankreich. Die Anzahl ausgeführter Pferde und Esel sank um 18 % auf 1 324 Stück. Bei Schafen und Ziegen erhöhten sich die Importe um 5 % auf 609 Tiere, während die Exporte um 16 % auf 248 Stück stiegen.

Die Einfuhren von Schaleneiern (inkl. Bruteier und im Veredelungsverkehr eingeführte Schaleneier) gingen um 6,8 % auf 32 147 t zurück. Gut jedes dritte importierte Ei wurde in den Niederlanden gelegt. Die Ei-produkteherstellungsbetriebe schlugen die Hälfte der eingeführten Eier maschinell auf und die daraus hergestellten Eiprodukte fanden Absatz in der Lebensmittelindustrie und in der Gastronomie. Zudem wurden 6 756 t flüssige und getrocknete Eiprodukte sowie Eialbumine in die Schweiz eingeführt.

■ Verbrauch: Aufwärtstrend beim Fleischkonsum hält an

Der Fleischkonsum erhöhte sich sowohl im 2010 als auch im 2011. Er lag im Berichtsjahr bei 431 020 t, knapp 1 % oder 3 882 t über dem Vorjahreswert. Spitzenreiter bleibt trotz leicht rückläufigem Konsum Schweinefleisch mit 199 820 t (–1 %), gefolgt vom Geflügelfleisch (91 696 t; +4,6 %) und Rindfleisch (90 556 t; +1,9 %). Beim Kalbfleisch erhöhte sich der Konsum um 390 t – den Rückgang von 380 t im Vorjahr wettmachend – und erreichte 25 852 t. Auch wenn der Konsum mengenmässig bescheiden bleibt, ist beim Pferdefleisch seit 2002 ein Aufwärtstrend festzustellen. Der Konsum erhöhte sich seitdem um 17 % und erreichte im Berichtsjahr 5 414 t. Ausserdem wies der Konsum von Fischen und Krustentieren gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 1 037 t (+1,5 %) auf. Die insgesamt verzehrte Menge lag bei 71 283 t.

Entwicklung des Pro-Kopf-Konsums von Fleisch und Eiern

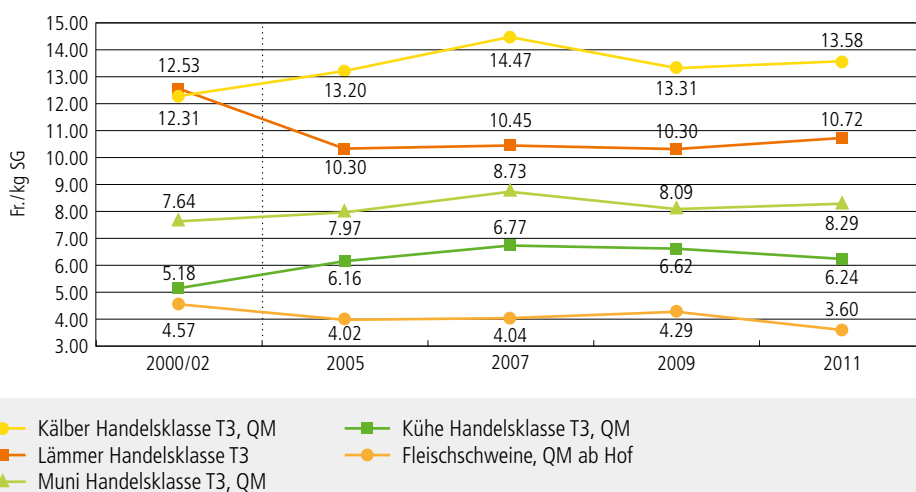


Im Berichtsjahr blieb die gute Konsumentenstimmung als Folge der weiterhin günstigen Wirtschaftslage erhalten. Zu dieser erfreulichen Entwicklung beigetragen haben die sinkenden Ladenpreise, vorwiegend ausgelöst durch wiederholte Preisreduktionen von bestimmten Waren durch die Grossverteiler als Folge des schwachen Euros und dem Preisgefälle zu den Waren von neuen Discounter. Der ansteigende Einkaufstourismus als Folge des günstigen Wechselkurses hat sich jedoch dämpfend auf den statistisch erfassten Verbrauch niedergeschlagen. Der Pro-Kopf-Konsum von verkaufsfertigem Fleisch nahm im Berichtsjahr um 0,8 % auf 53,74 kg zu. Schweinefleisch bleibt nach wie vor mit 24,92 kg pro Kopf sehr beliebt. In der Gunst der Konsumentinnen und Konsumenten stehen auch Geflügelfleisch (11,4 kg) und Rindfleisch (11,3 kg). Im 2011 wurde damit erstmals mehr Geflügel- als Rindfleisch konsumiert. Der Verbrauch von Kalbfleisch nahm auf 3,22 kg pro Kopf zu (2,2 %). Während Geflügelfleisch eine Zunahme des Pro-Kopf-Konsums von annähernd einem Viertel gegenüber dem Mittelwert der Jahre 2000/02 verzeichnete, sanken der Verbrauch von Kalb- und Schafffleisch im gleichen Zeitraum um knapp einen Fünftel. Der Konsum von Schaleneiern sank um 8 Eier auf 181 Stück pro Kopf gegenüber dem letzten Jahr (–4,2 %). Der Rückgang geht überwiegend zu Lasten der importierten Eier.

■ Produzentenpreise: Schweinepreise im Tief und Lammpreise im Hoch

Im Durchschnitt des Jahres lagen die Preise für Schlachtschweine bei Fr. 3.60 je kg SG, was mehr als 14 % tiefer ist als im vorhergehenden Jahr. Dies ist eine Folge des grossen Angebots und einer stabilen Nachfrage. Gegenüber 2010 erhöhten sich dagegen die durchschnittlichen Bankviehpreise um 13 Rp. je kg SG, die Lammpreise um Fr. 1.01 je kg SG und die Kälberpreise um 10 Rp. je kg SG. Die Lammpreise stiegen deutlich an, weil das Angebot geringer war und die Vermarktung verbessert wurde.

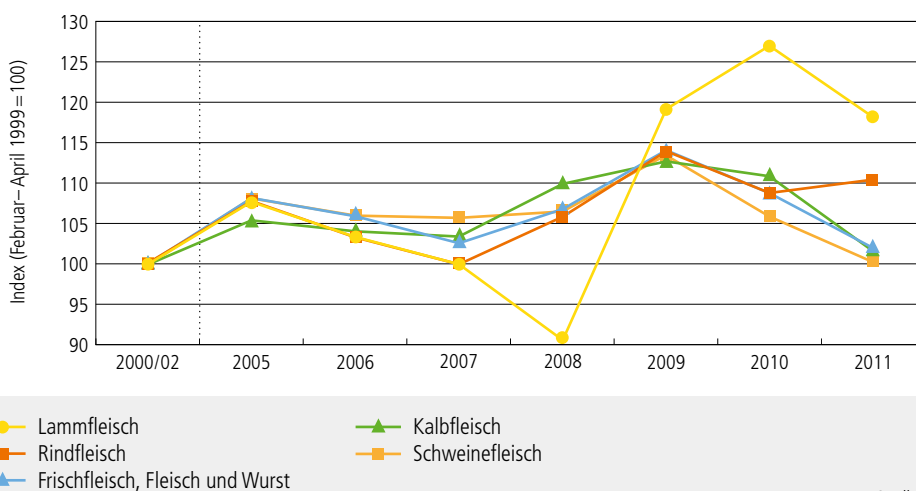
Entwicklung der Produzentenpreise Schlachtvieh und Schweine



■ Bruttomargen Fleisch

Gegenüber dem Vorjahr nahm der Jahresdurchschnitt der Bruttomarge Verarbeitung und Verteilung mit Ausnahme der Rindfleischkategorie (+1,9 %) markant ab. Am stärksten vom Rückgang betroffen waren Kalbfleisch (−10,2 %) und Schweinefleisch mit einer Einbusse von 7 %. Die Bruttomarge Lammfleisch wurde rückwirkend auf das Jahr 2007 neu berechnet (Index Februar – April 1999 = 100). Nach zwei Jahren mit beachtlichem Zuwachs ist auch hier die Bruttomarge um 8,3 % gesunken.

Entwicklung der Bruttomargen Verarbeitung und Verteilung von Fleisch



1.1.2.3 Pflanzenbau und pflanzliche Produkte

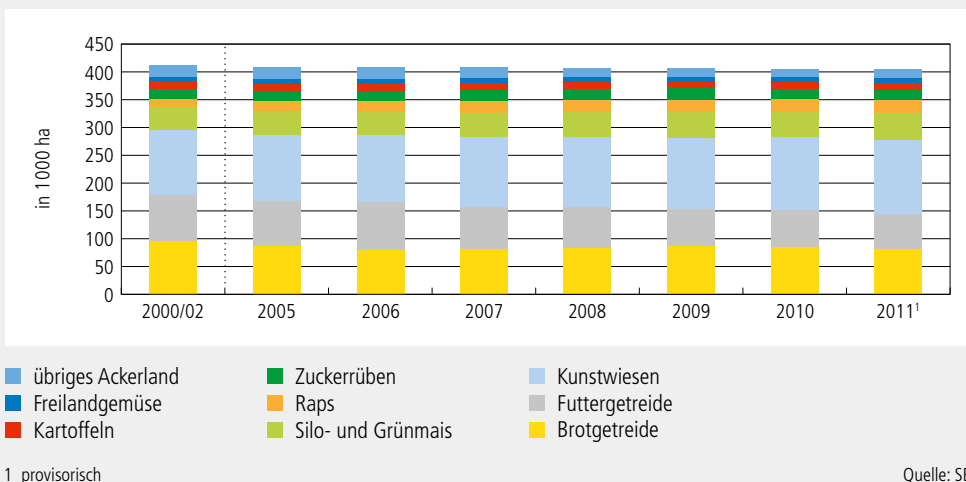
■ Ackerkulturen

Offenes Ackerland nimmt ab

Das offene Ackerland und das gesamte Ackerland (offenes Ackerland zuzüglich Kunstwiesen, überdecktes Gemüse, Saatgutanbau [Wiesenfutterbau]) sind wie die landwirtschaftliche Nutzfläche rückläufig. Der Vergleich der Mittelwerte der Jahre 2000 bis 2002 mit jenen der Jahre 2009 bis 2011 zeigt, dass das offene Ackerland um 6,3 % und das gesamte Ackerland um 1,4 % abgenommen haben. Der überproportionale Rückgang des offenen Ackerlandes erklärt sich mit dem Anstieg der Kunstwiesenfläche, die in der Betrachtungsperiode um rund 11,6 % auf rund 133 000 ha zugenommen hat. Mit einem Zuwachs von rund 15,2 % auf knapp 47 000 ha hat innerhalb der offenen Ackerfläche der Silo- und Grünmais markant zugelegt. Ausgehend von einer geringeren Anbaufläche verzeichnen auch die Ölsaaten (35 %) und die Zuckerrüben (7 %) Flächengewinne. Der Rückgang der Brotgetreidefläche ist auf die Liberalisierung der Marktordnung – 2001 wurde die Preis- und Abnahmegarantie durch den Bund aufgehoben – und leistungsfähigere Getreidesorten zurückzuführen. Die wirtschaftliche Attraktivität von Futtergetreide hat infolge der mittels Direktzahlungen nur teilweise kompensierten Reduktion des Grenzschatzes für Futtermittel zugunsten der Tierhaltung abgenommen, was sich im Rückgang der Futtergetreidefläche manifestiert. In den letzten zehn Jahren haben Nutzungen für die Wiederkäuerfütterung zu Lasten des Getreidebaus Anteile am Ackerland gewonnen. Trotz der Ausdehnung der Kunstwiesenfläche erreichten 2011 die Heuimporte mit über 160 000 t Heu eine Rekordmarke.



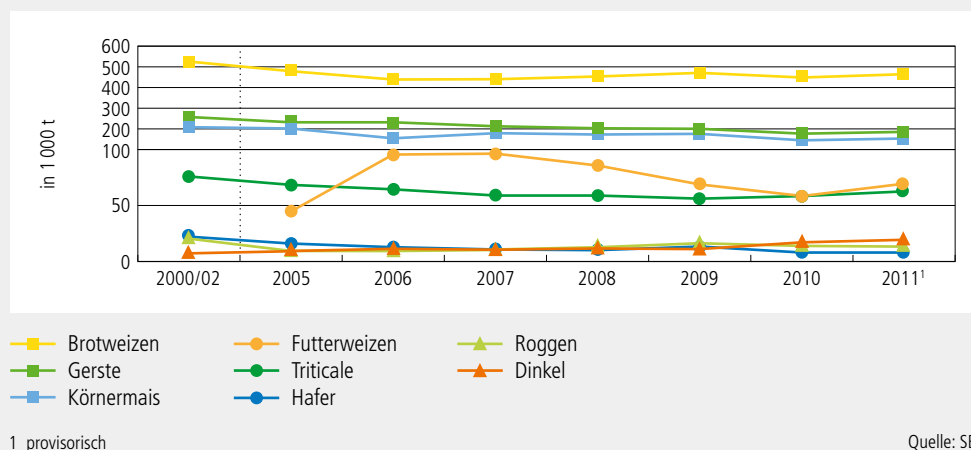
Nutzung des Ackerlandes



Getreidemarkt

Seit 2006 entspricht die inländische Brotweizenproduktion in Abhängigkeit der Erntequalität in etwa dem Bedarf. Ergänzungsimporte von bis zu 70 000 t Brotgetreide sind zum Kontingentszollansatz möglich. Infolge höherer Flächenerträge stieg die Getreideproduktion im Berichtsjahr trotz des weiteren Rückgangs der Getreideanbaufläche insgesamt um 5 % an. Die mengenmässig gewichtigen Getreidearten wiesen Produktionszunahmen auf. Die Körnermaisproduktion hängt von den Erntemengen im Wiesenfutterbau ab. Fallen die Wiesenfuttererträge unterdurchschnittlich aus, wird zur Körnerproduktion angebauter Mais vermehrt frisch verfüttert oder als Silage konserviert. Am unteren Ende der Skala verzeichnete Dinkel nochmals eine Produktionszunahme. Die quantitativ und qualitativ gute Brotgetreideernte 2011 bewirkte zusammen mit den getätigten Importen die Deklassierung von rund 14 000 Tonnen Weizen. Die Umwandlung von inländischem Brot- zu Futtergetreide erfolgte auf Kosten des Schweizerischen Getreideproduzentenverbands (SGPV). Rund 2 000 t Dinkel wurden wegen fehlender Nachfrage auf das Folgejahr überlagert.

Entwicklung der Getreideproduktion

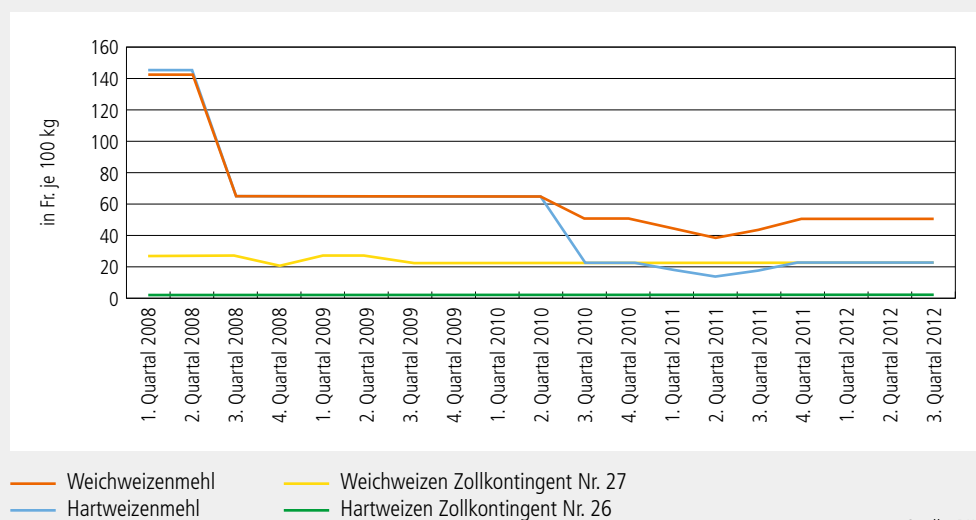


An der für Europa massgebenden Wareterminbörse in Paris (MATIF) erreichte die Notierung für Standardweizen im Februar 2011 mit rund 270 Euro/t den Jahreshöchststand. Mit einsetzender Ernte glitt die Notierung auf unter 200 Euro/t ab. Erst Ende Januar 2012 notierte der Weizen wieder über 200 Euro/t und setzte Mitte Juni 2012 aufgrund trockenheitsbedingter Produktionsausfällen in den USA und Osteuropa zu einem Höhenflug an. Mitte August 2012, kurz vor Abschluss der Ernte auf der Nordhemisphäre, bewegte sich die Notierung im Bereich von 260 Euro/t. Die Preisentwicklung hatte zur Folge, dass der Kontingentszollansatz für Brotgetreide auf Beginn des 1. Quartals 2011 auf 14.60 Fr./100 kg und auf das 2. Quartal auf 10.30 Fr./100 kg reduziert wurde. Anfang 3. Quartal wurde der Kontingentszollansatz auf 14.10 Fr./100 kg und auf das 4. Quartal unter Berücksichtigung des ergänzenden, an der Grenze erhobenen Garantiefondsbeitrages von 3.70 Fr./100 kg wieder auf das Maximum vom 19.30 Fr./100 kg erhöht. Das Zollkontingent Brotgetreide von 70 000 t wurde im Berichtsjahr nahezu ausgeschöpft.

Importe von verarbeitetem Getreide zur menschlichen Ernährung

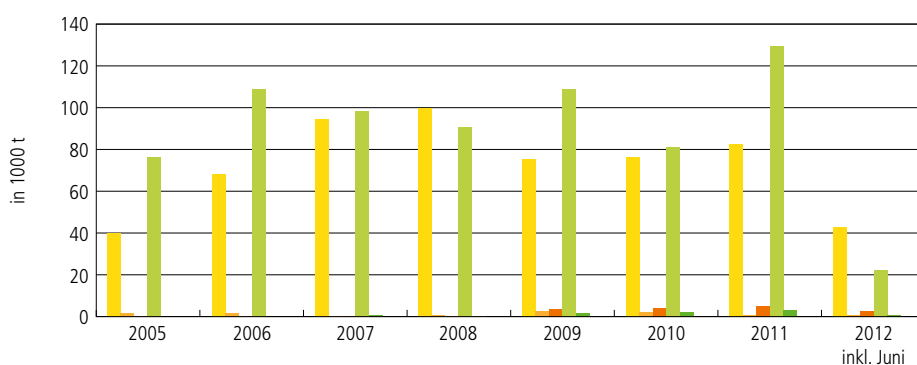
Im Frühjahr 2007 beschloss der Bundesrat eine Reduktion des Grenzschatzes für verarbeitetes Getreide zur menschlichen Ernährung. Gleichzeitig kündigte er weitere Reduktionsschritte an. Für Weichweizenmehl sank der Grenzschatz per 1. Juli 2008 von 143 Fr./100 kg auf 65 Fr./100 kg. In einem zweiten Schritt koppelte der Bundesrat den Grenzschatz für verarbeitetes Getreide zur menschlichen Ernährung unter Berücksichtigung der Mehlausbeute an die Grenzabgaben der Rohstoffe (Getreidekörner) und gewährte einen Zollzuschlag von maximal 20 Fr./100 kg. Mit der Anbindung an den Kontingentszollansatz für Brotgetreide, der per 1. Juli 2009 um 4 Fr./100 kg reduziert wurde, ist seit dem 1. Juli 2010 auch der Zollansatz für Weichweizenmehl zur menschlichen Ernährung variabel und beträgt maximal 50.70 Fr./100 kg. Hartweizen dient in erster Linie zur Herstellung von Teigwaren und wird in der Schweiz nur in geringen Mengen produziert. Das Zollkontingent für Hartweizen zur menschlichen Ernährung wird wie dessen Grenzabgaben nicht bewirtschaftet. Sie setzen sich aus dem Kontingentszollansatz von 1 Fr./100 kg sowie dem Garantiefondsbeitrag von 1.20 Fr./100 kg für die Finanzierung der Pflichtlagerhaltung zusammen.

Entwicklung des Grenzschatzes für Weich- und Hartweizen zur menschlichen Ernährung



Auf die Importmengen von gemahlenem Weich- und Hartweizen haben sich die reduzierten Grenzabgaben nur unwesentlich ausgewirkt. Seit 2005 werden in Relation zu den Einfuhren von Körnern zur menschlichen Ernährung nur geringe Mengen Mehl und Griess importiert. Seit 2009 übertreffen die Exporte von Weichweizenmehl die Mehlimporte.

Entwicklung der Importe von Weizen und Weizenprodukten zur menschlichen Ernährung



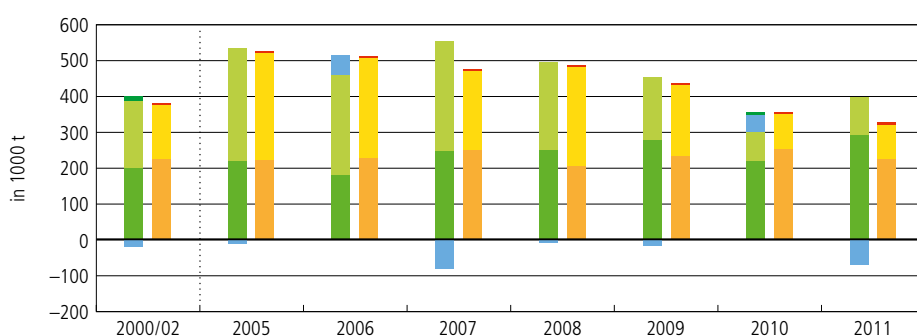
■ Weichweizenkörner Import ■ Hartweizenkörner Import
 ■ Weichweizenmehl Import ■ Hartweizenmehl Export
 ■ Weichweizenmehl Export ■ Hartweizenmehl Import

Quelle: EZV

Dynamischer Zuckermarkt

Der im Inland verarbeitete Zucker inklusive Export ergibt den Bruttoverbrauch an Zucker. Nicht berücksichtigt ist in verarbeiteten Produkten importierter Zucker. Der Bruttoverbrauch erreichte in den Jahren 2005 und 2006 mit über 500 000 t das Maximum. Seither ist der Bruttoverbrauch rückläufig, was auf geringere Exporte von Getränkegrundstoffen zurückgeführt werden kann. Lag die inländische Zuckerproduktion zur Jahrtausendwende noch im Bereich von 200 000 t wurde im Berichtsjahr mit rund 294 000 t dank ausgezeichneten Vegetationsbedingungen von der frühen Aussaat bis zur Ernte ein Rekordwert erreicht. Hohe Rübenenerträge in Kombination mit hervorragenden Zuckergehalten in Europa und Russland sowie gute Zuckerrohrernten hatten in der globalen Zuckerbilanz im Zuckerjahr 2010/11 bei einer Produktion von rund 164 Mio. t einen Produktionsüberschuss von 570 000 t Rohzucker zur Folge. Die knappe Zuckerversorgung in Europa und die Periode mit ausserordentlich hohen Weltmarktpreisen endete mit Beginn der Verarbeitung von Zuckerrüben im Herbst 2011.

Entwicklung der Zuckerbilanz



■ Veränderung Pflichtlager ■ Export in unverändertem Zustand
 ■ Import ■ Export in Verarbeitungsprodukten
 ■ Inlandproduktion ■ Nettoverbrauch
 ■ Veränderung freie Vorräte

Quelle: réservesuisse

Ölsaatenmarkt

Der Schweizerische Getreideproduzentenverband (SGPV) hat für die Marktregulierung einen «Produktionspool Ölsaaten» geschaffen. Der Pool wird zu zwei Dritteln durch die Produzentinnen und Produzenten und zu einem Drittel durch die Ölwerke finanziert.

Der Konsum von Fetten und Ölen zu Speisezwecken setzte sich im 2011 in der Schweiz wie folgt zusammen:

Speiseöl	90 000 t
Speisefett	38 000 t
Margarinen/Minarinen	21 000 t
Butter	42 000 t

Quelle: SwissOlio

Was den Konsum von pflanzlichen Ölen betrifft, so behielt das Sonnenblumenöl seinen Spitzenplatz mit einem Marktanteil von 34 %, auch wenn dieser seit mehreren Jahren rückläufig ist (2004 waren es noch 41 %). Parallel dazu wurden mehr Rapsöl (24 %, Tendenz steigend) und Palmöl (19 %) konsumiert. Der Konsum von Olivenöl stagniert seit drei Jahren bei rund 10 %.

Unterstützt durch eine positive Kursentwicklung an den Weltmärkten hat sich der Aufwärtstrend des Ölpreises von Ende 2010 auch 2011 fortgesetzt. Für die Produzentinnen und Produzenten bedeutete dies ein Anstieg des durchschnittlichen Produzentenpreises um 13 % für Rapssaat und um 12 % für Sonnenblumenkerne (auch für HO-Sonnenblumen). Der Preis für Sojabohnen blieb 2011 auf dem gleichen Niveau wie 2010.

Kartoffelmarkt

Nachdem das Produktionsniveau in der Kampagne 2010 den Marktbedürfnissen besser Rechnung getragen hatte, kam es 2011 erneut zu einem Rekordjahr. Die Ernte 2011 belief sich auf total 515 000 t (Ertrag von 458 dt/ha). Die Gesamtanbaufläche stieg leicht an (11 179 ha), während die Anzahl Produzentinnen und Produzenten (5 700) weiter zurückging.

Die Ernte des Jahres 2011 wurde folgendermassen verwertet:

Speisekartoffeln	181 900 t
Kartoffelprodukte	159 400 t
Pflanzkartoffeln	24 000 t
Verfütterung mit privater Finanzhilfe	74 500 t
Verfütterung normal	75 200 t

Quelle: Swisspatat

Da die Branchenorganisation bei der Ernte 2011 die Deklassierung einer grösseren Menge Kartoffeln finanziell ausgleichen musste, hat sie entschieden, dass 2012 neu nur diejenigen Produzentinnen und Produzenten mit Abnahmeverträgen Anspruch auf finanzielle Unterstützung bei der Denaturierung ihrer Ernte erhalten sollen.

Die WTO-Abkommen verlangen einen Marktzugang von 5 %. Dies entspricht 22 250 t Kartoffelequivalenten. 2011 wurden folgende Teilkontingente temporär erhöht:

- 5000 t Veredelungskartoffeln
- 5400 t Speisekartoffeln
- 500 t Saatkartoffeln

■ Spezialkulturen

Anbaufläche Obst- und Rebbau rückläufig, Gemüse- und Beerenbau steigend

Die von der Schweizerischen Zentralstelle für Gemüsebau (SZG) erhobene Gemüsefläche (inkl. Mehrfachanbau pro Jahr, inkl. Dauerkulturen) betrug im Berichtsjahr 15 500 ha. Diese Fläche lag rund 900 ha über dem Durchschnitt der vier Vorjahre.

Die Apfelfläche nahm letztes Jahr um 30 ha ab und lag für die Ernte 2011 bei 4 187 ha. Die Reduktion rührt insbesondere von einer Abnahme bei den Sorten Golden Delicious (–45 ha) und Maigold (–20 ha) her. Immer beliebter werden dagegen Gala (+18 ha) und Braeburn (+7 ha). Weiterhin im Trend sind auch die sogenannten Clubsorten (+30 ha) wie Diwa® (+10 ha) oder Mairac® (+8 ha). Die Birnenfläche nahm ebenfalls ab und ist zum ersten Mal unter die 800 ha-Grenze gefallen auf 789 ha. Nach mehreren Jahren Wachstum ging die Steinobstfläche wieder leicht zurück auf 1 520 ha. Verantwortlich dafür war der Aprikosenanbau (–20 ha, neu 670 ha), der nur z.T. mit einer Ausdehnung im Kirschenanbau kompensiert werden konnte (+13 ha, 498 ha). Die Zwetschgenfläche blieb stabil bei 340 ha. Der Beerenanbau erfuhr eine Ausdehnung um 41 ha und erreicht nun 781 ha Anbaufläche. Die Zunahme ist auf den Erdbeeren- (+30 ha) und Heidelbeerenanbau (+11 ha) zurückzuführen.

Die Rebfläche der Schweiz betrug im Berichtsjahr 14 920 ha und nahm gegenüber dem Vorjahr um 22 ha ab. Der Grund für die Abnahme ist hauptsächlich auf den Rückgang der Rebfläche im Kanton Wallis zurückzuführen. Insgesamt waren 6 319 ha (–8 ha) mit weissen und 8 602 ha (–14 ha) mit roten Trauben bestockt. Die Rebsortenverteilung blieb mit 42 % weissen und 58 % roten Sorten stabil.

Im Berichtsjahr wurden 371 000 t Gemüse (ohne Verarbeitung) und 129 000 t Tafelobst geerntet. Im Vergleich zum Durchschnitt der vier Vorjahre handelte es sich beim Gemüse um eine Ertragssteigerung von 11 % und beim Obst um eine Ertragseinbusse von 8 %.

Die Marktvolumina der Gemüse- und Obstarten, die in der Schweiz angebaut werden können, betrugen 585 000 t bzw. 174 000 t. Das Gemüsevolumen war 7 % grösser und das Obstvolumen 5 % kleiner als im Durchschnitt der letzten vier Jahre. Der Selbstversorgungsgrad von Schweizer Gemüse betrug 64 % und derjenige von Obst 74 %, Tendenz bei Gemüse leicht steigend und bei Obst leicht sinkend gegenüber den Werten der Vorjahre.

Im Berichtsjahr lag das Erntevolumen beim Wein mit 1,120 Mio. hl rund 8 % höher als im Vorjahr. Grund für die Zunahme waren der trockene und warme Frühling und Herbst des Jahrgangs 2011, welche eine positive Auswirkung auf das Endvolumen der Schweizer Ernte hatten. Insgesamt wurden 536 760 hl Weisswein und 583 297 hl Rotwein produziert.



Überdurchschnittliche Ernte bei den Mostäpfeln

Mit 166 845 t wurde im 2011 die grösste Mostapfelernte seit dem Jahr 2000 registriert (damals 206 020 t). Dies war 71 % mehr als der Durchschnitt der letzten vier Vorjahresernten. Die Ernteschätzung von 115 400 t wurde deutlich übertroffen. Grund dafür war der aussergewöhnlich warme Frühling und Herbst, welche den Fruchtansatz bzw. die Fruchtgrösse positiv beeinflussten. Die Mostbirnenernte fiel mit 18 820 t etwas bescheiden aus und lag 10 % unter dem vierjährigen Durchschnitt. Die realisierte Mostbirnenernte war der Ernteschätzung von 18 400 t sehr nahe. Die Importe im Rahmen des WTO-Zollkontingents hielten sich mit 4 t Mostäpfel und 3 t Mostbirnen in Grenzen.

Der Selbstversorgungsgrad beim Apfelsaft gemessen an der Normalversorgung wurde von der grossen Ernte 2011 stark beeinflusst und liegt nun bei 114 %. Ein Teil der Überschüsse wurde exportiert. Weil der Bund seit 2009 keine Exportsubventionen mehr ausrichtet, wurden die Exporte von den Mostereien und den Produzenten selber finanziert. Beim Birnensaft bleibt das Land mit einem Selbstversorgungsgrad von 87 % unterversorgt. Dies ist jedoch die Folge des Lagerabbaus wegen den schlechten Ernten 2010 und 2008.

Einfuhren von Gemüse stabil, Obst zu- und Wein abnehmend

Die Einfuhren von Frischgemüse und Frischobst, welche in der Schweiz angebaut werden können, beliefen sich 2011 auf 214 000 t bzw. 49 000 t. Das waren bei Gemüse gleichviel und bei Obst 6 % mehr als im Durchschnitt der vier Vorjahre. Die Exporte waren mit 400 t Gemüse und 3 100 t Obst unbedeutend, wobei bei Gemüse eher rückläufig bei Obst leicht ansteigend gegenüber den Vorjahren.

Im Berichtsjahr nahmen die Weineinfuhren im Vergleich zum Vorjahr ab und zwar um 2,3 % auf 1,896 Mio. hl. Davon wurden 1,636 Mio. hl innerhalb des Zollkontingentes eingeführt. Das Zollkontingent von 1,7 Mio. hl wurde somit erneut nicht ausgeschöpft. Die Weissweinimporte registrierten mit einem Gesamtvolumen von 374 958 hl eine Zunahme von 8 208 hl oder +2,2 %. Dabei stieg der Anteil der Einfuhren an Flaschenweinen um 4,5 %, während derjenige an Offenweinen um 0,5 % zunahm. Beim Rotwein mit einer Gesamteinfuhrmenge von 1,326 Mio. hl ergab sich eine Einbusse um 55 466 hl oder -4,2 %. Die Flaschenimporte nahmen um 1,5 % zu, während die Offenweineinfuhren um 10,6 % zurückgingen. In diesen Zahlen sind alle Weineinfuhren einschliesslich Verarbeitungswein und Einfuhren zum Ausserkontingentszollansatz berücksichtigt.

Gemüsekonsum steigend, Obst- und Weinkonsum sinkend

2011 betrug der Pro-Kopf-Konsum von frischem Gemüse 74 kg, derjenige von Tafelobst (ohne tropische Früchte) 22 kg. Die Konsumwerte lagen bei Gemüse über und bei Obst unter dem Durchschnitt der vier Vorjahre.

Der Gesamtverbrauch an Wein betrug (inkl. Verarbeitungsweine und exportierte bzw. wiederausgeführte Weine) im Berichtsjahr 2,741 Mio. hl, was einer Abnahme um 2,2 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Konsum von Schweizer Wein sank mit 1,015 Mio. hl um 4,7 % gegenüber der Vorjahresmenge. Der Konsum von ausländischen Weinen nahm um 0,8 % ab und erreichte 1,726 Mio. hl. Der Marktanteil von Schweizer Wein ist um 1 % gesunken und beträgt neu 37 %.

Tiefere Bruttomargen bei Früchten und Gemüse

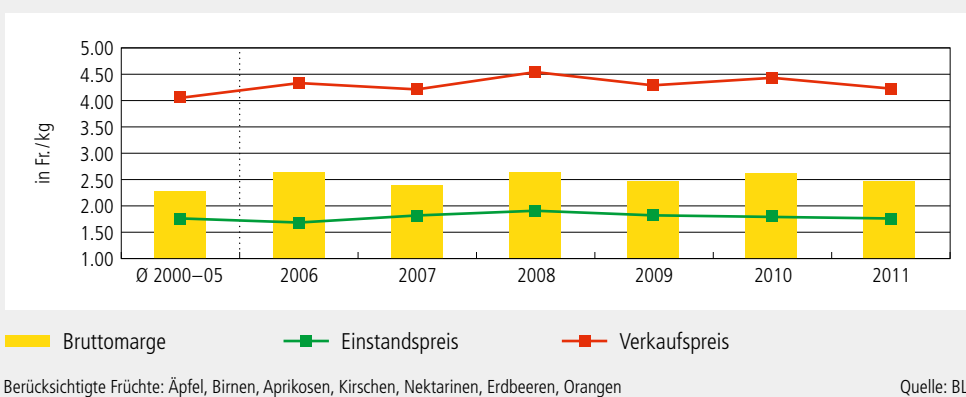
Die Preise und Bruttomargen waren bei allen beobachteten Früchte- und Gemüsesorten im Vorjahresvergleich rückläufig. Der Konsumentenpreis verzeichnete einen stärkeren Rückgang als der Einstandspreis. Der Abwärtstrend von den Preisen und Bruttomargen fiel beim Gemüse deutlicher aus als bei den Früchten.

2011 bezahlten Konsumentinnen und Konsumenten für ein Kilogramm Gemüse durchschnittlich 38 Rappen weniger als 2010 (2.91 Fr./kg gegenüber 3.29 Fr./kg). Der Einstandspreis sank seinerseits um 17 Rp./kg (1.27 Fr./kg gegenüber 1.44 Fr./kg). Dies führte zu einem Rückgang der Bruttomarge um 21 Rp./kg (1.64 Fr./kg gegenüber 1.85 Fr./kg).

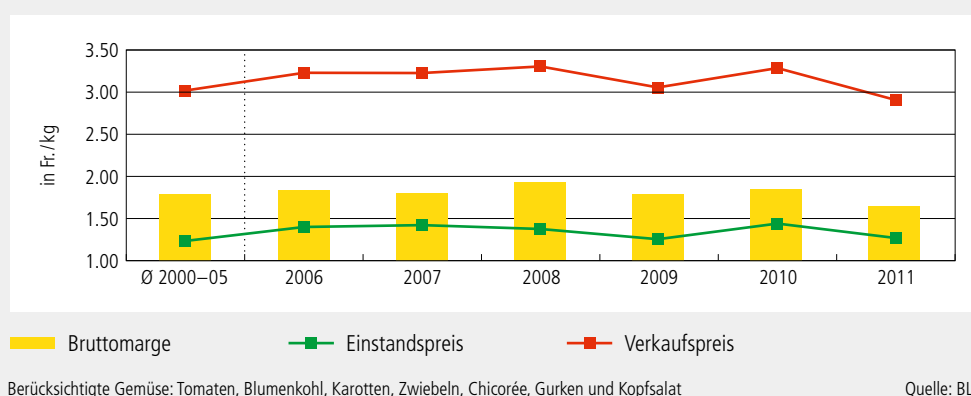
Bei den beobachteten Früchten sank der Konsumentenpreis im Vorjahresvergleich um 20 Rp./kg (4.23 Fr./kg gegenüber 4.43 Fr./kg). Der Einstandspreis verzeichnete nur ein leichtes Minus von 4 Rp./kg (1.76 Fr./kg gegenüber 1.80 Fr./kg), was den Rückgang der Bruttomarge um 16 Rp./kg (2.47 Fr./kg gegenüber 2.63 Fr./kg) erklärt.

Die rückläufigen Preise und Bruttomargen bei Früchten und Gemüse im Jahr 2011 näherten sich dem Durchschnittsniveau von 2005–2010. Besonders deutlich fiel die Annäherung bei den Einstandspreisen aus. 2011 kam der Einstandspreis für Früchte auf dem Niveau des Durchschnittspreises der Periode 2000–2005 zu stehen (1.76 Fr./kg), während derjenige von Gemüse leicht über diesem Niveau lag (+4 Rp./kg, 1.27 Fr./kg gegenüber 1.23 Fr./kg).

Entwicklung der Preise und der Bruttomargen ausgewählter Früchte



Entwicklung der Preise und der Bruttomargen ausgewählter Gemüse



1.1.3 Wirtschaftliche Lage des Gesamtsektors

■ Zwei Indikatorensysteme für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

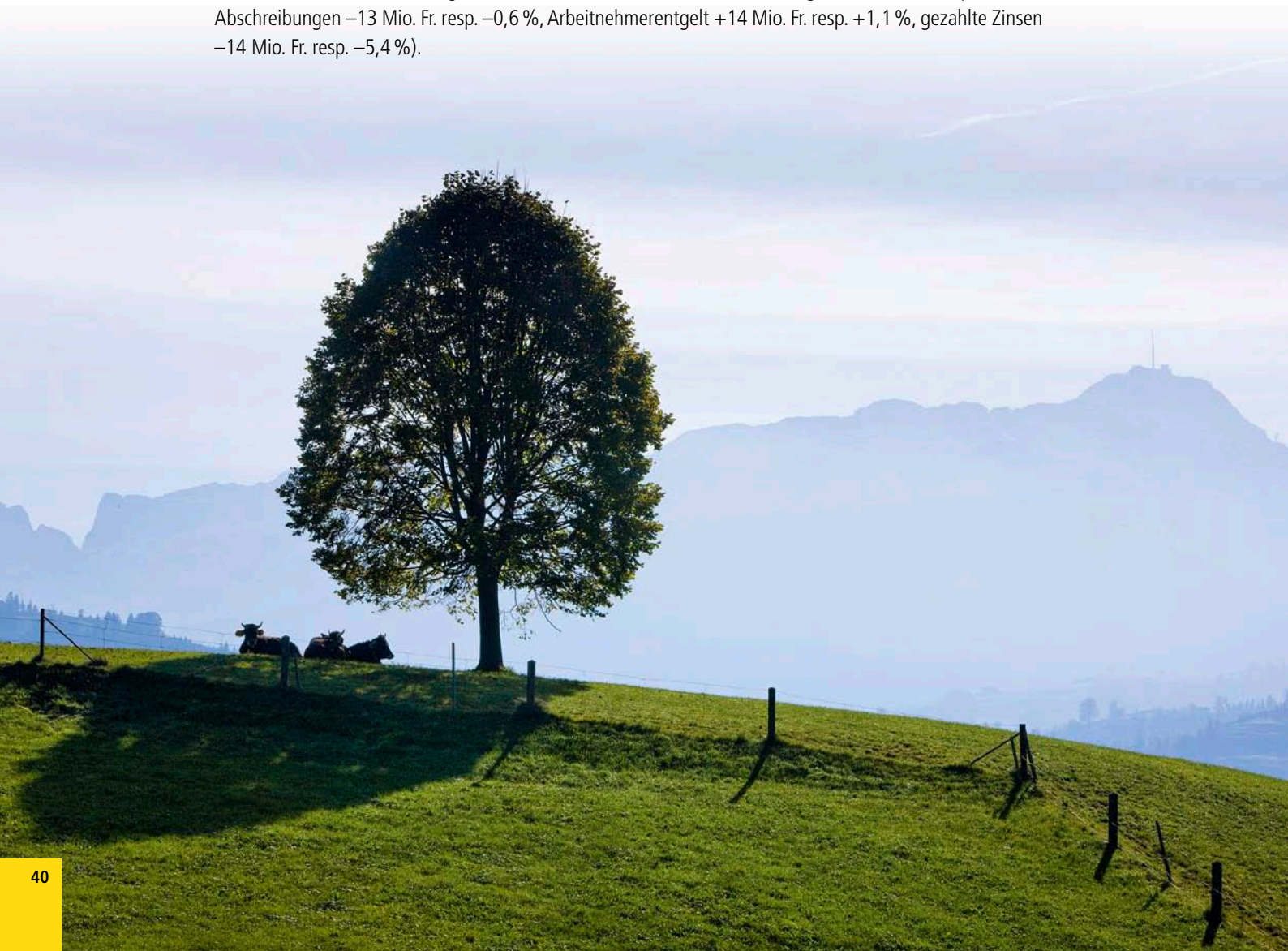
Gemäss Artikel 5 LWG wird mit den agrarpolitischen Massnahmen angestrebt, dass nachhaltig wirtschaftende und ökonomisch leistungsfähige Betriebe im Durchschnitt mehrerer Jahre Einkommen erzielen können, die mit den Einkommen der übrigen erwerbstätigen Bevölkerung in der Region vergleichbar sind.

Die Beurteilung ist in der Nachhaltigkeits-Verordnung (Artikel 3 bis 7) geregelt und erfolgt mit Hilfe zweier Indikatorensysteme. Eine sektorale Beurteilung basiert auf der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR), welche vom BFS mit Unterstützung des Sekretariats des SBV erstellt wird. Die LGR wurde 2012 teilrevidiert. Neben der Integration neuer statistischer Quellen wurden einige methodische Anpassungen vorgenommen. Insbesondere wurden die Bewertungen des Futterbaues, der Rindvieherzeugung und der Abschreibungen der Bauten angepasst. Alle hier ausgewiesenen Zahlen beruhen auf der teilrevidierten Methodik.

Die einzelbetriebliche Betrachtung stützt sich auf die Buchhaltungsergebnisse der Zentralen Auswertung der Agroscope Reckenholz-Tänikon ART (vgl. Abschnitt 1.1.4).

1.1.3.1 Sektor-Einkommen 2011

Im Jahr 2011 betrug das Nettounternehmenseinkommen 2,734 Mrd. Fr. Im Vergleich zu den Jahren 2008/10 war es um 141 Mio. Fr. oder 4,9 % tiefer. Gegenüber 2010 nahm es leicht zu, nämlich um 48 Mio. Fr. (+1,8 %). Die Erzeugung (+85 Mio. Fr. resp. +0,8 %) und die sonstigen Subventionen (+36 Mio. Fr. resp. +1,2 %) haben dabei mehr zugenommen als die Kosten (darunter Vorleistungen +76 Mio. Fr. resp. +1,2 %, Abschreibungen –13 Mio. Fr. resp. –0,6 %, Arbeitnehmerentgelt +14 Mio. Fr. resp. +1,1 %, gezahlte Zinsen –14 Mio. Fr. resp. –5,4 %).



Ergebnisse der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung der Schweiz

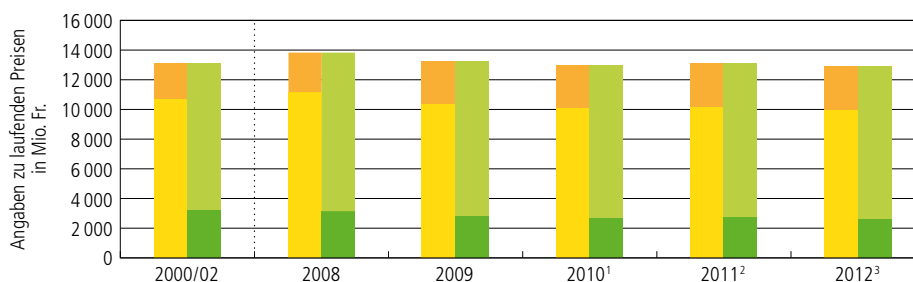
Angaben zu laufenden Preisen, in Mio. Fr.

	2000/02	2008	2009	2010 ¹	2011 ²	2012 ³
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	10 703	11 161	10 401	10 081	10 166	9 974
– Vorleistungen	6 188	6 568	6 366	6 255	6 331	6 292
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen	4 515	4 593	4 035	3 827	3 835	3 682
– Abschreibungen	1 983	2 185	2 196	2 142	2 129	2 099
Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen	2 532	2 408	1 839	1 685	1 706	1 582
– sonstige Produktionsabgaben	115	139	149	150	158	167
+ sonstige Subventionen (produktunabhängige)	2 407	2 655	2 837	2 876	2 912	2 926
Faktoreinkommen	4 824	4 924	4 527	4 411	4 460	4 341
– Arbeitnehmerentgelt	1 139	1 276	1 239	1 246	1 260	1 242
Nettobetriebsüberschuss / Selbständigeneinkommen	3 685	3 648	3 289	3 166	3 200	3 100
– gezahlte Pachten	219	229	233	234	234	235
– gezahlte Zinsen	279	296	268	257	243	241
+ empfangene Zinsen	31	16	12	11	11	9
Nettounternehmenseinkommen ⁴	3 218	3 139	2 800	2 686	2 734	2 633

¹ Halbdefinitiv, Stand 10.9.2012² Provisorisch, Stand 10.9.2012³ Schätzung, Stand 10.9.2012⁴ wird in der Literatur und in der Eurostat-Methodik als Nettounternehmensgewinn bezeichnet

Die Zahlen werden auf- oder abgerundet, wodurch die Summe der Komponenten gegenüber der Totale oder Salden abweichen kann.

Quelle: BFS

Entwicklung der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung

■ Sonstige Subventionen

■ Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs

■ Ausgaben (Vorleistungen, sonstige Produktionsabgaben, Abschreibungen, Arbeitnehmerentgelt, gezahlte Pachten, gezahlte Zinsen abzüglich empfangene Zinsen)

■ Nettounternehmenseinkommen

¹ Halbdefinitiv, Stand 10.9.2012² Provisorisch, Stand 10.9.2012³ Schätzung, Stand 10.9.2012

Quelle: BFS

● Tabellen 15–16
 ■ Seiten A14–A15

1.1.3.2 Schätzung des Sektor-Einkommens 2012

Die **Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs** wird für 2012 auf 9,974 Mrd. Fr. geschätzt und damit um 1,9 % tiefer als im Vorjahr. Dabei dürfte es sowohl im Pflanzenbau als auch in der Tierproduktion Einbussen geben.

Die **pflanzliche Produktion** (4,231 Mrd. Fr.; inbegriffen produzierender Gartenbau) wird 2012 gegenüber 2011 um 2,4 % tiefer geschätzt.

Die Erträge im Getreidebau sind 2012 deutlich tiefer ausgefallen als im Vorjahr, die Qualität hingegen ist gut. Die Getreiderichtpreise sind stabil geblieben. Die definitiven Auszahlungspreise könnten allenfalls als Folge der stark angestiegenen Weltmarktpreise noch etwas höher sein. Der Wert der Getreideernte 2012 wird 5,7 % unter demjenigen des Vorjahres veranschlagt.

Die konstante Fläche und die Ergebnisse der Proberodungen lassen eine mittlere Zuckerrübenenernte erwarten. Die Zuckergehalte dürften dagegen überdurchschnittlich ausfallen. Die Fläche der Ölsaaten ist wieder leicht gestiegen, die Erträge sind wie beim Getreide deutlich tiefer als im Vorjahr. Die Anbaubeiträge für Ölfrüchte und Zuckerrüben sind unverändert geblieben und werden im Produktionswert verbucht. Die sehr gute Tabakernte des Vorjahres wird dieses Jahr nicht erreicht. Der Produktionswert der Handelsgewächse dürfte insgesamt für 2012 im Vergleich zu 2011 7,6 % tiefer ausfallen.

In den meisten Regionen gab es mehr Raufutter als im Vorjahr. Die Qualität ist jedoch eher unterdurchschnittlich. Die Kunstwiesenflächen dehnten sich nur noch leicht aus, während die Silomaisfläche zurückging. Die Erträge beim Silomais werden als gut eingestuft. Der Produktionswert der Futterpflanzen wird dieses Jahr 6 % über demjenigen des Vorjahres geschätzt.

Nach der stetigen Steigerung des Produktionswertes für den Gemüsebau wird dieser 2012 3,5 % tiefer als 2011 geschätzt. Dies ist auf tiefere Preise zurückzuführen.

Beim produzierenden Gartenbau wird eine Abnahme des Produktionswertes von 1,0 % gegenüber dem Vorjahr erwartet. Erlöseinbussen gibt es vor allem bei den Schnittblumen, während die Baumschulen ihre Umsätze halten können.

Bei den Kartoffeln dürfte die Ernte tiefer als letztes Jahr sein und sich ungefähr auf dem Niveau von 2010 bewegen. Seit 2009 werden keine Bundesbeiträge mehr für die Überschussverwertung (im Produktionswert inbegriffen) ausbezahlt. Deswegen haben die Produzenten 2009 einen Rückbehalt eingeführt. Der Rückbehalt wird in den Vorleistungen abgezogen. Die Produzentenpreise liegen leicht höher als im Vorjahr. Der Produktionswert 2012 wird 6,9 % tiefer als 2011 geschätzt.

Beim Frischobst wird 2012 nach der sehr guten Apfelernte im letzten Jahr eine tiefere, aber immer noch gute bis sehr gute Apfelernte und eine mittelgrosse Birnenernte erwartet. Seit 2010 zahlt der Bund keine Exportbeiträge mehr für verarbeitete Obstprodukte. Die Erntemenge bei den Mostäpfeln wird dieses Jahr auf 76 000 t geschätzt. Falls die Ernte höher als 56 000 t Mostäpfel ist, wird ein Rückbehalt festgelegt, der mit zunehmender Menge steigt. Der Wert von Frischobst 2012 wird im Vergleich zu 2011 voraussichtlich um 17,2 % sinken. Die Position Obst beinhaltet neben dem Frischobst zum Teil auch die Weintrauben (für den Frischkonsum und die Verarbeitung zu Wein ausserhalb des Bereiches Landwirtschaft). Gegenüber dem letzten Jahr wird die Weintraubenernte tiefer ausfallen. Die Preise dürften sich knapp auf dem Vorjahresniveau bewegen. Insgesamt wird für die Position Obst (Frischobst und Weintrauben) 2012 ein um 11,4 % tieferer Wert als im Vorjahr geschätzt.

Der Produktionswert des Weins beruht teilweise auf den Veränderungen der Vorräte der beiden Vorjahre. Bei den Weinlesen 2010 und 2011 wurden gegenüber 2009 tiefere Mengen gekeltert, jedoch stützt die gute Qualität das Preisniveau. Der Produktionswert des Weins wird im Jahre 2012 um 1,9 % unter dem Wert von 2011 veranschlagt.

Die **tierische Produktion** (4,732 Mrd. Fr.) wird 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 % tiefer eingeschätzt. Die Rindviehschlachtungen sind gegenüber dem Vorjahr nur leicht tiefer, die Schlachtgewichte dagegen etwas höher. Die Produzentenpreise sind stabil geblieben. Der Schweinemarkt ist auch dieses Jahr durch ein hohes Angebot mit entsprechend tiefen Preisen geprägt. Die Produzentenpreise liegen noch unter dem bereits tiefen Vorjahresniveau. Für Lämmer und Schafe werden tiefere Schlachtzahlen als im Vorjahr erwartet und die Produzentenpreise dürften stabil bleiben. Die Absatzmöglichkeiten für inländisches Geflügel bleiben gut. Die Pouletschlachtungen werden auch dieses Jahr bei leicht steigenden Produzentenpreisen zunehmen. Die Milchproduktion wird wieder höher als im Vorjahr geschätzt, die Produzentenpreise dürften unter dem Vorjahresniveau zu liegen kommen. Die Exporte von Milch und Milchprodukten sind zwar gestiegen, aber v.a. bei der Butter war dies auf die von den Milchproduzenten finanzierten Marktentlastungsmassnahmen zurückzuführen. Die Eierproduktion wird leicht höher als im Vorjahr geschätzt. Nach den massiven Völkerverlusten im vergangenen Winter waren die diesjährigen Honigerträge von Standort zu Standort sehr unterschiedlich. Es wird eine mittelmässige Ernte erwartet.

Die **Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen** (668 Mio. Fr.) wird 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % höher geschätzt. Der Produktionswert der landwirtschaftlichen Dienstleistungen, welche insbesondere Lohnarbeiten für Dritte beinhalten (z.B. Saat und Ernte), hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugelegt. Das deutet auf eine steigende Spezialisierung der Produktionsabläufe in der Landwirtschaft hin.

Der Wert der **nicht trennbaren nichtlandwirtschaftlichen Nebentätigkeiten** (343 Mio. Fr.) dürfte 2012 gegenüber 2011 um 3,4 % abnehmen. Dies ist u.a. auf die kleinere Mostobsternte zurückzuführen. In dieser Position sind Tätigkeiten enthalten wie die Verarbeitung von Mostobst, Fleisch oder Milch auf dem Hof oder Dienstleistungen, wie Strassenrand- und Landschaftspflege, die Haltung von Pensionstieren (Pferde) sowie die Übernachtungen von Touristen (Schlafen im Stroh).

Die Ausgaben für **Vorleistungen** werden für 2012 auf 6,292 Mrd. Fr. veranschlagt, was 0,6 % unter dem Vorjahr liegt. Die Ernteausfälle bei Mais, Soja und Weizen in den USA haben die Rohstoffpreise für die Mischfutter markant verteuert. Auf der anderen Seite dürfte deutlich weniger eingeführt werden, so dass die Kosten für die zugekauften Futtermittel 2012 nur wenig höher zu liegen kommen als 2011. Die tiefere Bewertung der hofeigenen Futtermittel bewirkt, dass die Position Futtermittel 2012 insgesamt etwas tiefer sein dürfte als 2011. Die Preise für Erdölzeugnisse sind nach 2009 wieder angestiegen. Für 2012 wird geschätzt, dass die Ausgaben für Energie und Schmierstoffe 2012 im Vergleich zu 2011 um 2,5 % ansteigen dürften. Tiefere Ausgaben gegenüber 2011 dürften 2012 für Saat- und Pflanzgut sowie für die Instandstellung von baulichen Anlagen anfallen. Die übrigen Ausgabenpositionen werden 2012 gegenüber 2011 praktisch unverändert geschätzt.

Die **Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen** (3,682 Mrd. Fr.) wird 2012 um 4 % tiefer eingeschätzt als 2011.

Die **Abschreibungen** (2,099 Mrd. Fr.) werden 2012 im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 % tiefer veranschlagt. Da die Abschreibungen zu Anschaffungspreisen (Wiederbeschaffungspreise) bewertet werden, spielt die Preisentwicklung der Investitionsgüter eine wichtige Rolle. Die Preise für Bauten sind stabil und es wird erwartet, dass jene für Ausrüstungen (Fahrzeuge und Maschinen) tiefer sein werden als im Vorjahr.

Die **sonstigen Produktionsabgaben** (167 Mio. Fr.) dürften 2012 im Vergleich zu 2011 um 6,4 % ansteigen. Dies ist vor allem auf die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze auf den 1. Januar 2011 zurückzuführen. Die sonstigen Produktionsabgaben setzen sich zusammen aus den übrigen Produktionsabgaben (Motorfahrzeugsteuer, Stempelgebühr und Grundsteuer) sowie der Unterkompensation der Mehrwertsteuer.

Die **sonstigen Subventionen** (2,926 Mrd. Fr.) beinhalten alle Direktzahlungen, den berechneten Zins für zinslose öffentliche Darlehen (Investitionskredite, Betriebshilfe) und die übrigen von Kantonen und Gemeinden erbrachten laufenden Beiträge. Nicht enthalten sind die Gütersubventionen, welche bereits im Produktionswert zu Herstellungspreisen berücksichtigt wurden (z.B. Anbauprämien und Zulagen für silagefreie Fütterung bei der Milchproduktion). Die sonstigen Subventionen dürften 2012 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % höher ausfallen.

Das **Arbeitnehmerentgelt** (= Angestelltenkosten) wird für 2012 auf 1,242 Mrd. Fr. geschätzt, was 1,4 % unter dem Wert des Vorjahres liegt. Der Anstieg der Lohnkosten pro Beschäftigte (inkl. Sozialbeiträge der Arbeitgeber) dürfte durch den Rückgang der Angestellten in der Landwirtschaft mehr als kompensiert werden.

Die **gezahlten Pachten** (235 Mio. Fr.) stagnieren seit Jahren und bleiben auch 2012 gegenüber dem Vorjahr praktisch auf derselben Höhe. Die **gezahlten Schuldzinsen** (241 Mio. Fr.) werden 2012 ebenfalls praktisch gleich hoch eingeschätzt wie 2011.

Als **Nettounternehmenseinkommen** verbleiben 2,633 Mrd. Fr. Das sind 3,7 % weniger als im Vorjahr.

1.1.4 Wirtschaftliche Lage der Einzelbetriebe

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Betriebe beruht auf den Ergebnissen der Zentralen Auswertung von Agroscope Reckenholz-Tänikon ART. Neben den verschiedenen Einkommensgrössen liefern Indikatoren, wie z.B. jener zur finanziellen Stabilität, wichtige Hinweise auf die wirtschaftliche Lage der Betriebe. Im Tabellenanhang sind die Indikatoren detailliert aufgeführt.

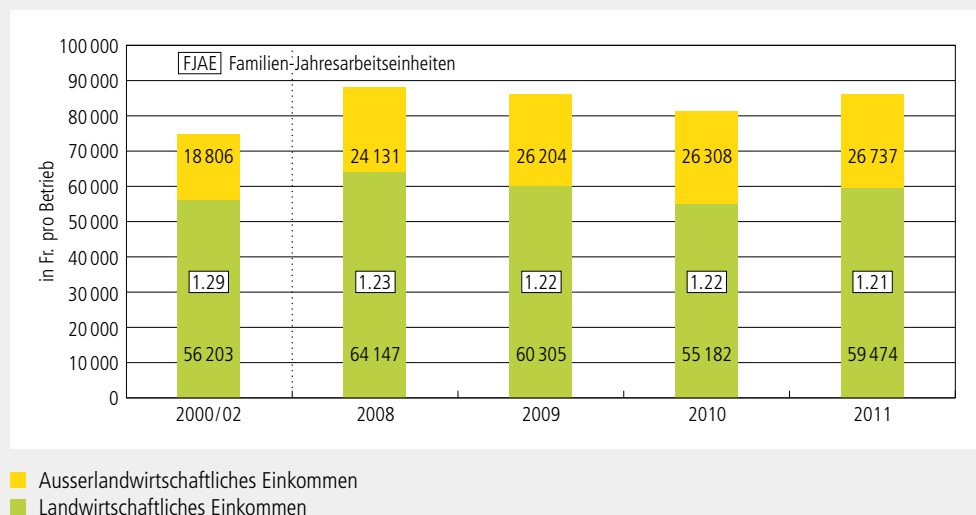
Begriffe und
Methoden
Seite A59



1.1.4.1 Einkommen und Arbeitsverdienst

■ Landwirtschaftliches Einkommen 2011 gestiegen

Entwicklung der Einkommen der Landwirtschaftsbetriebe: Mittel aller Regionen



Tabellen 17–26
Seiten A16–A26

Die Rohleistung hat 2011 im Vergleich zum Mittel der Jahre 2008/10 leicht zugenommen (+2,5 %). Die Zunahme gegenüber 2010 betrug 3,9 %. Die Rohleistung aus dem Pflanzenbau ist 11,5 % höher als im Vorjahr. Dies kann vor allem auf das sehr gute Pflanzenjahr mit hervorragenden Ernten im Getreide-, Zuckerrüben- und Kartoffelanbau sowie auf höhere Preise beim Getreide zurückgeführt werden. Auch die Rohleistung in der Tierhaltung hat zugenommen (+1,8 %). Dazu beigetragen haben vor allem die Grossviehmast, die Mutterkuh- und Geflügelhaltung.

Die Fremdkosten lagen 2011 um 3,5 % über dem Dreijahreswert 2008/10. Auch gegenüber dem Vorjahr haben sie zugenommen (+2,7 %). Die Sachkosten Pflanzenbau liegen praktisch auf dem Niveau des Vorjahres. In der Tierhaltung sind die Sachkosten vor allem infolge höherer Kraftfutterkosten gestiegen. Für Treibstoffe musste deutlich mehr als im Vorjahr bezahlt werden. Angestiegen sind auch die Lohnkosten. Dies ist auf den Trend zurückzuführen, dass Familienarbeitskräfte vermehrt durch Angestellte ersetzt werden.

Das landwirtschaftliche Einkommen ist die Differenz zwischen Rohleistung und Fremdkosten. Es entschädigt einerseits die Arbeit der Familienarbeitskräfte und andererseits das im Betrieb investierte Eigenkapital. 2011 lag das landwirtschaftliche Einkommen 0,7 % unter dem Mittelwert der Jahre 2008/10 und 7,8 % über dem Vorjahresniveau.

Das ausserlandwirtschaftliche Einkommen hat gegenüber dem Mittel der drei Vorjahre zugenommen (+4,7 %). Im Vergleich zu 2010 ist es nur noch leicht angestiegen (+1,6 %).

Aus der Veränderung des landwirtschaftlichen und ausserlandwirtschaftlichen Einkommens resultiert eine leichte Zunahme des Gesamteinkommens um 0,9 % gegenüber 2008/10 und eine Zunahme von 5,8 % gegenüber 2010.

Das landwirtschaftliche Einkommen war 2011 gegenüber 2008/10 in der Talregion praktisch unverändert (–0,1 %), in der Hügelregion hat es leicht zugelegt (+1,4 %) und in der Bergregion abgenommen (–4,7 %). Das ausserlandwirtschaftliche Einkommen stieg in der Talregion um 2,0 %, in der Hügelregion um 5,6 % und in der Bergregion um 8,2 %. Entsprechend blieb das Gesamteinkommen in der Tal- und Bergregion praktisch konstant (+0,4 % bzw. –0,1 %), während es in der Hügelregion um 2,8 % zunahm.

Einkommen der Landwirtschaftsbetriebe nach Regionen

Einkommen nach Region	Einheit	2000/02	2008	2009	2010	2011	2008/10– 2011
							%
Talregion							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	20,01	21,63	21,66	22,17	22,23	+1,9
Familienarbeitskräfte	FJAE	1,25	1,18	1,17	1,16	1,15	–1,7
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	67 865	78 570	72 074	64 627	71 660	–0,1
Ausserlandw. Einkommen	Fr.	17 197	24 877	26 565	25 016	26 007	+2,0
Gesamteinkommen	Fr.	85 061	103 447	98 639	89 643	97 666	+0,4
Hügelregion							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	17,96	19,24	19,55	19,71	20,07	+2,9
Familienarbeitskräfte	FJAE	1,26	1,20	1,21	1,21	1,22	+1,1
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	50 826	58 809	55 379	51 567	56 046	+1,4
Ausserlandw. Einkommen	Fr.	20 580	24 221	27 049	27 748	27 818	+5,6
Gesamteinkommen	Fr.	71 406	83 030	82 428	79 314	83 864	+2,8
Bergregion							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	18,68	19,70	20,23	20,55	20,90	+3,7
Familienarbeitskräfte	FJAE	1,37	1,34	1,33	1,33	1,30	–2,5
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	41 789	45 663	45 258	42 804	42 483	–4,7
Ausserlandw. Einkommen	Fr.	19 725	22 806	24 711	27 032	26 876	+8,2
Gesamteinkommen	Fr.	61 514	68 469	69 969	69 837	69 359	–0,1

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabellen 17–20
Seiten A16–A19

Der Anteil der Direktzahlungen an der Rohleistung betrug 2011 17,6 % in der Talregion, 24,5 % in der Hügelregion und 39,6 % in der Bergregion. Damit nahm der Anteil in der Tal- und Hügelregion leicht ab und in der Bergregion leicht zu.

Die Einkommenssituation unterscheidet sich stark nach Betriebstyp (11 Produktionsrichtungen).

Einkommen der Landwirtschaftsbetriebe nach Betriebstypen 2009/11

Betriebstyp	Landw. Nutzfläche	Familien- arbeitskräfte	Landw. Einkommen	Ausserlandw. Einkommen	Gesamt- einkommen
	ha	FJAE	Fr.	Fr.	Fr.
Mittel alle Betriebe	21,01	1,22	58 320	26 416	84 737
Ackerbau	26,12	0,90	65 509	32 199	97 708
Spezialkulturen	13,51	1,27	88 348	22 976	111 324
Verkehrsmilch	21,42	1,31	55 123	23 122	78 244
Mutterkühe	20,40	1,1	40 171	38 000	78 172
Anderes Rindvieh	18,10	1,22	32 766	29 708	62 474
Pferde/Schafe/Ziegen	13,26	1,04	26 382	38 468	64 850
Veredlung	11,37	1,08	59 505	31 288	90 793
Kombiniert Verkehrsmilch/ Ackerbau	29,38	1,27	73 665	20 692	94 357
Kombiniert Mutterkühe	24,75	1,13	52 801	33 466	86 267
Kombiniert Veredlung	21,92	1,27	76 889	21 026	97 915
Kombiniert Andere	23,22	1,21	60 033	25 784	85 817

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabellen 21a–21b
Seiten A20–A21

Im Durchschnitt der Jahre 2009/11 erzielten die Betriebstypen Spezialkulturen und bestimmte kombinierte Betriebe (Veredlung, Verkehrsmilch/Ackerbau) die höchsten landwirtschaftlichen Einkommen. Diese erwirtschafteten zusammen mit dem Ackerbau und der Veredlung auch die höchsten Gesamteinkommen. Die tiefsten landwirtschaftlichen Einkommen und Gesamteinkommen erreichten die Betriebstypen anderes Rindvieh und Pferde/Schafe/Ziegen. Dazwischen liegen die spezialisierten Verkehrsmilchbetriebe.

■ Arbeitsverdienst 2011 höher als 2008/10

Der von den Landwirtschaftsbetrieben erwirtschaftete Arbeitsverdienst (landwirtschaftliches Einkommen abzüglich Zinsanspruch für im Betrieb investiertes Eigenkapital) entschädigt die Arbeit der nichtentlohnten Familienarbeitskräfte. Gegenüber dem Dreijahresmittel 2008/10 stieg der Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft (Median) 2011 um 7,2 %. Im Vergleich zu 2010 nahm er um 9,9 % zu. Die Zunahme fällt damit etwas grösser aus als jene beim landwirtschaftlichen Einkommen. Der Grund dafür liegt vor allem im weiter gesunkenen Zinsanspruch für das Eigenkapital (tieferes Zinsniveau der Bundesobligationen).

Der Arbeitsverdienst pro Familienarbeitskraft ist in den einzelnen Regionen unterschiedlich hoch. Im Durchschnitt ist er in der Talregion wesentlich höher als in der Bergregion. Auch die Quartile liegen weit auseinander. So erreichte 2009/11 der Arbeitsverdienst pro Familienarbeitskraft in der Talregion im ersten Quartil 16,5 % und derjenige im vierten Quartil 206,9 % des Mittelwertes aller Betriebe der Region. In der Hügellregion war die Streuungsbandbreite noch grösser (0,0 % und 207,4 %). In der Bergregion war der Arbeitsverdienst im ersten Quartil sogar negativ, jener des vierten Quartils lag bei 224,5 % des Mittelwerts.

Tabellen 22–25
Seiten A22–A25

Arbeitsverdienst der Landwirtschaftsbetriebe 2009/11: nach Regionen und Quartilen

Arbeitsverdienst ¹ in Fr. pro FJAE ²					
Region	Median	Mittelwerte			
		1. Quartil (0–25 %)	2. Quartil (25–50 %)	3. Quartil (50–75 %)	4. Quartil (75–100 %)
Talregion	48 132	8 572	37 174	60 754	107 472
Hügellregion	35 240	10	27 248	43 989	80 165
Bergregion	24 424	–2 247	17 723	32 738	62 505

1 Eigenkapitalverzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen: 2009: 2,22 %; 2010: 1,65 %, 2011: 1,48 %.

2 Familien-Jahresarbeitseinheiten: Basis 280 Arbeitstage

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

In der Tal- und Hügellregion übertraf 2009/11 das vierte Quartil der Landwirtschaftsbetriebe im Durchschnitt den entsprechenden Jahres-Bruttolohn der übrigen Bevölkerung um 33 700 Fr. resp. 13 000 Fr. In der Bergregion verfehlte das vierte Quartil das Niveau des entsprechenden Vergleichslohns um 100 Fr. Im Vergleich zur Periode 2008/10 hat sich damit die relative Situation des vierten Quartils in der Hügell- und Bergregion verbessert, während sie in der Talregion ungefähr gleich geblieben ist.

Vergleichslohn 2009/11, nach Regionen

Region	Vergleichslohn ¹ Fr. pro Jahr
Talregion	73 777
Hügelregion	67 159
Bergregion	62 617

¹ Median der Jahres-Bruttolöhne aller im Sekundär- und Tertiärsektor beschäftigten Angestellten

Quellen: BFS, Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Zu berücksichtigen gilt, dass die landwirtschaftlichen Haushalte ihren Lebensunterhalt nicht nur aus dem Arbeitsverdienst bestreiten. Ihr Gesamteinkommen, einschliesslich des ausserlandwirtschaftlichen Einkommens, liegt wesentlich höher als der Arbeitsverdienst. So beträgt das Gesamteinkommen der Betriebe in der Bergregion im ersten Quartil, die einen negativen Arbeitsverdienst ausweisen, 2009/11 rund 43 000 Fr. Den Lebensunterhalt finanzieren sie vor allem aus dem ausserlandwirtschaftlichen Einkommen, das sich auf 40 000 Fr. beläuft.

1.1.4.2 Weitere betriebswirtschaftliche Kennzahlen

■ Finanzielle Stabilität

Der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital (Fremdkapitalquote) gibt Auskunft über die Fremdfinanzierung des Unternehmens. Kombiniert man diese Kennzahl mit der Eigenkapitalbildung, lassen sich Aussagen über die Tragbarkeit einer Schuldenlast machen. Ein Betrieb mit hoher Fremdkapitalquote und negativer Eigenkapitalbildung ist auf die Dauer – wenn diese Situation über Jahre hinweg anhält – finanziell nicht existenzfähig.

Auf Basis dieser Überlegungen werden die Betriebe in vier Gruppen mit unterschiedlicher finanzieller Stabilität eingeteilt.

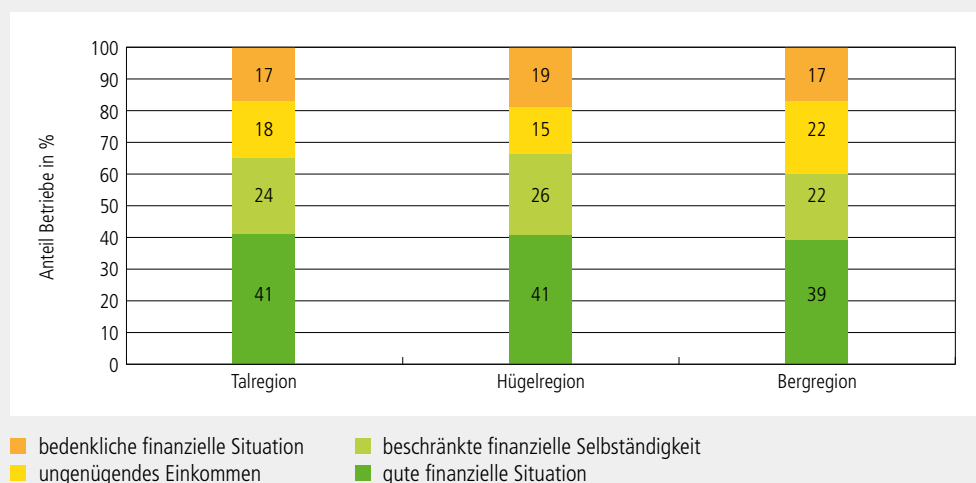
Einteilung der Betriebe in vier Gruppen mit unterschiedlicher finanzieller Stabilität

Betriebe mit ...		Fremdkapitalquote	
		Tief (<50 %)	Hoch (>50 %)
Eigenkapitalbildung	Positiv	... guter finanzieller Situation	... beschränkter finanzieller Selbständigkeit
	Negativ	... ungenügendem Einkommen	... bedenklicher finanzieller Situation

Quelle: De Rosa

Die Beurteilung der finanziellen Stabilität der Betriebe 2009/11 zeigt in den drei Regionen ein ähnliches Bild. Zwischen 39 und 41 % der Betriebe befinden sich in einer finanziell guten und zwischen 34 und 39 % befinden sich in einer finanziell schwierigen Situation (Betriebe mit negativer Eigenkapitalbildung). Das Dreijahresmittel 2009/11 präsentiert sich damit in allen Regionen praktisch gleich wie 2008/10.

Beurteilung der finanziellen Stabilität 2009/11 nach Regionen



■ Eigenkapitalbildung, Investitionen und Fremdkapitalquote

Der Cashflow der ART-Referenzbetriebe hat 2011 im Vergleich zu 2008/10 weniger zugelegt als die Investitionen (+2,6 % gegenüber +13,7 %). Aus diesen beiden Zahlen resultiert ein tieferes Cashflow-Investitionsverhältnis (−10,0 %). Die Eigenkapitalbildung (Gesamteinkommen minus Privatverbrauch) war leicht höher als in der Referenzperiode (+1,3 %), dies aufgrund eines Gesamteinkommens, das etwas stärker gestiegen ist als der Privatverbrauch. Die Fremdkapitalquote lag auf demselben Niveau wie in den Vorjahren.

Entwicklung von Eigenkapitalbildung, Investitionen und Fremdkapitalquote

Merkmal		2000/02	2008	2009	2010	2011	2008/10–2011
							%
Eigenkapitalbildung	Fr.	11 787	16 746	14 941	10 069	14 098	+1,3
Investitionen ¹	Fr.	45 376	48 400	51 448	50 148	56 837	13,7
Cashflow-Investitionsverhältnis ²	%	93	100	97	93	87	−10,0
Fremdkapitalquote	%	41	44	44	44	44	0,0

¹ Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

² Cashflow (Eigenkapitalbildung plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen) zu Investitionen

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

1.2 Soziales und Gesellschaft

Das Soziale ist eine der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit. In der Berichterstattung über die agrarpolitischen Auswirkungen nehmen die sozialen Aspekte deshalb einen eigenen Platz ein. Für die Landwirtschaft wichtig sind aber auch gesellschaftliche Aspekte wie etwa die Einschätzung der Schweizer Landwirtschaft durch die Bevölkerung, was unter 1.2.3 behandelt wird.

Im Folgenden werden die Einkommen und der Verbrauch der landwirtschaftlichen Haushalte auf der Basis der Zentralen Auswertung von Buchhaltungsdaten der Agroscope Reckenholz-Tänikon ART dargestellt sowie die Resultate einer nationalen Untersuchung über die Frauen in der Landwirtschaft. Anschliessend folgen ein Beitrag über die Meinung der Bevölkerung zur Landwirtschaft sowie einer über Nahrungsmittelabfälle.

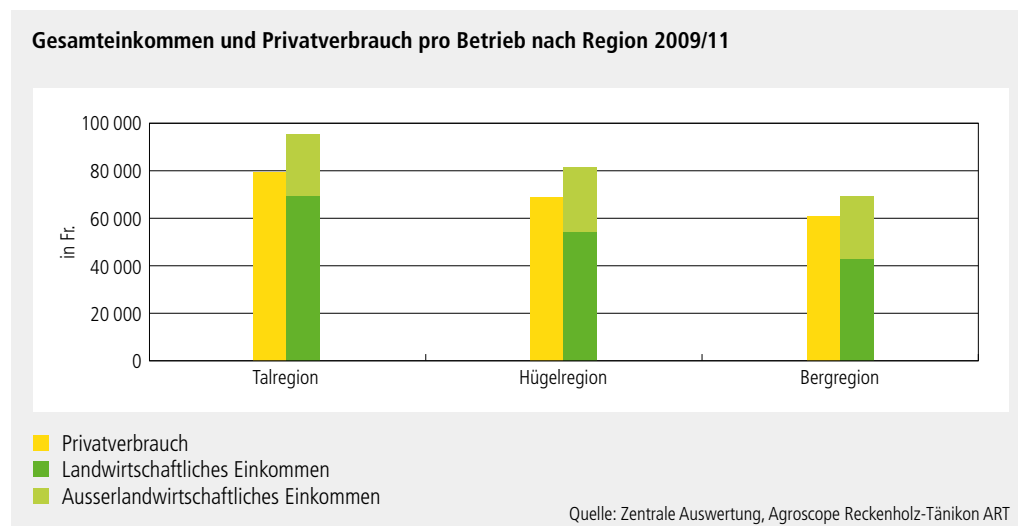


1.2.1 Einkommen und Verbrauch

Für die Einschätzung der sozialen Lage der Bauernfamilien sind Einkommen und Verbrauch bedeutende Kenngrössen. Bei der ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit interessiert das Einkommen vor allem als Mass für die Leistungsfähigkeit der Betriebe. Bei der sozialen Dimension steht die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Haushalte im Vordergrund. Daher wird das ausserlandwirtschaftliche Einkommen der Bauernfamilien ebenfalls mit in die Analyse einbezogen. Untersucht werden dabei sowohl das Gesamteinkommen als auch die Entwicklung des Privatverbrauchs.

■ Gesamteinkommen und Privatverbrauch nach Region

Das Gesamteinkommen, das sich aus dem landwirtschaftlichen und dem ausserlandwirtschaftlichen Einkommen zusammensetzt, lag im Durchschnitt der Jahre 2009/11 je nach Region zwischen 69 700 und 95 300 Fr. pro Haushalt: Die Haushalte der Bergregion erreichten 73 % des Gesamteinkommens der Haushalte der Talregion. Mit durchschnittlichen ausserlandwirtschaftlichen Einkommen von 25 900 bis 27 500 Fr. hatten die Bauernfamilien eine wichtige zusätzliche Einkommensquelle. Diese machte bei den Haushalten der Talregion 27 % des Gesamteinkommens aus, bei jenen der Hügelregion 34 % und bei denjenigen der Bergregion 38 %. Die Haushalte der Hügelregion wiesen mit 27 500 Fr. absolut die höchsten ausserlandwirtschaftlichen Einkommen aus.



Die Eigenkapitalbildung – der nicht konsumierte Teil des Gesamteinkommens – macht je nach Region zwischen 12 bis 17 % des Gesamteinkommens aus. Der Privatverbrauch liegt jeweils über der Höhe des landwirtschaftlichen Einkommens. Er ist entsprechend der Höhe des Gesamteinkommens bei den Haushalten der Talregion absolut am höchsten und bei jenen der Bergregion am tiefsten.

Das durchschnittliche Gesamteinkommen pro Haushalt lag 2011 mit 86 200 Fr. etwas über jenem der Jahre 2008/10 mit 85 400 Fr. Der Privatverbrauch pro Haushalt hat 2011 im Vergleich zu 2008/10 ebenfalls leicht, um 600 Fr., zugenommen und lag bei 72 100 Fr.

■ Gesamteinkommen und Privatverbrauch nach Quartil

Gesamteinkommen und Privatverbrauch pro Verbrauchereinheit nach Quartil¹ 2009/11

	1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil	4. Quartil	Alle Betriebe
Gesamteinkommen pro VE ² (Fr.)	14 990	19 642	26 651	40 132	25 266
Privatverbrauch pro VE (Fr.)	17 834	18 514	21 967	27 403	21 383

¹ Quartile nach Arbeitsverdienst je Familien-Jahresarbeitsinheit

² Verbrauchereinheit = ganzjährig am Familienverbrauch beteiligtes Familienmitglied im Alter von 16 Jahren und mehr

Quelle: Zentrale Auswertung, Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Die Haushalte des ersten Quartils erreichten 37 % des Gesamteinkommens pro Verbrauchereinheit von Haushalten des vierten Quartils. Beim Privatverbrauch war die Differenz zwischen dem ersten und dem vierten Quartil deutlich geringer: Er lag bei den Haushalten des ersten Quartils bei 65 % des Verbrauchs der Haushalte des vierten Quartils.

Das Gesamteinkommen pro Verbrauchereinheit konnte 2009/11 den Verbrauch der Familien von Betrieben im ersten Quartil nicht decken. Die Eigenkapitalbildung war negativ. Zehren diese Betriebe längerfristig von der Substanz, so müssen sie früher oder später aufgegeben werden. In den übrigen Quartilen war der Privatverbrauch geringer als das Gesamteinkommen: Er lag bei den Betrieben des zweiten Quartils bei 94 % des Gesamteinkommens, bei den Betrieben des dritten Quartils bei 82 % und bei den Betrieben des vierten Quartils bei 68 %.

Das Gesamteinkommen pro Verbrauchereinheit war 2011 im ersten und zweiten Quartil im Vergleich zu den drei Vorjahren 2008/10 tiefer: Im ersten Quartil um 600 Fr. und im zweiten um 1 500 Fr. Hingegen war das Gesamteinkommen pro Verbrauchereinheit 2011 im dritten um 100 Fr. und im vierten Quartil um 1 900 Fr. höher als 2008/10. Der Privatverbrauch pro Verbrauchereinheit hat 2011 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2008/10 im ersten und im vierten Quartil zugenommen (200 resp. 1 100 Fr.), beim zweiten und dritten Quartil abgenommen (1 200 resp. 300 Fr.).

1.2.2 Frauen in der Landwirtschaft

Am 15. Juni 2011 hat Nationalrätin Maya Graf ein Postulat mit dem Titel «Bericht zur Situation der Frauen in der Landwirtschaft» (11.3537) eingereicht. In ihrem Vorstoss verlangt die Postulantin einen Bericht, der Fragen über die soziale Absicherung, die Eigentumsverhältnisse, die Betriebsleitung, das Einkommen der Frauen sowie zum Einbezug der unbezahlten Tätigkeit der Frauen bei der SAK-Berechnung beantwortet. Der Bundesrat hat das Postulat entgegen genommen mit dem Hinweis, dass die Berichterstattung Teil des Agrarberichts 2012 sein wird.

Postulat Maya Graf
Seite A57

Im Rahmen der Sozialberichterstattung in der Landwirtschaft wurde 2002 die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft analysiert. 2012 wurde das Thema «Frauen in der Landwirtschaft» erneut untersucht und die Ergebnisse wo möglich mit den vor zehn Jahren erhobenen Daten verglichen. Die Resultate dieser Untersuchung sind die Hauptquelle zur Beantwortung der im Postulat von Maya Graf aufgeworfenen Fragen. Zusätzlich werden im Agrarbericht 2012 im Abschnitt 1.1.1.1 erstmals detailliertere Angaben zu den von Frauen geführten Landwirtschaftsbetrieben gemacht. Auf den Einbezug der unbezahlten Tätigkeiten der Frauen in die SAK-Berechnung wird im nachfolgenden Bericht nicht eingegangen, da die Thematik in der Befragung nicht angesprochen wurde. Dies wird bei der Behandlung der Agrarpolitik 2014–2017 spezifisch angegangen.

Die Untersuchung ist Teil des Aktionsplanes zum «UNO-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen CEDAW». Andere laufende oder kürzlich abgeschlossene Projekte behandeln ebenfalls Aspekte des Themas «Frauen in der Landwirtschaft» wie das NFP-Programm Nr. 60 «Gleichstellung der Geschlechter» mit dem Spezialthema «Geschlecht, Generationen und Gleichstellung in der Landwirtschaft», das vom Institut de hautes études internationales et du développement in Genf in Zusammenarbeit mit Agridea und ART bearbeitet wird und die 2011 von ART durchgeführte Zeitbudgetstudie bei über 300 Bauernhaushalten. Die Studie ist in Bearbeitung. Deren Ergebnisse werden 2013 veröffentlicht.



■ Methodik der Untersuchung

Es wurde ein kombiniertes Vorgehen mit quantitativen und qualitativen Methoden gewählt, um neben quantifizierbaren Aussagen zur Situation der Frauen auch vertiefte, qualitative Erkenntnisgewinne zu erhalten: In einem ersten Schritt wurden Basisdaten mittels einer schriftlichen Befragung erhoben. Anschliessend wurden die Ergebnisse in Gruppengesprächen diskutiert und kommentiert.

Begleitet wurde die Untersuchung «Frauen in der Landwirtschaft» durch eine Arbeitsgruppe von Fachpersonen aus Praxis, Beratung, Forschung und Verwaltung. Die Projektleitung teilten sich das BLW und die ART.

Schriftliche Befragung

Für die Durchführung und Auswertung der schriftlichen Umfrage im Januar/Februar 2012 wurde das Meinungsforschungsinstitut Isopublic beauftragt. Für die schriftliche Befragung wurden wie 2002 1 500 Frauen in der deutsch-, französisch- sowie italienischsprachigen Schweiz angeschrieben, davon haben 820 geantwortet.

Der Fragebogen für die schriftliche Umfrage 2012 basierte auf jenem der Studie «Rolle der Frauen in der Landwirtschaft» aus dem Jahre 2002 und wurde durch das Begleitem bearbeitet und erweitert. Diese Befragung erlaubte es, Grundlagendaten nach verschiedenen Gesichtspunkten (Sprachregion, Region, Betriebsgrösse etc.) über die Situation der Frauen zu erhalten, wie sie seit zehn Jahren nicht mehr vorliegen.

Die Adressen der Frauen wurden zufällig aus dem Agrarinformationssystem des BLW, das dem Vollzug der Direktzahlungen dient, ausgewählt. Die Stichprobenwahl erfolgte aufgrund repräsentativer sprachlicher, regionaler und betrieblicher Merkmale aus der Grundgesamtheit aller direktzahlungsberechtigten Betriebe mit weiblichen Bewirtschafterinnen bzw. mit weiblichen mitarbeitenden Familienmitgliedern, das sind rund 80 % aller direktzahlungsberechtigten Betriebe.

Auswahl der Betriebe			
		Netto-Stichprobe ² in %	Grundgesamtheit in %
Sprache	deutsch	71	78
	französisch	21	20
	italienisch	7	2
Region	Tal	41	43
	Hügel	29	27
	Berg	31	30
Betriebsgrösse	klein < 1 SAK ¹	23	31
	mittel 1 – 2,5 SAK ¹	54	51
	gross > 2,5 SAK ¹	23	18
Betriebstyp	Pflanzenbau	10	13
	Tierhaltung	57	55
	Kombiniert	34	32
Biologischer Landbau	Biobetrieb	16	11
	Nicht-Biobetrieb	84	89

¹ Standardarbeitskraft
² entspricht den 820 Frauen, die an der Umfrage teilgenommen haben

Verglichen mit der Grundgesamtheit ist in der Nettostichprobe die Deutschschweiz etwas untergewichtet und die italienischsprachige Schweiz etwas übergewichtet. Die Verteilung der Regionen und der Betriebstypen entspricht weitgehend der Grundgesamtheit. Kleinbetriebe sind etwas untergewichtet, Biobetriebe etwas übergewichtet.

Gruppendiskussionen

Zur Vertiefung und Konkretisierung der Resultate der schriftlichen Umfrage fanden vier von BLW und ART organisierte und durchgeführte Gruppendiskussionen in unterschiedlichen geografischen und sprachlichen Regionen der Schweiz statt. Sie erfolgten mit Frauen unterschiedlicher Altersgruppen und aus verschiedenen Betriebssituationen.

Teilnehmerinnen der Gruppendiskussionen

Ort	Sprache	Datum	Teilnehmende
Frauenfeld TG	d	29.03.12	8 SG, SH, TG, ZH
Yverdon-les-Bains VD	f	03.04.12	7 FR, NE, VD
Bellinzona TI	i	12.04.12	5 GR, TI
Sarnen OW	d	17.04.12	9 BE, LU, NW, OW

Für die Gruppendiskussionen wurden jeweils wiederum zufällig aus dem Agrarinformationssystem des BLW mehrere Adressen von landwirtschaftlichen Betrieben aus einem Umkreis bis ca. 40 km vom Ort der Gruppendiskussion gezogen. Anschliessend wurde im Telefonbuch geschaut, ob eine Frau direkt angeschrieben werden kann. All diese Frauen bekamen dann eine Einladung für eine Gruppendiskussion mit den nötigen Informationen. Ein paar Tage später wurde telefonisch die Teilnahme abgeklärt. Die Zielgrösse war 8 bis 10 Teilnehmerinnen je Gruppendiskussion. Das war nicht immer ganz einfach, so waren für eine Gruppendiskussion rund 60 Telefonate nötig, für die anderen drei je etwa 30.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung und der Gruppendiskussionen werden in den nachfolgenden Abschnitten dargestellt. Zuerst werden die an der Untersuchung beteiligten Frauen charakterisiert, anschliessend der Status und die Rollen aufgezeigt, das Einkommen und die soziale Absicherung, verschiedene Aspekte rund um ihre Arbeit und die Belastungen dargelegt sowie zum Abschluss ihre Befindlichkeit und die Zukunftsaussichten skizziert. Die Darstellung der Ergebnisse in den einzelnen Abschnitten setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der schriftlichen Befragung und den Erkenntnissen aus den Gruppendiskussionen. Bei den Zitaten wurden die Namen anonymisiert.

1.2.2.1 Charakterisierung der an der Untersuchung beteiligten Frauen

Nachfolgend werden die an der Untersuchung beteiligten Frauen beschrieben. Zuerst jene der schriftlichen Befragung, anschliessend die Frauen, die an den Gruppendiskussionen teilnahmen.

■ Die befragten Frauen der schriftlichen Umfrage

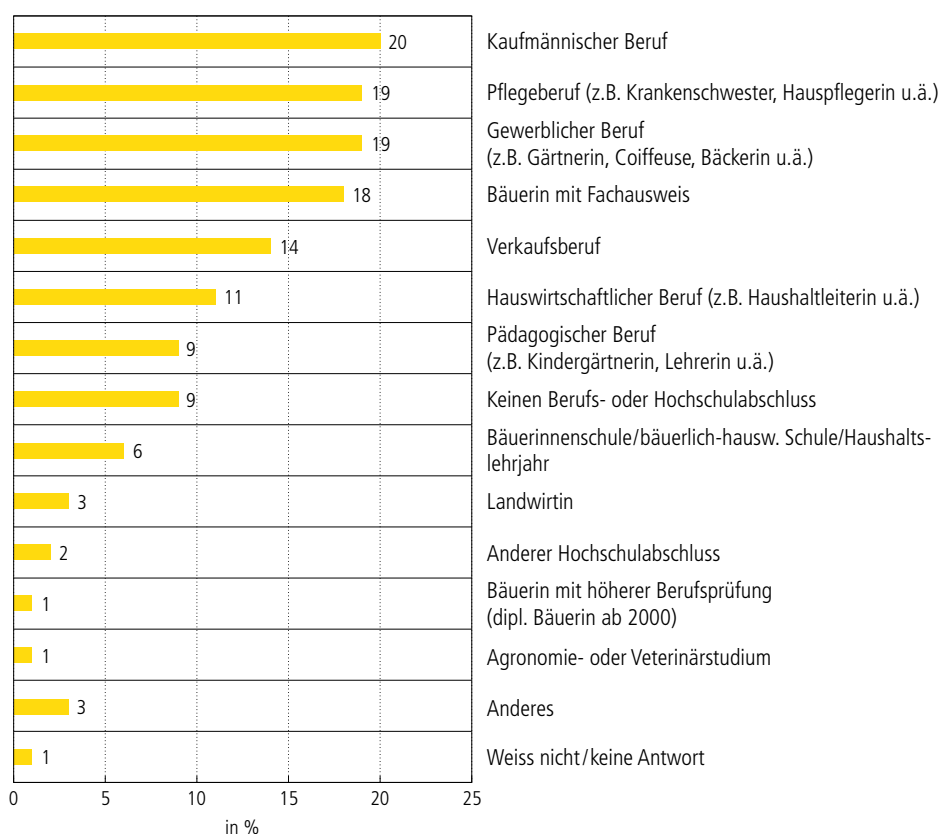
Etwa die Hälfte der 820 befragten Frauen ist auf einem Bauernhof aufgewachsen. Dies sind 10 % weniger als 2002. Zwei Drittel der Frauen stammen aus der gleichen Region wie ihr Partner. Das war bereits 2002 der Fall. Bei der jüngsten Alterskategorie der befragten Frauen (bis 35 Jahre alt) ist der Anteil nicht bäuerlicher Herkunft jedoch signifikant höher als bei den übrigen Teilnehmerinnen (56 % gegenüber 48 %).

Die grosse Mehrheit der befragten Frauen ist verheiratet (95 %). Die jüngste Frau ist 25, die älteste 80 Jahre alt. Im Durchschnitt sind die Frauen 48 Jahre alt, das heisst durchschnittlich drei Jahre älter als in der Befragung von 2002. Etwas mehr als zwei Drittel der Frauen (n=585) sind zwischen 36 und 55 Jahre alt. Knapp ein Fünftel (n=155) ist 56 Jahre und älter und 8 % (n=68) sind bis 35 Jahre alt. 12 Frauen haben keine Angaben zu ihrem Alter gemacht. Mehr als 90 % der Frauen haben Kinder, im Durchschnitt deren drei.

Die befragten Frauen leben meist in einem Haushalt mit Kernfamilie (Eltern und Kinder). Auf jedem dritten Bauernhof wohnen zwar drei Generationen, aber mit eigenem Haushalt. 1 % der Frauen wohnt mit der älteren Generation im gleichen Haushalt. In einzelnen Haushalten der Teilnehmerinnen wohnen auch Auszubildende und/oder Angestellte (8 %) sowie andere (verwandte) Personen (2 %). In der italienischsprachigen Schweiz ist der Anteil Haushalte, bei denen die ältere Generation auswärts wohnt, mehr als doppelt so gross als in der Deutsch- und der Westschweiz.

Das Zusammenleben dreier Generationen hat sowohl positive als auch negative Seiten, meinen die 362 Frauen, die derzeit mit einer älteren Generation zusammenleben. So erhalten die Kinder einen wertvollen Bezug zu den Grosseltern. Aber das Leben unter einem Dach kann auch zu Konflikten führen. Zwar bedeutet die Mitarbeit der älteren Generation eine Arbeitsentlastung auf dem Betrieb und bei der Betreuung der Enkelkinder, die Pflege der älteren Generation ist hingegen eine zusätzliche Belastung für die jüngere Generation. Insgesamt überwiegen leicht die positiven Seiten des Zusammenlebens.

29 % der befragten Frauen haben eine landwirtschaftliche bzw. bäuerlich-hauswirtschaftliche Ausbildung (Bäuerin mit Fachausweis 18 %, Besuch einer Bäuerinnenschule ohne Abschluss 6 %, Landwirtin EFZ 3 %, Agronomie- oder Veterinärstudium 1 % sowie diplomierte Bäuerin 1 %). Je ein Fünftel der Frauen hat entweder einen kaufmännischen, einen gewerblichen oder einen Pflegeberuf erlernt; 9 % sind ohne Berufsabschluss. Vor zehn Jahren hatten etwas weniger Frauen einen landwirtschaftlichen bzw. bäuerlich-hauswirtschaftlichen oder hauswirtschaftlichen Beruf (25 % resp. 8 %), hingegen waren mehr Frauen ohne Berufsabschluss (15 %).

Ausbildung (Mehrfachnennungen möglich)

Basis: Total [N=820]

Quelle: Isopublic 2012

■ **Die Frauen der Gruppendiskussionen**

Die Angaben der Frauen, die an den Gruppendiskussionen teilnahmen, stützen sich ab auf ihre in der Vorstellungsrunde gemachten Aussagen.

Die Frauen sind zwischen 31 und 67, im Durchschnitt knapp 50 Jahre alt. Alle Frauen haben mindestens ein Kind, teils bis 5, im Mittel 2,6 Kinder. Gefragt nach ihrer Herkunft zeigt sich, dass im Schnitt gut die Hälfte aus einem bäuerlichen Umfeld stammt, vermehrt in der Bergregion. In einem Fall lebte die ältere Generation im selben Haushalt, sonst meistens in einer separaten Wohnung oder auswärts.

Die Betriebe, auf denen die Frauen leben und arbeiten, waren ganz unterschiedlich gross. Der kleinste Betrieb umfasst rund 12 ha, der grösste gegen 90 ha. Es sind insbesondere Milchwirtschaftsbetriebe, auch einige Mutterkuhhaltungs- und Ackerbaubetriebe, ebenso Betriebe mit u.a. Spezialkulturen sowie mit Mast. Zwei Frauen leben auf einem Stufen-Betrieb, «zügeln» also mehrmals pro Jahr. Zwei Frauen sind alleinige Bewirtschafterinnen und somit für den Bezug der Direktzahlungen berechtigt, die anderen engagieren sich mehr oder weniger stark in der gemeinsamen Betriebsleitung mit dem Partner. Ein paar Frauen bieten Direktvermarktung an, vereinzelt betreiben sie eine Besenbeiz oder Agrotourismus, haben Pensionspferde oder nähen Kinderkleider.

Der allergrösste Teil der Frauen hat eine Ausbildung absolviert: Verbreitet sind Lehren als Verkäuferin oder Kauffrau. Es waren auch Schneiderinnen und Krankenschwestern dabei, ebenso eine Frau, die die Kunstgewerbeschule besucht hat. Nur einzelne haben eine bäuerlich-hauswirtschaftliche oder landwirtschaftliche Ausbildung abgeschlossen, darunter eine Meister-Landwirtin und eine dipl. Bäuerin, ein paar haben die Bäuerinnenschule besucht. Einige Frauen sind ausserbetrieblich tätig, meist im Teilzeitpensum an einem oder zwei Tagen pro Woche.

1.2.2.2 Status und Rollen der Frauen

In diesem Teil der Untersuchung werden der Status und die Rollen der Frauen in der Landwirtschaft dargestellt.

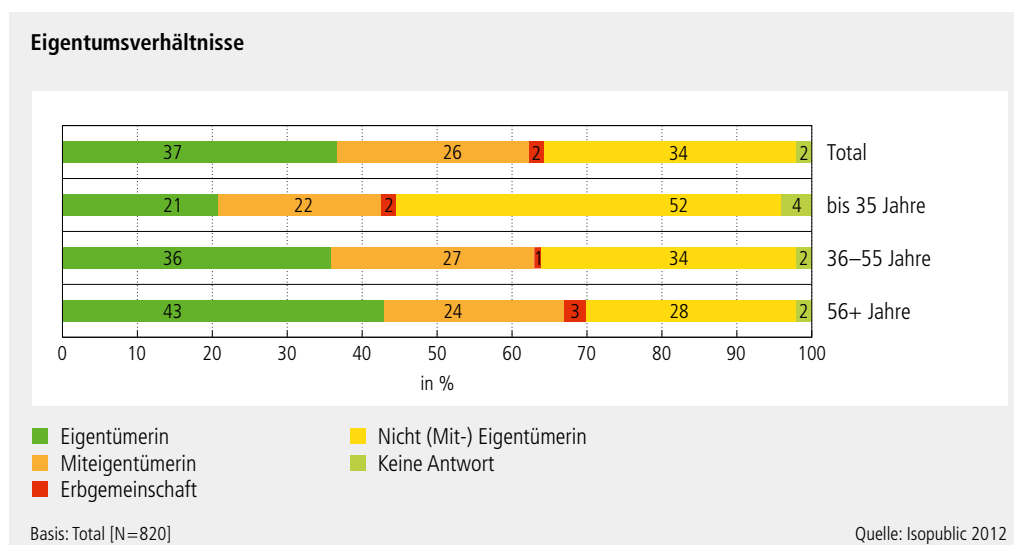
■ Status der Frauen

Welchen Status haben die Frauen auf dem Betrieb? Sind sie Eigentümerin, Betriebsleiterin, Bewirtschafterin? Und was bedeutet dies? Auf solche und andere Fragen wird im Folgenden eingegangen.

Der Status einer Person hat weitreichende Konsequenzen: So braucht es für den Erhalt von Investitionskrediten die Unterschrift des Eigentümers. Eigentümerin oder Miteigentümerin ist, wer einen Eintrag im Grundbuch vorweisen kann. Der Status als Betriebsleiterin dient der Statistik: Dort werden die Personen, die den Betrieb führen, von jenen abgegrenzt, die angestellt sind oder als Familienmitglied auf dem Betrieb mitarbeiten. Bewirtschafter/in ist, wer einen Betrieb auf eigene Rechnung und Gefahr führt und in der Steuererklärung ein Einkommen aus selbständiger Tätigkeit deklariert. Dieser Status berechtigt zum Bezug von Direktzahlungen.

Nur wenige Frauen sind als (Mit-) Eigentümerin im Grundbuch eingetragen

Bei der Befragung 2012 geben knapp zwei Drittel der Frauen an, dass sie mindestens Miteigentümerin des Hofes sind. Je älter die befragten Frauen sind, desto häufiger sind sie gemäss eigenen Angaben Eigentümerinnen des landwirtschaftlichen Betriebs. In der Westschweiz bezeichnen sich mehr Frauen als Eigentümerinnen als in der Deutschschweiz.



Der Status Eigentümerin bzw. Miteigentümerin wird in den Gruppendiskussionen unterschiedlich interpretiert. Nicht einig sind sich die Frauen darüber, ob es einen Grundbucheintrag braucht oder nicht. Viele Frauen sind fälschlicherweise der Auffassung, dass der normale Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung automatisch zu Eigentum oder Miteigentum am Betrieb führt.

Aufgrund der Gruppendiskussionen muss angenommen werden, dass die wenigsten Frauen im Grundbuch eingetragen sind. Darüber hinaus ist auch klar geworden, dass die meisten Frauen die rechtlichen Verhältnisse nicht oder zu wenig genau kennen.

«Wenn man nicht Gütertrennung hat, dann ist das erwirtschaftet. Dann bist du eben auch Miteigentümer, obwohl dein Name nicht explizit da steht.» (Martha, 53)

«Also, ich habe das Gefühl, wenn du zusammen gearbeitet hast, dann steht dir die Hälfte zu gut.» (Vera, 52)

«Wir haben das miteinander bewirtschaftet, dann ist man doch Miteigentümerin.» (Kathrin, 65)

«Vom Gefühl her gehört uns [Frauen] schon viel, aber wenn's drauf ankäme irgendwie (...). Also, der Hof ist auf ihn eingetragen. Zwei Wochen später haben wir geheiratet. Von da her, hat er den Hof mitgebracht. Der gehört ihm. Was wir jetzt zusammen erwirtschaften, also das Einkommen, das gehört schon uns beiden. Aber der Hof selber, der gehört ihm. Er hat ihm schon vorher gehört, bevor wir geheiratet haben.» (Carmen, 43)

«Alors dans la tête, ils sont les deux, mais peut-être pas sur le papier.» (Nathalie, 52)

«J'ai juste un petit bout de terrain. C'est bien à moi.» (Catherine, 46)

«La stalla appartiene a tutti e due mentre la casa solo a mio marito perché è stata costruita su un terreno di proprietà della sua famiglia; delle case di vacanza, due sono mie.» (Beatrice, 60)

«Stalla e terreni sono intestati a tutti e due, prima della ripartizione le proprietà erano a nome di mio marito. L'azienda invece è a nome mio e la gestisco io.» (Giovanna, 48)

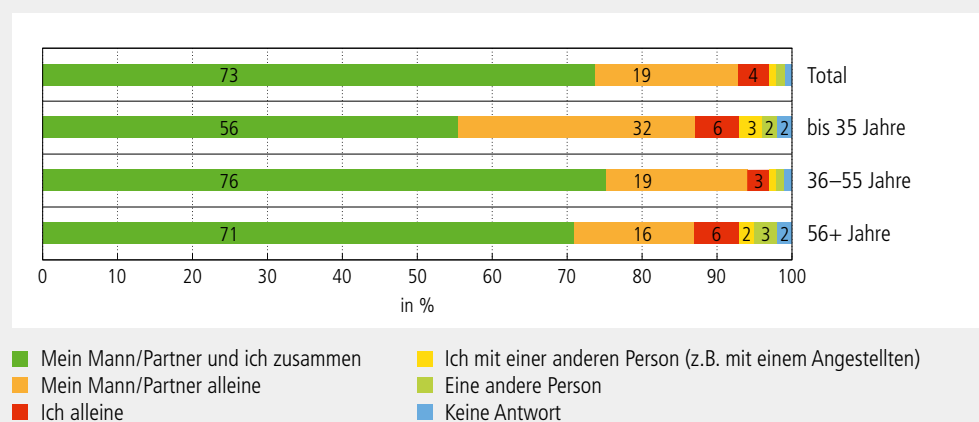
«Ich hatte auch schon Differenzen mit meinem Mann. Bei so Einfamilienhaus-Besitzern stehen oft beide Namen auf dem Grundbuchamt.» (Frieda, 60)

«Durch den Job, den ich 20 Jahre lang gemacht habe, und ich gut verdient habe, habe ich natürlich ein gewisses Kapital noch im Hintergrund. Und wir wollen jetzt dann ausbauen im Haus, das werde ich dann zahlen müssen. Dann werde ich wahrscheinlich aber auch darauf bestehen, dass ich wirklich eingetragen werde, so als voll gleichwertige Eigentümerin. Nicht nur so, ja.» (Carmen, 43)

Die gemeinsame Betriebsleitung von Frau und Mann ist die Regel

2012 ist die Betriebsleitung nach den Angaben der Frauen zu drei Viertel in gemeinsamen Händen mit dem Partner. Als alleinige Betriebsleiterin bezeichnen sich 4 % der befragten Frauen.

Leitung des Betriebs



Basis: Total [N=820]

Quelle: Isopublic 2012

Die grosse Mehrheit der Frauen sieht sich also als gemeinsame Betriebsleiterin mit ihrem Mann, was aber in den Agrarstatistiken so nicht aufgeführt wird. Es wird dort nur zwischen männlichen und weiblichen Betriebsleitenden unterschieden. Eine gemeinsame Betriebsleitung wird folglich gegen aussen nicht sichtbar.

Für die gemeinsame Betriebsleitung ist für die Frauen die Erfahrung und das gemeinsame Arbeiten auf dem Hof massgebend, weniger das reine landwirtschaftliche Fachwissen oder die konkreten Aufgaben auf dem Betrieb. Als Mit-Betriebsleiterin fühlen sich Bäuerinnen dann, wenn sie mit ihrem Partner zusammen den Betrieb aufgebaut und ihr ganzes Leben lang mitgearbeitet haben.

«Da ist der Betrieb eben schon da (...). Ich habe mit 23 geheiratet und dann haben wir miteinander [den Betrieb] zuerst gepachtet und dann gekauft und aufgebaut. Da bin ich hineingewachsen. Aber ich denke schon, wir sind gleichwertige Partner auf dem Betrieb. Soweit, dass man sagen kann, wir führen ihn miteinander, oder? Jeder hat einfach sein Gebiet.» (Dora, 52)

«Moi, je pense, c'est souvent sur le nom du mari, la ferme, mais c'est la femme qui gère autant que lui, c'est souvent comme ça.» (Nathalie, 52)

«Alors que dans les faits, on partage les décisions, en même temps légalement, juridiquement, comme vous dites «dans le cas de mauvais temps», en l'occurrence c'est le mari.» (Gabrielle, 56)

«Ich bin angestellt, also ich erhalte einen kleinen Lohn, und ich bin eigentlich Befehlsempfängerin und bei den Betriebsentscheidungen bin ich eigentlich nicht beteiligt. Zum Beispiel haben wir gerade einen neuen Traktor gekauft, das hat mein Mann mit dem Schwiegervater besprochen und ich habe gesagt, wenn ihr ihn braucht, dann kauft ihn.» (Nadja, 35)

4 % der Frauen sind Bewirtschafterinnen

Für den Erhalt von Direktzahlungen ist entscheidend, wer den Betrieb auf eigene Rechnung und Gefahr bewirtschaftet, also rechtlich gesehen «Bewirtschafter/in» ist. In den Gruppengesprächen wurden «Betriebsleiterin» und «Bewirtschafterin» meist synonym verwendet, es zeigte sich also auch hier häufig eine fehlende Kenntnis über die genaue Bedeutung dieser Begriffe.

Nach wie vor ist es selten, dass eine Frau den Status «Bewirtschafterin» hat. 4 % der befragten Frauen geben an, dies zu sein. Sozialrechtlich sind diese Frauen als Selbständigerwerbende den männlichen Bewirtschaftern gleich gestellt.

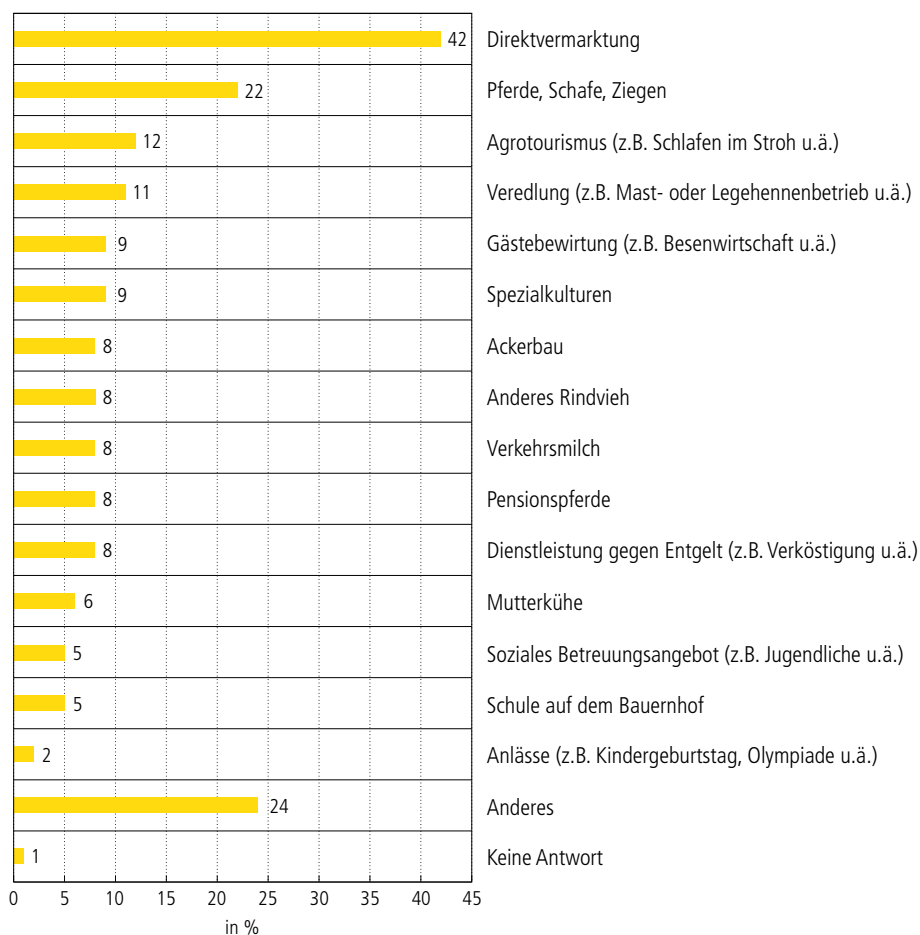
«Je suis veuve (...), j'ai gardé l'exploitation, mais quand il était malade, les vignes on les a donné à louer, parce que si on doit tout donner à traiter, on n'arrive pas à s'en sortir, tandis qu'avec un chef de culture, et puis nous on fait tous les à côté.» (Fabienne, 50)

Der Anteil an Frauen, bei denen der Partner den Hof alleine bewirtschaftet, ist bei unter 35-jährigen wesentlich grösser als bei über 35-jährigen Frauen, und in der Westschweiz grösser als in der deutsch- und in der italienischsprachigen Schweiz.

«Das hat wahrscheinlich damit zu tun, dass viele jüngere Frauen noch einen anderen Beruf ausüben, dass eben der Mann dann den Betrieb alleine führt (...) wie bei mir, ich kümmerge, ich denke mich einfach nicht hinein.» (Nadja, 35)

Knapp ein Viertel der befragten Frauen ist für mindestens einen Betriebszweig alleine verantwortlich. Am häufigsten sind die Frauen für die Direktvermarktung zuständig. Je jünger die Antwortenden sind, desto häufiger sind sie für Betriebszweige alleine verantwortlich. Direktvermarktung bieten fast doppelt so viele Frauen der italienischsprachigen Schweiz an als Frauen aus der Deutsch- und Westschweiz.

Betriebszweige mit Hauptverantwortung der Frau (Mehrfachnennungen möglich)



Basis: Frauen, die für einen Betriebszweig alleine verantwortlich sind [N=193]

Quelle: Isopublic 2012

Unter «Anderes» (24 %) sind Betriebszweige genannt worden, die entweder bereits aufgeführt sind (z.B. Direktvermarktung), die nicht als Betriebszweige gezählt werden können wie die ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit und die Freiwilligenarbeit oder die nicht klar benannt wurden. Neu erwähnt wurden Betriebszweige wie die Vermietung und Betreuung von Ferienwohnungen, die Hundezucht oder die Imkerei.

Die landwirtschaftsnahen Aktivitäten haben in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen, und zwar in allen Bereichen. War 2002 erst ein Fünftel der Frauen für eine landwirtschaftsnahe Aktivität (mit)verantwortlich, so sind es 2012 bereits doppelt so viele.

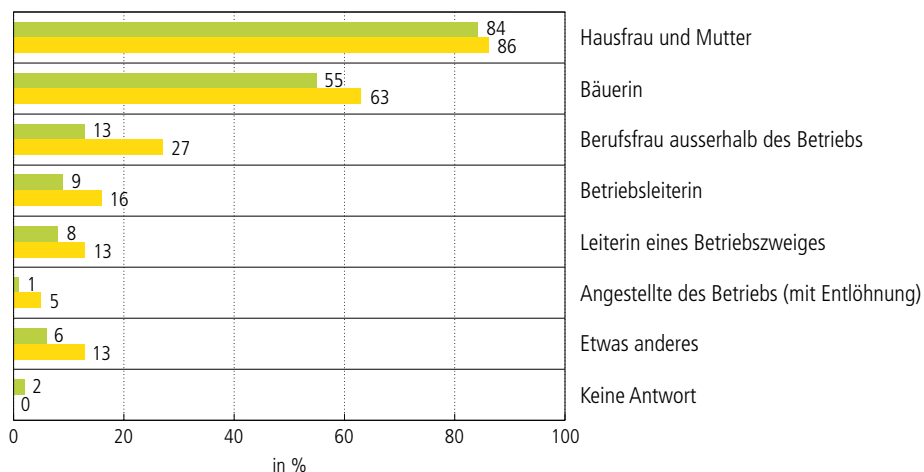
■ Rollenverständnis der Frauen

Wie ist das Rollenverständnis der Frauen in der Landwirtschaft? Hat sich dieses verändert? Mehr dazu im nachfolgenden Abschnitt.

Die berufsbezogenen Rollen sind wichtiger geworden

In der schriftlichen Umfrage konnten die Frauen angeben, in welchen Rollen sie sich sehen. Die Frauen geben durchschnittlich 2,2 Rollen an.

Rollen 2002 vs. 2012 (Mehrfachnennungen möglich)



■ 2002 [N=883]
■ 2012 [N=820]

Quelle: Isopublic 2012



Das Rollenverständnis hat sich in den letzten zehn Jahren verändert. Die Rolle der Hausfrau und Mutter betrachten die Frauen zwar nach wie vor als ihre wichtigste Rolle. Dafür verantwortlich dürfte vor allem die Rolle als Mutter sein. Denn je jünger die Frauen sind, desto häufiger ist dies der Fall.

Insbesondere in den Gruppengesprächen in der Deutschschweiz betonen die Frauen, wie wichtig ihnen die Kinderbetreuung innerhalb der Familie ist. Aber auch die Kosten der Fremdbetreuung spielen eine Rolle.

«Also mit vier Kindern, für mich kommen auf alle Fälle zuerst die Kinder, bevor alles andere kommt. Von meiner Schwiegermutter muss ich oft hören, dass das früher anders war, dass immer zuerst der Betrieb gekommen sei und danach die Familie oder die Kinder.» (Ursula, 49)

«Das Kinderhüten geht, wenn man mit Generationen im gleichen Haus wohnt oder der Mann vielleicht mal einen Teil für ein paar Stunden übernehmen kann, und man die Kinder nicht gerade auswärts geben muss.» (Martha, 53)

Im Vergleich zu 2002 wichtiger geworden sind berufsbezogene Rollen auf dem Betrieb und die Rolle als Berufsfrau ausserhalb des Betriebs.

Die veränderten Rollen der Frauen haben zum Teil auch Einfluss auf jene der Männer in der Landwirtschaft. So können mittlerweile zwei Drittel der auswärts tätigen Frauen auf die Unterstützung ihres Partners zählen, insbesondere Frauen im mittleren Alter, wenn als Konsequenz ihrer ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit oft andere Arbeit liegen bleibt. Die jüngeren Frauen werden hingegen oft durch die ältere Generation entlastet. Am wenigsten Entlastung erfahren die älteren Frauen.

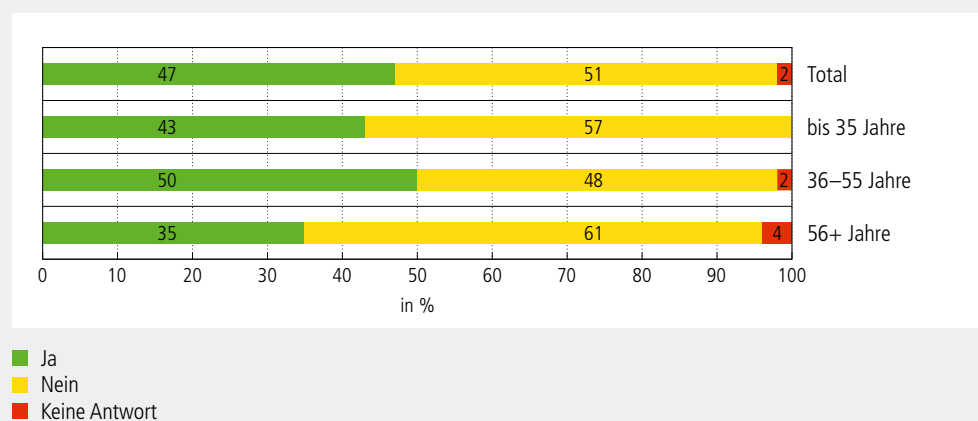
«Also, ja, es ist wirklich so, ich muss fairerweise sagen, wenn ich noch nicht fertig bin auf dem Betrieb und der Mann kommt nach Hause, dann kocht er zu Abend.» (Franziska, 39)

«Der Mann, der hilft überhaupt nichts. Da bin ich am Kämpfen. Das macht mich manchmal fertig, oder. Am Abend kommt er rein und hat Feierabend. Und gestern, ich habe noch Staub gesaugt, ich habe noch das Treppenhaus geputzt, am Abend um 9 Uhr. Und er, er hatte schon eine Stunde Pause. Und am Mittag, da kann er sich 10 Minuten, Viertelstunde hinlegen. Das macht eine Frau nicht. Die räumt die Küche auf.» (Julia, 49)

Fast die Hälfte der Frauen ist ausserbetrieblich erwerbstätig

Die Rolle als Berufsfrau ausserhalb des Betriebs ist wichtiger geworden, die ausserbetriebliche Berufstätigkeit der Frauen hat in den letzten zehn Jahren denn auch zugenommen: Fast die Hälfte der Frauen üben inzwischen eine ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit aus (2002: 44 %, 2012: 47 %). Am meisten arbeiten die 36- bis 56-Jährigen auswärts, am wenigsten die über 56-Jährigen.

Ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit

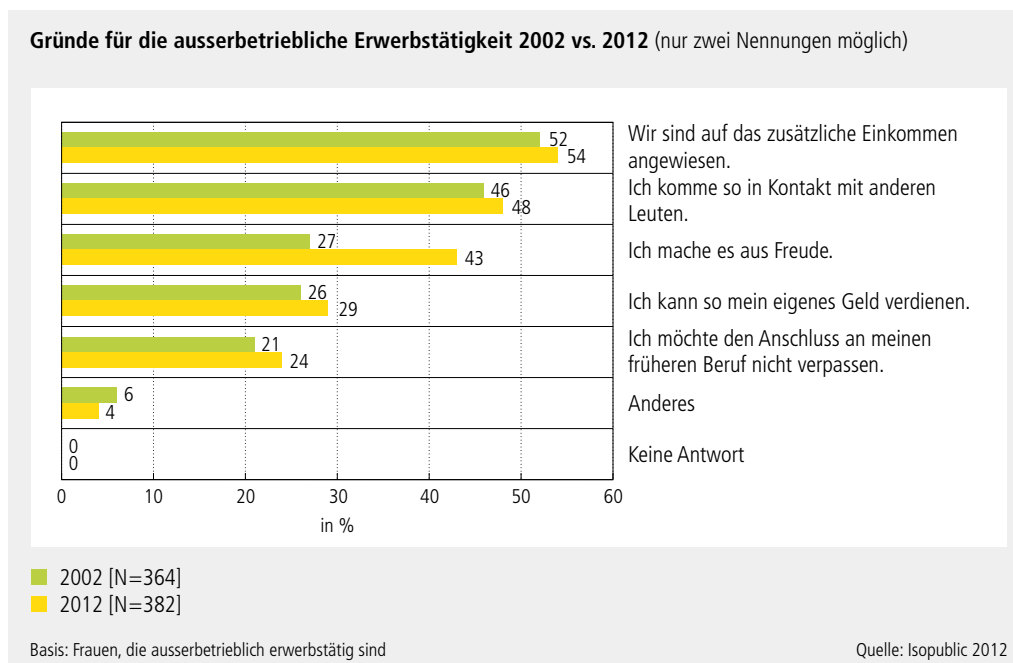


Basis: Total [N=820]

Quelle: Isopublic 2012

Zwei Drittel der Frauen, welche auswärts arbeiten, tun dies in ihrem erlernten Beruf. Bei den bis 35-Jährigen sind es sogar drei Viertel. Deutschschweizerinnen gehen häufiger einem nicht erlernten Beruf nach als Frauen der italienischsprachigen Schweiz, ebenso Frauen, welche im nicht bäuerlichen Umfeld aufgewachsen sind und keinen landwirtschaftlichen Beruf erlernt haben.

An erster Stelle stehen finanzielle Gründe für die ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit. Insbesondere Frauen von Betrieben in der Hügelsonne und von Kleinbetrieben sind auf zusätzliches Einkommen angewiesen. Je kleiner der landwirtschaftliche Betrieb, desto mehr ist aber auch die finanzielle Unabhängigkeit ein Grund. Und die jüngeren Frauen befürchten insbesondere, den Anschluss an den erlernten Beruf zu verpassen.



Im Vergleich zu 2002 kann festgestellt werden, dass die Hauptmotivation für eine ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit nach wie vor monetär (wir sind auf das zusätzliche Einkommen angewiesen) und sozial (ich komme so in Kontakt mit anderen Leuten) begründet ist. Deutlich zugenommen seit 2002 hat die Freude an der Arbeit.

«Es hat Betriebe, die halt einfach wirklich auf dem letzten Zacken laufen. Da muss entweder er arbeiten gehen oder sie.» (Dora, 52)

«Für mich zeigt es einfach, die Landwirtschaft muss immer mehr schauen, dass es geht. An vielen Orten geht jemand noch arbeiten.» (Franziska, 39)

«Wenn jetzt jemand als Lehrerin 20 oder 30 % arbeitet, da muss man viele Kühe melken, bis dieses Geld verdient ist.» (Dora, 52)

In den Gruppendiskussionen werden noch weitere wichtige Gründe für die ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit genannt wie die gute Ausbildung der Frauen, die freie Kapazität oder die Bereicherung durch die Arbeit.

«(...), weil die Frau heute recht gut ausgebildet ist.» (Martha, 53)

«Damit sie trotzdem à jour bleiben, darum gehen viele Frauen auch zeitweise arbeiten.» (Vera, 52)

«... Hintertürchen haben, um dann später wieder mehr einsteigen. Sicherlich wegen den Kindern weniger [grosses Pensum].» (Martha, 53)

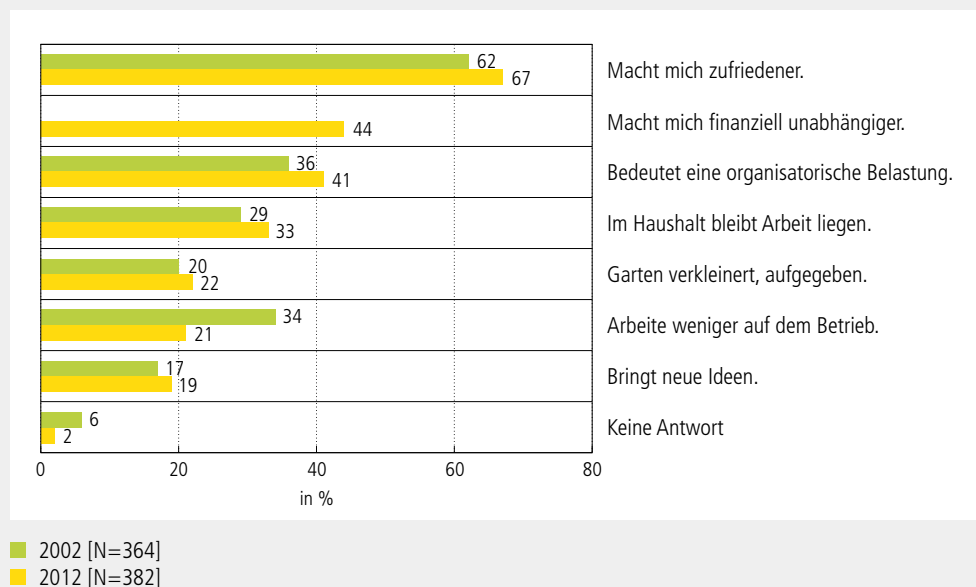
«Il y en a beaucoup qui arrêtent le lait, et après il y a davantage de temps libre, elles vont travailler.» (Nathalie, 52)

«(...), aber einfach um vom Betrieb wegzukommen. Ich schaue das als Bereicherung an. Nicht als Belastung.» (Theres, 55)

Eine grössere Zufriedenheit dank ausserbetrieblicher Erwerbstätigkeit

Die ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit führt bei zwei Drittel der Frauen zu mehr Zufriedenheit, insbesondere bei Frauen aus der deutschen und der italienischsprachigen Schweiz. Auch die finanzielle Unabhängigkeit nimmt für viele Frauen eine wichtige Stellung ein. Von den negativen Konsequenzen wurden die organisatorische Belastung und das Liegenbleiben von Arbeit im Haushalt am häufigsten genannt.

Konsequenz der ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit 2002 vs. 2012 (nur drei Nennungen möglich)



Basis: Frauen, die ausserbetrieblich erwerbstätig sind

Quelle: Isopublic 2012

Die Konsequenzen der ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit sind wie vor zehn Jahren sowohl positiv als auch negativ.

«Und das ist für mich nicht wegen dem Einkommen, dass wir wieder arbeiten gehen, in diesem Sinne, sondern er hat gesehen, was ihm das bedeutet, wenn er vom Betrieb weg kann um zu arbeiten und ich bin sehr froh, dass er mich etwas gedrängt hat, dass ich wieder gegangen bin.» (Rita, 40)

«Ich verdiene nicht viel. Aber, das ist Sackgeld.» (Eva, 38)

«Meistens ist es so, dass es die Frauen dann trifft, die Hausarbeit, hab' ich das Gefühl, machen die Frauen halt nebenbei oder am Sonntagmorgen.» (Franziska, 39)

«Moi je vois ma belle-fille, elle a pourtant 3 enfants et puis qu'est-ce qu'elle bosse à la maison, elle a un grand jardin, elle a des lapins etc., mais elle a besoin, elle sera malheureuse si son mari lui disait, «écoute non, on a assez de travail tu restes à la maison», elle a besoin d'aller travailler ailleurs, ça lui fait plaisir.» (Alice, 54)

In den Gruppendiskussionen wurde zudem ersichtlich, dass es auch um fehlende oder mangelnde Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit der Frauen im Haushalt und auf dem Betrieb geht. Die Arbeit der Frauen wird von den Partnern als etwas Selbstverständliches angesehen.

«Manchmal denke ich einfach, der Mann nimmt nicht wahr, was man leistet. Sie nehmen es erst wahr, wenn man nachher ausfällt.» (Franziska, 39)

1.2.2.3 Einkommen und soziale Absicherung der Frauen

Im Folgenden werden die Themen Einkommen und soziale Absicherung behandelt. Die Einkommen der Frauen können sich aus ihrer Tätigkeit auf dem Betrieb und/oder ihrer ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit zusammensetzen. Die soziale Absicherung zeigt auf, inwiefern die Frauen versicherungsrechtlich geschützt sind und wo allenfalls Informationsbedarf besteht.

■ Einkommen der Frauen

Die Frauen erzielen ein eigenständiges Einkommen aus den ausserbetrieblichen Tätigkeiten, aus der selbständigen Führung des Betriebs oder von Betriebszweigen und als Angestellte auf dem Betrieb. In der Befragung wurde der Beitrag der von Frauen selbständig geführten Betriebszweigen zum Gesamteinkommen sowie jener der Erwerbstätigkeit ausserhalb der Landwirtschaft erhoben.

Die Frauen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Gesamteinkommen

Einen bedeutenden Beitrag zum Gesamteinkommen leisten jene Frauen, die in Eigenverantwortung einen Betriebszweig betreiben: Bei 10 % dieser Frauen sind es über 75 % des Gesamteinkommens, bei einem Fünftel zwischen 26 und 50 % und bei einem Viertel zwischen 10 und 25 %. Je jünger die Frauen sind, desto grösser ist der Beitrag.

2002 lag der Anteil der Frauen, die mit ihrer ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit über einen Viertel zum Gesamteinkommen beitragen bei 21 %, 2012 bei 28 %.

Nicht nur viele Frauen arbeiten auswärts, auch fast die Hälfte der Partner der befragten Frauen sind ausserbetrieblich erwerbstätig, bei den jungen Frauen sogar zwei Drittel der Partner. Männer von Frauen aus der Deutschschweiz, von Bergbetrieben sowie Tierhaltungs- und Kleinbetrieben tun dies öfters als die übrigen. Der Anteil des ausserbetrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen macht bei einem Drittel der Partner mehr als 50 % aus. Dies dürfte sich u.a. durch ihr grösseres Arbeitspensum erklären.

«Chez nous au village, il n'y a plus aucun paysan qui n'a pas soit Monsieur, soit Madame une activité à côté.» (Jeannine, 45)

«Mein Mann und ich gehen beide noch auswärts arbeiten. Mein Mann 40 % in der Landi. Und ich gehe 20 % arbeiten als medizinische Praxisassistentin in einer Arztpraxis.» (Rita, 40)

Das Einkommen aus eigenen Betriebszweigen fliesst meist auf das Betriebskonto

Die Befragung zeigt, dass die Einnahmen aus einem eigenen Betriebszweig bei vier Fünftel der befragten Frauen auf das Betriebskonto fliessen. In den Gruppendiskussionen wurde auch diskutiert, auf welches Konto das Einkommen aus der ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit oder Geld aus Erbschaften fliesst.

Ein eigenes Konto wird von einigen Frauen sehr geschätzt. Frauen finanzieren mit ihrem Geld, ob aus Erbschaft oder aus eigener Erwerbstätigkeit, oft sich, ihrem Partner oder ihrer Familie gewisse Extras wie Kleider oder Ferien. Keineswegs möchten sie damit das Betriebskonto belasten. Oft überbrückt das Konto der Frau auch ein finanzielles Loch in der Landwirtschaft, denn dort sind die Einnahmen nicht regelmässig: Die Direktzahlungen kommen z.B. zweimal jährlich Ende Juli und Ende November. Das heisst, es muss für ein halbes Jahr vorgesorgt werden, ein «Polster» ist wichtig, um nicht ins Minus zu fallen.

«Alors avec ma carte bancaire, moi j'ai gardé mon compte que j'avais avant que je me marie, mon salaire il vient là-dessus, tout l'argent du ménage je prends avec ma carte et les extras, les habits pour les enfants, des fois voilà, quand j'en ai plus, je prends l'autre carte.» (Jeannine, 45)

«Ich habe ein eigenes Konto, aber ich war auch schon froh, als ich etwas von diesem Konto auf den Betrieb tun konnte, als wir dort mal ein wenig, ja, es gibt so Zeiten, wo du einfach kein Geld hast und man muss einen Haufen Zinsen zahlen, wenn man ins Minus geht.» (Dora, 52)

«Aber von dieser Erbschaft habe ich viel für den Betrieb eingesetzt. Also ganz viel. Sehr viel.» (Kathrin, 65)

«Ich habe selber absolut kein Verlangen, zum dies auseinander zu dividieren. Aber das kommt wahrscheinlich auf die Beziehung an.» (Martha, 53)

«Bei diesen Pflegekindern, dieses Geld wurde auch immer aufs Landwirtschaftskonto überwiesen. Und mein Mann sagt: «Wir arbeiten zusammen, wir geben es miteinander aus.»» (Frieda, 60)

In der Untersuchung wurde die Thematik, wie die Frauen ihr eigenes, in den Betrieb investiertes Geld am besten schützen, nicht spezifisch behandelt: Es ist wichtig, dass sich Errungenschaftsanteile und Eigengut-investitionen der Frauen belegen lassen. Darum sollten Frauen entsprechende Belege unbedingt ausstellen lassen, z.B. als Darlehensverträge.

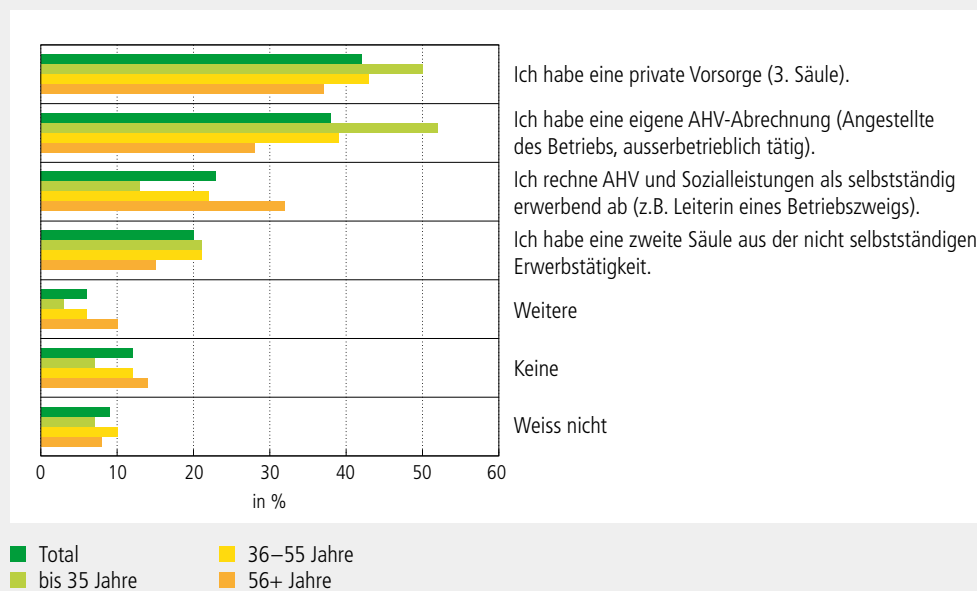
■ Soziale Absicherung der Frauen

Wie ist die soziale Absicherung der Frauen? Haben sie eine eigenständige AHV-Abrechnung? Eine zweite und/oder dritte Säule? Mehr dazu im Folgenden.

Eine eigenständige soziale Absicherung haben vor allem die Jüngeren

Unter sozialer Absicherung ist hier das Dreisäulensystem gemeint. Gefragt nach ihrer sozialen Absicherung geben 12 % an, keine (eigenständige) soziale Absicherung zu haben. Bei den älteren sind es 14 %, bei den jüngeren Frauen 7 %, die keine Absicherung haben. Bei Frauen, welche bäuerlicher Herkunft sind oder keiner ausserbetrieblichen Erwerbstätigkeit nachgehen ist der Anteil ohne Absicherung grösser. 9 % der befragten Frauen wissen nicht, inwiefern sie überhaupt abgesichert sind. Die anderen Frauen haben entweder eine private Vorsorge (42 %), eine eigene AHV-Abrechnung (38 %) oder sind als Selbständige bei der AHV angemeldet (23 %). Weitere 20 % haben eine zweite Säule aus der nicht selbständigen Erwerbstätigkeit. Die jüngeren Frauen stehen sozialversicherungsrechtlich besser da als die älteren: Über die Hälfte der jüngeren Frauen hat eine eigene AHV-Abrechnung gegenüber einem guten Viertel bei den älteren.

Soziale Absicherung (Mehrfachnennungen möglich)



Basis: Total [N=820]

Quelle: Isopublic 2012

Die Mehrheit der Frauen arbeitet auf dem Betrieb als mitarbeitendes Familienmitglied. Für diesen Teil der Arbeit gelten sie daher als Nichterwerbstätige.

In den Gruppengesprächen bestätigt sich, dass insbesondere jüngere Frauen eine eigene AHV-Abrechnung haben, sei es als ausserbetrieblich Erwerbstätige, sei es als Angestellte des Betriebs. Eine eigene AHV-Abrechnung für die Arbeit auf dem Betrieb zu haben, bedeutet aber nicht zwingend, dass auch ein Lohn ausbezahlt werden muss.

«Aber das ist nicht, dass du einen Lohn erhältst und den kannst du dann auf dein privates Kässeli, das ist ja nur auf dem Papier und du erhältst dieses Geld und das brauchst du dann wieder im Haushalt oder auf dem Betrieb, das ist nicht Geld, das weg geht vom Betrieb, das geht ja buchhalterisch und eben um die ganze AHV und Sozialabzüge abzurechnen.» (Carmen, 43)

«Ich bin wahrscheinlich hundsmiserabel abgesichert. Also das muss ich gleich ehrlich sagen.» (Martha, 53)

«Also, wenn ich jetzt zu meinem Mann gehe und sage: «Ich brauche Lohn, damit ich gut abgesichert bin», dann lacht er doch.» (Eva, 38)

«Und dann, letztes Jahr irgendwann, haben wir uns einen Krankenkassenwechsel überlegt und dann kam mein Mann und hat gesagt, «was du nicht hast, ist eine Taggeldversicherung», und das haben wir jetzt gemacht.» (Nadja, 35)

«Bon, moi je vois mes beaux-parents, ils ont 60 ans, ils arrivent à la retraite, à part l'AVS ils ont rien, parce qu'ils ont, ah bon ben non, ils ont investi dans le domaine.» (Jeannine, 45)

«Comme pour l'AVS, nous on s'est déplacé deux fois à O. parce que mon mari trouvait que ce n'était pas normal que moi je n'ai pas de numéro d'AVS et tout ce qui s'en suit, mais ils nous ont dit chaque fois, les deux fois, que ce n'était pas nécessaire du tout, et puis, alors on est reparti de là-bas, mais pf, on s'est dit mais pourquoi on est venu, quoi, comme oui, moi je n'avais pas de salaire et rien, et puis, non, ils n'en voyaient pas la nécessité, eh ben oui, j'aurai le minimum, quoi.» (Alice, 54)

«Ognuno ha la sua AVS, ma viene anche dal fatto che mio marito in passato aveva un lavoro e una cassa pensione. Successivamente ha versato i contributi come contadino ed io ho fatto anche un terzo pilastro, relativamente tardi ma qualcosa c'è. Abbiamo tutti e due una perdita di guadagno, perché L. non guida il carro agricolo, soprattutto nei pendii, e se io non ci sono non va niente.» (Beatrice, 60)

Die Frauen machen sich wenig Sorgen um ihre soziale Absicherung

Aufgrund der Tatsache, dass die Frauen meistens in Teilzeit auswärts tätig sind oder nicht mehr als einen Betriebszweig selbständig führen, kann davon ausgegangen werden, dass die eigenständige soziale Absicherung eher bescheiden ausfallen dürfte.

Bezüglich der sozialen Absicherung machen sich die befragten Frauen trotz der wohl meist schlechten Absicherung eher wenig Sorgen. Auf einer Skala von 1 bis 5, wobei 5 «mache mir sehr grosse Sorgen» bedeutet, liegt der Mittelwert bei 2,5. Interessant ist dabei, dass sich die drei Altersgruppen nicht voneinander unterscheiden.

In den Gruppengesprächen zeigt sich, dass die soziale Absicherung oft einfach kein Thema ist oder erst ein Thema wird, wenn etwas passiert.

«Ich merke, bei den Bauern ist das ein totales Tabu-Thema, darüber wird nicht gesprochen.» (Julia, 49)

«Weil, du machst dir erst Gedanken, wenn etwas passiert: ja, wie stehe ich wirklich in so einer Situation da. Oder was könnte man noch ausbessern?» (Veronika, 31)

1.2.2.4 Arbeitsumfang und Belastungen der Frauen

Die Themen Arbeitsumfang der Frauen in der Landwirtschaft sowie ihre Belastungen werden nachfolgend behandelt. Der Absatz über den Arbeitsumfang soll aufzeigen, wie sich der Zeitaufwand aus den verschiedenen Tätigkeiten der Frauen zusammensetzt. Die Belastungen zeigen auf, in welchen Bereichen sich die Frauen Sorgen machen und Nöte haben.

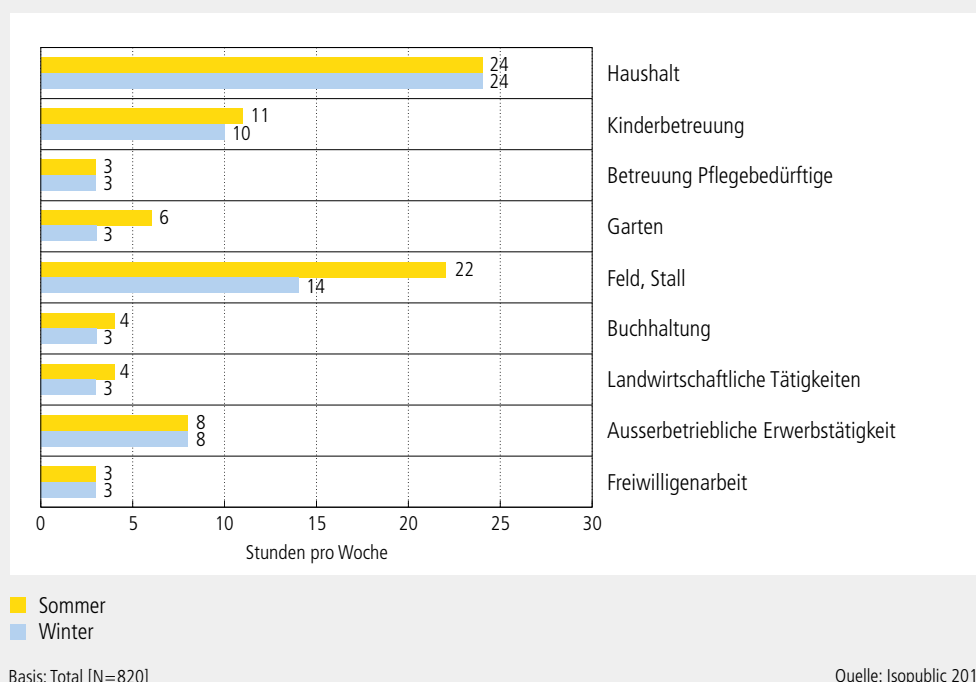
■ Arbeitsumfang der Frauen

Der gesamte Arbeitsumfang setzt sich aus Tätigkeiten im Haus, auf und für den Betrieb sowie aus allenfalls ausserbetrieblichen Arbeiten zusammen.

Der gesamte Zeitaufwand ist hoch

In der schriftlichen Befragung wurden die Frauen aufgefordert, ihren wöchentlichen Zeitaufwand (inkl. Samstag und Sonntag) für verschiedene Tätigkeiten zu schätzen, sowohl für die Sommerzeit – Mai bis Oktober – als auch für die Winterzeit – November bis April. Diese Aufgabe fiel den Frauen offenbar nicht leicht, denn rund 10 % der Frauen haben diese Frage nicht oder nicht vollständig beantwortet. Bei den Aussagen zum Arbeitsumfang in Stunden ist Vorsicht geboten, da es sich dabei einerseits um geschätzte Zeiten handelt und andererseits die Zeitangaben manchmal auf unterschiedlichen Annahmen basieren. Beim Zeitaufwand für die Kinderbetreuung ist zu beobachten, dass die einen Frauen zwischen aktiver und passiver Kinderbetreuung unterscheiden, andere wiederum nicht. Präzisere Angaben zum Zeitaufwand der Frauen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen kann die Zeitbudgetstudie von ART liefern, welche den Zeitaufwand von Frauen und Männern in der Landwirtschaft erfasst.

Zeitaufwand für verschiedene Tätigkeiten pro Woche



Aus methodologischen Gründen kann der 2012 erhobene Zeitaufwand der Frauen in der Landwirtschaft nicht mit jenem von 2002 verglichen werden.

Über den Zeitaufwand für die einzelnen Tätigkeiten der Frauen wurde an den Gruppendiskussionen nicht gesprochen.

Haushalt, Familie und Garten – die aufwändigsten Aufgaben

Der Haushalt nimmt durchschnittlich die meiste Zeit der Frauen in Anspruch. Der geschätzte Aufwand pro Woche beträgt rund 24 Stunden im Sommer und im Winter. Die Streuung ist jedoch gross: Ein Drittel der befragten Frauen wenden etwa 15 Stunden wöchentlich für den Haushalt auf, ein weiterer Drittel zwischen 15 und 30 Stunden und der restliche Drittel 30 Stunden und mehr.

Gut die Hälfte der befragten Frauen hat keinen Zeitaufwand für die Kinderbetreuung angegeben. Das Durchschnittsalter der befragten Frauen ist 48 Jahre und viele Kinder sind deshalb bereits im Erwachsenenalter. Die andere Hälfte der Frauen wendet über 10 Wochenstunden für die Kinderbetreuung auf.

Jede zwölfte der befragten Frauen übernimmt die Pflege von Familienangehörigen oder Nachbarn. Diese Frauen schätzen ihren Zeitaufwand auf durchschnittlich 3 Stunden wöchentlich. Im Einzelfall kann dies jedoch bis zu 50 Stunden pro Woche ausmachen. Je älter die befragten Frauen, desto mehr pflegen sie Angehörige.

Für den Garten wenden die Frauen im Sommer durchschnittlich gut 6 Stunden auf, im Winter rund 3 Stunden wöchentlich. Mehr als ein Fünftel der Frauen weist keine Gartenarbeit aus. Es zeigt sich: Je älter die befragten Frauen sind, desto mehr Zeit verbringen sie im Garten.

Feld-, Stallarbeiten, Buchhaltung sowie landwirtschaftsnahe Tätigkeiten werden wichtiger

Gut zwei Drittel der befragten Frauen erledigen regelmässig und fast ein Viertel saisonal Arbeiten in Feld und Stall. Mit durchschnittlich rund 22 Wochenstunden im Sommer und 14 im Winter ist der Arbeitsaufwand dafür beachtlich. Jede 16. Frau arbeitet weder auf dem Feld noch im Stall. Frauen in der französischsprachigen Schweiz weisen geringere Zeiten für diese allgemeinen Betriebsarbeiten aus als jene der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz. Hingegen verbringen Frauen mit bäuerlichem Hintergrund, von Tierhaltungsbetrieben, von mittelgrossen Betrieben und aus der Bergregion nachweisbar mehr Zeit im Stall oder auf dem Feld als die Vergleichsgruppen.



Mit durchschnittlich rund 3,5 Stunden rechnen die befragten Frauen wöchentlich für die Buchhaltung und andere administrative Arbeiten. Die über 56-jährigen Frauen weisen weniger Stunden für die Buchhaltung aus als die 36- bis 55-Jährigen, und die Westschweizerinnen machen weniger oft die Buchhaltung als die Frauen aus den anderen Sprachregionen.

Ein Viertel der Frauen weisen auch landwirtschaftsnahe Aktivitäten wie Direktvermarktung aus, und zwar pro Woche durchschnittlich gut 4 Stunden im Sommer und 3 Stunden im Winter. Für diese Tätigkeiten wenden Frauen unter 35 Jahren wesentlich weniger Zeit auf als die anderen Altersgruppen. Direktvermarktung bieten fast doppelt so viele Frauen der italienischsprachigen Schweiz als Frauen aus der Deutsch- und Westschweiz an.

Die Frauen sind im Schnitt einen Tag pro Woche ausserbetrieblich erwerbstätig

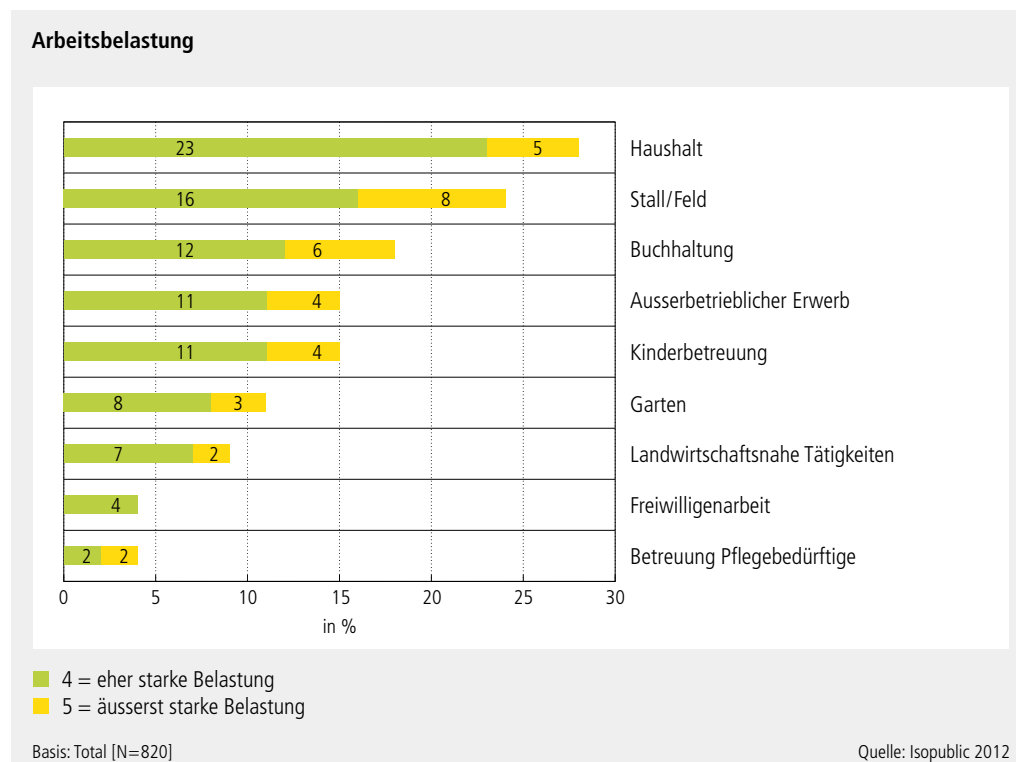
Die ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit der befragten Frauen (n=382) beläuft sich durchschnittlich auf rund 8 Stunden wöchentlich. Der Zeitaufwand für ausserbetriebliche Erwerbstätigkeiten ist bei Frauen mit einem nicht bäuerlichen Hintergrund, ohne landwirtschaftlichen Abschluss, mit älteren Kindern und in Kleinbetrieben wesentlich höher als in den Vergleichsgruppen.

■ Belastungen der Frauen

In welchen Arbeitsbereichen sind die Frauen am stärksten belastet, in welchen weniger? Und was belastet die Frauen in der aktuellen Situation vor allem? Der folgende Abschnitt soll Auskunft darüber geben.

Die Arbeit im Haushalt sowie in Stall und Feld belasten am meisten

Angesichts der vielfältigen Rollen und Tätigkeitsbereiche, in welchen sich Frauen in der Landwirtschaft bewegen, stellt sich die Frage nach der Belastung durch die verschiedenen Tätigkeiten. Die Umfrageteilnehmerinnen bewerteten die Belastung in den verschiedenen Arbeitsbereichen anhand einer Skala von 1 «gar keine Belastung» bis 5 «sehr hohe Belastung».



Die Arbeit im Haushalt stellt für die Frauen die höchste Arbeitsbelastung dar. Etwas weniger hoch ist jene für die Arbeit auf dem Feld und im Stall. Darauf folgen die administrativen Arbeiten auf dem Betrieb. Die Freiwilligenarbeit und die Pflege von Familienangehörigen oder Nachbarn beurteilten die Frauen im Durchschnitt als am wenigsten belastend.

Je nach Alter und Familienphase der Frauen können sich die Arbeitsbelastungen jedoch sehr unterscheiden. Insbesondere die Belastung durch die Kinderbetreuung hängt stark vom Alter der Frau und vom Alter ihres jüngsten Kindes ab. Die jüngeren Frauen bis 35 Jahre gewichten die Belastung durch die Arbeit in Feld und Stall höher als ältere Frauen. Die ausserbetriebliche Tätigkeit beurteilen Frauen mit älteren Kindern sowie die Westschweizerinnen als belastender als die übrigen Frauen. Gewisse Arbeiten im Haushalt werden oft zugunsten des Betriebs oder der auswärtigen Erwerbstätigkeit aufgeschoben. Dadurch kommt die Haushaltarbeit zu kurz und wird zur Belastung.

«Mein Mann erzählte schon: «Hat die ein «Puff» im Haus. Das ist ja himmeltraurig.» Dann sagte ich, ja, aber schau mal, was macht sie denn, was? Die muss ja praktisch vom Morgen bis am Abend im Stall sein. Und am Abend kommt sie rein und sollte dann noch den ganzen Haushalt machen? Das kannst du einfach nicht! Das kannst du nicht!» (Kathrin, 65)

«Also, vielleicht ist es so, bei mir kommt immer zuerst die Aussenarbeit. Wenn draussen, auf dem Feld, etwas ansteht, dann muss man das machen. Weil, wenn der Regen kommt. Der Haushalt, der wartet einfach immer. Und der ist dann immer am Abend, wenn man noch sollte. Vielleicht ist es deshalb so. Und manchmal ist man dann müde und sollte noch, man hat noch Wäsche zum Bügeln. Die Wäsche stapelt sich immer mehr. Also, ich kann es mir jetzt so vorstellen.» (Vera, 52).

«Es ist klar, wenn Tiere da sind, dann ist die Belastung riesig. Dann ist das halt die Priorität. Und dann sind es auch die Fähigkeiten, die diese Person dann hat. Oder man muss einspringen für den Mann, weil der noch irgendwo auswärts ist. Und dann ist halt schon der Haushalt, was dann zuletzt kommt. Vor allem das Aufräumen. Essen, das müssen alle. Für das, das versteht auch der Mann, dass man dafür Zeit braucht.» (Martha, 53)

«Aber man muss sich selber eben auch nicht immer mehr Arbeit machen und das Gefühl haben, jetzt müsste am Samstag noch ein Kuchen auf den Tisch, oder.» (Dora, 52)

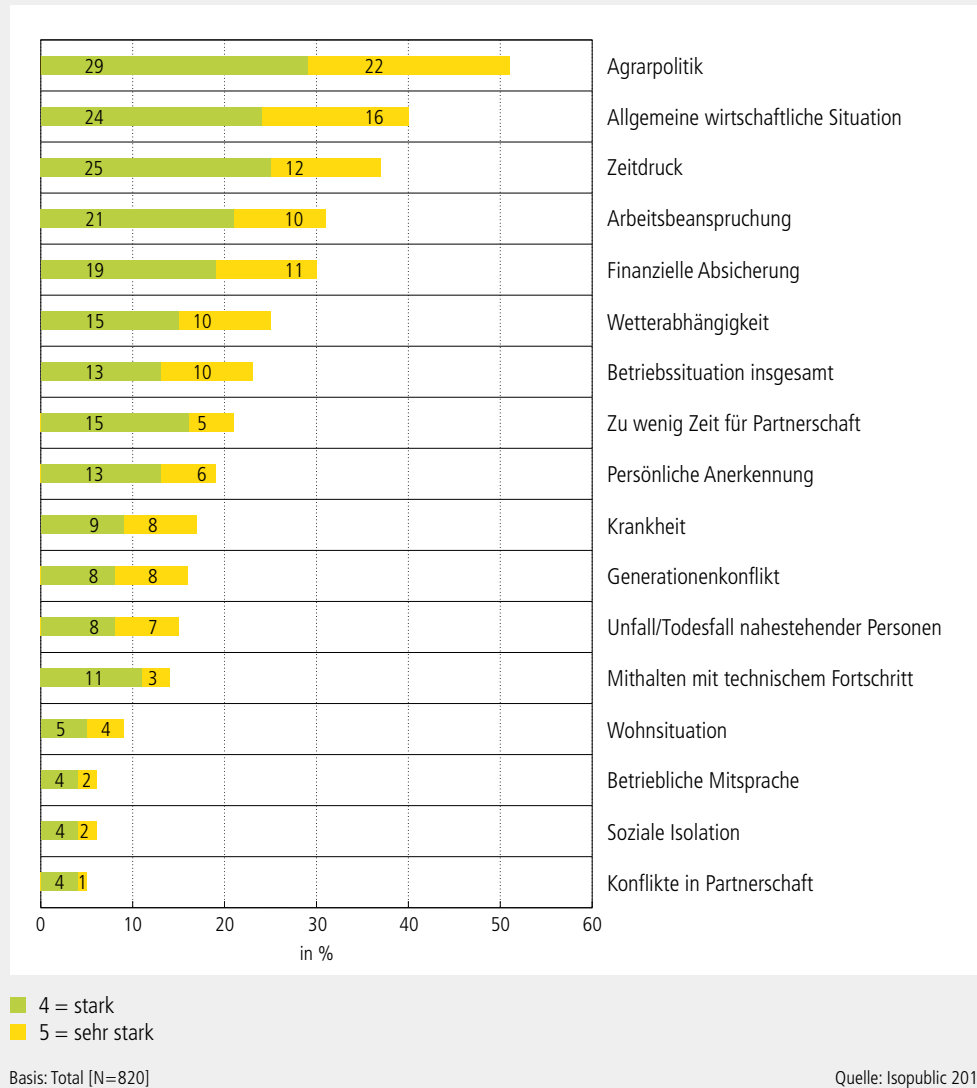
«Io voglio preparare i pasti per noi, se possibile solo con i nostri prodotti. E questo richiede forse un po' più di lavoro, però devo dire che io pasti precotti non li faccio quasi mai; inoltre faccio tanta marmellata, sterilizzo un po' di frutta, e questo aumenta la presenza in cucina. Tutto ciò però è anche piacevole e dà soddisfazione. Non è tanto di moda.» (Beatrice, 60)

In der aktuellen Situation belasten vor allem Agrarpolitik, Wirtschaftslage und Zeitdruck

Gefragt nach den Belastungen in der derzeitigen Situation erscheinen die Agrarpolitik, die allgemeine Wirtschaftslage, der Zeitdruck und die Arbeitsbeanspruchung als Punkte, die am meisten belasten. Die Wohnsituation, die betriebliche Mitsprache, die soziale Isolation und Konflikte in der Partnerschaft machen den Frauen im Durchschnitt am wenigsten Sorgen.

Je jünger die Frauen sind, desto mehr Sorgen machen sie sich um die Arbeitsbeanspruchung und den Zeitdruck. Auch Frauen von mittleren und grossen Betrieben sorgen sich mehr darum als Frauen von Kleinbetrieben.

Belastung in der derzeitigen Situation



In den Gruppendiskussionen werden Agrarpolitik und allgemeine Wirtschaftslage auch als belastende Elemente angesprochen. Viele Aussagen drehen sich aber mehr um den Stress bei der Alltagsbewältigung und den allgegenwärtigen Zeitdruck.

«Mais la politique agricole, c'est vrai que ça presse aussi.» (Gabrielle, 56)

«Quand on pense que toutes les années on a des contrôles, ils mesurent la couche, ils regardent la lumière et tout, mais ils ne regardent pas le logement de l'agriculteur, non, non, alors là il y a des exagérations quand-même.» (Alice, 54)

«Ce qui me préoccupe, moi personnellement, je pense l'Etat ne va plus arriver à l'avenir à payer ces paiements directs, moi je pense que le système de l'argent va tomber peut-être.» (Nathalie, 52)

«Also, mich persönlich verwundert das eigentlich sehr: (...) die allgemeine wirtschaftliche Situation, finde ich, wird jetzt hier als gar nicht so tragisch angesehen (...). Also, da sehe ich ganz ehrlich gesagt eher etwas schwarz.» (Ursula, 49)

«La mia preoccupazione principale è la malattia. La malattia per me è la cosa principale perché a tutto il resto c'è rimedio. Quando la malattia è grave la situazione è diversa.» (Giovanna, 48)

«A me preoccupano un pochino anche i cambiamenti climatici. Il gelo ha colpito i ciliegi in fiore e sono morti tutti (...). È diventato più difficile aver un buon anno con il fieno, con l'orto, con la frutta; succede sempre meno.» (Francesca, 52)

«Je dirais pour moi, la cohabitation entre les générations, voyant la complexité.» (Denise, 38)

«Die Kinder müssen auf den Bus, die müssen pünktlich vorne sein, da hast du schon diesen Stress am Morgen. Der Schwiegervater hat dann nicht mehr gemolken. Dann haben wir beschlossen, dass ich melke, am Morgen und Abend. (...) die Kraft hat nachgelassen. Wir mussten irgendwann eine Lösung finden, weil, wie soll ich sagen, die Arbeitsbelastung vor 8 Uhr und am Abend, die war so gross für mich selber, da musste irgendetwas gehen.» (Eva, 38)

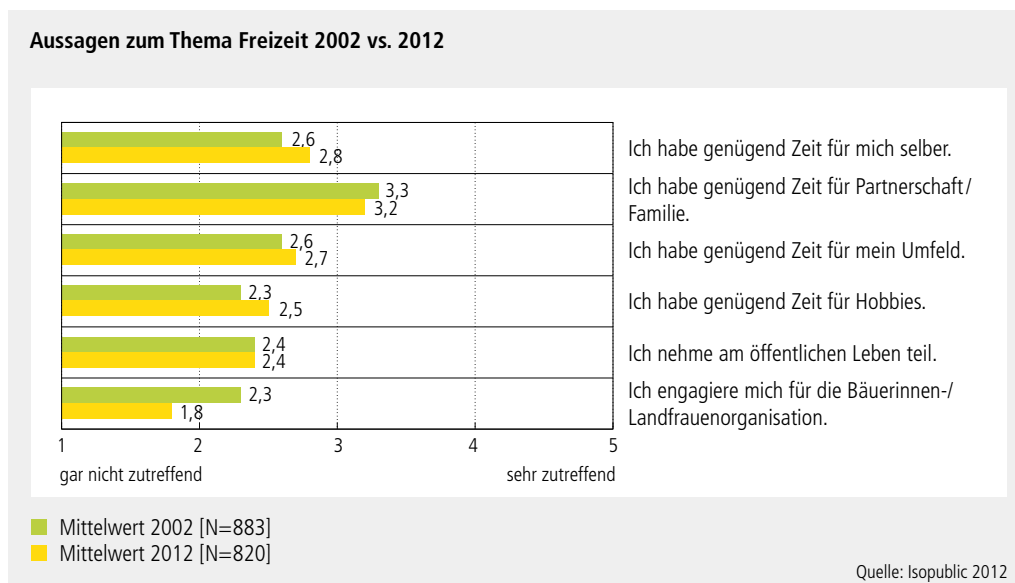
«Die Buchhaltung mach' auch ich am Abend, wenn die Kinder endlich schlafen und man eigentlich gar nicht mehr mag, dann muss man manchmal noch hinsitzen.» (Carmen, 43).

«Der Stress und die Hektik, was früher anders war, das macht uns einfach ein Stück weit fertig, oder.» (Julia, 49)

«Trovo anch'io che negli ultimi 10 anni sia aumentato e anche di molto. 10/15 anni fa i vitelli potevo venderli a un prezzo accettabile a dei macellai e dunque lavorare poco, poi il prezzo è caduto talmente tanto che ho dovuto cominciare a venderli a privati a un prezzo maggiore ma lavorando molto di più.» (Francesca, 52)

Wenig Freizeit, wenig Ferien

Wie beurteilen die befragten Frauen ihre Freizeit? Sie bewerteten die Aussage, dass sie genügend Zeit für Partnerschaft und Familie haben, als am zutreffendsten mit einem Mittelwert von 3,2 (auf einer Skala von 1 bis 5). Etwas weniger zutreffend (mit 2,8) finden sie die Aussage, genügend Zeit für sich selber oder genügend Zeit für das Umfeld (2,7) zu haben. Am wenigsten Zeit haben die Frauen für das Engagement in Bäuerinnenorganisationen. Dies hat gegenüber 2002 zudem noch deutlich abgenommen.



Ein Viertel der Frauen gibt an, keine Ferien zu machen. Weitere 20 % haben 1 Woche Ferien pro Jahr. Nur gerade 4 % machen mehr als 3 Wochen Ferien. Je älter die Befragten, desto weniger Ferien werden gemacht. Der Anteil an Frauen, welche seit längerem keine Ferien mehr hatten, ist in Betrieben mit Tierhaltung, bei Frauen mit bäuerlicher Herkunft und bei Frauen ohne ausserbetrieblichen Erwerb höher als in den Vergleichsgruppen. 71 % der Frauen machen maximal 1 Woche Ferien pro Jahr. Gegenüber 2002 hat sich die Anzahl Ferienwochen somit nicht wesentlich erhöht.

Die Frauen in den Gruppendiskussionen sehen die Wichtigkeit von Ferienmachen und Auftanken, aber auch das teils mühselige Vor- und Nachbereiten.

«Ferien, Hobby, das empfinde ich als ganz wichtig. Dass sich Bäuerinnen das auch gönnen dürfen, das finde ich ganz wichtig.» (Ursula, 49)

«Ich glaube auch, dass es das [Ferien] braucht, zum Auftanken und so. Und den Boden wieder zu spüren. Auch für die Kinder, ja, ich glaube, das braucht es.» (Linda, 45)

«Also ich muss schon sagen, früher, haben wir – gerade herausgesagt – die «Grinder» nur Richtung Boden gehalten, und gearbeitet und gearbeitet. Also blödsinnig. Aber irgendwie war man in einem Muster gefangen, man hatte das Gefühl es geht gar nicht anders.» (Julia, 49)

«Also die Generation vor uns, das war sicherlich eine Generation, die in dieser Beziehung noch ein wenig verklemmt war. Die sich das nicht genommen haben. Aber ich denke die jungen Bauern heute, die sind da schon flexibler.» (Sabrina, 44)

«Und man muss sich das einfach nehmen. Es ist halt schon für eine Bäuerin, bis man geht, hat man es einfach streng. Und dann kommst du nach Hause, ah, ja, und dann fängt es einfach wieder an. Aber man muss sich einfach sagen, so, jetzt, jetzt ist fertig, jetzt geh ich und ich kann das.» (Julia, 49)

«Ich mache seit 3 Jahren Ferien, ich habe 20 Jahre lang keine Ferien gemacht. Irgendwann habe ich gesagt, jetzt möchte ich einfach auch noch fliegen, ich möchte wissen wie das ist. Und jetzt war ich 10 Tage weg mit anderen Frauen, weil mein Mann grad überhaupt keine Ferien macht. Und das ist mir schwer gefallen, aber ich bin gegangen. Und ich bin auf den Geschmack gekommen.» (Ursula, 49)



1.2.2.5 Befindlichkeit und Zukunftsaussichten der Frauen

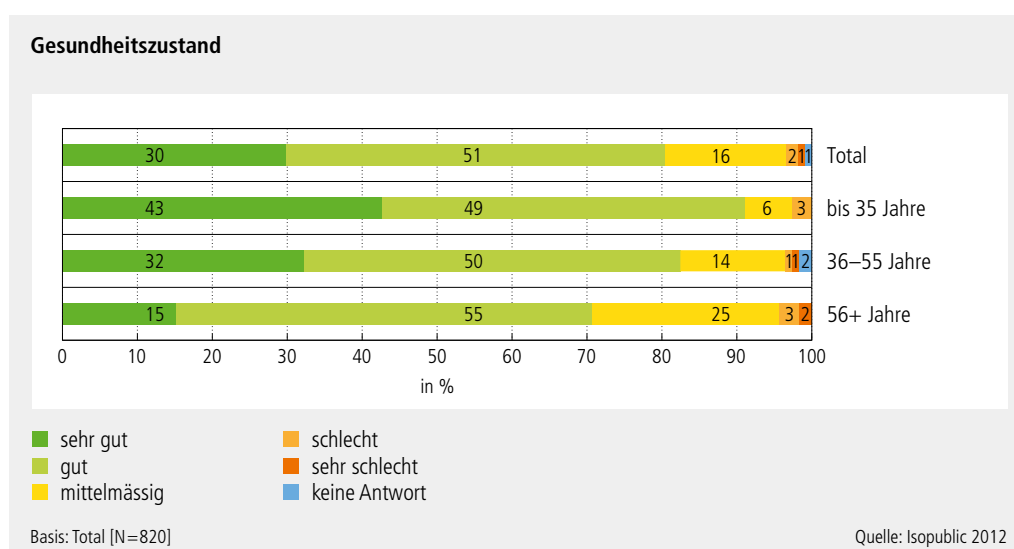
Im Abschnitt Befindlichkeit soll aufgezeigt werden, wie es den Frauen gesundheitlich geht und wie zufrieden die Frauen in der Landwirtschaft sind. Darüber, wie die Frauen die Zukunft sehen und wie aus ihrer Sicht die Schweizer Landwirtschaft in zehn Jahren sein wird, gibt der Abschnitt Zukunftsaussichten Auskunft.

■ Befindlichkeit der Frauen

Wie steht es um die Gesundheit der Frauen? Wie zufrieden sind sie? Was meinten die Frauen in den Gruppendiskussionen zu dieser Thematik?

Die Gesundheit wird als gut eingeschätzt

50 % der befragten Frauen in der Landwirtschaft schätzen ihre persönliche Gesundheit als gut ein, 30 % als sehr gut. Nur 1 % der Frauen sieht sich in einem sehr schlechten gesundheitlichen Zustand. Je jünger die Frauen sind, umso besser schätzen sie ihren Gesundheitszustand ein.



In den Diskussionen kommt zur Sprache, dass der Gesundheitszustand enorm wichtig ist und weit reichende Konsequenzen hat. Auch die psychische Gesundheit ist ein Thema.

«So psychische Belastung ist schon auch viel mehr, glaube ich (...). Also ich kenne eine Frau in der Spitex, sie bieten jetzt frisch psychologische Dienste an. Das habe sehr stark zugenommen, bei Bauernfrauen auch, psychische Belastungen. Das ist sehr am Aufkommen.» (Sabrina, 44)

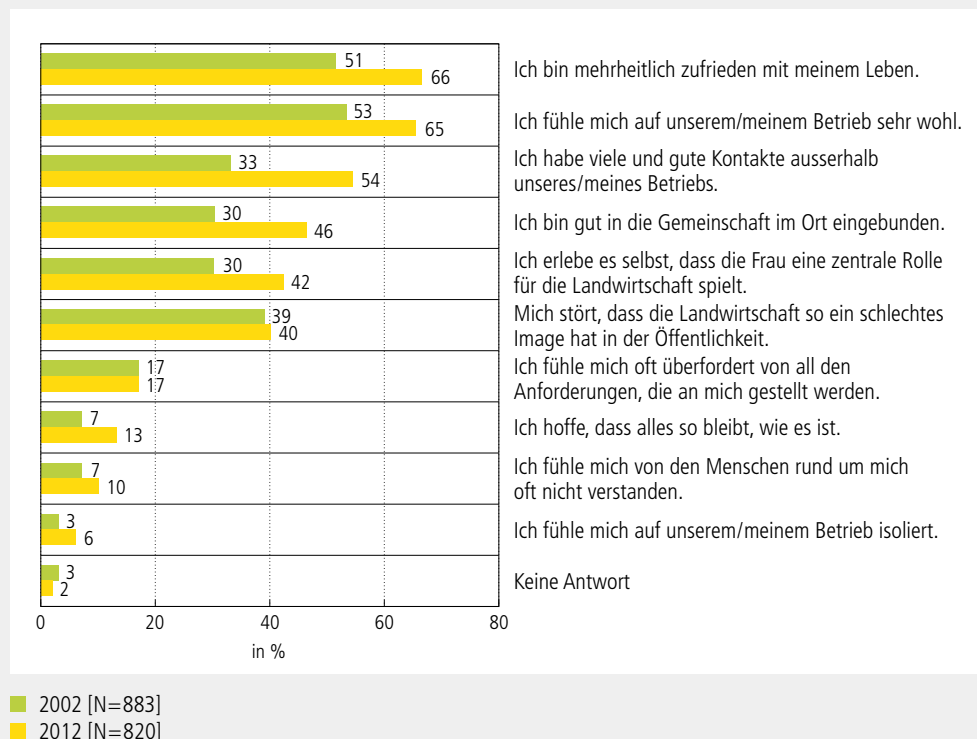
«Ogni tanto ci guardiamo alla sera e ci diciamo: «ma per quanto tempo ce la faremo ancora?». Sentiamo qualche dolore alla schiena e ci rendiamo conto che sia lui che io, come coppia siamo dipendentissimi dalla salute fisica. Assolutamente.» (Francesca, 52)

«Und das Leben ist so kurz. Ich bin auch mal ganz weit aussen gewesen. Ich bin mal ganz lange im Koma gewesen. Ich hatte einen schweren Unfall. Und seit dort denke ich vielleicht auch etwas anders.» (Sabrina, 44)

Den Frauen geht es gut und besser noch als 2002

Zwei Drittel der befragten Frauen in der Landwirtschaft sind mehrheitlich zufrieden mit ihrem Leben. Die positiven Aussagen erhalten von den Frauen eine viel höhere Zustimmung als die negativen.

Befindlichkeit 2002 vs. 2012 (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Isopublic 2012

Das einzige, was 40 % der Befragten stört, ist das negative Image der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit.

Jüngere Frauen, Frauen aus der deutschen und italienischsprachigen Schweiz, Frauen mit bäuerlicher Herkunft, von Tierhaltungs- und kombinierten Betrieben sowie Frauen von einem Biobetrieb fühlen sich anteilmässig wohler als Frauen der Vergleichsgruppen. Im Vergleich zu 2002 werden von den befragten Frauen in diesem Jahr sehr viel mehr positiven Aussagen zugestimmt – Mehrfachnennungen waren wiederum möglich.

«Je crois on a quand même une plus belle vie que les femmes d'avant, même qu'on bosse et bosse et bosse.» (Alice, 54)

«Donc il y a peut-être aussi une valeur refuge entre guillemets de se retrouver en 2012 dans une exploitation avec une qualité de vie, même si c'est dur, même s'il faut beaucoup travailler, on est indépendant, on n'a pas de patron directement sur nous, et puis pas la peur de perdre son travail du jour au lendemain.» (Gabrielle, 56)

«Io condivido tutto, mi sento felice (...), in pratica godo delle piccole gioie. Certo, ci sono delle volte in cui mi sento stanca, ci sono dei periodi più intensi come specialmente adesso, con i capretti, eccetera. A volte ci guardiamo, io e mio marito, e ci diciamo «cosa hai da guardarmi» e ci diciamo: «Così no! È abbastanza!». Però nel complesso sono felice e contenta.» (Giovanna, 48)

«Es war mein erster Gedanke, dass jetzt so viele zufriedener sind, das sind die, die durchgehalten haben. Die, die Freude daran haben, und die, die keine Freude haben, die sind weg.» (Dora, 52)

«Und ich denke, eine Frau, die nicht zufrieden ist mit ihrem Leben, die hat den Fragebogen wahrscheinlich gar nicht ausgefüllt (...). Ja, das sind glückliche, zufriedene Bäuerinnen, die das wahrscheinlich gemacht haben. Und man hat heutzutage auch mehr Kontakt gegen aussen. Man sieht, die hat auch etwas Stress, diese Frau macht auch so viel und ist auch zufrieden. Dann geht es auch besser. Es geht allen gleich.» (Vera, 52)

■ Zukunftsaussichten der Frauen

Wie sind die persönlichen, die betrieblichen sowie die Zukunftsaussichten der Landwirtschaft allgemein? Mehr dazu im folgenden Abschnitt.

Die persönliche Zukunft wird am positivsten eingeschätzt

Die Zukunft konnte auf einer Skala von 1 bis 5, wobei 5 «sehr zuversichtlich» bedeutet, eingeschätzt werden. Die persönliche Zukunft wird von allen Altersgruppen am besten beurteilt (3,9), darauf folgt die betriebliche Zukunft (3,4) und klar am Schluss die landwirtschaftliche Zukunft (2,7). Die bis 35-Jährigen sehen die Zukunft in allen drei Bereichen am positivsten. Deutschschweizerinnen und Frauen mit ausserbetrieblichem Einkommen sehen die persönliche Zukunft positiver als die Vergleichsgruppen.

«Wenn du an deinem Beruf nicht Freude hast, und noch eine Ausbildung als Landwirt machst, da hast du wirklich auch eine Menge Möglichkeiten etwas zu machen, (...) weil die haben sie wirklich sehr gern.» (Julia, 49)

«Effettivamente il futuro personale non mi preoccupa molto (...), per l'azienda vedremo un po' cosa succederà, vedremo come andrà con il futuro dell'agricoltura svizzera (...) è tutto un po' da scrivere, perché non dipende dall'agricoltura. Ma non lo so, può succedere davvero di tutto, perché adesso siamo anche davanti a cambiamenti vari, può anche succedere un problema serio che toccherà l'agricoltura.» (Francesca, 52)

Die Zuversicht bezüglich des Betriebs ist umso grösser, je jünger die Befragten sind und je grösser der Betrieb ist.

«Penso che l'azienda non finirà con noi, però non ti so dire se è più una speranza che una certezza.» (Francesca, 52)

Die Zukunft der Landwirtschaft wird von Frauen aus der deutschen und der italienischsprachigen Schweiz und von Frauen aus grösseren Betrieben positiver beurteilt. In den Gruppendiskussionen bringen die Frauen ihre Sorgen zum Ausdruck, es werden aber auch viele Aussagen gemacht, dass die Frauen durchaus an die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft glauben.

«Umgekehrt macht es einem schon Sorgen, immer diese vielen Vorschriften und alles, und dann heisst es: «Ja, das nützt ja sowieso nichts mehr. Das rentiert nicht mehr, was wollen sie noch, geben sich doch gescheiter auf.» Das ist auch überhaupt keine Motivation für diese Bauern.» (Kathrin, 65)

«Il faudrait que nos produits soient payés au juste prix.» (Alice, 54)

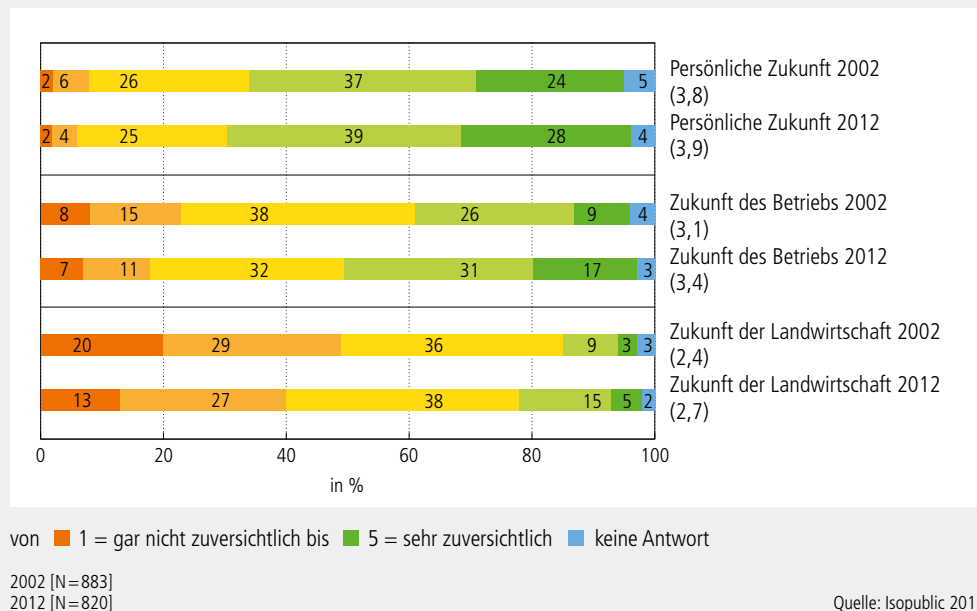
«Questo è un altro punto abbastanza dolente. Siamo rimasti così pochi contadini che nelle associazioni vedi sempre le stesse facce. Ed anche questo diventa un problema! Tu non hai più un pool abbastanza grande dove per ogni settore c'è qualcuno che vuole e che ha le capacità di fare il presidente di un comitato ed anche di rappresentarti sul piano politico. Puoi andare dove vuoi, ci sono quasi sempre le stesse facce.» (Sofia, 57)

«Ils livrent aussi les paniers à domicile, mais ça s'est développé énormément tout ça, les gens, je crois que, pas tout le monde, parce que tout le monde ne peut pas non plus financièrement, mais les gens, ils préfèrent mettre peut-être 1 ou 2 francs de plus maintenant et avoir quand même du produit suisse, je crois il y a quand même un peu un retour chez le boucher, au lieu de prendre sa viande forcément à l'étalage de la Coop ou de la Migros.» (Alice, 54)

Der Blick in die Zukunft ist 2012 optimistischer als 2002

In diesem Jahr werden im Vergleich zu 2002 die Zukunftsaussichten positiver beurteilt: die persönlichen, betrieblichen und jene der Landwirtschaft allgemein. Die Mittelwerte sind überall höher.

Zukunftsaussichten 2002 vs. 2012



«Io penso che, comunque, la politica agricola svizzera non ha fatto male negli ultimi anni perché se guardo alla Germania ed agli altri Paesi intorno a noi, devo dire che malgrado tutto il contadino che negli ultimi anni aveva voglia di fare qualcosa in Svizzera, è stato molto sostenuto dalla politica, molto! Quello che per me è molto impressionante: dieci anni fa parlavano di chiudere molte scuole agricole, dicevano che non avevano più studenti e che le classi diventavano sempre più piccole. Se vai a vedere oggi, sono 2–3 anni, che tutte le classi, specialmente in Svizzera interna, sono piene zeppe ed hanno quasi troppo poco posto. Ci sono molti più giovani che vogliono imparare il mestiere.» (Sofia, 57)

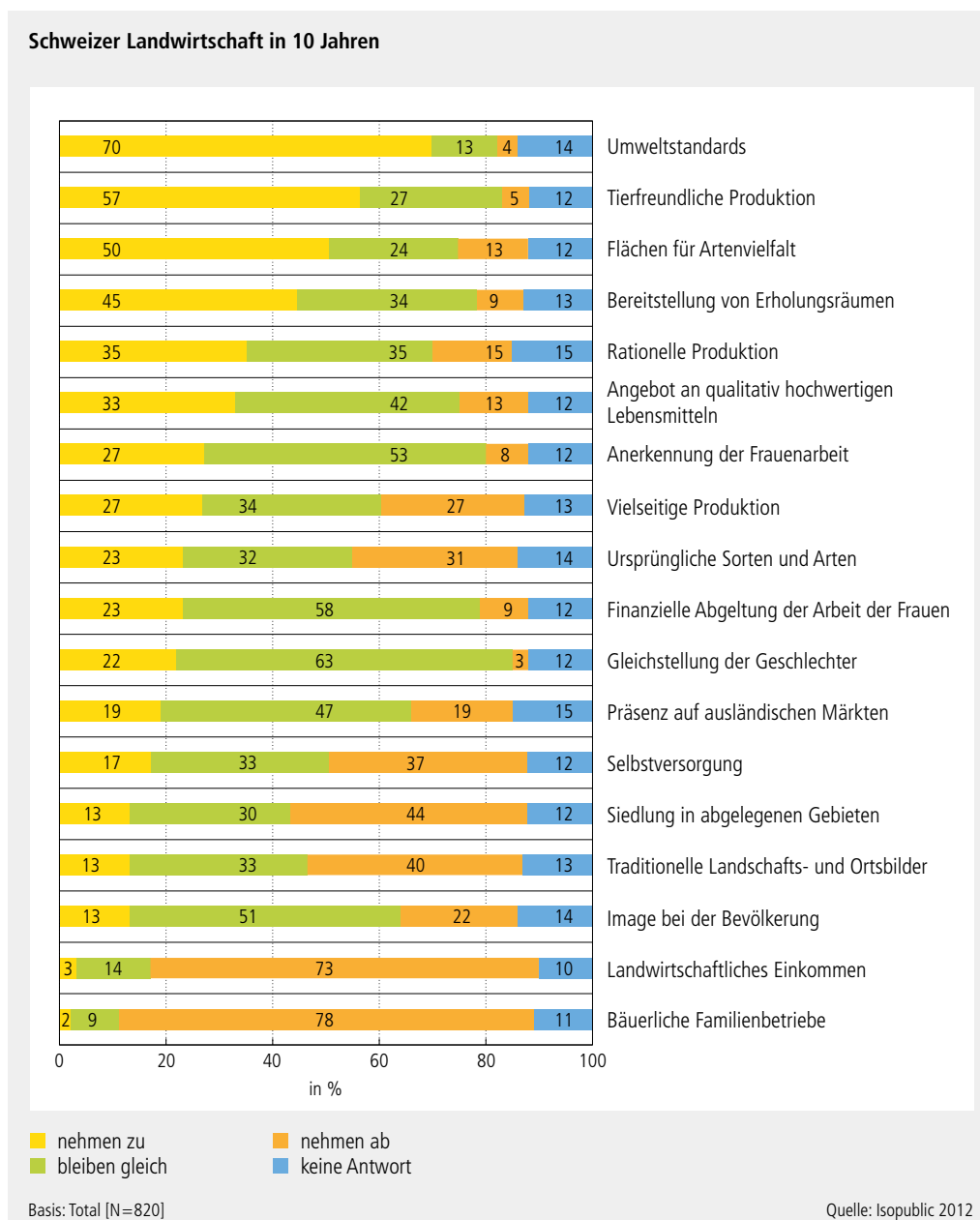
«Die jetzigen Jungen, ich sehe das jetzt bei unseren so. Da ist ein wahnsinniger Zusammenhalt, und der eine hat jetzt auch noch die Zweitausbildung als Bauer (...). Vor 10 Jahren, da hatten die Betriebe vielleicht 5 oder 4 Söhne, aber keiner hat zu Bauern begonnen. Und jetzt, ich empfinde das Interesse (...). Also ich erlebe es jetzt in unserer Gegend. Das ist sehr trendig, momentan, Bauer.» (Julia, 49)

«Ja, ich habe das Gefühl, was auch Auftrieb gegeben hat, ist so paralandwirtschaftliche Tätigkeiten, dass die Leute wieder etwas mehr auf die Betriebe kommen, und was mir jetzt so spontan durch den Kopf ging: Im Moment ist das Schwingen, das ist jetzt eine totale Trendsportart und man hat das Gefühl, das kommt der Landwirtschaft schlussendlich auch zu gute.» (Franziska, 39)

«Meine Tochter, die geht in die Schule, in die erste Klasse, die «Gspänli» finden das sehr interessant. Also wir haben langsam doch wieder diesen Stellenwert, wo man uns eher wieder schätzt, wo man sagt, doch, es braucht uns. Wir machen gute Arbeit. Und das war vor 10 Jahren vielleicht schon eher weniger so gewesen (...). Und wir als junge Frauen sehen vielleicht, dass es allen anderen auch nicht besser geht. Und wir haben ein Dach über dem Kopf, wir haben zu Essen, wir haben den Mann, der zum Mittagessen zu Hause ist, wir können miteinander arbeiten, die Kinder wissen, was ihr Vater macht, ja, und das sind alles so Sachen, die für die Zukunft eigentlich schon noch recht optimistisch sind. Wir haben den schönsten Beruf, den wir haben können.» (Barbara, 32)

Die Schweizer Landwirtschaft in zehn Jahren aus Sicht der Frauen

Über zwei Drittel der befragten Frauen sind der Meinung, dass Umweltstandards in der schweizerischen Landwirtschaft zunehmen werden (70 %), ebenso die tierfreundliche Produktion (57 %) und die Artenvielfalt (50 %). Rund drei Viertel sind hingegen davon überzeugt, dass in den folgenden Jahren die bäuerlichen Familienbetriebe (78 %) sowie das landwirtschaftliche Einkommen (73 %) abnehmen werden. Betreffend Frauenfragen haben jeweils über die Hälfte der Frauen das Gefühl, dass sich nicht viel verändern wird: die Anerkennung der Arbeit der Frau, die finanzielle Abgeltung der Arbeit der Frau wie auch die Gleichstellung von Frau und Mann werden in Zukunft nach ihrer Einschätzung gleich bleiben.



Was die Zukunft genau bringt, weiss niemand, war der Grundtenor bei den Gruppendiskussionen.

«Aber es kann in 10 Jahren wirklich anders ausschauen. Dass nicht mehr gross über die Schutzverordnungen berichtet wird, sondern dass sie einfach froh sind, dass es genug zu essen hat auf dieser Welt. Und vielleicht wird es auch uns betreffen, hoffen wir natürlich nicht. Aber man weiss nicht.» (Ursula, 49)

1.2.2.6 Fazit

Die Bedeutung der Frauen in der Landwirtschaft ist gross und zeichnet sich durch seine Vielfalt aus. Die 2012 durchgeführte Untersuchung zur Situation der Frauen in der Landwirtschaft bestätigt einerseits bereits bekannte Sachverhalte und zeigt andererseits neue Aspekte und interessante Entwicklungen auf.

So hat die Erwerbstätigkeit der Frauen in der Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren zugenommen, nach wie vor zentral ist für sie aber auch die Rolle als Mutter und Hausfrau. Auf dem Landwirtschaftsbetrieb nehmen vermehrt Frauen als Selbständigerwerbende verschiedene Aufgaben im Bereich der Direktvermarktung oder dem Agrotourismus wahr, und beinahe die Hälfte der Frauen geht einer ausserbetrieblichen Tätigkeit nach. Insbesondere die jüngeren Frauen verfügen heute über eine solide Berufsausbildung und arbeiten, meist in Teilzeit, in ihrem erlernten Beruf.

Der Beitrag der Frauen zum Einkommen wird nicht separat erfasst und erscheint daher in keiner Statistik. Dort ist die Rede vom landwirtschaftlichen Einkommen des Betriebs oder vom Gesamteinkommen des landwirtschaftlichen Haushalts. Für die Anerkennung und die Wertschätzung der Arbeit der Frauen in der Landwirtschaft wäre es jedoch wichtig, dass der Beitrag der Frauen in Zukunft auch in der Statistik ausgewiesen werden könnte.

Die schriftliche Befragung zeigt auf, dass die grosse Mehrheit der Frauen auf einen Hof eingeheiratet hat und zwei Drittel im ordentlichen Güterstand der Errungenschaftsbeteiligung leben. Selbständig einen Landwirtschaftsbetrieb führen wenige Frauen. In der Befragung geben zwar die meisten Frauen an, Miteigentümerin und Mitbewirtschafterin des Betriebs zu sein. In den Gruppendiskussionen wurde aber klar, dass sie sich dabei auf ihr finanzielles Engagement im Betrieb und ihre langjährige Mitarbeit berufen und häufig kein Grundbucheintrag vorliegt, der sie als Miteigentümerin ausweist. Es ist zudem davon auszugehen, dass die wenigsten Frauen ihr eigenes, in den Betrieb investiertes Geld z.B. mit Darlehensverträgen belegen können. In einem Scheidungsfall kann dies zu einer Benachteiligung für die betroffenen Frauen führen.

Rund 80 % der Frauen bauen durch eine ausserbetriebliche Erwerbstätigkeit, das selbständige Führen eines Betriebszweigs oder die entlohnte Arbeit auf dem Betrieb eine eigene soziale Absicherung auf. Diese dürfte jedoch oft bescheiden ausfallen. Als mitarbeitendes Familienmitglied leisten sie die Arbeit auf dem Betrieb unentgeltlich und haben dafür den Status als Nichterwerbstätige mit entsprechenden Konsequenzen auf die soziale Absicherung. Trotz allem machen sich die meistens verheirateten Frauen über ihre soziale Absicherung relativ wenig Sorgen. Aus der Untersuchung ist zu schliessen, dass ein grosser Aufklärungsbedarf sowohl über die rechtliche Stellung als auch die soziale Absicherung besteht.

Die Landwirtschaft ist abhängig von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die von den einzelnen Bauernfamilien nicht beeinflusst werden können. Frauen in der Landwirtschaft fühlen sich denn auch insbesondere belastet durch die Agrarpolitik, die allgemeine wirtschaftliche Situation, jedoch ebenfalls durch den Zeitdruck und die Arbeitsbeanspruchung. Ein Landwirtschaftsbetrieb bietet aber viele Gestaltungsmöglichkeiten und die räumliche Einheit von Arbeiten und Wohnen. Das sind Vorteile, die von den Frauen in der Landwirtschaft hoch eingeschätzt werden. Die Frauen in der Landwirtschaft sind mehrheitlich mit ihrem Leben sehr zufrieden, beurteilen ihren Gesundheitszustand als gut und fühlen sich in der Landwirtschaft wohl.

1.2.3 Einschätzungen der Bevölkerung zur Landwirtschaft

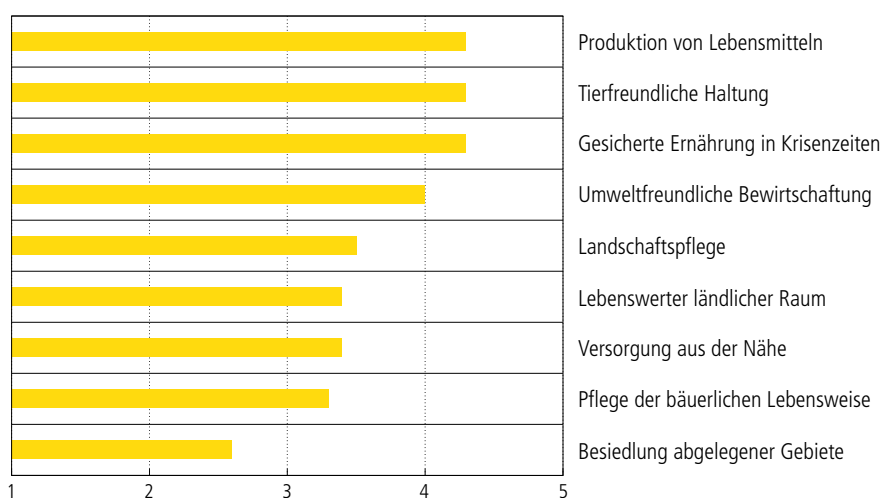
Das Forschungsprogramm Univox ist eine umfassende Langzeitbeobachtung der Gesellschaft, die das Forschungsinstitut gfs-zürich seit 1986 in Zusammenarbeit mit rund 20 spezialisierten, zumeist universitären Instituten realisiert hat. Zwischen 1986 und 1999 wurden die Befragungen jährlich, ab 2000 zweijährlich durchgeführt. Das Modul Landwirtschaft, einer von über 20 Themenbereiche, wird seit 2009 vom BLW in Auftrag gegeben und von gfs-zürich ohne Mitarbeit von universitären Instituten durchgeführt.

Gfs-zürich realisierte im März und April 2012 zum zweiten Mal nach 2009 für das BLW 710 persönliche Interviews. Befragt wurden Stimmberechtigte, davon 70 % aus der Deutschschweiz und 30 % aus der Romandie, repräsentativ nach Geschlecht sowie Altersklasse verteilt. Dabei wurden Fragen zu verschiedenen Themen rund um die Schweizer Landwirtschaft gestellt.

Aufgaben und Bereitschaft zur Unterstützung der Landwirtschaft

Wie wird die Wichtigkeit der verschiedenen in der Befragung vorgegebenen Aufgabenbereiche der Landwirtschaft eingeschätzt? Die Mittelwertvergleiche zeigen, dass zum heutigen Zeitpunkt drei Aufgabenbereiche als besonders wichtig angesehen werden: die Produktion von Lebensmitteln, die tierfreundliche Haltung sowie die gesicherte Ernährung in Krisenzeiten. Am wenigsten Bedeutung wird der Besiedlung abgelegener Gebiete beigemessen.

Wichtigkeit der Aufgabenbereiche der Landwirtschaft 2012



Mittelwerte: Skala von 1 = gar nicht wichtig bis 5 = sehr wichtig

Quelle: gfs-zürich



Gegenüber 2009 ist insbesondere die Bedeutung einer gesicherten Ernährung in Krisenzeiten deutlich gestiegen. Die Wichtigkeit der Aufgabenbereiche Produktion von Lebensmitteln sowie tierfreundliche Haltung ist gleich geblieben. Hingegen kommt der umweltfreundlichen Bewirtschaftung, die vor drei Jahren noch zu den wichtigsten Aufgabenbereichen zählte, weniger Bedeutung zu. Die Wichtigkeit der anderen Aufgabenbereiche – Landschaftspflege, Versorgung aus der Nähe, Pflege der bäuerlichen Lebensweise sowie Besiedlung abgelegener Gebiete – hat in den Augen der Bevölkerung ebenfalls abgenommen.

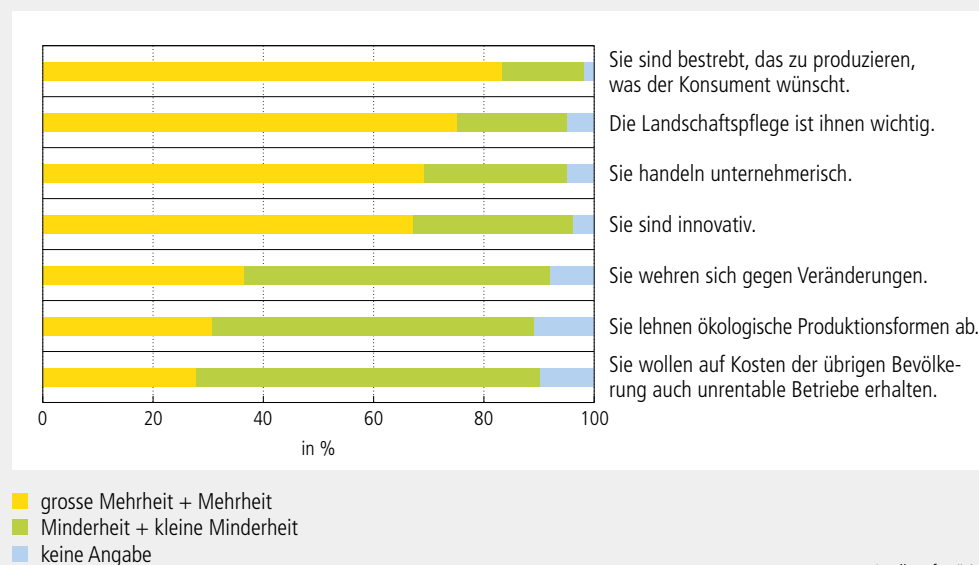
Die Befragten befürworten, dass die Schweizer Landwirtschaft durch den Staat finanziell unterstützt wird. Für Produktion von Lebensmitteln (3,8), tierfreundliche Haltung (3,8), gesicherte Ernährung in Krisenzeiten (3,8) und umweltfreundliche Bewirtschaftung (3,6) sollen sogar eher mehr öffentliche Gelder als heute eingesetzt werden (Skala von 1 = viel weniger, 3 = gleich viel bis 5 = viel mehr öffentliche Gelder). Eine staatliche Unterstützung wird also umso eher befürwortet, je wichtiger den Leuten eine Aufgabe ist.

Im Vergleich zur letzten Befragung 2009 hat die Zustimmung für den vermehrten Einsatz von öffentlichen Geldern als den aktuell eingesetzten tendenziell abgenommen. Die Mittelwerte in der Fünferskala sind 2012 bei fast allen Aufgaben tiefer als 2009. Einzig die Werte für die gesicherte Ernährung in Krisenzeiten und die Produktion von Lebensmitteln sind höher.

■ Einschätzung der Haltung der Bauern

Die Schweizer Stimmberechtigten haben ein positives Bild von der Haltung der Bauern. Acht von zehn Personen sind der Meinung, die Bauern seien bestrebt, das zu produzieren, was der Konsument wünscht und drei Viertel denken, den Bauern sei die Landschaftspflege wichtig. Je rund zwei Drittel halten die Bauern für unternehmerisch handelnd und für innovativ.

Einschätzung der Haltung der Bauern 2012



Quelle: gfs-zürich

Die positiven Aussagen zur Einschätzung der Haltung der Bauern sind 2012 teilweise etwas tiefer als 2009. Während die Einstellung in Bezug auf die Innovationsfreudigkeit der Bauern und deren Bereitschaft für Veränderungen ähnlich positiv ist wie 2009, hat sich die Meinung darüber, wie unternehmerisch die Bauern agieren, etwas verschlechtert. Deutlich kritischer als 2009 wird das ökologische Verhalten der Bauern beurteilt. Der Anteil derjenigen, die finden, eine Mehrheit der Bauern lehne ökologische Produktionsformen ab, hat sich im Vergleich zur letzten Befragung verdoppelt (2009: 16 %, 2012: 31 %). In den Befragungen bis 2009 nahm dieser Anteil laufend ab.

■ Einstellung zur Schweizer Landwirtschaft

Mehr als acht von zehn befragten Personen sind der Meinung, die Schweizer Landwirtschaftsbetriebe müssten konkurrenzfähiger werden und versuchen, günstiger zu produzieren. Die kleinen Strukturen sollen dabei aber erhalten bleiben. So ist eine Mehrheit der Auffassung, dass kleine Betriebe am besten den schweizerischen Verhältnissen entsprechen. Und am wenigsten Zustimmung, von 38 % der Befragten, erhält die Aussage, ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe sollte aufgegeben werden, damit die verbleibenden Betriebe konkurrenzfähiger werden können. Eine hohe Zustimmung gibt es für die finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft. Zwei Drittel sind der Meinung, die Schweizer Landwirtschaft solle durch den Staat finanziell unterstützt werden und die Berglandwirtschaft dabei speziell gefördert werden.



Die Meinung, die Betriebe müssten konkurrenzfähiger werden und kostengünstiger produzieren, hat sich im Vergleich zur letzten Befragung klar akzentuiert (2009: 64 %, 2012: 82 %). Betrachtet man die anderen Aussagen, so liegen diese auf etwa gleichem Niveau wie 2009.

■ Haltung zu Umweltaspekten, Gentechnologie und Nahrungsmittelabfälle

Wie bereits 2009 wurde die Frage gestellt, in welchen Umweltbereichen eine finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft wichtig wäre, um positive Entwicklungen zu fördern. Ungebrochen ist die hohe Zustimmung in den Bereichen Gewässerschutz und Luftqualität (je 4,3 von maximal 5 Punkten). Weiterhin hoch ist auch die Zustimmung für die finanzielle Förderung des Bodenschutzes und des Klimaschutzes (2009: 4,2; 2012: 4,1). Stark abgenommen hat hingegen die Befürwortung von Zahlungen für die Bereiche Landschaftspflege (4,2 bzw. 3,8) und Biodiversität (4 bzw. 3,6).

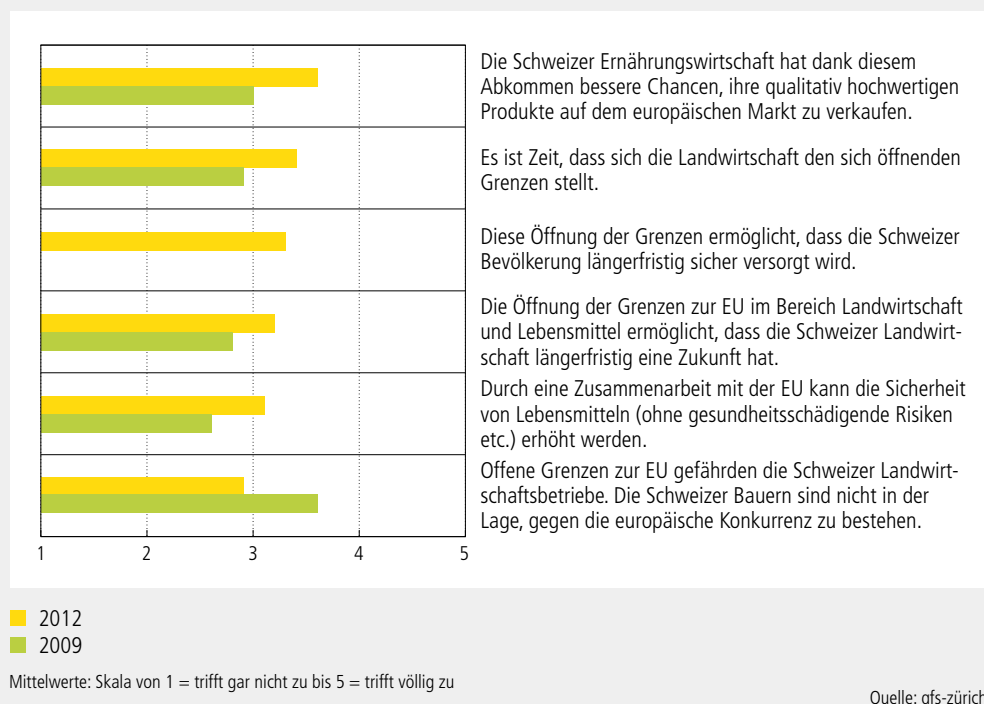
Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wird in der Schweiz weiterhin abgelehnt, aber von einer weniger grossen Mehrheit als bei der letzten Befragung von 2009. Noch 53 % (2009: 63 %) sagen nein zu dieser Frage. Die Möglichkeit zum Verkauf von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in der Schweiz unterstützen 2012 mit 34 % etwas mehr der Befragten als 2009 (29 %). Gegenläufig zu diesen Befunden steht das Ergebnis, dass deutlich mehr als noch 2009 der Meinung sind, das Gentech-Moratorium solle weitergeführt werden. Das liegt u.a. daran, dass deutlich mehr Befragte sich hierzu eine Meinung bildeten. Inzwischen sind 41 % (2009: 25 %) für eine Weiterführung und 27 % (2009: 32 %) dagegen.

Als Spezialthema wurde in diesem Jahr nach der Sensibilisierung für das Thema Nahrungsmittelabfälle gefragt. 52 % der befragten Schweizerinnen und Schweizer ist dieses Thema bekannt, 61 % sind der Meinung, es würden zu viele Nahrungsmittel weggeworfen, und mit 49 % weniger als die Hälfte geben an, dass sie darüber informiert sind, wie sie als Konsumentinnen und Konsumenten Nahrungsmittelabfälle vermeiden können.

■ Einstellung zur Öffnung der Märkte

Wie 2009 wurde auch 2012 die Frage nach der Öffnung der Agrarmärkte, insbesondere gegenüber der EU, gestellt. Die Erhebung zeigt, dass die befragten Schweizerinnen und Schweizer dieser Öffnung inzwischen weniger skeptisch gegenüberstehen als noch vor drei Jahren. So erhält die Aussage, offene Grenzen zur EU gefährdeten die Schweizer Landwirtschaftsbetriebe, deutlich weniger Zustimmung und mit einem Mittelwert von 2,9 keine Mehrheit mehr (2009: 3,6 von 5 Punkten).

Einstellung zu einem möglichen Freihandelsabkommen CH/EU im Agrar- und Lebensmittelbereich

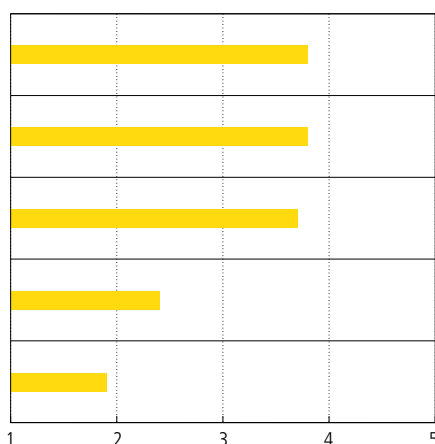


Am meisten Zustimmung unter den befürwortenden Argumenten findet die Aussage, die Schweizer Ernährungswirtschaft habe dank der Marköffnung, insbesondere gegenüber der EU, bessere Chancen, ihre qualitativ hochstehenden Produkte zu exportieren. Diese Aussage erhält eine mehrheitliche Zustimmung von 53 % und nur 13 % lehnen sie ab. Deutlich zugenommen von einem Mittelwert von 2,6 auf 3,1 hat auch die Argumentation, dass durch eine Zusammenarbeit mit der EU die Sicherheit der Lebensmittel erhöht werden könne.

■ Einschätzung der zukünftigen Schweizer Landwirtschaft

Die Schweizerinnen und Schweizer glauben weiterhin an die Zukunft der einheimischen Landwirtschaft. Nur ein kleiner Teil der Befragten (7 %) ist der Ansicht, dass sich die Schweiz ihre Landwirtschaft in Zukunft nicht mehr leisten soll (1,9 von maximal 5 Punkten). Im gleichen Mass wie vor drei Jahren ist eine Mehrheit der Befragten der Meinung, die Schweizer Landwirtschaft sollte verstärkt auf Spezialisierung setzen (3,8). Ebenfalls mehrheitlich begrüsst, wenn auch weniger stark als vor drei Jahren, wird eine Diversifizierung der Landwirtschaft mit vermehrten Angeboten im Bereich Agrotourismus oder in der Energieproduktion (2009: 4; 2012: 3,8).

Zukünftige Schweizer Landwirtschaft 2012



Ich finde, die Schweizer Landwirtschaft sollte in Zukunft auf Vielseitigkeit setzen und die Angebote z.B. im Agrotourismus oder in der Energieproduktion ausbauen.

Ich finde, die Schweizer Landwirtschaft sollte in Zukunft auf Spezialisierung, z.B. Milchproduktion oder Gemüsebau setzen.

Ich finde, die Schweizer Landwirtschaft sollte in Zukunft in erster Linie auf Nahrungsmittelproduktion setzen.

Ich finde, die Schweizer Landwirtschaft sollte in Zukunft in erster Linie ökologische Leistungen, z.B. Biodiversität, Landschaftspflege, erbringen; Nahrungsmittel sollten vermehrt importiert werden.

Ich finde, die Schweizer Landwirtschaft ist ein Luxus, den wir uns in Zukunft nicht mehr leisten sollten.

Mittelwerte: Skala von 1 = trifft gar nicht zu bis 5 = trifft völlig zu

Quelle: gfs-zürich



■ Zusammenfassung

Die befragten Schweizerinnen und Schweizer haben ein positives Bild von den Bauern. Acht von zehn sind der Meinung, die Bauern seien bestrebt, das zu produzieren, was der Konsument wünscht. Drei Viertel denken, den Bauern sei die Landschaftspflege wichtig und zwei Drittel finden, die Bauern handelten unternehmerisch und seien innovativ.

Die Schweizerinnen und Schweizer stehen zur einheimischen Landwirtschaft. Dabei sind sie der Meinung, dass neben der Nahrungsmittelproduktion, als wichtigstem Aufgabenbereich der Schweizer Landwirtschaft, auch Betriebszweige wie Agrotourismus oder Energieproduktion angeboten und ausgebaut werden sollen. Spezialisierungen werden genau so befürwortet. Einer Öffnung der Grenzen im Agrarbereich stehen sie weit weniger skeptisch gegenüber als noch vor drei Jahren. Es werden zurzeit mehr Chancen als Gefahren gesehen.

Mehr als acht von zehn Schweizerinnen und Schweizer sind der Meinung, die Schweizer Landwirtschaftsbetriebe müssten konkurrenzfähiger werden und versuchen, günstiger zu produzieren. Die kleinen Strukturen sollen dabei aber erhalten bleiben. So ist eine Mehrheit der Auffassung, dass kleine Betriebe am besten den schweizerischen Verhältnissen entsprechen und nur eine Minderheit ist dafür, dass ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben werden sollte, damit die verbleibenden Betriebe konkurrenzfähiger werden können.

Eine hohe Zustimmung gibt es für die finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft. Zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer sind der Meinung, die Schweizer Landwirtschaft solle durch den Staat finanziell unterstützt und die Berglandwirtschaft dabei speziell gefördert werden. Die Bereitschaft für eine staatliche Unterstützung korreliert stark mit der Wichtigkeit der Aufgabenbereiche. Besonders stark wird eine Unterstützung befürwortet für die Produktion von Lebensmitteln, die tierfreundliche Haltung, die gesicherte Ernährung in Krisenzeiten und die umweltfreundliche Bewirtschaftung. Gegenüber 2009 abgenommen hat die Zahlungsbereitschaft für die Umweltbereiche Landschaftspflege und Biodiversität.

Die Thematik Nahrungsmittelabfälle ist zwar mehrheitlich bekannt, jedoch ist nur eine Minderheit darüber informiert, wie sie als Konsumenten Nahrungsmittelabfälle vermeiden können. Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wird in der Schweiz weiterhin abgelehnt, aber von einer weniger grossen Mehrheit als bei der letzten Befragung. Deutlich mehr der Befragten als noch 2009 sind der Meinung, das Gentech-Moratorium solle weitergeführt werden.

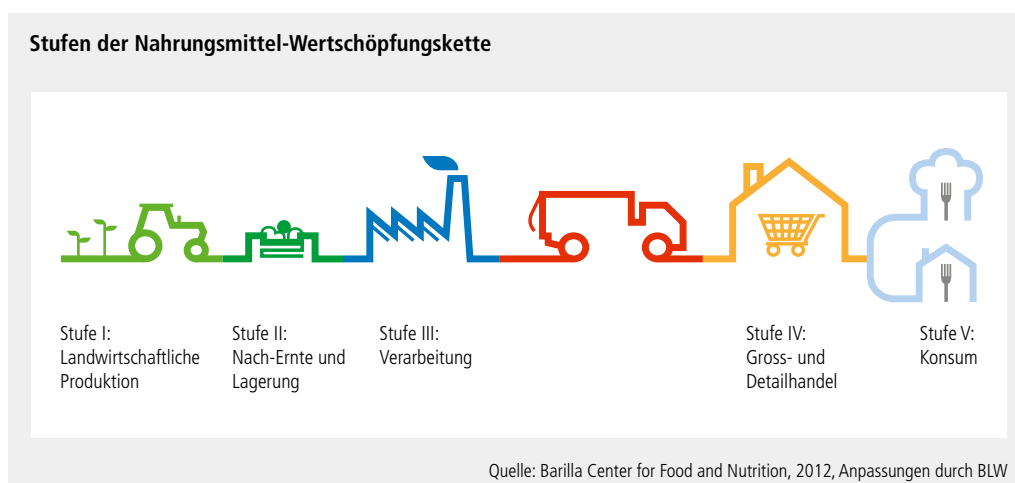
1.2.4 Nahrungsmittelabfälle

Laut einer Studie der Food and Agriculture Organization FAO (Gustavsson et al. 2011) geht weltweit rund ein Drittel aller für den menschlichen Konsum produzierten Nahrungsmittel verloren oder wird weggeworfen (engl. Food Losses und Food Waste). Vor dem Hintergrund, dass heute ein Siebtel der Menschen an den Folgen von Unter- und Mangelernährung leidet und die Weltbevölkerung laut Schätzungen der UNO bis 2050 auf über 9 Mrd. Menschen anwachsen wird, die landwirtschaftliche Nutzfläche und das verfügbare Wasser knapper werden und der Klimawandel zusätzliche Unsicherheiten schafft, ist die ausreichende Produktion von Nahrungsmitteln in Zukunft eine grosse Herausforderung. Die Reduktion von Nahrungsmittelabfällen kann einen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen und damit zur Ernährungssicherheit leisten und ist deshalb international und in den letzten zwei Jahren auch in der Schweiz zum viel diskutierten Thema geworden.

Definition: Der lange Weg der Nahrungsmittel – vom Feld bis auf den Teller

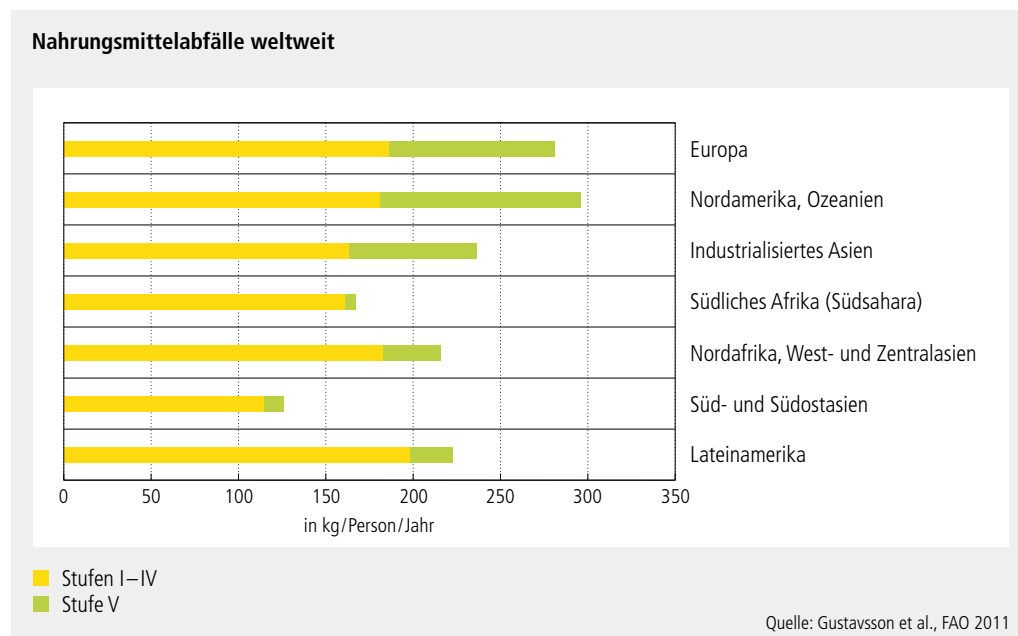
Bevor ein Konsument ein Nahrungsmittel, beispielsweise einen Apfel, in den Einkaufskorb legt, ist dieses zuvor bereits durch 33 Hände gegangen (Kantor et al. 1997). Der Landwirt als erstes Glied in der Kette erntet die Äpfel. Dabei bleiben ein paar Äpfel am Baum hängen oder am Boden liegen, ein Teil wird aussortiert und vermostet, da er nicht den Qualitätsanforderungen entspricht und ein paar gehen beim Transport zum Grosshändler verloren. Der Grosshändler wäscht die Äpfel und sortiert sie noch einmal, ein Teil gelangt in den Verkauf, der andere wird eingelagert für später. Während dieser Lagerung verfaulen ein paar Äpfel, viele verlieren an Gewicht – einige werden unansehnlich. Spätestens bis zur Ernte im nächsten Jahr werden diese Lager abgebaut und die Äpfel zu den Detailhändlern gefahren. Und schliesslich landet der Apfel im Einkaufskorb des Konsumenten. Dieser isst den Apfel, oder aber er vergisst ihn und entsorgt ihn auf dem Kompost oder im Abfalleimer. Nahrungsmittelabfälle fallen also entlang der gesamten Wertschöpfungskette an.

Wie werden Nahrungsmittelabfälle definiert? Beim Apfel, der verfault, ist es noch einfach. Was aber ist mit der Schale des Apfels, die nicht gegessen wird? Ist dies Abfall? Als wichtige Definition hat sich jene der FAO durchgesetzt. Sie bezeichnet ausschliesslich Nahrungsmittel als Food Waste, die ursprünglich für die menschliche Ernährung bestimmt sind, aus irgendwelchen Gründen aber weggeworfen werden (selbst wenn sie dann noch zu einem anderen Zweck wie beispielsweise der Herstellung von Biogas verwendet werden), verloren gehen, verderben oder an Haustiere verfüttert werden. Die Schale des Apfels gilt demnach eindeutig als Nahrungsmittelabfall.



In Europa gehen pro Kopf und Jahr 280 kg Nahrungsmittel verloren

Die FAO schätzt, dass sich die Gesamtmenge an Nahrungsmittelabfällen weltweit pro Jahr auf ungefähr 1,3 Mrd. t beläuft. Abhängig von der geografischen Region sind das zwischen 120 (Süd- und Südostasien) und knapp 300 kg pro Kopf und Jahr (Nordamerika und Ozeanien). Für Europa geht die Organisation von Nahrungsmittelabfällen im Umfang von 280 kg pro Kopf und Jahr aus (vgl. nächste Abbildung).



Auffallend ist, dass die Verluste je nach Weltregion auf anderen Stufen anfallen: Während in Europa und Amerika ein erheblicher Anteil (40 %) auf der Stufe «Konsum» und «Gross- und Detailhandel» anfällt, ist dieser Anteil in den Entwicklungsländern gering, dafür aber der Anteil der Verluste auf Stufe «Landwirtschaftliche Produktion» und «Nach-Ernte und Lagerung» (40 %) hoch.

Auch in der Schweiz geht schätzungsweise ein Drittel der Nahrungsmittel verloren

Zwei Masterarbeiten liefern für die Schweiz Schätzungen über die Höhe der Nahrungsmittelabfälle. Unabhängig von einander und mit unterschiedlicher methodischer Vorgehensweise schätzen sie, dass in der Schweiz ein Drittel der Produktion als Abfall anfällt. Punktuell geben auch die Kehrribsackuntersuchung des BAFU aus dem Jahr 2002 und eine Studie zu Abfällen in Grossküchen aus dem Jahr 2007 Anhaltspunkte zu Nahrungsmittelabfällen in der Schweiz (vgl. Kasten).

Masterarbeit João Almeida (2011)

Almeida stützte sich in seiner Arbeit auf die Verlustraten der FAO-Studie (Gustavsson, 2011) und wendete sie auf Zahlenmaterial des SBV an. Laut Almeidas Berechnungen belaufen sich die Verluste für die in der Schweiz konsumierten Nahrungsmittel auf total rund 2 Mio. t pro Jahr. Bei fast 8 Mio. Einwohnern per Ende 2011 sind dies umgerechnet bis zu 260 kg pro Person und Jahr.

Masterarbeit Claudio Beretta (2012)

Auch Beretta schätzt die Nahrungsmittelverluste auf ungefähr ein Drittel des Gesamtangebots. Für seine Berechnung wählt er aber einen anderen Ansatz als Almeida: Er hat für seine Studie 43 Betriebe auf allen fünf Produktionsstufen untersucht, darunter auch fünf landwirtschaftliche Betriebe. Beretta hat dabei sowohl qualitativ (Telefongespräche und Experteninterviews) als auch quantitativ (Messungen) Daten erhoben. Die durchgeführten Stoffflussanalysen zeigen, dass rund 20 % der Verluste bei der landwirtschaftlichen Produktion (Stufe I), 30 % auf den Stufen II bis IV und rund die Hälfte beim Konsum (Stufe V) anfallen.

Studie Kehrrechtzusammensetzung (2002)

2002 wurde vom damaligen BUWAL (heute BAFU) eine Studie zur Kehrrechtzusammensetzung in Auftrag gegeben. Die Studie untersuchte den Anteil an biogenen Abfällen (zur Kompostierung oder Vergärung geeignet, darunter vor allem Nahrungsmittelabfälle) und kam dabei zum Schluss, dass diese rund 29 % des Kehrichts ausmachen, was ungefähr 435 000 t entspricht. Das sind umgerechnet 60 kg je Einwohner und Jahr. Die Studie wird 2012 vom BAFU erneut durchgeführt. Ergebnisse dürften 2013 vorliegen.

Studie Abfälle in Grossküchen (2007)

Die 2007 im Auftrag des Kantons Aargau von der Hochschule Wädenswil erarbeitete Studie zum Thema «Bewirtschaftung organischer Abfälle aus Grossküchen im Kanton Aargau» zeigt auf, dass in allen Aargauer Grossküchen pro Jahr rund 11 925 t organische Abfälle anfallen. Die Vergleiche mit anderen Studien aus der Nordwestschweiz und dem Kanton Bern zeigen, dass für die Schweizer Mittellandkantone insgesamt von einer Menge von 20 kg Gastronomieabfall (Rüst- und Speiseabfälle sowie Speiseöl) pro Einwohner und Jahr ausgegangen werden kann.

Internationale Aktivitäten zur Reduktion von Nahrungsmittelabfällen

Nahrungsmittelabfälle sind international ein breit diskutiertes Thema. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments beispielsweise fordern eine koordinierte Strategie, das heisst die Kombination von EU-weiten und nationalen Massnahmen, um die Effizienz innerhalb der Wertschöpfungskette zu verbessern und die Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen. Die EU-Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, die Entsorgung genussstauender Lebensmittelabfälle bis 2020 zu halbieren.

In einzelnen EU-Mitgliedsstaaten sind bereits Aktivitäten lanciert worden. Im Vereinigten Königreich wurde 2005 eine umfassende Sensibilisierungskampagne gestartet, die sich aber nicht nur auf die Konsumenten beschränkte, sondern auch den Detailhandel miteinschloss. So haben sich die grössten Detailhändler des Königreichs verpflichtet, ihre Verpackungen anzupassen sowie mitzuhelfen, die Nahrungsmittelverluste auf der Stufe Haushalt um 4 % zu senken (mehr Informationen: www.lovefoodhatewaste.com). Breite Kampagnen laufen auch in den Niederlanden (www.etenisomopteeten.nl), in Deutschland (www.zugutfuertdie-tonne.de) und in Österreich (www.lebensmittel-sind-kostbar.at). Zudem sind in ganz Europa zahlreiche private Initiativen entstanden, wie beispielsweise die Tafel-Organisationen.

Aktivitäten in der Schweiz kommen in Gang

Nahrungsmittelabfälle sind, aus einem ethischen Gesichtspunkt betrachtet, nicht vertretbar. Hinzu kommt, dass die Abfälle die ökologische Effizienz der Leistungserbringung des Ernährungssystems vermindern, aber auch die volkswirtschaftliche Effizienz beeinträchtigen, weil mehr Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) als nötig für die Befriedigung der Nachfrage eingesetzt werden.

Um die Nahrungsmittelabfälle in der Schweiz in Zukunft zu senken, haben die Bundesämter für Landwirtschaft, Umwelt, Gesundheit und Veterinärwesen (BLW, BAFU, BAG und BVET) zu Beginn 2012 eine Projektgruppe unter Leitung des BLW ins Leben gerufen. Ziel ist, die Thematik gemeinsam anzugehen, das Grundlagenwissen zu erweitern sowie Aktivitäten und Massnahmen zu entwickeln.

Für eine sachliche Diskussion sind solide Grundlagen wichtig. In der Schweiz gibt es heute nur relativ wenige Daten über Nahrungsmittelabfälle. Die vorhandenen Wissenslücken sollen deshalb vor allem dort geschlossen werden, wo grosse Verluste vermutet werden. Geplant ist, im Rahmen eines Stakeholder-Dialogs die Möglichkeiten zur Reduktion von Nahrungsmittelabfällen auszuloten. Auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist mit dem Event, der anlässlich des Welternährungstages vom 18. und 19. Oktober 2012 vom schweizerischen nationalen FAO-Komitee (CNS-FAO) durchgeführt wurde, lanciert worden. Einzelne Elemente daraus sollen nun gezielt herausgegriffen und weiterentwickelt werden. Geplant ist zudem die Lancierung einer Website zum Thema. Die Vorhaben will man spätestens bis zum Jahr 2014 umsetzen.

In der Schweiz gibt es bereits zahlreiche private Initiativen, die das Ziel haben, Nahrungsmittelabfälle zu reduzieren. So verteilen die Organisationen «Tischlein deck dich», «Schweizer Tafel», «Partage» oder auch die Caritas bereits heute im Detailhandel nicht mehr verkäufliche Nahrungsmittel an bedürftige Personen. Seit Ende 2011 besteht zudem der Verein foodwaste.ch, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Nahrungsmittelabfälle in der Schweiz zu verringern und die Lebensmittelkette in dieser Hinsicht weiter zu optimieren.

1.3 Ökologie und Ethologie

1.3.1 Ökologie

Am Anfang des Kapitels Ökologie steht wie jedes Jahr die Darstellung der Entwicklung verschiedener Indikatoren zur Nutzung des Kulturlandes und zum Einsatz von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln (vgl. Abschnitt 1.3.1.1). Im Anschluss werden dieses Jahr die Themen Stickstoff und Wasser vertieft betrachtet.

Stickstoff war bereits im Agrarbericht 2004 und 2008 ein wichtiges Thema. Dort wurde beschrieben, dass Stickstoff einerseits als «Treibstoff» der landwirtschaftlichen Produktion wirkt und andererseits eine wichtige Quelle der Umweltbelastung durch die Landwirtschaft darstellt. Ebenfalls wurde aufgezeigt, dass Stickstoff mit seinen verschiedenen chemischen Erscheinungsformen sich in einem steten, komplizierten Kreislauf befindet. Alle diese Aussagen gelten auch noch heute und machen Stickstoff zu einem wichtigen und besonderen Stoff in der Landwirtschaft, der grösste Aufmerksamkeit verdient. Auf den folgenden Seiten wird ein Überblick über den aktuellen Stand der Emissionen von Stickstoff gegeben und in einem Fazit auf die besonderen Herausforderungen für die Zukunft hingewiesen (vgl. Abschnitt 1.3.1.2).

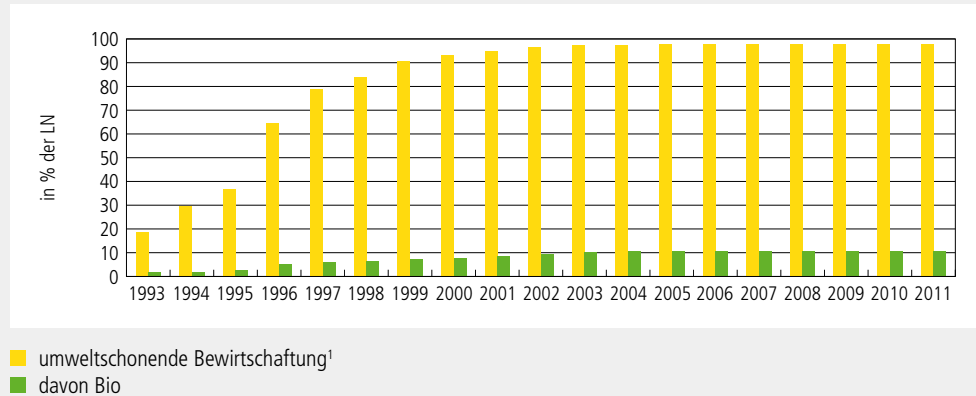
Das Thema Wasser wird im Agrarbericht jeweils zusammen mit Stickstoff behandelt und wird deshalb 2012 ebenfalls bereits zum dritten Mal beleuchtet (vgl. Abschnitt 1.3.1.3). Neben der Schnittstelle mit Stickstoff, nämlich den Nitratkonzentrationen im Wasser, wurden bisher die Themen virtuelles Wasser und Pflanzenschutzmittel im Wasser behandelt. Im vorliegenden Agrarbericht werden erstmals auch die Tierarzneimittel thematisiert (vgl. Abschnitte 1.3.1.4 und 1.3.1.5).

Zum ersten Mal können in diesem Agrarbericht Resultate der Zentralen Auswertung von Agrarumweltindikatoren (ZA-AUI) präsentiert werden. Gestützt auf die Verordnung zur Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft erheben seit 2009 rund 300 Landwirtschaftsbetriebe detaillierte Daten. In Zusammenarbeit mit Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Treuhandstellen und Agridea können mit diesen Daten Agrarumweltindikatoren zur landwirtschaftlichen Praxis berechnet werden. In Ergänzung zu den Indikatoren auf der Basis nationaler Statistiken sind damit neu Aussagen auf der Stufe von Regionen und Betriebstypen möglich. Erste Auswertungen liegen zu den Themen Stickstoffbilanz, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Einsatz von Tierarzneimitteln vor. Das Betriebsnetz von ZA-AUI wird in den nächsten Jahren sukzessive ausgebaut.

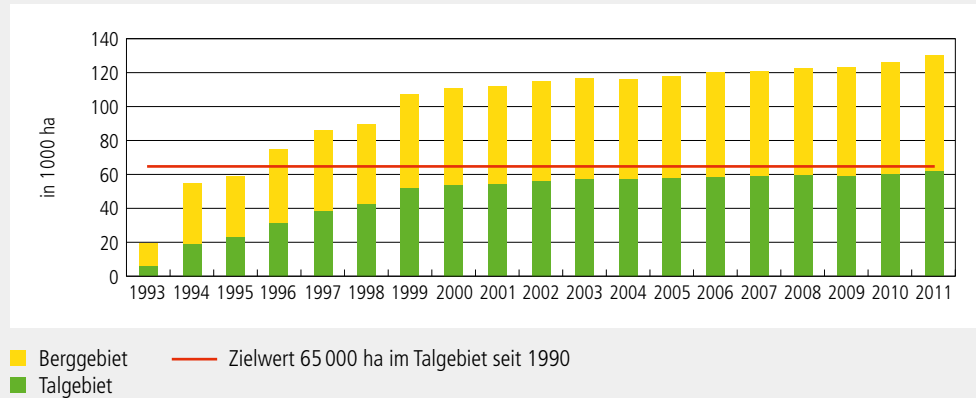


1.3.1.1 Flächennutzung und Produktionsmittel

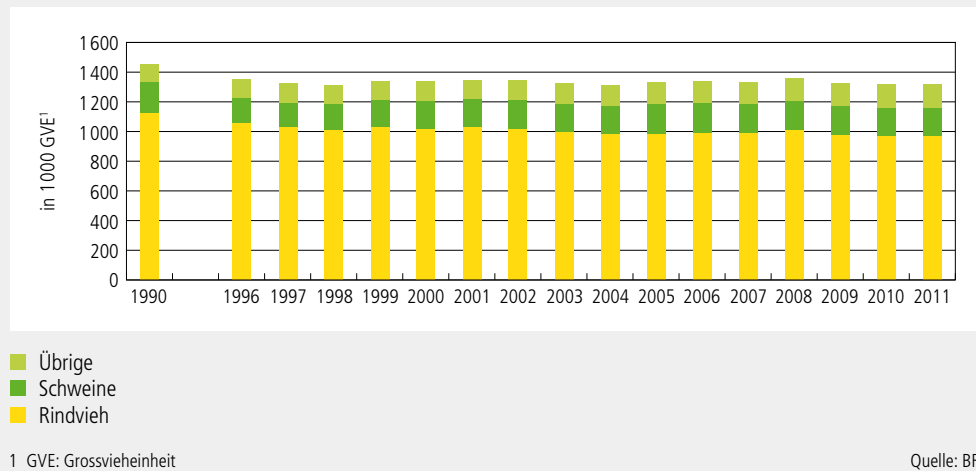
Entwicklung des Anteils der Fläche mit umweltschonender Bewirtschaftung



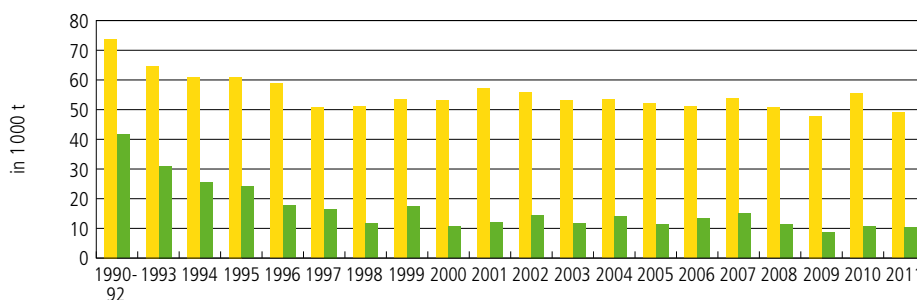
Anrechenbare ökologische Ausgleichsflächen¹



Entwicklung des Tierbestandes



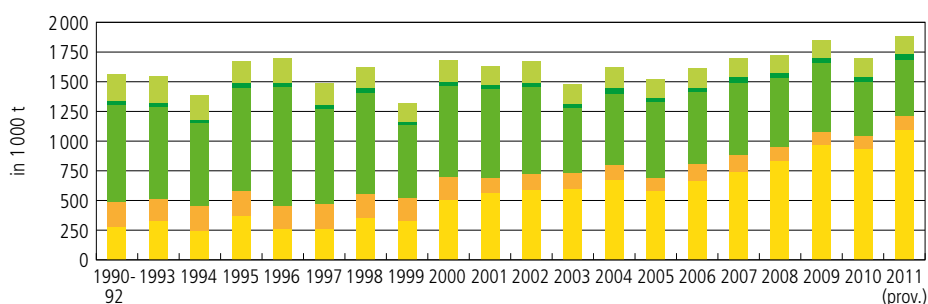
Entwicklung des Mineraldüngerverbrauchs



■ Stickstoff (N) (inkl. Paralandwirtschaft)
■ Phosphor (angegeben als P₂O₅)

Quelle: SBV/Agricura

Entwicklung des Kraftfuttermittelsverbrauchs

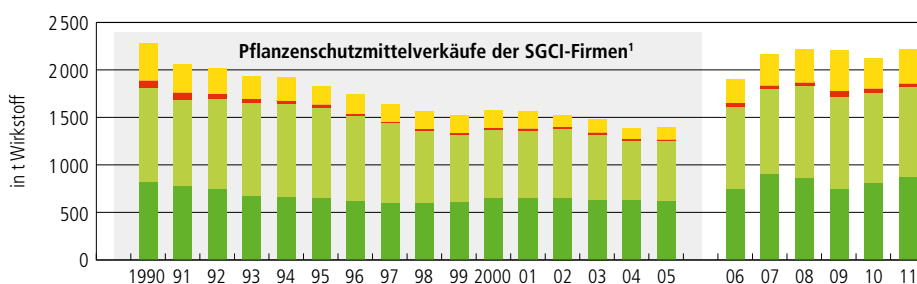


■ CH andere
■ Kuchen CH Ölsaaten
■ CH Futtergetreide
■ Veredelung von Importen¹
■ Importfuttermittel

¹ Nebenprodukte aus in der Schweiz verarbeiteten, importierten Agrarrohstoffen (z.B. Ölsaaten, Braugerste)

Quelle: SBV

Entwicklung der Pflanzenschutzmittelverkäufe



■ Insektizide
■ Rodentizide
■ Fungizide
■ Herbizide
■ Wachstumsregulatoren

¹ Bis 2005 basierten die Angaben zu den Pflanzenschutzmittelverkäufen auf Daten der Mitgliedsfirmen der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie. Seit 2006 sind die Daten für alle Firmen, die Pflanzenschutzmittel verkaufen, verfügbar. Diese Werte sind nicht direkt vergleichbar mit der Statistik bis 2005.

Quellen: Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie, BLW

1.3.1.2 Stickstoff

■ Stickstoff, ein Schlüsselement in Landwirtschaft und Umwelt

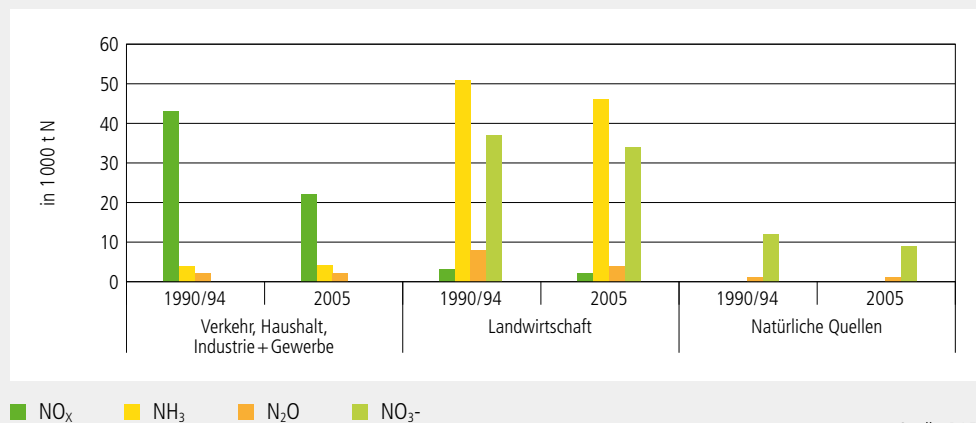
Stickstoff (N) ist ein Schlüsselement in Landwirtschaft und Umwelt. In der Landwirtschaft bestimmt die Menge an verfügbarem Stickstoff weitgehend den erzielbaren Pflanzenertrag. Er ist der wesentliche Baustein für die Synthese von Eiweiss und somit auch in der Tierproduktion sehr wichtig. In der Umwelt ist Stickstoff allgegenwärtig. Als nicht reaktiver Stickstoff in Form von N_2 steuert er knapp 80 % an das Volumen der Atmosphäre bei. Problematisch für die Umwelt ist Stickstoff in Form reaktiver Verbindungen, wie sie von den Menschen in Verkehr, Industrie, Haushalt und Landwirtschaft in grosser Menge in Luft, Wasser und Boden emittiert werden.

Verschiedene N-Verbindungen stehen aus der Sicht der Umweltbelastung im Vordergrund. Die Emission von Ammoniak (NH_3) und Stickoxiden (NO_x) führt zu Schädigungen von Menschen, Tieren und Pflanzen und ihren Lebensgemeinschaften. Lachgas (N_2O) ist ein Treibhausgas und trägt zur Klimaerwärmung und zum Ozonabbau in der Stratosphäre bei. Nitrat (NO_3^-) trägt zur Überdüngung von Oberflächengewässern inkl. flachen Meeren bei und belastet das Grundwasser.

Die Landwirtschaft ist die Hauptemittentin von Ammoniak, Lachgas und Nitrat

2010 hat das Bundesamt für Umwelt (BAFU) den Bericht «Stickstoffflüsse in der Schweiz» veröffentlicht (Heldstab et al., 2010). Die Landwirtschaft ist demnach immer noch die Hauptemittentin der umweltrelevanten Verbindungen Ammoniak, Nitrat und Lachgas. Ein Vergleich der Ergebnisse mit denen im Bericht «Strategie zur Reduktion von Stickstoffemissionen» (BUWAL, 1996), welchen die Projektgruppe «Stickstoffhaushalt Schweiz» im Auftrag des Eidg. Volkswirtschaftsdepartaments (EVD) und des Eidg. Departements des Innern (EDI) 1996 verfasst hat, zeigt, dass die grössten N-Flüsse relativ betrachtet zwar dieselben geblieben sind, aber dass sich die Emissionen in absoluten Zahlen vermindert haben. Die Landwirtschaft war bei den genannten N-Verbindungen schon in den Neunzigerjahren die bedeutendste Emittentin. In den anderen Sektoren haben die N-Emissionen stärker abgenommen als in der Landwirtschaft.

N-Emissionen 1990/94 und 2005



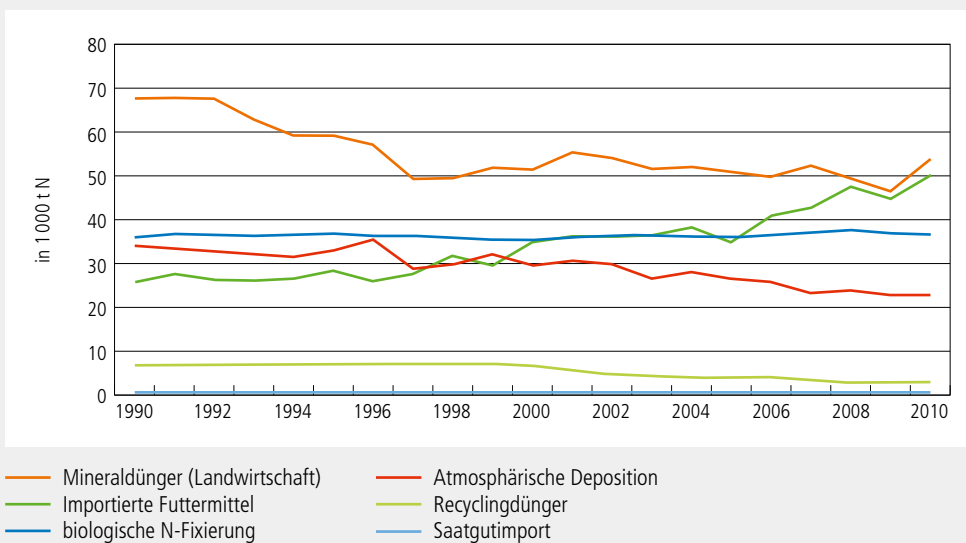
Quelle: BAFU

N-Bilanz und N-Effizienz

Inputgrössen entwickeln sich unterschiedlich

Bei der Bilanzierungsmethode nach OSPAR («Hoftorbilanz») denkt man sich die gesamte Landwirtschaft der Schweiz als einen einzigen Betrieb. Als Input gilt alles, was von aussen in diesen «Betrieb» gelangt, also z.B. die importierten, nicht jedoch die in der einheimischen Landwirtschaft selbst produzierten Futtermittel. Ebenso wird der Anfall und der Einsatz von Hofdüngern nicht betrachtet, da diese zu über 99 % innerhalb der Landwirtschaft selbst anfallen und verwendet werden. Auf der Seite des Outputs wird nur die aus der Landwirtschaft weggeführte N-Menge betrachtet, vor allem in Form von pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln, nicht hingegen die im Futter- und Ackerbau produzierten und auf dem Betrieb verwerteten Futtermittel.

Entwicklung der Inputgrössen¹



¹ Methode OSPAR
(Mineraldünger ohne Paralandwirtschaft)

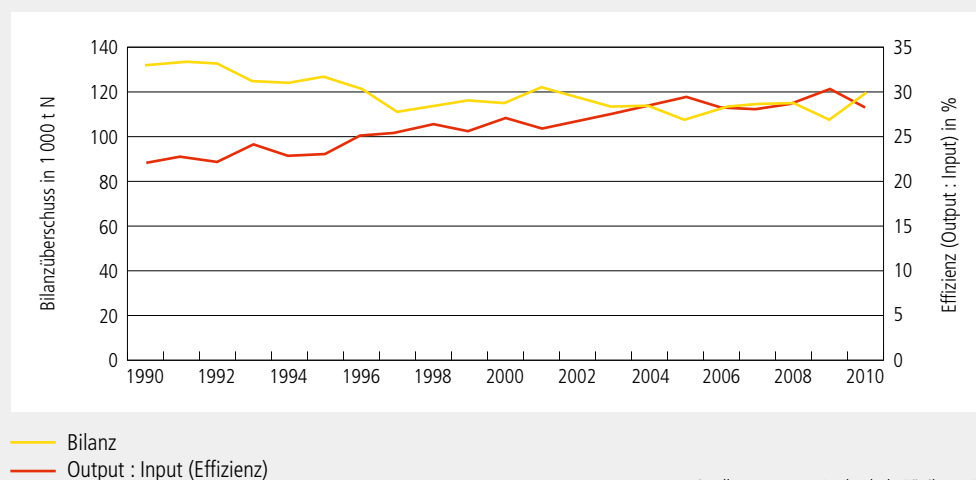
Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Ein Blick auf die Entwicklung seit 1990 zeigt, dass der N-Input in den letzten 20 Jahren leicht abgenommen hat (–6 %). Die Mineraldüngerzufuhr ist vor allem bis Mitte der neunziger Jahre deutlich zurückgegangen. Die importierten Futtermittel sind seit Mitte der neunziger Jahren stark im Zunehmen begriffen. Sie dürften in absehbarer Zeit zur dominierenden Inputgrösse von Stickstoff werden. Die atmosphärische Deposition hat wegen der abnehmenden Luftbelastung durch nicht landwirtschaftliche Quellen (NO_x) abgenommen. Ebenso zurückgegangen sind die Recyclingdünger, dies v.a. wegen dem Verbot der Klärschlammverwendung in der Landwirtschaft. Es wird angenommen, dass die Gesamtleistung der N-Fixierung durch die Leguminosen im betrachteten Zeitraum etwa gleich geblieben ist.

Effizienz nimmt kontinuierlich zu

Die N-Effizienz gibt das Verhältnis zwischen Output und Input von Stickstoff bei der landwirtschaftlichen Produktion an. Im Pflanzenbau ist die maximal mögliche N-Effizienz (berechnet anhand der OSPAR-Bilanz) aufgrund natürlich bedingter Prozessabläufe deutlich höher als in der tierischen Produktion. Beim heutigen Anteil der tierischen Produktion an der gesamten Nahrungsmittelproduktion in der Landwirtschaft dürfte die maximal mögliche N-Effizienz nach Schätzungen des BLW in der Schweiz etwa bei 35–40 % liegen. Die N-Effizienz konnte zwischen 1990/92 und 2008/10 von gut 22 auf 29 % gesteigert werden. Gemäss Botschaft zur Agrarpolitik 2014–2017 soll die N-Effizienz bis 2017 auf 33 % verbessert werden. In absoluten Zahlen hat der N-Bilanzüberschuss von 1990/92 bis 2008/10 von rund 134 000 t auf rund 114 000 t abgenommen. Der Wert 2010 liegt allerdings mit knapp 120 000 t wiederum höher. Gemäss dem agrarökologischen Ziel in der Botschaft zur Agrarpolitik 2014–2017 soll er bis 2017 auf 95 000 t sinken.

Entwicklung von N-Bilanzüberschuss und N-Effizienz



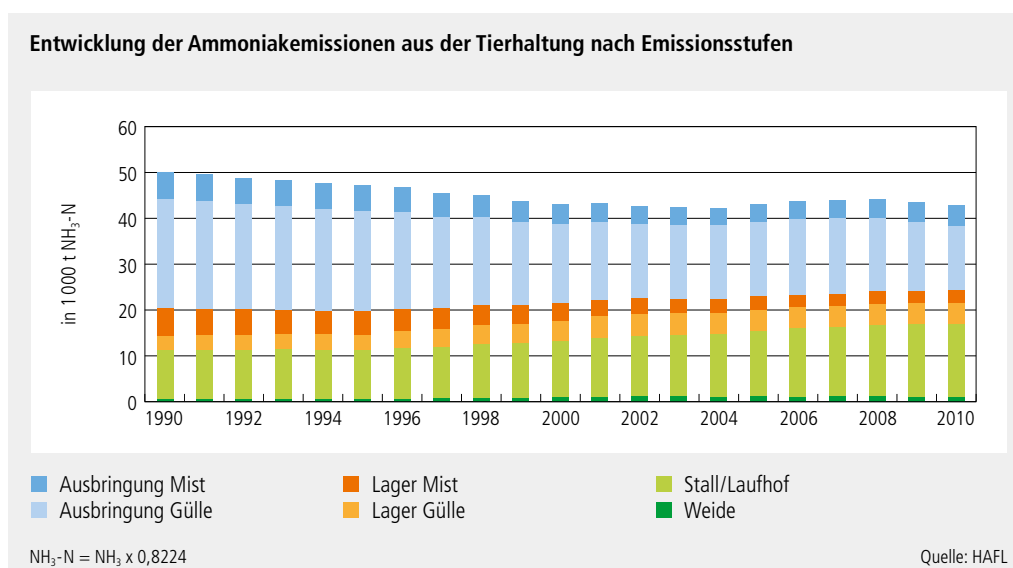
N-Emissionen

Ammoniakemissionen können mit einer Vielzahl an Massnahmen gesenkt werden

Ammoniak (NH_3) ist eine flüchtige N-Verbindung die entsteht, wenn Eiweiss oder Harnstoff aus den Ausscheidungen der Nutztiere zersetzt wird. Der Schweizer Landwirtschaft gingen im Durchschnitt der Jahre 2008/10 jährlich etwa 48 000 t N durch Ammoniakemissionen verloren. Das entspricht einem mittleren Verlust von 45 kg N pro ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Ein Teil dieses Stickstoffs wird in empfindliche Lebensräume wie Wälder oder Magerwiesen verfrachtet. Dort führt er zu einer Überdüngung und damit zu einer Veränderung der Ökosysteme, insbesondere einer Beeinträchtigung der Biodiversität.

Die von der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL) mit dem Modell Agrammon (www.agrammon.ch) berechneten Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft haben gegenüber den Jahren 1990/92 gesamtschweizerisch um 14 % abgenommen. Seit 2000 stagnieren sie allerdings auf hohem Niveau. Die Abnahme der Emissionen aus der Rindviehhaltung (–11 %) über die letzten 20 Jahre lässt sich vor allem durch die Tierzahlen erklären, welche in diesem Zeitraum ähnlich stark gesunken sind. Die Emissionen aus der Schweinehaltung haben sich im gleichen Zeitraum aufgrund der Abnahme des Tierbestands und der geringeren Stickstoffausscheidung (geringerer Futterbedarf durch züchterischen Fortschritt, zunehmender Einsatz von nährstoffreduziertem Futter) um 29 % reduziert. Im Schnitt der Jahre 2008/10 stammten 71 % der Ammoniakemissionen aus der Rindviehhaltung und 13 % aus der Schweinehaltung. Die Verluste aus der Geflügelhaltung haben leicht zugenommen, fallen aber mit einem Anteil von 3 % am Total weniger ins Gewicht.

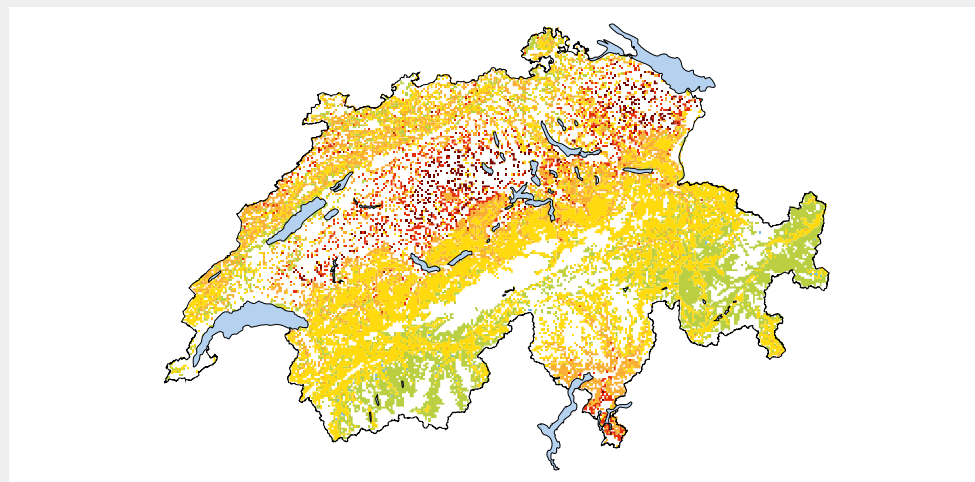
Betrachtet man die Entwicklung nach Emissionsstufen, fällt der Anstieg der Emissionen aus dem Stall (+46 %) auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass mit den Programmen BTS und RAUS die emittierenden Flächen der Ställe zugenommen haben. Hingegen sind die Emissionen bei der Ausbringung von Gülle kontinuierlich zurückgegangen (–36 %). Dazu beigetragen hat, dass durch den züchterischen Fortschritt, die verbesserte Fütterung, den höheren Weideanteil und die höheren Verluste im Stall die Stickstoffmenge zurückging, welche zur Ausbringung gelangt. Die zunehmende Verwendung von emissionsmindernden Ausbringsystemen (z.B. Schleppschlauch) liess die Emissionen bei der Ausbringung von Gülle zusätzlich zurückgehen. Im Schnitt der Jahre 2008/10 machten die Emissionen durch Gülleausbringung 31 % und die Emissionen aus den Ställen/Laufhöfen 33 % der gesamten Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft aus.



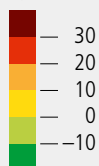
Um das Etappenziel für 2017 von 41 000 t $\text{NH}_3\text{-N}$ der Agrarpolitik 2014–2017 und das langfristige Umweltziel Landwirtschaft von 25 000 t $\text{NH}_3\text{-N}$ zu erreichen, sind weitere Anstrengungen zur Reduktion der Ammoniakemissionen notwendig.

Die Ammoniakimmissionen werden von Bund und Kantonen an mehr als 60 Standorten in der Schweiz mit Passivsammlern gemessen. Davon sind 16 Stationen seit 2000 ununterbrochen in Betrieb. Diese Messreihen zeigen keinen Rückgang der Konzentrationen, was mit der zeitlichen Entwicklung der berechneten Ammoniakemissionen gut übereinstimmt. Die kritischen Eintragsraten von Stickstoff in naturnahe Ökosysteme (Critical Loads zum Schutz von Ökosystemen gemäss der United Nations Economic Commission for Europe, UNECE) werden vor allem im Mittelland, im Jura, sowie am nördlichen und südlichen Alpenhang überschritten (Gebiete mit Werten über Null in der Abbildung). Im gesamtschweizerischen Mittel tragen die Ammoniak-Emissionen der Landwirtschaft im Jahr 2007 mit einem Anteil von zwei Dritteln zu diesen Überschreitungen bei, die Stickoxide aus Verbrennungsprozessen mit rund einem Drittel.

Räumlich modellierte Ammoniakemissionen, 2007



Übermässige Stickstoff-Deposition: Jahressumme 2007
kg N/ha/Jahr



Quelle: BAFU

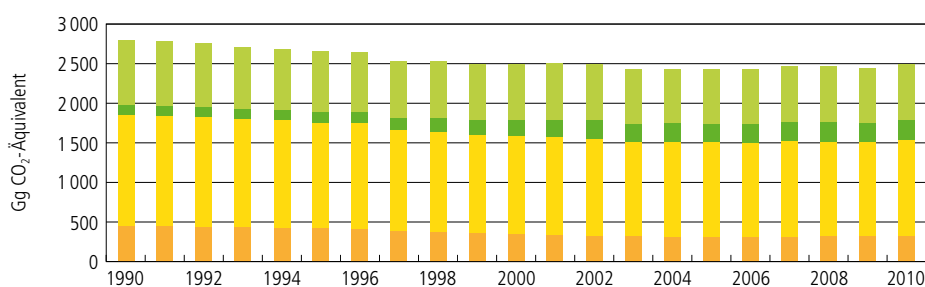
Lachgasemissionen reduzieren heisst, das Klima schützen

Lachgas (N_2O) entsteht vor allem bei der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Böden, insbesondere bei der Ausbringung von stickstoffhaltigen Düngern sowie bei der N-Ausscheidung von Tieren und bei der Hofdüngerbewirtschaftung. Stickstoffverluste in Form von Ammoniak und Nitrat können über Umwandlungen ebenfalls zu Lachgasemissionen führen. Lachgas hat ein rund 300mal höheres Klimaerwärmungspotenzial als CO_2 .

Die folgende Abbildung zeigt, dass die Lachgasemissionen aus der Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren um 11 % zurückgegangen sind. Ähnlich wie bei den Ammoniakemissionen liegt der Grund dafür hauptsächlich beim Rückgang des Tierbestandes. Durch den gestiegenen Weideanteil in den vergangenen Jahren haben die Emissionen von diesen Flächen zugenommen, während die Emissionen aus der Hofdüngerbewirtschaftung abgenommen haben.

Die verschiedenen Entstehungspfade von Lachgas sind komplex und zum Teil noch wenig verstanden. Entsprechend bestehen bei der Entwicklung von betrieblich-technisch-organisatorischen Massnahmen noch grosse Unsicherheiten. Vor diesem Hintergrund ist die Reduktion der Stickstoffmenge, die in die Umwelt gelangt, die zuverlässigste Massnahme zur Reduktion der Lachgasemissionen.

Entwicklung der Lachgasemissionen



Indirekte Entstehung über Ammoniak und Nitrat
 N-Ausscheidungen auf der Weide
 Bodenbewirtschaftung/N-Düngung
 Hofdüngerbewirtschaftung

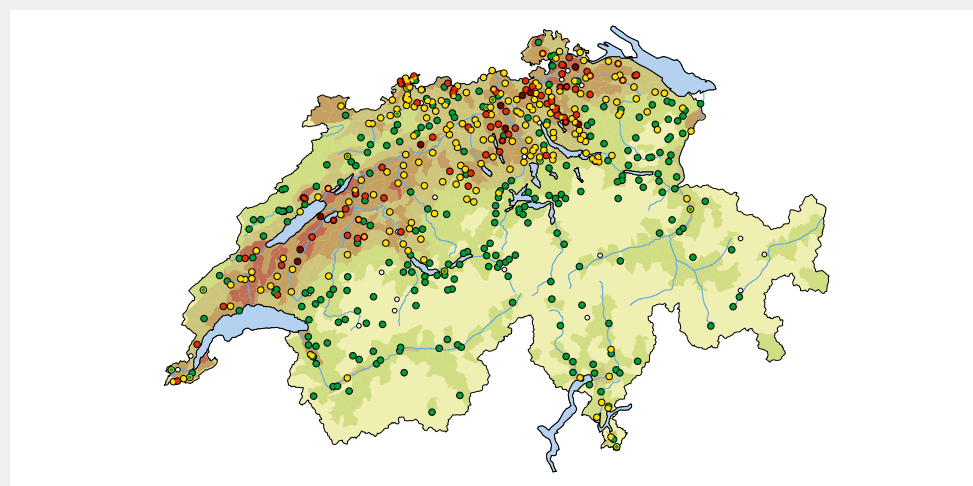
CO₂-Äquivalent = N₂O-N x 0,4871

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Nitrat im Grundwasser

Der Schweizer Landwirtschaft gingen 2005 etwa 34 000 t N durch Nitratauswaschung verloren (Heldstab et al., 2010). Das entspricht einem mittleren Verlust von rund 32 kg N/ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Die Auswaschungsrate ist bei landwirtschaftlicher Nutzung am tiefsten im Grünland. Hier liegt sie unter günstigen Bedingungen bei 5–10 kg N/ha und Jahr. Am höchsten sind die Nitratverluste beim Acker- und Gemüsebau. Die Auswaschung kann durch eine bessere Bodenbedeckung (z.B. Verringerung der Zeiten mit brachem Boden durch Anbau von Zwischenkulturen), dem Weglassen von Kulturen mit hoher Auswaschung, einer Verringerung der Stickstoffdüngung sowie einer reduzierten Bodenbearbeitung vermindert werden. Nitrat ist natürlicherweise nur in geringen Konzentrationen im Grundwasser vorhanden. Die Gewässerschutzverordnung (GSchV) setzt einen Anforderungswert von 25 mg/l, die Fremd- und Inhaltsstoffverordnung (FIV) einen Toleranzwert für Trinkwasser von 40 mg/l.

Ackeranteil und Nitratkonzentration im Grundwasser, 2010



Nitrat-Konzentration 2010

≤10 mg/l

10–25 mg/l

25–40 mg/l

>40 mg/l

○ nicht beprobt

Maximalwert

Mittelwert

Ackeranteil

0 %

0–5 %

5–20 %

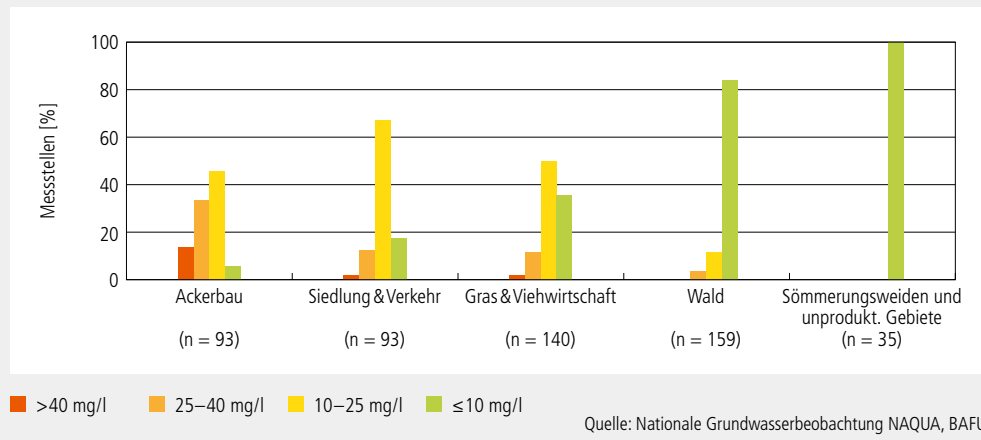
20–40 %

>40 %

Quelle: Nationale Grundwasserbeobachtung NAQUA, BAFU

Im Jahr 2010 wurde an 48 % der Messstellen mit Hauptbodennutzung Ackerbau der Anforderungswert der GSchV überschritten, an 14 % dieser Messstellen auch der Toleranzwert der FIV.

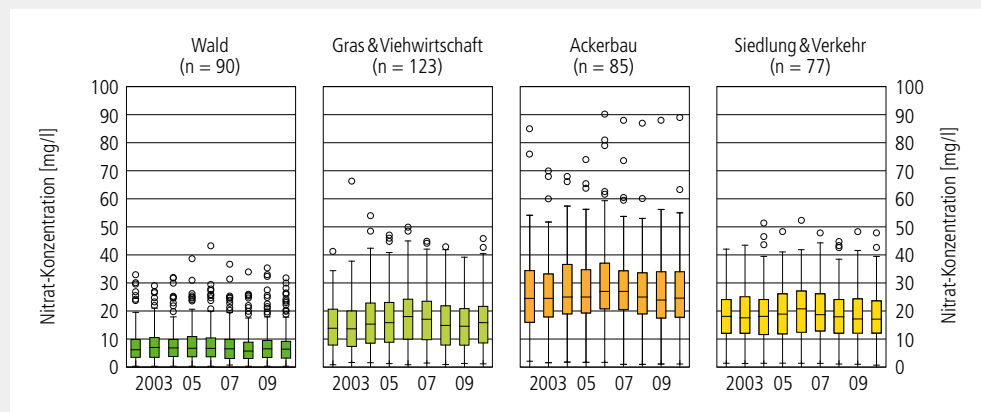
Nitratkonzentrationen im Grundwasser in Abhängigkeit von der Hauptbodennutzung, 2010
(Maximalwert pro Messstelle)



Von Mitte der neunziger Jahre bis 2002 ist die Nitratkonzentration an vielen Messstellen um 10 bis 20 % gesunken. In den folgenden Jahren war ein Anstieg der Nitratkonzentration zu verzeichnen. Seit 2007 geht die Nitratkonzentration an der Mehrzahl der Messstellen wieder zurück.

Die Nitrat-Konzentration im Grundwasser wird zum einen durch landwirtschaftliche Faktoren wie dem Einsatz von Düngemitteln und der Bodenbearbeitung beeinflusst. Zum anderen wirken sich auch die saisonale Niederschlagsverteilung und die Niederschlagsmenge über die damit verbundene unterschiedliche Stickstoffaufnahme durch die Kulturen, sowie über den Zeitpunkt und die Höhe der Grundwassererneubildung auf die Nitrat-Konzentration im Grundwasser aus. Entsprechend sank die Nitratkonzentration in den eher nassen Jahren vor 2002 und nach 2006 tendenziell, und stieg während der überdurchschnittlich trockenen Periode von 2003 bis 2005 zum Teil deutlich an.

Entwicklung der Nitratkonzentrationen im Grundwasser in Abhängigkeit von der Hauptbodennutzung
(Maximalwert pro Messstelle)



Die Box entspricht dem Bereich, in dem die mittleren 50 % der Daten liegen. Der durchgehende Strich in der Box teilt das Diagramm in zwei Hälften, in denen jeweils 50 % der Daten liegen. Die Punkte zeigen Ausreisser an.

Quelle: Nationale Grundwasserbeobachtung NAQUA, BAFU

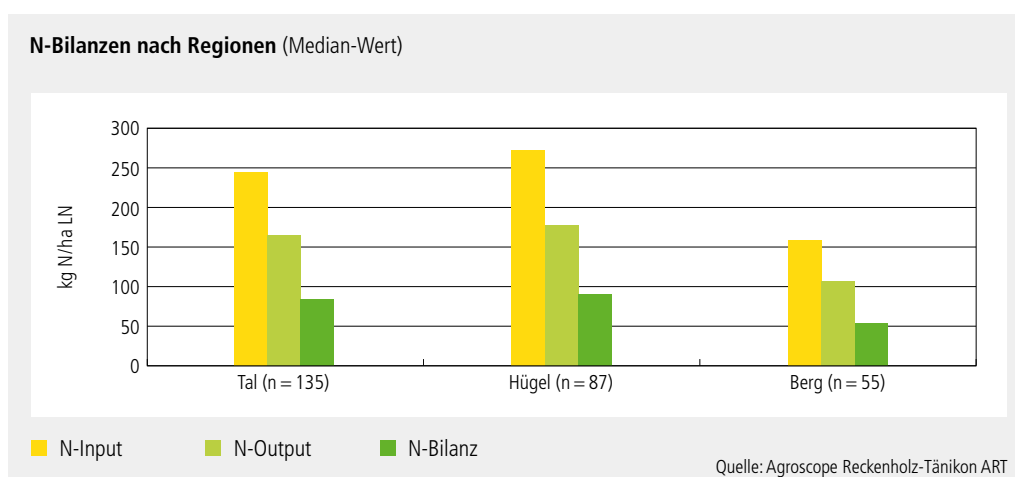
■ Vergleich der N-Bilanzen verschiedener Regionen und Betriebstypen

Das BLW betreibt gestützt auf die Nachhaltigkeitsverordnung ein Monitoring der ökologischen Situation und Leistungen der Schweizer Landwirtschaft. Anhand von jährlich berechneten Agrarumweltindikatoren (AUI) können entsprechende Entwicklungen dargestellt werden. Seit 2009 erheben rund 300 Landwirtschaftsbetriebe im Rahmen der Zentralen Auswertung von Agrarumweltindikatoren (ZA-AUI) detaillierte Daten.

Regionsvergleich

Da die Daten im Rahmen von ZA-AUI in verschiedenen Regionen (Tal-, Hügel-, Bergzone) und Betriebstypen erhoben werden, sind Aussagen über umweltrelevante Entwicklungen in Regionen und nach Betriebstypen gegliedert möglich. Zu den ersten Indikatoren dieses Agrarumweltmonitorings, für welche die Daten ausgewertet werden konnten, gehören die N-Bilanzen. Vertiefte Auswertungen werden möglich sein, wenn längere Zeitreihen von möglichst vielen Betrieben vorliegen.

Die Berechnung erfolgt gemäss der OECD-Methode («N-Bilanz an der Bodenoberfläche»). Dabei wird die Differenz berechnet zwischen der gesamten, während eines Jahres auf den Boden ausgebrachten N-Menge (zu den bereits in der OSPAR-«Hoftorbilanz» berücksichtigten Grössen kommen noch die Hofdünger hinzu) und der dem Boden entzogenen N-Menge durch Acker- und Futterbauprodukte (im Gegensatz zur OSPAR-Bilanz werden auch die auf dem Betrieb verbleibenden, den Tieren verfütterten Produkte einbezogen). Die wichtigste Inputgrösse sind die Hofdünger (rund 50–60 %), die wichtigste Outputgrösse die Futterbauprodukte mit rund 70 % bis weit über 90 %. Die Ergebnisse der N-Bilanz nach OSPAR und OECD dürfen aus methodischen Gründen nicht direkt verglichen werden.

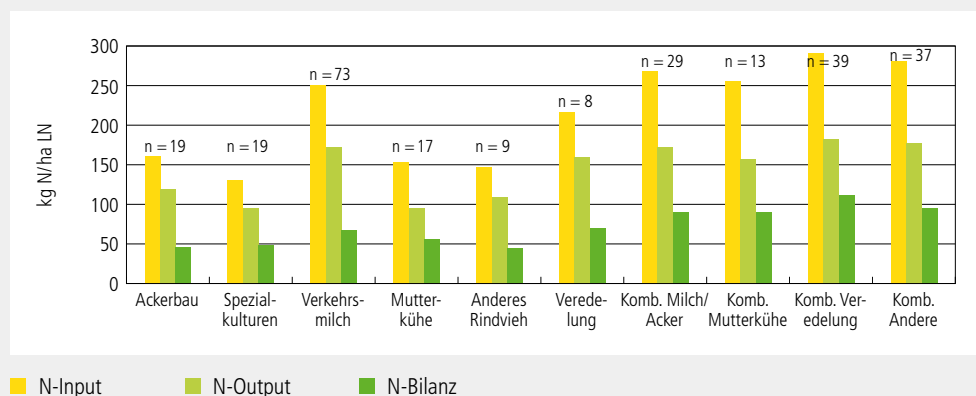


Für das Jahr 2010 konnten die Daten von 277 ZA-AUI-Betrieben ausgewertet werden. Es wird deutlich, dass die Betriebe in der Tal- und Hügelzone ähnliche Mengen an N-Input (245 bzw. 273 kg N/ha) wie an N-Output (164 bzw. 177 kg N/ha) aufweisen, wobei die Betriebe in den Hügelzonen leicht höher liegen. Die Bergbetriebe hingegen produzieren wegen der verkürzten Vegetationsdauer und dem dadurch geringeren Ertragsniveau deutlich weniger intensiv. Dementsprechend beträgt der Input nur 158 kg N/ha, der Output 106 kg N/ha. Sie haben folglich mit 54 kg N/ha auch deutlich geringere N-Bilanzüberschüsse als die Betriebe der Tal- und Hügelzone mit 84 bzw. 90 kg N/ha. Interessant ist, dass die N-Effizienz (Output:Input, nach OECD-Methode) unabhängig von der Produktionsintensität sehr nahe bei einander liegt, mit 67 % in der Talzone sowie im Berggebiet und 65 % in der Hügelzone.

Betriebstypenvergleich

Die Auswertung nach Betriebstypen zeigt teilweise grosse Unterschiede. Der N-Input bewegt sich zwischen 131 und 292 kg N/ha, der Output zwischen 95 und 183 kg N/ha, die Bilanzüberschüsse betragen zwischen 44 und 111 kg N/ha. Die N-Effizienz beträgt im besten Fall 74 % (Ackerbaubetrieb, Veredelungsbetrieb) und im schlechtesten Fall 62 % (Anderes Rindviehkombinierter Veredelungsbetrieb). In der Tendenz gilt: Je höher der Hofdüngeranfall ist, desto geringer ist die N-Effizienz.

N-Bilanzen nach Betriebstypen (Median-Wert)



Weil die Anzahl Betriebe pro Betriebstyp teilweise klein ist, können vorläufig nur grobe Aussagen gemacht werden. Die Anzahl Betriebe im Betriebsnetz des Agrarumweltmonitorings soll in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden.



Fazit

Die Erfolge der Landwirtschaft bei der Reduktion der Emissionen der umweltrelevanten Stickstoffverbindungen Ammoniak, Nitrat und Lachgas sind geringer als die Reduktion von Stickoxiden anderer Sektoren. Auffällig ist, dass grössere Fortschritte sich auf die neunziger Jahre beschränken und dass seit etwa dem Jahr 2000 nur noch geringe Verbesserungen eingetreten sind. Erfreulich ist hingegen die Verbesserung der N-Effizienz, die aus einem deutlich höheren N-Output (höhere tierische und pflanzliche Produktion) bei leicht vermindertem N-Input resultiert.

Um die Umweltbelastung durch Stickstoff aus der Landwirtschaft weiter zu vermindern, gibt es drei Ansatzpunkte:

– technische

Durch technische Massnahmen im Stall, sowie bei der Hofdüngerlagerung und -ausbringung werden Verluste verringert. Erfolgversprechende Beispiele sind die Verminderung der Ammoniakemissionen durch verbesserte Ausbringtechnik und die häufigere Reinigung der emittierenden Flächen im Stall. Der nicht verlorene Ammoniakstickstoff kann nutzbringend den Pflanzen zur Verfügung gestellt werden und Mineraldünger ersetzen.

– betriebliche/organisatorische

Jedes Kilogramm Stickstoff, das nicht in die Landwirtschaft gelangt, vermindert die Verluste. Im Vordergrund steht die Begrenzung des Mineraldüngereinsatzes auf das notwendige Minimum. Voraussetzung dafür ist die bessere Kenntnis des Nährstoffgehalts in Mist und Gülle und die optimierte Verwendung des Hofdüngers (Austragszeitpunkt und Höhe der Gabe möglichst gut auf die Bedürfnisse der Pflanzen und die Verlustrisiken abstimmen). Von Bedeutung ist auch eine bezüglich Nährstoffbedarf optimierte Fütterung. Eine weitere Möglichkeit wäre ein teilweiser Ersatz von importierten Futtermitteln durch im Inland zusätzlich erzeugte Futtermittel (Anbau von zusätzlichem Futtergetreide, vermehrter Anbau von Leguminosen im Futterbau). Der im Hofdünger vorhandene Stickstoff kann auch durch organisatorische Massnahmen besser genutzt werden, z.B. durch die Aufbereitung von Hofdünger und seine gezielte Verwendung als Mineraldüngerersatz durch den Transport von Regionen mit Überschuss in solche mit Bedarf.

– strukturelle

Die N-Effizienz im Pflanzenbau ist deutlich höher als bei der Produktion von tierischen Produkten. Deshalb könnten die N-Verluste in der Landwirtschaft auch dadurch reduziert werden, dass der Anteil der Pflanzenproduktion an der gesamten Nahrungsmittelproduktion gesteigert wird. Dieser Weg macht nur Sinn, wenn der Konsum tierischer Nahrung im Inland zurückgeht. Ansonsten würden die Emissionen über den Import von tierischen Nahrungsmitteln ins Ausland verlegt.

Bei den 2008 publizierten Umweltzielen Landwirtschaft (BAFU und BLW, 2008) bestehen Ziellücken und auch die agrarökologischen Etappenziele im Rahmen der AP 2011 wurden nicht erreicht. Um diese Ziele zu erreichen, sind Anstrengungen in allen drei genannten Ansatzpunkten notwendig.

1.3.1.3 Wasser

■ Wasserknappheit

Wasser ist für das Wachstum der Nutzpflanzen unerlässlich. Wassermangel kann durch verschiedene Massnahmen gemindert oder verhindert werden. Dazu gehören u.a. die Wahl von trockenheitsresistenten Kulturen, Anbausysteme und eine Bodenbearbeitung, die das Wasserrückhaltevermögen der Böden fördern und Verdunstungsverluste sowie die Bewässerung vermindern. Letztere dient neben der mengenmässigen Ertragssicherung auch der Sicherung der Qualität und der Liefersicherheit und -kontinuität.

In vielen Gebieten der Erde beschränkt Wassermangel die landwirtschaftliche Produktion. Entsprechend ist die Landwirtschaft mit einem Anteil von 70 % der gesamten dem Grundwasser und Oberflächengewässern entnommenen Wassermenge weltweit die grösste Nutzerin. In der EU beträgt dieser Anteil 24 % (EEA, 2009), in der Schweiz 15 %. In der Schweiz werden während der Vegetationszeit von ca. Ende April bis Mitte September pro Jahr etwa 140–170 Mio. m³ Wasser für die Bewässerung eingesetzt (Stand 2006). Rund 60 % des für die Bewässerung verwendeten Wassers wird aus Suonen (Wallis) entnommen, die durch Gebirgsbäche gespeisen werden. Die nächstwichtigsten Bezugsquellen sind Grundwasser, Flüsse, Kanäle und Bäche. Aus Seen und Trinkwasserversorgungen stammen sehr kleine Mengen. Rund 5 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird bewässert. Der Anteil der Fläche, auf der mit Bewässerung mehr produziert werden könnte, beträgt gemäss Modellrechnungen 41 % der potenziellen Ackerfläche und 26 % der gesamten LN (Fuhrer und Jasper, 2009).



Der Wasserbedarf und das -angebot sind regional unterschiedlich. In den fruchtbaren Talebenen, welche tief in die Alpen hineinreichen, kann Wasser in genügenden Mengen den Flüssen oder dem Grundwasser entnommen werden. Im Mittelland, vom Genfersee über das Seeland, den Jurasüdfuss, vom Weinland bis zum Bodensee werden heute neben den Spezialkulturen mit zumeist lokalen Bewässerungsnetzen zunehmend auch Ackerkulturen und Kunstwiesen bewässert. Seen und grosse Flüsse führen auch in Trockenjahren grosse Wassermengen. In Gebieten, wo nur Bäche (z.B. im Jura, im Waadtland und in Teilen des Seelandes) oder Flüsse aus regengespeisten Einzugsgebieten (z.B. Broye, Thur) vorhanden sind, kommt es heute in Trockenjahren zu Knappheitssituationen mit einschneidenden Entnahmebeschränkungen und -verboten.

Gemäss Klimaszenarien ist künftig mit zunehmender Trockenheit während der Sommermonate zu rechnen. Dies wird sich regional unterschiedlich auswirken (Fuhrer, 2010; Fuhrer, 2012). Die Klimastrategie Landwirtschaft (BLW, 2011) zeigt auf, wie die Landwirtschaft sich an diese Veränderungen anpassen kann. Die Herausforderungen liegen innerhalb des Sektors Landwirtschaft bei der Anpassung der Bodenbewirtschaftung, der Wahl der Kulturarten und Fruchtfolgen, bei den Infrastrukturen und der Effizienz der Bewässerungen sowie der Sicherstellung der Tränkewasserversorgung. Da die Wassernutzung teilweise mit jener für Trink-, Brauch- und Löschwasser, aber auch der Energieproduktion in Konkurrenz steht, gibt es Interessenkonflikte. Weiter können bei der Wasserentnahme für Bewässerung Konflikte mit den Schutzinteressen der Gewässer entstehen. Die verschiedenen Akteure sind gefordert, durch Wissensaufbau, Interessenabwägung und strategische Planung diese Konflikte zu mindern.

■ Wasser-Fussabdruck

Der Wasser-Fussabdruck ist ein Mass für die Wassernutzung und lässt sich für einzelne Personen, Unternehmen, Länder und Sektoren berechnen. Er deckt die direkte Wassernutzung, beispielsweise zum Trinken und Waschen, sowie die indirekte Nutzung, das heisst Wasser, das für die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen erforderlich ist, ab. Diese indirekte Wassernutzung wird mit dem Begriff «virtuelles» Wasser umschrieben und beinhaltet auch den mit Importen verbundenen Wasserverbrauch. Gemäss Gnehm (2012) beträgt der gesamte Wasser-Fussabdruck der Schweiz 11 Mrd. m³ pro Jahr. Zur Einordnung dieser Zahl: Die Schweiz erhält pro Jahr rund 60 Mrd. m³ Wasser in Form von Niederschlägen, wovon knapp ein Drittel verdunstet. Vom gesamten Wasser-Fussabdruck machen die Produktion und der Konsum landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit 81 % den grössten Anteil aus, wovon nur 16 % in der Schweiz anfallen. 86 % des landwirtschaftlichen Fussabdruckes betreffen grünes Wasser (Regenwasser, das bei der Produktion evaporiert oder in das Produkt einfliesst), 6 % blaues Wasser (Oberflächenwasser oder Grundwasser, das bei der Produktion evaporiert oder in das Produkt einfliesst) und 8 % graues Wasser (Volumen des Süsswassers, das benötigt wird, um die Schadstoffbelastung soweit zu senken, dass anerkannte Qualitätsstandards erreicht werden). Der grösste Teil des landwirtschaftlichen Wasser-Fussabdrucks der Schweiz entfällt auf den Konsum von Fleisch (28 %), Getreide (11 %), Zucker (10 %), Milch (10 %), Speiseölen (9 %) sowie Kaffee und Tee (8 %).

Problematisch ist ein grosser Wasser-Fussabdruck dann, wenn Flüsse, Seen oder Grundwasservorkommen aufgrund einer nicht nachhaltigen Wassernutzung übernutzt oder verschmutzt werden und dadurch ökologische, wirtschaftliche oder soziale Schäden entstehen.

1.3.1.4 Pflanzenschutzmittel

Pflanzenschutzmittel (PSM) haben eine zentrale Bedeutung bei der Erhöhung der Produktivität und der Sicherung von Ertrag und Qualität von Futter- und Lebensmitteln. Damit PSM wirksam sind, müssen sie biologisch aktiv sein. Sie können deshalb auch negative Nebeneffekte auf andere Organismen haben als diejenigen, die bekämpft werden sollen. Um die Risiken zu reduzieren wird eine Reihe von Massnahmen ergriffen: Prüfung vor der Zulassung, räumliche und andere spezifische Einsatzverbote, Anreize für einen nachhaltigen Pflanzenschutz und schliesslich der nachfolgend beschriebene Aufbau eines Monitoringsystems.

Erfassung des Verkaufs und des Verbrauchs von PSM

Bisher erfasste das BLW die PSM-Verkäufe in kg Wirkstoffe als Indikator. Dieser ist für sich allein schwierig zu interpretieren. Es ist nicht bekannt, welcher Anteil der PSM in der Landwirtschaft und welcher ausserhalb, beispielsweise durch Private oder Gemeinden, verwendet wird. Der Indikator enthält auch keine Angaben, in welchen landwirtschaftlichen Kulturen die PSM verwendet werden. Ebenso sind Aussagen zu einzelnen Wirkstoffen schwierig, da die Dosierungen je nach Wirkstoff von wenigen Gramm bis zu mehreren kg pro ha reichen, die Toxizität der Wirkstoffe sehr unterschiedlich ist und das Risiko auch von der konkreten Anwendung abhängt.

Verschiedene Länder führen deshalb neben den Erhebungen zum Verkauf auch Erhebungen zum PSM-Einsatz auf landwirtschaftlichen Betrieben durch. In Ländern mit gut etablierten Erhebungsprogrammen werden diese Daten in verschiedensten Bereichen genutzt und zwar:

- a) Agronomie: Resistenzmanagement, Einschätzung der Bedeutung einzelner Pflanzenschutzstrategien und Beantragung von Ausnahmegewilligungen, Abschätzung des PSM-Reduktionspotenzials.
- b) Umwelt: Verbesserung der Beprobung von Gewässern, Abgrenzung landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Quellen der in Gewässern gemessenen Wirkstoffe.

Um auch in der Schweiz eine bessere Basis zur Beurteilung des Einflusses von PSM in der Landwirtschaft auf die Umweltqualität und Entscheidungshilfen bei der Wahl neuer Instrumente zu haben, entwickelt Agroscope ACW im Rahmen des Agrarumweltmonitorings die beiden Indikatoren Verbrauch und Risiko aquatischer Ökotoxizität von Pflanzenschutzmitteln.

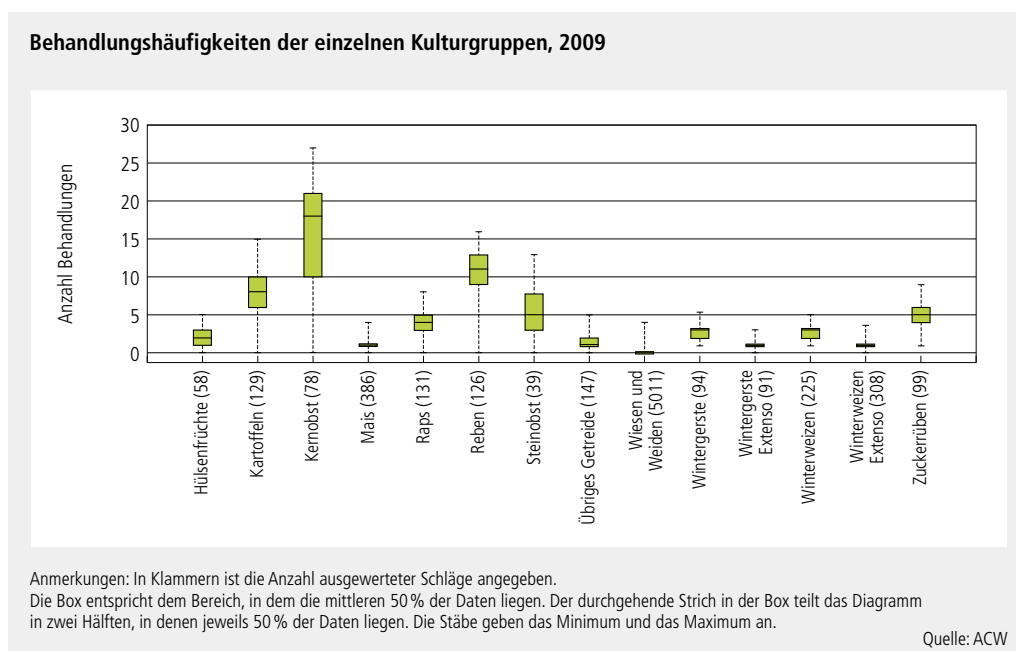
Charakterisierung der PSM-Erhebungen

Die seit 2009 laufende Zentrale Auswertung von Agrarumweltindikatoren (ZA-AUI) bildet die Grundlage für die kulturspezifische Erfassung des PSM-Einsatzes in der Schweiz. Die Erhebungen des Jahres 2009 umfassen insgesamt 2 246 für den Ackerbau und Spezialkulturen genutzte Schläge mit einer Gesamtfläche von 2 875 ha sowie 5 011 Schläge mit Wiesen und Weiden mit einer Gesamtfläche von 5 118 ha. Die 2009 am Agrarumweltmonitoring teilnehmenden Betriebe decken knapp 1 % der gesamten mit Ackerbau und Spezialkulturen genutzten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Schweiz ab.

Die Anteile der verschiedenen Kulturgruppen entsprechen bei den über die ZA-AUI erfassten Flächen ungefähr denjenigen der gesamten Schweiz. Unterproportional erfasst werden vor allem Reben, aber auch Freilandgemüse. Die Kulturgruppe Freilandgemüse ist mit 36 verschiedenen Kulturen so heterogen, dass keine spezifischen Aussagen möglich sind. Was die geographische Verteilung der Flächen betrifft, zeigt sich, dass die relevanten Ackerbauregionen der Schweiz gut abgedeckt sind, während bei Obst und Reben noch relevante regionale Lücken bestehen.

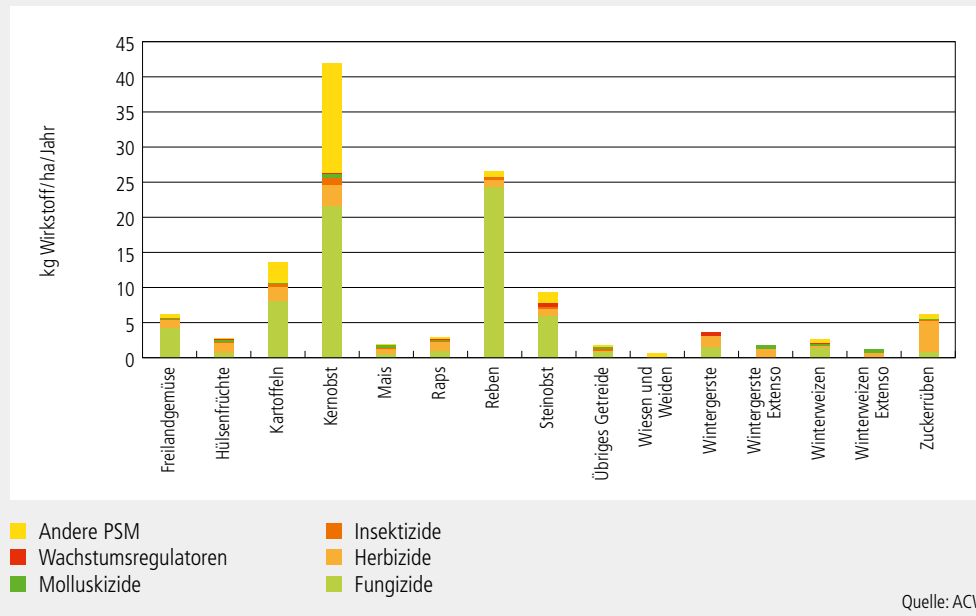
Resultate der Jahre 2009 und 2010

Aus den Daten zum Verbrauch von PSM auf Landwirtschaftsbetrieben lassen sich verschiedene Kennzahlen berechnen, welche Aussagen über die Praxis des Pflanzenschutzes erlauben. In den zwei folgenden Abbildungen sind pro Kulturgruppe die für ZA-AUI-Betriebe berechneten Kennzahlen «Behandlungshäufigkeit» und «durchschnittliche Wirkstoffmengen» im Jahr 2009 wiedergegeben. Die Werte für 2010 weichen nur geringfügig ab. Die Behandlungshäufigkeit umschreibt, wie oft ein Landwirt einen Schlag mit PSM behandelt hat. Dieser Indikator sagt für sich allein noch nichts über das ökotoxikologische Risiko aus. Die beiden Kennzahlen erlauben aber grobe agronomische Aussagen, also ob der Pflanzenschutz nach dem Prinzip erfolgt, eine akzeptable Wirkung mit der geringsten erforderlichen Menge zu erreichen.



Die Beurteilung, was unter «akzeptable Wirkung mit der geringsten erforderlichen Menge» zu verstehen ist, muss für jede Kultur anders vorgenommen werden und hängt neben den Ertragserwartungen, Input- und Produktpreisen auch vom Befallsdruck im entsprechenden Jahr ab. Die im Vergleich zum Ackerbau höhere Behandlungshäufigkeit von Obst und Reben entspricht den Erwartungen, da diese Kulturen einem ungleich höheren Krankheits- und Schädlingsdruck ausgesetzt sind. Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass der Pflanzenschutz im Getreidebau in der Schweiz weniger intensiv ist als in anderen europäischen Ländern, nicht nur auf der Fläche mit Extenso-Anbau (das heisst Anbau ohne den Einsatz von PSM ausser Herbiziden), die ungefähr 50 % ausmacht, sondern auch auf der übrigen Anbaufläche. Detaillierte Auswertungen der Behandlungshäufigkeit in Grossbritannien (Garthwaite et al., 2011) liegen jeweils für die geraden Jahre vor und in unregelmässigen Abständen aus Deutschland. Die Anzahl Applikationen für Winterweizen lag 2010 in Grossbritannien bei 5,9 (ZA-AUI: 3,0) und für Wintergerste bei 4,4 (ZA-AUI: 2,9). In der Schweiz sind allerdings auch die Erträge etwas tiefer als in Grossbritannien. Für die übrigen Feldkulturen, Obst und Reben war die Anzahl Applikationen in Grossbritannien mit den Schweizer Erhebungen 2009 und 2010 vergleichbar.

Mittlere Wirkstoffmengen nach Wirkungsbereichen und Kulturgruppe, 2009



Die Gesamtmenge Wirkstoff pro ha und Jahr ist für Kernobst, Reben und Kartoffeln am höchsten. Die hohen Mengen sind jeweils auf einige wenige Wirkstoffe, welche hohe Aufwandmengen von mehreren Kilogramm pro Hektar benötigen, zurückzuführen. So machen im Kernobst alleine schon die drei Wirkstoffe Kaolin, Schwefel und Paraffinöl 56 % der verbrauchten Menge aus. Diese Wirkstoffe haben vergleichsweise geringe bis sehr geringe Nebenwirkungen. Ihr Einsatz ist auch im Bioanbau erlaubt. Für die übrigen Kulturen liegen die Mengen wesentlich tiefer. Wegen der grossen Unterschiede in der Aufwandmenge pro Hektare zwischen den einzelnen Wirkstoffen ist dieser Indikator weniger aussagekräftig als die Anzahl Applikationen, weshalb auch Vergleiche mit anderen europäischen Anbauregionen wenig Sinn machen.

Der Vergleich mit älteren Schweizer Erhebungen zeigt, dass sich die beiden Indikatoren nur über längere Zeiträume ändern, und zwar entweder weil neue Wirkstoffe ältere Wirkstoffe ersetzen, neue oder resistente Schaderreger auftreten oder weil bestimmte Praktiken gezielt gefördert werden, z.B. durch Direktzahlungen für den Extenso-Anbau.

Risikoindikator zu PSM

Für die Diskussion der potenziellen Umweltbelastungen müssen auch die Eigenschaften der einzelnen Wirkstoffe berücksichtigt werden, weshalb neben den Kennzahlen der agronomischen Praxis in Zukunft auch ein Risikoindikator berechnet werden soll. Solche Indikatoren erlauben Trendaussagen zur zeitlichen Entwicklung der potenziellen Risiken. Werden z.B. vermehrt Wirkstoffe mit günstigem Umweltprofil (wenig Nebenwirkungen, gute Abbaubarkeit, geringe Mobilität) eingesetzt, lässt sich diese Entwicklung auch anhand von Indikatoren verfolgen. Die Risikoindikatoren können die Messungen der Wirkstoffe in der Umwelt, beispielsweise in Gewässern, nicht ersetzen, aber sie können sie sinnvoll ergänzen und zwar gleich in mehreren Aspekten: a) auch in den Gewässern aus technischen Gründen nicht gemessene Wirkstoffe werden einbezogen b) Einträge aus der sachgemässen Anwendung in der Landwirtschaft werden getrennt von Einträgen, die nicht aus der Landwirtschaft stammen oder Folge unsachgemässer Handhabung sind. Der Risikoindikator basiert auf einem Modell, das zurzeit angepasst wird. Durch die vorgesehene Erweiterung dieses Modells werden auch die potenziellen Wirkungen einer Reihe von Risikoreduktionsmassnahmen modelliert werden können.

Da der Risikoindikator nur ein Niveau und keinen direkt interpretierbaren Wert angibt, kann es mehrere Jahre dauern, bis sich klare Trends abzeichnen und Aussagen gemacht werden können. Dann können sie aber dazu beitragen, die Diskussion auf wesentliche Themen zu lenken und Handlungsspielräume aufzuzeigen.

1.3.1.5 Tierarzneimittel

Tierarzneimittel werden zur Behandlung oder Verhütung von Krankheiten verabreicht. Ein gutes Wohlergehen und eine gute Gesundheit der Tiere führen dazu, dass weniger Tierarzneimittel eingesetzt werden müssen. Viele Medikamente werden in bedeutenden Mengen eingesetzt und können über Hofdünger, Abwasser und Staub in die Umwelt gelangen. Für die Umwelt sind dabei Antibiotika, Antiparasitika und Hormonsubstanzen von besonderer Bedeutung.

Antibiotika sind vor allem deshalb problematisch, weil sie sowohl im Tier als auch in der Umwelt die Verbreitung von resistenten Bakterien begünstigen. Da die Resorption der meisten Antibiotika nur gering ist, werden grosse Mengen im Kot ausgeschieden (Hamscher, 2008; Kim et al., 2011). Die Zunahme von Resistenzen bei Krankheitserregern wird in der Human- aber zunehmend auch in der Veterinärmedizin zum Problem, weil dadurch Infektionskrankheiten nicht mehr wirksam behandelt werden können. Die Erreger weisen gegen immer mehr unterschiedliche Antibiotika Resistenzen auf und es besteht die Gefahr, dass auch Reserveantibiotika bald keine Wirkung mehr zeigen.

Seit 2006 führt das BVET jährlich ein nationales Antibiotikaresistenz-Monitoring durch. Dabei wird die Resistenzsituation bei Nutztieren in der Schweiz im Zentrum für Zoonosen, bakterielle Tierkrankheiten und Antibiotikaresistenz (ZOBA) aus Schlachthofproben von Mastpoulets, Mastschweinen und Kälbern untersucht. Die Resultate werden gemeinsam mit den Vertriebsdaten zu Antibiotika in der Veterinärmedizin publiziert, um mögliche Zusammenhänge oder Trends zu erkennen. Das Monitoring konzentriert sich auf Zoonoseerreger wie *Campylobacter* und gram-positive und gram-negative Indikatorbakterien (*E. coli* und Enterokokken). Die Resistenzsituation im Nutztierbereich ist in den letzten Jahren für die meisten Antibiotika relativ stabil geblieben. Eine Ausnahme bilden jedoch die Resistenzen gegenüber (Fluoro)-Quinolonen (eine wichtige Klasse von Reserveantibiotika), die signifikant zugenommen haben. Im Schweizer Schweinebestand wurde zudem eine Zunahme der Methicillin-Resistente *Staphylococcus Aureus* (MRSA) beobachtet (Overesch et al., 2011). Diese sind resistent gegen alle Antibiotika der -lactam Klasse und häufig auch gegen andere Wirkstoffklassen. Die sogenannten «livestock-associated» (LA-) MRSA-Stämme spielen primär bei Menschen eine Rolle, die beruflich sehr viel mit Nutztieren in Kontakt kommen (ARCH-Vet, Swissmedic).

Antiparasitika dienen dem Schutz der Tiere vor Parasiten wie Würmer oder Stechmücken. Sie können in der Umwelt schädliche Wirkungen haben, weil sie nicht nur gegen krank machende Insekten wirksam sind, sondern auch gegen zahlreiche nützliche Insekten und Wildtiere (Khan et al., 2008). Einige Antiparasitika sind auch mit gesundheitlichen Schäden für den Menschen assoziiert (Taylor, 2001). Ähnlich wie bei den Antibiotika werden auch für Antiparasitika zunehmend Resistenzen beschrieben (Papadopoulos et al., 2012; Sutherland and Leathwick, 2011).

Hormonsubstanzen werden in der Nutztierhaltung verabreicht, um den Reproduktionszyklus zu beeinflussen oder Krankheiten zu behandeln. Hormonsubstanzen sind bereits in geringen Mengen biologisch wirksam und können, wenn sie ins Wasser gelangen, bei Fischen und anderen Tieren die hormonellen Funktionen beeinträchtigen (Hanselman et al., 2003). Es besteht ausserdem die Gefahr, dass Hormonsubstanzen über das Trinkwasser auch durch den Menschen aufgenommen werden können (Falconer et al., 2006).

In der Schweiz wird seit 2004 die Menge der in der Veterinärmedizin vertriebenen Antibiotika erfasst (ARCH-Vet, Swissmedic). Seit 2009 ist eine Abnahme bei der Gesamtmenge vertriebener Antibiotika zu beobachten. Im Jahr 2008 wurden bei Tieren insgesamt 73 536 kg verwendet, im Jahr 2009 waren es 69 308 kg und im Jahr 2010 66 642 kg. Grave et al. (2010) haben die verkauften Mengen Veterinärantibiotika von zehn europäischen Ländern dem Tierbestand gegenübergestellt. Es stellte sich heraus, dass in Frankreich und den Niederlanden am meisten Veterinärantibiotika pro kg tierischer Biomasse verkauft werden. Die Schweiz liegt mit Grossbritannien und Deutschland im Mittelfeld. Die tiefsten Werte haben Finnland, Schweden und Norwegen. Diese Mengen sagen jedoch nur wenig darüber aus, wie viele Antibiotikabehandlungen tatsächlich durchgeführt werden. Gerade neuere und damit besonders wichtige Antibiotika, die nur in Ausnahmefällen verwendet werden sollten, sind nämlich häufig in viel geringerer Dosierung wirksam als ältere Wirkstoffe. Mit der Vertriebsstatistik kann auch nicht erfasst werden, in welcher Tiergruppe die Antibiotika verwendet werden. Daten zum Verbrauch von Antiparasitika und hormonellen Substanzen sind in dieser Statistik nicht enthalten.

Das BVET und das Institut für Veterinary Public Health (VPHI) unterstützten deshalb im Rahmen der ZA-AUI seit 2009 das BLW bei der Erfassung des Tierarzneimittelverbrauchs, bei der Analyse der Daten und bei der Interpretation der dadurch erhaltenen Resultate. Der Tierarzneimittel-Verbrauch wird durch ein elektronisches Behandlungsjournal in einer standardisierten und damit auswertbaren Form erfasst. Dabei werden alle Behandlungen detailliert dokumentiert. Die Analyse der Daten kann eine Aussage über die in die Umwelt ausgeschiedenen Mengen an Wirkstoffen liefern. Zudem können Abschätzungen gemacht werden, in welchen Tiergruppen wie viel Arzneimittel eingesetzt werden und durch die Berechnung in standardisierten Masseinheiten können die Resultate international verglichen werden. Zurzeit nehmen ca. 300 Betriebe freiwillig an ZA-AUI teil, wovon ca. 250 Tiere halten, mehrheitlich Rinder. Die Auswertungen der Aufzeichnungen der Jahre 2009 und 2010 hatten gezeigt, dass die Qualität der erfassten Daten noch verbessert werden musste, um Aussagen zu Art und Menge des Einsatzes von Tierarzneimitteln machen zu können, welche dem Resistenzmonitoring, Messungen in der Umwelt und der Verbesserung der agronomischen Praktiken dienen können. Seit Mitte 2011 wird deshalb ein angepasstes Behandlungsjournal verwendet.

Einen Hinweis auf die relative Bedeutung der verschiedenen Kategorien von Tierarzneimitteln können die Anteile der Aufzeichnungen des Einsatzes von Antibiotika, Antiparasitika und Hormonsubstanzen an den gesamten Aufzeichnungen machen. 2009 betrugen diese 52,6 % aller Aufzeichnungen und 2010 58,3 %. Um Aussagen über die Ursachen für die Veränderungen der Anteile der Tierarzneimittelkategorien machen zu können, müssen die Resultate von weiteren Jahren abgewartet werden.

Anteile der Aufzeichnungen zum Einsatz von verschiedenen Tierarzneimittelkategorien an den gesamten Aufzeichnungen

Tierarzneimittel-Kategorie	2009	2010
	%	%
Antibiotika	39,5	40,0
Antiparasitika	7,7	14,0
Hormonsubstanzen	5,4	4,3
Restliche Tierarzneimittel	47,4	42,0

Quelle: VPHI

1.3.2 Ethologie

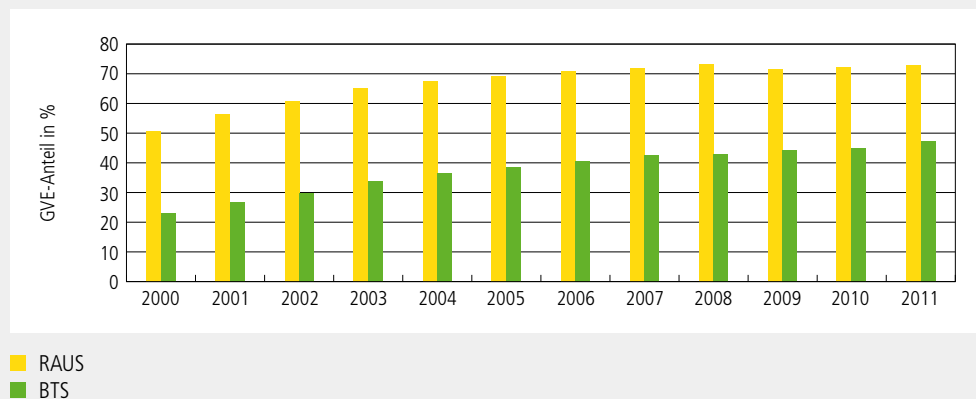
■ Beteiligung bei den Tierhaltungsprogrammen RAUS und BTS

Im Rahmen der Direktzahlungen an die Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen fördert der Bund mit den beiden Tierhaltungsprogrammen «Regelmässiger Auslauf von Nutztieren im Freien» (RAUS) und «Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme» (BTS) die besonders tierfreundliche Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere. Das RAUS-Programm enthält hauptsächlich Bestimmungen zum Auslauf auf der Weide oder im Laufhof bzw. beim Geflügel im Aussenklimabereich. Das BTS-Programm beinhaltet vor allem qualitative Vorgaben für die einzelnen Bereiche der geforderten Mehrbereichsställe, in denen sich die Tiere frei bewegen können. Seit 2009 werden die bis anhin geltende BTS- und RAUS-Verordnung in der Ethoprogrammverordnung zusammengefasst. Die Teilnahme an einem solchen Programm ist freiwillig. Die im Folgenden genannten Prozentzahlen beziehen sich auf die Grundgesamtheit aller Direktzahlungsbetriebe bzw. aller dort gehaltenen Nutztiere.

Das RAUS-Programm wurde 1993 eingeführt. Von 1993 bis 2000 stieg die Beteiligung von 4 500 auf 30 000 RAUS-Betriebe an. 2011 beteiligten sich 36 400 Betriebe (2008: 37 600) an diesem Programm. Dieser Rückgang zwischen 2008 und 2011 ist insbesondere auf die geringere Teilnahme der spezialisierten Schweinezuchtbetriebe zurückzuführen, die seit 1. Januar 2009 nur noch für jene säugenden Zuchtsauen RAUS-Beiträge erhalten, denen Auslauf gewährt wird. Das BTS-Programm ist seit 1996 in Kraft. Von 1996 bis 2000 nahm die Beteiligung von 4 500 auf 13 000 BTS-Betriebe zu. Die Betriebsbeteiligung lag 2011 bei 20 200 (2008: 18 900).



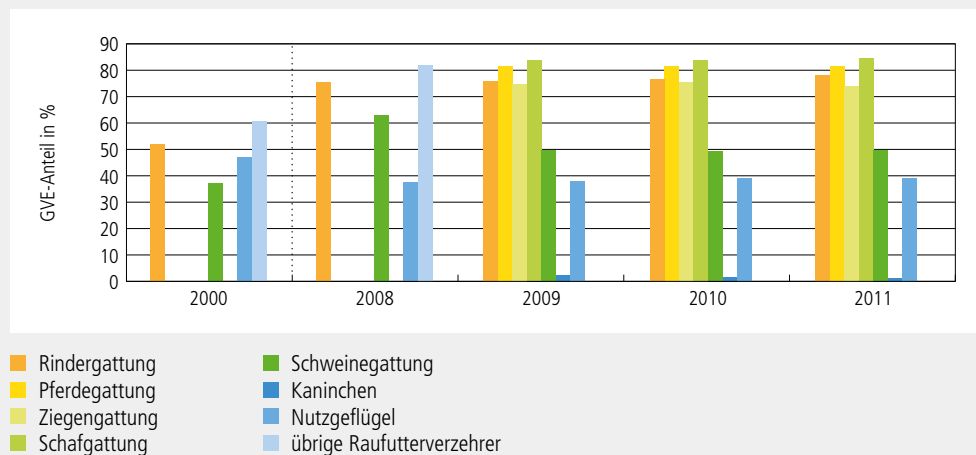
Entwicklung der Beteiligung bei RAUS und BTS



Quelle: BLW

Der Anteil der nach den RAUS-Bedingungen gehaltenen Nutztiere stieg zwischen 2000 und 2011 von 51 auf 73 %. Beim BTS-Programm nahm der Anteil in der gleichen Zeitspanne von 23 auf 47 % zu. Diese Werte sind Durchschnittszahlen der verschiedenen Nutztiergruppen (bis 2008: Rindvieh, übrige Raufutterverzehr, Schweine, Geflügel; ab 2009: Rindergattung, Pferdegattung, Ziegengattung, Schafgattung – nur bei RAUS, Schweinegattung, Kaninchen, Nutzgeflügel).

Entwicklung der Beteiligung bei RAUS, nach Tierkategorie

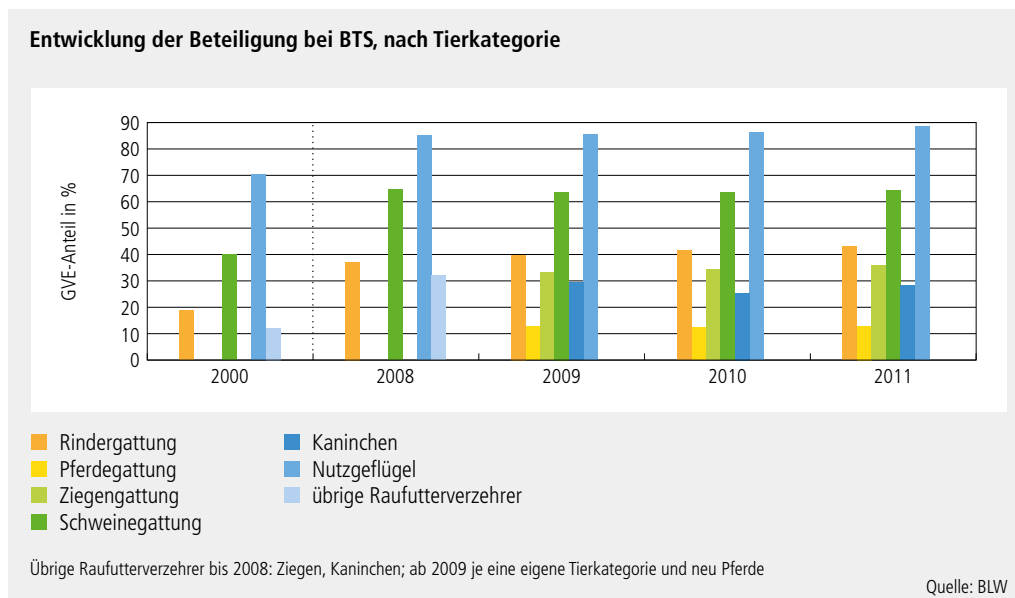


Übrige Raufutterverzehr bis 2008: Pferde, Ziegen, Schafe, Kaninchen; ab 2009 je eine eigene Tierkategorie

Quelle: BLW

Wird die Beteiligung am RAUS-Programm nach Nutztiergruppen differenziert, stellt man bei der Rindergattung zwischen 2000 und 2011 eine Zunahme von 52 auf 78 % fest. Die Pferde-, Ziegen- und Schafgattung sowie die Kaninchen sind seit 2009 gemäss neuer Ethoprogrammverordnung je eine eigenständige Tierkategorie, vorher gehörten sie zur Gruppe der übrigen Raufutterverzehr. Bei den Pferden lag die Beteiligung 2011 bei 82 %, bei den Ziegen bei 75 %, bei den Schafen bei 85 % und bei den Kaninchen bei 2 %. Bei den Schweinen stieg die Beteiligung von 37 bis auf 63 % (2008) und ging dann ab 2009 auf 50 % zurück. Der Rückgang ist hauptsächlich dadurch bedingt, dass seit 1. Januar 2009 nur noch für jene säugenden Zuchtsauen RAUS-Beiträge ausgerichtet werden, denen Auslauf gewährt wird.

Die Entwicklung der Beteiligung beim Nutzgeflügel setzt sich aus den unterschiedlichen Entwicklungen bei den Legehennen und bei den Mastpoulets zusammen. Während die Beteiligung bei den Legehennen bis 2011 stetig zunahm (2011: 72 %), endete der Anstieg bei den Mastpoulets 1999 bei 42 %; seither ist ein klarer Rückgang festzustellen (2011: 8 %). Diese Entwicklung wurde durch die Einführung der minimalen Mastdauer von 56 Tagen bei den Poulets ausgelöst. Durch die im Vergleich zur konventionellen Produktion wesentlich längere Mastdauer stiegen die Produktionskosten und folglich auch der Preis am Markt erheblich. Entsprechend ging die Nachfrage nach RAUS-Poulets zurück.



Wird die Beteiligung am BTS-Programm nach Nutztiergruppen unterschieden, stellt man bei der Rindergattung zwischen 2000 und 2011 eine im Vergleich zum RAUS-Programm wesentlich geringere Zunahme von 19 auf 44 % fest. Dies ist vor allem dadurch bedingt, dass die Investition in den meisten Fällen sehr hoch ist (Laufstall), so dass diese in der Regel erst bei einer notwendigen Ersatzinvestition getätigt wird. Seit 2009 gibt es auch ein BTS-Programm für die Pferdegattung, die Teilnahme beträgt seither um 13 %. Die Ziegen- und Kaninchen sind seit 2009 je eine eigenständige Tierkategorie, vorher zählten sie zur Gruppe der übrigen Raufutterverzehrer. Die BTS-Beteiligung bei den Ziegen (36 %) ist ebenfalls geringer als beim RAUS-Programm; bei den Kaninchen hingegen ist sie (2011: 28 %) ein Mehrfaches höher als bei RAUS.

Bei den Schweinen wurde das BTS-Programm erst 1997 eingeführt. Die Beteiligung stieg zwischen 2000 und 2008 von 40 auf 65 % an, seither ist sie praktisch stabil (2011: 64 %). Die hohe BTS-Beteiligung beim Geflügel (2011: 85 %) ist zu einem grossen Teil auf den Markterfolg der Labels zurückzuführen, welche die besonders tierfreundliche Stallhaltung von Legehennen und Mastgeflügel fördern.



2. Agrarpolitische Massnahmen

2.1 Produktion und Absatz

Artikel 7 LwG hält prioritäre Ziele für die Produktion und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse fest: Die Landwirtschaft soll nachhaltig und kostengünstig produzieren sowie aus dem Verkauf der Produkte einen hohen Markterlös erzielen. Damit bekräftigt das LwG die Wichtigkeit der wirtschaftlichen und handelsbezogenen Aspekte der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die bereits auf Verfassungsebene festgehalten sind. Der Bund verfügt über verschiedene Instrumente zur Unterstützung der Schweizer Landwirtschaft bei der Erreichung dieser Ziele. Es bestehen Instrumente in den Bereichen Qualität, Absatzförderung, landwirtschaftliche Kennzeichnungen sowie Ein- und Ausfuhr, welche über alle Produktionsbereiche hinweg Gültigkeit haben. Diese werden mit spezifischeren Instrumenten für die Milch-, Vieh- und Weinwirtschaft sowie den Pflanzenbau ergänzt.



■ Finanzielle Mittel 2011

2011 wurden für Massnahmen zu Gunsten der Produktion und des Absatzes Fr. 440 Mio. aufgewendet, das sind 3 % mehr als im Vorjahr. Die leichte Erhöhung betrifft die Milchwirtschaft, die Viehwirtschaft und vor allem den Pflanzenbau. Im Bereich Milchwirtschaft waren im 2010 Fr. 274 Mio. budgetiert. Die Mittel für 2010 wurden vom Parlament nachträglich erhöht und das Budget 2011 wurde aufgestockt, um die Verkäsungszulage von 15 Rp. pro kg Milch sicherzustellen. Die Zunahme der Ausgaben im Pflanzenbau ist mit der erneuten Erhöhung der Rübenproduktion zu erklären. 2010 wurden die privaten Zuckerquoten um 10 % reduziert. Aufgrund der geringeren Anbauflächen wurden damals weniger Mittel für die Zuckerproduktion benötigt. Die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, eine strategische Achse zur Erhöhung der Marktanteile von schweizerischen Agrarprodukten, wurde auf gleichem Niveau weitergeführt.

Ausgaben für Produktion und Absatz

Ausgabenposten	2010	2011 ¹	2011	2012 ¹
	Mio. Fr.			
Absatzförderung	56	55	55	56
Milchwirtschaft	292	296	295	301
Viehwirtschaft	10	13	12	14
Pflanzenbau (inkl. Weinbau)	70	80	78	77
Gesamt	428	444	440	448

¹ Budget

Quellen: Staatsrechnung, BLW

Tabellen 27–31
Seiten A27–A30

■ Ausblick

Im Budget 2012 sind die üblichen Mittel für die Marktentlastung im Fleischbereich und für die Unterstützung der Zuckerproduktion zur Verfügung gestellt, weshalb das Budget für die Viehwirtschaft und den Pflanzenbau 2012 stabil bleibt. Für die Milchwirtschaft hat das Parlament für 2012 Fr. 5 Mio. mehr bereit gestellt als im Vorjahr ausgegeben wurden.

2.1.1 Übergreifende Instrumente

2.1.1.1 Schweizerische Land- und Ernährungswirtschaft unterzeichnet Qualitäts-Charta

Am 18. Juni 2012 haben 119 erstunterzeichnende Unternehmen und Organisationen der schweizerischen Land- und Ernährungswirtschaft zusammen mit Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann die Unterzeichnung der Qualitäts-Charta gefeiert. Mit deren Unterzeichnung steht die gesamte Wertschöpfungskette für nachhaltige, tiergerechte und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel ein.

Die Qualitätsstrategie ist eine Branchenstrategie. Sie wurde in einem partizipativen, vom BLW moderierten Prozess entwickelt. Ein wichtiges Resultat des gemeinsamen Prozesses ist die Qualitäts-Charta. Sie ist das Commitment der Branche zu wichtigen Werten und Handlungsachsen. Unternehmen und Organisationen, die bei der Qualitätsstrategie partizipieren und dies mit einer Unterschrift bekunden, zeigen Verantwortung, indem sie für die hochwertige Qualität ihrer Produkte bürgen. Dieser Qualitätsvorsprung soll durch Partnerschaften innerhalb der Wertschöpfungskette gepflegt und ausgebaut werden. Und mit diesen Qualitätsattributen sollen die Produkte auf den Märkten positioniert werden. Die Unterzeichnung steht also für ein verantwortliches unternehmerisches Handeln am Markt, und für Leistungen, welche über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen.

Die Qualitäts-Charta hat einen wegweisenden und keinen rechtlichen Charakter. Mit der Unterzeichnung der Schlusserklärung der Charta verpflichten sich die Unternehmen und Organisationen indes dazu, sich bei der Umsetzung und Verbreitung der in der Charta niedergelegten Werte mit konkreten Projekten und Aktionen zu engagieren. Ziel ist eine gelebte Qualitätsstrategie mit zielgerichteten Projekten und Aktionen der verschiedenen Marktakteure. Gemeinsamer Nutzen und Selbstverantwortung stehen im Zentrum. Weiterführende Informationen dazu sind auf www.qualitaetsstrategie.ch zu finden.

Die Ausrichtung der Agrarpolitik auf eine Qualitätsstrategie ist auf Gesetzesebene bereits implizit verankert. Der Bundesrat hat dem Parlament die Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2014–2017 unterbreitet. Darin wird die Weiterentwicklung des agrarpolitischen Instrumentariums im Zeithorizont 2014–2017 beschrieben. Die Gewährleistung einer sicheren und wettbewerbsfähigen Nahrungsmittelproduktion und -versorgung sowie die Stärkung der Qualitätsstrategie sind dabei Schwerpunkte. Die Förderung der Ausrichtung auf Qualität und Nachhaltigkeit soll ausgeweitet und die Absatzförderung intensiviert werden. Weiter soll die Produktkennzeichnung verbessert werden. Mit diesen subsidiären Massnahmen unterstützt der Bund die Qualitätsstrategie und die Akteure der betroffenen Branchen.

2.1.1.2 Branchen- und Produzentenorganisationen

Branchen- und Produzentenorganisationen können gemäss Artikel 8 LwG Selbsthilfemassnahmen ergreifen, um die Qualität der Produkte zu fördern oder die Produktion und das Angebot den Erfordernissen des Marktes anzupassen. Gemäss Artikel 9 LwG können solche gemeinsam entschiedenen Massnahmen vom Bundesrat auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden bzw. für diese verbindlich erklärt werden, wenn davon auszugehen ist, dass ihr Funktionieren durch Unternehmen, die nicht Mitglieder sind und sich deshalb nicht an den Massnahmen beteiligen (sogenannte Trittbrettfahrer), gefährdet werden könnte. Damit diese Ausdehnung auf Nichtmitglieder zu Stande kommt, müssen die Voraussetzungen, welche in der Verordnung über die Branchen- und Produzentenorganisationen festgelegt sind, erfüllt sein. Grosses Gewicht haben dabei die Repräsentativität der Organisationen sowie das öffentliche Interesse an der Massnahme. Begehren zur Anpassung von Produktion und Angebot werden nur gutgeheissen, wenn sie nicht durch strukturelle Probleme, sondern durch eine ausserordentliche Situation bedingt sind.

Geltende Ausdehnungen von Selbsthilfemassnahmen im Jahr 2011

Branchen-/Produzentenorganisation	Massnahme
Interprofession du Gruyère	Sanktionierung von Qualitätsabweichungen
Branchenorganisation Milch BO Milch	Standardvertrag für den Milchkauf
Schweizer Milchproduzenten SMP	Beiträge für Marktforschung, Basiswerbung, Verkaufsförderungs-massnahmen, Öffentlichkeitsarbeit und Marketingmassnahmen
Schweizerischer Bauernverband SBV	Beiträge für Marketingkommunikation
GalloSuisse	Beiträge für Marketingkommunikation
Emmentaler Switzerland	Beiträge für Werbung, Public Relations, Messen und Ausstellungen
Interprofession du Vacherin Fribourgeois	Beiträge für Werbung, Public Relations, Messen und Ausstellungen
Schweizer Rindviehproduzenten SRP	Beiträge zur Finanzierung eines Ausrottungsprogramms der Bovinen Virus-Diarrhoe (BVD)
Branchenorganisation Milch BO Milch	Beiträge zur zeitlich befristeten Förderung des Absatzes von Milchlaktose
Branchenverband Schweizer Reben und Wein	Beiträge für Werbekampagne zur Förderung von Schweizer Wein



2.1.1.3 Absatzförderung

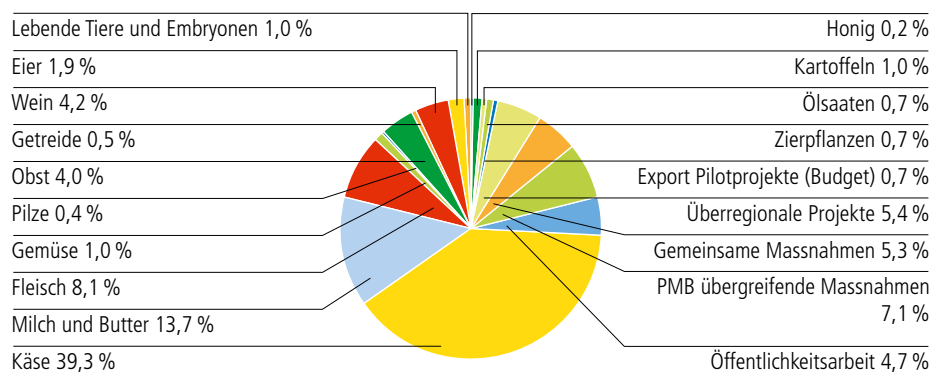
Der Bund unterstützt Marketing-Kommunikationsmassnahmen für den Absatz von schweizerischen Landwirtschaftsprodukten mit maximal bis zu 50 % der Kosten. Die andere Hälfte der Kosten muss durch Eigenmittel der betroffenen Organisationen bzw. Branchenverbände finanziert werden. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass das Markt- und Branchenwissen in die entsprechende Marketingstrategie pro Produkt-marktbereich einfliesst. Die Hoheit über die Festlegung der Kommunikationsziele, die Bestimmung der Zielgruppen, die Festlegung des Mitteleinsatzes und über die Wirkungskontrolle verbleibt somit primär in der Verantwortung der entsprechenden Branchenakteure.

Die Absatzförderung verfolgt das Ziel, die Präferenz und somit den Absatz von Schweizer Landwirtschaftsprodukten im In- und Ausland zu steigern. Käse ist dem freien Markt ausgesetzt und kämpft vor allem auf dem Exportmarkt um Marktanteile; Fleisch ist zu teilweise wesentlich günstigeren Preisen im nahen Ausland erhältlich; Obst und Gemüse stehen in Konkurrenz zu ganzjährig verfügbaren ausländischen Produkten. Hier kann durch gezielte Kommunikationsmassnahmen auf das hochqualitative und saisongerechte Angebot aufmerksam gemacht und somit die Sensibilisierung der Konsumenten für Schweizer Produkte gesteigert werden.

Die gewährten Mittel 2011 wurden nach einer vordefinierten Portfolio-Analyse auf die unterschiedlichen Produkt-Marktbereiche und Organisationen aufgeteilt. Aus der untenstehenden Grafik ist ersichtlich, dass die Mittel nach wie vor schwerpunktmässig für breitenwirksame Kommunikationsinstrumente wie Fernsehen, Plakate und Inserate eingesetzt werden. Dies stellt sicher, dass Schweizer Landwirtschaftsprodukte mit ihren Besonderheiten und Vorzügen breit und ganzjährig medienwirksam präsent sind. Messen sind nach wie vor ein wichtiges Instrument, um die Vielfältigkeit der Schweizer Landwirtschaft der Bevölkerung nahe zu bringen und dabei qualitativ hochwertige Kundenkontakte zu schaffen.

Tabelle 27
Seite A27

Mittelverteilung 2011



Quelle: BLW

■ Pilotprojekte Markterschliessung

Eine erhöhte Wettbewerbsintensität, zunehmend gesättigte Märkte, internationaler Druck auf den Schweizer Markt und der wachsende Einkaufstourismus im grenznahen Ausland sind nur einige Auslöser, um aktiv nach neuen Absatzkanälen für Schweizer Landwirtschaftsprodukte zu suchen. Im Hinblick auf eine weiter gehende Markttöffnung wird eine entsprechende Förderung von Markterschliessungsprojekten an Bedeutung gewinnen. Dies ist besonders wichtig, um aus den diversen von der Schweiz abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit Drittstaaten, welche Konzessionen im Agrarbereich zu Gunsten der Schweiz enthalten, grösstmöglichen Nutzen zu ziehen.

2009 hat das BLW deshalb mit der gezielten Förderung von Pilotprojekten zur Markterschliessung im Ausland begonnen. Die Pilotphase dauert drei Jahre, eine erste Auswertung wird Ende 2012 vorliegen. Insbesondere soll festgestellt werden, ob die Zielsetzungen in Bezug auf eine quantitativ messbare Export-Zunahme von ausgewählten Schweizer Agrarprodukten erreicht worden sind. Qualitativ soll untersucht werden, ob die Massnahmen zu einem erhöhten Export-Know-How und somit zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geführt haben. Aufgrund der gewonnen Erkenntnisse soll das Förderungs-Instrumentarium zukünftig noch gezielter auf die Unternehmensbedürfnisse und die eingesetzten Markterschliessungsmassnahmen ausgerichtet werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung der AP 2014–2017 auf Verordnungsstufe ist vorgesehen, auch die Voraussetzungen für Markterschliessungsprojekte zu präzisieren. Der Finanzrahmen für Markterschliessungsprojekte soll schrittweise erhöht werden.

■ Frankenstärke und Gegenmassnahmen im Bereich der Absatzförderung

Die Frankenstärke verschärfte in der Berichtsperiode den Druck auf die Absatzmärkte im Inland, aber vor allem im Export massiv. Hauptbetroffen ist der Käseexport. Deshalb gewährte das BLW für die Jahre 2011 und 2012 im Rahmen des bestehenden Budgets zusätzliche Mittel für gezielte Absatzförderungsmassnahmen in den wichtigsten Exportmärkten. Die zusätzlichen Investitionen sollen dazu beitragen, die Präferenz für Schweizer Käse und damit die Marktanteile trotz währungsbedingt höherem Preis zu halten.

2.1.1.4 Kennzeichnung von Landwirtschaftsprodukten

■ Aktueller Stand des GUB/GGA Registers

Das eidgenössische Register der Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben (GUB/GGA Register) wurde im Jahr 2011 um eine neue Bezeichnung bereichert. Am 1. Dezember 2011 wurde «Glarner Kalberwurst» als geschützte geographische Angabe (GGA) eingetragen. Es handelt sich um eine Brühwurst, die aus Kalbfleisch, Schweinefleisch, Speck, Milch, Weissbrot und Gewürzen zusammengesetzt ist. Von vergleichbaren Kalbswürsten unterscheidet sich die Glarner Kalberwurst durch die Zugabe von Weissbrot und durch eine ausgeprägte Muskatnote.

Das BLW hat 2011 drei Änderungsgesuche für die Pflichtenhefte von Berner Alpkäse/Berner Hobelkäse (GUB), St. Galler Bratwurst/St. Galler Kalbsbratwurst (GGA) sowie Walliser Roggenbrot (GUB) gutgeheissen. Am 27. September wurde im Schweizerischen Handelsblatt das Gesuch für die Pflichtenheftänderung von «Raclette du Valais» (GGA) publiziert. Im Anschluss an die öffentliche Auflage ging dazu eine Einsprache ein.

Daneben wurden Änderungsgesuche eingereicht für die Pflichtenhefte von Emmentaler (GUB), Tête de Moine (GUB), Cardon épineux genevois (GUB), Poire à Botzi (GUB) und Eau-de-vie d'abricot du Valais sowie Eau-de-vie de poire du Valais (GUB).

GUB/GGA Register am 31. Dezember 2011

Bezeichnung	Schutz	Betriebe	Unternehmen	Zertifizierte Produktionsmenge 2010	Zertifizierte Produktionsmenge 2011	Zertifizierungsstelle
		Anzahl	Anzahl	t	t	
Käse						
L'Étivaz	GUB	69	1	445	450	OIC
Emmentaler	GUB	3 799	156	27 058	25 256	OIC
Gruyère	GUB	2 256	224	28 164	28 691	OIC
Sbrinz	GUB	54	23	1 534	1 575	ProCert
Tête de Moine	GUB	284	9	2 151	2 075	OIC
Formaggio d'alpe ticinese	GUB		40	260	260	OIC
Vacherin fribourgeois	GUB	1 050	91	2 536	2 618	OIC
Vacherin Mont-d'Or	GUB	192	18	550	570	OIC
Berner Alpkäse/Hobelkäse	GUB	44	487	1 129	1 092	OIC
Walliser Raclette	GUB	300	20	815	1 043	OIC
Bloderkäse-Werdenberger Sauerkäse/Liechtensteiner Sauerkäse	GUB	12	3	0,03	0,10	ProCert
Fleischwaren						
Bündnerfleisch	GGA		13	914	861	ProCert
Longeole	GGA	-	-	-	23,2	OIC
Saucisse d'Ajoie	GGA		10	56	49,8	OIC
Walliser Trockenfleisch	GGA		28	485	493	OIC
Saucisson neuchâtelois	GGA		10	121	140	OIC
Saucisson vaudois	GGA		23	1 099	982	ProCert
Saucisse aux choux vaudoise	GGA		21	651	825	ProCert
St. Galler Bratwurst/ St. Galler Kalbsbratwurst IGP	GGA	-	15	2 620	2 730	OIC ProCert SQS q.inspecta
Glarner Kalberwurst	GGA					ProCert q.inspecta
Spirituosen						
Eau-de-vie de poire du Valais	GUB	193	19	92 814 Liter 100 %-iger Alkohol	82 681 Liter 100 %-iger Alkohol	OIC
Abricotine/Eau-de-vie d'Abricot du Valais	GUB	12	2	-	25 218 Liter 100 %-iger Alkohol	OIC
Damassine	GUB	2	40	-	2 008 Liter 100 %-iger Alkohol	OIC
Andere Erzeugnisse						
Rheintaler Ribel	GUB	5	1		42	ProCert
Cardon épineux genevois	GUB	4	0	75	81	ProCert
Walliser Roggenbrot	GUB	59	64	714	764	OIC
Munder Safran	GUB	10		0,00049	0,00044	OIC
Poire à Botzi	GUB	15	3	35	45	ProCert

Quelle: BLW

Derzeit werden die Eintragungsgesuche für Zuger Kirsch/Rigi Kirsch und Glarner Alpkäse als GUB sowie Zuger Kirschtorte GGA geprüft. Zudem befasst sich das BLW auch mit den 14 Einsprachen zur Eintragung von Bündner Bergkäse (GUB). Eine der in den Einsprachen gestellten Fragen betrifft die Koexistenz einer zukünftigen GUB mit bisher verwendeten, geographischen Bezeichnungen. Zu dieser Thematik ist ein parlamentarischer Vorstoss (Postulat Hassler) hängig, dessen Umsetzung noch nicht abgeschlossen ist (siehe unten).

Das GUB/GGA Register zählt heute 28 Eintragungen: 19 GUB und 9 GGA. Die Unterlagen können unter www.blw.admin.ch (Themen > Produktion + Absatz > Kennzeichnung und Absatzförderung > Ursprungsbezeichnungen) eingesehen werden.

■ Postulat Hassler

Am 16. Dezember 2010 hat Herr Nationalrat Hansjörg Hassler ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht: «Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Koexistenz zwischen einerseits geschützten Ursprungsbezeichnungen (GUB) oder geschützten geografischen Angaben (GGA) von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und andererseits lokalen geografischen Namen für ähnliche Erzeugnisse geregelt werden soll (z. B. auf Verordnungsstufe oder im Rahmen der Pflichtenhefte der jeweiligen GUB bzw. GGA).»

NR Hassler begründete sein Votum wie folgt: «Mit dem beantragten Schutz für die Bezeichnung «Bündner Bergkäse» als GUB stellt sich die Frage, ob nach deren allfälliger Registrierung lokale Namen innerhalb des Kantons Graubünden für ähnliche Käse weiterhin verwendet werden dürfen. Diese Frage stellt sich auch bei anderen geschützten Bezeichnungen, welche einen Kantonsnamen beinhalten (z. B. Berner Alpkäse oder Saucisson vaudois). Die GUB/GGA-Verordnung verbietet die direkte und indirekte kommerzielle Verwendung geschützter Bezeichnungen für vergleichbare Erzeugnisse, die das Pflichtenheft nicht erfüllen.[...]».

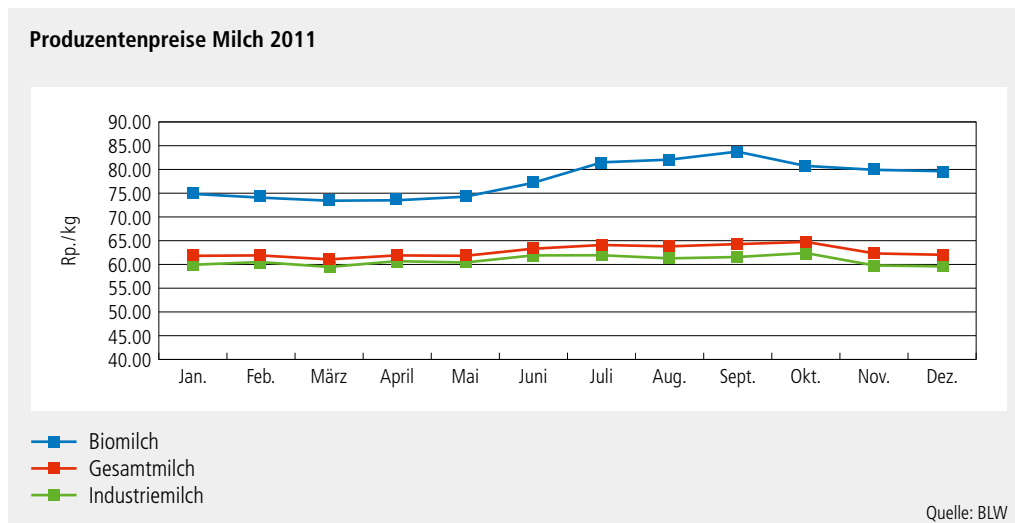
Am 16. Februar 2011 hat der Bundesrat die Annahme des Postulates beantragt mittels folgender Antwort: «Der Bundesrat ist bereit, nach Lösungen für das vom Postulanten aufgeworfene Problem zu suchen, um eine Koexistenz zwischen geschützten Ursprungsbezeichnungen (GUB) bzw. geschützten geografischen Angaben (GGA) einerseits und etablierten Bezeichnungen andererseits zu ermöglichen. Diese Problematik wurde bei eingetragenen GUB bzw. GGA bereits erkannt und im Rahmen des Gesuches um Eintragung von «Bündner Bergkäse» als GUB erneut thematisiert. [...]».

Die Frage nach dem zulässigen Gebrauch einer lokalen Bezeichnung für ein vergleichbares Produkt kann sich bei allen als GUB oder GGA geschützten Bezeichnungen stellen, welche sich aus einem geografischen Namen (Kantonsname, Name einer Region oder einer Gegend) und einer Sachbezeichnung (wie Käse) zusammensetzen. Bei solchen Bezeichnungen ist nur die Kombination der verschiedenen Unterbegriffe geschützt. Das bedeutet, dass die einzelnen nichtgeografischen Begriffe weiterhin gebraucht und nicht für die geschützten Bezeichnungen allein monopolisiert werden dürfen.

Anfang 2012 hat das BLW den interessierten Kreisen den Bericht zum Postulat Hassler: «Koexistenz zwischen GUB/GGA und etablierten lokalen Herkunftsbezeichnungen zulassen» (10.4029) zur Konsultation geschickt. Der Bericht enthält mögliche Kriterien sowie Lösungsansätze für die allfällige rechtliche Verankerung gewisser Koexistenzmöglichkeiten.

■ Biolandbau – Bio-Milch wird knapp

Vor allem im Bereich der Ackerkulturen ist das Phänomen seit längerem bekannt: die Nachfrage nach Bioprodukten kann bereits seit längerem nicht mit inländischen Produkten gedeckt werden. Bisher war aber die Versorgung mit Milch aus biologischem Anbau kein Problem; noch 2010 konnte nicht sämtliche biologische Milch im Biokanal vermarktet werden. 2011 hat sich die Marktsituation für Biomilch gewendet, die wachsende Nachfrage hat zu einer Verknappung des Angebots geführt. Diese Verknappung hat sich auch auf den Milchpreis ausgewirkt. Während sich der Preis für Biomilch anfangs 2011 parallel zum Preis der Gesamtmilch bewegt hat, mit einem Mehrpreis von rund 12 Rp. je kg für die biologische Milch, ist die Preisdifferenz zwischen biologischer Milch und der Gesamtmilch in den Sommer- und Herbstmonaten auf 17 bis fast 20 Rp. je kg Preisdifferenz im September angewachsen.



Die positive Situation auf dem Bio-Milchmarkt spiegelt sich im Gesamtumsatz der Bioprodukte. In den vergangenen Jahren hat sich der Biomarkt kontinuierlich positiv entwickelt, mit einem jährlichem Umsatzzuwachs zwischen 4,2 % und 11,2 %.

Das stetige Wachstum des Biomarktes, die 2010 vom Bundesrat erhöhten Flächenbeiträge für die biologisch bewirtschafteten Spezialkulturen und die übrige offene Ackerfläche sowie verschiedene Massnahmen des Dachverbands der Schweizer Biobauern (Bio Suisse) haben zu einem leichten Anstieg der Anzahl Biobetriebe geführt. Die Trendwende, die sich bereits vor einem Jahr abzuzeichnen begann, hat sich inzwischen bestätigt. Dennoch erfolgt das Wachstum des Gesamtmarktes an Bio-Produkten nach wie vor primär mit Importen – eine gute Marktlage deshalb auch für Betriebe, die neu in den Biolandbau einsteigen wollen.

■ Berg- und Alpverordnung

Die revidierte Berg- und Alpverordnung (BAIV) ist seit dem 1. Januar 2012 in Kraft. Das Kernstück der revidierten Verordnung bildet das neue Zertifizierungskonzept. Die Rückverfolgbarkeit wird durch eine Zertifizierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette gewährleistet. Die Zertifizierung erstreckt sich auf alle der Primärproduktion nachgelagerten Stufen bis und mit Etikettierung und Vorverpackung, neu müssen somit auch die Alp-Produkte zertifiziert werden. Die Produkte der Primärproduktion unterliegen einer Kontrollpflicht. Um den Kontrollaufwand möglichst gering zu halten, sind die Kontrollen auf bestehende privatrechtliche oder öffentlichrechtliche Kontrollen abzustimmen.

Besser geschützt werden fortan Übersetzungen in die in der Schweiz gebräuchlichen Sprachen, damit die BAIV nicht mit Phantasiebezeichnungen wie z.B. «Mountain Tea» umgangen werden kann. Auch die Bezeichnung «Alpen» wird strenger geregelt, sie darf für Milch und Milchprodukte sowie für Fleisch und Fleischprodukte nur noch verwendet werden, wenn die Anforderungen der BAIV eingehalten werden.

Zur Förderung der Transparenz und zur besseren Wiedererkennbarkeit der Produkte kann der Bund ein einheitliches offizielles Zeichen schaffen für Berg- und Alpprodukte. Das Zeichen sollte für alle berechtigten Produzenten zugänglich und unabhängig zu bestehenden Markenstrategien einsetzbar sein. Die Machbarkeit und die mögliche Ausgestaltung des Zeichens werden in einem partizipativen Prozess zusammen mit den Branchenakteuren erarbeitet.

2.1.1.5 Förderung von Qualität und Nachhaltigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft

Im Bereich der Qualitätssicherung kann der Bund bereits heute Qualitätssicherungsdienste kofinanzieren. Die gesetzliche Grundlage dazu findet sich in Artikel 11 LwG. Diese Unterstützung macht Sinn, da die Einhaltung verschiedener privater oder öffentlich-rechtlicher Qualitätsanforderungen zwar vom Markt gefordert, aber nicht immer durch diesen abgegolten wird. Damit Qualitätssicherungsstandards einen gewissen Bekanntheitsgrad und eine gewisse Abdeckung erreichen können, kann die Kontrolle und Zertifizierung für die Produzenten für einen befristeten Zeitraum mit staatlichen Geldern unterstützt werden. Bisher wurde noch keine Vollzugsverordnung erlassen. Um festzulegen, unter welchen Voraussetzungen eine Finanzierung gewährt wird und welche Aktivitäten im Rahmen eines Qualitätssicherungsprogrammes finanziert werden, hat das BLW erste Pilotprojekte im Bereich der Qualitätssicherung mitfinanziert. In diesen Pilotprojekten wurden im Jahr 2011 rund 50 000 Landwirtinnen und Landwirte bei der Einhaltung des SwissGap-, QM-Schweizer Fleisch- oder Alplamm-Standards unterstützt. Die Pilotprojekte werden von den teilnehmenden Produzenten positiv bewertet.

Angesichts der sich wandelnden Erfordernisse des Marktes und der damit verbundenen, konsequenten Ausrichtung des agrarpolitischen Instrumentariums auf die Qualitätsstrategie schlägt der Bundesrat in der Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2014–2017 vor, Artikel 11 zu erweitern. Neu soll eine umfassende Förderung von leistungsfähigen Wertschöpfungsketten und Innovationen im Bereich der Nachhaltigkeit und Qualität möglich sein.



2.1.1.6 Instrumente des Aussenhandels

■ Revision der Rechtsgrundlage zu den Einfuhrregelungen und deren Vollzug

Die Einfuhrregelungen bleiben weiterhin ein wichtiges Instrument für die Schweizer Landwirtschaft im Aussenhandelsbereich. Die meisten Bestimmungen dazu sind in der Agrareinfuhrverordnung enthalten, die 2011 total revidiert wurde und am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Der Zeitpunkt der Revision war günstig, denn gleichzeitig wurde der schweizerische Generaltarif aufgrund von Beschlüssen im Rahmen des internationalen Harmonisierten Systems angepasst. Damit änderten über 300 der rund 1 500 in der Agrareinfuhrverordnung enthaltenen Zolltarifnummern. Während der Inhalt der Verordnung nur in einzelnen Punkten änderte, wurde sie mit der revidierten Version punkto Struktur, Darstellung und Sprache in eine zeitgemässe Form gebracht. Beispielsweise sind nun alle Tarifnummern in einem einzigen Anhang aufgelistet. In einer kompakten Liste ist nun für jede Nummer ersichtlich, ob für die Einfuhr der entsprechenden Produkte eine Generaleinfuhrbewilligung (GEB) benötigt wird. Auch aufgeführt ist, zu welchem Zollkontingent eine Nummer gehört oder welcher Zollansatz gilt, falls dieser im Vergleich zum Generaltarif tiefer ist. Vor der Revision gab es mehrere Listen mit Tarifnummern, die in Anhängen der Agrareinfuhrverordnung und in weiteren Verordnungen mit den produktspezifischen Bestimmungen verteilt waren.

Eine wichtige materielle Änderung der Bestimmungen betrifft die Zollansätze für Getreidemischungen zu Futterzwecken. Im Rahmen des Schwellenpreissystems gilt für Futtermischungen neu jeweils der gleiche Zollansatz wie für die zur Einfuhrzeit am höchsten belastete Futtergetreidesorte. Diese Regel verhindert, dass Futtergetreide als Mischung importiert wird. Damit die Regel umgesetzt werden kann, schuf man für Getreidemischungen zu Futterzwecken separate Zolltarifnummern.

Einen detaillierten Überblick über diese und weitere Änderungen bei den Einfuhrregelungen bietet der Bericht des Bundesrates über zolltarifarische Massnahmen 2011. Im Rahmen dieses Berichts wird auch die Zuteilung der Zollkontingentsanteile veröffentlicht. Auf der BLW-Webseite unter dem Thema Ein- und Ausfuhr (www.import.blw.admin.ch) ist diese «Veröffentlichung der Zuteilung der Zollkontingentsanteile» und der Bericht unter «Weiterführende Informationen» zu finden.

■ Ergebnisse der Versteigerungen für die Kontingentsperiode 2011

Ein bedeutender Teil des Vollzugs der Einfuhrregelungen ist die Verteilung der Zollkontingente. Bei Zollkontingenten, die nicht mit dem einfachsten Verfahren («Windhund an der Grenze», «first come, first served») verteilt werden können, wird oft das Versteigerungsverfahren angewendet. Das BLW führte für die Kontingentsperiode 2011 rund 100 Versteigerungen durch, um die Anteile der verschiedenen Teilzollkontingente zu verteilen. Nähere Angaben finden sich in der unten stehenden Tabelle. Es fällt auf, dass die meisten Versteigerungen im Fleischbereich stattfinden. Deshalb ist auf Seite 129 dargestellt, wie eine solche Versteigerung abläuft und wie die einzelnen Schritte gegen aussen kommuniziert werden.

Zu den Versteigerungen im Fleischbereich ist zu erwähnen, dass 2011 wiederum von über 90 Betrieben Sicherstellungen in Form von Bankgarantien und Solidarbürgschaften für rund 21 Mio. Fr. geleistet wurden. Diese Firmen befreiten sich so von der Verpflichtung, vor der Einfuhr der Waren zum Kontingentszollansatz (KZA) den Zuschlagspreis zu bezahlen. Die Sicherstellungen erlaubten den Firmen nicht nur, umgehend die ersteigerten Kontingentsanteile auszunützen. Dank ihnen wurde auch die Verwaltung bei der Kontrolle der Einfuhren und Zahlungen entlastet und Verfahren zur Nachforderung von Einfuhrabgaben verhindert.

Ergebnisse der Versteigerungen für die Kontingentsperiode 2011

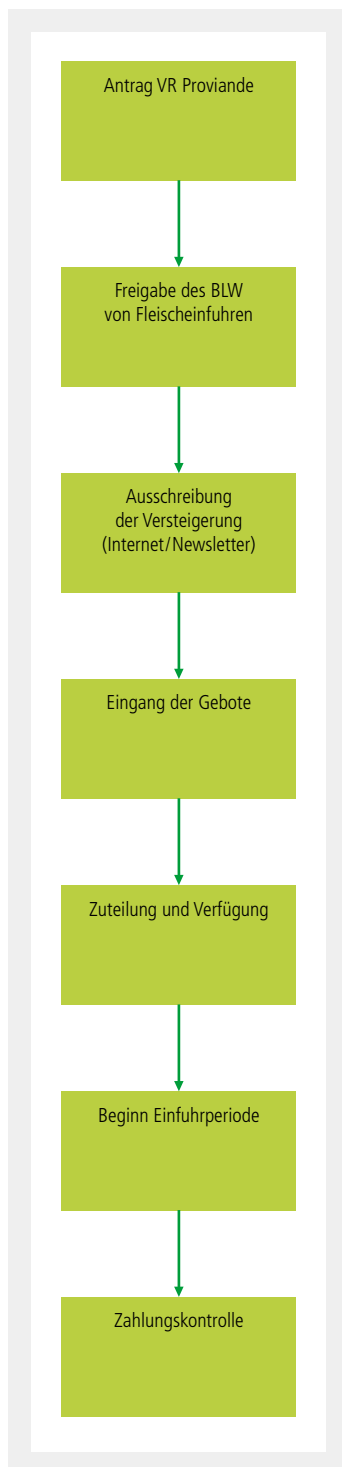
Produktbereich und Versteigerungsprodukte	Einheit ¹	Versteigerte Menge	Zuschlagspreis, Durchschnitt	Versteigertes Anteil am gesamten (Teil-) Zollkontingent	Versteigerungen 2011	Teilnehmer je Ausschreibung
		Anzahl Einheiten	Fr./Einheit	%	Anzahl	Anzahl, bzw. durchschnittliche Anzahl
Fleisch inkl. Fleisch- und Wurstwaren, Milchprodukte und Zuchttiere						
Geflügelfleisch	kg br.	48 500 000	2,01	100	5	72
Schweinefleisch	kg br.	1 800 000	1,29	100	4	20
Fleisch von Tieren der Schafgattung	kg br.	5 490 000	2,29	90	6	46
Fleisch von Tieren der Ziegengattung	kg br.	340 000	0,39	100	2	13
Fleisch von Tieren der Pferdegattung	kg br.	5 300 000	0,39	100	6	16
Kalbfleisch	kg br.	292 500	7,90	90	3	22
Kalbslebern	kg br.	112 500	0,21	90	5	7
Nierstücke / High-Quality-Beef	kg br.	4 387 500	12,60	90	13	65
Schlachtkörper Verarbeitungskühe	kg br.	6 300 000	0,77	90	10	21
Pistolas Verarbeitungskühe	kg br.	720 000	0,66	90	2	19
Zungen	kg br.	126 000	0,03	90	4	4
Ochsenmaul	kg br.	126 000	0,03	90	3	3
Rindfleisch (Koscher)	kg br.	250 950	0,05	100	8	2
Rindfleisch (Halal)	kg br.	350 000	2,03	100	4	8
Schafffleisch (Koscher)	kg br.	17 500	0,09	100	8	2
Schafffleisch (Halal)	kg br.	175 000	1,86	100	4	8
Luftgetrockneter Schinken aus der EU	kg br.	1 100 000	8,39	100	1	78
Luftgetrocknetes Trockenfleisch aus der EU	kg br.	220 000	8,65	100	1	56
Wurstwaren aus der EU	kg br.	4 086 500	4,99	100	1	107
Dosen- und Kochschinken	kg br.	71 500	7,33	100	1	26
Rindfleischkonserven	kg br.	770 000	0,33	100	1	11
Milchpulver	kg net	300 000	0,90	100	2	5
Butter	kg 82 % MFG	100 000	0,19	100	1	7
Tiere der Rindviehgattung	Stk.	1 200	317,08	100	2	19
Pflanzliche Produkte						
Schnittblumen	kg br.	200 000	0,44	2	2	21
Kartoffelhalbfabrikate zur Saucen- und Suppenherstellung	kg ÄQ	300 000	0,02	100	1	3
andere Kartoffelhalbfabrikate	kg ÄQ	801 300	0,03	100	2	5
Kartoffelfertigprodukte	kg ÄQ	2 500 000	0,64	100	1	25
Erzeugnisse aus Kernobst ²	kg ÄQ	244 000	0,50	54	1	12
Obst zu Most- und Brennzwecken	kg net	9 000	0,03	100	2	1

1 Stk.: Stück, kg br.: Bruttogewicht in Kilogramm, kg net: Nettogewicht, kg ÄQ: Äquivalente der Frischware bei Verarbeitungsprodukten, deren Nettogewicht mit fixen Faktoren umgerechnet wird, kg 82 % MFG: kg netto Butter mit einem MilCHFettgehalt von 82 %, Einfuhren unter Tarifposition 0405.9010 werden mit dem Faktor 1,21 in kg 82 % MFG umgerechnet

2 Zollkontingente Nr. 21 und Nr. 31 (autonomes Zollkontingent mit Zuteilung aufgrund der Exportleistung)

Quelle: BLW

Ablauf und Kommunikation einer Versteigerung von Zollkontingenten im Fleischbereich



1. Das BLW nimmt an der Verwaltungsratssitzung der Proviande teil und nimmt die Anträge der Branche für Fleischeinfuhren (Fleisch-kategorie, Menge und Einfuhrperiode) entgegen. Die Informa-tionen werden unmittelbar an den Fachbereich Ein- und Ausfuhr im BLW weitergeleitet.
2. Bei bestimmten Fleisch- und Fleischwarenkategorien werden 10 % der Teilzollkontingente nach Inlandleistung zugeteilt. Diese Zuteilung erfolgt sofort in Form einer Allgemeinverfügung, die per Fax und E-Mail an die zum Import Berechtigten verschickt und auf der BLW-Homepage und in Fachpublikationen publi-ziert wird. Zudem erscheint die Verfügung zusammen mit der Ausschreibung der Versteigerung in der nächsten Ausgabe des Schweizerischen Handelsamtsblattes (SHAB).
3. Die Versteigerung wird eröffnet. Die Ausschreibung erhalten po-tenzielle Bieterinnen und Abonnenten per E-Mail (Newsletter). Auf der BLW-Homepage und im SHAB wird die Ausschreibung ebenfalls publiziert.
4. Sobald ein Teilzollkontingent bzw. eine Einfuhrmenge ausge-schrieben ist, können die Inhaberinnen einer GEB ihre Gebote per Internet (eVersteigerung), Fax oder Post einreichen. Die Frist beträgt in der Regel sechs Tage.
5. Die Gebote werden vom BLW elektronisch eingelesen oder zu einem kleinen Teil manuell erfasst. Die Zuteilungen samt Verfö-gungen und Rechnungen werden mit einer BLW-eigenen Infor-matikanwendung erstellt. Auf Internet (AEV14online) sind die Anteile für die Importberechtigten einsehbar. Die Daten werden laufend an die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) übermittelt.
6. Nur wer zum Import zum KZA berechtigt ist, kann eine entspre-chende Zollanmeldung einreichen. Um die Kontrolle zu gewäh-leisten, ist für diese Waren die elektronische Zollanmeldung mit e-dec schon lange obligatorisch.
7. Wer beim BLW keine Sicherstellung in Form einer Solidarbürg-schaft oder einer Bankgarantie hinterlegt hat, darf seinen Kontin-gentsanteil nicht vor Zahlung des Zuschlagspreises importieren. Die Einhaltung dieser Bestimmung wird vom BLW laufend kont-rolliert, damit Verfahren zum Nachbezug des Ausserkontingents-zollansatzes (AKZA) wenn möglich vermieden oder zumindest rasch mit einem rechtlichen Gehör gestartet werden können.

Ausblick

Der Vollzug der Einfuhrregelungen lässt sich weiter vereinfachen und durch EDV-Unterstützung auch zunehmend automatisieren. Zum einen bietet das Internet immer bessere Möglichkeiten, um die geltenden Regeln aktuell und umfassend zu kommunizieren. Der Internetauftritt mit den Einfuhrbestimmungen und auch die Seiten mit Informationen zur Ausfuhr von Agrarprodukten bilden einen Schwerpunkt beim Vollzug. Zum anderen soll das Internet vermehrt benutzt werden, um Informationen und Eingaben von aussen zu erhalten, im Sinne eines Ausbaus von E-Government. Geplant ist, die unabhängig funktionierenden Portale der beiden Internetanwendungen AEV14online und eVersteigerung ab 2013 zusammenzulegen und in die BLW-Homepage zu integrieren. Die beiden Informatiklösungen unterstützen die Importeure beim Ersteigern und Verwalten ihrer Zollkontingentsanteile. Ferner sollen mit der Zeit auch andere Abläufe wie Anträge für Bewilligungen, Meldungen, Korrespondenz, Rechnungsstellung und Zahlungen ebenfalls über Internet abgewickelt werden können. Je nach Ablauf werden dann elektronische Eingaben obligatorisch oder die bisherigen Kanäle können alternativ dazu wie bisher verwendet werden.

Ein weiteres Projekt im Bereich Einfuhr ist ebenfalls gestartet und soll angesichts seines Umfangs und seiner Komplexität etappenweise umgesetzt werden. Die Unternehmens-Identifikationsnummer – die UID – soll die Generaleinfuhrbewilligungsnummern (GEB-Nummern) ablösen. Das BFS hat im Januar 2011 damit begonnen, jedem Unternehmen mit wirtschaftlicher Tätigkeit in der Schweiz eine UID zuzuordnen. Mit der UID wird den Unternehmen ermöglicht, sich bei allen Behördenkontakten immer mit derselben Nummer zu identifizieren. Das BLW arbeitet mit, dieses Ziel auch in Bezug auf die Einfuhrregelungen umzusetzen. Bei den GEB bedeutet dies jedoch eine vollständige Abkehr vom bisherigen Konzept. Bis jetzt ist für jeden Produktbereich ein Nummernbereich reserviert, aus dem den Importeuren eine GEB-Nummer zugeordnet wird. Je nach Umfang der Importtätigkeit benötigt ein Importeur somit mehrere GEB-Nummern, was besonders bei grossen Firmen und Speditionen zu einem nicht zu unterschätzenden Aufwand führt. Deshalb ist geplant, die Bewilligungen an die UID zu knüpfen, sodass ein Importeur bei der Zollanmeldung unabhängig vom Produkt nur diese eine Nummer benötigt. Anhand dieser Nummer wird elektronisch überprüft, ob die entsprechende Einfuhrbewilligung vorliegt, und ob gegebenenfalls ein Kontingentsanteil verfügbar ist. Wann die bisherigen GEB-Nummern vollständig mit den UID ersetzt werden können, ist noch nicht bekannt; die Voraussetzungen zum Erfassen der UID im BLW werden 2013 umgesetzt.

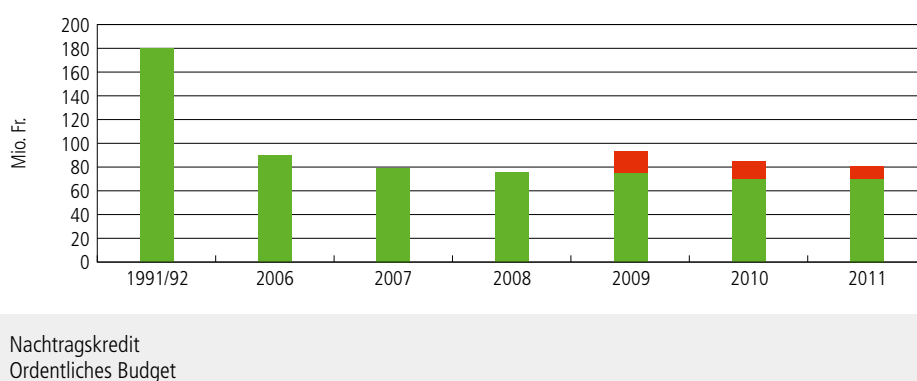
Ein- und Ausfuhren von verarbeiteten Agrarprodukten

Mit dem Ziel, das agrarpolitisch bedingte Rohstoff-Preishandicap der schweizerischen Nahrungsmittelindustrie auszugleichen und damit den Absatz von Schweizer Rohstoffen abzusichern, besteht an der Grenze ein Preisausgleichssystem für verarbeitete Agrarprodukte («Schoggigesetz»). Importzölle verteuern die in den importierten Verarbeitungsprodukten enthaltenen Grundstoffe auf das inländische Preisniveau, während Ausfuhrbeiträge bestimmte Grundstoffe in Verarbeitungsprodukten beim Export verbilligen.

Das «Schoggigesetz» ist nur indirekt ein agrarpolitisches Instrument, es gleicht jedoch agrarpolitisch bedingte Preisunterschiede aus. In den letzten Jahren konnte das ordentliche Budget den Bedarf für den Rohstoffpreisausgleich nicht mehr decken, worauf insbesondere mit Nachtragskrediten und Kürzungen der Ausfuhrbeitragsansätze reagiert wurde. Es muss davon ausgegangen werden, dass der Bund aus Budgetgründen zukünftig nicht mehr immer einen vollständigen Preisausgleich für die betroffenen Rohstoffe gewährleisten kann. Zudem ist festzustellen, dass diese Exportsubventionen, wie auch andere Rückerstattungen, unter internationalem Druck stehen. Im Abschnitt 3.1 Internationale Entwicklungen wird diese Problematik thematisiert.

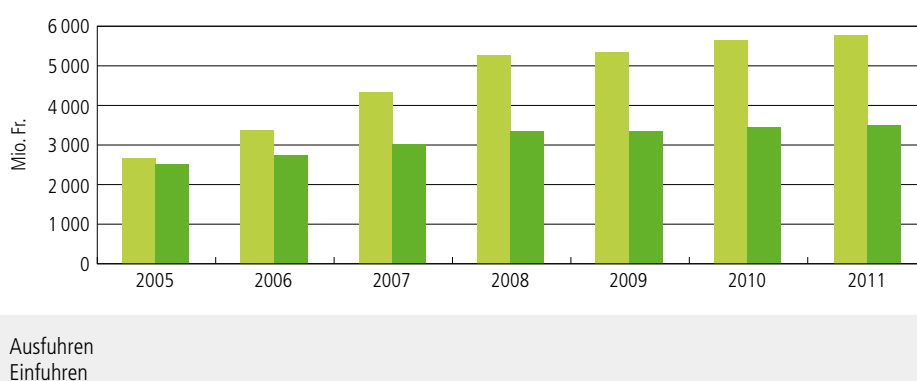
Anfangs 2011 ist damit gerechnet worden, dass das ordentliche Budget von 70 Mio. Fr. nicht ausreichen würde, um für die erwarteten Mengen den vollständigen Preisausgleich sicherzustellen. Deshalb wurden bundesseitig ab 1. Januar 70 % der Preisdifferenz und ab 1. April 90 % der Preisdifferenz ausgeglichen. Am 31. August hatte der Bundesrat im Zusammenhang mit der Wechselkursproblematik Massnahmen zur Stützung des Arbeitsplatzes Schweiz beschlossen, in dem ein Zusatzkredit von 10 Mio. Fr. für das Schoggigesetz-Budget 2011 enthalten war. Deshalb wurde ab 1. September bis 31. Dezember, unter Berücksichtigung der mit der EU vereinbarten maximalen Ausfuhrbeiträge, wieder der volle Preisausgleich gewährt.

Entwicklung Schoggigesetz-Budget



Die Schweiz weist für die verarbeiteten Agrarprodukte wertmässig eine positive Aussenhandelsbilanz aus. Nach hohen Zuwachsraten in den Vorjahren (+96 % von 2005 bis 2008) waren die Exporte in den letzten vier Jahren relativ konstant (+9 % von 2008 bis 2011). Auch die Einfuhren verblieben in den letzten Jahren auf praktisch gleich hohem Niveau. Der mit Abstand wichtigste Handelspartner für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte ist die EU mit einem Exportanteil von 65 % und einem Importanteil von 76 %.

Ein- und Ausfuhren von landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten



2.1.2 Milchwirtschaft

Die vermarktete Milchmenge stieg im Berichtsjahr um 1 % auf rekordhohe 3,472 Mio. t. Aus dem Fürstentum Liechtenstein und aus den Freizonen rund um Genf stammten davon etwa 26 000 t (0,7 %). Der Anteil Milch aus biologischer Produktion an der vermarkteten Milch lag bei 6,1 % und der Anteil aus der Produktion ohne Fütterung von Silage bei 34 %. Rund 0,1 Mio. t (2,8 %) der vermarkteten Milch wurde auf Sömmerungsbetrieben produziert.

Die Delegiertenversammlung der Branchenorganisation Milch (BO Milch) hat am 3. Mai 2011 beschlossen, 1 Rp./kg vermarktete Milch einzuziehen und damit den Absatz von MilCHFett zu fördern sowie einen Standardvertrag für den Milchkauf vorzuschreiben. Der Bundesrat hat diese Massnahmen auf den 1. Oktober 2011 und bis zum 30. April 2013 befristet auch für Nichtmitglieder als verbindlich erklärt. Mit seinem Beschluss hat der Bundesrat die Bestrebungen der BO Milch zur Stabilisierung des Milchmarktes und zur Stärkung der vertraglichen Beziehungen zwischen den Akteuren des Milchmarktes unterstützt.

Massnahmen für den Schweizer Milchmarkt 2011					
Produkt	Käse	Butter	Magermilch	Milchpulver	Konsummilch, Rahm, Frischmilchprodukte
Massnahme					
Grenzschutz	1				
Zulagen					
Meldepflicht Milchverwertung, Milchproduktion und Milchkaufverträge					

1 Grenzschutz besteht jedoch gegenüber Nicht-EU Ländern

Quelle: BLW

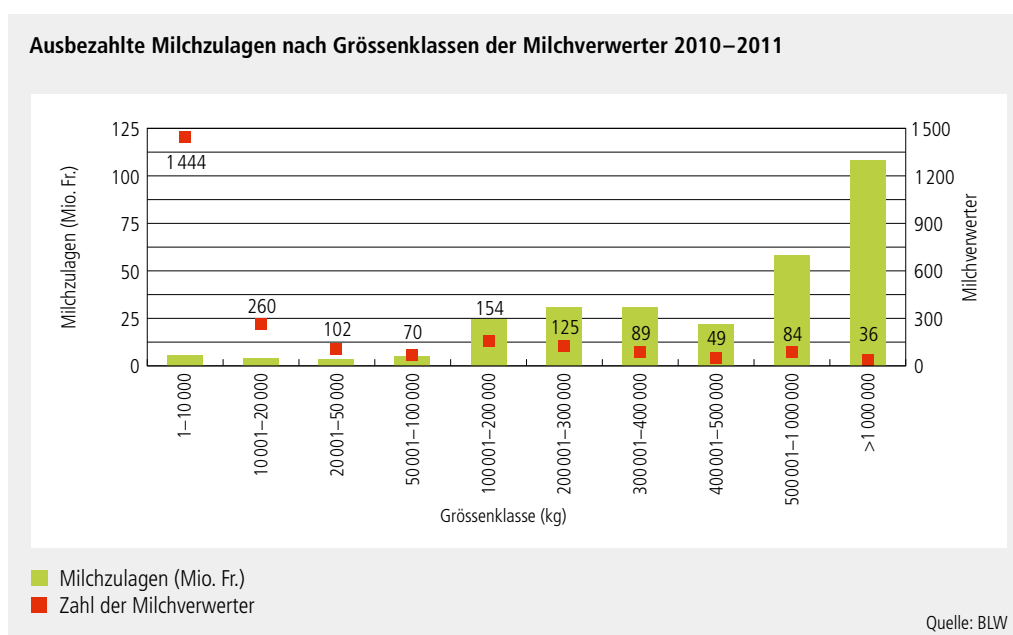


■ Finanzielle Mittel und statistische Kennzahlen 2011

Der Bund richtete im Berichtsjahr eine Zulage für verkäste Milch von 15 Rp./kg Milch und eine Zulage für Fütterung ohne Silage von 3 Rp./kg Milch aus. Für beide Milchzulagen zusammen wurden 292 Mio. Fr. ausgegeben. Für die Administration der Milchdaten sowie für Informatikmittel im Milchbereich wendete der Bund rund 3,3 Mio. Fr. auf.

Das BLW hat mit der TSM Treuhand GmbH (TSM) eine vierjährige Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die TSM ist beauftragt, Daten der Milchproduktion, der Milchverwertung und der Milchkaufverträge zu erfassen und zu prüfen. Die Milchverwerter müssen diese Milchdaten monatlich melden. Davon ausgenommen sind Vertragsdaten, die jährlich gemeldet werden. Die TSM ist verantwortlich dafür, dass dieser Meldepflicht nachgekommen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, sanktioniert sie die betroffenen Firmen und Betriebe. Zur Bearbeitung und Verwaltung der Milchdaten betreibt die TSM zwei Fachanwendungen. Ferner bereitet sie anhand der gemeldeten Milchverwertungsdaten die Auszahlung der Zulagen vor. Diese Angaben zur Auszahlung werden zweimal wöchentlich ans BLW übermittelt, welches anschliessend die Zulagen den Milchverwertern auszahlt.

Die Milchverwerter sind nach der Milchpreisstützungsverordnung verpflichtet, die erhaltenen Zulagen innert Monatsfrist den Produzenten und Produzentinnen, von denen sie die zu Käse verarbeitete Milch gekauft haben, weiterzugeben. Sie sind angehalten, die Zulagen in der Abrechnung über den Milchkauf an die Produzenten separat auszuweisen. Die Milchverwerter haben die Buchhaltung so zu gestalten, dass ersichtlich ist, welche Beträge sie für die Zulagen erhalten und ausbezahlt haben. Nachfolgende Grafik zeigt die Zahl der Milchverwerter, die Zulagen erhielten, und die ausgerichteten Milchzulagen je Grössenklasse in der Periode vom 1. November 2010 bis 31. Oktober 2011.



2 413 Milchverwerter erhielten im Berichtsjahr insgesamt 292 Mio. Fr. Milchzulagen, was einen Durchschnitt von 121 000 Fr. je Milchverwerter entspricht. Die Verteilung zeigt eine Konzentration der Zulagen auf wenige Milchverwerter: rund 15 % der Milchverwerter erhielten über 86 % der Milchzulagen. Einen Betrag von jährlich weniger als 10 000 Fr. erhielten rund 60 % oder 1 444 Milchverwerter. Es handelte sich dabei überwiegend um Sömmerungsbetriebe mit eigener Käseproduktion.

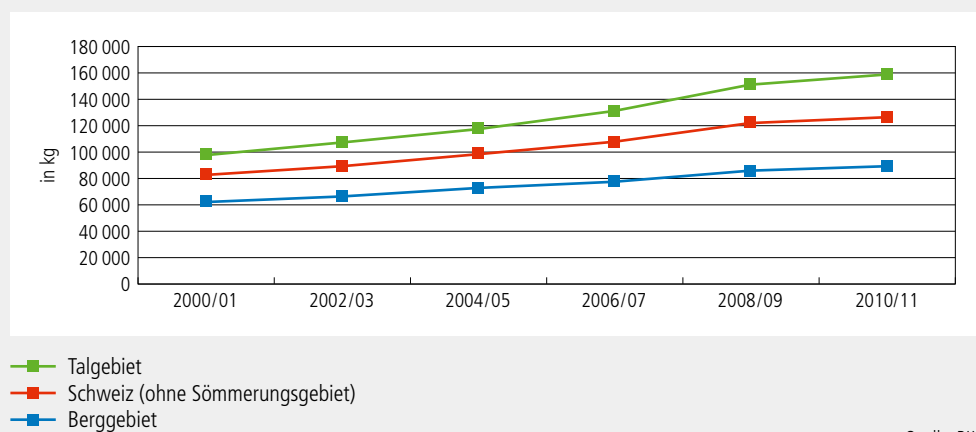
Die Inspektionsstelle des BLW führt im Bereich Milch und Milchprodukte risikobasierte Kontrollen bei Milchverwertern durch, die Milchdaten melden und Zulagen geltend machen. Im Berichtsjahr wurden 300 Betriebe kontrolliert. In 145 Fällen musste die Inspektionsstelle einen Betrieb beanstanden und in 49 dieser Fällen leitete das BLW ein Verwaltungsverfahren ein. Die allermeisten Beanstandungen führen zu einer Verwarnung, wenn es sich beispielsweise um kleine Erfassungsfehler oder um erstmalige Verfehlungen handelt. Zu viel ausbezahlte Zulagen in Folge von unkorrekten Meldungen der Milchverwertungsdaten müssen die Milchverwerter in jedem Fall Zulagen rückerstatten.

Im Milchjahr 2010/11 (1. Mai 2010 bis 30. April 2011) gab es in der Schweiz 14 231 Betriebe im Talgebiet und 11 508 Betriebe im Berggebiet mit Milchproduktion. Gegenüber dem Milchjahr 2009/10 ist damit die Zahl der Milchproduktionsbetriebe erneut um 2,6 % oder 695 Betriebe zurückgegangen. Das entspricht ziemlich genau 2 Betrieben, die täglich mit der Milchproduktion aufhörten. Zusätzlich wurde in der Alpungsperiode auf 2 791 Sömmerungsbetrieben Milch produziert. Die vermarktete Milchmenge je Sömmerungsbetrieb erreichte im Mittel knapp 35 000 kg.

Die durchschnittlich vermarktete Milch lag 2011 bei 159 712 kg je Talbetrieb und bei 89 578 kg je Bergbetrieb. Dies entspricht einer Zunahme um 3,2 bzw. 0,9 %. Die Zunahmen gegenüber dem Milchjahr 2000/01 belaufen sich auf 65 % bei Tal- und auf 46 % bei Bergbetrieben. Dieser Unterschied zeigt die wesentlich besseren Wachstumsmöglichkeiten im Talgebiet auf.

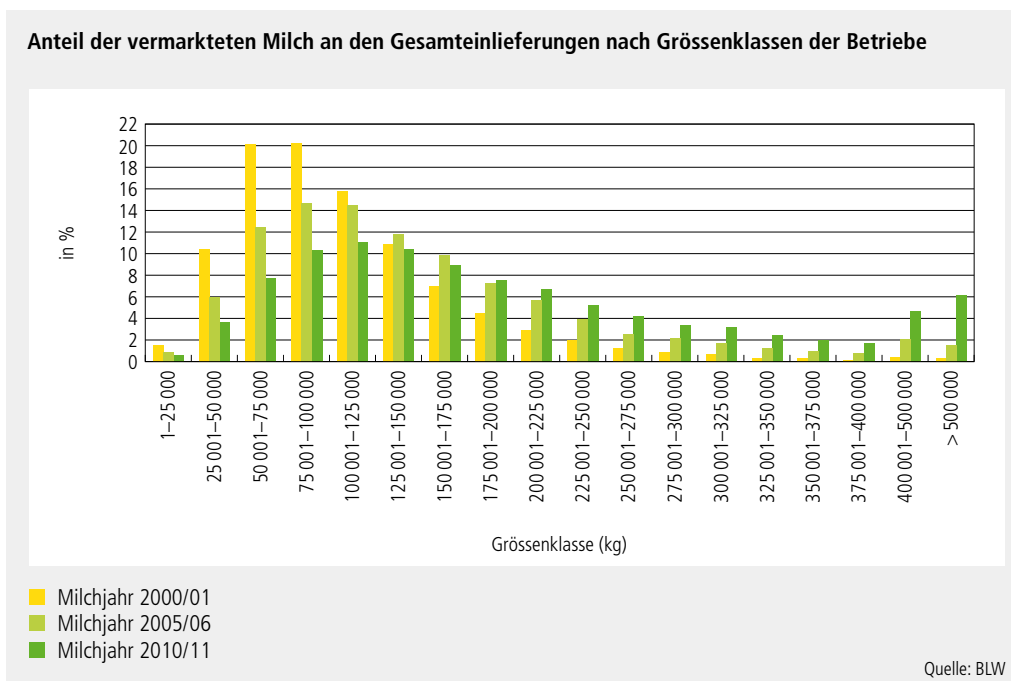
Tabelle 28
Seite A28

Entwicklung der durchschnittlich vermarkteten Milch je Betrieb



Im Vergleich mit dem Milchjahr 1990/91 stieg die vermarktete Milch je Kuh und je ha jeweils um etwa 50 %. Sie betrug im Berichtsjahr 5 991 kg je Kuh und 5 520 kg je ha.

Im Milchjahr 2010/11 haben die ganzjährig bewirtschafteten Milchproduktionsbetriebe gut 3,304 Mio. t und die Sömmerungsbetriebe rund 0,097 Mio. t Milch vermarktet. Die Hälfte der Milchproduzenten haben weniger als 100 000 kg Milch pro Jahr vermarktet. Ihr Anteil an der Gesamtproduktion erreichte lediglich rund 22 %. Dagegen haben die grössten 5 % der Milchproduzenten etwa 17 % der Milchmenge vermarktet. Eine weitere Steigerung dieses Anteils ist absehbar. Es gab 2011 bereits über 300 Betriebe in der Schweiz, welche mehr als 0,5 Mio. kg vermarkteten. Diese Menge erreichten vor zehn Jahren erst 16 Betriebe.



■ Milchkaufverträge

Artikel 36b des LwG legt zusammenfassend fest, dass Produzentinnen und Produzenten mit ihrem Milchkäufer einen Vertrag von mindestens einem Jahr abschliessen, der eine Vereinbarung über Milchmenge und Milchpreise enthält. Direktvermarkter sind für die vermarktete Milch von der Vertragspflicht ausgenommen. Gleiches gilt für Sömmerungsbetriebe, welche ihre Milch selber verarbeiten. Die öffentlich-rechtlich vorgeschriebenen Milchkaufverträge gelten nur für den ersten Milchverkauf vom Milchproduzent zum Erstmilchkäufer. Der Artikel ist bis zum 30. April 2015 befristet.

Die TSM hat bis zum 23. September 2011 Vertragsmengen in der Höhe von insgesamt 3,445 Mio. t Milch für das Kalenderjahr 2011 resp. das Milchjahr 2011/12 von total 834 Verwertern erfasst. Im Vergleich zur Vorjahresperiode sind die Vertragsmengen um 1 423 Tonnen oder 0,04 % gestiegen. Wichtig ist zu beachten, dass es sich bei diesen Vertragsmengen um eine Momentaufnahme handelt. Milchverwerter und Produzenten können neue Milchkaufverträge abschliessen oder bestehende Verträge anpassen und müssen der TSM diese Änderungen melden. Dementsprechend kann sich das Total der Vertragsmengen verändern.

■ Branchenorganisation Milch

Die BO Milch ist die Plattform der schweizerischen Milchwirtschaft und sie vereint rund 50 nationale und regionale Organisationen der Milchproduzenten und der Milchverarbeiter sowie Einzelfirmen der Industrie und des Detailhandels. Ihre Mitglieder produzieren und verwerten etwa 90 % der in der Schweiz vermarkteten Milchmenge.

Die BO Milch hat an der Delegiertenversammlung vom 3. Mai 2011 einen Standardvertrag für den Milchkauf beschlossen. Die Elemente dieses Vertrags ergänzen die bestehenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen in Artikel 36b LwG. So muss für alle Rohmilchverkäufe, vom Milchproduzenten bis zum Milchverarbeiter, ein Standardvertrag schriftlich abgeschlossen werden. Der Zwischenhandel ist damit auch der Vertragspflicht unterstellt. Im Standardvertrag muss die Milchmenge je nach Verwertungskanal in drei Segmente unterteilt werden:

- Milch im A-Segment dient zur Herstellung von Produkten mit hoher Wertschöpfung (geschützt oder gestützt).
- Milch im B-Segment dient zur Herstellung von Produkten mit eingeschränkter Wertschöpfung (ungeschützt und ungestützt), inkl. verkäste Milch für besondere Projekte.
- Milch im C-Segment dient der Produktion von Regulier- und Abräumprodukten ohne Beihilfen.

Die BO Milch publiziert für diese Segmente periodisch Richtpreise franko Rampe des Milchverwerter.

Als zweite Massnahme hat die Delegiertenversammlung der BO Milch einen Fonds Marktentlastung geschaffen, der mit einer Abgabe der Produzenten von 1 Rp./kg vermarktete Milch geüfnet wird. Die Mittel aus dem Fonds dienen der Finanzierung von zeitlich befristeten Entlastungsmassnahmen auf dem Milchfettmarkt. Gleichzeitig hat die BO Milch eine weitere Abgabe der Produzenten von 4 Rp./kg auf ausgedehnten Milchmengen der Jahre 2011 und 2012 gegenüber dem Milchjahr 2008/09 beschlossen. Auch diese Abgabe sollte in den Marktentlastungsfonds fliessen. Ferner legte sie als vierte Massnahme Abgaben zur ergänzenden Finanzierung der Massnahmen des «Schoggigesetzes» fest. Die BO Milch hat im Anschluss an die Delegiertenversammlung ein Begehren eingereicht, in welchem sie den Bundesrat ersuchte, alle vier Selbsthilfemassnahmen auf Nichtmitglieder auszudehnen.

Der Bundesrat hat zwei der vier Selbsthilfemassnahmen mit seinem Beschluss vom 31. August 2011 unterstützt. So hat er die Abgabe von 1 Rp./kg vermarktete Milch und die Kernelemente des Standardvertrags für den Milchkauf vom 1. Oktober 2011 bis zum 30. April 2013 für Nichtmitglieder der BO Milch verbindlich erklärt. Mit diesem Entscheid unterstützt der Bundesrat subsidiär die Bestrebungen der Milchbranche zur nachhaltigen Konsolidierung des Milchmarktes. Weil der Bundesrat nur auf rechtlich sichere Beschlüsse eintreten kann, wurde der Entscheid zur Abgabe von 4 Rp./kg auf ausgedehnten Milchmengen vertagt. Gegen diese Abgabe haben einige Mitglieder der BO Milch eine zivilrechtliche Anfechtungsklage eingereicht. Die Ausdehnung der ergänzenden Finanzierung der Massnahmen des Schoggigesetzes auf Nichtmitglieder lehnte der Bundesrat ab, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Die Finanzierung von Rohstoffpreisdifferenzen ist kein vorübergehendes, sondern ein strukturelles Marktproblem.

An der Delegiertenversammlung vom 4. Mai 2012 hat die BO Milch den Verzicht auf die Abgabe von 4 Rp./kg auf ausgedehnten Milchmengen beschlossen. Dieser Beschluss fusste hauptsächlich darauf, dass die Mehrheit der Ausstiegsorganisationen (Produzentenorganisationen und Produzenten-Milchverwerter-Organisationen) keine Milchdaten liefern wollte oder konnte.

Vorwiegend dank der Selbsthilfemassnahmen der BO Milch sanken die Butterlager von 10 500 t im Mai 2011 auf weniger als 3 000 t Ende 2011.

2.1.3 Viehwirtschaft

Die Vieh- und Fleischwirtschaft ist auf Stufe Landwirtschaft nach wie vor die wichtigste Einkommensquelle. Die Anforderungen an Haltung, Qualität, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung der Tiere sowie der tierischen Produkte wachsen stetig. Die Produzenten müssen sich diesen Entwicklungen stellen und die Massnahmen müssen ständig weiter entwickelt werden.

Am 1. Januar 2012 trat die Kennzeichnungspflicht für importiertes Kaninchenfleisch aus in der Schweiz nicht zugelassener Haltungsform in Kraft. Einige Importeure haben sich angepasst und führen seither Kaninchenfleisch ein, welches unter Einhaltung der schweizerischen Tierschutzgesetzgebung produziert wird. Dazu müssen die Produzenten im Ausland Produktionsrichtlinien mit gleichwertigen Haltungsanforderungen an die Kaninchen befolgen, welche eine staatlich akkreditierte Zertifizierungsstelle vor Ort überprüft. Das BLW beurteilt derartige Richtlinien und anerkennt sie als gleichwertig, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Produktionsrichtlinien und die gesuchstellenden Importeure werden auf der Homepage des BLW publiziert. Ohne Nachweis einer gleichwertigen Produktion muss Kaninchenfleisch am Verkaufspunkt mit «aus in der Schweiz nicht zugelassener Haltungsform» deklariert sein.

Der Bundesrat hat am 25. Januar 2012 einen Bericht über die Entsorgungsbeiträge für Rinder und Kleinvieh verabschiedet. Mit diesem Bericht erfüllte er ein Postulat der Finanzkommission des Nationalrates. Der Bundesrat kommt darin zum Schluss, dass unter Einhaltung verschiedener Leitlinien eine Lockerung des Fütterungsverbots von Tiermehl an Nutztiere erfolgen könnte. Zu diesen Leitlinien gehören eine Beschränkung auf Nebenprodukte von Geflügel und Schweinen, die Einhaltung eines sogenannten Kannibalismusverbots, eine konsequente und ordentliche Warentrennung im gesamten Prozess sowie eine Abstimmung mit dem Vorgehen der EU. Er findet ferner, dass eine jährliche Unterstützung des Bundes von maximal 48 Mio. Fr. an die Entsorgungskosten nach wie vor adäquat ist, solange keine wesentliche Reduktion der gesamthaft anfallenden Entsorgungskosten realisiert werden kann.



Massnahmen 2011

Tier/Produkt	Rinder	Kälber	Schweine	Equiden	Schafe	Ziegen	Geflügel	Bienen	Eier
Massnahme									
Grenzschutz	■	■	■	■	■	■	■		■
Marktabräumung ab öffentlichen Märkten	■	■			■				
Einlagerungsaktion	■	■	■						
Verbilligungsaktion	■	■	■						■
Aufschlagaktion									■
Verwertungsbeiträge Schafwolle					■				
Höchstbestände		■	■				■		■
Tierverkehrsdatenbank	■	■	■	■	■	■			
Infrastrukturbeiträge für öffentliche Märkte im Berggebiet	■	■			■				
Tierzuchtförderung	■	■	■	■	■	■	■	■	
Erhaltung gefährdeter Schweizer Rassen	■	■	■	■	■	■	■	■	

Quelle: BLW

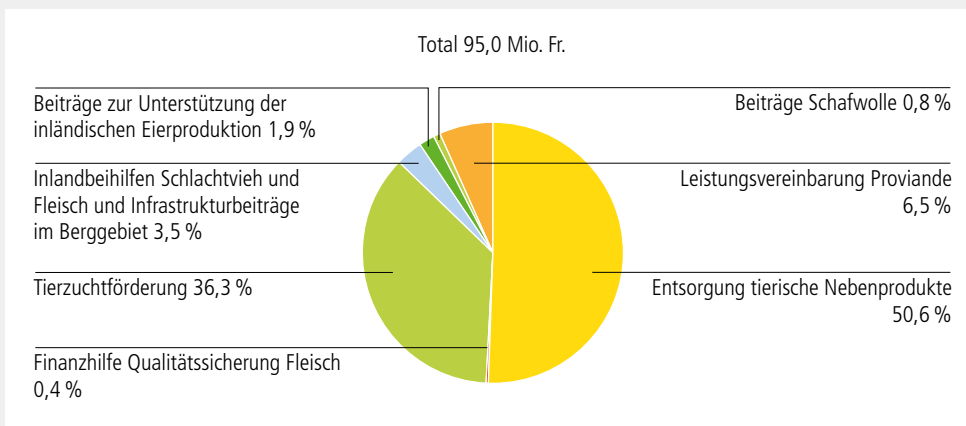
Für die Preisstabilisierung auf dem Fleisch- und Eiermarkt werden temporäre Entlastungsmassnahmen unterstützt. So hilft der Bund mit Beihilfen im Frühling und Sommer Kalbfleisch einzulagern, und er trägt einen Teil des Wertverlustes beim Aufschlagen von Konsumeiern in Zeiten mit zu grossem Angebot. Zur Absatzsicherung müssen ferner Schlachtviehhändler, die Zollkontingentsanteilsinhaber sind, in befristeten Perioden auf öffentlichen Märkten Tiere übernehmen, die im freien Verkauf nicht absetzbar sind. Ein wesentliches Element zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen ist die Förderung von tierzüchterischen Massnahmen. Insbesondere die Führung von Herdebüchern und die Durchführung von Leistungsprüfungen werden finanziell unterstützt. Für die Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen wird eine Tierverkehrsdatenbank betrieben. Nach wie vor gibt es für Mastkälber, Schweine und Geflügel (ohne Junghennen) eine Begrenzung des Bestands pro Betrieb.

■ Finanzielle Mittel 2011

Für Massnahmen in der Viehwirtschaft wurden im Berichtsjahr insgesamt 95 Mio. Fr. ausgegeben. An die Genossenschaft Proviande, welche im Auftrag des Bundes Vollzugsaufgaben auf dem Schlachtvieh- und Fleischmarkt ausführt, wurden 6,2 Mio. Fr. ausbezahlt.

Die Ausgaben für den Betrieb der Tierverkehrsdatenbank (TVD) beliefen sich 2011 auf 11,1 Mio. Fr. Die Gebühreneinnahmen von 10,3 Mio. Fr. deckten diese nicht vollständig. Der Bund hat 1,0 Mio. Fr. in das Projekt TVKplus – die Gesamterneuerung der TVD – investiert. Für die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten richtete die identitas AG im Auftrag des BLW 48,1 Mio. Fr. aus. Etwa ein Drittel dieses Betrags kam den Rindviehhaltern mit Kälbergeburten zugute und etwa zwei Drittel den Betrieben, die Tiere der Rinder-, Schaf-, Schweine- oder Ziegenart schlachteten.

■ Tabelle 29
Seite A28

Mittelverteilung 2011

Quelle: Staatsrechnung

■ Massnahmen auf dem Schlachtvieh- und Fleischmarkt

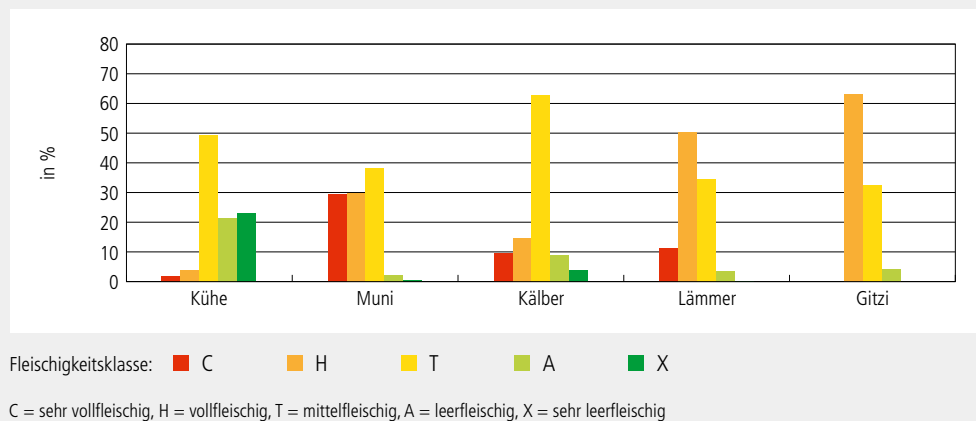
In Form einer Leistungsvereinbarung hat das BLW der Genossenschaft Proviande Vollzugsaufgaben auf dem Schlachtvieh- und Fleischmarkt übertragen.

Neutrale Qualitätseinstufung

Gestützt auf die Schlachtviehverordnung stuft Proviande in grossen Schlachtbetrieben die Qualität der geschlachteten Tiere neutral ein. Als «gross» gilt ein Betrieb, wenn er im Durchschnitt mehr als 120 Schweine oder rund 23 Stück Grossvieh pro Woche schlachtet. Bei Tieren der Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Pferdegattung werden die Fleischigkeit und der Ausmastgrad optisch nach dem System der sogenannten CH-TAX bestimmt. Für Tiere der Schweinegattung wird die Fleischigkeit – der Magerfleischanteil – mit Geräten bestimmt. Der Klassifizierungsdienst von Proviande hat am Ende des Berichtsjahres in 31 Betrieben gearbeitet. Drei dieser Betriebe schlachten ausschliesslich Tiere der Schweinegattung, vier Betriebe Tiere der Rinder-, Schaf-, Ziegen- oder Pferdegattung ohne Schweine und 24 Betriebe alle Tiergattungen. Die Ergebnisse der neutralen Qualitätseinstufung werden zentral auf einem Server der identitas AG gespeichert und dienen zur Überwachung, Qualitätsverbesserung und Statistik. Die Qualität der Schlachttiere muss mit wenigen Ausnahmen auch in allen weiteren Schlachtbetrieben bestimmt werden, wobei dies von Angestellten der Schlachtbetriebe ausgeführt werden darf. Die neutrale Qualitätseinstufung hat sich bewährt und dient zur Verbesserung der Transparenz, der Schlachtkörperqualität und zur korrekten Abrechnung der Schlachttiere.

Die optimale Fütterung und geeignete Mastrassen sind Gründe für die markante Zunahme der Fleischigkeit von geschlachteten Tieren. Fast 60 % der Muni, 24 % der Kälber und 62 % der Lämmer wurden 2011 als vollfleischig oder sehr vollfleischig eingestuft. Im Jahre 2005 waren es lediglich 43 % der Muni, 17 % der Kälber und 43 % der Lämmer. Die Fleischigkeit der Kühe stagnierte dagegen in derselben Zeitspanne. Zwischen 42 % und 47 % der geschlachteten Kühe waren leerfleischig oder sehr leerfleischig. Der grosse Anteil von Milchkühen und die Haltung von speziellen Milchrassen ist für diese stabile Entwicklung verantwortlich.

Verteilung der Schlachtkörper auf die Fleischigkeitsklassen 2011



Quelle: Proviande

Überwachung von öffentlichen Märkten und Organisation von Markentlastungsmassnahmen

Vor Beginn des Kalenderjahres erstellt Proviande in Übereinkunft mit den Kantonen und den bäuerlichen Organisationen ein Jahresprogramm für öffentliche Schlachtvieh- und Schafmärkte. Dieses beinhaltet Ort und Datum des Markts sowie die Tierkategorien, die aufgeführt werden können. Proviande legt dieses Jahresprogramm dem BLW zur Zustimmung vor. Die Zahl der Märkte sowie die Anzahl der aufgeführten Tiere beim Grossvieh blieb 2011 relativ konstant. Um 14 % zugenommen haben die aufgeführten Kälber, wohingegen 9 % weniger Schafe aufgeführt wurden. Bei den Kälbern zeigt der Trend der Auffuhren seit Jahren nach oben. Der Grund dafür ist vor allem die Zunahme von Kälbern, die aus Lohnmastbetrieben stammen, und über den öffentlichen Markt verkauft werden. Im Rahmen der Marktabräumung teilte Proviande über 2 000 Tiere der Schafgattung an Händler zu, welche Inhaber eines Zollkontingentanteils waren. Für diese Übernahmen müssen die Händler den von Proviande festgestellten Wochenpreis bezahlen. Erstmals seit fünf Jahren teilte Proviande wieder Kälber zu.

Zahlen zu den überwachten öffentlichen Märkten 2011

Merkmal	Einheit	Kälber	Grossvieh	Tiere der Schafgattung
Überwachte öffentliche Märkte	Anzahl	277	732	320
Versteigerte Tiere	Anzahl	46 611	59 863	78 026
Durchschnittliche Anzahl Tiere pro Markt	Anzahl	168	82	244
Anteil aufgeführte Tiere an allen Schlachtungen	%	17,8	15,1	29,5
Zugeteilte Tiere (Marktabräumung)	Anzahl	117	619	2 123

Quelle: Proviande

Das Angebot an Schlachtkälbern überstieg im Frühling und Sommer saisonal bedingt die Nachfrage. Zur Stützung der Kälberpreise lagerten Schlachtbetriebe 666 t Kalbfleisch ein, welches sie im Herbst wieder auslagerten. Das BLW zahlte 3,2 Mio. Fr. (ca. 5 Fr. je kg) an die Lagerkosten und an den Wertverlust infolge des Einfrierens.

■ Massnahmen auf dem Eiermarkt

Besonders nach Ostern sinkt die Nachfrage nach Eiern markant. Um die Auswirkungen saisonaler Marktschwankungen zu mildern, wurden 2011, nach Anhörung der interessierten Kreise, im Rahmen der bewilligten Kredite 2 Mio. Fr. für Verwertungsmassnahmen zur Verfügung gestellt. Die Eiprodukthersteller schlugen im Berichtsjahr 15,3 Mio. inländische Konsumeier auf und verwerteten Eiweiss und Eigelb in der Industrie. Damit wurde der Konsumschaleneiermarkt entlastet. Der Handel seinerseits verbilligte 9,0 Mio. Konsumeier zu Gunsten der Konsumentinnen und Konsumenten. Pro aufgeschlagenes Ei wurde ein Beitrag von 9 Rp. und pro verbilligtes Ei ein Beitrag von 5 Rp. ausgerichtet. Insgesamt nahmen 14 Firmen an der Aufschlagsaktion und zehn Firmen an der Verbilligungsaktion teil.

■ Massnahmen für die Schafwollverwertung

Gestützt auf die Verordnung über die Verwertung der inländischen Schafwolle unterstützte das BLW in erster Priorität innovative Projekte zur Schafwollverwertung. In zweiter Priorität erhielten Selbsthilfeorganisationen Beiträge für die Verwertung der inländischen Schafwolle. Diese Organisationen müssen die eingesammelte Wolle mindestens sortieren, waschen und zur Weiterverarbeitung zu Endprodukten abgeben, wobei nur das Waschen ausnahmsweise im Ausland erfolgen darf.

Das BLW unterstützte 2011 fünf innovative Projekte mit einer Gesamtsumme von rund 0,7 Mio. Fr. Fünf Selbsthilfeorganisationen haben 105 t Schafwolle gesammelt, sortiert und diese gewaschen zur Weiterverarbeitung zu Endprodukten im Inland abgegeben. Der Beitrag des Bundes für gewaschene Wolle betrug 2 Fr. je kg, was einen Betrag von total rund 0,21 Mio. Fr. ergab.

■ Studie zum Schweizer Lammfleischmarkt: Marktanalyse und Wettbewerb

M. Aepli und Dr. R. Jörin von der Gruppe Agrarwirtschaft des Instituts für Umweltentscheidungen der ETH Zürich untersuchten im Auftrag des BLW den Schweizer Lammfleischmarkt. Die Ziele der Studie bestanden darin, die Ursachen für die Preisentwicklungen der letzten Jahre zu bestimmen, die Marktstruktur und den Wettbewerb zu beurteilen sowie die Entwicklung der Qualität der Lämmer zu beschreiben. Die wichtigsten Ergebnisse sind:

- Der Rückgang der Produzentenpreise in den vergangenen Jahren ist auf verhältnismässig hohe Importe und eine rückläufige Nachfrage zurückzuführen. Die Importregelung ermöglicht die Produzentenpreise im Inland zu stabilisieren, indem die Importmenge beschränkt wird.
- Auf Stufe des Handels mit Lebendtieren aber auch auf den nachgelagerten Stufen ist der Wettbewerb kritisch zu beurteilen. Diese Strukturen können negative Auswirkungen auf die Preise haben. Massnahmen zur Förderung des Wettbewerbs sind folgerichtig nötig.
- Im Hinblick auf weitere Marktöffnungen ist eine gute Positionierung des Schweizer Lammfleischs nötig, um den Absatz zu erhalten. Die Steigerung der Nachfrage ist oberstes Ziel.
- Das Marketing für Schweizer Lammfleisch muss intensiviert werden. Ein Ansatz wie der Verkauf von Alplämmern zeigt einen ersten Erfolg.
- Die Marktbeobachtung ist zu verbessern, indem auch Preise auf der Stufe der Verarbeitung und des Grosshandels erhoben werden.
- Die Schlachtkörperqualität von inländischen Lämmern hat sich in den letzten Jahren verbessert.

■ Massnahmen im Bereich Tierverkehr

Die Gesamterneuerung der Tierverkehrsdatenbank (TVD) zeigte erste Resultate: Am 3. Januar 2011 wurde die neue TVD über das Portal Agate (www.agate.ch) plangemäss in Betrieb genommen. Aufgeschaltet wurden die TVD Equiden (für Tiere der Pferdegattung) sowie die TVD Schweine. Wegen Verzögerungen konnten bei den Equiden nicht alle Funktionalitäten von Anfang an in Betrieb genommen werden. Die Equideneigentümerinnen und -eigentümer müssen seit Januar 2011 auf der TVD Equiden ihre lebenden und in der Schweiz stehenden Equiden registrieren sowie Geburten und Importe melden. Meldepflichtig ist der Eigentümer des Equiden und nicht wie beispielsweise beim Rindvieh der Halter, bei dem das Tier im Stall steht. Dieser Umstand ist auf die besonderen Verhältnisse in der Equidenhaltung, vor allem bei der Pensionspferdehaltung, zurückzuführen, wo der Halter sehr oft wechseln kann. Bei den Schweinen müssen neu gruppenweise die Zugänge (ohne Geburten) gemeldet werden (Anzahl Schweine, Datum, Herkunftsbetrieb). Diese beiden Neuerungen für Equiden und Schweine wurden im Rahmen der Erhaltung der Äquivalenz im tierischen Bereich mit der EU realisiert. Neu ist auch, dass beauftragte Dritte die Meldungen von Meldepflichtigen im Mandatsverhältnis tätigen können, was vor allem von Schweinehändlern genutzt wird. Die Aufschaltung der fehlenden Funktionalitäten bei der TVD Equiden wurde Ende April 2011 realisiert. Die neu gebaute TVD Rindvieh – vorab das ganze Meldewesen im Rindviehbereich und die Bestellung von Ohrmarken inkl. allen bisher getätigten Meldungen – wurden anfang Februar 2012 auf die neue TVD migriert. Parallel zur technischen Anpassung wurde die Verordnung über die Tierverkehrsdatenbank am 26. Oktober 2011 total revidiert.

Im Zusammenhang mit der neuen Passpflicht für Equiden wurden vom BLW bis März 2012 15 Stellen anerkannt, die Equidenpässe ausstellen dürfen. Dies sind neben der identitas AG, als Betreiberin der TVD, und dem Schweizerischen Verband für Pferdesport (SVPS) ausschliesslich in der Schweiz anerkannte Pferdezuchtorganisationen. Das dezentrale Ausstellen des Equidenpasses mit den TVD-Daten funktioniert seit September 2011. Die damit verbundenen Prozesse müssen indes weiter verbessert werden.

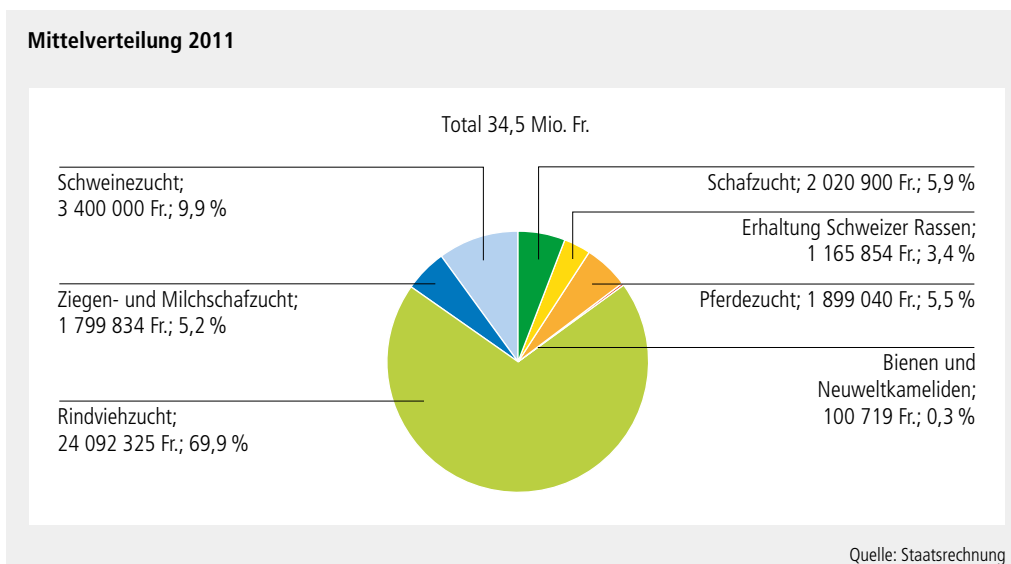
■ Förderung der Tierzucht

Bundesbeiträge zur Förderung der Tierzucht können nur an anerkannte Tierzuchtorganisationen ausgerichtet werden. Die Gesetzesgrundlage für die Anerkennung von Zuchtorganisationen bildet Artikel 144 LwG. Die Ausführungsbestimmungen sind in der Verordnung über die Tierzucht festgehalten. Diese regelt die Voraussetzungen, welche eine Zuchtorganisation bei Tieren der Rinder-, Schweine-, Schaf- und Ziegengattung sowie bei Equiden, Kaninchen, Geflügel, Honigbienen und Neuweltkameliden erfüllen muss, um vom BLW anerkannt zu werden. Die Anerkennung ist auf zehn Jahre befristet.

An 25 Zuchtorganisationen wurden 2011 insgesamt rund 34,5 Mio. Fr. ausgerichtet. Damit wurden die Herdebuchführung, die Durchführung von Leistungsprüfungen und die Erhaltung von Schweizer Rassen unterstützt. Für die Erhaltung werden meist mehrjährige Projekte durchgeführt. Lag der Gesamtbeitrag an eine Zuchtorganisation unter 30 000 Fr., wurde nichts ausbezahlt. Ausgenommen sind Beiträge an Zuchtorganisationen von Schweizer Rassen.

Schwergewichtig werden die Tierzuchtmittel für die Rindviehzucht eingesetzt. 24 Mio. Fr. (70 %) flossen an die Rindviehzucht, davon zwei Drittel an die Durchführung der Milchleistungsprüfungen. Mit den Tierzuchtbeiträgen des Bundes können die züchterischen Dienstleistungen der Organisationen verbilligt werden. Die Züchterinnen und Züchter profitieren in der Folge, indem sie beispielsweise tiefere Tarife für die Milchleistungsprüfungen bezahlen.

■ Tabelle 30
Seite A29



■ Erhaltung gefährdeter Schweizer Rassen

2011 wurden im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes für tiergenetische Ressourcen 11 Erhaltungsprojekte für Schweizer Rinder-, Pferde-, Schaf-, Ziegen- und Bienenrassen von anerkannten Zuchtorganisationen durchgeführt und vom BLW begleitet. Eine effiziente Bewirtschaftung tiergenetischer Ressourcen erfordert starke Institutionen. Die Koordination zwischen den verschiedenen Interessenvertretern, die Zusammenarbeit mit ihnen und die Etablierung eines aktiven Netzwerkes sind wichtige Aufgaben des BLW. Um die Zusammenarbeit auf nationaler Ebene zu stärken, Synergien auszuschöpfen, den Erfahrungsaustausch zu fördern und vorhandenes Know-how zu verbreiten, hat das BLW zusammen mit der Vereinigung für Tierproduktion einen zweiten Workshop «Tiergenetische Ressourcen» durchgeführt. Dabei wurden verschiedene Erhaltungsprojekte gefährdeter Rassen vorgestellt und für die Schweizer Rassen SWOT-Analysen erarbeitet. Die Resultate daraus werden zur Priorisierung von Handlungsfeldern herbeigezogen. Der Nationale Genpool Rinder und Pferde wird laufend erneuert. 2012 folgen Ziegen und Schweine. Stand und Monitoring der gefährdeten Rassen werden im «EFABIS», einem Informationssystem im Internet (<http://efabis.ch>), laufend dokumentiert. Die Fachstelle Tiergenetische Ressourcen arbeitet international mit dem European Regional Focal Point sowie mit der FAO bei der Überprüfung von Guidelines zur Erhaltung tiergenetischer Ressourcen aktiv zusammen. Sie hat in diesen Gremien 2011 auch Erhaltungsprojekte vorgestellt.

■ Überprüfung der Zuchtorganisationen

Zur Kontrolle des verordnungs- und rechtskonformen Einsatzes der Mittel zur Förderung der Tierzucht werden anerkannte Zuchtorganisationen überprüft: Ziel ist es, alle Zuchtorganisationen innerhalb von fünf Jahren mindestens einmal vor Ort zu kontrollieren. 2011 wurden sechs anerkannte Zuchtorganisationen überprüft. Die Inspektion wurde mit einem Bericht dokumentiert, welcher allfällige Mängel darlegte und Anweisungen zu deren Behebung unterbreitete.

■ Höchstbestände

Der Bundesrat hat gestützt auf Artikel 46 des LwG Höchstbestände je Betrieb für die Schweinezucht, Schweinemast, Legehennenhaltung, Pouletmast, Trutenmast und Kälbermast festgelegt. Bei einer Überschreitung dieser Höchstbestände wird je zu viel gehaltenes Tier eine Abgabe erhoben. Das BLW kann auf Gesuch eine Ausnahmegewilligung für die Haltung eines höheren Bestandes erteilen. Im Berichtsjahr verfügten 26 Betriebe aufgrund der Verfütterung von Nebenprodukten aus der Milch- und Lebensmittelverarbeitung an Schweine über eine Ausnahmegewilligung. Zusätzlich durften zehn Betriebe, die den ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) erfüllen und den anfallenden Hofdünger auf der eigenen Betriebsfläche ausbringen können, einen höheren Bestand halten.

2.1.4 Pflanzenbau

Ergänzend zum Grenzschutz fördert der Bund den Pflanzenbau mit spezifischen Anbaubeiträgen einzelner Kulturen im Ackerbau und Beiträgen für die Verarbeitung von Schweizer Obst. Bis Ende 2011 unterstützte er zudem die Umstellung auf innovative Kulturen.

Weil der Pflanzenbau zur Ernährung von Mensch und Tier im Zentrum steht und eher wenig Innovationen im Bereich nachwachsender Rohstoffe festzustellen sind, wurden die Beiträge für die Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe in anerkannten Pilot- und Demonstrationsanlagen Ende 2011 aufgehoben.

Massnahmen 2011

Kultur	Getreide	Körnerlegumi- nosen	Ölsaaten	Kartoffeln	Zuckerrüben	Saatgut	Gemüse, Schnittblumen, Weinbau	Obst
Massnahme								
Grenzschutz ¹	■	■	■	■	■	■	■	■
Verarbeitungsbeiträge								■ ²
Anbaubeiträge		■	■		■	■ ³		
Beiträge für Umstellung und Pflanzung innovativer Kulturen ⁴							■ ⁵	■ ⁵

¹ Je nach Verwendungszweck bzw. Zolltarifposition kommen teilweise keine oder nur reduzierte Grenzabgaben zur Anwendung

² Betrifft nur Teile der Erntemenge (Marktreserven Kernobstsaftkonzentrate)

³ Nur für Kartoffeln, Mais und Futterpflanzen

⁴ Betrifft nur bestimmte Kulturen

⁵ Die Beiträge werden letztmals im Jahr 2011 ausbezahlt

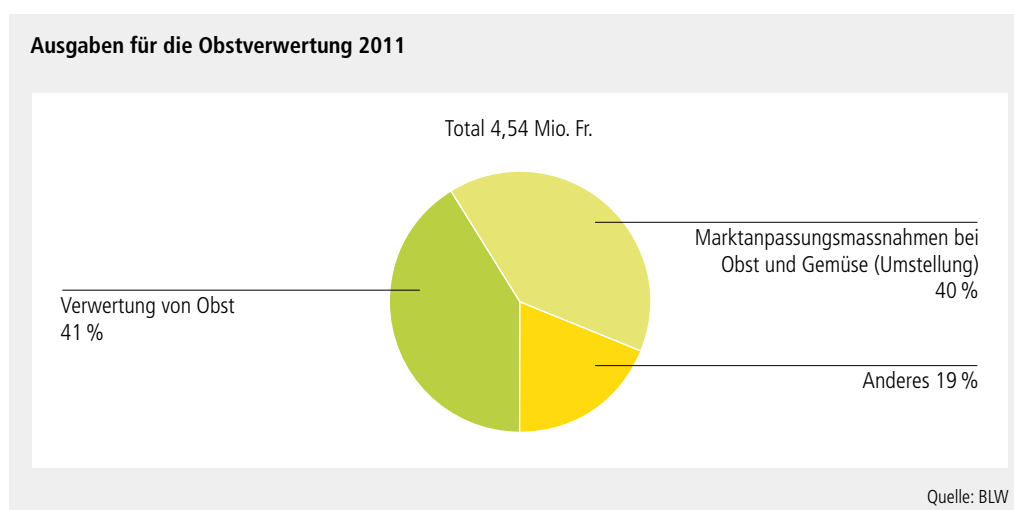
Quelle: BLW



■ Finanzielle Mittel 2011

Die 2011 für den Pflanzenbau ausgerichteten Marktstützungen stiegen gegenüber dem Vorjahr von 70 Mio. Fr. auf 77,7 Mio. Fr. Von den total aufgewendeten Mittel entfielen 89 % auf die Anbauförderung, 6 % auf die Verarbeitung und Verwertung, 1 % auf diverse Fördermassnahmen und 4 % auf die EHEC-Sonderentschädigung von Gemüseproduzenten.

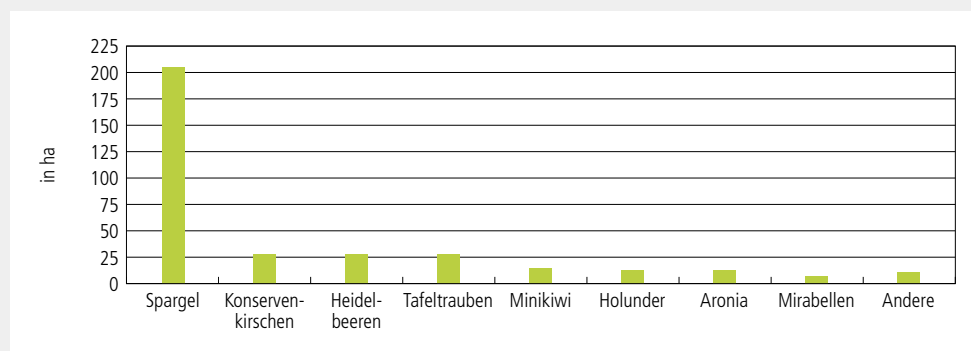
Im Vorjahresvergleich stiegen die aufgewendeten Mittel für die Ackerkulturen um knapp 3 Mio. Fr. und für die Obstverwertung um knapp 1,7 Mio. Fr. Nachdem die Branche die Zuckerproduktion im Vorjahr reduziert hatte, wirkte sich im Berichtsjahr die Flächenausdehnung im Zuckerrübenanbau in einem höheren Mittelbedarf von 2,8 Mio. Fr. aus. Eine ausserordentliche Ausgabe von 2,9 Mio. Fr. bildete die Sonderentschädigung von Gemüseproduzenten infolge finanzieller Einbussen durch die Falschmeldung über die Verbreitung der enterohämorrhagischen Escherichia coli (EHEC) in Deutschland durch spanische Gurken.



2011 betrug die Unterstützung für die Obstverwertung 4,54 Mio. Fr. Im letztmöglichen Jahr zur Ausrichtung von Beiträgen für die Pflanzung innovativer Obst- und Gemüsekulturen stiegen die Ausgaben um über 1 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr. Unter «Anderes» stiegen die Ausgaben um 0,6 Mio. Fr. bedingt durch die Unterstützung des Pilotprojektes Qualitätssicherung SwissGAP.

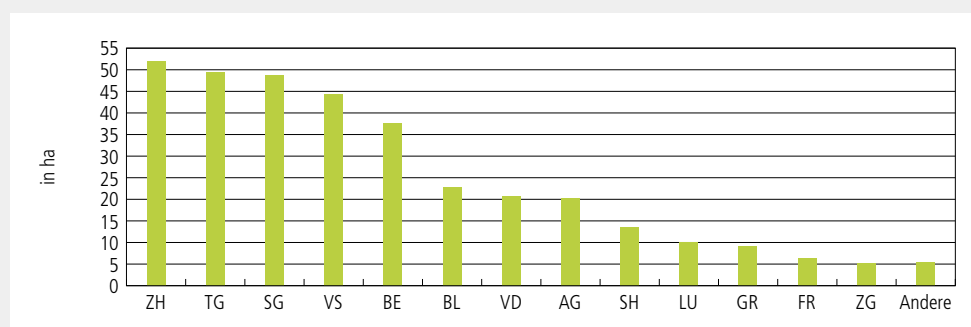
■ Innovative Kulturen

Die Marktanpassungsmassnahmen wurden mit der AP 2007 eingeführt und hatten als Ziel, innovative Kulturen in der Schweiz zu fördern. Als innovative Kulturen galten verschiedene Steinobstkulturen wie der Anbau von Konservenkirschen, Nektarinen, Pfirsiche, Mirabellen und Reineclaudes sowie Tafeltrauben- und Spargelkulturen. Innerhalb von acht Jahren prüfte das BLW 177 Gesuche, die von einem oder mehreren Produzenten eingereicht worden waren. Insgesamt wurden Beiträge in der Höhe von 5,86 Mio. Fr. für die Pflanzung von 344,8 ha innovativer Kulturen bewilligt.

Bewilligte Pflanzungen von innovativen Kulturen zwischen 2004 und 2011, nach Kultur (Total 344,8 ha)

Quelle: BLW

Der Bleich- und Grünspargelanbau war Spitzenreiter nach Beliebtheitsgrad der innovativen Kulturen. Die Spargelfläche in der Schweiz konnte mehr als verdoppelt werden und nahm von 117 ha im Jahr 2004 auf 322 ha im 2011 zu. Der Selbstversorgungsgrad (2004: 2 %) wurde positiv beeinflusst und könnte 2012 auf etwa 5 % steigen. Gemäss der Verordnung über Massnahmen zu Gunsten des Obst- und Gemüsemarktes waren die innovativen Kulturen allgemein definiert als jede Dauerkultur von Tafelobst oder Gemüse, für die kein Grenzschutz bestand. Die Produzenten und die kantonalen Fachstellen reichten deshalb Gesuche für die verschiedensten Kulturen ein. Besonders viele gingen für den Anbau von Heidelbeeren (28 ha), Minikiwi (15 ha), Holunder (13 ha) und Aronia (12 ha) ein. Weiter gab es auch einige Gesuche für den Anbau von Spezialitäten wie Trüffel (4 ha) oder Kaki (2 ha).

Bewilligte Pflanzungen von innovativen Kulturen zwischen 2004 und 2011, nach Kanton (Total 344,8 ha)

Quelle: BLW

Die Kantone machten in unterschiedlichem Ausmass bei den Massnahmen mit. Besonders aktiv war die Ostschweiz mit Zürich (52 ha), St. Gallen und Thurgau (je 49 ha), aber auch das Wallis (44 ha) und der Kanton Bern (38 ha). In diesen fünf Kantonen wurden 60 % der bewilligten Fläche gepflanzt.

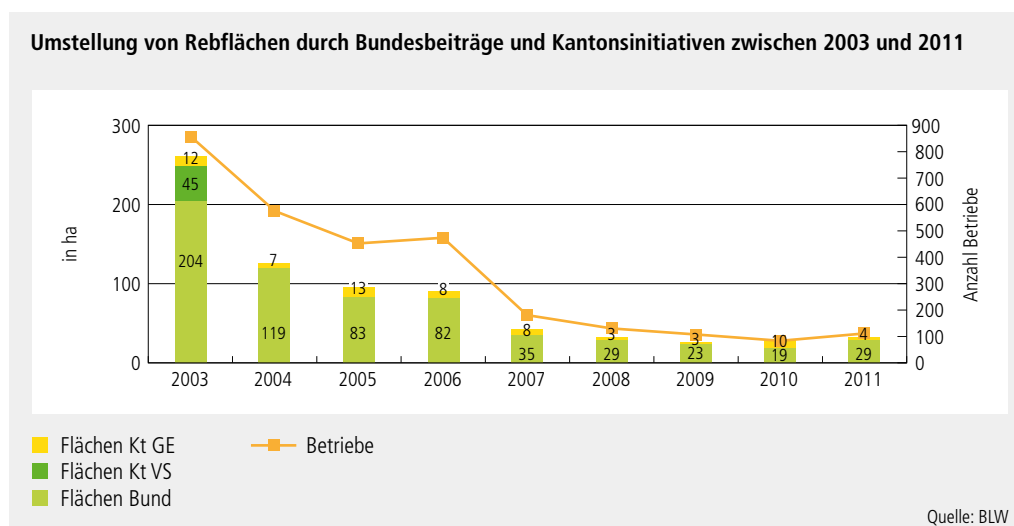
■ Umstellungsbeiträge für Reben

Vor dem Hintergrund veränderter Verbraucherpräferenzen beim Weinkonsum und verschärfter Wettbewerbsbedingungen durch die Zusammenlegung der Weiss- und Rotweinimportkontingente auf den 1. Januar 2001 kam der Bundesrat in seiner Botschaft vom 29. Mai 2002 zur AP 2007 zum Ergebnis, dass die mit Chasselas und Müller-Thurgau bestockten Rebflächen um 500 bis 1 000 ha zu hoch waren. Deshalb beschloss er bis 2011 befristete Massnahmen zur Rodung und anschliessenden Neubepflanzung dieser Rebflächen zu Gunsten von weissen und roten Spezialitäten.

Umstellungsbeiträge wurden nur für Rebflächen gewährt, die mindestens 500 m² gross sind. Die Bewirtschaftung der Gesuche und Abrechnungen der Bundesbeiträge, die nach Hangneigung bzw. Terrassenlage abgestuft bemessen waren, erfolgte durch die am Umstellungsprogramm teilnehmenden Kantone. Letztere mussten zudem für Chasselas und Müller-Thurgau einen um 0,1 kg/m² geringeren Erntehöchstertag festlegen.

Bilanz

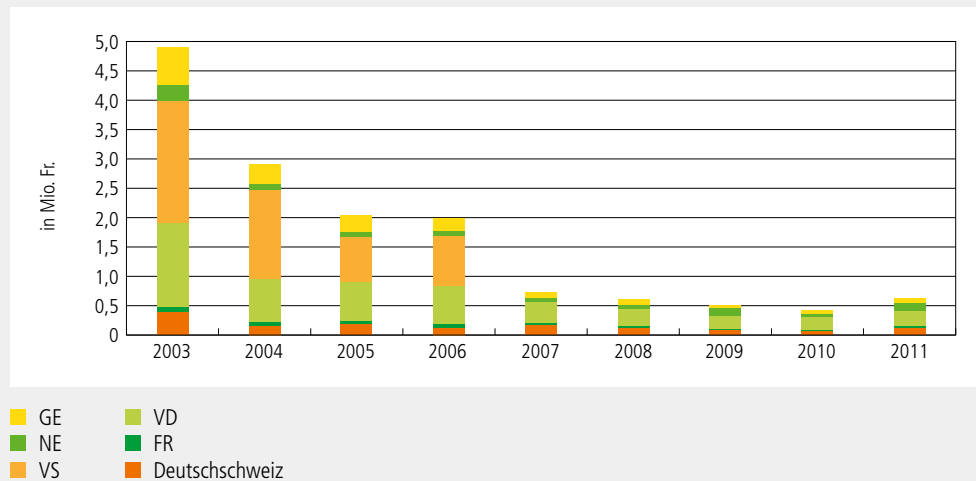
Die folgende Abbildung zeigt die gewährten Umstellungsbeiträge für die Jahre 2003 bis 2011. Im ersten Jahr (2003), welches im Vorlauf zur AP 2007 erfolgte, meldeten sich über 1 000 Betriebe in den verschiedenen Kantonen für die Umstellung von Rebflächen an. Die zur Verfügung stehenden Bundesmittel (4,9 Mio. Fr.) erlaubten aber nur 855 Betriebe mit insgesamt 204 ha Rebfläche zu berücksichtigen. Dieser Umstand hatte zur Folge, dass neben dem Bundesprogramm zusätzlich noch kantonale Umstrukturierungsbeihilfen (Genf: 12 ha, Wallis: 45 ha) ausgesprochen wurden. Bereits 2004 konnten alle Anträge berücksichtigt werden, 577 Betriebe mit insgesamt 119 ha nahmen am Umstrukturierungsprogramm des Bundes teil und wurden mit 2,9 Mio. Fr. unterstützt. Im Kanton Genf werden die kantonalen Umstrukturierungsbeihilfen, die zusätzliche Bereiche abdecken, bis 2014 beibehalten. 2005 und 2006 konsolidierte sich sowohl die Anzahl der teilnehmenden Betriebe (454 bzw. 475) als auch die Umstrukturierungsflächen (83 bzw. 82 ha) und die Beiträge (2 Mio. Fr. bzw. 1,9 Mio. Fr.).



Ab 2007 stellte der Kanton Wallis das Umstrukturierungsprogramm ein. Dies hatte einen erneuten Rückgang der teilnehmenden Betriebe zur Folge. 2007 und 2008 nahmen noch 181 bzw. 131 Betriebe mit insgesamt 35 ha bzw. 29 ha und Hilfen von 0,7 Mio. Fr. bzw. 0,6 Mio. Fr. am Umstrukturierungsprogramm des Bundes teil. 2009 und 2010 ging die Anzahl der teilnehmenden Betriebe weiter zurück und betrug 107 bzw. 84. Die Umstrukturierungsflächen konsolidierten sich auf 23 ha bzw. 19 ha und die Hilfen auf 0,5 Mio. Fr. bzw. 0,4 Mio. Fr. Im letzten Jahr der Umstrukturierung konnte wiederum ein leichter Anstieg der teilnehmenden Betriebe auf 112 festgestellt werden. Die Fläche machte 29 ha aus, während sich die Beiträge auf 0,6 Mio. Fr. beliefen.

In neun Jahren wurden somit insgesamt 623 ha ehemals mit Chasselas oder Müller-Thurgau bestockter Rebfläche mit Bundeshilfe umstrukturiert. Dafür wurden Beiträge von 14,5 Mio. Fr. gesprochen. Zusätzlich wurden durch die genannten kantonalen Initiativen weitere 113 ha umgestellt. Das Ziel einer Reduktion der mit Chasselas oder Müller-Thurgau bestockten Rebfläche um 500 bis 1 000 ha wurde erreicht.

Bundesbeiträge an Umstellungen von Rebflächen nach Kantonen zwischen 2003 und 2011

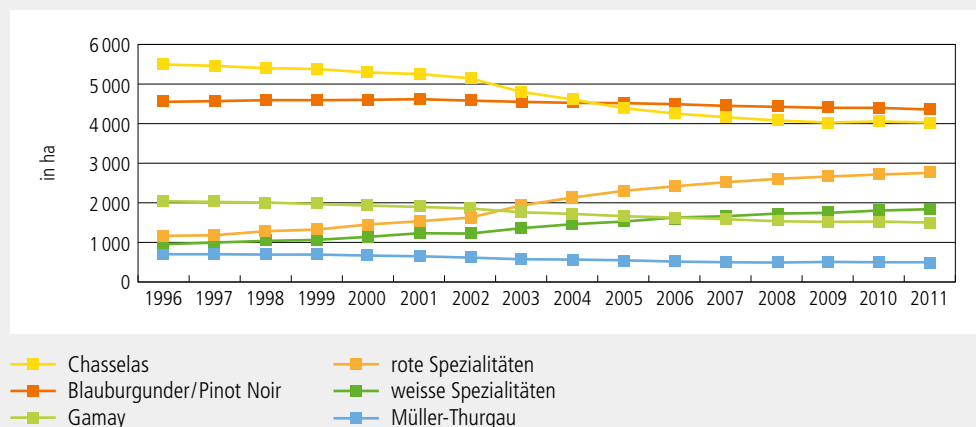


Quelle: BLW

Veränderung des Rebsortensortiments

Die folgende Abbildung zeigt die Anbauentwicklung der wichtigsten Rebsorten seit 1996. Bis 2002 erreichten Chasselas und Müller-Thurgau zusammen eine Fläche von rund 5 750 ha, das heisst 80 % der Weissweinfläche der Schweiz. Bei Chasselas war bereits vor 2002 eine leichte jährliche Abnahme von 1–2 % festzustellen, bis 2011 betrug der Rückgang 21,9 %. Die gleiche Beobachtung trifft auch für Müller-Thurgau zu, jedoch insgesamt auf einem flächenmässig niedrigerem Niveau. Zwischen 1998 und 2002 betrug der jährliche Anbaurückgang 1–2 %. Der totale Rückgang betrug 2011 rund 20,8 %. 2011 bedeckten Chasselas und Müller-Thurgau zusammen noch eine Fläche von 4 492 ha, das heisst nur noch 59,3 % der Weissweinfläche der Schweiz.

Entwicklung ausgewählter Rebsorten in der Schweiz



Quelle: BLW

Von diesem Rückgang profitierten insbesondere die roten Rebsorten, beispielsweise Gamaret (+290 ha), Merlot (+182 ha) und Garanoir (+134 ha), aber auch weisse Spezialitäten wie Petite Arvine (+92 ha) sowie Sauvignon Blanc (+80 ha). Die geschilderten Umstrukturierungen hatten auch zur Folge, dass seit dem Jahr 2005 nicht mehr Chasselas, sondern nunmehr Blauburgunder (Pinot Noir) die am häufigsten angebaute Rebsorte in der Schweiz ist.

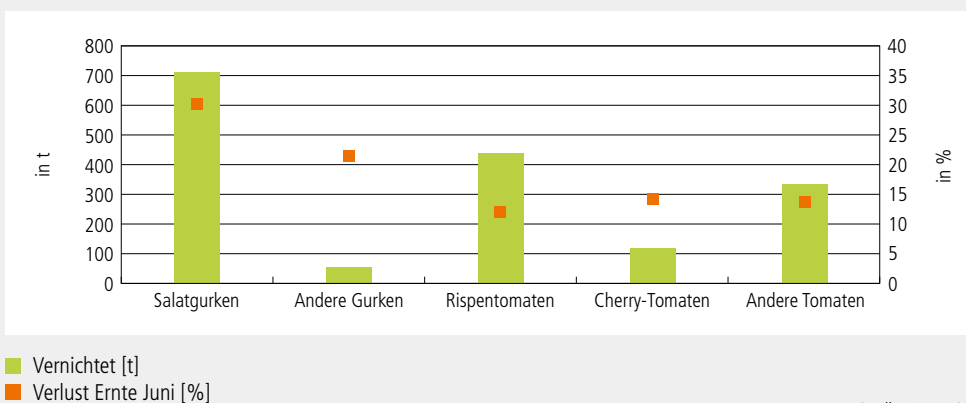
■ EHEC-Krise

Zwischen dem 8. Mai und dem 4. Juli 2011 brach in Norddeutschland die grösste je beschriebene EHEC-Epidemie (enterohämorrhagische Escherichia coli) aus. Insgesamt erkrankten 3 067 Personen an EHEC-Gastroenteritis und 905 an HUS (hämolytische-urämisches Syndrom, eine Schwerform der Gastroenteritis). Am meisten betroffen waren die fünf nördlichsten deutschen Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und das Robert Koch Institut (RKI) waren die verantwortlichen Behörden zur Eindämmung der Epidemie in Deutschland. Nach den ersten Fällen (in Deutschland ist EHEC-Gastroenteritis meldepflichtig) befragten sie die betroffenen Personen und stellten fest, dass 88 % der Patienten Gurken und/oder Tomaten verzehrt hatten. Ausserdem fanden sie EHEC-Keime auf importierten spanischen Gurken. Deshalb empfahlen sie am 25. Mai 2011 auf den Verzehr von Gurken, Tomaten und Salat zu verzichten.

Die Warnung wurde nach 6 Tagen, am 1. Juni 2011, wieder aufgehoben. Die nachgewiesenen EHEC-Keime stimmten nicht mit dem Erreger-Typ der betroffenen Patienten überein und immer mehr Patienten erinnerten sich, Sprossen verzehrt zu haben. In der ersten Befragungsrunde erwähnten nur 25 % diese Tatsache. Am 11. Juni 2011 folgte die offizielle Meldung, Bockhornkleesamen aus Ägypten seien für die Epidemie verantwortlich gewesen.

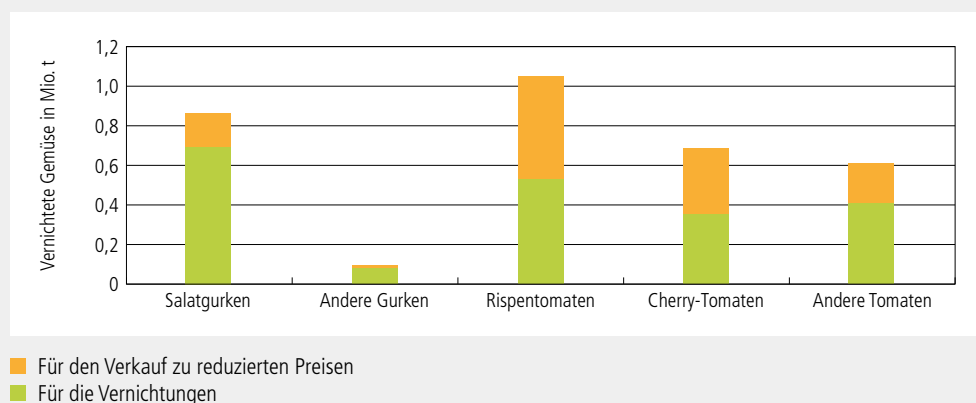
Vernichtete Gemüse während der EHEC-Krise (Total 1 661 t)



Quellen: BLW, SZG

Nach der gemeinsamen Empfehlung des RKI und des BfR vom 25. Mai 2011 brach der Verkauf verschiedener Gemüsearten europaweit zusammen. In der Schweiz wurden Gurken- und Tomatenproduzenten vom abrupten Nachfrageeinbruch ebenfalls hart getroffen. Im ganzen Monat Juni mussten 766 t Gurken (Salat-, Nostrani und Mini-Gurken) und 895 t Tomaten (Rispen-, Rund-, Fleisch-, Peretti- und Cherry-Tomaten) vernichtet werden, da diese Waren keine Käufer fanden. Diese Mengen entsprachen 30 % bzw. 13 % der Juni-Erntemengen von Gurken und Tomaten. Weiter mussten die Produzenten Preiseinbussen von bis zu 20 % hinnehmen. Die Situation verbesserte sich langsam ab der ersten Woche August, zwei Monate nach Beginn der Krise. Der Verband Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP) schätzte, dass die Branche aufgrund der EHEC-Krise 1,8 Mio. Fr. in der Gurken- und 3,9 Mio. Fr. in der Tomatenproduktion verlor wegen Vernichtungen und Verkäufen zu reduzierten Preisen.

Verteilung der EHEC-Entschädigungen (Total 2,9 Mio. Fr.)



Der Bund traf Massnahmen, um den in Schwierigkeiten geratenen Produzenten zu helfen. Gestützt auf Artikel 13 LWG wurde die Verordnung über die Sonderentschädigung der Produzentinnen und Produzenten von Gurken und Tomaten im Jahr 2011 erlassen (EHEC-Entschädigungsverordnung). Gemäss Verordnung wurden die Gurken- und Tomatenproduzenten entschädigt, welche zwischen dem 30. Mai und dem 26. Juni 2011 ihre Ware vernichteten oder zu marktunüblich tiefen Preisen verkaufen mussten. Die Bundeshilfe war subsidiär, das heisst 50 % der anerkannten Verluste von 5,7 Mio. Fr. wurden vom Bund entschädigt, die restlichen 50 % mussten die Produzenten selber tragen. Für diese Finanzierung bewilligte das Parlament einen Nachtragskredit von 2,9 Mio. Fr.

2.2 Direktzahlungen

Die Direktzahlungen sind eines der zentralen Elemente der Agrarpolitik. Mit ihnen werden die von der Gesellschaft verlangten Leistungen gefördert. Unterschieden wird zwischen allgemeinen und ökologischen Direktzahlungen.

Ausgaben für die Direktzahlungen

Ausgabenbereich	2010	2011	2012 ¹
	Mio. Fr.		
Allgemeine Direktzahlungen	2 201	2 192	2 178
Ökologische Direktzahlungen	598	618	631
Kürzungen	10	11	
Total	2 789	2 799	2 809

Anmerkung: Ein direkter Vergleich mit den Angaben der Staatsrechnung ist nicht möglich. Die Werte in Abschnitt 2.2 «Direktzahlungen» beziehen sich auf das gesamte Beitragsjahr; die Staatsrechnung dagegen wiedergibt die getätigten Ausgaben.

1 Budget

Quelle: BLW

Tabelle 32
Seite A31



2.2.1 Bedeutung der Direktzahlungen

■ Förderung gemeinwirtschaftlicher und besonderer Leistungen

Das Erbringen der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft wird durch die allgemeinen Direktzahlungen gefördert. Zu diesen zählen die Flächenbeiträge und die Beiträge für Raufutter verzehrende Nutztiere. Diese Beiträge haben das Ziel, die Nutzung und Pflege der landwirtschaftlichen Nutzfläche sicherzustellen. In der Hügell- und Bergregion erhalten die Bewirtschafter und Bewirtschafterinnen zusätzlich Hangbeiträge und Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen. Damit werden die Bewirtschaftungsschwernisse und die tieferen Erträge in diesen Regionen berücksichtigt. Voraussetzung für alle Direktzahlungen (ohne Sömmerungsbeiträge) ist die Erfüllung des Ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN).

Mit Öko-, Etho-, Gewässerschutz- und Sömmerungsbeiträgen (Oberbegriff: Ökologische Direktzahlungen) werden die Landwirte über finanzielle Anreize motiviert, besondere Leistungen zu erbringen, welche die allgemeinen gesetzlichen Vorgaben und den ÖLN übersteigen.

Die Ökobeiträge umfassen die Beiträge für den ökologischen Ausgleich, für die Öko-Qualität, für die extensive Produktion von Getreide und Raps (Extenso-Produktion) sowie für den biologischen Landbau. Mit den Ethobeiträgen fördert der Bund die Tierhaltung in besonders tierfreundlichen Stallhaltungssystemen (BTS) sowie den regelmässigen Auslauf der Nutztiere im Freien (RAUS). Die Gewässerschutzbeiträge bewirken die Reduktion von Nitrat- und Phosphorbelastungen in Gewässern und die Sömmerungsbeiträge werden für die nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung der Sömmerungsflächen ausgerichtet.

■ Wirtschaftliche Bedeutung der Direktzahlungen 2011

Die Direktzahlungen betrugen 2011 2,799 Mrd. Fr. Pro Betrieb wurden durchschnittlich 55 162 Fr. ausbezahlt. Der Berg- und Hügellregion kamen 56,6 % der gesamten Direktzahlungssumme zugute.



Direktzahlungen 2011

Beitragsart	Total	Talregion	Hügelregion	Bergregion
	1 000 Fr.			
Allgemeine Direktzahlungen	2 192 112	846 905	583 613	750 290
Flächenbeiträge	1 217 595	632 398	290 743	294 455
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	508 159	202 857	148 383	156 920
Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	352 412	8 838	108 812	234 762
Allgemeine Hangbeiträge	102 642	2 813	35 675	64 154
Hangbeiträge für Rebflächen in Steil- und Terrassenlagen	11 303			
Ökologische Direktzahlungen	618 037	245 053	133 806	115 201
Ökobeiträge	265 165	137 723	65 784	61 658
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	133 462	78 680	32 621	22 160
Beiträge nach der Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)	71 479	26 224	19 640	25 616
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps (Extensio-Produktion)	28 983	21 195	7 269	519
Beiträge für den biologischen Landbau	31 241	11 625	6 254	13 363
Ethobeiträge	228 894	107 329	68 022	53 543
Beiträge für Besonders Tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS)	63 908	36 210	18 568	9 131
Beiträge für Regelmässigen Auslauf im Freien (RAUS)	164 986	71 120	49 454	44 412
Sommerungsbeiträge	101 529			
Beiträge für Gewässerschutz- und Ressourcenprogramme	22 449			
Kürzungen	10 935			
Total Direktzahlungen	2 799 214	1 091 958	717 419	865 490
Direktzahlung pro Betrieb	55 162	50 325	51 968	56 783

Anmerkung: Ein direkter Vergleich mit den Angaben der Staatsrechnung ist nicht möglich. Die Werte in Abschnitt 2.2 «Direktzahlungen» beziehen sich auf das gesamte Beitragsjahr; die Staatsrechnung dagegen wiedergibt die getätigten Ausgaben während eines Kalenderjahrs. Bei den Kürzungen handelt es sich um Abzüge aufgrund von gesetzlichen und administrativen Begrenzungen und Sanktionen.

Quelle: BLW

Anteil der Direktzahlungen nach DZV an der Rohleistung von Referenzbetrieben nach Regionen 2011

Merkmal	Einheit	Total	Talregion	Hügelregion	Bergregion
Betriebe	Anzahl	3 060	1 267	965	828
LN im Ø	ha	21,28	22,23	20,07	20,9
Allgemeine Direktzahlungen	Fr.	45 699	39 521	45 937	55 820
Öko- und Ethobeiträge	Fr.	9 192	10 268	9 531	7 048
Total Direktzahlungen	Fr.	54 891	49 788	55 468	62 868
Rohleistung	Fr.	259 834	318 563	245 734	175 510
Anteil Direktzahlungen an der Rohleistung	%	21,1	15,6	22,6	35,8

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabellen 42a–43
Seiten A47–A49

Die Förderung der Bewirtschaftung unter erschwerenden Bedingungen in der Hügel- und Bergregion führt dazu, dass die Summe der Direktzahlungen pro ha mit zunehmender Erschwernis ansteigt. Infolge der gleichzeitig sinkenden Erträge steigt der Anteil der Direktzahlungen am Rohertrag von der Tal- zur Bergregion an.

■ Anforderungen für den Bezug von Direktzahlungen

Für den Bezug von Direktzahlungen sind von den Bewirtschafterinnen und Bewirtschaftern zahlreiche Anforderungen zu erfüllen. Diese umfassen einerseits allgemeine Bedingungen, wie Rechtsform, zivilrechtlicher Wohnsitz usw., andererseits sind auch strukturelle und soziale Kriterien für den Bezug massgebend wie beispielsweise ein minimaler Arbeitsbedarf, das Alter der Bewirtschafter, das Einkommen und Vermögen. Hinzu kommen spezifisch ökologische Auflagen, die unter den Begriff «Ökologischer Leistungsnachweis» fallen. Die Anforderungen des ÖLN umfassen eine ausgeglichene Düngerbilanz, ein angemessener Anteil ökologischer Ausgleichsflächen, eine geregelte Fruchtfolge, ein geeigneter Bodenschutz, eine gezielte Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sowie eine tiergerechte Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere. Mängel bei den massgebenden Vorschriften haben Kürzungen oder eine Verweigerung der Direktzahlungen zur Folge.

■ Agrarpolitisches Informationssystem

Die meisten statistischen Angaben über die Direktzahlungen stammen aus der vom BLW entwickelten Datenbank AGIS (Agrarpolitisches Informationssystem). Dieses System wird einerseits mit Daten der jährlichen Strukturerhebungen, welche die Kantone zusammentragen und übermitteln und andererseits mit Angaben über die Auszahlungen (bezahlte Flächen und Tierbestände sowie entsprechende Beiträge) für jede Direktzahlungsart (Massnahme) gespeisen. Die Datenbank dient in erster Linie der administrativen Kontrolle der von den Kantonen an die Bewirtschafter ausgerichteten Beträge. Weitere Funktionen des Systems bestehen in der Erstellung allgemeiner Statistiken über die Direktzahlungen und der Beantwortung zahlreicher agrarpolitischer Fragen.

Von den 56 176 über der Erhebungslimite des Bundes liegenden und 2011 in AGIS erfassten Betrieben beziehen deren 50 745 Direktzahlungen.

■ Auswirkungen der Begrenzungen und Abstufungen

Begrenzungen und Abstufungen wirken sich auf die Verteilung der Direktzahlungen aus. Bei den Begrenzungen handelt es sich um die Einkommens- und Vermögensgrenze sowie den Höchstbeitrag pro Standard-Arbeitskraft (SAK), bei den Abstufungen um die Degressionen nach Fläche und Tieren.

Wirkung der Begrenzungen der Direktzahlungen 2011

Begrenzung	Betroffene Betriebe	Kürzung	Anteil am Beitrag der betroffenen Betriebe	Anteil am Total DZ
	Anzahl	Fr.	%	%
pro Standard-Arbeitskraft	162	349 041	4,89	0,01
auf Grund des Einkommens	1 324	7 253 263	9,13	0,26
auf Grund des Vermögens	267	4 603 207	50,07	0,16
Total		12 205 511		0,44

Quelle: BLW

Die Begrenzungen haben Kürzungen der Direktzahlungen von 12,2 Mio. Fr. zur Folge, wovon rund 11,8 Mio. Fr. auf Kürzungen infolge Überschreitung der Einkommens- und Vermögensgrenzen zurück zu führen sind. Sowohl die Anzahl der betroffenen Betriebe wie auch die Kürzungssumme haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht.

Wirkung der Abstufung der Beiträge nach Flächen oder Tierzahl 2011

Massnahme	Betroffene Betriebe Anzahl	berechtigte Fläche oder Tierbestand pro Betrieb ha oder GVE	Kürzung Fr.	Anteil am Beitrag der betroffenen Betriebe %	Anteil am ausbezahlten Beitrag (alle Betriebe) %
Flächenbeiträge	3 696	54,3	18 179 540	7,2	0,65
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	1 268	70,4	2 541 985	5,6	0,09
Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	801	70,8	1 170 888	5,1	0,04
Allgemeine Hangbeiträge	15	44,4	7 800	2,4	0,00
Hangbeiträge für Rebflächen in Steil- und Terrassenlagen	1	45,3	4354	2,9	0,00
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	15	50,9	57 318	7,6	0,00
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps (Extenso-Produktion)	18	49,3	21 197	6,0	0,00
Beiträge für den biologischen Landbau	372	52,4	517 515	8,6	0,02
Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	2 060	83,6	2 458 773	10,7	0,09
Beiträge für regelmässigen Auslauf im Freien	2 230	79,0	2 877 226	8,7	0,10
Total	5 424		27 836 596	7,2	0,99

Quelle: BLW

Insgesamt sind 5 424 Betriebe von den Abstufungen gemäss Direktzahlungsverordnung betroffen. Bei den meisten Betrieben gibt es Abzüge bei verschiedenen Massnahmen. Die Reduktionen betragen total rund 27,8 Mio. Fr. Gemessen an allen Direktzahlungen, die abgestuft sind, beträgt der Anteil sämtlicher Reduktionen rund 1 %. Die Beitragsdegressionen wirken sich insbesondere bei den Flächenbeiträgen stark aus, wo die Abstufungen bei 3 696 Betrieben (rund 7,3 % aller Betriebe mit Direktzahlungen) zur Anwendung kommen. Von den Betrieben mit Beiträgen für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere sind 1 268 von der Kürzung dieser Beiträge betroffen, da sich andere spezifische Begrenzungen dieser Massnahme wie die Förderlimite bereits vor der Abstufung der Direktzahlungen auswirken. Von der Beitragsreduktion betroffen sind auch die ökologischen Direktzahlungen. So wurden beispielsweise die Beiträge für den biologischen Landbau bei 372 Bio-Betrieben um rund 518 000 Fr. gekürzt, was bei den betroffenen Betrieben einem Anteil von 8,6 % entspricht.

■ Vollzug, Kontrollen, Beitragskürzungen und Sonderbewilligungen

Die Kontrolle des ÖLN wird gemäss Artikel 66 der Direktzahlungsverordnung an die Kantone delegiert. Diese ziehen akkreditierte Organisationen, die für eine sachgemässe und unabhängige Kontrolle Gewähr bieten, zum Vollzug bei. Die Kantone müssen die Kontrolltätigkeit stichprobenweise überprüfen. Direktzahlungsberechtigte Bio-Betriebe müssen die Auflagen des Biolandbaus (inkl. RAUS-Anforderungen) erfüllen. Sie werden von einer akkreditierten Zertifizierungsstelle jährlich überprüft. Die Kantone überwachen diese Kontrollen.

Die Verordnung über die Koordination der Inspektionen auf Landwirtschaftsbetrieben regelt, nach welchen Kriterien die Kantone oder die beigezogenen Organisationen die Betriebe zu kontrollieren haben. Mindestens alle vier Jahre sind die Vorgaben der Direktzahlungsverordnung beim ÖLN, den Öko- und Ethobeiträgen zu prüfen. Mindestens alle 12 Jahre sind die für die Ausrichtung der Direktzahlungen massgebenden Strukturdaten wie Fläche, Bewirtschaftungsart oder Tierzahlen und die Einhaltung der Vorgaben der Sömmerungsbeitragsverordnung zu prüfen. Zudem sind jährlich mindestens 2 % der Betriebe einer stichprobenweisen Kontrolle zu unterziehen. Auf Betrieben ohne Mängel soll in der Regel nicht mehr als eine Kontrolle, auf Bio-Betrieben nicht mehr als zwei Kontrollen pro Jahr vorgenommen werden.

Bei einer mangelhaften Erfüllung der für die Direktzahlungen massgebenden Vorschriften werden die Beiträge nach einheitlichen und verbindlichen Kriterien gekürzt. Die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren hat dazu eine entsprechende Richtlinie erlassen.

2011 waren insgesamt 50 745 Landwirtschaftsbetriebe beitragsberechtigt. Davon wurden 21 017 (41,4 %) durch die Kantone bzw. durch die von ihnen beauftragten Kontrollstellen auf die Einhaltung des ÖLN kontrolliert. Wegen Mängeln beim ÖLN wurden bei 1 929 Betrieben (3,8 % der Betriebe) die Beiträge gekürzt.

Gemäss Bio-Verordnung müssen alle Bio-Betriebe jedes Jahr kontrolliert werden. Wegen Mängeln erhielten 4 % der Biobetriebe gekürzte Beiträge.

Beim BTS-Programm wurden durchschnittlich 48,3 % und beim RAUS-Programm 44,3 % der beitragsberechtigten Betriebe kontrolliert. Die Kontrollen werden in der Regel zusammen mit den ÖLN-Kontrollen vorgenommen. Der effektive Prozentsatz ist deshalb höher. Beim BTS-Programm wurden bei 2,5 %, beim RAUS-Programm 2,8 % der beteiligten Betriebe die Beiträge gekürzt.

Gesamthaft wurden Beitragskürzungen von rund 5,6 Mio. Fr. vorgenommen.

Zusammenstellung der Beitragskürzungen 2011

Kategorie	Beitrags-berechtigte Betriebe Anzahl	Kontrollierte Betriebe Anzahl	Betriebe mit Kürzungen Anzahl	Kürzungen Fr.	Hauptgründe
ÖLN	50 745	21 017	1 929	2 625 306	Mangelhafte Aufzeichnungen, nicht tiergerechte Haltung der Nutztiere, andere Gründe (fehlende Bodenproben, abgelaufener Spritzentest), nicht ausgeglichene Düngerbilanz, ungenügende Puffer- und Grasstreifen, Auswahl und Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, nicht rechtzeitige Anmeldung, nicht angemessener Anteil ÖAF.
ÖAF	48 294	-	642	533 699	Schnittzeitpunkt oder Pflegemassnahmen nicht eingehalten, falsche Angabe der Anzahl Bäume, Verunkrautung, falsche Flächenangaben, unzulässige Düngung, nicht rechtzeitige Anmeldung, und Pflanzenschutz.

Quelle: Kantonale Berichterstattung über Kontrolltätigkeit und Beitragskürzungen

■ Tabelle 44
Seite A49

Zusammenstellung der Beitragskürzungen 2011

	Beitrags- berechtigte Betriebe	Kontrollierte Betriebe	Betriebe mit Kürzungen	Kürzungen	Hauptgründe
Kategorie	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Fr.	
Extenso	14 280	6 222	48	15 441	nicht rechtzeitige Anmeldung, Ernte nicht im reifen Zustand zur Körnergewinnung, unzulässige Pflanzenschutzmittel
Bio	5 691	5 824 ¹	234	225 689	Verstoss Fütterungsvorschriften, Hobbybetriebe nicht nach Bio-Vorschriften, Tierhaltung, Gewässerschutz, Aufzeichnungen, im Bio-Landbau nicht zugelassene Dünger und Pflanzenschutzmittel, nicht rechtzeitige Anmeldung, falsche Angaben.
BTS	20 177	9 751	498	298 245	Einstreu unzumessig, nicht rechtzeitige Anmeldung, kein Mehrflächen-Haltungssystem, Haltung nicht aller Tiere der Kategorie nach den Vorschriften, mangelhafter Liegebereich, falsche Angaben, mangelhafte Stallbeleuchtung.
RAUS	36 451	16 135	1 036	786 775	Mindestmastdauer bei Geflügel nicht erreicht, Liegebereich mit Spalten/Löcher, Tierschutz, zu kleine Weidefläche, verspäteter Einzug in RAUS-Stall, zu wenig Auslaufzeit, nicht rechtzeitige Anmeldung, mangelhafte Aufzeichnungen, nicht alle Tiere einer Kategorie nach den Vorschriften gehalten, falsche Angaben, ungenügender Laufhof.
Sömmerung	7 139	914	105	131 761	Unter- oder Überschreitung des Normalbestandes, unsachgemässe Weideführung, Nutzung nicht beweidbarer Flächen, Verstösse gegen landwirtschaftsrelevante Vorschriften nicht rechtzeitige Anmeldung, Ausbringen nicht erlaubter Dünger, andere Elemente (Überlieferung Milchkontingent) falsche Angaben zum Tierbestand, fehlende Dokumente, nicht ordnungsgemässer Unterhalt von Gebäuden, Erschweren von Kontrollen, falsche Angaben betreffend Sömmerungsdauer, fehlende Daten, unerlaubter Herbizideinsatz, Wiederholungsfälle.
Grunddaten	-	-	313	565 675	falsche Flächenangaben, falsche Tierbestandesangaben, andere Elemente (falsche Angaben ÖLN, weniger als 50 % betriebs-eigene Arbeitskräfte, nicht rechtzeitige An-/Abmeldung eines Programmes, Kontrollen erschwert), falsche Angaben zum Betrieb oder Bewirtschafter, falsche Angaben zur Sömmerung.
Gewässerschutz	-	-	153	349 776	keine Angaben möglich
Natur- und Heimatschutz	-	-	34	23 295	keine Angaben möglich
Umweltschutz	-	-	39	80 518	keine Angaben möglich
Total	-	-	5 031	5 636 179	

¹ Im Gegensatz zu den übrigen landwirtschaftlichen Betrieben, ist bei Biobetrieben eine zweimalige Kontrolle pro Jahr möglich.

Quelle: Kantonale Berichterstattung über Kontrolltätigkeit und Beitragskürzungen

■ Sonderbewilligungen im Bereich Pflanzenschutz

Im Rahmen des ÖLN ist der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gewissen Restriktionen unterworfen. Unter bestimmten Umständen und in begründeten Fällen können Landwirte gestützt auf Ziffer 6.4 des Anhangs der Direktzahlungsverordnung Sonderbewilligungen beim kantonalen Pflanzenschutzdienst beantragen, um Kulturen mit zusätzlichen Mitteln zu schützen. 2011 wurden 3 195 Sonderbewilligungen für 12 638 ha LN erlassen. Die Anzahl Sonderbewilligungen ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die besonderen Witterungsbedingungen im Frühling 2011 begünstigten die Schädlingsentwicklung, insbesondere der Getreidehähnchen und der Blattläuse. Um die Kulturen zu schützen, mussten die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter die Pflanzenschutzbehandlungen entsprechend anpassen und demzufolge eine Sonderbewilligung beantragen. Im Obstbau ist zudem die Feuerbrandbekämpfung die Hauptursache für Sonderbewilligungen.

Erteilte Sonderbewilligungen im Bereich Pflanzenschutz 2011

Total Kategorie	Bewilligungen		Fläche	
	Anzahl Betriebe	% der Betriebe mit Sonder- bewilligung	ha	% der betroffenen Fläche
Applikationen mit Pflanzenschutzmittel während des Winterbehandlungsverbots	173	5,41	715,85	5,66
Einsatz von Insektiziden und nematiziden Granulaten	301	9,42	1 068,27	8,45
Getreide: Bekämpfung der Getreidehähnchen ¹	1 569	49,11	7 428,33	58,78
Kartoffeln: Bekämpfung der Kartoffelkäfer ¹	208	6,51	890,65	7,05
Leguminosen, Sonnenblumen, Tabak: Bekämpfung der Blattläuse ²	28	0,88	139,4	1,10
Übrige Schädlingsbekämpfung im Ackerbau	348	10,89	1 199,39	9,49
Dauergrünland: Flächenbehandlung	118	3,69	290,73	2,30
Einsatz Totalherbizide	375	11,74	614,72	4,86
Gemüsebau ³	0	0	0	0
Obstbau ³	75	2,35	290,99	2,30
Weinbau ³	0	0	0	0
Total	3 195	100,00	12 638,33	100

¹ Mit anderen als der im Anhang der Direktzahlungsverordnung (DZV) aufgelisteten Produkte.

² Zur Bekämpfung der Blattläuse im Tabak haben die Kantone FR, VD und JU eine regionale Sonderbewilligung erteilt, die in der Tabelle nicht berücksichtigt wird.

³ Erteilte Sonderbewilligungen für Pflanzenschutzmassnahmen, die in den anerkannten spezifischen Richtlinien ausgeschlossen sind.

Quelle: BLW

2.2.1.1 Neuerungen 2012

■ Totalrevision der Inspektionskoordinationsverordnung

Die Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (Kontrollkoordinationsverordnung, VKKL), die aus der Totalrevision der Inspektionskoordinationsverordnung (VKIL) hervorging, ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten. Diese Verordnung soll die Effizienz der Kontrollen in der Primärproduktion gewährleisten, die in den Landwirtschaftsbetrieben gemäss Agrar-, Veterinär- und Lebensmittelrecht durchgeführt werden. Ihr Hauptziel besteht darin, die Zusammenarbeit der verschiedenen involvierten Dienste so zu gestalten, dass risikobasierte Kontrollen durchgeführt, Doppelkontrollen vermieden und die Besuche der Landwirtschaftsbetriebe eingeschränkt werden können.

Die Änderungen, die im Rahmen der Totalrevision der Inspektionskoordinationsverordnung vorgenommen wurden, betreffen folgende Punkte:

- Ersetzen des restriktiven Begriffs «Inspektion» durch den allgemeineren Begriff «Kontrolle» (auch im Titel der Verordnung);
- Unterscheidung zwischen «Grundkontrolle» und «zusätzlicher Kontrolle», Klärung der Bestimmungen im Zusammenhang mit den zusätzlichen Kontrollen;
- Vereinheitlichung der minimalen Kontrollfrequenzen im Veterinärbereich (Kontrollen betreffend Tierarzneimittel, Tierseuchen und Tierverkehr in einem maximalen Abstand von vier Jahren) mit einer Übergangsfrist von zwei Jahren;
- Übertragung der Kompetenz, die Kontrollfrequenzen für kleine Betriebe sowie Fisch- und Bienenhaltungen festzulegen, an die Kantone;
- Einschränkung des Geltungsbereichs: Vom Geltungsbereich ausgenommen ist neu die Verordnung über die biologische Landwirtschaft, für deren Jahreskontrollen nicht die Kantone, sondern die jeweiligen Zertifizierungsstellen verantwortlich sind.

2.2.2 Allgemeine Direktzahlungen

Im Rahmen der Umsetzung der AP 2011 wurden 2009 verschiedene Direktzahlungen angepasst. Die Umlagerung von der Marktstützung hin zu Direktzahlungen brachte bei verschiedenen Beitragsarten neue, in der Regel höhere Beitragsansätze. 2011 wurden nur wenige Beitragsansätze verändert.

2.2.2.1 Flächenbeiträge

Die Flächenbeiträge fördern die gemeinwirtschaftlichen Leistungen wie den Schutz und die Pflege der Kulturlandschaft, die Sicherstellung der Nahrungsmittelproduktion und die Gesunderhaltung unserer Lebensgrundlagen. Die Flächenbeiträge werden mit einem Zusatzbeitrag für das offene Ackerland und die Dauerkulturen ergänzt.

Ansätze 2011	Fr./ha ¹
– bis 40 ha	1 040
– 40 bis 70 ha	780
– 70 bis 100 ha	520
– 100 bis 130 ha	260
– über 130 ha	0

¹ Der Zusatzbeitrag für offenes Ackerland und Dauerkulturen beträgt Fr. 640 pro ha und Jahr; auch er unterliegt der Flächenabstufung

Für angestammte Flächen in der ausländischen Wirtschaftszone reduzieren sich die Ansätze bei allen flächegebundenen Direktzahlungen um 25 %. Insgesamt handelt es sich um rund 5 000 ha, welche seit 1984 in der ausländischen Grenzzone bewirtschaftet werden. Schweizer Betriebe, die heute Flächen in der ausländischen Wirtschaftszone zukaufen oder pachten, erhalten keine Direktzahlungen.

Flächenbeiträge 2011 (inkl. Zusatzbeitrag)

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Fläche	ha	476 211	257 205	284 761	1 018 177
Betriebe	Anzahl	21 559	13 757	15 230	50 546
Fläche pro Betrieb	ha	22,1	18,7	18,7	20,1
Beitrag pro Betrieb	Fr.	29 333	21 134	19 334	24 089
Total Beiträge	1 000 Fr.	632 398	290 743	294 455	1 217 595
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	634 852	291 410	294 904	1 221 166

Quelle: BLW

Tabellen 33a–33b
Seiten A32–A33

Der Zusatzbeitrag wurde für insgesamt 263 008 ha offenes Ackerland und 21 480 ha Dauerkulturen ausgerichtet.

2.2.2.2 Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere

Die Massnahme hat zum Ziel, mit der Milch- und Fleischproduktion auf Raufutterbasis einen Beitrag zur Versorgungssicherheit auf dem Grünland zu leisten und gleichzeitig die Flächen im Grasland Schweiz durch die Nutzung zu pflegen.

Bei der Festlegung des massgebenden Tierbestands für die Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere gibt es zwei Kategorien. Bei Tieren der Rindergattung und Wasserbüffeln wird der mittlere Bestand aufgrund der Daten der Tierverkehr-Datenbank berechnet. Als Referenzzeit gilt der 1. Mai des Vorjahres bis zum 30. April des Beitragsjahres. Bei den übrigen Raufutter verzehrenden Nutztieren gilt als massgebender Tierbestand die Anzahl Tiere, die während der Winterfütterung (Referenzperiode: 1. Januar bis Stichtag des Beitragsjahres) auf einem Betrieb gehalten werden. Als Raufutter verzehrende Nutztiere gelten Tiere der Rinder- und der Pferdegattung sowie Schafe, Ziegen, Bisons, Wasserbüffel, Hirsche, Lamas und Alpakas. Die Beiträge werden in Abhängigkeit der vorhandenen Dauergrün-, Kunstwiesen-, Mais- und Futterrübenfläche bezahlt. Die verschiedenen Tierkategorien werden umgerechnet in Raufutter verzehrende Grossvieheinheiten (RGVE) und sind je ha begrenzt (Förderlimite). Die Begrenzung ist abgestuft nach Zonen. Für Flächen mit Mais und Futterrüben erhöht sich der Tierbestand, bis zu dem Beiträge ausbezahlt werden, um die Hälfte der Ansätze der Grünfläche.

Begrenzung der Förderung	RGVE/ha Grünfläche
– in der Talzone	2,0
– in der Hügelzone	1,6
– in der Bergzone I	1,4
– in der Bergzone II	1,1
– in der Bergzone III	0,9
– in der Bergzone IV	0,8

Die RGVE sind in drei Beitragsgruppen aufgeteilt. Für Tiere der Rindvieh- und der Pferdegattung, Bisons, Wasserbüffel, Milchziegen und Milchschafe werden Fr. 690 und für die übrigen Ziegen und Schafe sowie Hirsche, Lamas und Alpakas Fr. 520 je RGVE ausgezahlt. Bei den Verkehrsmilchproduzenten werden pro 4 400 kg im Vorjahr abgelieferter Milch eine RGVE in Abzug gebracht. Für diese vom Milchabzug betroffenen RGVE werden Fr. 450 je RGVE ausgerichtet. Total wurden 508 Mio. Fr. ausbezahlt.

Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere 2011					
Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Zu Beiträgen berechtigende RGVE	Anzahl	395 424	285 693	274 821	955 939
Betriebe	Anzahl	16 457	13 076	14 728	44 261
Zu Beiträgen berechtigende RGVE pro Betrieb	Anzahl	24,0	21,8	18,7	21,6
Beiträge pro Betrieb	Fr.	12 326	11 348	10 655	11 481
Total Beiträge	1 000 Fr.	202 857	148 383	156 920	508 159
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	203 488	148 775	158 020	510 283

Quelle: BLW

Beiträge für Betriebe mit und ohne vermarktete Milch 2011

Merkmal	Einheit	Betrieb mit Vermarkteter Milch	Betrieb ohne Vermarkteter Milch
Betriebe	Anzahl	25 192	19 069
Tiere pro Betriebe	RGVE	29,6	15,3
Abzug aufgrund Beitragsbegrenzung der Grünfläche	RGVE	2,5	1,1
Milchabzug	RGVE	23,7	0,0
Tiere zu Beiträgen berechtigt	RGVE	27,2	14,2
Beiträge pro RGVE	Fr.	438	621

Quelle: BLW

Die Betriebe mit vermarkteter Milch erhalten zwar pro RGVE rund 180 Fr. weniger RGVE-Beiträge als die Betriebe ohne vermarktete Milch. Dafür profitieren sie von der Marktstützung in der Milchwirtschaft (z.B. Zulage für verkäste Milch).

2.2.2.3 Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen

Mit den Beiträgen werden die erschwerenden Produktionsbedingungen der Viehhalter im Berggebiet und in der Hügelzone ausgeglichen. Im Gegensatz zu den allgemeinen Beiträgen für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere, bei welchen die Flächennutzung mit Grünland im Vordergrund steht (Pflege durch Nutzung), werden bei dieser Massnahme auch soziale, strukturelle und siedlungspolitische Ziele verfolgt. Beitragsberechtigt sind dieselben Tierkategorien wie bei den Beiträgen für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere. Die Begrenzung der Beiträge ist die gleiche wie für die Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere (Förderlimite).

Ansätze pro RGVE 2011	Fr./GVE
– in der Hügelzone	300
– in der Bergzone I	480
– in der Bergzone II	730
– in der Bergzone III	970
– in der Bergzone IV	1 230

Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Zu Beiträgen berechtigende RGVE	Anzahl	92 355	285 389	274 581	652 325
Betriebe	Anzahl	3 078	13 059	14 718	30 855
RGVE pro Betrieb	Anzahl	30,0	21,9	18,7	21,1
Beiträge pro Betrieb	Fr.	2 871	8 332	15 951	11 422
Total Beiträge	1 000 Fr.	8 838	108 812	234 762	352 412
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	8 727	109 139	236 441	354 306

Quelle: BLW

2.2.2.4 Hangbeiträge

■ Allgemeine Hangbeiträge: Zum Ausgleich erschwerender Flächenbewirtschaftung

Mit den allgemeinen Hangbeiträgen werden die Erschwernisse der Flächenbewirtschaftung in Hanglagen der Hügel- und Bergregion ausgeglichen. Sie werden nur für Wies-, Streu- und Ackerland sowie für Dauerkulturen ausgerichtet. Wiesen müssen jährlich mindestens einmal, Streuflächen alle ein bis drei Jahre geschnitten werden. Die Hanglagen sind in zwei Neigungsstufen unterteilt.

Ansätze 2011	Fr./ha
– Neigung 18 bis 35 %	410
– Neigung über 35 %	620

Beiträge für Hangflächen 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Zu Beiträgen berechtigende Flächen:					
– Neigung 18–35 %	ha	4 664	60 997	68 913	134 574
– über 35 Neigung	ha	1 451	17 198	57 888	76 537
Total	ha	6 116	78 195	126 801	211 111
Betriebe	Anzahl	2 160	12 388	14 272	28 820
Beitrag pro Betrieb	Fr.	1 302	2 880	4 495	3 561
Total Beiträge	1 000 Fr.	2 813	35 675	64 154	102 642
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	2 862	36 058	65 125	104 044

Quelle: BLW

Von den insgesamt 211 000 ha LN Hangflächen werden knapp $\frac{2}{3}$ der Kategorie Neigung 18–35 % zugeordnet. Der Umfang der angemeldeten Flächen ändert leicht von Jahr zu Jahr. Dies hängt von den klimatischen Bedingungen ab, die einen Einfluss auf die Bewirtschaftungsart (mehr oder weniger Weideland oder Heuwiesen) haben.



■ Hangbeiträge für Rebflächen: Zur Erhaltung der Rebflächen in Steil- und Terrassenlagen

Die Hangbeiträge für Reben tragen dazu bei, Rebberge in Steil- und Terrassenlagen zu erhalten. Um den Verhältnissen der unterstützungswürdigen Rebflächen gerecht zu werden, wird für die Bemessung der Beiträge zwischen den steilen und besonders steilen Reblagen und den Rebterrassen auf Stützmauern unterschieden. Beiträge für den Rebbau in Steil- und Terrassenlagen werden nur für Flächen mit einer Hangneigung von 30 % und mehr ausgerichtet. Die Beitragsansätze sind zonenunabhängig.

Ansätze 2011	Fr./ha
– für Flächen mit 30 bis 50 % Neigung	1 500
– für Flächen mit über 50 % Neigung	3 000
– für Flächen in Terrassenlagen	5 000

Beiträge für Rebflächen in Steil- und Terrassenlagen 2011

	Einheit	
Zu Beiträgen berechtigende Flächen total:	ha	3 690
Steillagen 30 bis 50 % Neigung	ha	1 845
Steillagen über 50 % Neigung	ha	360
Terrassenanlagen	ha	1 485
Anzahl Betriebe	Anzahl	2 594
Fläche pro Betrieb (in ha)	ha	1,4
Beitrag pro Betrieb (in Fr.)	Fr.	4 357
Beiträge Total (in 1 000 Fr.)	1 000 Fr.	11 303
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	11 318

Quelle: BLW

Der Anteil der beitragsberechtigten Rebflächen in Steil- und Terrassenlagen an der gesamten Rebfläche beträgt rund 30 %.

2.2.2.5 Neuerungen 2012

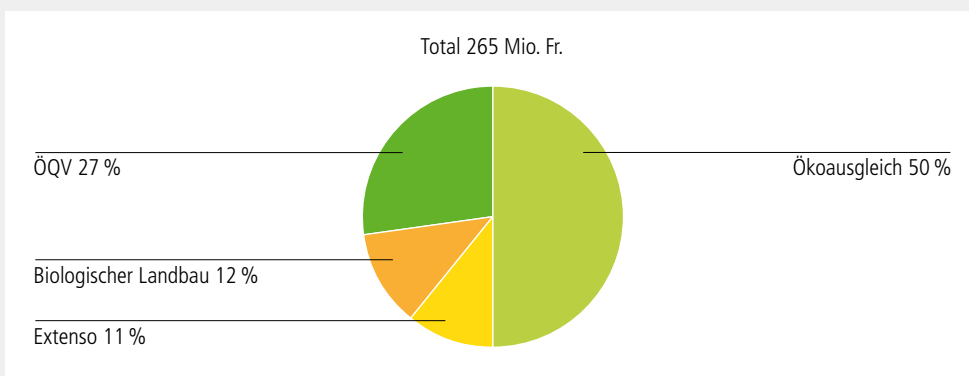
Für das Beitragsjahr 2012 wurde der Flächenbeitrag auf Fr. 1 020 pro ha festgelegt.

2.2.3 Ökologische Direktzahlungen

2.2.3.1 Ökobeiträge

Die Ökobeiträge fördern besondere ökologische Leistungen, deren Anforderungen über diejenigen des ÖLN hinausgehen. Den Bewirtschaftern und Bewirtschafterinnen werden Programme angeboten, bei denen sie freiwillig mitmachen können. Die einzelnen Programme sind voneinander unabhängig; die Beiträge können kumuliert werden.

Verteilung der Ökobeiträge auf die verschiedenen Programme 2011



Quelle: BLW

Tabellen 34a–34b
Seiten A34–A35



■ Ökologischer Ausgleich

Mit dem ökologischen Ausgleich soll der Lebensraum für die vielfältige einheimische Fauna und Flora in den Landwirtschaftsgebieten erhalten und nach Möglichkeit wieder vergrössert werden. Der ökologische Ausgleich trägt zudem zur Erhaltung der typischen Landschaftsstrukturen und -elemente bei. Gewisse Elemente des ökologischen Ausgleichs werden mit Beiträgen gefördert und können gleichzeitig für den obligatorischen ökologischen Ausgleich des ÖLN angerechnet werden, während andere Elemente beim ÖLN nur anrechenbar sind.

Elemente des ökologischen Ausgleichs mit und ohne Beiträge

Beim ÖLN anrechenbare Elemente mit Beiträgen	Beim ÖLN anrechenbare Elemente ohne Beiträge
extensiv genutzte Wiesen	extensiv genutzte Weiden
wenig intensiv genutzte Wiesen	Waldweiden (Wytweiden, Selven)
Streuflächen	einheimische standortgerechte Einzelbäume und Alleen
Hecken, Feld- und Ufergehölze	Wassergräben, Tümpel, Teiche
Buntbrachen	Ruderalflächen, Steinhäufen und -wälle
Rotationsbrachen	Trockenmauern
Ackerschonstreifen	Rebflächen mit natürlicher Artenvielfalt
Saum auf Ackerland	weitere, von der kantonalen Naturschutzfachstelle definierte ökologische Ausgleichsflächen auf der LN
Hochstamm-Feldobstbäume	

Tabellen 35a–35d
Seiten A36–A39

Extensiv genutzte Wiesen

Die Flächen dürfen nicht gedüngt und während sechs Jahren in Abhängigkeit der Zone jeweils frühestens Mitte Juni bis Mitte Juli genutzt werden. Das späte Mähen soll gewährleisten, dass die Samen zur Reife gelangen und die Artenvielfalt durch natürliche Versamung gefördert wird. So bleibt auch zahlreichen wirbellosen Tieren, bodenbrütenden Vögeln und kleinen Säugetieren genügend Zeit zur Reproduktion. Die Fläche der extensiven Wiesen hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen.

Die Beiträge für extensiv genutzte Wiesen und Streuflächen sind einheitlich geregelt und richten sich nach der Zone, in der sich die Fläche befindet.

Ansätze 2011	Fr./ha
– Ackerbau- und Übergangszonen	1 500
– Hügelzone	1 200
– Bergzonen I und II	700
– Bergzonen III und IV	450

Beiträge für extensiv genutzte Wiesen 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	18 949	10 505	10 322	39 776
Fläche	ha	32 592	13 576	19 888	66 056
Fläche pro Betrieb	ha	1,72	1,29	1,93	1,66
Beitrag pro Betrieb	Fr.	2 519	1 319	1 017	1 812
Total Beiträge	1 000 Fr.	47 725	13 858	10 495	72 078
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	45 258	13 024	9 981	68 263

Quelle: BLW

Wenig intensiv genutzte Wiesen

Wenig intensiv genutzte Wiesen dürfen in einem geringen Ausmass mit Mist oder Kompost gedüngt werden. Für die Nutzung gelten die gleichen Vorschriften wie bei den extensiv genutzten Wiesen. Für wenig intensiv genutzte Wiesen werden in allen Zonen Fr. 300 pro ha ausbezahlt.

Beiträge für wenig intensiv genutzte Wiesen 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	4 077	4 926	7 776	16 779
Fläche	ha	3 512	4 620	14 787	22 919
Fläche pro Betrieb	ha	0,86	0,94	1,90	1,37
Beitrag pro Betrieb	Fr.	259	282	571	410
Total Beiträge	1 000 Fr.	1 054	1 388	4 438	6 880
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	1 189	1 492	4 572	7 253

Quelle: BLW

Streueflächen

Als Streueflächen gelten extensiv genutzte Grünflächen auf Feucht- und Nassstandorten, welche in der Regel im Herbst oder Winter zur Streuenutzung gemäht werden.

Beiträge für Streuefläche 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	1 949	1 923	3 367	7 239
Fläche	ha	2 131	1 550	3 823	7 504
Fläche pro Betrieb	ha	1,09	0,81	1,14	1,04
Beitrag pro Betrieb	Fr.	1 593	787	705	966
Total Beiträge	1 000 Fr.	3 104	1 514	2 374	6 992
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	3 025	1 516	2 360	6 900

Quelle: BLW

Hecken, Feld- und Ufergehölze

Als Hecken, Feld- oder Ufergehölze gelten Nieder-, Hoch- oder Baumhecken, Windschutzstreifen, Baumgruppen, bestockte Böschungen und heckenartige Ufergehölze. Zu einer Hecke gehört ein Krautsaum, der in Abhängigkeit zur Zone jeweils frühestens Mitte Juni bis Mitte Juli genutzt wird. Die Beiträge für Hecken, Feld- und Ufergehölze (einschliesslich Krautsaum) betragen in der Tal- und Hügelzone Fr. 2 500, in den Bergzonen I und II Fr. 2 100 und in den Bergzonen III und IV Fr. 1 900.

Beiträge für Hecken, Ufer- und Feldgehölze 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	6 510	3 683	1 889	12 082
Fläche	ha	1 663	956	365	2 984
Fläche pro Betrieb	ha	0,26	0,26	0,19	0,25
Beitrag pro Betrieb	Fr.	637	612	398	592
Total Beiträge	1 000 Fr.	4 148	2 256	752	7 156
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	3 938	2 132	723	6 793

Quelle: BLW

Buntbrachen

Als Buntbrachen gelten mehrjährige, mit einheimischen Wildkräutern angesäte, ungedüngte Streifen von mindestens 3 m Breite. Buntbrachen dienen dem Schutz bedrohter Wildkräuter. In ihnen finden auch Insekten und andere Kleinlebewesen Lebensraum und Nahrung. Zudem bieten sie Hasen und Vögeln Deckung. Für Buntbrachen werden Fr. 2 800 pro ha ausgerichtet. Die Beiträge gelten für Flächen in der Ackerbauzone bis und mit Hügelzone.

Beiträge für Buntbrache 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion ¹	Total
Betriebe	Anzahl	1 684	309	3	1 996
Fläche	ha	1 633	230	1	1 865
Fläche pro Betrieb	ha	0,97	0,75	0,46	0,93
Beitrag pro Betrieb	Fr.	2 717	2 087	1 288	2 617
Total Beiträge	1 000 Fr.	4 575	645	4	5 223
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	4 315	623	4	4 942

¹ Hier handelt es sich um Betriebe, die Flächen in der Hügel- oder Talregion bewirtschaften

Quelle: BLW

Rotationsbrachen

Als Rotationsbrachen gelten ungedüngte ein- bis zweijährige, mit einheimischen Ackerwildkräutern angesäte Flächen, die mindestens 6 m breit sind und mindestens 20 Aren umfassen. In Rotationsbrachen finden bodenbrütende Vögel, Hasen und Insekten Lebensraum. In geeigneten Lagen ist auch die Selbstbegrünung möglich. Für die Rotationsbrachen werden in der Ackerbauzone bis und mit Hügelzone Fr. 2 300 pro ha ausgerichtet.

Beiträge für Rotationsbrache 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion ¹	Total
Betriebe	Anzahl	347	61	1	409
Fläche	ha	485	92	3	580
Fläche pro Betrieb	ha	1,40	1,51	2,81	1,42
Beitrag pro Betrieb	Fr.	3 217	3 471	6 463	3 263
Total Beiträge	1 000 Fr.	1 116	212	6	1 334
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	973	192	3	1 168

¹ Hier handelt es sich um Betriebe, die Flächen in der Hügel- oder Talregion bewirtschaften.

Quelle: BLW

Ackerschonstreifen

Ackerschonstreifen bieten den traditionellen Ackerbegleitpflanzen Raum zum Überleben. Als Ackerschonstreifen gelten 3 bis 12 m breite, extensiv bewirtschaftete Randstreifen von Ackerkulturen wie Getreide, Raps, Sonnenblumen, Eiweisserbsen, Ackerbohnen und Soja, nicht jedoch Mais. In allen Zonen wird ein einheitlicher Beitrag von Fr. 1 300 pro ha bezahlt.

Beiträge für Ackerschonstreifen 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	66	23	8	97
Fläche	ha	41	14	1	56
Fläche pro Betrieb	ha	0,62	0,62	0,07	0,57
Beitrag pro Betrieb	Fr.	802	810	93	746
Total Beiträge	1 000 Fr.	53	19	1	72
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	40	11	1	52

Quelle: BLW

Saum auf Ackerflächen

Säume sind mit einheimischen Wildkräutern angesäte, streifenförmige, jährlich nur zur Hälfte gemähte Dauergesellschaften, die auf der Ackerfläche oder Dauerkulturfäche angelegt werden. Sie müssen mindestens 3 m und dürfen maximal 12 m breit sein. Während mindestens zwei Vegetationsperioden bleiben sie am gleichen Standort bestehen. Für Säume werden von der Ackerbauzone bis und mit der Bergzone 2 Fr. 2 300 pro ha ausgerichtet.

Beiträge für Saum auf Ackerland 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	279	82	1	362
Fläche	ha	66	17	0	83
Fläche pro Betrieb	ha	0,24	0,20	0,19	0,23
Beitrag pro Betrieb	Fr.	544	463	437	525
Total Beiträge	1 000 Fr.	152	38	0	190
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	109	27	0	137

Quelle: BLW

Hochstamm-Feldobstbäume

Beiträge werden ausgerichtet für hochstämmige Kern- und Steinobstbäume, die nicht in einer Obstanlage stehen, sowie für Kastanien- und Nussbäume in gepflegten Selven. Pro angemeldetem Baum werden Fr. 15 ausgerichtet.

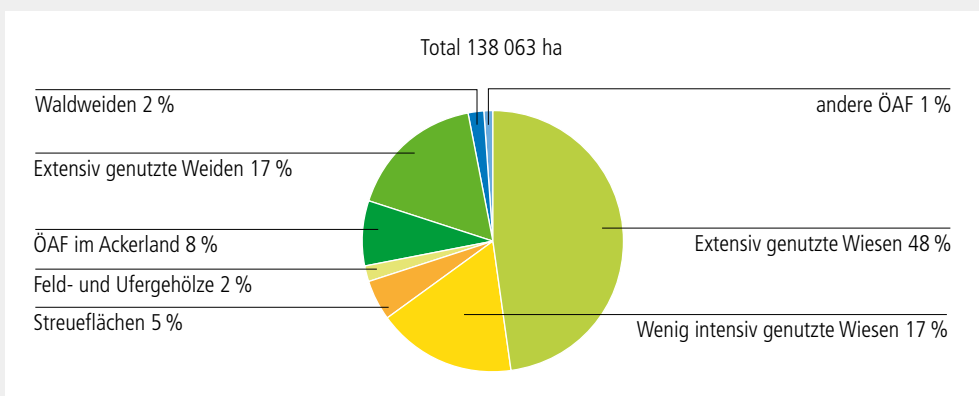
Beiträge für Hochstamm-Feldobstbäume 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	15 027	11 340	5 170	31 537
Bäume	ha	1 117 014	846 165	272 648	2 235 827
Bäume pro Betrieb	ha	74,33	74,62	52,74	70,90
Beitrag pro Betrieb	Fr.	1 115	1 119	791	1 063
Total Beiträge	1 000 Fr.	16 753	12 693	4 090	33 536
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	16 598	12 606	4 003	33 207

Quelle: BLW



Aufteilung der ökologischen Ausgleichsflächen 2011



Quelle: BLW

Verteilung der ökologischen Ausgleichsflächen nach Regionen 2011¹

Elemente	Talregion		Hügelregion		Bergregion	
	ha	% der LN	ha	% der LN	ha	% der LN
Extensiv genutzte Wiesen	32 592	6,53	13 576	5,16	19 888	6,90
Wenig intensiv genutzte Wiesen	3 513	0,70	4 620	1,76	14 787	5,13
Streueflächen	2 131	0,43	1 550	0,59	3 823	1,33
Feld- und Ufergehölze	1 663	0,33	956	0,36	365	0,13
Buntbrachen	1 633	0,33	230	0,09	1	0,00
Rotationsbrachen	485	0,10	92	0,04	3	0,00
Ackerschonstreifen	41	0,01	14	0,01	1	0,00
Saum auf Ackerfläche	66	0,01	17	0,01	0	0,00
Extensiv genutzte Weiden	4 522	0,91	5 213	1,98	14 154	4,91
Waldweiden (ohne bewaldete Fläche)	31	0,01	233	0,09	2 379	0,83
Wassergräben, Tümpel, Teiche	176	0,04	43	0,02	21	0,01
Ruderalflächen, Steinhäufen und -wälle	189	0,04	39	0,02	129	0,04
Trockenmauern	6	0,00	4	0,00	14	0,01
Rebflächen mit hoher Artenvielfalt	348	0,07	48	0,02	35	0,01
Weitere ökologische Ausgleichsflächen	148	0,03	30	0,01	80	0,03
	47 542	9,53	26 665	10,14	55 682	19,32

¹ ohne Hochstamm-Feldobstbäume und ohne standortgerechte Einzelbäume

Quelle: BLW

■ Öko-Qualitätsverordnung

Um die natürliche Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern, unterstützt der Bund auf der LN ökologische Ausgleichsflächen von besonderer biologischer Qualität und die Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen mit Finanzhilfen. Die Anforderungen, welche die Flächen für die Beitragsberechtigung gemäss der Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) erfüllen müssen, werden durch die Kantone festgelegt. Der Bund überprüft die kantonalen Vorgaben auf Grund von Mindestanforderungen. Entsprechen die kantonalen Anforderungen den Mindestanforderungen des Bundes und ist die regionale Mitfinanzierung gewährleistet, leistet der Bund Finanzhilfen an die von den Kantonen ausgerichteten Beiträge an die Landwirte. Die Finanzhilfen des Bundes betragen 80 % der anrechenbaren Beiträge. Die restlichen 20 % müssen durch Dritte (Kanton, Gemeinde, Private, Trägerschaften) übernommen werden. Beiträge für die biologische Qualität und die Vernetzung sind kumulierbar. Die Verordnung beruht auf Freiwilligkeit, finanziellen Anreizen und der Berücksichtigung regionaler Unterschiede bezüglich der Biodiversität.

Anrechenbare Ansätze

	Für die biologische Qualität (Fr. pro ha und Jahr bzw. pro Baum und Jahr)		Für die Vernetzung (Fr. pro ha und Jahr bzw. pro Baum und Jahr)	
	Tal–Bergzone II	Bergzonen III–IV	Tal–Bergzone II	Bergzonen III–IV
Extensiv genutzte Wiesen, wenig intensiv genutzte Wiesen und Streuflächen	1 000	700	1000	500
Extensiv genutzte Weiden und Waldweiden (Wytweiden und Selven)	500 ¹	300 ¹	500	300
Hecken, Feld- und Ufergehölze	2 000	2 000	1 000	500
Rebflächen mit natürlicher Artenvielfalt	1 000	1 000	1 000	500
Hochstamm-Feldobstbäume	30	30	5	5
Einheimische standortgerechte Einzelbäume und Alleen			5	5
Weitere ökologische Ausgleichsflächen auf landwirtschaftlicher Nutzfläche			1 000	500

¹ Der Betrag wird zu je maximal 50 % für die Flora- und die Strukturqualität ausgerichtet.

● Tabelle 36
Seite A40

Eine ökologische Ausgleichsfläche trägt vor allem dann zur Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt bei, wenn sie bestimmte Zeigerarten und Strukturmerkmale ausweist und/oder gemäss den Lebensraumansprüchen der Ziel- und Leitarten bewirtschaftet wird. Während sich der Bewirtschafter einer ökologischen Ausgleichsfläche für die biologische Qualität direkt anmelden kann, braucht es für die Vernetzung der ökologischen Ausgleichsflächen ein Konzept, das mindestens eine landschaftlich und ökologisch begründbare Einheit abdeckt.

Beiträge ¹ gemäss Öko-Qualitätsverordnung 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	12 322	8 979	10 473	31 774
Fläche ²	ha	32 071	25 496	48 657	106 224
Fläche ² pro Betrieb	ha	2,60	2,84	4,65	3,34
Beitrag pro Betrieb	Fr.	2 128	2 187	2 446	2 250
Total Beiträge	1 000 Fr.	26 224	19 640	25 616	71 479
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	21 434	16 986	23 557	61 978

¹ Kürzungen, Rückforderung und Nachzahlung nicht berücksichtigt

² Hochstamm umgerechnet (1 Stück = 1 Are)

Quelle: BLW

Der markante Anstieg der Beitragssumme ist einerseits auf die Erhöhung der Beiträge im Rahmen der AP 2011 und andererseits auf die gute Akzeptanz der Programme zurückzuführen.

Beiträge ¹ für biologische Qualität und Vernetzung ² 2011

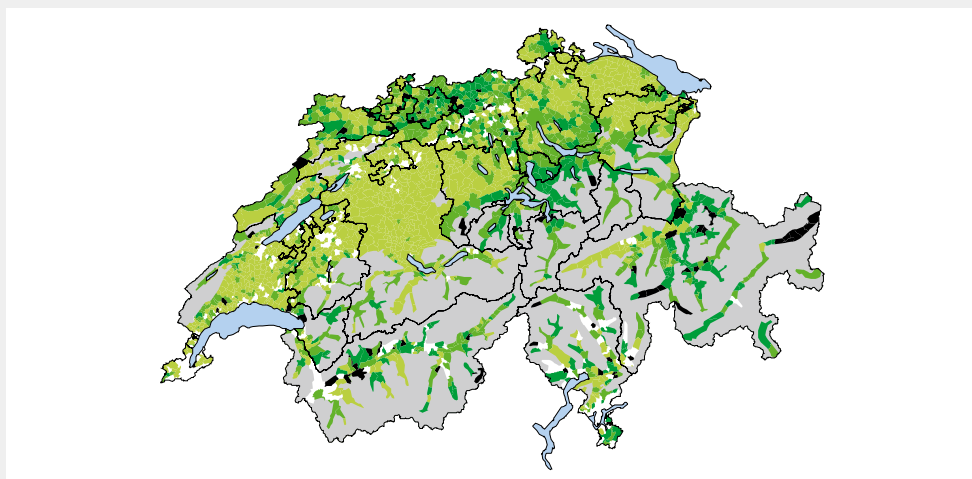
Merkmal	Einheiten	Biologische Qualität	Vernetzung
Extensiv genutzte Wiesen, Wenig intensiv genutzte Wiesen, Streuflächen			
Betriebe	Anzahl	17 436	23 056
Fläche	ha	28 864	42 370
Extensiv genutzte Weiden, Waldweiden			
Betriebe	Anzahl	1 958	6 083
Fläche	ha	5 384	11 745
Hecken, Feld- und Ufergehölze			
Betriebe	Anzahl	2 978	6 075
Fläche	ha	729	1 410
Rebflächen mit natürlicher Artenvielfalt			
Betriebe	Anzahl	159	96
Fläche	ha	227	135
Hochstammfeldobstbäume			
Betriebe	Anzahl	8 899	14 488
Baum	Stück	559 659	779 221
Andere Elemente			
Betriebe	Anzahl		8 482
Fläche	ha		1 970

¹ Kürzungen, Rückforderung und Nachzahlung nicht berücksichtigt

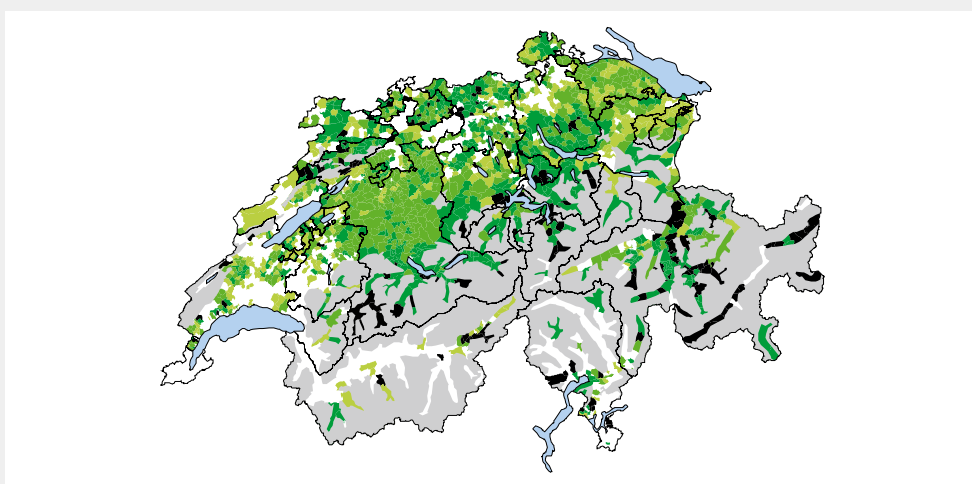
² Da es Flächen gibt, die gleichzeitig Beiträge für die Qualität und die Vernetzung erhalten, dürfen die Spalten «biologische Qualität» und «Vernetzung» nicht addiert werden.

Quelle: BLW

ÖQV Flächen mit Qualität (inkl. Hochstammbäume)



ÖQV Flächen mit Vernetzung (inkl. Hochstammbäume)



■ Extensive Produktion von Getreide und Raps

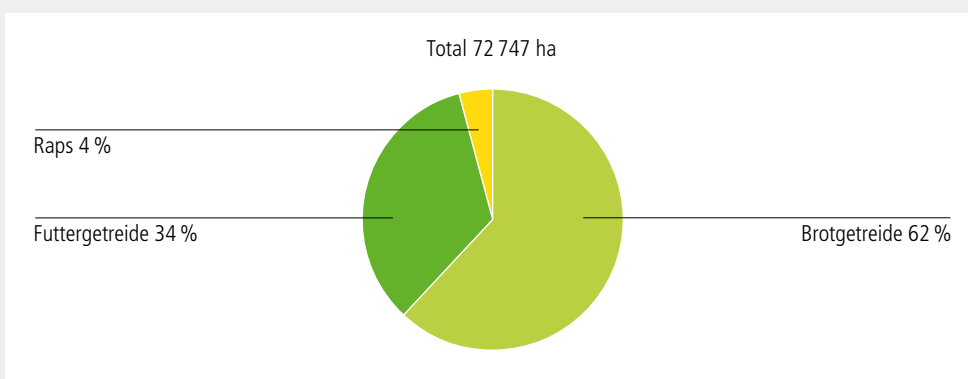
Diese Massnahme hat zum Ziel, den Anbau von Getreide und Raps unter Verzicht auf Wachstumsregulatoren, Fungizide, chemisch-synthetische Stimulatoren der natürlichen Abwehrkräfte und Insektizide zu fördern. Der Beitragsansatz bemisst sich auf Fr. 400 pro ha.

Beiträge für Extensive Produktion von Getreide und Raps 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	8 921	4 811	548	14 280
Fläche	ha	53 245	18 205	1 298	72 747
Fläche pro Betrieb	ha	5,97	3,78	2,37	5,09
Beitrag pro Betrieb	Fr.	2 376	1 511	947	2 030
Total Beiträge	1 000 Fr.	21 195	7 269	519	28 983
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	21 227	7 579	530	29 336

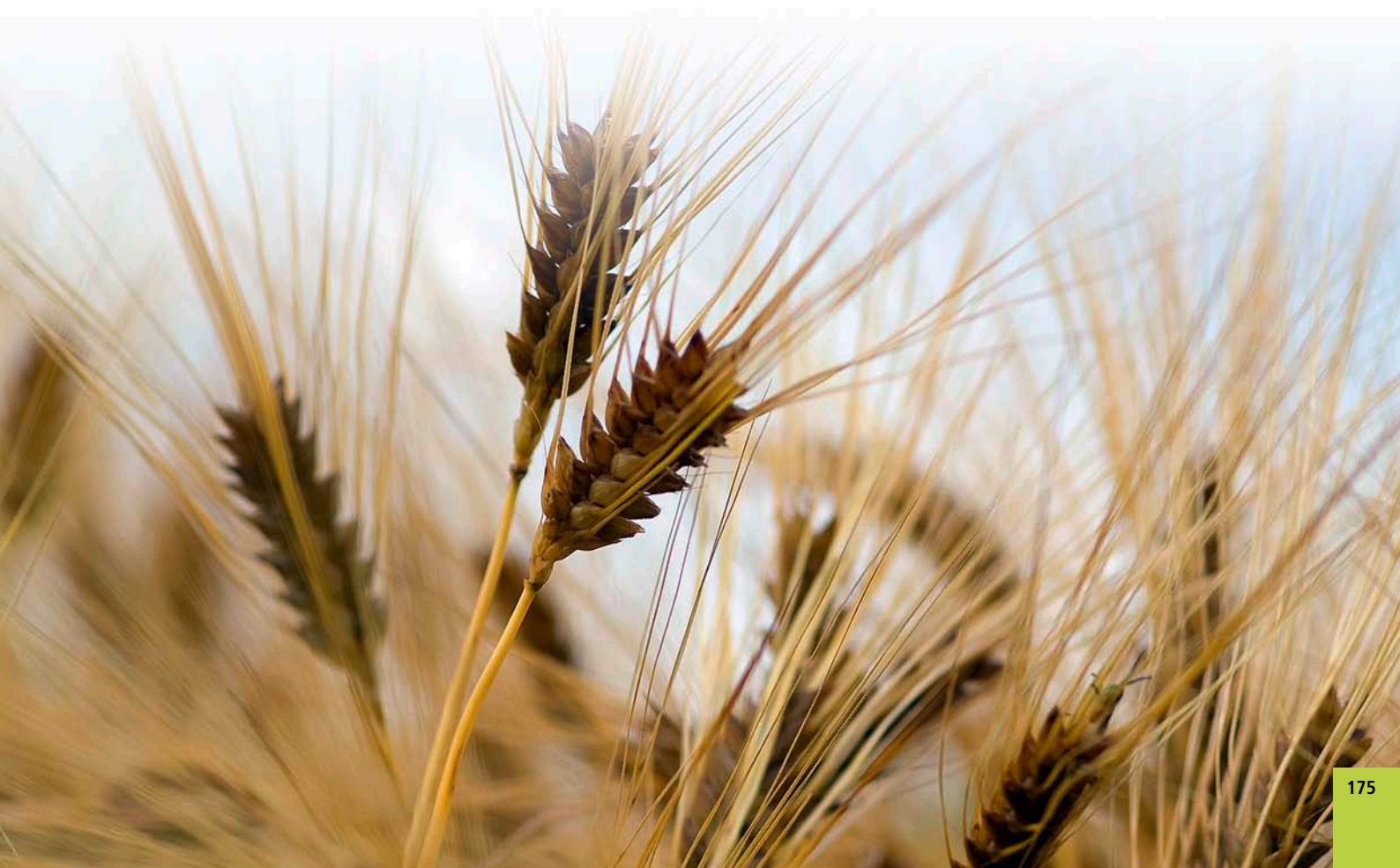
Quelle: BLW

Aufteilung der Extensofläche 2011



Quelle: BLW

Tabelle 37
Seite A41



■ Biologischer Landbau

Ergänzend zu den am Markt erzielbaren Mehrerlösen fördert der Bund den biologischen Landbau als besonders naturnahe und umweltfreundliche Produktionsform. Um Beiträge zu erhalten, müssen die Bewirtschafter und Bewirtschaftenden auf dem gesamten Betrieb die Anforderungen der Bio-Verordnung erfüllen. Ausnahmen von der Gesamtbetrieblichkeit bestehen für den Weinbau und für Obstanlagen.

Beim biologischen Landbau wird auf chemisch-synthetisch hergestellte Produktionsmittel, wie Handelsdünger oder Pestizide, gänzlich verzichtet. Dies spart Energie und schont Wasser, Luft und Boden. Für den Landwirt ist es deshalb besonders wichtig, die natürlichen Kreisläufe und Verfahren zu berücksichtigen. Insgesamt erreicht der Biolandbau eine höhere Effizienz in der Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Dies ist ein wichtiger Indikator für die Nachhaltigkeit des Produktionssystems.

2011 umfasste der biologische Landbau 11 % der gesamten LN.

Ansätze 2011	Fr./ha
– Spezialkulturen	1 350
– Offene Ackerfläche ohne Spezialkulturen	950
– Grün- und Streueflächen	200

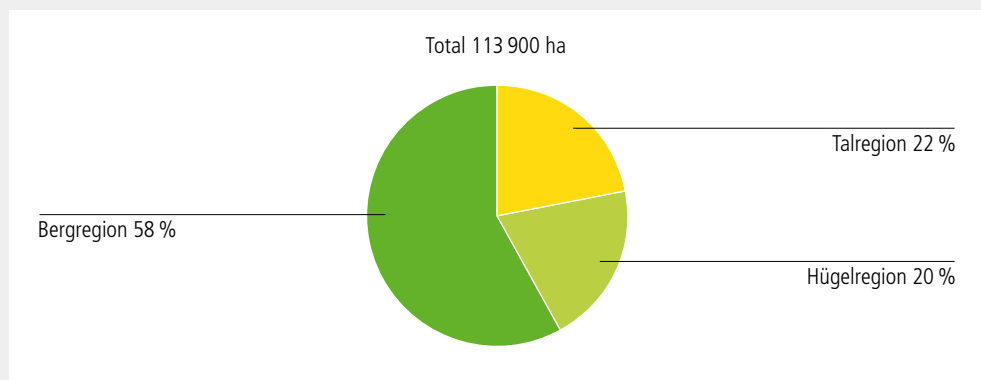
Beiträge für den biologischen Landbau 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	1 219	1 288	3 184	5 691
Fläche	ha	24 801	23 226	65 873	113 900
Fläche pro Betrieb	ha	20,35	18,03	20,69	20,01
Beitrag pro Betrieb	Fr.	9 536	4 856	4 197	5 490
Total Beiträge	1 000 Fr.	11 625	6 254	13 363	31 241
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	10 570	5 899	13 211	29 680

Quelle: BLW

● Tabelle 34a
Seite A34

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche nach Region 2011



Quelle: BLW

2.2.3.2 Ethobeiträge

Mit Ethobeiträgen wird die freiwillige Teilnahme an einem oder beiden Ethoprogrammen «Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme» und «Regelmässiger Auslauf im Freien» gefördert (vgl. auch Abschnitt 1.3.2).

■ Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS)

Gefördert wird die Tierhaltung in Haltungssystemen, welche die in der Ethoprogrammverordnung definierten Anforderungen erfüllen, die wesentlich über das von der Tierschutzgesetzgebung verlangte Niveau hinausgehen.

BTS-Beitragsansätze 2011	Fr./GVE
– Über 120 Tage alte Tiere der Rindergattung und Wasserbüffel, über 30 Monate alte Tiere der Pferdegattung und über ein Jahr alte Tiere der Ziegengattung	90
– Schweine, ohne Saugferkel	155
– Zuchthennen und -hähne, Legehennen, Junghennen und -hähne, Küken, Mastpoulets, Truten und Kaninchen	280

BTS-Beiträge 2011					
Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	9 401	6 239	4 537	20 177
GVE	Anzahl	310 165	162 622	90 575	563 362
GVE pro Betrieb	Anzahl	32,99	26,07	19,96	27,92
Beitrag pro Betrieb	Fr.	3 852	2 976	2 012	3 167
Total Beiträge	1 000 Fr.	36 210	18 568	9 131	63 908
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	35 035	17 964	8 729	61 729

Quelle: BLW

Tabelle 38
Seite A42

■ Regelmässiger Auslauf im Freien (RAUS)

Gefördert wird der in der Ethoprogrammverordnung definierte regelmässige Auslauf von Nutztieren auf einer Weide oder in einem Laufhof bzw. in einem Aussenklimabereich.

RAUS-Beitragsansätze 2011	Fr./GVE
– Tiere der Rindergattung und Wasserbüffel, Tiere der Pferdegattung, über ein Jahr alte Tiere der Schaf- und der Ziegengattung, Weidelämmer sowie Kaninchen	180
– nicht säugende Zuchtsauen	360
– übrige Schweine, ohne Saugferkel	155
– Zuchthennen und -hähne, Legehennen, Junghennen und -hähne, Küken, Mastpoulets und Truten	280

RAUS-Beiträge 2011

Merkmal	Einheit	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total
Betriebe	Anzahl	13 458	10 780	12 213	36 451
GVE	Anzahl	392 109	272 610	245 374	910 093
GVE pro Betrieb	Anzahl	29,14	25,29	20,09	24,97
Beitrag pro Betrieb	Fr.	5 285	4 588	3 636	4 526
Total Beiträge	1 000 Fr.	71 120	49 454	44 412	164 986
Total Beiträge 2010	1 000 Fr.	70 315	49 135	44 453	163 903

Quelle: BLW

Tabelle 38
Seite A42

2.2.3.3 Sömmerungsbeiträge

■ Nachhaltige Bewirtschaftung der Sömmerungsgebiete

Mit den Sömmerungsbeiträgen soll die Bewirtschaftung und Pflege der ausgedehnten Sömmerungsweiden in den Alpen und Voralpen sowie im Jura gewährleistet werden. Das Sömmerungsgebiet wird mit rund 300 000 GVE genutzt und gepflegt. Der Viehbesatz wird nach den Grundsätzen einer nachhaltigen Nutzung festgelegt. Man spricht dabei vom sogenannten Normalbesatz. Ausgehend vom Normalbesatz werden die Beiträge nach Normalstoss (NST) ausgerichtet. Ein NST entspricht der Sömmerung einer GVE während 100 Tagen.

Ansätze 2011

	Fr.
– Für gemolkene Kühe, Milchziegen und Milchschafe pro GVE (56–100 Tage Sömmerung)	330
– Für Schafe ohne Milchschafe pro NST	
bei ständiger Behirtung	330
bei Umtriebsweide	250
bei übrigen Weiden	120
– Für übrige Raufutter verzehrende Tiere pro NST	330

Tabellen 41a–41b
Seiten A45–A46

Sömmerungsbeiträge 2011

Merkmal	Beiträge	Betriebe	GVE oder NST
	1 000 Fr.	Anzahl	Anzahl
Kühe, Milchziegen und Milchschafe	11 768	1 076	35 635
Schafe ohne Milchschafe	5 640	904	24 187
Übrige Raufutter verzehrende Tiere	84 121	6 598	245 727
Total	101 529	7 139	
Total 2010	101 275	7 187 ¹	

¹ Bei dieser Zahl handelt es sich um das Total der beitragsberechtigten Sömmerungsbetriebe (ohne Doppelzählungen)

Quelle: BLW

Seit dem Beitragsjahr 2003 werden differenzierte Sömmerungsbeiträge für Schafe (ohne Milchschafe) nach Weidesystem ausgerichtet. Mit den höheren Beiträgen für die ständige Behirtung und Umtriebsweide werden einerseits die höheren Kosten berücksichtigt, andererseits wird, in Analogie zu den Ökobeiträgen, der Anreiz für eine nachhaltige Schafalpfung erhöht. Eine ständige Behirtung bedeutet, dass die Herdenführung durch einen Hirten mit Hunden erfolgt und die Herde täglich auf einen vom Hirten ausgewählten Weideplatz geführt wird. Bei einer Umtriebsweide hat die Beweidung während der ganzen Sömmerung abwechselungsweise in verschiedenen Koppeln zu erfolgen, die eingezäunt oder natürlich klar abgegrenzt sind.

Schafsömmerung nach Weidesystem 2011

Weidesystem	Betriebe	Tiere mit Beiträgen	Beiträge
	Anzahl	NST	1 000 Fr.
Ständiger Behirtung	106	9 040	2 957
Umtriebsweide	234	5 796	1 448
Übrigen Weide	544	8 481	1 030
Kombination von Weidesystemen	20	870	205
Total	904	24 187	5 640
Total 2010	920	24 440	5 628

Quelle: BLW

Entwicklung der Sömmerung 2009–2011: Betriebe, gesömmerte Tiere in Normalstössen nach Tierkategorien

Jahr	2009	2010	2011
Tierkategorie	Einheiten		
Milchkühe	Betriebe	3 924	3 854
	Stösse	106 118	104 602
Mutter- und Ammenkühe und andere Kühe	Betriebe	2 289	2 263
	Stösse	32 044	32 343
Anderes Rindvieh	Betriebe	6 183	6 171
	Stösse	123 294	123 816
Tiere der Pferdegattung	Betriebe	968	963
	Stösse	4 421	4 376
Schafe	Betriebe	993	995
	Stösse	25 297	25 252
Ziegen	Betriebe	1 434	1 411
	Stösse	5 817	5 928
Andere gesömmerte Tiere	Betriebe	196	194
	Stösse	465	532

Ein Stoss = 1 GVE * Dauer / 100

Quelle: BLW

2.2.3.4 Beiträge für den Gewässerschutz

■ Abschwemmungen und Auswaschung von Stoffen verhindern

Seit 1999 ermöglicht Artikel 62a des Gewässerschutzgesetzes dem Bund, Massnahmen der Landwirtschaft zur Verhinderung der Abschwemmung und Auswaschung von Stoffen in ober- und unterirdische Gewässer zu fördern. Das Schwergewicht des Programms liegt bei der Reduktion der Nitratbelastung des Trinkwassers und der Phosphorbelastung der oberirdischen Gewässer in Regionen, in denen der ÖLN, der Biolandbau, Verbote und Gebote sowie vom Bund geförderte freiwillige Programme (Extenso, ökologischer Ausgleich) nicht genügen. Neue Entwicklungen zeigen sich im Bereich der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln.

2011 waren insgesamt 29 Projekte in der Umsetzung: 26 Nitratprojekte, 1 Phosphorprojekt (die 3 Phosphorprojekte des Baldegger-, Sempacher- und Hallwilersees wurden 2011 zu einem Projekt zusammengelegt) und 2 Projekte im Bereich Pflanzenschutzmittel (PSM).

Gemäss der Gewässerschutzverordnung sind die Kantone verpflichtet, für ober- und unterirdische Wasserfassungen einen Zuströmbereich zu bezeichnen und bei unbefriedigender Wasserqualität Sanierungsmassnahmen anzuordnen. Diese Massnahmen können im Vergleich zum aktuellen Stand der Technik bedeutende Einschränkungen bezüglich Bodennutzung und untragbare finanzielle Einbussen für die Betriebe mit sich bringen. Die Beiträge des Bundes an die Kosten betragen maximal 80 % für Strukturanpassungen und bis 50 % für Bewirtschaftungsmassnahmen.

2011 wurden 6,7 Mio. Fr. ausbezahlt.



Überblick über die Projekte 2011

Kanton	Region, Gemeinde	Geplante Projektdauer	Stoff	Projektgebiet	Projektierte Gesamtkosten	Beiträge 2011
		Jahr		ha	Fr.	Fr.
AG	Baldingen	2004–2015 ¹	Nitrat	69	593 200	37 771
AG	Birrfeld	2002–2013 ¹	Nitrat	813	4 239 900	291 209
AG	Wohlenschwil	2001–2013 ¹	Nitrat	62	703 396	72 434
AG	Klingnau	2007–2012	Nitrat	101	486 600	34 225
AG	Hallwilersee	2001–2010	Phosphor	1 200	2 209 970	-
BE	Gimmiz	2011–2016	Nitrat	180	1 275 632	596 687
BL	Buus	2011–2016	Nitrat	220	458 541	125 173
FR	Avry-sur-Matran	2000–2011 ¹	Nitrat	37	405 739	27 133
FR	Courgevaux	2003–2015 ¹	Nitrat	27	164 838	29 537
FR	Domdidier	2004–2016 ¹	Nitrat	30	195 588	22 707
FR	Fétigny	2004–2016 ¹	Nitrat	63	1 526 110	128 862
FR	Lurtigen	2005–2016	Nitrat	286	2 042 386	107 515
FR	Torny (Middes)	2000–2012 ¹	Nitrat	45	369 853	21 955
FR	Salvenach	2005 ²	Nitrat	13.5	202 334	-
FR	Neyruz	2010–2015	Nitrat	8,1	66 432	8 858
FR	Gurmels	2011–2016	Nitrat	81.3	492 091	65 005
GE	Charmilles	2008–2013	PSM	202	480 700	103 974
LU	Baldeggersee	2000–2013	Phosphor	12 900 ⁴	37 506 738 ⁴	3 382 985 ⁴
LU	Sempachersee	1999–2013				
LU	Hallwilersee	2001–2013				
NE	Valangin	2009–2014	Nitrat	178	1 235 668 ³	74 573
SH	Klettgau	2001–2012 ¹	Nitrat	357	4 049 470	252 673
SO	Gäu I und II	2000–2014 ¹	Nitrat	1 508	4 339 000	554 237
VD	Bavois	2005–2010 ¹	Nitrat	37	178 985	27 692
VD	Bofflens	2005–2016	Nitrat	112	1 576 100	123 142
VD	Boiron / Morges	2005–2016	PSM	2 250	3 426 450	109 000
VD	Bussy sur Moudon	2009–2015	Nitrat	34	404 100	55 096
VD	Curtilles	2009–2015	Nitrat	28,5	298 400	73 089
VD	Morand/ Montricher	2000–2013 ¹	Nitrat	403	1 082 996	224 914
VD	Neyruz-sur Moudon	2009–2014	Nitrat	20	132 000	17 968
VD	Thierrens	1999–2017	Nitrat	17	564 570	26 738
VD	Sugnens	2007–2012	Nitrat	16	129 900	17 298
VD	Peney-le-Jorat / Villars-Tiercelin	2009–2014	Nitrat	28	306 000	44 893
ZH	Baltenswil	2000–2017	Nitrat	130	1 211 875	46 138
Total					63 734 867	6 703 479
Total 2010						8 117 280 ⁵

¹ Verlängerung der Projekte vereinbart

² Projekt im Rahmen einer Güterregulierung mit einmaligem Beitrag im Jahre 2005

³ Mit baulichen Strukturmassnahmen

⁴ Seit 2011 werden die Projekte Baldegger-, Sempacher- und Hallwilersee als ein Projekt weitergeführt.

⁵ Die Phosphorprojekte umfassen 2010 ebenfalls den Kantonsbeitrag von Fr. 1 262 336.

Der Bundesbeitrag allein betrug Fr. 6 855 944 ⁵

Quelle: BLW

■ Evaluation der Projekte nach Art. 62a GSchG

Im Jahr 2010 wurden die bisherige Umsetzung von Projekten nach Art. 62a GSchG evaluiert. Ziel der Evaluation war die Umsetzung und Wirksamkeit der Projekte zu prüfen um die Prozesse optimieren zu können. Dies auch im Hinblick auf die stetige Zunahme an Projekten. Während sich eine frühere Evaluation auf die Zielgruppe der Bewirtschafter konzentrierte, lag bei dieser Arbeit der Fokus auf dem Vollzug in den Kantonen. Zu diesem Zweck wurden in ausgewählten Projekte involvierte Personen wie Betriebsleiter, kantonale Mitarbeiter sowie Personen aus der Forschung und der Projektbetreuung befragt. Die Evaluation verdeutlichte, dass die Umsetzung und Finanzierung über die Körperschaften Bund, Kantone und Gemeinde weitestgehend gut funktioniert und die Qualität der Grundlagen als hoch betrachtet wird. Sie lieferte zudem Hinweise auf Verbesserungspotential bei der Umsetzung der Projekte und der Politikgestaltung. Im Anschluss an die Evaluation definierte die interdepartementale Arbeitsgruppe Nitrat/PSM Empfehlungen und konkrete Massnahmen zu den festgestellten Schwächen und Hemmnissen (Zusammenfassung der Evaluation ist auf der Homepage des BLW abrufbar).

Im Rahmen der Evaluation wurden unter anderem folgende Verbesserungspotentiale und entsprechende Massnahmen ermittelt:

- Die kantonalen Vertreter bemängelten die Personalknappheit beim BLW und die fehlende Vertretung der Wasserversorger in der Arbeitsgruppe. Mit dem Einbezug eines Vertreters des Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW) und der BLW internen Ressourcenverteilung konnten diese Schwächen behoben werden.
- Hinsichtlich der Oberaufsicht über die Projekte sollen die Etappenziele und die Umsetzung der Massnahmen überprüft werden, was anlässlich der Oberkontrolle durch den Bund bereits so gehandhabt wird.
- Ein besonderes Anliegen aufgrund der Evaluation ist die Weiterführung der Massnahmen durch die Betriebsleiter nach Ablauf der Projekte (maximal 3 x 6 Jahre).
- Das Bedürfnis wurde geäussert die zeitliche Begrenzung unter Einbezug der Projektleiter zu diskutieren – was anlässlich eines Projektleitertreffens umgesetzt werden soll.

■ Ein Fallbeispiel: «Boiron de Morges» – Projekt zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln

Im 2005 startete in der Gemeinde Morges im Kanton Waadt ein Pilotprojekt mit dem Ziel die Konzentration von Pflanzenschutzmitteln im Flüsschen Boiron zu reduzieren. Das Projektgebiet umfasst 2 250 ha, wovon 1 950 ha landwirtschaftliche Nutzfläche und 132 Landwirtschaftsbetriebe betroffen sind.

Im Projekt werden verschiedene Massnahmen gegen die punktuelle und diffuse Verschmutzung des Boiron umgesetzt. Eine Massnahme zur Reduktion des direkten Eintrages von Pflanzenschutzmitteln ist die Reinigung der Feldspritzen. Zur äusserlichen Reinigung der Sprühgeräte und zur Entsorgung von Brühresten wurde der Bau einer zentralen Anlage zum biologischen Abbau von Waschwasser gefördert (siehe Abbildung). Zudem wurden auch Spühlwassertanks für die innere Reinigung der Sprühgeräte auf dem Feld finanziert.

Zur Reduktion von diffusen Einträgen wird beispielsweise der Ersatz von Pflanzenschutzmitteln durch unproblematischere Produkte gefördert. Um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf sehr sensiblen Parzellen zu reduzieren, wird auch die Umnutzung von Ackerland in Dauergrünland unterstützt.

Dank dieser Massnahmen hat sich während der Projektphase zwischen 2005 und 2010 der chemische und biologische Zustand des Boiron zunehmend verbessert. Da das Endziel aber noch nicht gänzlich erreicht werden konnte, wurde das Projekt um weitere sechs Jahre verlängert.

Anlage in Denens zur Reinigung von Sprühgeräten und zum biologischen Abbau des Reinigungswassers.

Die Anlage umfasst einen gedeckten Reinigungstunnel ❶, und einen ungedeckten Bereich zur Reinigung der Traktoren ❷. Das Reinigungswasser wird in einer Zisterne ❸ gesammelt und anschliessend im Tunnel ❹ auf einem Substrat aus Erde, Stroh und Kompost versprüht und darin abgebaut.



2.2.3.5 Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen (Ressourcenprojekte)

Gemäss den Artikeln 77a und 77b LwG fördert der Bund ab 2008 die Verbesserung der Nutzung von natürlichen Ressourcen in der Landwirtschaft mit Beiträgen. Die Zielbereiche sind die für die landwirtschaftliche Produktion benötigten Ressourcen wie Stickstoff, Phosphor und Energie, die Optimierung des Pflanzenschutzes sowie der verstärkte Schutz und die nachhaltigere Nutzung des Bodens, der biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft und der Landschaft.

- Die Massnahmen müssen über die Anforderungen der Gesetze, des ÖLN oder anderweitiger Förderprogramme des Bundes wie der Öko-Qualitätsverordnung hinausgehen.
- Die ökologische Verbesserung soll nicht durch die Reduktion der inländischen Produktion sondern durch eine Steigerung der Effizienz beim Ressourceneinsatz erreicht werden.
- Die auf sechs Jahre befristeten Beiträge sollen neuen Techniken und Organisationsformen sowie strukturellen Anpassungen zum Durchbruch verhelfen, die Verbesserungen in diesen Bereichen bringen und zu deren Einführung eine finanzielle Unterstützung notwendig ist.
- Die Wirkung der Massnahmen muss nach Abschluss des Projekts beibehalten werden.
- Das BLW beteiligt sich mit bis zu 80 % an den anfallenden Kosten. Die Restfinanzierung des Projekts muss durch eine Trägerschaft sichergestellt werden.
- Die Teilnahme an den Massnahmen ist freiwillig.

Die ersten Ressourcenprojekte befinden sich in der Umsetzung; weitere sind in Erarbeitung.

Natürliche Ressource / Zielbereich	Projekte in Umsetzung 2011	Projekte mit Start 2012
Stickstoff	Kantone Thurgau, Luzern, Freiburg, Bern, Kantone Appenzell I. Rh., Appenzell A. Rh., Solothurn, Aargau, Zentralschweizer Projekt (Kantone Obwalden, Nidwalden, Uri, Schwyz, Zug), Waadt, Neuenburg, Glarus, Graubünden, Basel	Kantone Schaffhausen, Zürich, Basel-Landschaft
Bodenfruchtbarkeit	Kantone Basel-Stadt, Bern, Kanton Solothurn	
Biodiversität	Smaragd Oberaargau Förderung der Ackerbegleitflora (diverse Kantone)	
Energie		Erneuerbare Energien und elektrische Antriebe im Rebbau

Quelle: BLW

2011 wurden für Ressourcenprojekte Beiträge in der Höhe von Fr. 15 745 135 ausgerichtet. Im Verlaufe des Jahres konnten vier zusätzliche Projekte in den Bereichen Stickstoff und Biodiversität gutgeheissen werden, welche ab 2012 lanciert werden.

2.2.3.6 Neuerungen 2012

Für das Beitragsjahr 2012 wurden keine Änderungen vorgenommen.

2.2.4 Landschaftsqualitätsbeiträge für vielfältige Kulturlandschaften

Die Landwirtschaft trägt in hohem Mass zur Vielfalt und Qualität der Schweizer Kulturlandschaft bei: Knapp 60 000 Ganzjahresbetriebe und 7 000 Sömmerungsbetriebe bewirtschaften anderthalb Millionen Hektar und damit einen Drittel der Landesfläche. Bauern und Bäuerinnen gestalten den offenen, erlebbaren Raum zwischen Wald und Siedlungsrand, in den Berggebieten bis hinauf in die Hochalpen. Sie erbringen damit eine wertvolle gemeinwirtschaftliche Leistung. Die Landwirtschaft steht jedoch unter zunehmendem Rationalisierungsdruck, was unsere Kulturlandschaft schleichend monotoner macht: Ackerschläge werden grösser, Hochstammobstbäume verschwinden und aufwändige traditionelle Bewirtschaftungsformen werden aufgegeben. Um die Vielfalt an Kulturlandschaften gezielt zu fördern, sollen die Leistungen der Landwirtschaft im Bereich der Landschaftspflege vermehrt auf regionale Bedürfnisse und Ziele ausgerichtet werden können. Den Regionen mangelt es heute nicht an Ideen, wie sie ihre Landschaft erhalten und weiterentwickeln wollen: Richtpläne, Landschaftsentwicklungskonzepte oder Naturpärke weisen vielfältige regionale Landschaftsziele auf. Eine Förderung von auf solche Ziele ausgerichteter Leistungen der Landwirtschaft war bisher jedoch nicht möglich. Um diese Lücke endlich zu schliessen, schlägt der Bundesrat in der Botschaft zur Agrarpolitik 2014–2017 die Einführung von Landschaftsqualitätsbeiträgen vor. Sie ermöglichen eine umfassende Unterstützung von Erhalt, Pflege und Weiterentwicklung von vielfältigen Kulturlandschaften, die gerade für die Schweiz typisch sind und letztlich die Standortattraktivität ausmachen und so das Kapital für den Tourismus darstellen.

■ Landschaftswandel am Beispiel der Wytweiden

Landschaften kann man als Geschichtsbuch verstehen: Sie sind wahrgenommene Spuren des Zusammenwirkens von Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Natur. Aufgrund der konkreten und sich gelegentlich widersprechenden Ansprüche an die Landschaft wird in diesem Buch nicht nur gelesen, sondern es wird fortwährend daran weitergeschrieben.

Dies zeigt sich beispielhaft an den Wytweiden des Jurabogens. Die regionale Eigenart und Qualität dieses Landschaftstyps sind einem drastischen Wandel unterworfen: Die mosaikartige Struktur von Wald und Grünland geht zunehmend verloren. Während Weideflächen in der Nähe der Betriebe intensiver genutzt und aus Gründen der rationellen Flächenbewirtschaftung Bäume entfernt oder nicht mehr ersetzt wurden, sind periphere Bereiche der Wytweiden vollständig verwaldet. An dieser Entwicklung lassen sich die Produktionssteigerung der Nachkriegszeit, die lange Zeit verfolgte strikte Trennung von Wald und Weide sowie ein Strukturwandel ablesen, welcher Bewirtschafter zur Rationalisierung zwingt.

Die Bevölkerung vor Ort empfindet diese Veränderungen als problematischen Verlust von Landschaftsqualität. Im Rahmen eines Interreg3A-Projektes (2000–2006) wurde die Entwicklung der Wytweiden im gesamten Jurabogen analysiert und als Gegenmassnahme eine Methode zur integrierten Bewirtschaftungsplanung entwickelt, welche sich inzwischen als Planungsinstrument etabliert hat. Die lokalen Akteure haben damit im übertragenen Sinn nicht nur gemeinsam im Geschichtsbuch der Waldweiden gelesen, sondern sich darauf verständigt, weitere Kapitel zu verfassen.

Leistungen der Land- und Alpwirtschaft, die bei der Umsetzung einer derartigen Bewirtschaftungsplanung erbracht werden, konnten mit dem bestehenden Direktzahlungssystem nicht unterstützt werden, sondern wurden von Kanton, Gemeinden oder Dritten getragen.

■ Vielfältige Landschaften

Die Agrarpolitik soll in Zukunft Anreize für derartige Initiativen zur Landschaftsentwicklung schaffen und deren Umsetzung finanziell unterstützen. Die Landschaftsqualitätsbeiträge funktionieren projektbezogen und räumen dadurch den Regionen vermehrt eigenen Gestaltungsspielraum ein: Ausgehend von den bestehenden Grundlagen und unter Einbezug von Bevölkerung und Landwirtschaft erarbeiten regionale Trägerschaften Landschaftsziele. Gestützt darauf erstellen die kantonalen Fachstellen ein Massnahmenkonzept für die Landwirtschaft. Der Bund stellt einen Leitfaden für Trägerschaft und Kanton zur Verfügung und bewilligt die Umsetzung. Auf freiwilliger Basis schliesst der Kanton mit den Bewirtschaftern auf sechs bis acht Jahre befristete, verlängerbare Vereinbarungen ab und richtet jährlich einen betriebsspezifischen Landschaftsqualitätsbeitrag aus, der zu 80 % vom Bund finanziert wird. Der Kanton stellt die Restfinanzierung sicher. Auf dieser Grundlage können Leistungen von Land- und Alpwirtschaftsbetrieben fair entschädigt werden, und der Landwirtschaft eröffnet sich – im Sinne der Diversifizierung – ein neuer Betriebszweig.

Landschaftsqualitätsbeiträge zielen also darauf ab, bestehende Grundlagen und Konzepte für die Landwirtschaft in Wert zu setzen und einen Beitrag zur Standortattraktivität jener Regionen zu leisten, die sich für die Landschaftsentwicklung engagieren. In nationaler Sicht ist dies deshalb von Bedeutung, weil damit Voraussetzungen für eine landschaftlich vielfältige Schweiz geschaffen werden.

■ Entwicklung des Beitragskonzepts in Pilotprojekten

Die Vollzugsbestimmungen der Landschaftsqualitätsbeiträge werden gegenwärtig gemeinsam mit den Standortkantonen Aargau, Graubünden, Waadt und Jura anhand von vier Pilotprojekten entwickelt. Landschaften und Anliegen zur Landschaftsentwicklung unterscheiden sich stark von Projektgebiet zu Projektgebiet:

Das **Unterengadin GR** ist ein inneralpines Trockental. Die Dörfer befinden sich auf natürlichen Geländestufen. Terrassierte Hänge zeugen vom einst weit verbreiteten Ackerbau. **Zielsetzung:** Traditionelle Elemente wie Terrassenraine oder Heuschleifwege erhalten und den Bergackerbau fördern.

Das **Limmattal AG** ist eine Agglomerationslandschaft mit ausgedehnten Wohngebieten, Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungszonen. Die noch vorhandenen Landwirtschaftsflächen sind unter Druck und erfüllen gleichzeitig eine wichtige Funktion als Freiräume. **Zielsetzung:** Landwirtschaftsflächen für die Erholungsnutzung aufwerten, damit diese als Frei- und Erholungsflächen für Landwirtschaft und Bevölkerung langfristig erhalten bleiben.

Die weite, intensiv ackerbaulich genutzte **Plaine de l'Orbe VD** ist durch Trockenlegung entstanden. Die historisch gewachsenen Siedlungen liegen umgeben von Weinbergen, Wiesen und Äckern in leicht erhöhter Lage am Rand der Ebene. **Zielsetzung:** Charakteristische Vielfalt an Kulturen und Gehölzstrukturen aufwerten, Erholungsnutzung entlang der Velo- und Wanderwege ermöglichen und kanalisieren.

Die kleinen Dörfer und die charakteristischen Einzelhöfe der **Franches-Montagnes JU** liegen in einer offenen Hochebene, die ihre Vielfalt dem Mosaik von Wiesen- und Weideflächen, Wytweiden und geschlossenem Wald verdankt. **Zielsetzung:** Die mosaikartigen Strukturen und die parkähnlichen Wytweiden erhalten.

Inzwischen liegen regionale Massnahmenkonzepte vor. 2012 und 2013 werden die Massnahmen umgesetzt. Die bisherigen Ergebnisse sind vielversprechend: Die vorgeschlagenen Massnahmen werden den unterschiedlichen regionalen Anliegen gerecht und sind äusserst zielgerichtet; gleichzeitig ist das Interesse der Landwirte am Abschluss von Bewirtschaftungsvereinbarungen gross. Detaillierte Informationen zu den regionalen Zielsetzungen und Massnahmenkonzepten sowie eine erste Bilanz zu den Pilotprojekten finden sich auf der BLW-Internetseite.

2.3 Grundlagenverbesserung

Die Massnahmen unter dem Titel Grundlagenverbesserung fördern und unterstützen eine umweltgerechte und effiziente Nahrungsmittelproduktion sowie die Erfüllung der multifunktionalen Aufgaben.

Finanzhilfen für Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen

Massnahme	2010	2011	2012 ¹
	Mio. Fr.		
Beiträge Strukturverbesserungen	85,0 ²	83,0	87,0
Investitionskredite	47,0	13,0 ³	54,0
Betriebshilfe	2,2	0,9	1,9
Umschulungsbeihilfen	0,05	0,1	0,9
Beratungswesen ⁴ und Forschungsbeiträge ⁵	18,4	18,2	18,3
Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten und Schädlinge ⁵	1,6	1,5	3,3
Pflanzen- und Tierzucht	37,6	37,6	38,0
Total	191,9	154,3	203,4

¹ Budget

² inkl. Sonderkredit Stabilisierungsmassnahmen

³ einmalige Reduktion infolge Ausgleich zu Gunsten Direktzahlungen

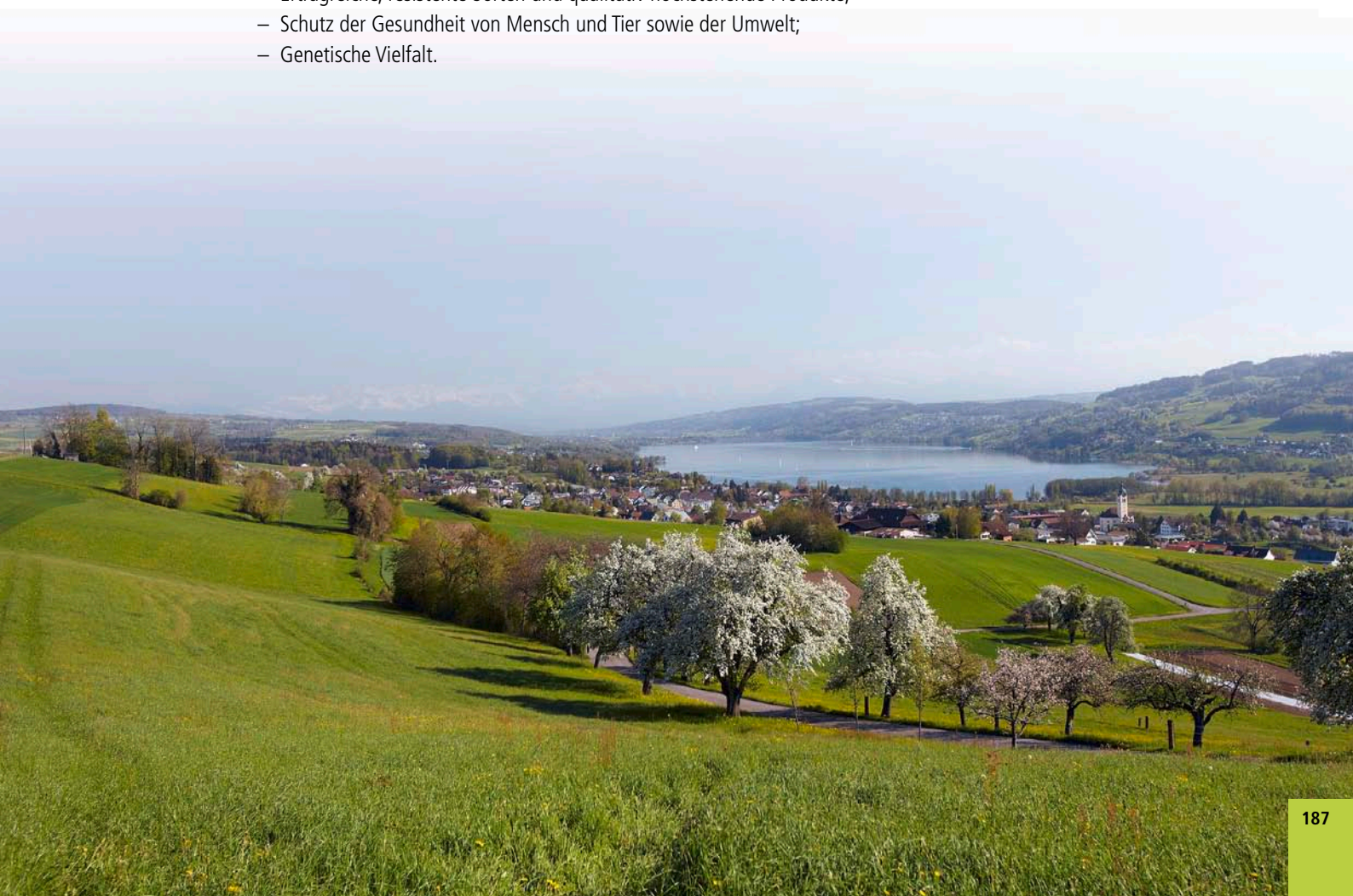
⁴ Ab 2012 innerhalb des Zahlungsrahmens Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen

⁵ Nicht über den Zahlungsrahmen Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen gesteuert

Quelle: BLW

Mit den Massnahmen zur Grundlagenverbesserung werden folgende Ziele angestrebt:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung der Produktionskosten;
- Erleichterung der täglichen Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte;
- Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum;
- Moderne Betriebsstrukturen und gut erschlossene landwirtschaftliche Nutzflächen;
- Effiziente und umweltgerechte Produktion;
- Ertragreiche, resistente Sorten und qualitativ hochstehende Produkte;
- Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier sowie der Umwelt;
- Genetische Vielfalt.



2.3.1 Strukturverbesserungen und soziale Begleitmassnahmen

2.3.1.1 Strukturverbesserungen

Mit den Massnahmen im Bereich der Strukturverbesserungen werden die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse im ländlichen Raum verbessert, insbesondere im Berggebiet und in den Randregionen. Im Interesse der Öffentlichkeit werden zudem ökologische, tierschützerische und raumplanerische Ziele umgesetzt, wie der naturnahe Rückbau von Kleingewässern, die Vernetzung von Biotopen oder der Bau von besonders tierfreundlichen Stallhaltungssystemen.

Investitionshilfen für Strukturverbesserungen werden als Hilfe zur Selbsthilfe für einzelbetriebliche und für gemeinschaftliche Massnahmen gewährt. Es stehen zwei Instrumente zur Verfügung:

- Beiträge mit Beteiligung der Kantone, vorwiegend für gemeinschaftliche Massnahmen;
- Investitionskredite in Form von rückzahlbaren, zinslosen Darlehen, vorwiegend für einzelbetriebliche Massnahmen.

Mit Investitionshilfen werden die landwirtschaftlichen Infrastrukturen gefördert. Sie ermöglichen die Anpassung der Betriebe an die sich laufend ändernden Rahmenbedingungen. Durch die Senkung der Produktionskosten und die Förderung der Ökologie wird die Wettbewerbsfähigkeit einer nachhaltig produzierenden Landwirtschaft verbessert. Auch in anderen Ländern, insbesondere in der EU (GAP 2. Säule), sind landwirtschaftliche Investitionshilfen wichtige Massnahmen zur Förderung des ländlichen Raums. Allerdings werden in der EU die Beihilfen ausschliesslich als Beiträge ausgerichtet.

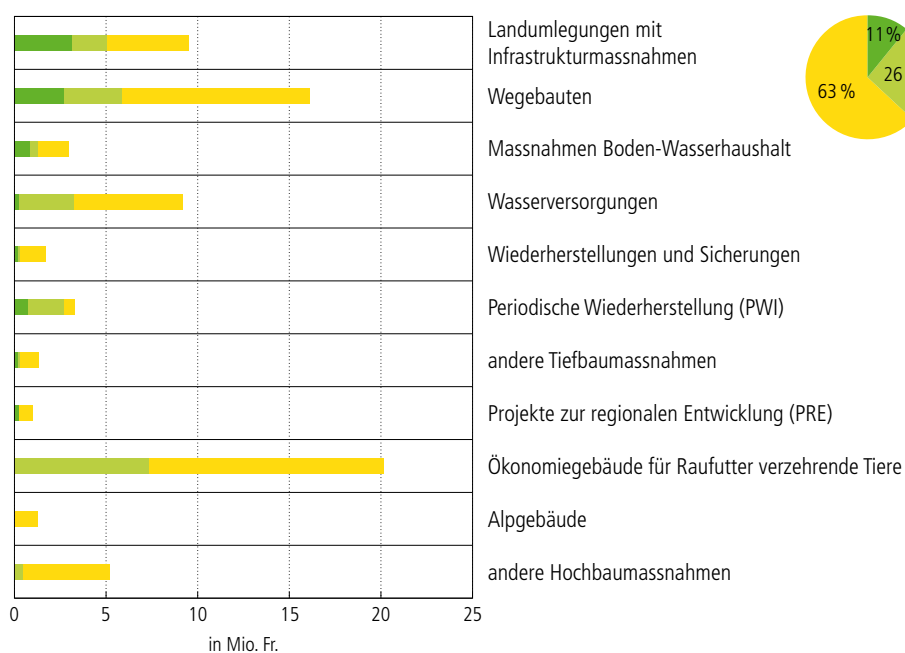
■ Finanzielle Mittel für Beiträge

Für Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten wurden im Jahr 2011 Beiträge im Umfang von 83 Mio. Fr. ausbezahlt. Ausserdem genehmigte das BLW neue Projekte mit Bundesbeiträgen von insgesamt 71,5 Mio. Fr. Damit wurde ein Investitionsvolumen von 383,7 Mio. Fr. ausgelöst. Die Summe der Bundesbeiträge an die genehmigten Projekte ist nicht identisch mit der Budgetrubrik «Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen», da die Zusicherung eines Beitrages und dessen Auszahlung nur ausnahmsweise im gleichen Jahr erfolgen und vielfach von einem genehmigten Projekt nur eine Tranche zugesichert wird.

Tabellen 45–46, 50a
Seiten A50, A54

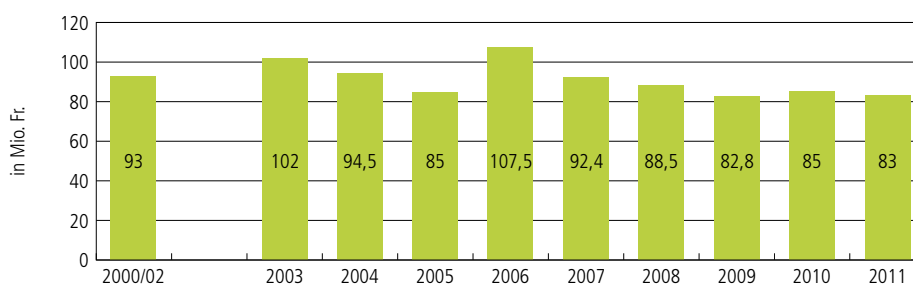


Genehmigte Beiträge des Bundes 2011



Quelle: BLW

Ausbezahlte Beitrage des Bundes an Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Hochbauten 2003–2011



Quelle: BLW

■ Finanzielle Mittel für Investitionskredite

Im Jahre 2011 bewilligten die Kantone für 2 127 Fälle Investitionskredite im Betrag von 328,3 Mio. Fr. Von diesem Kreditvolumen entfielen 85 % auf einzelbetriebliche und 12 % auf gemeinschaftliche Massnahmen. Im Berggebiet können für gemeinschaftliche Projekte auch Überbrückungskredite, so genannte Baukredite mit einer maximalen Laufzeit von drei Jahren, gewährt werden.

Tabellen 47–48, 50b
Seiten A51–A54

Investitionskredite 2011

	Anzahl	Mio. Fr.	Anteil %
Einzelbetriebliche Massnahmen	1 904	278,9	85
Gemeinschaftliche Massnahmen, ohne Baukredite	196	39,4	12
Baukredite	27	10,0	3
Total	2 127	328,3	100

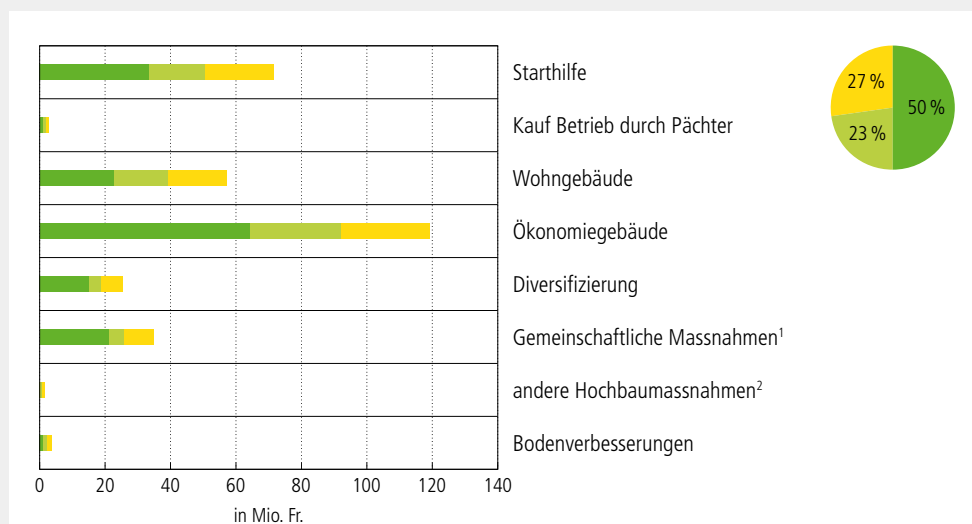
Quelle: BLW

Die Kredite für einzelbetriebliche Massnahmen wurden hauptsächlich als Starthilfe, für die Diversifizierung sowie für den Neu- oder Umbau von landwirtschaftlichen Wohn- und Ökonomiegebäuden eingesetzt. Sie werden in durchschnittlich 13,4 Jahren zurückbezahlt.

Bei den gemeinschaftlichen Massnahmen wurden insbesondere Bodenverbesserungen, Bauten und Einrichtungen für die Milchwirtschaft und für die Verarbeitung, Lagerung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte sowie der gemeinschaftliche Kauf von Maschinen oder Fahrzeugen unterstützt.

Im Jahre 2011 wurden den Kantonen 13 Mio. Fr. neue Bundesmittel zur Verfügung gestellt und zusammen mit den laufenden Rückzahlungen für die Gewährung von neuen Krediten eingesetzt. Das Umlaufvermögen des seit 1963 geöfneten Fonds de roulement beträgt 2,361 Mrd. Fr.

Investitionskredite 2011 nach Massnahmenkategorien, ohne Baukredite



■ Talregion
■ Hügelregion
■ Bergregion

1 Gemeinschaftlicher Kauf von Maschinen und Fahrzeugen, Starthilfe für bäuerliche Selbsthilfeorganisationen, Gem. Einrichtungen und Bauten für die Verarbeitung / Lagerung landw. Produkte, Gem. Anlagen für die Produktion erneuerbarer Energie aus Biomasse
2 Produzierender Gartenbau, Gewerbliche Kleinbetriebe

Quelle: BLW

2.3.1.2 Soziale Begleitmassnahmen

■ Betriebshilfe

Die Betriebshilfe wird in Form von zinslosen Darlehen gewährt und dient dazu, eine vorübergehende, unverschuldete finanzielle Bedrängnis zu verhindern oder zu beheben. In der Auswirkung entspricht die Betriebshilfe einer einzelbetrieblichen, indirekten Entschuldung.

Im Jahr 2011 wurden in 143 Fällen insgesamt 24,86 Mio. Fr. Betriebshilfedarlehen gewährt. Das durchschnittliche Darlehen betrug 173 873 Fr. und wird in 13,2 Jahren zurückbezahlt.

Tabellen 49, 50b
Seiten A53–A54

Betriebshilfedarlehen 2011		
	Anzahl	Mio. Fr.
Umfinanzierung bestehender Schulden	102	18,71
Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Belastung	40	5,95
Darlehen bei Betriebsaufgabe	1	0,20
Total	143	24,86

Quelle: BLW

Im Jahr 2011 wurden den Kantonen 0,893 Mio. Fr. neu zur Verfügung gestellt. Seit dem Inkrafttreten des Neuen Finanzausgleichs (NFA) entspricht die kantonale Beteiligung mindestens der Höhe der neuen Bundesmittel. Die neuen Mittel von Bund und Kantonen werden zusammen mit den laufenden Rückzahlungen für die Gewährung von neuen Darlehen eingesetzt. Das Umlaufvermögen des seit 1963 mit neuen Bundesmitteln und Rückzahlungen geäufteten Fonds de roulement beträgt zusammen mit den Kantonsanteilen rund 222 Mio. Fr.

■ Umschulungsbeihilfen

Die Umschulungsbeihilfe erleichtert für selbständig in der Landwirtschaft tätige Personen den Wechsel in einen nichtlandwirtschaftlichen Beruf. Sie beinhaltet Beiträge an Umschulungskosten und Lebenskostenbeiträge für Betriebsleiterinnen oder Betriebsleiter, die das 52. Altersjahr noch nicht beendet haben. Die Gewährung einer Umschulungsbeihilfe setzt die Aufgabe des landwirtschaftlichen Betriebs voraus. Im Jahre 2011 wurden in einem Fall 94 275 Fr. zugesichert. Insgesamt wurden auf Basis der zugesicherten Umschulungsbeihilfen der Vorjahre an drei in der Umschulung stehenden Personen 127 810 Fr. ausbezahlt. Die Umschulungsdauer beträgt, je nach Ausbildung, ein bis drei Jahre. Das Ausbildungsspektrum der Umschulung ist breit und reicht von sozialen Berufen wie Physiotherapeut, Religionspädagoge oder Krankenschwester bis hin zu handwerklichen und kaufmännischen Berufen (Zimmermann, Schlosser, Heizungsmonteur, Mechaniker, Koch oder Agrokaufmann). Eine Beihilfe wurde für eine Ausbildung an einer Fachhochschule gewährt.

Tabelle 51
Seite A55

Die Gründe für die geringe Beteiligung an diesem Programm mögen anfänglich in der fehlenden Bekanntheit gelegen haben, zeitweise auch an den ungünstigen wirtschaftlichen Aussichten in anderen Berufsfeldern. Ein Hindernis könnten aber auch Auflagen sein, welche für den Bezug der Beihilfen zu erfüllen sind, so insbesondere die definitive Betriebsaufgabe.

2.3.1.3 Gemeinschaftliche Projektinitiative ist Grundlage für Projekt zur regionalen Entwicklung

Die seit 2006 in grosser Anzahl eingereichten Gesuche für eine finanzielle Unterstützung der Vorabklärung einer gemeinschaftlichen Projektinitiative zeigen, dass die Massnahme «Coaching» ein begehrtes und notwendiges agrarpolitisches Instrument für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum ist. Sie bildet Anreiz, Projektideen aufzunehmen und weiter zu verfolgen und trägt in einem frühen Stadium des Prozesses wesentlich dazu bei, dass die verlangten Grundlagen für eine spätere Umsetzung einheitlich und in guter Qualität bereitgestellt werden. Letztlich können über diesen Weg Projekte zielgerichtet gefördert und damit die Zusammenarbeit in den Regionen gestärkt werden. In der ersten Fünfjahresperiode von 2006 bis 2010 enthielten die Vorabklärungen vorwiegend Projektideen mit Ausrichtung auf ein Projekt zur Regionalen Entwicklung (PRE), auf ein Projekt zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen oder auf Vernetzungsprojekte nach der Ökoqualitätsverordnung (ÖQV). Fast die Hälfte der beim BLW eingereichten Projektskizzen waren ausgerichtet auf ein PRE. 2011 haben die Gesuche zur Unterstützung von Vernetzungsprojekten stark zugenommen. Diese nehmen neu die Spitzenposition bei den eingereichten Gesuchen ein.

Die hohe Anzahl eingegangener Gesuche (296, Stand 31.12.2011) für die Vorabklärung zeigt das grosse Interesse, im ländlichen Raum gemeinschaftliche Projekte zu lancieren. Die Anzahl der Initiativen aus der Praxis sind auch abhängig von der Bedeutung, welche die Kantone oder Gemeinden solchen Projekten entgegenbringen. Die Initiativen sind meist auf ein Förderinstrument ausgerichtet, welches ein Engagement der Öffentlichen Hand voraussetzt. Einige Kantone leisten deshalb aus eigenem Interesse einen zusätzlichen finanziellen Beitrag an Vorabklärungen.

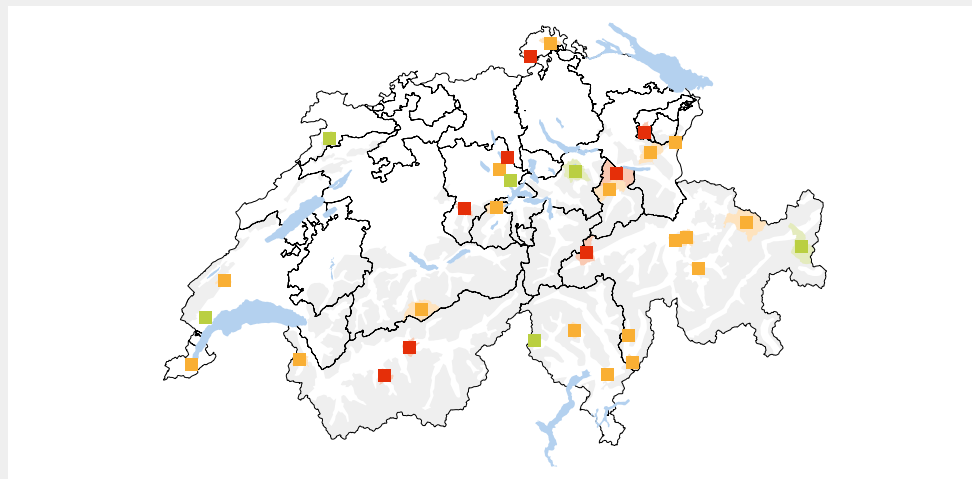
Die in die Vorabklärungsphase gesetzten Erwartungen wurden bisher erfüllt. Die Vorstellung, längerfristig ungefähr die Hälfte der eingereichten Projektskizzen mit Ausrichtung auf ein PRE in eine Detailplanung überführen und im Rahmen der Strukturverbesserungen umsetzen zu können, wurde bisher bestätigt. Konkret befinden sich von den 115 seit Beginn eingereichten PRE-Skizzen deren acht in der Umsetzung und weitere acht in der Detailplanungsphase (Grundlagenetappe). Bei 18 der abgeschlossenen Vorabklärungsdossiers ist eine Fortsetzung im Rahmen der Grundlagenetappe geplant. Aktuell stehen 44 Projektinitiativen in der Phase der Vorabklärung. 19 Projekte wurden während der Vorabklärung bzw. nach Abschluss dieser Phase sistiert. Für 18 Projektskizzen konnte vom BLW keine Unterstützung in Aussicht gestellt werden.

Dass nicht alle Projektideen weiter verfolgt werden konnten, ist ein wichtiger Hinweis für die Notwendigkeit der Vorstudien auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Arbeitsvorlage des BLW. Diese umfasst alle Elemente eines Businessplans inkl. die Vorstellungen über die Finanzierung sowie die Abstimmung der Ideen mit anderen Zielsetzungen oder Projekten in der betroffenen Region. Gleichzeitig wird erwartet, dass auch die organisatorischen Möglichkeiten für die spätere Umsetzung der Projektidee geprüft werden.

Weil für Vorabklärungen nur beschränkt Mittel zur Verfügung stehen, kam es zu gewissen Restriktionen bei der Bewilligung dieser Gesuche. Die PRE, die nach Abschluss der Vorabklärung und Detailplanung umgesetzt werden können, werden vom Bund aus den Mitteln der Strukturverbesserungen finanziert. Die finanziellen Bedürfnisse dieser Projekte lassen eine Prioritätensetzung als notwendig erscheinen. Allenfalls sind auch die Anforderungen zu überprüfen.

Die folgende Karte (Stand 31.12.2011) zeigt die Standorte von PRE nach ihrem Projektfortschritt. Darin aufgeführt sind neben den Projekten in Umsetzung (8) jene, die in der Grundlagenetappe (Detailplanung) stehen (8) sowie alle PRE mit abgeschlossener Vorabklärung (18). Nicht aufgezeigt sind alle Projektinitiativen, die sich noch im Stadium der Vorabklärung befinden (44).

Projekte regionale Entwicklung



Legende

- In Umsetzung
- In Detailplanung
- Vorabklärung abgeschlossen

Quelle: BLW, GG25 © Swisstopo 2012



2.3.1.4 50 Jahre Investitionskredite – ein agrarpolitisches Erfolgsmodell!

Als Geburtsstunde der Investitionskredite gilt der 3. Oktober 1956. An diesem Tag reichte Nationalrat Andreas Zeller aus Walenstadt eine von 21 Mitunterzeichnern getragene Motion mit folgendem Inhalt ein:

«Die Sicherung und Verbesserung der klein- und bergbäuerlichen Existenz hängt heute weitgehend von einer durchgreifenden Rationalisierung der Betriebe ab. Nach dem heutigen Stande der Technik wäre eine solche Rationalisierung oft möglich. Vielen Landwirten, speziell den Klein- und Bergbauern, fehlen jedoch die dazu notwendigen finanziellen Mittel.

Der Bundesrat wird daher ersucht, den eidg. Räten eine Vorlage zu unterbreiten, welche dem Bunde erlaubt, für landwirtschaftliche Boden- und Betriebsverbesserungen, besonders Klein- und Bergbauern, langfristige Investitionsdarlehen zu billigsten Bedingungen zu gewähren.»

Das Bundesgesetz vom 23. März 1962 über Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft (IBG) wurde vom Bundesrat zusammen mit der dazugehörenden Verordnung (IBV) als Folge der Motion Zeller auf den 1. November 1962 in Kraft gesetzt. Das IBG bildete die Basis für die Schaffung eines Fonds de roulement für Investitionskredite und Betriebshilfedarlehen mit Bundesmitteln.

Das IBG kam gerade zur rechten Zeit. Wirtschaftsaufschwung, Vollbeschäftigung und Lohnerhöhungen in Industrie und Gewerbe führten zu einer raschen Abwanderung von Arbeitskräften vom ersten in den zweiten Sektor. In der Landwirtschaft musste Arbeit durch Kapital substituiert werden.

■ Erste Phase von 1962 bis 1998

In der Zeitspanne von 1962 bis 1998 konnten die Investitionskredite an Infrastrukturmassnahmen von juristischen und natürlichen Personen gewährt werden und mussten innerhalb maximal 25 Jahren zurückbezahlt werden. Vorwiegend unterstützt wurden:

- Ökonomie-, Wohn-, und Alpgebäude;
- Kauf von lebendem und totem Inventar (Pächterkapital);
- Betriebsübernahmen (Liegenschaftskäufe, inkl. Landkäufe von Dritten);
- Strukturverbesserungsmassnahmen (wie Meliorationen, Wegebau, Wasserversorgungen);
- landwirtschaftliche Gemeinschaftseinrichtungen (wie Käsereien, Keltereien).

Investitionskredite wurden in erster Linie für Haupterwerbsbetriebe und zur Restfinanzierung von Investitionen eingesetzt. Bevor einem Gesuchsteller ein Investitionskredit gewährt werden konnte, musste der Betrieb bereits relativ hoch verschuldet sein, normalerweise 60–100 % des Ertragswertes. Die eigenen Mittel des Gesuchstellers und die Möglichkeiten zur Aufnahme von Bankkrediten mussten bereits ausgeschöpft sein. Durch dieses sogenannte Restfinanzierungsprinzip lösten grosse Investitionsvorhaben einen entsprechend grösseren Investitionskredit aus. Demgegenüber konnten wenig verschuldete Betriebe oder solche mit günstigen Investitionsvorhaben nur mit geringer Unterstützung rechnen oder wurden gänzlich von dieser Investitionshilfe ausgeschlossen.

■ Neuer Rahmen ab 1999

Die umfassende Reform der Agrarpolitik in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts brachte auch zahlreiche Neuerungen für die Investitionshilfen. So wurden die rechtlichen Grundlagen für die Gewährung von Investitionskrediten und Beiträgen als 5. Titel des Landwirtschaftsgesetzes vom 29. April 1998 (LwG) aufgeführt und das Bundesgesetz vom 23. März 1962 über Investitionskredite und Betriebshilfe ausser Kraft gesetzt. Die Details werden in der neuen Strukturverbesserungsverordnung (SVV) vom 7. Dezember 1998 geregelt. Grundlegend neu ist die Abkehr vom Restfinanzierungsprinzip. An deren Stelle treten pauschale Beiträge, die unabhängig von der Schuldensituation und den effektiven Kosten einer Investition gewährt werden. Zahlreiche Änderungen vereinfachten auch den Vollzug. Der Verzicht auf eine Vorgangsverschuldung und die pauschale Gewährung von Investitionskrediten förderten fortan günstigere Investitionen und wirtschaftlichere Betriebe.

Seit 1999 wurden die Unterstützungsmöglichkeiten laufend erweitert und einer multifunktionalen Landwirtschaft angepasst:

- Starthilfe für Junglandwirte;
- gemeinschaftliche Anlagen für die Vermarktung selbst hergestellter Produkte;
- Projekte zur regionalen Entwicklung und zur Förderung von einheimischen und regionalen Produkten;
- Diversifizierung der Tätigkeit im landwirtschaftsnahen Bereich;
- Aufbau von bäuerlichen Selbsthilfeorganisationen im Bereich der marktgerechten Produktion und Betriebsführung;
- gemeinschaftliche Anlagen, um Energie aus Biomasse zu gewinnen;
- gewerbliche Kleinbetriebe im Berggebiet;
- produzierender Gartenbau, Spezialkulturen wie Pilze, Sprossen;
- Fischerei und Fischzucht.

Der Übergang von der Rest- zur Pauschalfinanzierung bewirkte einen wesentlichen Kostensenkungsschub. Die neuen Pauschalen belohnen den Unternehmer mit einem kostengünstigen Projekt und tragen damit wesentlich zur besseren Wirtschaftlichkeit und Kostenkontrolle bei. Die Einführung einer Starthilfe senkte die Ausgangsverschuldung von Junglandwirten. Die Eigenverantwortung des bäuerlichen Unternehmers rückte stärker ins Zentrum. Die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse im ländlichen Raum, insbesondere im Berggebiet und in Randregionen, werden dadurch nachhaltig verbessert. Im Interesse der Öffentlichkeit werden zudem ökologische, tierschützerische und raumplanerische Ziele umgesetzt. Investitionshilfen werden als Hilfe zur Selbsthilfe gewährt.

Wie die nachfolgenden Kennzahlen zeigen, sind die unterstützten Betriebe überdurchschnittlich gross, leistungsfähig und investieren fast ausschliesslich in tierfreundliche Ställe.

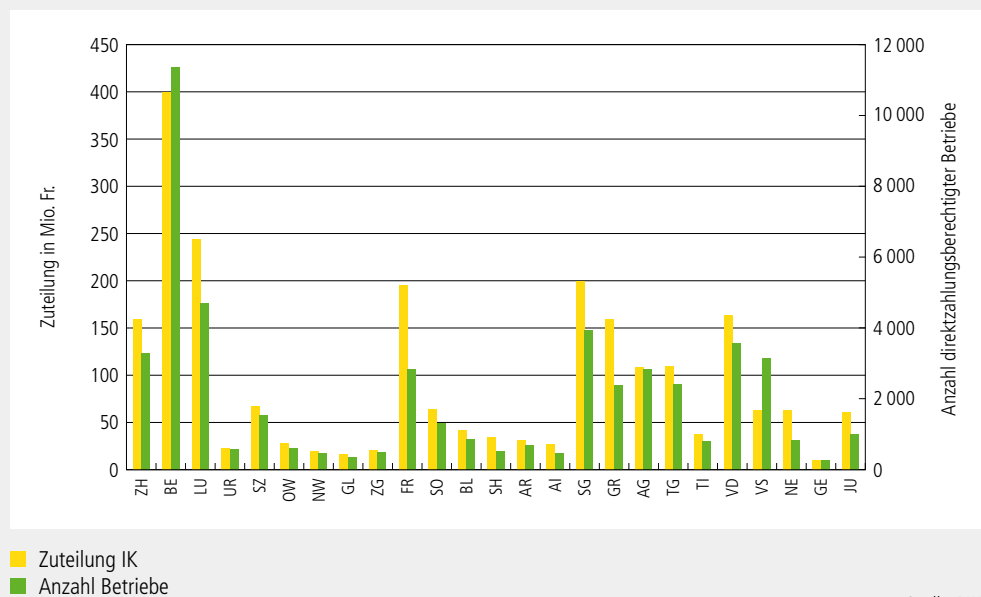
Vergleich der unterstützten Betriebe mit dem Schweizer Durchschnitt

	Durchschnitt der unterstützten Betriebe 2009–2011	Durchschnitt aller Schweizer Betriebe 2009–2010
Standardarbeitskräfte	2,7 SAK	1,66 SAK
Landwirtschaftliche Nutzfläche	27,9 ha LN	17,7 ha LN
Grossvieheinheiten	41,1 GVE	22,25 GVE
Milchlieferrecht	202 900 kg	123 128 kg
Anteil besonders tierfreundliche Stallplätze	> 90 % BTS	33,2 % BTS

Quelle: BLW

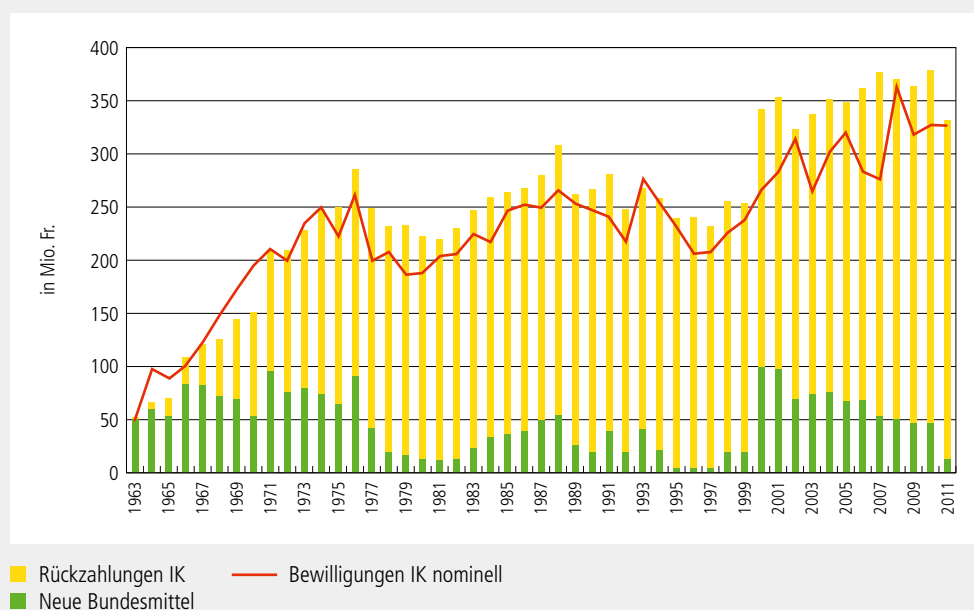
Die Investitionskredite stellen seit 50 Jahren ein wichtiges Finanzierungsinstrument für die Landwirtschaft dar. Sie erleichtern den bäuerlichen Betrieben, ihre Infrastruktur den neuen Herausforderungen anzupassen. Investitionskredite fördern heute gezielt leistungsfähige Betriebe und Produzentengemeinschaften. Die Eintrittsbedingungen (u.a. mind. 1,25 SAK, abgeschlossene Berufsbildung, ausgewiesene Betriebsführung, ökologischer Leistungsnachweis, Nachweis der Finanzier- und Tragbarkeit) sind so gestaltet, dass in erster Linie professionelle, aber nach wie vor bäuerliche und bodenbewirtschaftende Landwirte Investitionskredite erhalten. So konnten damit in den letzten 50 Jahren mit 2,36 Mrd. Fr. Bundesmittel insgesamt 11,2 Mrd. Fr. Investitionskredite, welche in durchschnittlich 13 Jahren zurück bezahlt werden, vergeben werden.

Fonds de Roulement je Kanton im Vergleich zu den direktzahlungsberechtigten Betrieben 2010



Quelle: BLW

Investitionskredite – Neue Bundesmittel und Rückzahlungen an die Kantone



Quelle: BLW

2.3.1.5 Betriebshilfedarlehen unter der Lupe der Evaluatoren

Die Evaluation konzentriert sich auf zwei Massnahmen der Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (SBMV): die Überbrückung einer unverschuldeten finanziellen Bedrängnis und die Ablösung von bestehenden verzinslichen Darlehen (Umschuldung).

■ Ergebnisse der Evaluation

Die Entwicklung der Umschuldung hängt von der Situation auf dem Hypothekenmarkt ab. Der aktuelle Hypothekenzins trägt nicht dazu bei, sich für eine solche Umwandlung zu entscheiden, die eine Rückzahlung der Darlehen in einer relativ kurzen Zeit erfordert (Maximum 20 Jahre). Bei den Überbrückungsdarlehen gibt es kaum Schwankungen.

Im Jahr 2002 wurde bei der Gewährung von Darlehen im Rahmen der Umschuldung die Spitze erreicht (33,9 Mio. Fr.). Dies korreliert mit der Entwicklung auf dem Hypothekemarkt. Im Jahr 2005 wurden nur mehr 12,3 Mio. Fr. in Form von Umschuldungsdarlehen gewährt, das heisst etwas mehr als ein Drittel der Beträge des Jahres 2002. Die durchschnittliche Höhe der ausgerichteten Beträge nimmt hingegen zu und stieg von 92 670 Fr. im Jahr 1999 auf 182 380 Fr. im Jahr 2010. Diese Entwicklung lässt sich in erster Linie durch die Zunahme der Betriebsgrösse und den Maximalbetrag pro Betrieb erklären.

■ Einfluss auf das Überleben und die Verschuldung der Betriebe

Betriebe, denen ein Überbrückungsdarlehen gewährt wurde, sollen finanzielle Engpässe überwinden und ihre finanzielle Situation langfristig stabilisieren können; zwei Drittel der Darlehensnehmer beurteilen die Wirkung der Darlehen mit Blick auf dieses Ziel positiv oder eher positiv. Die Darlehen tragen aus Sicht sowohl der Darlehensnehmer als auch der kantonalen Vollzugsbehörden massgeblich zum Überleben der Betriebe bei. Diese konnten die schwierige Situation erfolgreich meistern und sind seit der Darlehensgewährung finanziell wieder stabil.

Zwei Drittel der befragten Darlehensnehmer konnten ihre Verschuldung über die Umlagerung der verzinslichen Schulden reduzieren. Die Betriebe können in vier von fünf Fällen die Zinslast verringern und ihre finanzielle Situation und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Bei den aktuell tiefen Zinsen für Bankhypotheken ist der Zinsvorteil zwar gering, die Betriebe sind aber unabhängiger von der zukünftigen Zinsentwicklung am Kapitalmarkt.

■ Voraussetzungen des Förderinstruments

Die Voraussetzungen, um in den Genuss von Betriebshilfen zu kommen, sind insgesamt als richtig und kohärent einzustufen. Die Förderkriterien eröffnen den kantonalen Vollzugsbehörden einen grossen Spielraum bezüglich der Möglichkeiten und der Höhe der Darlehen, wobei auch unternehmerische und wirtschaftlich erfolgreiche Landwirte unterstützt werden können.

Die Betriebshilfen müssen in einem Zeitraum von 15 bis 20 Jahren zurückgezahlt werden. Teilweise werden auch kürzere Rückzahlungsfristen angewandt. Die Amortisationspflicht strapaziert die Betriebe und die jährlichen Rückzahlungen belasten ihre Liquidität. Die Bedingung der Tragbarkeit schliesst einen Teil der Betriebe mit strukturellen und sozialen Problemen aus.

■ Empfehlungen zur heutigen Betriebshilfe

Die Verfasser des Evaluationsberichts empfehlen eine Stärkung der Betriebshilfe zugunsten einer sozialverträglichen Entwicklung des Landwirtschaftssektors. Um eine grössere Breitenwirkung zu erzielen, müssen mehr Darlehen vergeben werden. Der heutige Zahlungsrahmen wird beibehalten und nicht ausgebaut.

Die Umschuldungsdarlehen sind zu priorisieren. Die Kantone sollen noch verstärkt aufgefordert werden, die Fondsmittel zu nutzen, und es soll die Möglichkeit geprüft werden, die flüssigen Fondsmittel für die Investitionshilfen zu verwenden. Eine solche Umschichtung der Fondsmittel wird vom Bundesrat in seiner Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik in den Jahren 2014 bis 2017 vorgeschlagen.

Die kantonalen Vollzugsbehörden sollen regelmässig über die Betriebshilfe informieren und Mittler wie z.B. Treuhänder und Betriebsberater auffordern, ihre Kunden auf die Möglichkeiten der Betriebshilfe hinzuweisen und bei der Einreichung von Gesuchen zu unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Vollzugsbehörden und den Banken ist zu verstärken oder zu institutionalisieren, damit sich die Betriebe nicht erneut verschulden.

Eine Harmonisierung der Kriterien mit denjenigen der Strukturverbesserungsmassnahmen ist zu prüfen und eine Vereinheitlichung der Darlehensvergabe zwischen den Kantonen anzustreben.

■ Empfehlungen für Strategien zur Reduktion der Verschuldung von Landwirtschaftsbetrieben

Im Evaluationsbericht werden drei Strategien zur Reduktion der Verschuldung von Landwirtschaftsbetrieben dargelegt. Sie beruhen auf der Beurteilung und den Empfehlungen bezüglich der heutigen Betriebshilfe.

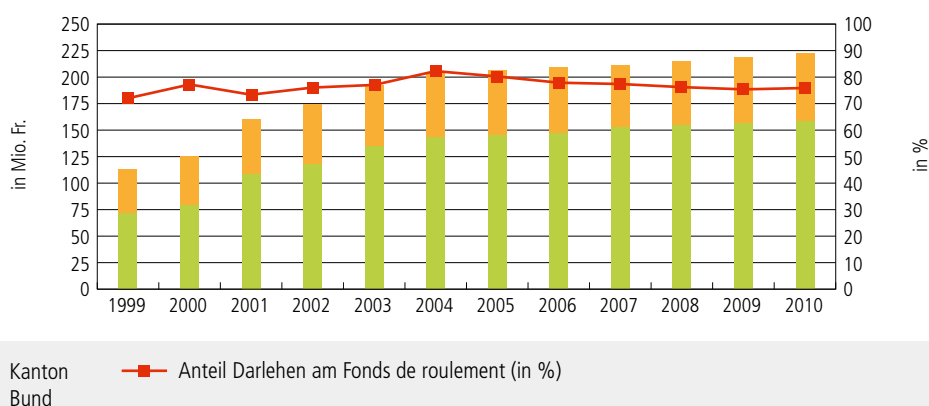
Als erste Strategie soll ein umfassendes Entschuldungsprogramm durchgeführt werden, indem die Finanzierung dahingehend angepasst wird, dass der Finanzierungsanteil der Kantone reduziert oder die Massnahme sogar als reine Bundesaufgabe weitergeführt wird. Diese Änderung würde eine Anpassung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen erfordern. Der Bund soll zusätzliche Mittel bereitstellen. Die Betriebshilfe zur Überbrückung einer finanziellen Bedrängnis soll über einen von den Kantonen und untergeordnet vom Bund geäußneten Fonds de roulement finanziert werden.

Eine zweite Strategie priorisiert die Entschuldung im Rahmen der heutigen Betriebshilfe. Der Fonds de roulement müsste durch zusätzliche Einlagen des Bundes und der Kantone aufgestockt werden, um mehr Umschuldungsdarlehen vergeben zu können. Die Entschuldung der Landwirtschaftsbetriebe sollte so zwar verstärkt werden, die Wirkung hängt aber stark von den verfügbaren Mitteln, insbesondere bei den Kantonen, ab.

Die letzte Strategie zielt darauf ab, die Optimierungspotenziale der Betriebshilfe ohne Aufstockung des Fonds de roulement zu nutzen. Sie gibt der Betriebshilfe zur Umschuldung Priorität gegenüber jener zur Überbrückung einer finanziellen Bedrängnis. Die Breitenwirkung zur Entschuldung dürfte leicht verstärkt werden.

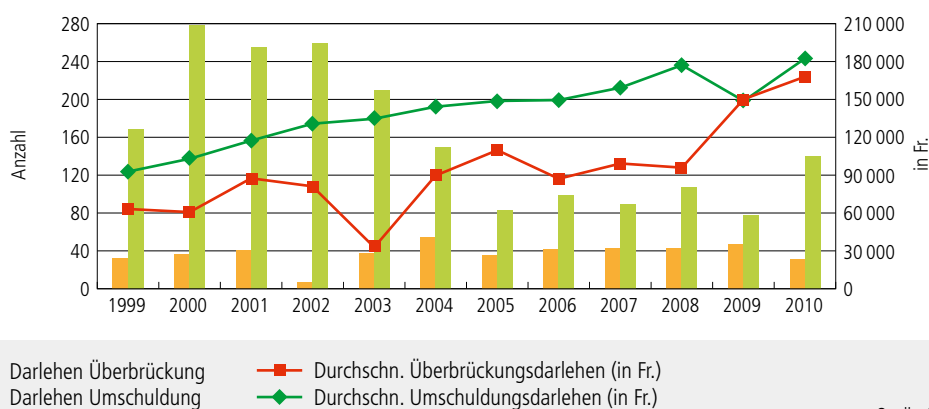
Im Falle eines umfassenden Entschuldungsprogramms sind die landwirtschaftlichen Investitionshilfen mit einzubeziehen. In diesem Zusammenhang müsste ein grundsätzlicher politischer Entscheid zur zukünftigen Ausrichtung der sozialen Begleitmassnahmen, zur Ausgestaltung des Instrumentariums und zur Aufgabenteilung mit den Kantonen angestrebt werden; heute ist die Betriebshilfe eine Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen.

Entwicklung des Fonds de roulement Betriebshilfen von 1999 bis 2010



Quelle: BLW

Entwicklung der Betriebshilfe zur Überbrückung einer finanziellen Bedrängnis bzw. zur Umschuldung von 1999 bis 2010



Quelle: BLW



2.3.2 Landwirtschaftliches Wissen – forschen, beraten, bilden

2.3.2.1 Landwirtschaftliches Wissenssystem

Im Landwirtschaftlichen Wissenssystem (LWS) wird Wissen zur Produktion von Nahrungsmitteln, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft erarbeitet und kommuniziert. Das LWS stützt sich dabei auf die vier Systemeinheiten Forschung, Bildung, Beratung und Praxis. Die Schweiz fördert die sowohl auf Erkenntnisgewinn gerichtete als auch die anwendungsorientierte landwirtschaftliche Forschung, und sie verfügt über ein bewährtes berufliches und hochschulisches Bildungsangebot sowie über ein breit aufgestelltes Beratungswesen. Forschung, Bildung, Beratung und Praxis sind optimal zu vernetzen, denn der Innovationsbedarf steigt und die Wissenserarbeitung wie auch das Wissen selber werden zunehmend komplexer.

In den Jahren 2011 und 2012 haben sich verschiedene Institutionen weiter entwickelt, um die aktuellen und kommenden Herausforderungen bewältigen zu können. Zudem laufen unter dem Stichwort Agricultural Knowledge and Innovation System (AKIS) auf europäischer Ebene Initiativen, die nationalen Wissenssysteme zu Innovationssystemen weiterzuentwickeln.

■ Weiterentwicklung von Forschungs- und Bildungsinstitutionen

Die zunehmende Komplexität des Wissens und der anstehenden Herausforderungen, aber auch die zunehmende Beschleunigung der Wissensgenerierung und der steigende Innovationsbedarf erfordern ein Landwirtschaftliches Wissenssystem, das flexibel, vernetzt, effizient, unterstützend und kundenorientiert arbeitet. Dementsprechend haben sich die daran beteiligten Institutionen laufend anzupassen.

Reorganisation von Agroscope

Agroscope wurde bisher mit einer Holding-Struktur via die drei Einheiten Agroscope Changins-Wädenswil ACW, Agroscope Liebefeld-Posieux (ALP-Haras) und Agroscope Reckenholz-Tänikon ART geführt. Ab 2014 wird Agroscope als eine einzige Institution auftreten. Ein wesentliches Ziel ist die Stärkung der strategischen und operativen Führung:

- Ein Leiter Agroscope steht deren Geschäftsleitung vor und ist für die operative Leitung von Agroscope zuständig.
- Die Geschäftsleitung Agroscope wird aus dem Leiter, den Verantwortlichen für die neu umschriebenen Institute sowie der Ressourcenverantwortlichen gebildet.
- Die Institute sind standortunabhängig in den folgenden Bereichen tätig: Pflanzenbauwissenschaften, Nutztierwissenschaften, Lebensmittelwissenschaften und Nachhaltigkeitswissenschaften.
- Als strategisches Leitungsorgan wird der Agroscope-Rat gebildet, welcher durch den Direktor des BLW geleitet wird.

Die verbesserte strategische und operative Führung trägt zu einer höheren Effizienz und Effektivität der Institution bei.

Vom D-AGRL zu D-USYS und D-HEST an der ETHZ

Mit der Gründung von zwei neuen Departementen brechen auch die Umwelt- und Agrarwissenschaften zu neuen Ufern auf. Die seit Jahren grösste Strukturveränderung an der ETH Zürich nimmt Gestalt an.

Im April 2010 kündigte die Schulleitung der ETH zwei wichtige, miteinander verbundene Strukturänderungen an: Zum einen ein neues Departement Gesundheitswissenschaften und Technologie (D-HEST), das Synergien von Natur- und Ingenieurwissenschaften in den Ernährungs-, Bewegungs- und Neurowissenschaften sowie in der Medizintechnik schafft. Gleichzeitig initiierte die Schulleitung die Neugründung eines zweiten Departements aus den Umwelt- und Agrarwissenschaften unter dem Titel Umweltsystemwissenschaften (D-USYS). Das bisherige Departement Agrar- und Lebensmittelwissenschaften geht dabei im D-HEST und im D-USYS auf. Starttermin für beide neuen Departemente war der 1. Januar 2012.

D-USYS: Für die seit fast 150 Jahren an der ETH betriebenen Agrarwissenschaften bedeutet dieser Zusammenschluss den Eintritt in eine neue Phase. Die bisherigen, zum Teil gegenläufigen Perspektiven Schutz der Umwelt und (landwirtschaftliche) Nutzung der Umwelt sollen im neuen Departement unter einem gemeinsamen Blickwinkel behandelt werden. Konkret heisst das: Einerseits verlangt die Knappheit von fruchtbarem Land, sauberem Wasser oder Bodenschätzen ein umfassendes Verständnis der gefährdeten Umweltsysteme, ihrer komplexen Wechselwirkungen sowie der Massnahmen zu ihrem Schutz. Andererseits müssen die Produktionssysteme den Bedürfnissen der wachsenden Weltbevölkerung nachkommen. Der nachhaltigen Landwirtschaft, einem fundamentalen Postulat für die globale Ernährungssicherheit, wird ein grösserer Stellenwert verliehen. Diesem Ziel dient auch das kürzlich gegründete Kompetenzzentrum World Food System (WFS), das für die neuen Departemente D-USYS und D-HEST eine ideale Brücke darstellt. Pfeiler der Lehre im D-USYS sind und bleiben die beiden Studiengänge Umweltnatur- und Agrarwissenschaften.

D-HEST: Mit der Schaffung des neuen Departements fasst die ETH verschiedene Aktivitäten im Bereich Forschung und Technik für die Gesundheit zusammen, die bisher in unterschiedlichen Departementen beheimatet waren. Das neue Departement besteht aus den Bereichen Medizintechnik, Neurowissenschaften, Bewegungswissenschaften und Sport sowie Lebensmittelwissenschaften und Ernährung. Die Lebensmittelwissenschaften passen gemäss der ETH-Leitung hervorragend zum Portfolio des neuen Departements. Denn der gesicherte Zugang zu unbedenklicher Nahrung sowie eine ausgewogene Ernährung sind unabdingbar für die Gesundheit und die Verbesserung der Lebensqualität. Das Potenzial von Lebensmitteln als kostengünstige Möglichkeit, die Gesundheit zu beeinflussen, wird ein Thema des Departementes sein. Das D-HEST wird in Zukunft zwei Studiengänge anbieten, nämlich Gesundheitswissenschaften und Technologie sowie Lebensmittelwissenschaften.

Von der SHL zur HAFL

Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft SHL in Zollikofen heisst seit Januar 2012 Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL). Die HAFL ist nun ein voll integriertes Departement der Berner Fachhochschule BFH. Mit dem neuen Namen tritt deutlich zu Tage, dass die Leistungsbereiche und Ausrichtung der Hochschule neben der Agronomie auch die Lebensmitteltechnologie und die Forstwirtschaft umfassen. An der Rolle der HAFL im schweizerischen Bildungssystem, an ihrem Leistungsangebot und der Ausrichtung ändert sich nichts.

■ Internationale Entwicklungen

Das Standing Committee on Agricultural Research (SCAR), ein durch die EU-Kommission eingesetztes Steuerungs- und Koordinationsgremium für die landwirtschaftliche Forschung, kam zum Schluss, dass die heutigen landwirtschaftlichen Wissenssysteme in vielen Ländern den neuen Herausforderungen nicht gewachsen seien. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus zahlreichen europäischen Ländern stellte sich deshalb der Frage, wie das Wissenssystem Innovationen in der Landwirtschaft fördern könne.

Zwar werden in den meisten europäischen Ländern landwirtschaftliche Forschung, Bildung und Beratung mindestens teilweise öffentlich unterstützt. Eine zentrale Steuerung über das ganze System ist hingegen in keinem Land vorhanden. Teilweise ist sogar die Idee, dass es sich hier um Teilelemente eines ganzen Systems handelt, noch wenig entwickelt. Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist, dass die Teilelemente nicht unabhängig voneinander funktionieren dürfen. Sonst würden der Austausch von Wissen und Erfahrungen behindert und Innovationen erschwert. Das System muss genügend offen sein, damit neue Akteure ihre spezifischen Anliegen einbringen können. Verschiedene Ansätze aus der Schweiz, z.B. die Expertengruppen von Agroscope und Foren, in denen sich die Forschung, die Beratung und die Praxis austauschen, sind international auf Beachtung gestossen.

2.3.2.2 Forschung

■ Neues Forschungskonzept für die Land- und Ernährungswirtschaft

Das BLW ist vom Bundesrat beauftragt, im Rahmen der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation 2013–2016 ein Forschungskonzept für den Politikbereich Landwirtschaft vorzulegen. Das Konzept zeigt auf Empfehlung der Eidgenössischen Finanzkontrolle eine Gesamtsicht der Schweizer Agrar- und Ernährungsforschung und stellt die Aufgaben und Ziele der Ressortforschung am BLW vor.

Die Themen, mit denen sich die Schweizer Forschung gegenüber der internationalen Forschung durch ihre Fortschrittlichkeit abhebt, haben bei Schweizer Konsumentinnen, Konsumenten und der Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert: Ökologische Nachhaltigkeit, integrierter Pflanzenschutz, biologischer Landbau, Low-Input-Verfahren, Tiergesundheit, Tierwohl, Weidehaltung und traditionelle Lebensmittel. Die Forschung trägt damit zur Akzeptanz der Schweizer Landwirtschaft und zur Nachfrage nach inländischen Produkten bei. Die Erfolge gründen auf einer konsequenten, mittel- bis langfristigen Ausrichtung der Forschungsziele.

Aufgrund dieser Erfolge kann von der Schweizer Forschung weiterhin ein wichtiger Beitrag zur Lösung der künftigen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen erwartet werden. Die Herkulesaufgabe für das globale Ernährungssystem besteht darin, trotz begrenzter Ressourcen eine wachsende Bevölkerung ausreichend mit bezahlbaren Nahrungsmitteln nachhaltig zu versorgen. Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ist gefordert, im Spannungsfeld der zunehmenden Ressourcenknappheit und des Klimawandels die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Produzenten zu stärken und einen nachhaltigen Konsum zu gewährleisten.

Im Rahmen von Expertengesprächen zur Erarbeitung des Forschungskonzepts wurden Wege hin zu einem «Integrierten Ernährungssystem» erörtert. Dieses als längerfristiges Ziel definierte System basiert auf Nachhaltigkeit und ist robust gegenüber äusseren Störungen. Zudem ist es gesundheits- und qualitätsorientiert. Damit dieses Integrierte Ernährungssystem erreicht werden kann, werden – aufbauend auf den Basisaufgaben der klassischen Agrarforschung im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion und der Ökosystemleistungen – drei interdisziplinäre Stossrichtungen für die Forschung empfohlen: Hochwertige Lebensmittel, Vitale Räume und Ressourceneffizienz.

Die Expertengruppe empfiehlt, die Schweizer Agrar- und Ernährungsforschung durch ein gemeinsames strategisches Vorgehen sowie durch gemeinsames Kommunizieren und Weiterentwickeln der thematischen Schwerpunkte zu stärken. Damit sollen die Präsenz der Agrar- und Ernährungsforschung bei politischen Entscheidungsträgern, Forschungsförderern, Branchen, Konsumentinnen, Konsumenten und Öffentlichkeit sowie der internationale Bekanntheitsgrad gesteigert werden. Kräfte sollen durch gemeinsames Erkennen künftiger Herausforderungen und Entwickeln gemeinsamer übergeordneter Forschungsstrategien gebündelt und der Innovationsprozess durch bessere Nutzung der Synergien hin zu einem schnellen, gezielten und effizienten Wissensaustausch zwischen Forschung, Beratung und Praxis gestärkt werden. Es wird empfohlen, die bestehenden Förderinstitutionen zur Stärkung von Forschung und Entwicklung noch besser zu nutzen und Kooperationen zwischen öffentlicher Forschung und privaten Unternehmen auszubauen. Zudem ist weiterhin eine erfolgreiche Beteiligung an nationalen und internationalen Forschungsprogrammen anzustreben. Es wird empfohlen, die Umsetzung und Weiterentwicklung dieser gemeinsamen Ziele im Rahmen einer Allianz anzugehen.

Als Kompetenzzentrum des Bundes im Bereich der Agrarpolitik kommt dem BLW die zentrale Aufgabe zu, seinen Forschungsbedarf in Bezug auf die Weiterentwicklung der Agrarpolitik und die Evaluation der agrarpolitischen Massnahmen frühzeitig zu formulieren und mit geeigneten Instrumenten abzudecken. Dem Amt stehen dazu a priori die periodischen Leistungskontrakte mit den Agrarforschungspartnern sowie die spezifischen Forschungsaufträge und -beiträge zur Verfügung, wobei dem jeweils vierjährigen Leistungsauftrag an und den jährlichen Leistungsvereinbarungen mit Agroscope eine besondere Bedeutung zukommt.

Ausgehend von den nationalen und internationalen Herausforderungen, den Strategien und Zielen des Bundesrats und des BLW sowie in Abgrenzung zu den nationalen Forschungsinstitutionen formuliert die Forschungsanstalt Agroscope Vision, Mission, Grundwerte, Alleinstellungsmerkmale sowie strategische Ziele für die Bereiche Forschung und Entwicklung/Wissensaustausch, Technologietransfer und Vollzugsaufgaben/Positionierung und Zusammenarbeit sowie Organisationsentwicklung.

Agroscope ist das Kompetenzzentrum des Bundes für die landwirtschaftliche Forschung und forscht entlang der gesamten Wertschöpfungsketten der Land- und Ernährungswirtschaft für eine wettbewerbsfähige und multifunktionale Landwirtschaft, für hochwertige Lebensmittel als Grundlage für eine gesunde Ernährung und für eine intakte Umwelt. Die Aufgaben von Agroscope sind: Forschung und Entwicklung im Agrar-, Ernährungs- und Umweltbereich, Bereitstellung von Entscheidungsgrundlagen für die Gesetzgebung der Behörden (Politikberatung), Vollzugsaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben im Dienste der Landwirtschaft und der Allgemeinheit sowie Wissensaustausch und Technologietransfer mit der Praxis, der Beratung, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Lehre und der Öffentlichkeit.

Agroscope setzt sich in den kommenden acht bis zehn Jahren in besonderem Masse mit sechs thematischen Schwerpunkten auseinander: 1) Ökologische Intensivierung, 2) Sicherung der natürlichen Ressourcen, 3) Beitrag der Land- und Ernährungswirtschaft zum Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, 4) Qualitativ hochwertige und sichere Lebensmittel für eine gesunde Ernährung, 5) Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft und 6) Vitalität und Attraktivität ländlicher Räume.

2.3.2.3 Beratung

Die landwirtschaftliche und bäuerlich-hauswirtschaftliche Beratung in der Schweiz ist auf zwei Stufen organisiert. Die Direktberatung der Bauernfamilien geschieht vor Ort in erster Linie durch die kantonalen Beratungsdienste. Diese sind je nach Kanton Teil des Bildungs- und Beratungszentrums, des Landwirtschaftsamtes oder eines kantonalen Bauernverbandes. Die Leiter der Beratungsdienste sind im BeratungsForum Schweiz zusammengeschlossen. In einigen spezifischen Wissensgebieten wie Bienen, Geflügel oder Alpwirtschaft sind Beratungsdienste von landwirtschaftlichen Organisationen tätig.

AGRIDEA unterstützt die Beratungskräfte in den Kantonen und Organisationen. Sie entwickelt neue Beratungsmethoden, bietet methodische und fachliche Weiterbildungskurse an, bereitet neues Forschungs- und Erfahrungswissen auf und stellt diese Informationen und Dokumentationen zur Verfügung. Zudem initiiert und koordiniert die AGRIDEA Plattformen und Foren oder arbeitet in ihnen mit und erleichtert so den Austausch von Wissen und Erfahrungen. Das BLW finanziert diese Leistungen zu einem grossen Teil und schloss mit der AGRIDEA einen Finanzhilfevertrag für weitere zwei Jahre bis Ende 2013 ab.

Zu erwähnen sind im gesamten Wissens- und Innovationssystem auch weitere Akteure, die in Beratung und Informationsaustausch unterschiedlich stark aktiv sind: Agroscope, Fachhochschulen, das FiBL, Verbände, Medien oder die Privatwirtschaft.

Ausgaben des Bundes für die Beratung 2011

Empfänger	Mio. Fr.
Beratungszentrale (AGRIDEA)	9,5
Spezial-Beratungsdienste landwirtschaftlicher Organisationen	1,6
Gemeinschaftliche Projektinitiativen	0,9
Total	12,0

Quelle: Staatsrechnung

■ Wettbewerbliche Vergabe im Beratungswesen ab 2014

Die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates GPK-S forderte, gestützt auf einen Bericht der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle, dass der Bundesrat u.a. im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung dafür sorgt, dass die Verwaltung für wettbewerbliche Verfahren in der Vergabe des Mandats an die AGRIDEA besorgt ist.

Das BLW prüfte die Frage, wie das Mandat der AGRIDEA aufgeteilt und ausgeschrieben werden könnte. In einer vertieften Analyse zeigte sich, dass aus Gründen des Wettbewerbs eine Ausschreibung einzelner Teilmandate zwar wünschbar wäre. Allerdings ist eine solche Aufteilung problematisch, weil sie die grossen Synergieeffekte zwischen den Bereichen der AGRIDEA schmälert. Zudem ist sie praktisch kaum durchführbar, weil die einzelnen Tätigkeiten fachlich und personell eng miteinander verknüpft sind. So geschieht die Methodenentwicklung immer anhand von praktischen Projekten in Fachbereichen. Mitarbeitende in Fachbereichen arbeiten gleichzeitig für mehrere Leistungsbereiche (Kurswesen, Merkblätter, Netzwerke). Zudem entstünde ein stärkerer steuernder Eingriff des Bundes durch die Leistungsbestellung (mit entsprechenden potenziellen Fehlanreizen) anstelle der Selbstregulierung zwischen AGRIDEA und den Kunden.

Das BLW skizzierte deshalb einen Lösungsansatz, der vorsieht, 10 % der bisher für die AGRIDEA vorgesehenen Finanzhilfe zurückzubehalten und für vom BLW gewollte oder initiierte Projekte, Programme oder Kampagnen einzusetzen. Die Arbeitsgruppe Forschung und Beratung der KOLAS und das BeratungsForum Schweiz unterstützen diesen Ansatz.

Drei verschiedene Arten der Verwendung zeichnen sich ab:

- Projektvorhaben, die von Partnern im Wissenssystem durchgeführt werden. Es handelt sich um eine Finanzhilfe im klassischen Sinn, bei der das BLW und eventuell weitere Geldgeber angefragt werden, ob sie sich an der Finanzierung dieser Vorhaben beteiligen wollen (Finanzhilfeverträge).
- Vom BLW gewollte Projektvorhaben: Das BLW kann von sich aus Vorhaben, die aus agrarpolitischen und aktuellen Gründen prioritär und erwünscht sind, anstossen, um damit die Umsetzung und Anwendung von Wissen zu fördern. Die Ausschreibung der Projekte und Vergabe dieser Mittel geschieht nach den Grundsätzen des öffentlichen Beschaffungswesens.
- Leistungen, auf die das BLW auf fachliches Know-how anderer Institutionen zählt (im Sinne Politikberatung oder Vollzugsunterstützung). Statt wie bisher diese Aufträge direkt zu vergeben, werden sie in Zukunft ausgeschrieben und wettbewerblich vergeben.

Die erste Verwendungsart fördert durch den Anreiz der finanziellen Unterstützung mehr Dynamik und Innovation im Wissenssystem. Die beiden anderen Verwendungszwecke sorgen für mehr Wettbewerb im System. Die Umsetzung ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

2.3.2.4 Berufsbildung

■ Einführung der neuen Berufslehre

Im Sommer 2011 starteten erstmals alle drei Lehrjahre der neuen dreijährigen Grundbildung auf Stufe eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ). Damit ist die Einführung der neuen Berufslehren in der ganzen Breite und für das ganze Berufsfeld erfolgt. Das Berufsfeld Landwirtschaft umfasst die folgenden sechs EFZ Berufe: Landwirtin/Landwirt; Gemüsegärtnerin/Gemüsegärtner; Geflügelfachfrau/Geflügelfachmann; Obstfachfrau/Obstfachmann; Winzerin/Winzer und Weintechnologin/Weintechnologe. Die zweijährige Grundbildung mit Abschluss zur Agrarpraktikerin/zum Agrarpraktiker mit eidg. Berufsattest EBA ist in der Einführung weiter fortgeschritten. Hier wurden 2011 die ersten Berufsabschlüsse erlangt.

Die Umsetzung der neuen dreijährigen Berufslehre erfordert eine erheblich grössere Zahl an Lehrstellen. Sind zusätzlich zu den erfahrenen Lehrmeistern neue Betriebsleiter bereit, Verantwortung und Aufgaben in der Berufsbildung zu übernehmen? Diese Frage beschäftigte in den vergangenen Jahren alle Akteure der landwirtschaftlichen Berufsbildung stark. Das duale Bildungssystem ist nur durchführbar, wenn in der Wirtschaft, bei den Betrieben also, die Motivation und Bereitschaft besteht, sich in der Berufsbildung und in der Nachwuchsförderung zu engagieren. Dank der grossen Anstrengungen der Berufsorganisationen und Schulen ist es gelungen, junge Berufsleute als Berufsbildner zu gewinnen. Damit ist die Vermittlung der Grundbildung im Betrieb gesichert. Die Zusammenarbeit zwischen allen involvierten Akteuren (kantonale Bauernverbände, Schulen, Bildungsämter, Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT) ist sehr konstruktiv. Es zeigt sich, dass dem im Berufsbildungsgesetz postulierten Prinzip «Berufsbildung ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt (Berufsverbände)» intensiv und wirkungsvoll nachgelebt wird.

Der neue Lernort «Überbetriebliche Kurse» (ÜK) wird generell als Aufwertung der betrieblichen Bildung beurteilt. Die Lernenden absolvieren in den beiden ersten Ausbildungsjahren je vier Tage ÜK (bei EBA sind es je drei Tage pro Lehrjahr). Die Bildungsinhalte der ÜK sind auf die Praxis ausgerichtet und beinhalten Themen wie Unfallprävention, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit. Hinzu kommen der korrekte Einsatz von Maschinen (u. a. Motorsäge), Geräten und technischen Einrichtungen sowie der Umgang mit Nutztieren. In den ÜK erlangen die Lernenden zusätzlich zur betrieblichen Bildung praktische Kompetenzen. Die Kurse werden durch speziell ausgebildete Berufsbildner, Lehrpersonen der Berufsfachschulen oder durch Fachexperten (Unfallprävention) erteilt.

■ **Qualifikationsverfahren (QV)**

Das Qualifikationsverfahren ist ein zentrales Element der Qualitätssicherung. Über das Prüfungswesen muss es möglich sein, die Erreichung der Bildungsziele in der geforderten Qualität zu überprüfen. 2011 fanden auf Stufe EFZ erstmals die vorgezogenen praktischen Teilprüfungen in Tierhaltung und Mechanisierung statt. Die Noten wurden an die Abschlussprüfung 2012 angerechnet.

Es ist ein grosses Anliegen, eine gesamtschweizerische Qualitätssicherung zu erreichen. In diesem Sinne werden Prüfungsaufträge und -aufgaben zentral formuliert und dann nach gesamtschweizerisch vorgegebenen Standards durch die Kantone, die für die Durchführung des Qualifikationsverfahrens verantwortlich sind, eingesetzt.

Für die Lernenden des Berufs Agrarpraktiker EBA fanden 2011 die ersten Schlussprüfungen statt. Genau 100 Kandidatinnen und Kandidaten sind zu den Prüfungen angetreten, 96 haben erfolgreich abgeschlossen.

■ **Höhere Berufsbildung**

Die Berufsprüfung (BP) und die Meisterprüfung (MP) (= Höhere Fachprüfung) sind auch in der Agrarwirtschaft zentrale Abschlüsse der Höheren Berufsbildung. Sie stellen neben den Höheren Fachschulen eine wichtige Stütze eines professionellen Wirtschaftszweiges dar. Die Berufs- und Meisterprüfung müssen aus den folgenden Gründen einer «mittleren» Reform unterzogen werden: 1. Die Inhalte der beruflichen Weiterbildung müssen auf die neue Grundbildung abgestimmt werden. 2. Das BBT verlangt, dass modulare Bildungsgänge unter der Vorgabe der Qualitätssicherung mit einer Schlussprüfung (Synthesepfung) abgeschlossen werden. 3. Die Erfahrung zeigt, dass auf Stufe Berufsprüfung vermehrt Bildungsinhalte der Betriebswirtschaft und des Marktes vermittelt werden müssen. Durch diese Anpassung wird dem Berufsprofil eines Betriebsleiters besser entsprochen. Zudem sollen die Berufs- und Meisterprüfung innerhalb des ganzen Berufsfelds gemeinsam entwickelt und durch je eine Prüfungsordnung gesteuert werden. Die entsprechenden Reformarbeiten sind im Gang. Die ersten Weiterbildungen nach neuer Prüfungsordnung sollen ab dem Schuljahr 2013/14 angeboten und umgesetzt werden.

Im Bereich der Höheren Fachschulen (HF) ist eine starke Entwicklung festzustellen. Die Bildungsgänge zum Agro-Techniker (HF) und zum Agrokaufmann (HF) werden durch mehrere Kantone als zweijährige Vollzeitschulen oder als berufsbegleitende Schulen über drei Jahre angeboten.

2.3.3 Produktionsmittel

2.3.3.1 Neues Futtermittelrecht

Die Futtermittel-Verordnung des Bundesrates (SR 916.307) und die Futtermittelbuch-Verordnung des Departements (SR 916.307.1) vom 26. Oktober 2011 wurden einer Totalrevision unterzogen und traten am 1. Januar 2012 in Kraft.

Mit dieser Totalrevision wurde die Positivliste der Futtermittel-Ausgangserzeugnisse aufgehoben. Da es sich hierbei um eine Schweizer Besonderheit im Vergleich zur EU handelt, hatte der Bundesrat bei der letzten Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG) beschlossen, sie zu streichen. Stattdessen wird ein nicht abschliessender Katalog der Futtermittel-Ausgangserzeugnisse von der EU übernommen. Bringt ein Schweizer Futtermittelunternehmen Futtermittel-Ausgangserzeugnisse in Verkehr, die nicht im Katalog aufgeführt sind, muss es dies dem zuständigen Bundesamt melden. Dieses erstellt wiederum eine Liste dieser Produkte. Von diesem Punkt abgesehen, bewirken die neuen Verordnungen keine Änderungen im Bereich der Hygiene. Bei den technischen Vorschriften, insbesondere bezüglich der Kennzeichnung, sind Anpassungen zur bisherigen Praxis vorzunehmen. Den Unternehmen wird diesbezüglich jedoch eine Übergangsfrist von einem Jahr eingeräumt.

Seit der letzten Revision im Jahr 1999 wurden die Futtermittel- und die Futtermittelbuch-Verordnung schrittweise und im Einklang mit der Entwicklung des entsprechenden EU-Rechts angepasst. Mit dieser Totalrevision wurden die beiden Verordnungen kohärent zum gänzlich überarbeiteten EU-Recht, das am 1. September 2010 Rechtskraft erlangte, umformuliert.



2.3.3.2 Codex Alimentarius TF Feed

Im 20. Jahrhundert ist die Menge an weltweit vermarkteten Lebensmitteln um ein Vielfaches angestiegen und hat heute ein Niveau und eine Vielfalt erreicht, die früher undenkbar waren. Die ernährungsspezifischen Normen, Richtlinien und Nutzungsbestimmungen des Codex Alimentarius, der vor über 50 Jahren von der FAO und der WHO ins Leben gerufen wurde und dem über 180 Nationen angeschlossen sind, leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit, Qualität und loyalen Geschäftspraktiken im internationalen Lebensmittelhandel.

Futtermittel sind Teil der Lebensmittelkette und somit von dieser rasanten Entwicklung nicht ausgenommen. So zeigen die zahlreichen Skandale der letzten Jahre deutlich, wie wichtig es ist, sie in diesem Prozess mit zu berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Schweiz bereit erklärt, den Vorsitz einer zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zu übernehmen, die sich mit dem Thema Futtermittel befasst (Task Force on Animal Feeding oder TF AF). Der Codex Alimentarius erteilte der TF AF zwei Mandate: Zum einen sollten Richtlinien erarbeitet werden, welche die Behörden bei der Umsetzung der Risikobeurteilung bei Futtermitteln unterstützt, zum anderen sollten Gefahren, die bei Futtermitteln auftreten, in einer Liste zusammengefasst und nach ihrer Priorität geordnet werden.

Die Vorentwürfe für diese Mandate, die von der Schweiz ausgearbeitet wurden, durchliefen ein elektronisches Konsultationsverfahren und wurden schliesslich am ersten Treffen der TF AF, das vom 20. bis 24. Februar 2012 im Kursaal in Bern stattfand, besprochen. Am Ende der Veranstaltung verabschiedeten die 139 Delegierte aus 43 Ländern und 11 internationalen Organisationen unter der fachlichen Leitung von Frau Eva Reinhard, Vizedirektorin des BLW, den Text zu den Richtlinien für die Umsetzung der Risikobeurteilung bei Futtermitteln, der nun dem Exekutivkomitee und der Kommission des Codex Alimentarius zur Genehmigung vorgelegt wird. Bezüglich des zweiten Mandats wurde eine elektronische Arbeitsgruppe unter Schweizer Vorsitz eingesetzt, die bis zur nächsten Tagung im Februar 2013 einen neuen Vorentwurf aufsetzt. Es wurde beschlossen, den Titel an die inhaltlichen Diskussionen im Plenum anzupassen. Dieser lautet nun: «Richtlinie zuhanden der Behörden für die Priorisierung ihrer nationalen Gefahren in Zusammenhang mit Futtermitteln». Da die Arbeiten gut voranschreiten, ist die Schweiz optimistisch, ihr Ziel zu erreichen und die Dokumente bis zum nächsten Meeting bereit zu haben.

2.3.3.3 Neue Schadorganismen

Mit der Intensivierung des internationalen Warenaustausches nimmt auch die Einfuhr von Pflanzen- und Pflanzenerzeugnissen aus Europa und anderen Kontinenten in die Schweiz ständig zu. Damit steigt das Risiko der Einschleppung von neuen Schadorganismen, darunter auch solche, die für die einheimische Flora und Fauna besonders gefährlich sind und diese unwiederbringlich gefährden können. Es handelt sich dabei um meldepflichtige Pflanzenkrankheiten und -schädlinge, sogenannte Quarantäneorganismen, deren ungewollte Verbreitung möglichst verhindert oder verlangsamt werden muss.

Die phytosanitären Risiken des globalen Handels mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen werden mit dem internationalen Pflanzenschutzabkommen kontrolliert und geregelt. Auf europäischer Ebene wird die Zusammenarbeit im Bereich Pflanzengesundheit durch die europäische Pflanzenschutzorganisation (EPPO) koordiniert. In der Schweiz ist es die Aufgabe des Eidgenössischen Pflanzenschutzdienstes (EPSD), die Einschleppung und Ausbreitung von besonders gefährlichen Schadorganismen zu verhindern. Er arbeitet dazu mit in- und ausländischen Behörden, internationalen Organisationen sowie Verbänden und Betrieben in der Schweiz zusammen. Ein wichtiges Instrument im globalen Handel ist das internationale Pflanzenschutzzeugnis. Es bestätigt, dass die Exportware den phytosanitären Anforderungen des betreffenden Importlandes entspricht. Pflanzenschutzzeugnisse werden durch den nationalen Pflanzenschutzdienst des Exportlandes ausgestellt und beim Import an der Schweizer Grenze durch den EPSD kontrolliert.

Bei der Einfuhr aus Drittländern durch den EPSD kontrollierte Warenposten

Jahr	Anzahl kontrollierte Warenposten	Anzahl beanstandete Warenposten ¹	Anzahl Warenposten mit Befallsverdacht auf Quarantäneorganismen
2009	26 470	189	60
2010	28 285	258	100
2011	24 462	314	100

¹ Beanstandungen aufgrund der phytosanitären Kontrolle und/oder der Dokumentenkontrolle

Im Handel mit Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen zwischen den Mitgliedsländern der EU ersetzt der Pflanzenpass das Pflanzenschutzzeugnis. Die Schweiz ist durch bilaterale Verträge seit 2004 in das europäische Pflanzenpass-System eingebunden. Der Pflanzenpass gewährleistet die phytosanitäre Qualität der Pflanzen durch amtliche Kontrollen am Produktionsort. Die individuelle Pflanzenpassnummer garantiert die Rückverfolgbarkeit der Ware. Pflanzenschutzzeugnisse und der Pflanzenpass spielen bei der Eindämmung der Verschleppung von besonders gefährlichen Schadorganismen eine wichtige Rolle.

Werden trotzdem neue Schadorganismen eingeschleppt, ergreift der EPSD entsprechende Massnahmen. Diese basieren auf einer für den Schadorganismus spezifischen Risikoanalyse. Dies wird an zwei aktuellen Beispielen illustriert:

Die invasive Kirschessigfliege (*Drosophila suzukii*) ist innerhalb kurzer Zeit zu einer grossen Bedrohung für den europäischen Obst- und Weinbau geworden. Sie gehört zu den Obst-, Essig- und Taufliegen und stammt ursprünglich aus Asien. Im Gegensatz zu anderen Arten derselben Gattung befällt sie nicht nur Fallobst, sondern auch gesunde Früchte und verfügt über ein sehr breites Wirtspflanzenspektrum. Die hohe Vermehrungsrate, der kurze Entwicklungszyklus, das beträchtliche Ausbreitungspotenzial und das hohe Risiko der Verschleppung machen die Kirschessigfliege in den «neu eroberten Gebieten» sehr rasch zu einem neuen äusserst ernst zu nehmenden Schädling, vor allem im Stein- und Beerenobstbau sowie möglicherweise auch für bestimmte Rebsorten im Weinbau. Die Risikoanalyse der EPPO hat gezeigt, dass die Kirschessigfliege ein enormes Schadpotenzial für den Obst- und Weinbau in Europa hat.

2008 wurde die Kirschessigfliege erstmalig für Europa in Spanien nachgewiesen, 2009 in Italien. 2010 folgten Berichte über ihr Auftreten aus weiteren Gebieten Spaniens und Italiens sowie neu aus Frankreich und Slowenien. 2011 lancierte Agroscope Changins-Wädenswil (ACW) in Zusammenarbeit mit dem EPSD eine Überwachungskampagne für die Schweiz. Im Juli 2011 wurde erstmals in der Schweiz ein Befall auf Heidelbeeren festgestellt. Bis zum Abschluss der Kampagne 2011 wurde Befall auf mehreren Sorten von Beerenobst und in zwei Fällen auf Reben in den Kantonen FR, GE, TI, TG, VS, VD, ZH und GR gemeldet.

Aufgrund der Biologie des Schadorganismus ist voraussehbar, dass die Verschleppung und Weiterverbreitung der Kirschessigfliege allein durch die Einführung von phytosanitären Massnahmen im internationalen Handel nicht wirksam zu verhindern ist. Sobald der Schädling in ein Gebiet verschleppt wird, in dem er geeignete Lebensbedingungen vorfindet, hat aufgrund der hohen Vermehrungsrate und der schwierigen Nachweisbarkeit im Anfangsstadium eine Ausrottungsstrategie keine Aussicht auf Erfolg. Aus diesem Grund wurde die Kirschessigfliege in der Schweiz und in der EU trotz des grossen Schadpotenzials nicht in die Liste der melde- und bekämpfungspflichtigen Quarantäneorganismen aufgenommen. Als wichtigste Massnahme wird 2012 die nationale Überwachungskampagne in der Schweiz intensiviert und fortgeführt. Gleichzeitig wurde auf nationaler Ebene die Erforschung und Entwicklung von nachhaltigen Bekämpfungsmassnahmen eingeleitet um dem von der Kirschessigfliege für den Obst- und Weinbau ausgehenden Gefahrenpotenzial entgegenzuwirken.

Der asiatische Laubholzbockkäfer (*Anoplophora glabripennis*) ist eine neue Bedrohung für verschiedene einheimische Laubgehölze. Er gehört zu der zahlreiche Arten umfassenden Gattung *Anoplophora*, deren natürliches Vorkommen auf den asiatischen Raum begrenzt ist. In der Schweiz und Europa ist der asiatische Laubholzbockkäfer auf der Liste der melde- und bekämpfungspflichtigen Quarantäneorganismen. Die Vorgehensweise im Fall des Auftretens ist in der Pflanzenschutzverordnung (PSV) explizit geregelt.

Der asiatische Laubholzbockkäfer befällt auch gesunde Bäume und kann diese binnen weniger Jahre zum Absterben bringen. Aufgrund des breiten Wirtspflanzenspektrums kann dieser Bockkäfer im Wald grosse wirtschaftliche und ökologische Schäden anrichten. Daneben sind auch Obstgehölze sowie öffentliche Grünanlagen bedroht. Der wichtigste Verschleppungsweg für den asiatischen Laubholzbockkäfer ist befallenes Verpackungsholz. Die Einhaltung der phytosanitären Bestimmungen für Verpackungsholz gemäss PSV wird vom EPSD gezielt kontrolliert.

Der asiatische Laubholzbockkäfer wurde von Asien zuerst in die USA verschleppt. Das erste Auftreten auf Freilandbäumen in Europa wurde im Jahr 2001 in Österreich festgestellt, anschliessend in Frankreich (2003), in Deutschland und Polen (2004), danach in Belgien und Holland (2011). Im Juli 2011 wurde der asiatische Laubholzbockkäfer erstmals in der Schweiz gefunden. Bei einer frühen Erkennung eines Befalls ist eine Ausrottungsstrategie erfolgversprechend, wenn auch aufwändig, langwierig und entsprechend kostspielig. Der zuständige kantonale Pflanzenschutzdienst hat daher in enger Zusammenarbeit mit dem EPSD entsprechende Massnahmen zur Ausrottung des Schädlings ergriffen. Die befallenen Bäume wurden rasch vernichtet und zur weiteren Beobachtung wurde ein abgegrenztes Gebiet um den Befallsherd eingerichtet. Das abgegrenzte Gebiet muss über mehrere Jahre intensiv überwacht und kontrolliert werden. Als Begleitmassnahme wird im Jahr 2012 die Verpackungsholzkontrolle durch den EPSD intensiviert.

Um dem steigenden Risiko der Einschleppung neuer Schadorganismen zu begegnen, hat der EPSD in der letzten Dekade die Zusammenarbeit mit der EU, den Kantonen, den beteiligten Akteuren im internationalen Handel sowie bundesintern verstärkt. Grenzüberschreitende Probleme erfordern grenzüberschreitende, gemeinsame Lösungen.

2.3.3.4 Gentechnisch veränderte Organismen in Futtermitteln

Das vierte Jahr in Folge konnten die Importeure auf dem Weltmarkt Futtermittel ohne gentechnisch veränderte Bestandteile einkaufen und einführen. In Nutztierfuttermittel wurde in vier Untersuchungen ein Anteil von über 0,9 % gentechnisch veränderten Organismen gemessen, somit waren diese falsch gekennzeichnet. Bei den Heimtierfuttermitteln wurden zwei Proben positiv auf die Anwesenheit von über 0,9 % gentechnisch veränderten Bestandteile getestet. Die Situation scheint sich bei den Heimtierfuttermitteln auf einem erfreulichen Niveau stabilisiert zu haben. Bei den Nutztieren hingegen macht die Situation den Anschein, sich leicht verschlechtert zu haben. Dies deutet darauf hin, dass es für die Importeure schwieriger wird, auf dem Weltmarkt die erwünschte gentechnikfreie Qualität zu erhalten.

Bei der Einfuhr dem Zoll gegenüber gemeldete GVO-haltige Futtermittelimporte

Jahr	Importierte Futtermittelmenge total in t	gemeldete GVO-haltige Futtermittel in t	gemeldete GVO-haltige Futtermittel in %
2007	486 743	55	0,01
2008	461 039	0	0
2009	380 018	0	0
2010	455 271	0	0
2011	491 419	0	0

Quellen: BLW, OZD

Untersuchungen von Nutztierfuttermitteln auf GVO-haltige Bestandteile durch Agroscope Liebefeld-Posieux ALP

Jahr	durch den Zoll erhobene Proben beim Import Anzahl	falsche Angaben Anzahl	durch ALP erhobene Proben des Marktes Anzahl	falsche Angaben Anzahl
2007	93	0	260	3
2008	93	0	242	0
2009	96	0	241	0
2010	60	0	237	1
2011	59	0	239	4

Quelle: Agroscope Liebefeld-Posieux ALP

Untersuchungen von Heimtierfuttermitteln auf GVO-haltige Bestandteile durch Agroscope Liebefeld-Posieux ALP

Jahr	kontrollierte Heimtier- Futtermittel Anzahl	falsche Angaben Anzahl
2007	97	9
2008	116	4
2009	138	8
2010	109	1
2011	106	2

Quelle: Agroscope Liebefeld-Posieux ALP

2.4 Spezialthemen

2.4.1 Finanzinspektorat

Das Jahresprogramm des Finanzinspektorates wird aufgrund von internen Risikoanalysen, Erfahrungswerten und einer Mehrjahresplanung erarbeitet. Um Lücken und Doppelspurigkeiten im Programm zu vermeiden, wird es auf die Aktivitäten der Eidgenössischen Finanzkontrolle abgestimmt und von ihr genehmigt.

■ Revisionstätigkeiten

Rechenschaftsablage im Berichtsjahr

Im Berichtsjahr wurden folgende Revisionstätigkeiten ausgeführt:

- Revision des Direktzahlungssystems in drei Kantonen;
- Revision von Massnahmen der Grundlagenverbesserung in drei Kantonen;
- Abschlussrevision Geschäftsjahr 2010 der Buchungskreise BLW und Agroscope;
- Zwischenrevisionen im BLW und bei Agroscope;
- Revision von zwei EU-Forschungsprojekten;
- Revision von Absatzförderungsmassnahmen bei zwei Partnerorganisationen;
- Revision von Leistungsaufträgen bei drei Partnerorganisationen;
- Dienststellenrevision bei einem Fachbereich im BLW und
- Nachfolgeprozess von abgeschlossenen Revisionen.

Sämtliche Prüfungen wurden in Anlehnung an die Standards für die berufliche Praxis des Institute of Internal Auditors (IIA) sowie des Schweizerischen Verbandes für Interne Revision (SVIR) vorgenommen.

Im Bereich der Direktzahlungen wurden in drei Kantonen die Finanzflüsse zwischen Bund und Kanton sowie die Zahlungen an die Bewirtschaftenden revidiert. Dabei konnte festgestellt werden, dass Weiterentwicklungen in den Bereichen Qualitätssicherung, Datenerfassung, Flächenerfassung und Oberaufsicht über ausgelagerte Tätigkeiten stattgefunden hatten. Verbesserungsbedarf ortete das Finanzinspektorat in einem Kanton beim Vollzug der Aufsichtstätigkeiten, der internen Qualitätssicherung und der Zusammenarbeit innerhalb der Kantonsverwaltung. Dem BLW wurde empfohlen, die Aufsicht über den Vollzug des Kantons gezielt auf die festgestellten Schwachstellen auszurichten.

Bei den Revisionen der Massnahmen im Bereich der Grundlagenverbesserung wurden in den drei gleichen Kantonen die Finanzflüsse zwischen Bund und Kanton sowie die Zahlungen an die Gesuchstellenden für Beiträge, Investitionskredite und Betriebshilfedarlehen revidiert. In zwei Kantonen war die Abwicklung der Massnahmen klar geregelt und die Organisation beeindruckte durch klare Prozesse sowie adäquate Arbeitsinstrumente. Ein Kanton hat diesen Bereich umstrukturiert; die begonnene Weiterentwicklung ist infolge knapper Ressourcen jedoch ins Stocken geraten. Der Nachvollzug der Gesuchbearbeitung gestaltete sich teilweise schwierig, da die Rechtsgrundlagen des Bundes im Bereich der Grundlagenverbesserung sehr komplex sind und die Dossiers bei den vollziehenden Stellen umfangreich waren. Die Rechtmässigkeit konnte bei allen drei Kantonen nur mit Einschränkung bestätigt werden. Ein Gesamturteil über den Vollzug im Bereich der Grundlagenverbesserung wird erst nach erfolgter Prüfung in weiteren Kantonen möglich sein.

Die Abschlussrevision 2010 und die Zwischenrevisionen im Amt und bei Agroscope erfolgten risikoorientiert und anhand der gemachten Feststellungen anlässlich von Dienststellenrevisionen und Revisionen vor Ort bei Agroscope. Die Rechnungsführung war ordnungsgemäss; die Grundsätze der Rechnungs- und Haushaltsführung wurden eingehalten. Die Revisionen im Bereich von EU-mitfinanzierten Forschungsprojekten bei Agroscope zeigten, wie bereits in den Vorjahren, dass ein direkter Nachvollzug der eingesetzten Personalressourcen mit den im Buchhaltungssystem aufbereiteten Daten nur bedingt möglich ist.

In den Bereichen der Absatzförderungsmassnahmen und des Nationalen Aktionsplanes zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft wurden bei je zwei Partnerorganisationen und in der Milchbranche bei einer Partnerorganisation Revisionen durchgeführt. Die Abrechnungen gegenüber dem BLW entsprachen dabei den vertraglichen Vereinbarungen und den effektiv erbrachten Leistungen; die Ordnungs- und Rechtmässigkeit konnte bestätigt werden.

In einem Fachbereich des BLW wurde eine Dienststellenrevision durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Massnahmen kompetent und mit grossem Engagement betreut werden. Die Prozesse waren ausreichend gut beschrieben und nachvollziehbar. Betreffend Beurteilung der Zielerreichung und Wirkung wurde die positive Innensicht des Fachbereiches durch die Aussensicht der Kantone sowie der Projektträgerschaften weitgehend bestätigt. Aus Sicht des Finanzinspektorates besteht Weiterentwicklungsbedarf bei der Oberaufsicht über den Vollzug der Massnahmen durch die Kantone, bei der Kontrolle von Zahlungen von Beiträgen sowie bei der Sicherstellung der finanziellen Mittel für die Massnahmen.

Folgeprozess

Im Rahmen des Folgeprozesses wurde der Umsetzungsstand offener Empfehlungen aus 11 Revisionen bei den betroffenen Fachbereichen sowie bei fünf Kantonen (Direktzahlungsrevisionen) überprüft. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Empfehlungen weitgehend umgesetzt worden waren. Die noch nicht umgesetzten oder in Bearbeitung stehenden Empfehlungen werden im laufenden Jahr nochmals auf ihren Umsetzungsstand hin überprüft.

■ Inspektionstätigkeiten

Kontrolltätigkeit im Berichtsjahr

Die Inspektionsstelle BLW führt für die Fachbereiche des BLW Kontrollen in allen Bereichen der landwirtschaftlichen Gesetzgebung von Produktion und Absatz durch. 2011 wurden 354 Kontrollen in den folgenden Bereichen vorgenommen:

- Milch mit 300 Kontrollen;
- Früchte und Gemüse, Schnittblumen, Fleisch, Eier, Ausstellungen und Messen mit 54 Kontrollen.

Die Überprüfung von Vertrags-, Produktions- und Verwertungsdaten im Bereich Milch im Zusammenhang mit der Auszahlung von Zulagen erfolgte nach der internationalen Norm ISO/IEC 17020, akkreditierte Inspektionsstelle Typ B. Für die übrigen Kontrollbereiche wurden die gleichen Qualitätsnormen angewandt.

Grundlage für die Auswahl der zu kontrollierenden Betriebe im Bereich Milch bildet eine periodisch aktualisierte Risikoanalyse und ein mit dem zuständigen Fachbereich vereinbarter Jahresgesamtauftrag. Im Berichtsjahr haben 1 063 Betriebe Zulagen im Gesamtbetrag von 292 Mio. Fr. erhalten. Von diesen Betrieben wurden 28 % kontrolliert; davon mussten 145 Betriebe beanstandet werden. 49 Fälle wurden zur Weiterbearbeitung und Entscheidfindung an den zuständigen Fachbereich weitergeleitet.

Widerhandlungen

Abklärungen und Befragungen im Zusammenhang mit Widerhandlungen gegen die Landwirtschaftsgesetzgebung werden in Zusammenarbeit mit eidgenössischen und kantonalen Untersuchungsbehörden, mit privaten Organisationen und anderen Rechtshilfestellen vorgenommen. Im Berichtsjahr mussten keine neuen Fälle abgeklärt werden.

2.4.2 Vernetzung der Agrar-Datenbanken

Das Programm «ASA 2011»

Das Programm «ASA 2011» (AgrarSektorAdministration) hatte zum Ziel, für die Agrardatenadministration eine geeignete und flexibel ausbaubare Plattform zu erstellen, welche auch künftige Bedürfnisse abdecken vermag. Im Vordergrund stand dabei eine effiziente Vollzugspraxis gekoppelt mit einem optimalem Informations- und Datenmanagement dank EDV-technischer Unterstützung. Neben dem Benutzerkreis aus der Verwaltung stehen die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter und die meldepflichtigen, tierhaltenden Personen im Fokus der angestrebten administrativen Vereinfachungen. Sie sollen auf einfache Weise auf die verschiedenen EDV-Systeme zugreifen und Informationen zu ihrem Betrieb eingeben oder abrufen können.

Das Programm ASA 2011 wurde administrativ per 31.12.2011 abgeschlossen, da die Service orientierte Architektur (SOA) als zentrale Komponente zusammen mit dem Portal in Betrieb genommen werden konnte. Weitere Applikationen wie die Tierverkehrsdatenbank (für Rinder) oder HODUFLU (Hofdüngerverwaltung) werden im Jahr 2012 zusätzlich in die ASA-Systemlandschaft eingebunden. Weitere Vorhaben des Programms sind die Kontrolldatenbank (Acontrol) sowie die Auswertungsplattform (Astat-2) und die Online-Erfassung von bewirtschafteten Flächen (GIS-ASA).

Die ASA-Geschäftsstelle nimmt seit Abschluss des Programms die operative Führung in der Portallandschaft wahr und sorgt für deren gesamtheitliche Weiterentwicklung. Die noch nicht abgeschlossenen Projekte werden in der Linie fortgeführt und beendet.

Agate und seine Teilnehmersysteme

- Die Plattform **Agate** stellt die Eingangstür zu den einzelnen, autonomen Anwendungen im Haus «Agate» dar. Sie steht Einzelpersonen nach Zustellung der Login-Daten offen. An Agate wurden im Jahr 2011 Optimierungen vorgenommen, sodass auf Agate nun gleichzeitig 2 000 Personen arbeiten können. Dies wurde im Hinblick auf die Integration der Tierverkehrsdatenbank für Rinder im Jahr 2012 durchgeführt. Durch die Erneuerung der Tierverkehrsdatenbank und der gleichzeitigen Integration in Agate wurde damit gerechnet, dass in Spitzenzeiten fünf Mal mehr Personen auf Agate arbeiten. Die Ziele der Optimierung wurden erreicht.
- Seit April 2011 läuft **Acontrol** auf Agate. Mit dem Programm Acontrol wird eine Übersicht über alle Kontrollen und Vollzugsmassnahmen auf Schweizer Landwirtschaftsbetrieben geschaffen. Aus Datenschutzgründen ist der Zugriff auf Acontrol nur mit einer eindeutigen Erkennung des Benutzenden (z.B. SuisselD) möglich.

Das Projekt Acontrol wird in einer weiteren Etappe um ein Kontrollkoordinationstool ergänzt. Dieses Tool ermöglicht eine teilautomatisierte Kontrollplanung und eine vereinfachte Koordination der Kontrollen zwischen den involvierten Ämtern.

Das erste Betriebsjahr von Acontrol wurde dazu verwendet, die anfänglich unbefriedigende Performanz des Systems zu verbessern und möglichst viele Zusatzwünsche nach speziellen Funktionen der kantonalen User einzubauen.

- Das System **Asan**, das die Geschäftsprozesse der kantonalen Veterinärdienste unterstützt, wurde im Mai 2011 ins Portal integriert. Das System wird laufend mit zusätzlichen Funktionen erweitert. Die neu zu entwickelnde Labordatenbank des Bundesamtes für Veterinärwesen wird als Modul in Asan angegliedert werden.

- Ziel des Projekts **Astat-2** ist eine verbesserte Extraktion und Nutzung der Informationen, die in den administrativen Datenbanken erfasst sind. In einem einzigen zentralisierten System sollen alle Daten der Applikationen AGIS (Strukturen, Direktzahlungen und Betriebsregister), HODUFLU (Daten über Hofdüngerflüsse) und Acontrol (Daten zu Kontrollen, die auf Landwirtschaftsbetrieben durchgeführt wurden) zusammengetragen werden. Dieses zentralisierte System dient als Entscheidungsgrundlage und soll die Informationsnutzung optimieren: Berichte, Analysen und andere Formen der Informationsvermittlung wie Tabellen sollen einerseits die Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Mittel erhöhen und andererseits die Steuerung der agrarpolitischen Massnahmen und ihrer Entwicklung verbessern. Das Projekt soll 2012 realisiert werden. Die Plattform kann anschliessend auf andere Bereiche des Portfolios «Lebensmittelkette-Sicherheit» (LMK-S) ausgeweitet werden.
- Mit dem Projekt **GIS-ASA** soll die Erhebung der landwirtschaftlich genutzten Flächen u.a. für die Berechnung der Direktzahlungen, statt wie bisher numerisch, neu geometrisch mit einem Geografischen Informationssystem (GIS) erfolgen. Das System soll Landwirten ermöglichen, ihre bewirtschafteten Flächen direkt im Internet auf einer Karte erfassen zu können. Das System soll 2012/13 entwickelt werden. Es wird auf der Basis der minimalen Geo-Datenmodelle «Landwirtschaftliche Bewirtschaftung» realisiert, welche am 1. Juni 2012 in Kraft gesetzt wurden und unter <http://www.blw.admin.ch/dienstleistungen/00568> heruntergeladen werden können.
- Die **Kantonssysteme** werden etappenweise ans Portal Agate angebunden. Nach der Integration können Landwirte über Agate nicht nur direkt auf Daten der TVD, Acontrol oder Hoduflu zugreifen, sondern auch direkt auf ihr Kantonssystem.

Das System LAWIS wurde im Verlauf des Jahres 2011 bereits ins Portal integriert. Sukzessive werden auch die anderen kantonalen Systeme wie Acorda, Agricola und GELAN ans Portal Agate angebunden werden.

AGIS im Agate-Umfeld

Das AGIS (Agrarpolitisches Informationssystem) bezieht Daten zu Personen, Betriebsformen, Tieren, Flächen, Arbeitskräften und Beiträgen aus den kantonalen Datenbanken sowie aus der Tierverkehrsdatenbank. Die Kantone haben die alleinige Hoheit, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Daten zu ändern und sind für deren Richtigkeit und Vollständigkeit verantwortlich.

AGIS beliefert andere Systeme wie beispielsweise ISVet (Datenbank für Asan und Acontrol), die nationale Milchdatenbank (DBMilch), Obst.ch (eine Web-Applikation zur Registrierung von Daten zu Obstanlagen), die eidgenössische Alkoholverwaltung oder die Zollverwaltung (Treibstoffzollrückerstattung). Jedes dieser Systeme bezieht nur die systemspezifisch benötigten Daten. Die Bezüger ergänzen die Daten mit eigenen Fachdaten. So ergänzt zum Beispiel die DBMilch die Daten mit den Angaben zur vermarkteten Milchmenge.

Weitere Systeme beziehen aktiv Daten aus AGIS, z.B. die Tierverkehrsdatenbank, das Unternehmens- und Betriebsregister (BUR), HODUFLU oder die Benutzer- und Zugriffsverwaltung (BZV) von Agate.

Über beide Mechanismen werden daher die AGIS-Daten mehrfach genutzt und müssen nur im Quellsystem erfasst und gepflegt werden.

Wird in AGIS eine neue Person registriert, werden via BZV die Zugangsdaten zu Agate automatisch versandt. Bei Passwortproblemen kann sich die Person an den Agate Helpdesk wenden. Entweder kann dieser das Problem direkt beheben oder muss eine Korrektur in den Basisdaten via das Kantonssystem und AGIS veranlassen. Somit ist AGIS die zentrale Datenbank, die im Hintergrund die verschiedenen Systeme mit den benötigten Daten aus den Kantonssystemen alimentiert.

2.4.3 Bundeseinheit für die Lebensmittelkette

Direkter Auftrag des Bundes

Die nach ISO 9001:2008 zertifizierte Bundeseinheit für die Lebensmittelkette (BLK) ist eine zentrale Stelle, die die Bundesämter für Landwirtschaft (BLW), für Veterinärwesen (BVET) und für Gesundheit (BAG) bei der Aufsicht über den Vollzug der Pflanzengesundheit-, Futtermittel-, Tierseuchen-, Tierschutz- und Lebensmittelgesetzgebung in der Schweiz unterstützt.

Die Aufgaben der im 2007 gegründeten BLK sind gemäss Bundesratsbeschluss die Überwachung der Vollzugsbehörden und die Erstellung und Aktualisierung des mehrjährigen nationalen Kontrollplanes der Schweiz. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den drei Bundesämtern.

Einsatz vor Ort

Die Bundesaufsicht über den Vollzug erfolgt mittels Audits. Auditiert werden die rund 50 kantonalen Amtsstellen sowie die Bundesbehörden, wie z.B. die Border Inspection Posts (BIP) des BVET und die amtliche Futtermittelkontrolle des BLW. Die entsprechenden Themen, resp. Auditprogramme ergeben sich aus dem nationalen Kontrollplan und aus aktuellen und EU-weit relevanten Aspekten, welche die Lebensmittelkette betreffen. In den Audits befragt die BLK die Amtsstellen vor Ort und begleitet, je nach Auditprogramm, Inspektorinnen und Inspektoren bei ihren Kontrollen. Feststellungen und Erkenntnisse der Audits werden in Berichten festgehalten. Bestehen Mängel im Vollzug, empfiehlt die BLK die notwendigen Anpassungen und fordert im Namen der zuständigen Bundesämter einen Aktionsplan zur Behebung der Mängel.

Einheitliche Ausrichtung des Auditverfahrens

Die Ausführungsmethodik, wie die BLK die Bundesaufsicht wahrnehmen soll, fehlt in den Gesetzgebungen entlang der Lebensmittelkette und ist nur partiell im Bundesratsbeschluss festgelegt.

Aufgrund dieser Tatsache konsultierte die BLK die in der EU für diesen Bereich gültigen Rechtsgrundlagen, nicht zuletzt auch, um die Erfüllung der im Veterinärabkommen getroffenen Vereinbarungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union zu gewährleisten.

Die für Nationale Auditsysteme massgeblichen Anforderungen sind in Art. 4 (6) der VO (EG) 882/2004 formuliert. Weitergehende Erläuterungen dieses Artikels finden sich in der Entscheidung der Kommission vom 29.9.2006 (2006/677/EG), welche als Leitlinie Kriterien für die Durchführung von Audits festlegt. In der Folge zog die BLK diese Leitlinie als Richtschnur für die Erarbeitung ihres Auditverfahrens bei. Des Weiteren orientierte sich die BLK an Missionen des Lebensmittel- und Veterinäramtes (FVO) der EU Kommission in der Schweiz und benutzte deren Vorgehen als Vorlage, um das nationale Auditverfahren der BLK entsprechend auszugestalten.

Leistungsnachweis der BLK

Der Prozess Nationaler Kontrollplan beinhaltet eine Neuerstellung des Planes alle fünf Jahre und seine jährliche Aktualisierung, inkl. der mit dem NKP verbundenen Kantonsprofile. In Verwendung ist zur Zeit der Nationale Kontrollplan 2010–2014.

Ebenfalls jährlich erstellt die BLK einen Bericht zum NKP und einen Bericht über die Umsetzung seiner strategischen Zielsetzungen und sie führt in Zusammenarbeit mit den Bundesämtern eine NKP-Tagung durch, zu welcher die Vertreterinnen und Vertreter der Vollzugsbehörden eingeladen werden.

Bundesaufsicht über den Vollzug: Durchgeführte und noch laufende Auditprogramme

Bereich der Lebensmittelkette	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Futtermittel					Importe		
Tiergesundheit					Importe: Tiere und tierische Nebenprodukte		
	GTD und BIP's ¹	GTD und BIP's	GTD und BIP's	GTD und BIP's		GTD und BIP's	
Tierschutz			Nutztiere auf landwirtschaftlichen Betrieben				
Lebensmittel-sicherheit		Bewilligung von im Fleisch- und Milchsektor tätigen Betrieben			Importe: Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände		

1 Grenztierärztlicher Dienst und Grenzkontrollstellen (border inspection posts)

Tierschutzvollzug und Futtermittelimporte – Auditprogramme, die das BLW betreffen

Von 2009 bis 2011 überprüfte die BLK in ihrem Auditprogramm Tierschutzvollzug auf Betrieben mit Nutztieren, ob die kantonalen Veterinärdienste die Neuerungen der Tierschutzgesetzgebung seit September 2008 umgesetzt haben und ob sie ihre Verantwortung im Tierschutzvollzug wahrnehmen.

Das Ergebnis aus dem Auditprogramm zeigte, dass der Tierschutzvollzug auf Betrieben mit Nutztieren grundsätzlich funktioniert, die Veterinärdienste aber noch nicht alle neuen Anforderungen der Tierschutzgesetzgebung umgesetzt hatten. Dies betraf insbesondere die Durchführung der systematischen Kontrollen, bei denen mehrheitlich die Landwirtschaftsämter dafür sorgten, dass nutztierhaltende Betriebe, die Direktzahlungen beziehen, gemäss den Frequenzen der Verordnung über die Koordination der Inspektionen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKIL) und somit auch gemäss der TSchV kontrolliert wurden. Deshalb formulierte die BLK an BVET und BLW die Empfehlung zu überprüfen, ob die duale Kontrollstruktur (Vollzug DZV und Vollzug TSchG) grundsätzlich dazu geeignet sei, eine glaubwürdige und nachhaltige Tierschutzkontrolle bei Nutztieren zu gewährleisten. BLW und BVET überprüfen zur Zeit gemeinsam das Kontrollsystem im Bereich Tierschutz.

Das im 2011 begonnene und bis 2013 laufende Auditprogramm Überprüfung des Vollzuges entlang der Lebensmittelkette bei Importeuren umfasst die drei Bereiche Futtermittel, Tiere und tierische Nebenprodukte und Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Es hat die Überprüfung der gesetzlichen Konformität der Vollzugstätigkeit der zuständigen Behörden zum Ziel.

Das Ergebnis aus dem 2011 abgeschlossenen Bereich Futtermittel zeigte, dass die Amtliche Futtermittelkontrolle (AFK) Importeure und deren Produkte so kontrolliert, dass die Konformität mit der Futtermittelgesetzgebung gewährleistet ist. Bezüglich dieser Beurteilung machte die BLK eine einzige Einschränkung, welche die risikogerechte Durchführung von Kontrollen und Probenahmen betrifft. Der bestehende risikobasierte Ansatz kann noch besser auf die vorhandenen Risiken angepasst werden.



3. Internationale Aspekte

3.1 Internationale Entwicklungen

Im vergangenen Jahr entstand bei der UNO ein Projekt von grosser Tragweite: «Die Zukunft, die wir wollen». Nach Monaten der intensiven und manchmal auch frustrierenden Diskussionen haben am UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro schliesslich fast alle Staaten der Welt eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Zwanzig Jahre nach der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, die ebenfalls in Rio stattgefunden hatte, haben sich Staatsoberhäupter zahlreicher Länder erneut in Brasilien getroffen, um eine Erklärung zu unterzeichnen, die den Weg für eine grüne Wirtschaft zum Wohl sämtlicher Nationen bereiten soll. Nun, es ist klar, ohne Landwirtschaft, die einen grossen Einfluss auf die Umwelt und den Menschen hat, wird es keine grüne Wirtschaft geben! Die Schweiz ist deshalb sehr erfreut, dass in der Erklärung auf die Bedeutung der Landwirtschaft hingewiesen wird und ihre Ziele als prioritär anerkannt werden.

Die Schweiz war auch im Bereich der Abkommen mit Drittländern äusserst aktiv und erlebte mit ihrem Hauptpartner, der EU, so einige Turbulenzen. Darüber hinaus haben vier Bundesämter – das BLW, das SECO, das BVET und das BAG – die Plattform Agroexport ins Leben gerufen. Sie dient den Exporteuren als Anlaufstelle bei Problemen im nichttarifären Bereich des Handels mit Drittstaaten. Diese Probleme werden zentral erfasst und anschliessend vom zuständigen Amt anlässlich der Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern des jeweiligen Staates an den WTO-Konferenzen oder an einer Tagung der Gemischten Ausschüsse behandelt. Zum anderen dient die Plattform dazu, die Exportinteressen zusammenzutragen, bevor Verhandlungen über Freihandelsabkommen aufgenommen werden. Die halb- oder vierteljährlichen Treffen gewährleisten einen effizienten Informationsaustausch.



Auf Initiative des BLW hat die Schweiz 2011 ihre Aufnahme in das europäische Simulationsmodell CAPRI für den Teil «Marktmodul» in die Wege geleitet. Mit diesem Instrument, das auch von der Europäischen Kommission und verschiedenen Ländern genutzt wird, können die internationalen Handelsströme eines bestimmten Länderblocks oder eines einzelnen Landes simuliert und die Auswirkungen von neuen handelspolitischen Entwicklungen abgeschätzt werden. Die Schweiz ist heute eine unabhängige Handelseinheit. Dies ermöglicht ihr, Simulationen vorzunehmen und verschiedenste wirtschaftliche Trendanalysen durchzuführen. Das Simulationsmodell wird vor allem für die Vorbereitung der Verhandlungen über Handelsabkommen mit Drittstaaten eingesetzt werden. Es soll mit den Instrumenten, über die das BLW und die Forschungsanstalten bereits heute verfügen, synergetisch genutzt werden.

Die internationalen Beziehungen im Landwirtschaftsbereich werden aufrechterhalten, auch wenn sie manchmal wegen schwieriger geopolitischer Verhältnisse, die durch die Wirtschafts- und Währungskrise bedingt sind und die eine nachhaltige Festigung der Beziehungen zu neuen Staaten oder langjährigen Partnern verhindern, ins Stocken geraten.

3.1.1 Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich (FHAL)

Die Verhandlungen mit der EU über ein Abkommen in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittel- und Produktesicherheit sowie öffentliche Gesundheit (FHAL&GesA) wurden im November 2008 eröffnet. In einer ersten Phase kamen die Verhandlungen gut voran. So wurden beispielsweise im Verhandlungsteam «Marktzugang im Agrarbereich» erste wichtige gemeinsame Nenner gefunden. Im Juni 2009 fand die letzte umfassende Verhandlungsrunde statt. Im Bereich Marktzugang wurde die letzte Verhandlungsrunde am 22. Juni 2010 geführt.

■ Institutionelle Fragen lassen Verhandlungen weiter ruhen

Die Verhandlungen sind nun seit Mitte 2010 blockiert. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Einerseits macht die EU weitere Fortschritte in allen vier Verhandlungsbereichen von Resultaten der Diskussionen über die horizontalen institutionellen Fragen abhängig. Von dieser Bedingung seitens der EU sind auch weitere Marktzugangsverhandlungen zwischen der Schweiz und der EU betroffen. Bei den institutionellen Fragen geht es grundsätzlich um vier Aspekte, die gelöst werden müssen: (i) Anpassung der Abkommen an die Weiterentwicklung des relevanten EU-Rechts, (ii) Auslegung der Abkommen, (iii) Überwachung der Anwendungen der Abkommen, (iv) Streitbeilegung.

Andererseits bestehen immer noch Differenzen über den Verhandlungsgegenstand, da die Verhandlungsmandate der beiden Parteien bei zwei wichtigen Punkten voneinander abweichen. Die EU stellt sich auf den Standpunkt, dass der umfassende Konsumentenschutz-Acquis einen Bestandteil des angestrebten Abkommens darstellt. Die Schweiz beanstandet ihrerseits, dass die EU nicht bereit ist, über eine horizontale vertragliche Regelung im nicht harmonisierten Bereich (sog. gegenseitiges «Cassis de Dijon») zu verhandeln. Für die Schweiz ist hier eine Lösung unerlässlich, weil sonst keine echte Reziprozität beim Marktzugang gewährleistet werden kann.

Der Bundesrat hat mit seinem Beschluss vom 1. Februar 2012 die weiteren Schritte im Zusammenhang mit der Weiterführung der bilateralen Verhandlungen mit der EU festgelegt. Dabei wiederholte er die Absicht, die anstehenden Dossiers, u.a. die Verhandlungen in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittel- und Produktesicherheit und öffentliche Gesundheit, koordiniert und gesamtheitlich voranzutreiben. Das generelle Ziel des gesamtheitlichen und koordinierten Ansatzes ist es, im Sinne eines optimalen Interessenausgleiches die anstehenden Dossiers mit der EU parallel zu verhandeln und so u.a. den Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu verbessern. Dabei sollen auch Lösungen für die institutionellen Fragen gefunden werden. Der Bundesrat hat diesbezüglich institutionelle Grundsätze festgelegt. Sie sollen die Grundlage für eine konkrete institutionelle Lösung im Rahmen der laufenden Verhandlungen über ein Stromabkommen bilden. Eine solche Lösung könnte Modelcharakter für künftige Marktzugangsabkommen zwischen der EU und der Schweiz haben, so auch für FHAL&GesA. Die Vorschläge wurden im Juni 2012 der EU übermittelt.

Der Bundesrat ist weiterhin überzeugt, dass eine stärkere Vernetzung der Agrarmärkte der Schweiz und der EU der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft Vorteile bringt und langfristig Arbeitsplätze in der Schweiz sichert. Die Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft selbst fordert einen besseren Zugang zu den EU-Märkten; insbesondere ein Abbau der nicht-tarifären Handelshemmnisse würde neue Exportmöglichkeiten bringen.

■ Diskussionen im Parlament

Während die Verhandlungen mit der EU aufgrund der übergeordneten institutionellen Fragen weitestgehend blockiert sind, sind die Verhandlungen im Agrarbereich auch innenpolitisch unter Druck geraten.

Der Nationalrat hat im Juni 2011 drei parlamentarische Vorstösse angenommen, welche vom Bundesrat den Abbruch oder die vorläufige Sistierung der Verhandlungen verlangen. Dabei handelte es sich um die Motion Joder (Abbruch der Verhandlungen), die Motion Darbellay (Sistierung) und die Motion Favre (Bilaterale III ohne Agrarfreihandel). Der Ständerat hat daraufhin am 7. März 2012 die Motion Darbellay, welche einen Verhandlungsstopp verlangt, solange die WTO Doha-Runde nicht abgeschlossen ist, angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Hingegen wurde der definitive Verhandlungsabbruch vom Ständerat abgelehnt. Der Nationalrat hat am 26. September 2012 eine Motion des Ständerates (Mo. WAK-S 12.3014) abgelehnt, welche vom Bundesrat verlangt, eine Standortbestimmung über die Agrarverhandlungen mit der EU vorzunehmen und mögliche Alternativen zum bisherigen Verhandlungsansatz im Sinne einer kontrollierten Öffnung aufzuzeigen. Der Bundesrat wird nun unter Berücksichtigung der verschiedenen Positionen und Meinungen eine Lagebeurteilung zum weiteren Vorgehen vornehmen und mögliche Optionen mit Bezug auf die Markttöffnung prüfen. Im Rahmen der genannten Lagebeurteilung wird der Bundesrat auch über das weitere Vorgehen im Bereich der Gesundheitsverhandlungen befinden.

3.1.2 Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU

Die Schweiz hat, neben der Europäischen Freihandelsassoziations-Konvention (EFTA-Konvention) und dem Freihandelsabkommen mit der EU, 26 Freihandelsabkommen mit 35 Partnern ausserhalb der EU abgeschlossen. Die Abkommen werden normalerweise im Rahmen der EFTA, in Einzelfällen aber auch bilateral verhandelt und abgeschlossen.

Der Wohlstand der Schweiz hängt zu einem grossen Teil vom internationalen Handel mit Gütern und Dienstleistungen sowie von der grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit ab. Die stete Verbesserung des Zugangs zu ausländischen Märkten ist deshalb ein Ziel der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik. Das beste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist der multilaterale Ansatz im Rahmen der WTO. Mit dem Abschluss von Freihandelsabkommen wird der multilaterale Weg ergänzt. Schweizer Unternehmen soll mindestens gleichwertiger Zugang zu internationalen Märkten ermöglicht werden wie ihren wichtigsten ausländischen Konkurrenten, beispielsweise aus der EU, den USA und aus Japan. Da diese Länder ihr Netz an Freihandelspartnern ausweiten, ist der Abschluss von Freihandelsabkommen ein wichtiges Instrument zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Die Freihandelsabkommen beinhalten Bestimmungen über den Warenverkehr, in denen insbesondere der Abbau von Zöllen und anderer Handelsbeschränkungen geregelt wird. Davon betroffen sind auch Basis- und verarbeitete Agrarprodukte. Zusätzlich berücksichtigen Freihandelsabkommen in der Regel den Schutz des geistigen Eigentums sowie die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse. Umfassendere, neuere Abkommen enthalten zusätzliche Vereinbarungen für den Handel mit Dienstleistungen, für Investitionen und für das öffentliche Beschaffungswesen. In den laufenden Verhandlungen zu neuen Abkommen wird auch das Thema der Nachhaltigkeit aufgenommen.

Die bestehenden Freihandelsabkommen der Schweiz mit Nicht-EU-Staaten decken ungefähr 15 % der Schweizer Exporte ab. Wenn es gelingt, die Verhandlungen mit China und Indien abzuschliessen, wären 25 % der Schweizer Exporte durch Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern abgedeckt. Die Freihandelsabkommen bringen der Schweizer Exportindustrie Zolleinsparungen von mehreren 100 Mio. Fr. pro Jahr. Dazu kommt die erhöhte Rechtssicherheit für Dienstleistungen, Investitionen und geistiges Eigentum.

■ **Freihandelsabkommen im Rahmen der EFTA**

Am 1. Juli 2011 sind die Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien in Kraft getreten, am 1. Juni 2012 jenes mit der Ukraine. Zudem wurden mit folgenden Partnern EFTA-Freihandelsabkommen abgeschlossen, welche aber noch nicht in Kraft getreten sind: Arabischer Golfkooperationsrat, Hong Kong und Montenegro. Aktuell laufen Verhandlungen mit Bosnien/Herzegowina, Indien, Indonesien, der Zollunion Russland/Weissrussland/Kasachstan, Vietnam sowie mit den Zentralamerikanischen Staaten (Costa Rica, Panama, Honduras und Guatemala). Die Verhandlungen mit Algerien und Thailand sind sistiert. Freihandelsabkommen exploriert oder vorbereitet werden u.a. mit Georgien, Malaysia und Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay).

■ **Bilaterale Freihandelsabkommen**

Die Schweiz hat bilaterale Freihandelsabkommen mit den Färöer-Inseln und Japan abgeschlossen. Anfangs 2011 wurden die Verhandlungen zu einem ebenfalls bilateralen Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China eröffnet.

■ **Neuverhandlung der EFTA-Konvention**

In der EFTA-Konvention finden sich Bestimmungen zum Warenhandel zwischen den EFTA-Staaten, insbesondere auch in Bezug auf Agrarprodukte. Im Frühjahr 2011 haben Neuverhandlungen zur EFTA-Konvention mit dem Ziel begonnen, die Handelsschranken zwischen den Mitgliedstaaten weiter abzubauen und die Struktur der Konvention zur vereinfachen. Das vorliegende Ergebnis führt zu verbesserten Marktzugangsbedingungen, die in etwa mit denjenigen vergleichbar sein, die die EFTA-Staaten anderen entwickelten Freihandelspartnern gewähren. Hervorzuheben sind namentlich die Erweiterung des bestehenden Zolllkontingentes für Käse von 90 auf 200 t, neue Kontingente für Fleischspezialitäten (inkl. Bündnerfleisch und Walliser Trockenfleisch) und Apfelsaftkonzentrat. Für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte wurde der Geltungsbereich und das Verpflichtungsniveau an die entsprechenden Vereinbarungen zwischen den EFTA-Staaten und der EU angepasst.

3.1.3 Agrarabkommen Schweiz – EU

Auch im Jahr 2011 konnten das bestehende Agrarabkommen Schweiz-EU gezielt weiterentwickelt und die Beziehungen der Schweiz und der EU im Agrarbereich weiter ausgebaut werden. Der 11. Gemischte Agrarausschuss (GA) fand am 19. Oktober 2011 unter Vorsitz der Schweiz in Bern statt.

Seit dem 1. Juni 2007 ist der bilaterale Käsehandel vollständig liberalisiert. Die im Anhang 3 des Agrarabkommens festgelegten Übergangsmodalitäten sind dadurch obsolet geworden. Mit der Inkraftsetzung des Beschlusses Nr. 1/2011 des GA am 1. April 2011 konnte dieser Entwicklung Rechnung getragen werden.

Durch einen verbesserten Erfahrungsaustausch bezüglich der Anerkennung der Äquivalenz von Bestimmungen einzelner Drittstaaten im Biobereich und von Drittland-Zertifizierungsstellen konnte die erfolgreiche Zusammenarbeit im Biobereich weiter ausgebaut werden. Mit dem am 1. Dezember 2011 in Kraft getretenen Beschluss Nr. 2/2011 des GA wird gewährleistet, dass die Schweiz und die EU ihre jeweiligen Drittstaatregimes im Biobereich deckungsgleich weiterentwickeln werden.

Auch im Wein- und Spirituosenbereich konnten mit der Inkraftsetzung der Beschlüsse 1/2012 und 2/2012 wichtige Anpassungen vorgenommen werden. So wurde das aktuelle Schweizer Verzeichnis der geschützten Weinbezeichnungen in den Anhang 7 (Handel mit Weinbauerzeugnissen) integriert, womit der Schutz der aktuellen Schweizer Weinbezeichnungen auch in der EU gilt. Zudem konnte im Rahmen einer Weiterentwicklung von Anhang 8 (Spirituosen) die Bezeichnung «Damassine», die bisher in der EU nur im Zusammenhang mit einer Ortsangabe anerkannt war (z.B. Damassine d'Ajoie), nun auch in Alleinstellung in der EU geschützt werden.

Die Arbeiten zur Abschaffung der Grenzkontrollen im Bereich Pflanzenschutz wurden ebenfalls weitergeführt. Beide Parteien sind sich einig, dass die phytosanitären Kontrollen an der Grenze Schweiz-EU in Kürze abgebaut werden können. Aufgrund rechtlicher Schwierigkeiten scheint sich jedoch die geplante Umsetzung etwas zu verzögern.

■ Abkommen über den gegenseitigen Schutz der GUB und GGA

Am 1. Dezember 2011 ist das Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur gegenseitigen Anerkennung der geschützten Ursprungsbezeichnungen (GUB) und geschützten geographischen Angaben (GGA) für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel in Kraft getreten. Es wurde als Anhang 12 in das Agrarabkommen Schweiz-EU von 1999 integriert.

Im Abkommen verpflichten sich die Schweiz und die EU, ihre geographischen Angaben gegenseitig anzuerkennen und nach verschiedenen Übergangsfristen gegen jegliche Nachahmung oder missbräuchliche Verwendung zu schützen. Für die Schweiz handelt es sich dabei momentan um 22 Bezeichnungen, deren Schutz auf das Gebiet der EU mit ihren 500 Mio. Konsumentinnen und Konsumenten ausgeweitet wird. Auch wirtschaftlich relevante Exportprodukte wie Bündnerfleisch, Gruyère und Tête de Moine fallen darunter. Das Abkommen sieht, nach Durchlaufen eines klar geregelten Verfahrens, auch die Aufnahme von neu registrierten Bezeichnungen vor. Das Verfahren zu einer solchen Weiterentwicklung des Abkommens soll bereits im Jahr 2012 gestartet werden.

3.1.4 Protokoll Nr. 2

Im Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens Schweiz-EG von 1972 sind die Bestimmungen über den Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen zwischen der Schweiz und der EU geregelt. Das Protokoll Nr. 2 wurde 2005 im Rahmen der Bilateralen Abkommen II revidiert. Mit 65 % der Exporte und 75 % der Importe ist auch bei den landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten die EU der mit Abstand wichtigste Partner.

Das Protokoll Nr. 2 erlaubt es der Schweiz, im europäischen Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten Preisnachteile bei Agrarrohstoffen auszugleichen, indem sie für exportierte Verarbeitungsprodukte Ausfuhrbeiträge gewährt und bei der Einfuhr Zölle erhebt. Diese Preisausgleichsmassnahmen dürfen die Preisdifferenzen der Agrargrundstoffe zwischen der Schweiz und der EU nicht überschreiten. Das Protokoll Nr. 2 enthält die für die Preisausgleichsmassnahmen massgeblichen Referenzpreise und Preisdifferenzen. Diese werden mindestens einmal jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Dieses Protokoll ist auch Gegenstand der Verhandlungen mit der EU über ein FHAL&GesA. Es wird bei vollständigem Agrar-Freihandel mit der EU abgeschafft.

Per 1. April 2012 wurden die Referenzpreise im Rahmen des Protokoll Nr. 2 revidiert und so wieder an die aktuellen Verhältnisse auf den Märkten der Schweiz und der EU herangeführt. Auf dieser Basis wurden die Schweizer Importzölle für verarbeitete Agrarprodukte angepasst. Exportseitig gilt es zu beachten, dass die Schoggigesetz-Ausfuhrbeitragsansätze für Ausfuhren in die EU die vereinbarten Referenzpreisdifferenzen nicht übersteigen dürfen. Aufgrund des für einen vollständigen Preisausgleich nicht ausreichenden «Schoggigesetz-Budgets» (vgl. Abschnitt 2.1.1.6) wurden vom 1. März bis 30. Juni 2012 nur 75 % und ab 1. Juli 2012 nur 60 % der Rohstoffpreisdifferenz beim Export ausgeglichen.

3.1.5 Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) nach 2013

Die gemeinsame Agrarpolitik der EU wird zurzeit reformiert. Am 12. Oktober 2011 hat die EU-Kommission die Grundelemente der Weiterentwicklung in Form von legislativen Vorschlägen präsentiert. Diese sollen, analog zur Schweiz, folgenden Herausforderungen begegnen können: Ernährungssicherung, Klimawandel und Umwelt, Ausgewogenheit und Vielfalt des ländlichen Raumes. Zurzeit findet eine Diskussion innerhalb der europäischen Institutionen statt. Eine entscheidende Rolle kommt dabei dem Rat bzw. den darin vertretenen EU-Mitgliedstaaten sowie dem EU-Parlament zu. Damit die Agrarreform wie erwartet am 1. Januar 2014 in Kraft treten kann ist eine Verabschiedung der unterschiedlichen Gesetzesgrundlagen Ende 2013 nötig.

■ Die Direktzahlungen sollen gerechter verteilt und grüner werden

Die Gesetzesvorschläge der Kommission beinhalten eine Reform des europäischen Direktzahlungssystems. So sollen die bis anhin geltenden historischen Referenzen abgeschafft und die entsprechenden Zahlungen in Flächenbeiträge umgewandelt werden. Ziel ist, diese gerechter zwischen den Mitgliedstaaten zu verteilen. Ab 2019 müssen alle Mitgliedstaaten auf eine national wie regional einheitliche Hektarzahlung umgestellt haben. Viel Diskussionsstoff gibt neben der gerechteren Verteilung – bei welcher insbesondere die «alten» EU-Mitgliedstaaten fürchten, finanzielle Unterstützung zu verlieren – die stufenweise Kürzung der Betriebsprämien ab einem Betrag von 150 000 Euro und eine vollständige Plafonierung der Zahlungen bei 300 000 Euro jährlich.

Das umstrittenste Element der Reform bildet der Vorschlag zur Ökologisierung (Greening) der Direktzahlungen. 30 % der Direktbeihilfen für Landwirte sollen neu von der Erreichung bestimmter Umweltziele abhängig gemacht werden. Darunter fallen folgende obligatorische Massnahmen: 1) 7 % des Ackerlandes in der EU soll neu als ökologische Ausgleichsfläche genutzt werden, 2) Anbaudiversifizierung (ein Landwirt muss auf seinem Ackerland mindestens drei verschiedene landwirtschaftliche Kulturen anbauen), 3) Erhaltung von Dauergrünland. Im Gegensatz zur Schweiz, die im Bereich ökologische Ausgleichsfläche und Fruchtfolge eine Vorreiterrolle inne hat und diese seit über zehn Jahren in die Praxis umsetzt, befürchten verschiedene EU-Mitgliedstaaten schwerwiegende negative Auswirkungen dieser Ökologisierungselemente. So verlangen einzelne Mitgliedstaaten (z.B. Niederlande und Spanien) eine Halbierung der 7 % ökologische Ausgleichsfläche, während vor allem südliche Mitgliedstaaten die Anerkennung von Olivenbäumen und anderen Dauerkulturen fordern, die ebenfalls ihren Beitrag für die Artenvielfalt leisten. Mitgliedstaaten wie Frankreich und Österreich setzten sich hingegen für die Möglichkeit ein, Leguminosen und Eiweisspflanzen auf der Ausgleichsfläche anbauen zu können. Zudem wurde in der bis anhin geführten Debatte von mehreren Ministern angeregt, einen bestimmten Prozentsatz an Ausgleichsfläche nicht für einzelne Betriebe, sondern für ganze Regionen festzulegen. Die Greening-Zahlungen finden automatisch für die biologische Produktion Anwendung.

Junglandwirte sollen auch zukünftig gezielt gefördert werden. So soll die Basisprämie für Landwirte unter 40 Jahren erhöht werden. Benachteiligte Gebiete profitieren auch in Zukunft von einer besonderen Unterstützung.

■ Die Kommission will neues Instrument zur Stabilisierung der Einkommen einführen

Die Landwirtschaft hängt stark von den äusseren Bedingungen ab. Diese können von Jahr zu Jahr variieren, weshalb die Einkommen der Landwirte oft starken Schwankungen unterworfen sind. Die Gesetzesvorschläge sehen daher vor, ein Instrument für die Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen einzuführen. Dies soll als Kompensationszahlungen für Landwirte genutzt werden, die mit einem starken Einkommensverlust (–30 %) konfrontiert sind. Weiter wird vorgeschlagen, den Anwendungsbereich des Fonds zur Anpassung an die Globalisierung auf Landwirte auszudehnen.

Im Hinblick auf die derzeitigen Instrumente der öffentlichen Intervention und der privaten Lagerhaltung sieht die Kommission vor, diese Kriseninstrumente weiterhin beizubehalten. Diese haben sich als effizientes Sicherheitsnetz erwiesen. Für alle Sektoren wird eine neue Sicherheitsklausel eingeführt, die es der Kommission ermöglicht, mit Sofortmassnahmen auf allgemeine Marktstörungen zu reagieren – wie etwa die EHEC-Krise von 2011. Um die Position der Landwirte zu stärken, wird zudem vorgeschlagen, Erzeugerorganisationen und Branchenverbände zu stärken und kurze Absatzwege zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu entwickeln. Darüber hinaus sollen die Zuckerquoten, die ihren Daseinszweck verloren haben, nach 2015 nicht weiter verlängert werden.

Es soll weiterhin ein starkes Budget für die Landwirtschaft bereitgestellt werden. Die laufenden Diskussionen deuten darauf hin, dass grundsätzlich die aktuelle Budgethöhe beibehalten wird. Es gilt jedoch zu bedenken, dass dies in realen Zahlen ausgedrückt eine Reduktion bedeuten würde.

Mehr Informationen zu den Rechtsvorschlägen der Kommission finden sich auf folgender Website: http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/legal-proposals/index_de.htm

3.1.6 Beziehungen im Agrarbereich zum Fürstentum Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein (FL) betreibt grundsätzlich eine eigene Agrarpolitik. Aufgrund der geringen Grösse des Fürstentums und der Zollunion mit der Schweiz ist das FL jedoch im Agrarbereich stark in die schweizerische Agrarpolitik eingebunden. So übernimmt das FL aufgrund des Zollvertrages CH-FL eine Vielzahl Schweizer Gesetze im Agrar- und Lebensmittelbereich und wird in vielerlei Bereichen wie ein Kanton behandelt. Zeitgleich nimmt das FL an mehreren schweizerischen Markt- und Preisstützungsmassnahmen teil. Dies ist in einem Notenaustausch zwischen der Schweiz und dem FL geregelt. So werden Massnahmen wie die Verkäsungszulage auch in Liechtenstein angewandt; des Weiteren nehmen liechtensteinische Firmen am Fleischversteigerungssystem teil. Das FL entschädigt die Schweiz finanziell für die erbrachten Dienste. Die von der Schweiz ausgeführte Arbeit wird anhand einer Verwaltungskostenpauschale entgolten. Im Gegenzug wird das FL an den mit der Marktregulierung zusammenhängenden Einnahmen des BLW beteiligt.

■ Notenaustausch regelt liechtensteinische Massnahmen im Milchbereich

Der Notenaustausch sieht vor, dass das FL in begründeten Fällen, zusätzlich zu den Schweizer Massnahmen, eigene Stützungsmassnahmen ergreifen darf. Indem dies geregelt wird, sollen vergleichbare Wettbewerbsbedingungen im gemeinsamen Wirtschaftsraum Schweiz-FL geschaffen werden. Ähnlich wie die Schweiz basiert die liechtensteinische Landwirtschaft zu einem grossen Teil auf der Milchproduktion. Eigene Stützungsmassnahmen sind daher in der Milchwirtschaft möglich, aber befristet. Ziel solcher Massnahmen ist u.a. die Kompensation substanzieller Milchpreisdifferenzen. Auf Basis dieser rechtlichen Grundlage ist im Jahr 2005 das neue liechtensteinische Milchmarktordnungsgesetz in Kraft getreten. Damit kann das FL die Entwicklung und den Ausbau der Verarbeitungsstrukturen in der Milchwirtschaft fördern. Neben Förderungsleistungen wie Projektfinanzierung, Investitionshilfen und Infrastrukturbeiträgen wurden bis anhin im FL insbesondere Verarbeitungsprämien ausbezahlt.

■ Notenaustausch wird angepasst und mengengebundene Zahlungen aufgehoben

Diese Zahlungen wurden schrittweise reduziert und nun abgeschafft. Diese Entwicklung wird von der Schweiz begrüsst. Die Schweiz und Liechtenstein haben per Januar 2012 den Notenaustausch entsprechend angepasst. Neu ist Liechtenstein verpflichtet, diese mengengebundenen Zahlungen zu unterbinden. Da die Verkäsungszulage als Stützungsinstrument im FL nicht ebenso effizient greift wie in der Schweiz, haben sich die Parteien zudem darauf geeinigt, dass Liechtenstein die Möglichkeit eines speziell auf die liechtensteinischen Bedürfnisse abgestimmte Förderprogramm bis Ende 2017 beibehalten kann.

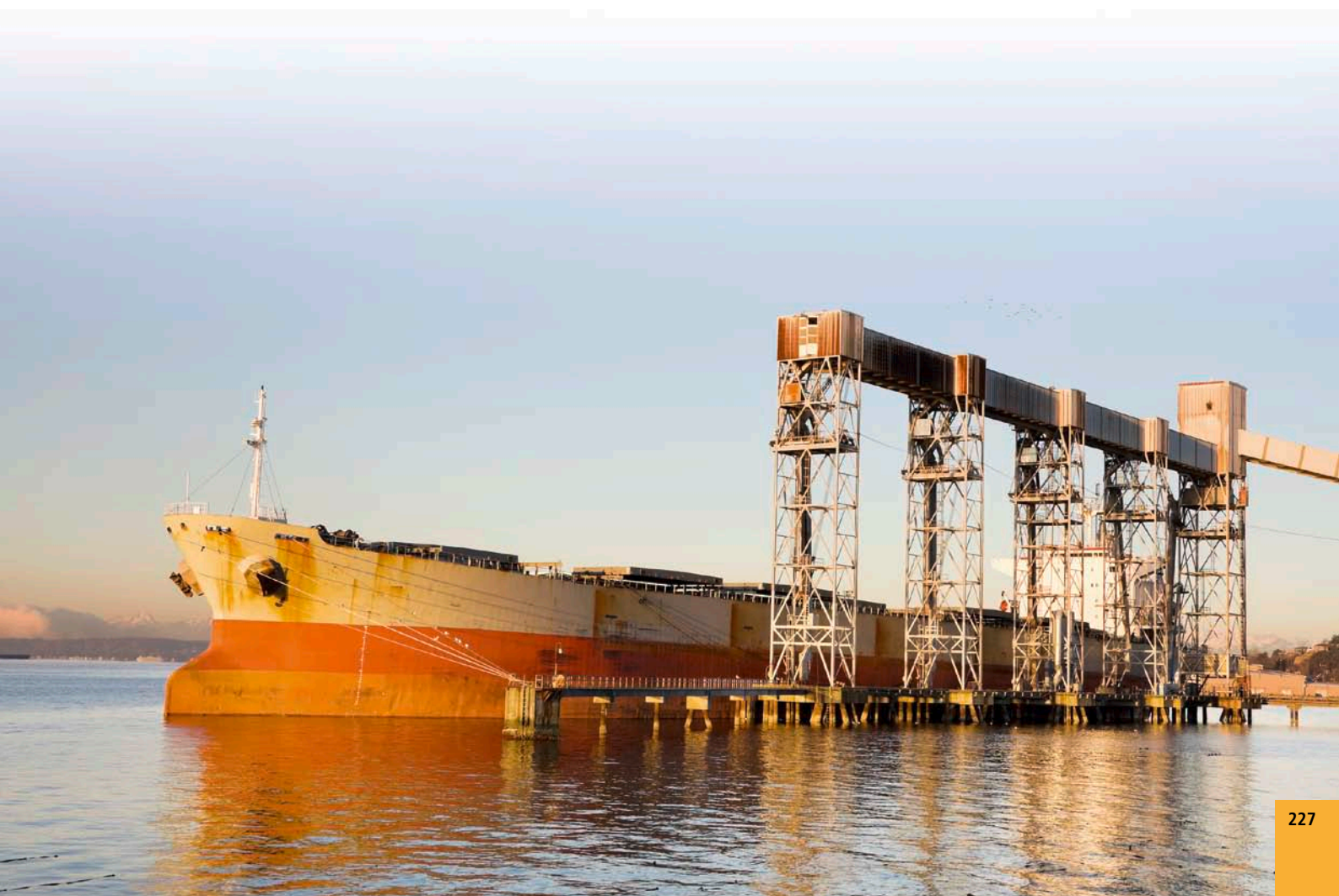
In Anbetracht der Inanspruchnahme von Leistungen schweizerischer Stellen entrichtet das FL wie erwähnt eine Verwaltungskostenpauschale an die Schweiz. Diese basierte bis anhin auf einer umständlichen Berechnung. Um die Vorgänge zu vereinfachen wurde mit der Änderung des Notenaustausches ein Pauschalbetrag von 50 000 Fr. vereinbart.

3.1.7 WTO

Die Welthandelsorganisation WTO definiert sich in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend durch den fehlenden Abschluss der vor über zehn Jahren begonnenen Verhandlungen um die sogenannte Doha-Runde. Dieser Eindruck ist bedauerlich, zeigt er doch, dass für die WTO nichts anderes gilt als für andere multilaterale Abkommen, zumal solche, die basierend auf dem Konsensprinzip funktionieren: etliche der grossen geopolitischen Player sind aktuell nicht bereit, verbindliche Verpflichtungen einzugehen und durchzusetzen. Dieser Eindruck ist umso mehr bedauerlich, weil er nur eine Kehrseite der Medaille zeigt. Die glanzvolle Seite der Medaille WTO ist die, dass diese in Genf ansässige Organisation mit ihren 155 Mitgliedsstaaten eine effektive, funktionierende und respektierte Einrichtung ist, die den Welthandel in ein verbindliches Regelwerk einbettet. Ein Regelwerk, auf dessen Verbindlichkeit sich die Mitgliedsstaaten abstützen und über dessen Streitschlichtungsverfahren sie ihre Rechte einfordern.

Die WTO beweist laufend ihre Rolle als taktgebende Organisation im internationalen Handel. Hier sollen nur ein paar wenige ausgewählte Aspekte dieses andere, in der öffentlichen Wahrnehmung weniger präsen- te, Bild etwas stützen.

Überwachung der Handelspolitik: in der Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit 2009 die Schlagzeilen dominiert, hat die WTO die Überwachung der Handelspolitik ihrer Mitgliedsstaaten intensiviert. In einem beim WTO-Generaldirektor Pascal Lamy angesiedelten Prozess werden halbjährlich alle neuen handelsrelevanten Massnahmen – seien sie protektionistischer Natur oder auf weitere Liberalisierung ausgerichtet – dokumentiert, kommentiert und publiziert. Diese erhöhte Aufmerksamkeit bildet die Basis dafür, dass einerseits protektionistische Vorstösse in den WTO-Gremien schnell und effizient aufgegriffen werden können und andererseits die Öffentlichkeit Kenntnis erhält, wenn zunehmender Protektionismus im Schatten der Wirtschafts- und Finanzkrise Einzug hält. Dabei kann sich das WTO-Sekretariat auf öffentlich verfügbare sowie von den WTO-Mitgliedsstaaten verifizierte Informationen stützen.



Arbeit in den WTO-Ausschüssen: der Mangel an Fortschritt bei den Doha-Verhandlungen führt u.a. dazu, dass die Arbeit der ordentlichen WTO-Ausschüsse an Bedeutung gewinnt. Markant erkennbar ist das am Agrarausschuss, der in der Vergangenheit eher ein Dasein als Mauerblümchen in der WTO-Landschaft gepflegt hat. Heute sind die Sitzungen des Agrarausschusses begleitet von zahlreichen informellen Gesprächen. Darin werden Verbesserungen der Transparenz, der Durchsetzbarkeit der bestehenden Verpflichtungen und die Aufdatierung der Notifikationsverpflichtungen, also der Berichtspflichten der Mitgliedsstaaten, diskutiert. Diese Gespräche zeigen, dass auch im bestehenden Regelwerk noch Raum für Verbesserungen vorhanden ist.

Agrarthemen in verschiedenen Foren: Eine Reihe von Themen mit Agrarbezug sind in Diskussion, und zwar in verschiedenen Foren. Als ein Beispiel seien hier Exportrestriktionen erwähnt. Massnahmen also, die die Ausfuhr von Agrargütern aus verschiedenen Motiven heraus einschränken – beispielsweise aus fiskalpolitischen Beweggründen (Exportsteuern) oder als politische Symbolik (Exportverbote von Getreide). Verschiedene Initiativen, beispielsweise der G-20, versuchen nun, diesen Exportrestriktionen Einhalt zu gebieten und beispielsweise die Beschaffung des Welternährungsprogramms (WFP) auszunehmen. Auch die OECD beschäftigt sich intensiv mit Themen, die einen handelspolitischen Bezug aufweisen.

Die Bedeutung der WTO wurde auch anlässlich der 8. Ordentlichen Ministerkonferenz deutlich, die vom 15.–17. Dezember 2011 in Genf stattfand. Auch wenn zu den Doha-Verhandlungen dort nur ein Gedankenaustausch erfolgte, so konnten in anderen Feldern Erfolge gefeiert werden. Nach 18 Verhandlungsjahren tritt Russland der WTO bei, auch Samoa und Montenegro konnten ihren Beitritt besiegeln. Ebenso konnte nach über zehn Jahren Verhandlungen die Revision des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen abgeschlossen werden. Und nicht zuletzt haben die Handelsminister über einen erleichterten Zugang der am wenigsten entwickelten Länder zur WTO diskutiert und angekündigt, im Laufe des Jahres 2012 entsprechende Handlungsoptionen vorzulegen.

Durch den Beitritt Russlands zur WTO wird auch einer der bedeutenden Agrarhandelspartner der Schweiz das Regelwerk der WTO anwenden. Darüber hinaus wird Russland im Verlauf der kommenden Jahre seine Zollsätze für Agrarprodukte markant senken. Die Schweiz hat sich dabei insbesondere in die Verhandlungen um Marktzugang für Käse eingebracht. Die marktverzerrende Stützung Russlands in der sogenannten «amber box» wird schrittweise von 9 auf 4,4 Mrd. US-Dollar zurückgefahren. Russland verzichtet zudem darauf, Exportsubventionen für Agrarprodukte auszurichten.

3.1.8 OECD

■ Mehr Transparenz am Markt und Produktivität nachhaltig verbessern

Diese Themen und Problematiken sind nicht neu, weder allgemein, noch für die OECD. Ein Blick in die letzten Agrarberichte zeigt, dass der Umgang mit Markttransparenz und -instabilität sowie die nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und der Ressourceneffizienz die Herausforderungen und Chancen des zukünftigen globalen Ernährungs- und Landwirtschaftssystems bilden. Die OECD widmet sich diesen Herausforderungen mit ihren Kernkompetenzen – Evaluation von Politiken und Erarbeitung von Politikempfehlungen sowie von Marktanalysen.

■ Mehr Transparenz am Markt – warum?

Schwankende Preise sind charakteristisch für Märkte. Agrarmärkte bilden hier keine Ausnahme aufgrund geringer Angebots- und Nachfrageelastizitäten sowie biologisch vorgegebener Produktionszyklen. Die Schwankungen landwirtschaftlicher Preise haben in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Gründe hierfür gibt es aus globaler Sicht viele – tiefe Lagerbestände, schwankende Erdölpreise und Wechselkurse, Angebotseinschränkungen aufgrund von Dürren oder Überschwemmungen, steigende Nachfrage nach pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln sowie Bioenergie, niedriges Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion, Exportrestriktionen und politische Unruhen. Die OECD und die FAO gehen davon aus, dass die Schwankungen der Preise, das heisst die Preisvolatilität, auch zukünftig hoch sein wird. Je stärker die Preise schwanken, desto schwieriger werden Planung und Investitionsentscheide im Ernährungs- und Landwirtschaftssystem, sowohl aus globaler als auch aus nationaler Sicht. Steigende Preise landwirtschaftlicher Rohstoffe führen direkt zu steigenden Nahrungsmittelpreisen, wovon insbesondere die Konsumenten in Entwicklungsländern betroffen sind. Einigkeit besteht international darin, die Preisvolatilität in einem verträglichen Ausmass halten zu wollen. Internationaler Handel kann zu geringeren Preisschwankungen führen. Verbesselter Zugang zu Informationen und marktrelevantem Wissen, kurz transparentere Märkte, tragen ebenfalls dazu bei, panikartige Preisausschläge in beide Richtungen zu reduzieren.

■ Mehr Transparenz am Markt – wie?

Zuverlässige, aktuelle, regelmässige und international frei zugängliche Marktdaten – mit diesem Ziel wurde AMIS (Agricultural Market Information System) entwickelt. Schlüsselinformationen zu marktbeeinflussenden Faktoren für Nahrungsmittel sollen schnell verfügbar, analysiert und jedermann zugänglich sein. Aufbauend auf und ergänzend zu vorhandenen Informationssystemen bildet AMIS eine elektronische Plattform, mit der Länder, internationale Organisationen und der Privatsektor ihre jeweiligen Synergien und Kooperationen in diesem Bereich stärken können.

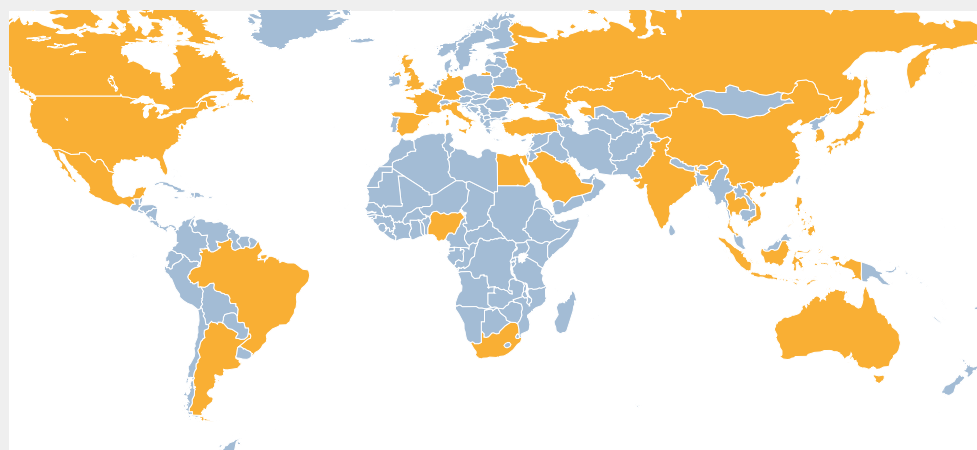
Die starken Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln der Jahre 2008 und 2010 zeigten deutlich, dass es weltweit keinen effektiven und glaubwürdigen Mechanismus gibt, folgenreiche Knappheiten bei Nahrungsmitteln rechtzeitig zu erkennen. Es offenbarten sich eine Reihe von Mängeln sowohl bei Marktinformationen als auch in der Koordination von Massnahmen und Politikreaktionen. Hierzu zählen unzuverlässige und nicht aktuelle Daten zu Angebot, Nachfrage und Lagerbeständen von Ackerkulturen, insbesondere länder- und regionalspezifische Exportmöglichkeiten. Diese mangelnde Transparenz zusammen mit fehlenden, klaren und umfassenden Indikatoren zum Abbilden normaler/unnormaler Marktbedingungen führten zu Panikkäufen, Horten von Rohstoffen sowie suboptimalen Politikstrategien. Die Agrarminister der G20 (Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Mexiko, Russland, Saudi Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, Grossbritannien, USA, EU) beschloss an ihrem Treffen im Juni 2011, AMIS als gemeinsame Initiative zur Erhöhung der Markttransparenz ins Leben zu rufen. Geführt wird AMIS von einem bei der FAO in Rom ansässigen Sekretariat, dem Vertreter der folgenden 9 internationalen Organisationen angehören: FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), IFAD (International Fund for Agricultural Development), OECD (Organisation for Economic

Co-operation and Development), UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development), WFP (United Nations World Food Programme), World Bank, WTO (World Trade Organization), UN HLTf (United Nations High Level Task Force on Food Security) und IFPRI (International Food Policy Research Institute); IGC (International Grains Council) kooperiert bei der Entwicklung von AMIS. AMIS selber ist daher keine neue internationale Organisation.

Unter Berücksichtigung aktueller und zukünftiger Markt- und Politiksituationen sammelt, bewertet, analysiert und verteilt das Sekretariat regelmässig und zeitnah objektive Marktanalysen und -prognosen. Diese basieren auf den Angaben der Mitgliedsländer und auf teilweise noch zu entwickelnden Indikatoren und Methoden. AMIS möchte die Entwicklungsländer dabei unterstützen, Märkte besser zu analysieren und zu prognostizieren. Zudem soll AMIS den politischen Dialog fördern. Im Anfangsstadium von AMIS werden mit Weizen, Mais, Reis und Soja derzeit vier wichtige landwirtschaftliche Rohstoffe analysiert. Mitglieder im AMIS sind neben den G20-Staaten und Spanien zudem die derzeit weltgrössten Produktions- und Handelspartner dieser Rohstoffe (Ägypten, Vietnam, Thailand, Philippinen, Kasachstan, Nigeria und Ukraine). In dieser Konstellation soll AMIS in einem ersten Schritt konsolidiert werden, bevor über die Aufnahme weiterer Rohstoffe und Mitglieder entschieden wird.

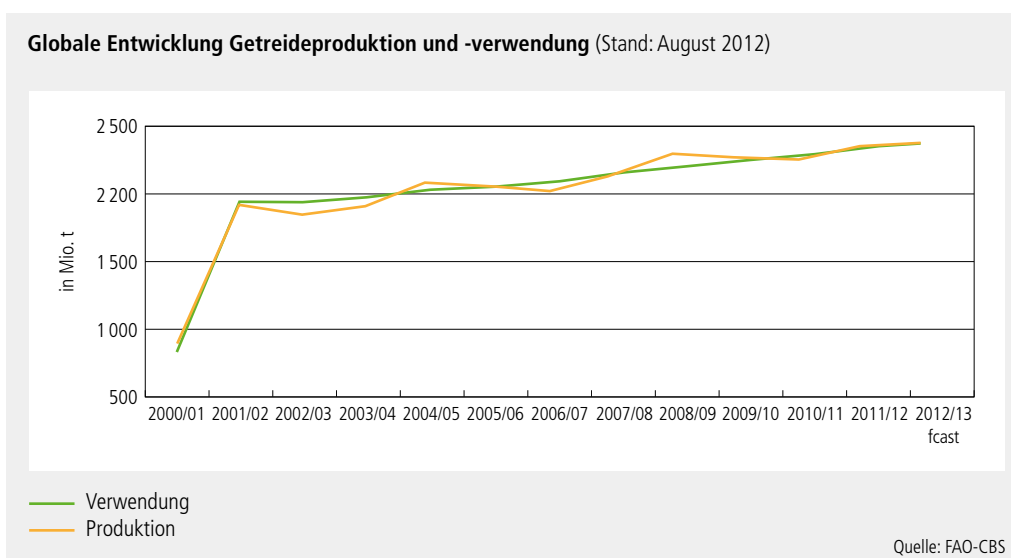
Der freie Zugriff auf Analysen und Statistiken von AMIS erfolgt über die Webseite www.amis-outlook.org. Gegenwärtig sind im AMIS Daten zu Produktion, Handel, Nutzung und Lagerbestände von Weizen, Mais, Reis und Soja enthalten. Quelle dieser Zusammenstellungen bilden die vorhandenen Datenbanken der FAO und des US-Landwirtschaftsministeriums USDA. Neben den Berichten und Analysen werden im Rahmen von AMIS auch Konzepte, Definitionen und Indikatoren diskutiert, was «unnormale» Marktbedingungen sind und wie sie sich vorhersagen lassen können.

Länder im AMIS (Stand: August 2012)



■ Länder im AMIS

Quelle: FAO-CBS



■ Produktivität, Resilienz und Innovationen nachhaltig verbessern

Schwankungen der Nahrungsmittelpreise haben direkte Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und die deutlichen Preisschwankungen der vergangenen Jahre haben die Situation, insbesondere in Entwicklungsländern, verschlimmert. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität wird als geeigneter Ansatz betrachtet, die globale Ernährungssicherheit zu verbessern. Ein Wachstum der globalen landwirtschaftlichen Produktion um 70–100 % bis zum Jahr 2050 wird als notwendig erachtet, um eine wachsende Weltbevölkerung mit ändernden Konsumgewohnheiten ernähren zu können. Der Grossteil dieses Wachstums ist in den Entwicklungsländern erforderlich. Voraussetzung für ein nachhaltiges Produktionswachstum sind öffentliche und private Investitionen in Infrastrukturen des Primär- und Sekundärsektors, Beratungsdienste, Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie Technologietransfer dieser Länder. Verbunden damit ist zugleich die Hoffnung, effiziente, effektive und transparente (lokale) Märkte zu schaffen sowie die Resilienz, das heisst Belastbarkeit, gegenüber Preisspitzen zu verbessern. Schlussendlich unterstützen eine erhöhte Produktivität und verbesserte Produktionstechniken die (Klein)bauern und Haushalte, nicht nur, aber insbesondere in Entwicklungsländern, besser auf Preisschwankungen zu reagieren und damit zu einer verbesserten Ernährungssicherheit beizutragen.

Innovationen, Forschung und Entwicklung in die Landwirtschaft werden als Hauptquellen für ein Wachsen der Produktivität unter nachhaltiger Ressourcennutzung erachtet. Diese drei Themen spielen daher nicht nur im laufenden Arbeitsprogramm 2011–12 der OECD eine wichtige Rolle. Auch im Arbeitsprogramm 2013–14, über welches im Mai 2012 im Komitee für Landwirtschaft (CoAg) diskutiert wurde, bilden diese Themen einen wichtigen Schwerpunkt. Mit dem neuen Arbeitsprogramm wird der Zusammenhang zwischen dem nachhaltigen Nutzen vorhandener Ressourcen zur Produktivitätssteigerung noch stärker hervorgehoben. In ihren Analysen geht die OECD Fragen nach wie (1) Welche Anreize müssen geschaffen bzw. Hemmnisse beseitigt werden, um das Produktivitätswachstum zu verbessern? und (2) Was kann/sollte getan werden, um die nationale und internationale Zusammenarbeit in Bezug auf landwirtschaftliche Innovations- und Wissenssysteme zu verbessern? Ein Ziel besteht darin, einen Vorschlag zu entwickeln, die öffentlich-private Kooperation auf dem Gebiet von Innovationen/Wissen und nachhaltigem Produktivitätswachstum zu verbessern.

3.1.9 FAO

Der Generaldirektor der FAO hat bei Amtsantritt im Januar 2012 einen partizipativen Prozess in die Wege geleitet, um die Ziele und die zukünftigen Prioritäten der Organisation festzulegen. Die allgemeinen globalen Tendenzen, die den Wandel massgebend bestimmen, und die Herausforderungen, die damit einhergehen, wurden identifiziert und daraus die zukünftigen prioritären Handlungsbereiche der FAO abgeleitet. Der Generaldirektor erklärte folgende fünf Bereiche als vorrangig: die Bekämpfung von Hunger, eine nachhaltige Lebensmittelproduktion, Gerechtigkeit im internationalen Lebensmittelproduktionssystem, die institutionelle Reform und Dezentralisierung sowie die Süd-Süd-Zusammenarbeit. Diese strategischen Überlegungen umfassen mehrere Phasen und werden den Lenkungsorganen der Organisation 2012–2013 vorgelegt. Der Prozess soll mit der Verabschiedung des überarbeiteten strategischen Rahmens 2010–2019 und des mittelfristigen Plans 2014–2017 anlässlich der 38. FAO-Konferenz im Jahr 2013 abgeschlossen werden.

An der Oktobersession 2011 des Ausschusses für Welternährungssicherheit (CFS) wurde die Schweiz zum Mitglied des Büros, der Exekutive des CFS, ernannt. Sie wurde beauftragt, ein Konsultationsverfahren zu leiten, mit dem Ziel, Grundsätze für verantwortungsvolle landwirtschaftliche Investitionen zu definieren, die die Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit verbessern. Es wurde vereinbart, dass dieser Prozess erst nach den Verhandlungen über die Freiwilligen Richtlinien für eine verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern, die im Rahmen der Förderung der nationalen Ernährungssicherheit ausgearbeitet werden, initiiert wird. Die zähen Verhandlungen, die in einer Arbeitsgruppe des CFS geführt wurden, konnten im März 2012 mit einer Konsensbildung abgeschlossen werden. Die Arbeitsgruppe setzte sich zusammen aus Regierungsvertretern, Vertretern von verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen, von Nichtregierungsorganisationen, von internationalen landwirtschaftlichen Forschungsinstitutionen, von regionalen und internationalen Finanzinstitutionen, vom Privatsektor und von wohltätigen Stiftungen. Die Verhandlungsergebnisse wurden anschliessend an einer Sitzung des CFS im Mai 2012 formell verabschiedet. Die weiterführenden Arbeiten bezüglich der Grundsätze für verantwortungsvolle landwirtschaftliche Investitionen konnten nun eingeleitet werden. Die Schweiz hat sich für die Ausarbeitung dieser Freiwilligen Richtlinien besonders eingesetzt. Der CFS hat seine Arbeit während des ganzen Jahres weitergeführt, mit dem Ziel, einen globalen strategischen Rahmen für Ernährungssicherheit und Ernährung zu schaffen. Das BLW hat die Arbeit der hochrangigen Expertengruppe «Ernährungssicherheit» 2012 erneut finanziell unterstützt. Mit dem Beitrag konnte eine Studie zum Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und die Ernährung mitfinanziert werden, die an der Session des CFS im Oktober 2012 vorgestellt werden soll.

Um die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft weiter zu fördern, hat das BLW 2012 zudem seine Zusammenarbeit mit der FAO bei der Umsetzung von globalen, innovativen und multipartnerschaftlichen Initiativen intensiviert. Mehrere dieser Initiativen waren im Hinblick auf die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung, auch Rio+20 genannt (vgl. Abschnitt 3.1.11), zustande gekommen. Da die Tierhaltung für die Ernährungssicherheit und die Existenzsicherung eine zentrale Rolle spielt, hat sich das BLW für die Umsetzung der Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung des Tierhaltungssektors ausgesprochen. Diese Partnerschaft dürfte Anfang 2013 offiziell lanciert werden. Darüber hinaus hat das BLW, im Rahmen des Codex Alimentarius, in Bern im Februar 2012 eine internationale Konferenz zur Futtermittelsicherheit durchgeführt. An der Konferenz nahmen circa 200 Experten aus 45 Ländern teil (vgl. Abschnitt 2.3.3.2). Das BLW will auch aktiv an der Schaffung der globalen Bodenpartnerschaft mitwirken, die im Mai 2012 vom Landwirtschaftsausschuss der FAO verabschiedet wurde.

3.1.10 Klimawandel und Ernährungssicherheit

■ Fernziel: ein Arbeitsprogramm Landwirtschaft unter der UNO-Klimakonvention

Der landwirtschaftliche Sektor ist zentral für die Ernährungssicherheit der Weltbevölkerung und für das Auskommen von Millionen Menschen. Zudem hat er einen grossen Einfluss auf die Funktionstüchtigkeit von lokalen und globalen Ökosystemen, einschliesslich des Klimas: Bei den Treibhausgasen ist er für 14 % aller Emissionen verantwortlich. Werden die Emissionen von Flächen, welche neu in die landwirtschaftliche Produktion genommen werden, auch dazu gezählt, sind es sogar 32 %. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft stark vom Klimawandel betroffen, insbesondere in südlichen Ländern. Der Verlauf der Jahreszeiten ändert sich, der Hitzestress für Nutzpflanzen und Nutztiere steigt, und Extremereignisse wie Dürreperioden und Starkniederschläge mit Überschwemmungen nehmen zu. Unwägbarkeiten und Mindererträge sind vielfach die Folge.

Die Landwirtschaft hat aber auch ein grosses Potenzial, zur Lösung dieser Herausforderungen beizutragen. An der Conference of Parties (COP) 17 der United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) in Durban im Dezember 2011 wurde daher entschieden, dass unter dem Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice (SBSTA) ein Meinungsaustausch zu landwirtschaftlichen Themen stattfinden soll. An den darauf folgenden Klimagesprächen in Bonn im Mai 2012 hat sich die Environmental Integrity Group (EIG), bestehend aus der Schweiz, Mexiko, Südkorea, Liechtenstein und Monaco, dafür eingesetzt, dass ein dauerhaftes Arbeitsprogramm zur Landwirtschaft ins Leben gerufen wird. Ein solches Arbeitsprogramm ist wichtig, damit die landwirtschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Klimawandel die notwendige Visibilität erhalten, und damit die Herausforderungen rund um Emissionsminderung und Anpassung auf globaler Ebene in geeigneter Weise angegangen werden können.

Die Wichtigkeit des Themas wird von allen Ländern anerkannt. Die Diskussion um die inhaltlichen Schwerpunkte und die institutionelle Form des Meinungsaustauschs zu landwirtschaftlichen Fragen wird an der nächsten Session des SBSTA in Doha im Dezember 2012 weitergeführt.

■ Die Globale Forschungsallianz zu Treibhausgasen aus der Landwirtschaft geht voraus

Die Global Research Alliance on Agricultural Greenhouse Gases (GRA) wurde im Anschluss an die COP 15 in Kopenhagen im Dezember 2009 ausserhalb des Dachs der UNCCC initiiert. Sie gründet auf dem freiwilligen und gemeinschaftlichen Engagement ihrer Mitgliedsländer. Ihr Ziel ist es, die Forschung zu landwirtschaftlichen Treibhausgasen durch den aktiven Austausch von Daten und Methoden, sowie durch die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsländern zu fördern. Im Juni 2011 haben in Rom über 30 Länder, einschliesslich die Schweiz, die Charta der Allianz unterschrieben.

Die Allianz besteht aus einem Rat, einem Sekretariat, und den Forschungsgruppen Tierhaltung, Ackerbau, Reisanbau, C- und N- Dynamik im Boden, sowie Inventarisierung und Messung. Die Schweiz ist in den Gruppen Tierhaltung, Ackerbau, und C- und N- Dynamik im Boden aktiv. In der Gruppe Tierhaltung arbeitet sie in den Netzwerken Futtermittel und Fütterung (Leitung: ETHZ) und Hofdüngermanagement (Schweizer Vertretung: HAFL) mit. Ein Netzwerk zu Tiergesundheit ist ebenfalls im Aufbau. Die 23 Länder, welche beim Netzwerk Futtermittel und Fütterung mitarbeiten, trafen sich im September 2012 zum ersten Mal in der Schweiz.

In einem ersten Schritt hat die Allianz eine Bestandesaufnahme der laufenden Forschungsprojekte durchgeführt. Dabei wurden mehr als tausend Projekte zu Landwirtschaft und Treibhausgasen identifiziert und analysiert. Die Bestandesaufnahme ist eine wichtige Basis, um Wissenslücken zu erkennen und durch ein koordiniertes Vorgehen zu bearbeiten.

3.1.11 Konferenz von Rio+20

■ UNO-Nachhaltigkeitskonferenz (Rio+20): «Mehr mit weniger produzieren»

Die UNO-Nachhaltigkeitskonferenz (Rio+20) dauerte vom 20. bis 22. Juni und fand 20 Jahre nach der 1. Konferenz erneut in Rio de Janeiro statt. Zwei Themen standen im Zentrum: die «grüne Wirtschaft im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung und der Überwindung der Armut» sowie die «Reform der Institutionen für nachhaltige Entwicklung». Das BLW war für die Kapitel «nachhaltige Landwirtschaft» und «Ernährungssicherheit» zuständig, hat aber auch die Verhandlungen zu den Kapiteln «Wasser», «Wälder» und «Biodiversität» geleitet. Gemäss der vom Bundesrat festgelegten Strategie, hat das BLW konkrete Aktionen vorgeschlagen, die sich an der Schweizer Agrarpolitik und an der Strategie 2025 aber auch an internationalen Verpflichtungen, vor allem im Zusammenhang mit der FAO, orientieren. In der Abschlusserklärung, die in Rio verabschiedet wurde, wird festgehalten, dass die Landwirtschaft bei der Bekämpfung von Hunger und Armut auf der Welt sowie bei der Erhaltung der natürlichen Ressourcen eine entscheidende Rolle spielt. Das Kapitel zur Landwirtschaft steht auf der Liste der Bereiche mit vorrangigem Handlungsbedarf zuoberst und beinhaltet zahlreiche Massnahmen zur Stärkung der Ernährungssicherheit. Die verschiedenen Staaten sprechen sich erneut für das Recht jedes einzelnen auf ausreichend gesunde und nahrhafte Nahrungsmittel aus und bekräftigen ihr Engagement, dieses Recht zu gewährleisten. Sie anerkennen, dass der grösste Teil der armen Bevölkerung in ländlichen Gebieten lebt und sich die Massnahmen vorrangig an diese Bevölkerungsgruppe richten sollten. Diese kleinen landwirtschaftlichen Gewerbe und vor allem Frauen müssen Zugang haben zu Boden, Wasser, Krediten, Bildung und zur Infrastruktur, die für den Marktzutritt notwendig ist.

Die Staaten haben sich verpflichtet, nachhaltige land- und ernährungswirtschaftliche Systeme zu fördern, um die neuen globalen Herausforderungen – das Bevölkerungswachstum und die Ressourcenknappheit – zu meistern. Diese Systeme sollten «Mehr mit weniger produzieren» und flexibler sein, damit sie sich den Auswirkungen des Klimawandels und den Marktschwankungen besser anpassen können. Die Diversität der Landwirtschaft und ihrer Produktionsformen ist ein wichtiger Faktor in der Risikoverminderung. Der Ausschuss für Welternährungssicherung (CFS), der sich aus Regierungsvertretern und Vertretern von landwirtschaftlichen Organisationen sowie aus Vertretern aus Industrie und Forschung zusammensetzt, wurde beauftragt, die Kohärenz der Entscheidungen und deren Umsetzung nach Rio+20 zu gewährleisten. Der CFS wird die Staaten in Sachen Lebensmittel- und Ernährungssicherheit sowie Sicherstellung einer nachhaltigen Landwirtschaft unterstützen. Die Umsetzung der Freiwilligen Richtlinien für eine verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern sowie die Ausarbeitung von Grundsätzen für verantwortungsbewusste landwirtschaftliche Investitionen sollten dabei Priorität haben. Am offiziellen Rahmenanlass der Schweiz hatte das BLW zudem die Gelegenheit, das bäuerliche Bodenrecht der Schweiz vorzustellen, das hierzulande ein wichtiges Instrument in der nachhaltigen Agrarpolitik darstellt. Der Aufbau eines nachhaltigen Tiersektors und die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung sind letztlich als besonders wichtig einzustufen. Das BLW ist bereits in beiden Bereichen tätig. Weitere Informationen können auch der Schweizer Internetseite zu Rio+20 <http://rio20.ch/> entnommen werden.

3.1.12 Internationaler Getreiderat und Lebensmittelhilfe-Übereinkommen (IGC/FAC)

Das Internationale Getreide-Abkommen von 1995 bestand bis zum 30. Juni 2012 aus zwei rechtlich getrennten Übereinkommen: dem Getreidehandels-Übereinkommen von 1995 und dem Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen von 1999. Das Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen 1999 ist von den Mitgliedstaaten nicht mehr verlängert worden, weil per 1. Januar 2013 ein neues Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen in Kraft treten soll. Dieses ist rechtlich unabhängig vom Getreidehandelsübereinkommen, für die Administration ist jedoch nach wie vor das Sekretariat des Internationalen Getreiderates mit Sitz in London zuständig.

■ Internationaler Getreiderat

Hauptziel des Internationalen Getreiderates (International Grains Council, IGC) ist die Analyse und Berichterstattung zur weltweiten Marktlage für Getreide, Mais, Reis und Ölsaaten. In täglichen, wöchentlichen und monatlichen Publikationen werden Information zu Preisentwicklungen, Produktions- und Handelsmengen sowie zu relevanten Tätigkeiten der Export- und Importländer (Änderungen von Export- und Importzöllen, Ausschreibungen, etc.) erfasst. Die Informationen des Internationalen Getreiderates leisten einen wesentlichen Beitrag zur Transparenz des Marktgeschehens und tragen damit zur Verbesserung der weltweiten Ernährungssicherheit bei. Der Internationale Getreiderat greift jedoch nicht direkt ins Marktgeschehen oder in die Gestaltung der Getreidepolitiken der Mitgliedsländer ein.

Die Schweiz ist seit Bestehen (1949) Mitglied des Internationalen Weizen- oder Getreide-Abkommens.

■ Neuverhandlung des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens

Die Schweiz ist – neben Australien, der EU, Japan, Kanada, Norwegen und den USA – eine Vertragspartei des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens. Die Parteien bekennen sich, mit Nahrungsmittelhilfe insbesondere die Armut und den Hunger der schwächsten Bevölkerungsgruppen zu bekämpfen und haben mit diesem Übereinkommen einen rechtlichen Rahmen für die Zusammenarbeit, die Koordination und den Informationsaustausch in diesem Bereich. Infolge des Verhandlungsabschlusses zu einem neuen Abkommen hat der dafür zuständige Nahrungsmittelhilfe-Ausschuss entschieden, das seit 1999 unveränderte Übereinkommen am 30. Juni 2012 auslaufen zu lassen und nicht mehr zu verlängern.

Die Verhandlungen zu einem neuen Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen waren im Dezember 2009 eröffnet worden. Einige Mitglieder hatten ihre Politik im humanitären Bereich im Lauf der Jahre weiterentwickelt und sahen eine Diskrepanz zum Übereinkommen von 1999.

Auch im neuen Übereinkommen ist die Verpflichtung der Vertragsparteien zu jährlich definierten Mengen an Nahrungsmittelhilfe das zentrale Element. Neu können diese nicht mehr nur mengenmässig, sondern auch monetär definiert werden. Im alten Übereinkommen lag der Fokus auf getreidebasierter Nahrungsmittelhilfe, die direkt von den Geberländern an die Empfängerländer geliefert werden. Das neue Übereinkommen reflektiert eine bedürfnisorientierte Sichtweise und es können neben Nahrungsmittellieferungen weitere Aktivitäten der Nahrungsmittelhilfe zur Erfüllung der Verpflichtungen angerechnet werden. Dazu gehören beispielsweise die Unterstützung der Bevölkerung mit Nährstoffen, monetäre Transfers oder sogenannte Voucher-Programme. Diese Erweiterung wird bereits im englischen Titel des neuen Übereinkommens deutlich, welcher nicht mehr «Food Aid Convention» sondern «Food Assistance Convention» lautet.

Im neuen Übereinkommen bekennen sich die Vertragsparteien neu zu Grundsätzen, welche bei Nahrungsmittelhilfe-Programmen respektiert werden sollen. Zudem wird das Berichtsverfahren gestärkt, indem von den Vertragsparteien neben einer quantitativen auch eine qualitative Berichterstattung gefordert wird und jährlich ein zusammenfassender, öffentlich verfügbarer Bericht über die Nahrungsmittelhilfe-Aktivitäten aller Vertragsparteien erstellt wird. Das neue Übereinkommen soll am 1. Januar 2013 in Kraft treten.



3.2 Internationale Vergleiche

3.2.1 Produzenten- und Konsumentenpreise – Vergleich mit den Nachbarländern

In diesem Abschnitt wird ein Vergleich der Produzenten- und Konsumentenpreise zwischen der Schweiz und den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Österreich vorgenommen. Einerseits werden absolute Produzenten- und Konsumentenpreise für eine Auswahl von Produkten für das Berichtsjahr, andererseits die Entwicklung von 2000/02 bis 2011 auf Basis von Indizes dargestellt.



■ Produzentenpreise in der Schweiz höher als in den Nachbarländern

Nachfolgend werden für die drei Nachbarländer Deutschland, Frankreich und Österreich sowie für die Schweiz Produzentenpreise für eine Auswahl von Produkten dargestellt. Die Schwierigkeit besteht darin, wirklich vergleichbare Produkte zu finden. Bei Früchten und Gemüse kommt erschwerend dazu, Preise auf derselben Stufe zu erfassen. Dort wo kein vergleichbares Produkt gefunden werden konnte, fehlt deshalb eine Angabe.

Bei den Preisen in den drei Nachbarländern ist ersichtlich, dass sie bei Milch, Fleisch und Ackerbauprodukten relativ homogen sind, bei Früchten und Gemüsen hingegen teilweise beträchtliche Differenzen zwischen den drei Ländern bestehen. Die Schweizer Zölle bewirken, dass die Produzentenpreise in der Schweiz über dem Niveau in der EU liegen. Bei der Milch bewegen sich die Preise der Nachbarländer bei zwei Drittel der Schweizer Preise. Die Produzentenpreise für das Fleisch sind in der Schweiz fast doppelt so hoch, bei Getreide und Ölsaaten erreichen diejenigen der Nachbarländer rund 50–60 % des Niveaus der Schweiz. Auch die Preise für Früchte und Gemüse sind in der Schweiz höher. Je nach Land sind die Differenzen recht unterschiedlich. Zum Teil ist der Preis doppelt so hoch, zum Teil sind sie auch fast auf demselben Niveau.

Produzentenpreise in der Schweiz und den Nachbarländern 2011

Produkte		Ø 2011			
		D	F	A	CH
Milch	Rp./kg	42.99	39.26	42.00	61.11
Fleisch					
Muni T3	Fr./kg SG	4.36	4.03	4.39	8.29
Kälber T3	Fr./kg SG	6.08	7.49	7.49	13.58
Schweine	Fr./kg SG	1.86	1.81	1.90	3.60
Getreide und Ölsaaten					
Weizen Kl. 1	Fr./100 kg	23.4	23.3	21.8	49.05
Gerste	Fr./100 kg	21.2	22.8	18.7	34.39
Körnermais	Fr./100 kg	25.1	26.0	25.4	36.75
Raps	Fr./100 kg	51.0	n.v.	47.6	89.85
Hackfrüchte					
Lagerkartoffeln	Fr./100 kg	17.15	n. v.	13.31	43.78
Zuckerrüben	Fr./100 kg	n. v.	n. v.	3.24	7.48
Früchte					
Tafeläpfel Golden Delicious Kl I	Fr./ kg	0.66	1.14	0.56	1.43
Tafelbirnen Conférence Kl I	Fr./ kg	0.64	1.18	0.93	1.13
Gemüse					
Karotten	Fr./kg	0.31	0.58	0.39	0.68
Kopfsalat	Fr./Stück	0.27	0.46	0.24	0.74
Salatgurken	Fr./Stück	0.38	0.53	0.30	0.61
Zwiebeln	Fr./kg	0.40	0.36	0.23	0.82

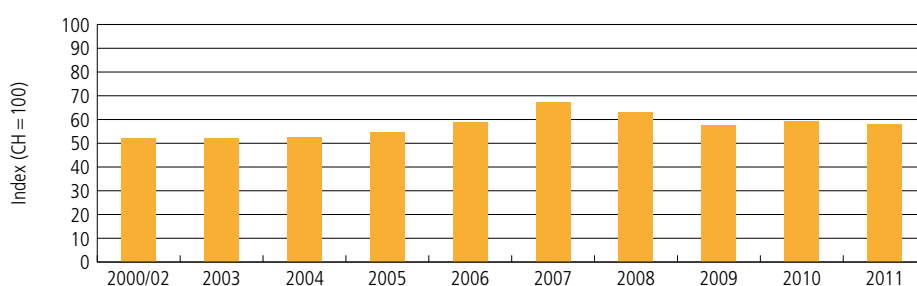
Anmerkung: Es ist schwierig, für alle vier Länder absolut vergleichbare Produkte auszuwählen. Bei den berücksichtigten Produkten handelt es sich daher um Erzeugnisse, die sich am besten für einen solchen Preisvergleich eignen und für welche vergleichbare und zugängliche Daten vorliegen.

Milchgehalt: D (4 % Fett, 3,4 % Eiweiss), F (3,8 % Fett, 3,2 % Eiweiss), A (3,7 % Fett, 3,4 % Eiweiss), CH (4 % Fett, 3,3 % Eiweiss);
Tafeläpfel Kl I: A (Allgemein); Tafelbirnen Kl. I: A (allgemein); Zwiebeln: CH (gelb), D, F, A (allgemein)

Quellen: FranceAgriMer, Agreste Frankreich; Agrarmarkt Austria (AMA), Bundesanstalt Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft Österreich; Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) Deutschland; BLW Marktbeobachtung

Für die Entwicklung des Preisabstandes bei den Produzentenpreisen zwischen 2000/02 und 2011 konnte nur ein Vergleich mit Österreich gemacht werden, da für die anderen Länder keine lückenlosen Datenreihen zurück bis ins Jahr 2000 bestehen. Da die Produzentenpreise der Nachbarländer insgesamt aber ziemlich homogen sind, dürften bei einem Einbezug von Deutschland und Frankreich die Ergebnisse kaum anders aussehen. Aus der Graphik ist ersichtlich, dass der Preisabstand bis 2007 kontinuierlich geringer geworden ist. Betrug der Abstand 2000/02 noch 48 %, waren es 2007 nur noch 33 %. Hauptgrund für diese Entwicklung war der Anstieg der Weltmarktpreise für wichtige Agrarprodukte, insbesondere 2007. Gleichzeitig schwächte sich der Schweizer Franken gegenüber dem Euro etwas ab. Zwischen 2007 und 2011 ist der Abstand wieder grösser geworden. 2011 betrug er 42 %. Zum grossen Teil ist dies auf den stärker werden den Schweizer Franken zurückzuführen. Lag der Kurs Euro zu Schweizer Franken 2007 noch bei 1.64, sank er 2011 auf 1.23 oder um 25 %.

Entwicklung der Produzentenpreise in Österreich im Vergleich zur Schweiz



Quellen: Statistik Austria, BLW



■ Konsumentenpreise ebenfalls höher als in den Nachbarländern

Wie bei den Produzentenpreisen werden nachfolgend für die drei Nachbarländer Deutschland, Frankreich und Österreich sowie für die Schweiz Konsumentenpreise für eine Auswahl von Produkten dargestellt. Wirklich vergleichbare Produkte zu finden gestaltet sich auf der Ebene des Konsums noch schwieriger als auf Stufe Produktion. Deshalb sind die Angaben auch bei den Konsumentenpreisen nicht lückenlos.

Bei den Konsumentenpreisen zeigt sich eine grössere Heterogenität unter den EU-Ländern als bei den Produzentenpreisen. Deutlich am billigsten kann der Konsument in Deutschland einkaufen. In Österreich und Frankreich sind die meisten Produkte um einiges teurer. Dies gilt vor allem für Milchprodukte und Fleisch. Im Vergleich zur Schweiz sticht der grosse Abstand beim Fleisch mit Deutschland hervor. So bezahlen deutsche Konsumenten weniger als die Hälfte für das Fleisch. Zu Österreich ist der Abstand hingegen bedeutend geringer. Auch bei Früchten und Gemüse sind die Preise in der Schweiz am höchsten. Die Differenz zu den Nachbarländern ist allerdings weniger gross als beim Fleisch.

Konsumentenpreise in der Schweiz und den Nachbarländern 2011

Produkte	Ø 2011				
	D	F	A	CH	
Milch und Milchprodukte					
Vollmilch Past	Fr./l	0.80	0.92	1.11	1.43
Butter	Fr./kg	5.48	8.23	7.03	14.80
Joghurt nature	Fr./kg	1.22	1.67	2.23	2.47
Mozzarella	Fr./kg	5.84	n.v	7.33	11.30
Emmentaler	Fr./kg	10.87	10.48	9.32	16.48
Fleisch und Eier					
Rindsentrecôte	Fr./kg	n.v	26.98	20.35	64.60
Rindssiedfleisch, Federstück	Fr./kg	7.81	n.v.	n.v.	19.95
Kalbspätzli (Stotzen)	Fr./kg	n.v	28.00	28.27	65.59
Schweinsplätzli (Stotzen)	Fr./kg	8.10	n.v	7.91	26.07
Schweinskoteletten	Fr./kg	6.25	n.v	8.03	18.57
Poulet frisch	Fr./kg	4.70	n.v	6.03	9.53
Eier Bodenhaltung 10 Stück	Fr./Ei	0.17	n.v	0.20	0.42
Hackfrüchte					
Kartoffeln (fest- und mehlig kochend, einschließlich Frühkartoffeln)	Fr./kg	0.67	n.v	0.83	2.57
Früchte					
Tafeläpfel Golden Delicious KI I	Fr./kg	2.12	2.21	1.38	3.16
Tafelbirnen Conférence KI I	Fr./kg	2.27	2.70	2.04	3.59
Gemüse					
Karotten	Fr./kg	1.04	1.30	1.00	2.04
Kopfsalat	Fr./Stück	0.83	1.06	0.69	1.71
Salatgurken	Fr./Stück	0.58	1.00	0.60	1.31
Zwiebeln	Fr./kg	0.93	1.63	1.31	2.12

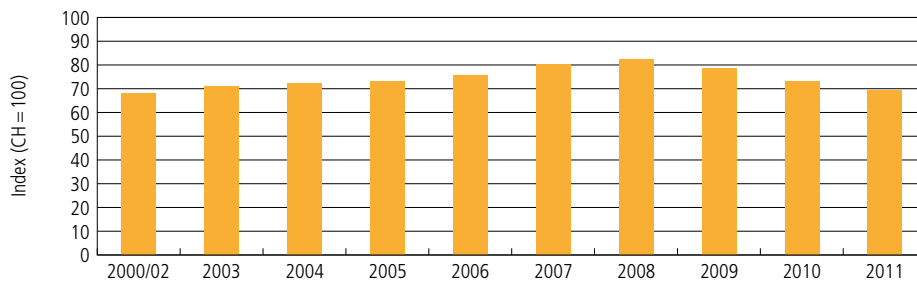
Anmerkung: Es ist schwierig, für alle vier Länder absolut vergleichbare Produkte auszuwählen. Bei den berücksichtigten Produkten handelt es sich daher um Erzeugnisse, die sich am besten für einen solchen Preisvergleich eignen und für welche vergleichbare und zugängliche Daten vorliegen.

Vollmilch Past: F (Lait UHT demi-écrémé); Tafeläpfel KI I: A (Allgemein); Tafelbirnen: A (allgemein); Zwiebeln: CH (gelb), D, F, A (allgemein)

Quellen: FranceAgriMer, Agreste Frankreich; GfK Austria, Bundesanstalt Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft Österreich; Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) Deutschland; BLW Marktbeobachtung

Die Entwicklung des Preisabstandes zeigt auf der Konsumseite praktisch dasselbe Bild wie auf der Produktionsseite. Zwischen 2002/02 und 2008 wurde der Abstand geringer, danach erhöhte er sich wieder. 2000/02 betrug die Differenz 32 %, 2008 nur noch 18 % und 2011 wieder 30 %. Hauptgründe für die Annäherung bis 2008 waren einerseits der schwächer werdende Franken und andererseits der gegenüber der Schweiz stärkere Anstieg der Nahrungsmittelpreise in den Nachbarländern. Die Vergrößerung des Abstandes zwischen 2008 und 2011 ist wie bei den Produzentenpreisen auf die Erstarkung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro zurückzuführen. Zusätzlich sind 2011 die Nahrungsmittelpreise in der Schweiz nominal zurückgegangen, in den Nachbarländern hingegen weiter angestiegen.

Entwicklung der Konsumentenpreise in den Nachbarländern im Vergleich zur Schweiz



Quelle: Eurostat

Mitarbeit am Agrarbericht 2012

Projektleitung, Sekretariat

Werner Harder, Alessandro Rossi, Monique Bühlmann

Autoren

■ Bedeutung und Lage der Landwirtschaft

Landwirtschaft als Teil der Volkswirtschaft

Alessandro Rossi, Esther Grossenbacher

Märkte

Manuel Boss, Arnaud De Loriol, Dominique Dietiker, Simon Hasler, Hanspeter Lüthi, Monika Meister, Théodore Muller, Vonimanitra Raharimanga, Frédéric Rothen, Beat Ryser, Peter Schwegler, Hans-Ulrich Tagmann

Wirtschaftliche Lage

Vinzenz Jung, Werner Harder

Soziales und Gesellschaft

Esther Grossenbacher, Christian Oeschger, Ruth Rossier

Ökologie und Ethologie

Brigitte Decrausaz, Ruth Badertscher, Anton Candinas, Esther Grossenbacher, Samuel Vogel, Christine Zundel

■ Agrarpolitische Massnahmen

Produktion und Absatz

Jean-Marc Chappuis, Niklaus Bernhard

Übergreifende Instrumente

Patrik Aebi, Priska Dittrich, Emanuel Golder, Kilian Greter, Samuel Heger, Karin Hulliger, Tim Kränzlein, Alessandra Silauri, Barbara Steiner

Milchwirtschaft

Simon Hasler, Monika Meister, Théodore Muller

Viehwirtschaft

Simon Hasler, Hanspeter Lüthi, Catherine Marguerat, Théodore Muller, Colette Schmid, Yves Schleppi, Marcel Zingg

Pflanzenbau

Dominique Dietiker, Frédéric Rothen, Peter Schwegler

Direktzahlungen

Thomas Maier, Corinne Juge, Victor Kessler, Denis Morand, Laurent Nyffenegger, Jonas Plattner, Markus Richner Kalt, Hugo Roggo, Olivier Roux, Daniela Franzelli, Maya Santschi, Patricia Steinmann, Beat Tschumi, Peter Zbinden

Grundlagenverbesserung

Strukturverbesserungen und soziale Begleitmassnahmen

René Weber, Johnny Fleury, Gustav Munz, Samuel Reusser, Wilhelm Riedo, Sten Smola

Landwirtschaftliches Wissen – forschen, beraten, bilden

Anton Stöckli, Urs Gantner, Markus Lötscher, Jakob Rösch

Produktionsmittel

Doris Bühler, Gabriele Schachermayr, Louis Tamborini

Spezialthemen

Finanzinspektorat

Rolf Enggist

Vernetzung der Agrar-Datenbanken

Wiebke Egli-Schaft, Stefan Schönenberger, Manfred Tschumi

Bundeseinheit für die Lebensmittelkette

Thomas Lüthi

■ Internationale Aspekte

Internationale Entwicklungen

Krisztina Bende, Kilian Greter, Michael Hartmann, Tim Kränzlein, Corinne Müller, Isabelle Pasche, Hubert Poffet, François Pythoud, Alessandra Silauri, Deborah Stotz, Christine Zundel

Internationale Vergleiche

Alessandro Rossi, Werner Harder

Übersetzungsdienste

Deutsch: Cornelia Heimgartner, Patrizia Werlen

Französisch: Elisabeth Tschanz, Odile Derossi, Isabelle Gris, Anne Hegmann, Laure Klemm, Madeleine Kobel

Italienisch: Patrizia Singaram, Francesca De Giovanni, Giusy Morinelli, Simona Stückrad

Internet

Karin Bovigny, Monique Bühlmann, Anne Rizzoli

Technische Unterstützung

Hanspeter Leu, Peter Müller

Stichwortverzeichnis

A

Absatzförderung 117, 118, 119, **121**, 122
 Ackerkulturen **32**, 107, 125, 145, 169, 229
 Ackerschonstreifen 166, **169**, 171
 Agrarabkommen Schweiz-EU **223**
 Agrarpolitisches Informationssystem **154**, 215
 Anbaubeiträge 19, 42, 144
 Arbeitsverdienst **46**, 48, 49
 Ausfuhrbeiträge 130, 131, 224
 Ausgleich, ökologischer **166**, 180
 Ausgleichsflächen, ökologische
 **94**, 166, 171, 172
 Aussenhandel **9**, **15**, 16, 24, 28, 244

B

Beratung 55, 200, 202, 203, **204**
 Berufsbildung 14, **205**, 206
 Beschäftigte **11**, 13
 Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme,
 BTS 113, 153, 155, **177**
 Betriebshilfe 43, 187, **191**, 194, 198, 199
 Bildung 19, 200
 Biodiversität 86, 172, 184, 234
 Biologischer Landbau 165, **176**
 Bodennutzung 180
 Branchenorganisationen **120**
 Bruttomarge 31, 39
 Bruttowertschöpfung **15**, 41, 43
 Bundesausgaben **19**
 Buntbrachen 166, **168**, 144

C

Cashflow 50
 Cashflow-Investitionsverhältnis 50

D

Direktzahlungen, allgemeine 151, 153, **160**
 Direktzahlungen, ökologische
 151, 152, 153, **165**

E

Eiermarkt 27, 138, 141
 Eigenkapitalbildung 49, **50**, 52, 53
 Ein- und Ausfuhrregelungen **127**
 Einkommen, ausserlandwirtschaftliches 46, 52
 Einkommen, landwirtschaftliches **46**, 81
 Extensive Produktion von Getreide und Raps
 152, 153, 155, **175**

F

Familienarbeitskraft 48
 Finanzielle Stabilität **49**
 Finanzinspektorat **212**
 Flächenbeiträge 125, 152, 153, 155, **160**
 Forschung 19, 200, **202**
 Freihandelsabkommen mit der EU **220**, 221
 Fremdkapitalquote 49, **50**
 Fremdkosten 46

G

Geflügel 27, 29, 30, 43, 113, 114
 Gentechnisch veränderte Organismen **211**
 Geografische Ursprungsbezeichnung, GUB
 **122**, 123, 124
 Gesamteinkommen
 46, 47, 48, 49, 50, **52**, 53, 67
 Gesamtrechnung, landwirtschaftliche 40, 41
 Geschützte geografische Angabe, GGA
 **122**, 123, 124

H

Hangbeiträge 152, 153, 155, **163**, 164
 Haupterwerbsbetriebe 11, 13
 Hecken, Feld- und Ufergehölze
 166, **168**, 172, 173
 Hochstamm-Feldobstbäume 166, **170**, 172

I

Importpreisindex für Nahrungsmittel 18
 Index der Preise der landwirtschaftlichen Produk-
 tionsmittel 18
 Inlandbeihilfen 139
 Innovative Kulturen 144, **145**
 Investitionskredite 20, 43, 187, **190**, 194, 196

K

Kartoffeln 21, 33, **36**, 121
 Kennzeichnung **122**
 Konsumentenpreise 18, 25, **237**, 240, 241
 Kraftfutterverbrauch 95

L

Landesindex der Konsumentenpreise 18

M

Märkte, öffentliche 138, 140
 Marktentlastung 118, 136
 Milchmarkt 21, 125, 132
 Milchverwertung 23, 132, 133
 Mineraldüngerverbrauch 95

N

Nahrungsmittelabfälle 86, 88, **89**, 90, 91, 92
 Nebenerwerbsbetriebe 11, 13
 Nettounternehmenseinkommen 40, 41, 44

O

Obstverwertung 19, 145
 Ökobeiträge 152, 153, **165**
 Öko-Qualitätsverordnung 153, **172**, 173, 184

P

Pachten 41, 44
 Pflanzenschutzmittelverkäufe 95
 Pflanzliche Produktion 21, 42
 Privatverbrauch 50, **52**, 53
 Produktionswert 21, 42, 43
 Produzentenorganisationen **120**
 Produzentenpreisindex Landwirtschaft 18
 Protokoll Nr. 2 **224**

Q

Qualitätseinstufung, neutral **139**
 Qualitätsstrategie 119, 126

R

Rassen, gefährdete 143
 Regelmässiger Auslauf von Nutztieren im Freien,
 RAUS 113, 114
 Rotationsbrachen 166, **168**, 171

S

Schafwollverwertung 141
 Schlachtvieh 19, 31, 138, 139
 Schoggigesetz 130, 131, 224
 Schuldzinsen 44
 Selbsthilfemassnahmen 120, 136
 Selbstversorgungsgrad, brutto 17
 Selbstversorgungsgrad, netto 17
 Spezialkulturen **37**, 47, 62, 104, 108
 Streueflächen 163, 166, **167**, 171, 172, 173
 Strukturverbesserungen 187, **188**, 192

T

Tierbestand 111, 155, 161
 Tierhaltungsprogramme 113
 Tierische Produktion 43
 Tierverkehr 142
 Tierverkehr-Datenbank 138, 142, 161, 214, 215
 Tierzucht **142**, 143, 187

U

Umweltschonende Bewirtschaftung 152

V

Verarbeitungsbeiträge 144
 Verarbeitungsprodukte 131, 224
 Vergleichslohn 49
 Versteigerungen 127, 128
 Verwertungsmassnahmen 141
 Viehwirtschaft 118, **137**, 138
 Vorleistungen 40, 41, 42, 43

W

Wiesen, extensiv genutzt **166**, 167, 171, 172
 Wiesen, wenig intensiv genutzt
 166, **167**, 171, 172

Z

Zollkontingent 34, 38, 127
 Zolltarifarisches Massnahmen 127



Anhang

■ Tabellen	A2
Strukturen	A2
Märkte	A3
Wirtschaftliche Ergebnisse	A14
Landwirtschaftliche Gesamtrechnung	A14
Betriebsergebnisse	A16
Ausgaben des Bundes	A27
Ausgaben für Produktion und Absatz	A27
Ausgaben Absatzförderung	A27
Ausgaben Milchwirtschaft	A28
Ausgaben Viehwirtschaft	A28
Ausgaben Tierzucht	A29
Ausgaben Pflanzenbau	A30
Ausgaben für Direktzahlungen	A31
Ausgaben für Grundlagenverbesserung	A50
Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung	A56
■ Postulat Graf Maya	A57
■ Rechtserlasse, Begriffe und Methoden	A59
■ Abkürzungen	A60
■ Literatur	A62

Tabellen

Strukturen

Tabelle 1

Entwicklung von Landwirtschaftsbetrieben, Landwirtschaftlicher Nutzfläche und Grossvieheinheiten

Grössenklassen in ha landwirtschaftlicher Nutzfläche	Betriebe			Landwirtschaftliche Nutzfläche			Grossvieheinheiten		
	2000 Anzahl	2010 Anzahl	2011 Anzahl	2000 ha	2010 ha	2011 ha	2000 Anzahl	2010 Anzahl	2011 Anzahl
0-1	3 609	2 999	2 462	1 336	895	886	61 016	64 784	57 637
1-3	4 762	3 660	3 661	8 861	6 756	6 729	14 753	11 598	11 457
3-5	5 393	3 375	3 224	21 348	13 514	12 918	27 714	18 096	17 421
5-10	13 149	9 280	8 935	99 056	70 209	67 500	127 361	89 289	85 658
10-15	13 812	10 263	9 914	171 817	128 251	123 908	230 628	172 489	165 138
15-20	11 172	9 042	8 814	193 856	157 345	153 553	247 517	209 628	204 659
20-25	7 244	6 761	6 641	161 311	150 911	148 319	191 057	195 613	192 206
25-30	4 430	4 671	4 679	121 005	127 924	128 182	130 901	154 457	154 904
30-40	4 168	4 951	5 047	142 266	169 252	172 641	142 628	189 651	194 947
40-50	1 591	2 099	2 161	70 501	93 217	95 936	61 914	94 476	99 237
50-70	921	1 422	1 482	52 672	82 127	85 462	42 707	80 835	84 346
70-100	209	423	473	17 021	34 239	38 007	13 290	30 605	33 947
>100	77	119	124	11 444	17 107	17 826	8 025	14 144	15 091
Total	70 537	59 065	57 617	1 072 492	1 051 747	1 051 866	1 299 512	1 325 666	1 316 648

Quelle: BFS

Tabelle 2

Entwicklung der Anzahl Beschäftigte in der Landwirtschaft

Kategorie		Vollzeitbeschäftigte			Teilzeitbeschäftigte			Total		
		2000	2010	2011	2000	2010	2011	2000	2010	2011
Betriebsleiter	Männer	49 339	37 638	36 865	25 385	18 600	18 038	74 724	56 238	54 903
	Frauen	524	1 009	963	1 822	1 818	1 751	2 346	2 827	2 714
Andere Familieneigene	Männer	8 749	9 229	9 001	18 212	19 351	19 045	26 961	28 580	28 046
	Frauen	14 281	8 411	8 277	47 665	40 153	39 626	61 946	48 564	47 903
Familieneigene	total	72 893	56 287	55 106	93 084	79 922	78 460	165 977	136 209	133 566
Familienfremde Schweizer/innen	Männer	10 836	7 917	7 661	5 125	3 820	3 740	15 961	11 737	11 401
	Frauen	2 592	1 906	1 767	4 194	3 622	3 540	6 786	5 528	5 307
Ausländer/innen	Männer	8 061	6 469	6 396	3 454	3 174	3 162	11 515	9 643	9 558
	Frauen	1 613	1 760	1 785	1 941	2 585	2 450	3 554	4 345	4 235
Familienfremde	total	23 102	18 052	17 609	14 714	13 201	12 892	37 816	31 253	30 501
Beschäftigte	total	95 995	74 339	72 715	107 798	93 123	91 352	203 793	167 462	164 067

Quelle: BFS

Märkte

Tabelle 3

Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Nutzungsarten

Produkt	2000/02	2009	2010	2011 ¹	2000/02– 2009/11 %
	ha	ha	ha	ha	
Getreide	178 576	152 842	151 513	129 719	-19.0
Brotgetreide	96 527	86 692	86 341	82 707	-11.7
Weizen	91 045	80 798	79 853	76 446	-13.2
Dinkel	1 878	3 288	4 136	4 164	105.6
Emmer, Einkorn	46	84	82	141	122.6
Roggen	3 518	2 495	2 248	1 928	-36.8
Mischel von Brotgetreide	39	27	22	28	-34.3
Futtergetreide	82 049	66 150	65 171	62 565	-21.2
Weizen	-	7 132	7 057	7 089	
Gerste	42 916	30 891	28 949	28 336	-31.5
Hafer	4 342	1 917	1 789	1 682	-58.6
Mischel von Futtergetreide	311	189	170	170	-43.3
Körnermais	22 280	16 713	16 898	15 553	-24.6
Triticale	12 201	9 279	10 274	9 708	-20.1
Hirse	-	30	34	27	
Hülsenfrüchte	3 514	4 035	3 816	3 859	11.1
Futtererbsen (Eiweisserbsen)	3 165	3 715	3 483	3 496	12.6
Ackerbohnen	294	259	274	319	-3.6
Lupinen	55	62	59	44	0.1
Hackfrüchte	34 229	32 411	29 640	31 485	-8.9
Kartoffeln (inkl. Saatgut)	13 799	11 215	10 874	11 250	-19.5
Zuckerrüben	17 886	20 191	17 842	19 378	7.0
Futterrüben (Runkeln, Halbzuckerrüben)	2 544	1 004	924	857	-63.5
Ölsaaten	18 535	25 020	25 393	25 698	36.9
Raps	13 126	20 259	20 731	21 252	58.1
Sonnenblumen	4 389	3 633	3 544	3 289	-20.5
Soja	989	1 108	1 087	1 123	11.9
Ölkürbisse	32	20	31	34	-10.3
Nachwachsende Rohstoffe	1 304	1 204	1 100	998	-15.6
Raps	1 137	1 175	1 075	957	-6.0
Sonnenblumen	35	21	19	33	-30.4
Andere (Kenaf, Hanf, usw.)	132	8	7	8	-94.3
Freilandgemüse	8 489	9 548	9 460	1 008	-21.4
Silo- und Grünmais	40 652	46 126	46 759	47 643	15.2
Grün- und Buntbrache	3 392	2 414	2 385	2 574	-27.5
Übrige offene Ackerfläche	1 770	1 801	1 902	26 512	468.9
Offenes Ackerland	290 462	275 401	271 968	269 496	-6.3
Kunstwiesen	117 671	129 460	131 401	133 203	11.6
Übrige Ackerfläche	2 427	1 176	1 153	1 116	-52.7
Ackerland Total	410 560	406 037	404 522	403 815	-1.4
Obstbaumkulturen	6 756	6 578	6 607	6 527	-2.7
Reben	15 048	14 820	14 942	14 920	-1.0
Chinaschilf	257	229	224	212	-13.7
Naturwiesen, Weiden	627 938	614 553	611 884	610 732	-2.5
Andere Nutzung sowie Streu- und Torfland	10 572	13 467	13 568	13 794	28.7
Landwirtschaftliche Nutzfläche	1 071 131	1 055 684	1 051 747	1 050 000	-1.7

¹ provisorisch

Quellen: Reben und Obstbaumkulturen: BLW; andere Produkte: SBV, BFS

Tabelle 4

Nutztierhalter und Nutztierbestände

	2000/02	2009	2010	2011	2000/02– 2009/11 %
	Stk.	Stk.	Stk.	Stk.	
Nutztierhalter					
Viehhalter	58 602	50 714	50 018	48 706	-15.0
Rindviehhalter	49 598	41 903	41 095	40 309	-17.1
Pferdehalter	10 564	9 683	9 621	9 018	-10.6
Schweinehalter	14 656	9 126	8 848	8 324	-40.2
Schafhalter	12 158	10 035	9 779	9 428	-19.8
Ziegenhalter	6 977	7 190	6 976	6 612	-0.7
Nutzhühnerhalter	19 943	13 784	13 500	12 753	-33.1
Bestände					
Rindvieh	1 597 684	1 597 484	1 591 233	1 577 407	-0.6
davon Kühe	716 784	707 742	700 315	699 947	-2.0
Pferde	50 566	60 156	62 113	57 246	18.3
Schweine	1 534 217	1 557 204	1 588 998	1 578 687	2.7
Schafe	423 413	431 889	434 083	424 018	1.6
Ziegen	63 828	85 131	86 987	86 215	34.9
Nutzhühner	6 934 609	8 741 117	8 943 676	9 390 871	30.1
davon Lege- und Zuchthennen	2 124 632	2 318 296	2 438 051	2 437 016	12.9

Quelle: BFS, Daten für Rindvieh ab 2009 aus der Tierverkehrsdatenbank

Tabelle 5

Produktion

Produkt	Einheit	2000/02	2009	2010	2011	2000/02– 2009/11 %
Milch und Milchprodukte						
Konsummilch	t	505 764	491 546	493 181	486 683	-3.0
Rahm	t	68 213	68 173	68 022	69 750	0.6
Butter	t	40 247	47 895	48 511	48 989	20.4
Milchpulver	t	47 152	60 467	57 213	56 341	23.0
Käse	t	166 668	178 276	181 329	181 674	8.3
Fleisch und Eier						
Rindfleisch	t SG	110 111	109 360	111 216	111 687	0.6
Kalbfleisch	t SG	34 202	32 238	31 673	32 263	-6.3
Schweinefleisch	t SG	231 645	237 884	249 470	249 002	6.0
Schafffleisch	t SG	5 787	5 365	5 477	5 355	-6.7
Ziegenfleisch	t SG	534	493	498	521	-5.6
Pferdefleisch	t SG	1 164	802	748	775	-33.4
Geflügel	t Verkaufsgewicht	29 435	41 726	44 050	46 567	49.9
Schaleneier	Mio. St.	689	718	752	758	7.8
Getreide						
		1 112 267	1 005 806	923 602 ¹	970 061 ¹	-13.1
Brotweizen	t	521 667	467 800	448 800 ¹	463 830 ¹	-11.8
Futterweizen	t	-	69 206	58 694 ¹	70 083 ¹	
Roggen	t	20 833	15 900	13 708 ¹	12 734 ¹	-32.3
Gerste	t	255 500	198 100	174 100 ¹	183 363 ¹	-27.5
Hafer	t	22 533	10 500	8 900 ¹	8 717 ¹	-58.4
Körnermais	t	206 333	174 000	143 500 ¹	151 290 ¹	-24.3
Triticale	t	75 067	56 300	58 300 ¹	62 044 ¹	-21.6
Andere	t	10 333	14 000	17 600 ¹	18 000 ¹	60.0
Hackfrüchte						
Kartoffeln	t	539 933	522 000	421 000	515 000	-10.0
Zuckerrüben	t	1 288 852	1 719 707	1 302 055	1 828 184	25.4
Ölsaaten						
		59 956	82 153	81 983	83 800 ¹	37.8
Raps	t	43 684	67 000	67 900	70 300 ¹	56.6
Sonnenblumen	t	12 972	11 800	10 600	9 900 ¹	-17.0
Andere	t	3 300	3 353	3 483	3 600 ¹	5.4
Obst (Tafel)						
Äpfel	t	99 540 ²	119 910	100 300	86 943	34.5 ³
Birnen	t	15 523 ²	22 330	13 200	19 515	39.5 ³
Aprikosen	t	1 485 ²	6 730	5 705	6 875	429.5 ³
Kirschen	t	1 810 ²	2 225	1 960	3 118	58.6 ³
Zwetschgen	t	2 418 ²	3 446	2 716	3 730	68.2 ³
Erdbeeren	t	5 064	5 199	5 663	6 419	13.8
Gemüse (frisch)						
Karotten	t	56 474	74 263	62 638	63 381	18.2
Zwiebeln	t	26 126	37 895	32 716	37 409	37.8
Knollensellerie	t	10 359	11 203	9 796	10 270	0.6
Tomaten	t	30 398	40 945	42 979	45 071	41.4
Kopfsalat	t	16 514	13 475	13 268	14 001	-17.8
Blumenkohl	t	6 474	6 793	7 180	7 612	11.1
Gurken	t	8 823	11 057	10 968	11 866	28.0
Wein						
Rotwein	hl	574 245	586 775	533 792	583 297	-1.1
Weisswein	hl	613 076	526 767	497 146	536 760	-15.1

1 provisorisch

2 Durchschnitt der Jahre 2000/03

3 Veränderung 2000/03–2008/11

Quellen:

Milch und Milchprodukte: TSM

Fleisch: Proviande

Eier: Aviforum

Getreide, Hackfrüchte, Ölsaaten: SBV

Obst: Schweizerischer Obstverband, Interprofession des fruits et légumes du Valais

Gemüse: Schweizerische Zentralstelle für Gemüsebau und Spezialkulturen

Wein: BLW, Kantone

Tabelle 6

Produktion Milchprodukte

Produkt	2000/02	2009	2010	2011	2000/02 – 2009/11 %
	t	t	t	t	
Total Käse	166 668	178 276	181 329	182 750	8.5
Frischkäse	35 832	43 644	44 920	46 970	26.1
Mozzarella	12 208	17 176	18 820	20 557	54.4
Übrige Frischkäse	23 624	26 468	26 100	26 413	11.4
Weichkäse	6 848	7 378	7 874	7 874	12.6
Tomme	1 229	2 043	2 030	1 934	62.9
Weisschimmelmilchkäse, halb- bis vollfett	2 122	751	1 358	1 184	-48.3
Übrige Weichkäse	3 497	4 584	4 486	4 756	31.8
Halbhartkäse	47 176	56 561	57 664	58 956	22.4
Appenzeller	8 505	8 853	9 113	9 096	6.1
Tilsiter	6 135	3 873	3 812	3 602	-38.7
Raclettekäse	11 871	11 211	11 744	10 787	-5.3
Übrige Halbhartkäse	20 665	32 624	32 995	35 471	63.1
Hartkäse	76 215	69 572	69 765	67 828	-9.4
Emmentaler	42 171	25 723	27 059	25 257	-38.3
Gruyère	26 072	28 420	28 166	28 690	9.0
Sbrinz	2 940	1 863	1 857	1 939	-35.8
Übrige Hartkäse	5 032	13 566	12 683	11 942	153.0
Spezialprodukte ¹	663	1 121	1 106	1 122	68.4
Total Frischmilchprodukte	704 033	760 427	754 884	744 846	7.0
Konsummilch	505 764	491 546	493 181	486 683	-3.0
Übrige	198 270	268 881	261 703	258 163	32.6
Total Butter	40 247	47 895	48 511	48 989	20.4
Total Rahm	68 213	68 173	68 022	69 750	0.6
Total Milchpulver	47 152	60 467	57 213	56 341	23.0

1 reiner Schafkäse und reiner Ziegenkäse

Quelle: TSM

Tabelle 7

Milchverwertung nach Inhaltsstoffen (Milchäquivalent; MAQ)

Produkt	2000/02	2009	2010	2011	2000/02 – 2009/11 %
Käse	1 375 908	1 429 872	1 453 442	1 443 145	4.8
Quark	19 366	16 808	15 999	16 223	-15.6
Konsummilch	459 605	425 410	422 867	415 910	-8.3
Konsumrahm	258 197	262 261	266 864	279 259	4.4
Jogurt	70 003	114 997	114 555	113 230	63.2
übrige Frischmilchprodukte (inkl. Speiseeis)	84 282	99 010	98 429	92 268	14.6
Dauermilchwaren	331 579	367 990	367 795	364 813	10.6
Butter	476 737	572 021	580 541	583 730	21.4
andere Verwertung	122 375	126 983	117 130	163 395	11.0

1 MAQ entspricht 1 kg Milch mit 7,3 % Fett- und Proteinanteil

Quelle: TSM

Tabelle 8

Verwertung der Ernte im Pflanzenbau

Produkt	2000/02	2009	2010	2011	2000/02 – 2009/11 %
	t	t	t	t	
Kartoffeln	-	521 000	421 000	515 000	-
Speisekartoffeln	169 433	187 600	183 000	181 900	10.7
Veredelungskartoffeln	127 500	148 100	154 000	159 400	16.2
Saatgut	28 300	24 400	24 000	24 000	-13.8
Frischverfütterung	143 067	161 000	60 000	149 700	12.5
Verarbeitung zu Futtermitteln	71 633	0	0	0	-100.0
Schweizer Mostäpfel und -birnen (Verarbeitung in gewerblichen Mostereien)	151 950 ¹	117 238	75 722	185 605	-18.8 ²
Mostobst-Menge für Rohsaft	151 746 ¹	117 226	75 710	185 605	-18.7 ²
Frisch ab Presse	9 376 ¹	8 146	7 756	8 129	-14.7 ²
Obstwein zur Herstellung von Obstbrand	418 ¹	4	26	0	-98.0 ²
Konzentratsaft	140 271 ¹	109 012	66 144	173 838	-19.5 ²
Andere Säfte (inkl. Essig)	1 682 ¹	64	1 784	3 638	43.5 ²
Obst eingemaischt	204 ¹	12	12	0	-93.5 ²
Spirituosenerzeugung					
aus Schweizer Äpfeln und Birnen	21 079 ¹	10 061	14 693	9 374	-43.9 ²
aus Schweizer Kirschen und Zwetschgen	12 137 ¹	7 392	10 641	9 656	-19.3 ²
Schweizer Frischgemüse zur Verarbeitung					
Tiefkühlgemüse	25 157	30 942	32 504	32 027	26.5
Konservengemüse (Bohnen, Erbsen, Pariserkarotten)	14 607	13 877	12 915	15 090	-4.4
Sauerkraut (Einschneidekabis)	6 410	3 716	5 561	5 125	-25.1
Sauerrüben (Rübe)	1 059	498	494	466	-54.1

1 Durchschnitt der Jahre 2000/03

2 Veränderung 2000/03–2008/11

Quellen:

Kartoffeln: swisspatat

Mostobst: BLW; Spirituosen: Eidgenössische Alkoholverwaltung

Verarbeitungsgemüse: Schweizerische Zentralstelle für Gemüsebau und Spezialkulturen

Tabelle 9

Aussenhandel

Produkt	2000/02		2009		2010		2011		2000/02 – 2009/11	
	t		t		t		t		%	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
Milch und Milchprodukte										
Milch	19	22 919	368	23 443	266	23 141	606	26 211	2 075.6	5.9
Jogurt	3 494	148	5 509	9 765	6 905	10 635	5 190	11 415	67.9	7 065.5
Rahm	918	246	5 354	1 401	2 794	1 986	3 773	1 838	332.7	607.0
Butter	447	4 960	4 201	55	4 145	220	5 512	252	932.6	-96.5
Milchpulver	11 688	1 076	28 733	3 192	23 443	1 234	15 787	567	93.8	54.7
Käse und Quark	52 295	31 087	57 014	44 101	58 379	46 892	60 059	48 872	11.8	50.0
Fleisch, Eier und Fische										
Rindfleisch	876	7 854	1 613	15 827	1 884	18 891	2 346	21 666	122.3	139.3
Kalbfleisch	0	1 115	0	331	0	746	5	572	0.0	-50.7
Schweinefleisch	249	9 753	575	13 993	620	12 765	1 053	11 432	200.8	30.5
Schafffleisch	0	6 940	3	5 646	5	5 750	4	5 939	0.0	-16.7
Ziegenfleisch	0	358	0	267	0	304	0	315	0.0	-17.5
Pferdefleisch	0	4 117	0	4 745	0	4 872	0	5 003	0.0	18.4
Geflügel	331	42 770	120	56 428	236	53 933	687	54 940	5.0	28.8
Schlachtnebenprodukte ³	1 552	6 934	20 809	18 360	21 467	15 025	22 011	14 905	1 280.7	132.1
Eier	0	24 839	27	33 562	12	34 336	90	32 147	0.0	34.3
Fische, Krebs- und Weichtiere	96	56 228	249	68 152	142	69 023	226	45 391	114.5	8.2
Getreide										
Weizen	74	284 629	173	377 001	197	336 015	709	462 000	591.8	30.7
Roggen	1	7 250	0	3 649	67	4 719	0	2 242	6 290.6	-43.1
Gerste	11	52 079	233	30 937	250	71 357	267	102 884	2 427.0	11.4
Hafer	5 540	50 469	1	43 781	23	56 391	0	53 932	-99.8	6.1
Körnermais	196	26 496	96	67 465	104	96 419	102	132 861	-29.3	255.5
Hackfrüchte										
Kartoffeln	3 313	30 709	1 498	27 941	499	23 573	514	25 411	-71.3	-8.0
Zucker	152 572	188 008	200 503	174 981	99 996	84 438	101 250	103 809	27.1	-10.7
Ölsaaten										
Ölsaaten	699	105 697	910	58 639	799	60 004	690	52 257	17.6	-41.2
Pflanzliche Öle und Fette	7 327	95 762	3 797	128 711	4 460	124 943	3 012	129 628	-44.1	33.1
Obst (frisch)										
Äpfel	1 342 ¹	8 595 ¹	730	9 477	689	7 503	2 850	7 275	7.5 ²	-2.8 ²
Birnen	119 ¹	8 786 ¹	158	13 744	135	9 037	141	11 616	41.9 ²	20.7 ²
Aprikosen	26 ¹	9 155 ¹	166	6 766	121	7 030	38	5 844	281.0 ²	-28.2 ²
Kirschen	7 ¹	1 104 ¹	10	1 202	13	1 645	15	2 136	81.5 ²	46.0 ²
Zwetschgen und Pflaumen	8 ¹	5 254 ¹	30	7 085	73	7 926	44	6 434	459.4 ²	33.8 ²
Erdbeeren	22	11 240	0	13 043	58	13 503	4	13 268	40.9	13.5
Trauben	10	38 448	286	34 286	181	35 109	157	35 425	2 987.1	-7.8
Zitrusfrüchte	41	124 102	120	129 082	255	130 556	138	129 719	549.6	3.4
Bananen	1	73 363	1	80 772	8	79 889	9	79 395	336.7	10.3
Gemüse (frisch)										
Karotten	26	6 739	1 216	2 458	64	5 626	15	3 508	1 539.2	-42.7
Zwiebeln	51	6 432	1	3 822	581	3 277	1	3 902	283.6	-43.0
Knollensellerie	0	287	0	147	0	130	2	485	-	-11.4
Tomaten	25	42 449	162	39 918	115	39 155	54	39 562	347.3	-6.8
Kopfsalat	3	2 537	6	2 945	4	3 460	6	3 225	60.0	26.5
Blumenkohl	1	9 067	48	9 260	27	9 067	65	9 042	4 566.7	0.6
Gurken	21	17 046	58	15 473	33	16 397	7 939	16 463	12 851.6	-5.5
Wein (Trinkwein)										
Rotwein (in hl)	6 585	1 417 802	13 247	1 360 033	14 231	1 368 625	14 735	1 315 727	113.7	-4.9
Weisswein (in hl)	5 997	214 349	5 422	299 130	5 998	314 033	5 598	324 683	-5.4	45.8

1 Durchschnitt der Jahre 2000/03

2 Veränderung 2000/03–2008/11

3 Tarifnummer 0206

Quellen:

Milch und Milchprodukte, Fleisch, Schlachtnebenprodukte, Eier, Getreide, Hackfrüchte, Ölsaaten, Obst, Gemüse und Wein: OZD

Zucker: réservesuisse

Tabelle 10

Aussenhandel Käse

Produkt	2000/02	2009	2010	2011	2000/02 – 2009/11
	t	t	t	t	%
Einfuhr					
Frischkäse ¹	8 644	15 282	17 416	18 054	95.7
Reibkäse ²	420	1 088	1 195	1 406	193.0
Schmelzkäse ³	2 413	2 906	3 260	3 679	36.0
Schimmelkäse ⁴	2 321	2 159	2 146	2 019	-9.2
Weichkäse ⁵	5 731	8 308	8 191	8 677	46.4
Halbhartkäse ⁶	4 400	7 086	7 199	7 558	65.5
Hartkäse ⁷	7 158	7 272	7 485	7 479	3.5
Total Käse und Quark	31 087	44 101	46 892	48 872	50.0
Ausfuhr					
Frischkäse ¹	52	2 935	4 617	6 004	8 589.7
Reibkäse ²	99	165	147	175	64.0
Schmelzkäse ³	5 259	3 627	2 902	2 317	-43.9
Schimmelkäse ⁴	11	14	12	11	8.8
Weichkäse ⁵	109	1 432	1 743	1 484	1 324.8
Halbhartkäse ⁶	7 361	13 752	13 296	16 203	95.8
Hartkäse ⁷	39 404	35 089	35 662	33 865	-11.5
Total Käse und Quark	52 296	57 014	58 379	60 059	11.8

1 0406.1010, 0406.1020, 0406.1090

2 0406.2010, 0406.2090

3 0406.3010, 0406.3090

4 0406.4010, 0406.4021, 0406.4029, 0406.4081, 0406.4089

5 0406.9011, 0406.9019

6 0406.9021, 0406.9031, 0406.9051, 0406.9091

7 0406.9039, 0406.9059, 0406.9060, 0406.9099

Quelle: OZD

Tabelle 11

Pro-Kopf-Konsum

Produkt	2000/02	2009	2010	2011 ¹	2000/02 – 2009/11 %
	kg	kg	kg	kg	
Milch und Milchprodukte					
Konsummilch, Trinkmilch	84.63	73.30	70.70	68.60	-16.3
Milchgetränke	3.53	9.10	8.20	8.60	144.3
Jogurt	16.57	18.50	18.20	18.30	10.7
Butter	5.93	5.40	5.40	5.30	-9.6
Rahm	9.27	8.20	8.40	8.40	-10.1
Käse und Schmelzkäse	19.63	21.40	21.50	21.40	9.2
Fleisch und Eier					
Rindfleisch	10.22	10.99	11.20	11.29	9.2
Kalbfleisch	3.86	3.23	3.15	3.22	-17.1
Schweinefleisch	25.39	24.62	25.33	24.92	-1.7
Schafffleisch	1.51	1.22	1.23	1.24	-18.5
Ziegenfleisch	0.11	0.08	0.09	0.09	-21.2
Pferdefleisch	0.64	0.66	0.66	0.68	4.2
Geflügel	9.28	10.79	11.00	11.43	19.3
Schaleneier (in St.)	188	187	189	181	-1.2
Getreide					
Brot- und Backwaren	51.13	49.10	49.30	50.00	-3.3
Hackfrüchte					
Kartoffeln und Kartoffelprodukte	43.43	45.63	47.5	47 ¹	7.2
Zucker (inkl. Zucker in Verarbeitungsprodukten)	40.48	40.50	38.6	39	-2.3
Ölsaaten					
Pflanzliche Öle und Fette	14.98	18.80	19	19 ¹	26.2
Obst (Tafel)					
Äpfel	14.7 ²	16.53	13.61	11.49	-6.6 ³
Birnen	3.33 ²	4.61	2.81	3.90	2.3 ³
Aprikosen	1.46 ²	1.71	1.60	1.59	7.9 ³
Kirschen	0.40 ²	0.44	0.46	0.66	20.0 ³
Zwetschgen und Pflaumen	1.06 ²	1.35	1.34	1.27	21.3 ³
Erdbeeren	2.25	2.34	2.43	2.48	7.4
Zitrusfrüchte	17.15	16.57	16.56	16.29	-4.0
Bananen	10.14	10.38	10.15	9.98	0.3
Gemüse (frisch)					
Karotten	8.73	9.70	8.67	8.41	2.3
Zwiebeln	4.49	5.36	4.50	5.19	11.6
Knollensellerie	1.47	1.46	1.26	1.35	-7.7
Tomaten	10.07	10.37	10.42	10.64	4.0
Kopfsalat	2.63	2.11	2.12	2.17	-19.0
Blumenkohl	2.15	2.06	2.06	2.09	-3.7
Gurken	2.81	3.11	3.28	3.36	15.5
Wein					
Rotwein (in l)	28.28	24.92	24.50	23.87	-13.6
Weisswein (in l)	12.45	10.88	11.10	10.97	-11.8
Wein total (in l)	40.73	35.80	35.60	34.84	-13.0

1 teilweise provisorisch

2 Durchschnitt der Jahre 2000/03

3 Veränderung 2000/03–2008/11

Quellen:

Milch und Milchprodukte, Hackfrüchte und Ölsaaten: SBV

Eier: Aviforum

Fleisch: Proviande

Getreide, Obst, Gemüse und Wein: BLW

Tabelle 12

Produzentenpreise

Produkt	Einheit	2000/02	2009	2010	2011	2000/02 – 2009/11 %
Milch						
CH gesamt	Rp./kg	79.23	64.78	61.79	62.67	-20.4
Verkäste Milch	Rp./kg	79.14	68.12	67.07	66.80	-14.9
Biomilch	Rp./kg	94.18	77.50	74.72	77.42	-18.7
Schlachtvieh³ und Eier⁴						
Kühe T3	Fr./ kg SG	5.18	6.63	6.36	6.24	23.8
Jungkühe T3	Fr./ kg SG	6.28	7.12	6.90	6.72	10.1
Muni T3	Fr./ kg SG	7.64	8.09	8.16	8.29	7.0
Ochsen T3	Fr./ kg SG	7.40	8.07	8.14	8.27	10.2
Rinder T3	Fr./ kg SG	7.39	8.07	8.11	8.05	9.3
Kälber T3	Fr./ kg SG	12.31	13.28	13.48	13.58	9.2
Fleischschweine	Fr./ kg SG	4.57	4.31	3.80	3.60	-14.5
Lämmer bis 40 kg, T3	Fr./ kg SG	12.53	10.29	9.71	10.72	-18.3
Eier aus Bodenhaltung	Rp./St.	-	22.85	21.98	21.67	-
Eier aus Freilandhaltung	Rp./St.	-	23.64	23.06	23.02	-
Getreide						
Weizen (Brot) Top	Fr./100 kg	60.23 ⁷	48.06	51.60	51.31	-16.4 ⁷
Weizen (Brot), Klasse I	Fr./100 kg	57.38 ⁷	46.65	50.33	49.05	-15.2 ⁷
Weizen (Futter)	Fr./100 kg	45.18 ⁷	35.86	36.58	36.32	-19.8 ⁷
Roggen (Brot)	Fr./100 kg	44.24 ⁷	36.55	38.04	38.31	-14.9 ⁷
Gerste (Futter)	Fr./100 kg	42.68 ⁷	34.42	34.43	34.39	-19.4 ⁷
Hafer (Futter)	Fr./100 kg	39.45 ⁷	29.50	30.76	30.40	-23.4 ⁷
Körnermais	Fr./100 kg	45.70 ⁷	36.50	36.87	36.75	-19.7 ⁷
Hackfrüchte						
Kartoffeln	Fr./100 kg	35.52	34.40	38.49	43.78	6.6
Zuckerrüben	Fr./100 kg	12.21	8.39	8.50	7.48	-25.1
Ölsaaten						
Raps	Fr./100 kg	83.19 ⁷	78.42	81.86	89.85	0.2 ⁷
Sonnenblumen (herkömmliche Sorten)	Fr./100 kg	84.61 ⁷	82.77	87.84	96.17	5.1 ⁷
Obst						
Äpfel: Golden Delicious, Klasse I	Fr./ kg	0.98 ¹	0.90 ⁵	0.93 ⁵	1.00 ⁵	0.3 ²
Äpfel: Maigold, Braeburn ab 2011, Klasse I	Fr./ kg	0.77 ¹	0.90 ⁵	0.60 ⁶	0.93	16.6 ²
Birnen: Conférence, Klasse I	Fr./ kg	1.05 ¹	0.99 ⁵	1.41 ⁵	0.93 ⁵	12.8 ²
Aprikosen, alle Klassen	Fr./ kg	2.69 ¹	2.55	2.73	2.82	2.4 ²
Kirschen, Klasse I	Fr./ kg	3.40 ¹	3.70	3.70	5.88	25.6 ²
Zwetschgen, Klasse I, 33 mm	Fr./ kg	1.75 ¹	1.80	2.00	2.21	15.9 ²
Erdbeeren	Fr./ kg	5.03	6.40	6.20	6.47	21.9
Gemüse						
Karotten (Lager)	Fr./ kg	1.21	1.26	1.44	1.47	14.9
Zwiebeln (Lager)	Fr./ kg	1.14	1.09	1.30	1.38	10.2
Knollensellerie (Lager)	Fr./ kg	1.86	1.87	2.58	2.87	30.9
Tomaten, rund	Fr./ kg	2.12	2.38	2.78	2.22	15.9
Kopfsalat	Fr./ St.	0.94	1.14	1.24	1.12	24.1
Blumenkohl	Fr./ kg	2.06	2.50	2.69	2.60	26.1
Salatgurken	Fr./ St.	1.01	1.15	1.23	1.11	15.2

1 Durchschnitt der Jahre 2000/03

2 Veränderung 2000/03–2008/11

3 Preise franko Schlachthof, ausgenommen Fleischschweine ab Hof; Preise ab 2006 für Tiere aus dem Programm Qualitätsmanagement Schweizer Fleisch

4 Vergleichbare Preise 2000–2002 wurden nicht erhoben

5 Preis gilt nicht für Übermengen

6 Kein definitiver Richtpreis

7 Basisjahre sind Durchschnitt der Jahre 2002/04, Veränderung 2002/04–2009/11

Quellen:

Milch und Eier: BLW

Schlachtvieh: Proviande

Getreide, Hackfrüchte und Ölsaaten: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Obst: Schweizerischer Obstverband und Interprofession des fruits et légumes du Valais; es handelt sich um definitive Produzenten-Richtpreise

Gemüse: Schweizerische Zentralstelle für Gemüsebau und Spezialkulturen; es handelt sich um Richtpreise auf Stufe franko Grossverteiler.

Tabelle 13

Konsumentenpreise

Produkt	Einheit	2000/02	2009	2010	2011	2000/02 – 2009/11 %
Milch und Milchprodukte						
Vollmilch, pasteurisiert, verpackt	Fr./l	1.55	1.36	1.41	1.43	-9.9
Standardisierte Vollmilch UHT 35 g ⁴	Fr./l		1.36	1.31	1.29	-
Milchdrink, pasteurisiert, verpackt	Fr./l	1.55	1.38	1.40	1.41	-9.9
Magermilch UHT	Fr./l	1.44	1.52	1.49	1.45	3.2
Emmentaler	Fr./kg	20.37	20.88	20.28	17.99	-3.2
Greyerzer	Fr./kg	20.47	20.70	20.63	20.06	-0.0
Tilsiter	Fr./kg	17.66	17.78	17.49	16.17	-2.9
Camembert 60 % (FiT)	125 g	2.68	2.60	2.57	2.31	-7.1
Weichkäse Schimmelreifung	150 g	3.50	3.37	3.36	3.35	-4.0
Mozzarella 45 % (FiT)	150 g	2.35	1.81	1.81	1.68	-24.7
Vorzugsbutter	200 g	3.10	2.99	2.96	2.96	-4.1
Die Butter (Kochbutter)	250 g	3.01	3.14	3.11	3.06	3.1
Vollrahm, verpackt	½ l	4.89	3.58	3.46	3.28	-29.7
Kaffeerahm, verpackt	½ l	2.52	2.07	2.00	1.93	-20.5
Joghurt, aromatisiert oder mit Früchten	180 g	0.69	0.67	0.64	0.64	-6.3
Rindfleisch						
Entrecôte, geschnitten	Fr./kg	49.80	62.90	62.88	64.60	27.4
Plätzli, Eckstück	Fr./kg	38.77	46.82	46.18	46.50	19.9
Braten, Schulter	Fr./kg	26.68	30.94	30.62	31.01	15.6
Hackfleisch	Fr./kg	15.47	19.16	19.01	17.88	20.8
Kalbfleisch						
Koteletten, geschnitten	Fr./kg	40.89	50.87	49.69	47.54	20.7
Braten, Schulter	Fr./kg	34.44	38.54	37.59	36.73	9.2
Voressen	Fr./kg	28.68	34.08	33.74	32.90	17.1
Schweinefleisch						
Koteletten, geschnitten	Fr./kg	20.31	21.22	19.61	18.57	-2.5
Plätzli, Eckstück	Fr./kg	26.06	28.88	26.97	26.07	4.8
Braten, Schulter	Fr./kg	19.09	21.08	19.05	17.57	0.8
Voressen, Schulter	Fr./kg	18.02	20.29	18.26	17.33	3.3
Lammfleisch Inland frisch						
Gigot ohne Schlossbein	Fr./kg	27.85	32.58	32.89	33.10	18.0
Koteletten, geschnitten	Fr./kg	34.21	50.27	49.57	50.98	46.9
Fleischwaren						
Hinterschinken, Model geschnitten	Fr./kg	28.62	33.39	30.82	28.97	8.5
Salami Inland I, geschnitten	Fr./100 g	3.82	5.21	5.09	4.82	31.8
Poulets						
Inland, frisch	Fr./kg	8.99	9.64	9.66	9.53	6.9
Eier³						
Eier aus Bodenhaltung	Rp./St.	-	49	48	46	-
Eier aus Freilandhaltung	Rp./St.	-	64	63	62	-
Pflanzenbau und pflanzliche Produkte						
Ruchbrot	Fr./500 g	-	2.05	-	-	-
Halbweissbrot	Fr./500 g	-	1.79	-	-	-
Weggli / Semmel	Fr./kg	-	12.21	-	-	-
Gipfeli	Fr./kg	-	19.26	-	-	-
Kartoffeln	Fr./kg	1.99	2.51	2.69	2.57	26.8
Kristallzucker	Fr./kg	1.43	1.65	1.38	2.06	15.3
Obst (Herkunft In- und Ausland)						
Äpfel: Golden Delicious, Klasse I	Fr./kg	3.57 ¹	3.86	3.34	3.16	-1.3 ²
Birnen: Conférence, Klasse I	Fr./kg	3.53 ¹	3.83	3.76	3.59	7.0 ²
Aprikosen, Klasse I	Fr./kg	5.50 ¹	6.60	7.06	7.15	31.8 ²
Kirschen, Klasse I	Fr./kg	9.27 ¹	10.61	12.45	10.80	25.9 ²
Zwetschgen, Klasse I	Fr./kg	3.96 ¹	4.37	4.45	4.23	12.9 ²
Erdbeeren	Fr./kg	10.01	12.43	12.37	11.83	21.9
Gemüse (Frischkonsum; Herkunft In- und Ausland)						
Karotten (Lager)	Fr./kg	1.99	2.08	2.28	2.04	7.0
Zwiebeln (Lager)	Fr./kg	2.26	2.12	2.32	2.12	-3.4
Knollensellerie (Lager)	Fr./kg	3.64	4.17	4.87	4.95	28.0
Tomaten rund	Fr./kg	3.49	3.59	4.17	3.25	5.3
Kopfsalat	Fr./St.	1.72	2.08	2.07	1.71	13.6
Blumenkohl	Fr./kg	3.92	4.32	4.34	3.76	5.7
Salatgurken	Fr./St.	1.94	1.69	1.79	1.31	-17.7

1 Durchschnitt der Jahre 2000/03

2 Veränderung 2000/03–2008/11

3 Vergleichbare Preise 2000–2002 wurden nicht erhoben

4 ab 1.1.2009

Quellen:

Milch, Eier, Fleisch (Warenkorb aus Labelfleisch und konventionell produziertem Fleisch), Obst und Gemüse: BLW
Kartoffeln und Kristallzucker: BFS, andere pflanzliche Produkte: BLW seit 2006

Tabelle 14

Selbstversorgungsgrad

Produkt	2000/02	2008	2009	2010	2000/02– 2008/10
	%	%	%	%	%
Mengenmässiger Anteil:					
Brotgetreide	71	79	76	74	7.1
Futtergetreide ¹	84	58	62	56	-30.1
Getreide total²	59	55	53	48	-12.4
Energiemässiger Anteil³:					
Getreide total (inklusive Reis)	51	57	55	55	9.2
Speisekartoffeln	94	90	93	90	-3.1
Zucker	67	75	86	70	15.4
Pflanzliche Fette, Öle	20	17	19	19	-8.4
Obst ⁴	77	68	74	67	-10.2
Gemüse	52	46	49	48	-8.1
Konsummilch	97	97	96	96	-1.1
Butter	91	103	108	111	18.4
Käse	117	116	110	110	-4.3
Milch und Milchprodukte total	106	109	102	101	-1.5
Kalbfleisch	96	97	99	97	1.6
Rindfleisch	90	81	85	84	-7.2
Schweinefleisch	94	91	94	95	-0.9
Schafffleisch	39	41	42	42	8.3
Geflügel	42	48	49	50	16.7
Fleisch aller Arten⁵	70	66	69	69	-2.6
Eier und Eikonserven	47	44	46	47	-3.8
Pflanzliche Nahrungsmittel	45	46	48	44	1.2
Tierische Nahrungsmittel brutto	93	93	95	94	0.8
Tierische Nahrungsmittel netto ⁶	78	72	73	70	-7.6
Nahrungsmittel im ganzen brutto	62	61	63	60	-0.1
Nahrungsmittel im ganzen netto ⁷	56	55	56	52	-3.4
Wertmässiger Anteil Nahrungsmittel im ganzen⁸	63	68	70	72	11.1

1 inkl. Müllereiprodukte und Auswuchs von Brotgetreide, jedoch ohne Ölkuchen; ohne Berücksichtigung der Vorräteveränderungen

2 Brot und Futtergetreide einschliesslich Hartweizen

3 nach verwertbarer Energie

4 Äpfel, Birnen, Kirschen, Zwetschgen und Pflaumen, Aprikosen und Pfirsiche

5 einschliesslich Fleisch von Pferden, Ziegen, Kaninchen sowie Wildbret, Fische, Krusten- und Weichtiere

6 ohne aus importierten Futtermitteln hergestellte tierische Produkte

7 nach verwertbarer Energie, alkoholische Getränke eingeschlossen, gemäss Nahrungsmittelbilanz

8 Inlandproduktion zu Produzentenpreisen, Einfuhr zu Preisen der Handelsstatistik (franko Grenze unverzollt) berechnet

Quelle: SBV

Wirtschaftliche Ergebnisse

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung

Tabelle 15

Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs zu laufenden Herstellungspreisen, in 1 000 Fr.

Produkt	2000/02	2009	2010 ¹	2011 ²	2000/02– 2009/11 %	2012 ³	2009/11– 2012 %
Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	9 820 052	9 397 351	9 083 307	9 148 515	-6.2	8 962 847	-2.7
Pflanzliche Erzeugung	4 673 280	4 417 964	4 308 786	4 333 488	-6.8	4 231 050	-2.8
Getreide (einschl. Saatgut)	536 551	385 241	374 131	387 513	-28.7	366 347	-4.2
Weizen	296 542	241 173	245 350	256 226	-16.5	239 439	-3.3
Gerste	111 233	62 865	55 995	58 530	-46.8	54 873	-7.2
Körnermais	77 169	54 917	46 732	46 446	-36.0	46 679	-5.4
Sonstiges Getreide	51 607	26 286	26 054	26 311	-49.2	25 356	-3.3
Handelsgewächse	261 299	274 746	243 880	287 523	2.8	265 569	-1.2
Ölsaaten und Ölfrüchte (einschl. Saatgut)	71 607	83 181	83 367	94 719	21.6	90 593	4.0
Eiweisspflanzen (einschl. Saatgut)	9 913	9 866	9 912	9 480	-1.6	9 252	-5.1
Rohtabak	20 386	14 751	18 404	19 095	-14.6	18 172	4.3
Zuckerrüben	154 982	160 159	126 879	158 772	-4.1	142 196	-4.3
Sonstige Handelsgewächse	4 411	6 789	5 318	5 458	32.7	5 357	-8.5
Futterpflanzen	1 325 733	998 041	1 035 053	968 767	-24.5	1 026 728	2.6
Futtermais	170 136	108 572	125 592	166 609	-21.5	132 533	-0.8
Futterhackfrüchte	16 352	6 902	6 230	6 000	-61.0	5 623	-11.8
Sonstige Futterpflanzen	1 139 245	882 567	903 231	796 158	-24.5	888 572	3.2
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	1 314 710	1 452 616	1 460 331	1 445 681	10.5	1 414 203	-2.7
Frischgemüse	480 734	645 116	647 198	671 301	36.2	648 082	-1.0
Pflanzen und Blumen	833 975	807 500	813 134	774 379	-4.3	766 122	-4.0
Kartoffeln (einschl. Pflanzkartoffeln)	195 487	193 466	179 511	188 095	-4.3	175 138	-6.4
Obst	577 213	592 255	514 742	568 857	-3.2	503 778	-9.8
Frischobst	323 199	343 463	293 451	354 480	2.2	292 719	-11.4
Weintrauben	254 014	248 792	221 291	214 377	-10.2	211 059	-7.5
Wein	438 193	472 770	451 114	431 530	3.1	423 041	-6.4
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	24 095	48 829	50 022	55 522	113.6	56 246	9.3
Tierische Erzeugung	5 146 772	4 979 387	4 774 522	4 815 027	-5.6	4 731 797	-2.6
Rinder	1 051 705	1 255 608	1 216 737	1 244 332	17.8	1 255 161	1.3
Schweine	1 071 629	1 015 621	938 818	886 919	-11.6	821 866	-13.2
Einhufer	6 787	6 602	1 414	2 906	-46.4	2 812	-22.8
Schafe und Ziegen	57 827	43 182	39 116	44 089	-27.1	42 039	-0.2
Geflügel	190 394	238 314	246 742	254 287	29.4	267 179	8.4
Sonstige Tiere	13 028	13 287	14 338	12 300	2.1	13 092	-1.6
Milch	2 565 090	2 201 774	2 109 672	2 152 939	-16.0	2 118 948	-1.7
Eier	182 442	198 569	201 671	204 139	10.4	206 197	2.4
Sonstige tierische Erzeugnisse	7 871	6 430	6 012	13 117	8.2	4 503	-47.2
Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	560 790	650 046	655 061	662 569	17.0	668 421	1.9
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	526 408	650 046	655 061	662 569	24.6	668 421	1.9
Verpachtung von Milchkontingenten	34 382	0	0	0	-	0	-
Landwirtschaftliche Erzeugung	10 380 842	10 047 397	9 738 368	9 811 084	-5.0	9 631 268	-2.4
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten (nicht trennbar)	322 196	353 310	342 935	354 767	8.7	342 974	-2.1
Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	182 811	209 128	206 972	203 222	12.9	190 488	-7.7
Sonstige nicht trennbare Nebentätigkeiten (Waren und Dienstleistungen)	139 384	144 182	135 963	151 545	3.2	152 486	6.0
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	10 703 038	10 400 707	10 081 303	10 165 852	-4.6	9 974 242	-2.4

Auf Grund der Teilrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom Juni 2012 wurden alle Zeitreihen der Aggregate dieser Tabelle geändert.

1 Halbdefinitiv, Stand 10.9.2012

2 Provisorisch, Stand 10.9.2012

3 Schätzung, Stand 10.9.2012

Die Zahlen werden auf- oder abgerundet, wodurch die Summe der Komponenten gegenüber der Totale oder Salden abweichen kann.

Quelle: BFS

Tabelle 16

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung zu laufenden Preisen, in 1 000 Fr.

Produkt	2000/02	2009	2010 ¹	2011 ²	2000/02– 2009/11 %	2012 ³	2009/11– 2012 %
Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	10 703 038	10 400 707	10 081 303	10 165 852	-4.6	9 974 242	-2.4
Vorleistungen insgesamt	6 188 135	6 366 051	6 254 687	6 330 958	2.1	6 292 420	-0.4
Saat- und Pflanzgut	320 477	340 964	322 846	318 193	2.1	313 169	-4.3
Energie, Schmierstoffe	391 791	450 246	451 123	477 395	17.3	489 076	6.4
Dünge- und Bodenverbesserungsmittel	147 276	247 381	197 213	204 398	46.9	204 510	-5.5
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel	134 183	129 430	125 189	126 454	-5.3	124 864	-1.7
Tierarzt und Medikamente	161 451	209 481	212 698	202 807	29.0	202 571	-2.8
Futtermittel	2 842 333	2 493 780	2 455 767	2 490 316	-12.7	2 449 938	-1.2
Instandhaltung von Maschinen und Geräten	399 129	503 903	502 942	510 445	26.7	510 628	1.0
Instandhaltung von baulichen Anlagen	144 513	194 876	193 565	209 314	37.9	204 346	2.6
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	560 790	650 046	655 061	662 569	17.0	668 421	1.9
Sonstige Waren und Dienstleistungen	958 620	1 069 744	1 064 642	1 053 561	10.9	1 049 928	-1.2
Unterstellte Bankgebühren	127 572	76 199	73 640	75 505	-41.1	74 969	-0.2
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen	4 514 903	4 034 656	3 826 616	3 834 893	-13.6	3 681 823	-5.6
Abschreibungen	1 983 081	2 195 572	2 141 917	2 129 141	8.7	2 099 425	-2.6
Ausrüstungsgüter	1 012 685	1 181 417	1 153 990	1 117 632	13.7	1 108 890	-3.7
Bauten	856 707	881 996	855 972	882 400	2.0	858 742	-1.7
Anpflanzungen	98 704	105 193	106 580	106 980	7.6	108 195	1.8
Sonstige	14 984	26 966	25 376	22 129	65.7	23 598	-4.9
Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen	2 531 822	1 839 084	1 684 699	1 705 752	-31.1	1 582 397	-9.2
Sonstige Produktionsabgaben	115 148	148 514	149 785	157 753	32.0	167 104	9.9
Sonstige Subventionen (produktunabhängige)	2 407 335	2 836 529	2 876 449	2 912 036	19.4	2 926 131	1.8
Faktoreinkommen	4 824 009	4 527 098	4 411 362	4 460 035	-7.4	4 341 424	-2.8
Arbeitnehmerentgelt	1 138 891	1 238 506	1 245 776	1 260 091	9.6	1 241 840	-0.5
Nettobetriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	3 685 118	3 288 592	3 165 586	3 199 944	-12.7	3 099 584	-3.7
Gezahlte Pachten	219 139	233 411	233 810	234 196	6.7	234 677	0.4
Gezahlte Zinsen	279 144	267 731	256 954	242 975	-8.3	241 260	-5.7
Empfangene Zinsen	30 765	12 094	11 193	11 393	-62.4	9 357	-19.1
Nettounternehmenseinkommen⁴	3 217 599	2 799 545	2 686 014	2 734 165	-14.8	2 633 003	-3.9

Auf Grund der Teilrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom Juni 2012 wurden alle Zeitreihen der Aggregate dieser Tabelle geändert.

1 Halbdefinitiv, Stand 10.9.2012

2 Provisorisch, Stand 10.9.2012

3 Schätzung, Stand 10.9.2012

4 wird in der Literatur und Eurostat-Methodik als Nettounternehmensgewinn bezeichnet

Die Zahlen werden auf- oder abgerundet, wodurch die Summe der Komponenten gegenüber der Totale oder Salden abweichen kann.

Quelle: BFS

Betriebsergebnisse

Tabelle 17

Betriebsergebnisse: Alle Regionen

Merkmal	Einheit	2000/02	2008	2009	2010	2011	2008/10– 2011 %
Referenzbetriebe	Anzahl	2 955	3 376	3 372	3 202	3 060	-7.7
Vertretene Betriebe	Anzahl	52 596	49 397	48 375	47 166	46 877	-3.0
Betriebsstruktur							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	19.09	20.44	20.69	21.06	21.28	2.7
Offene Ackerfläche	ha	5.20	5.38	5.38	5.46	5.49	1.5
Arbeitskräfte Betrieb	JAЕ	1.68	1.64	1.66	1.66	1.67	1.0
davon: Familienarbeitskräfte	FJAЕ	1.29	1.23	1.22	1.22	1.21	-1.1
Kühe total	Anzahl	13.8	14.8	15.1	15.2	15.2	1.1
Tierbestand total	GVE	24.3	24.3	25.5	25.8	26.0	3.2
Kapitalstruktur							
Aktiven total	Fr.	727 756	825 000	859 543	873 205	897 828	5.3
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	139 412	145 538	153 383	152 401	159 589	6.1
davon: Tiervermögen total	Fr.	44 554	55 150	57 050	56 942	56 623	0.4
davon: Anlagevermögen total	Fr.	543 790	624 313	649 109	663 861	681 616	5.6
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	678 557	779 294	807 930	823 594	845 498	5.2
Fremdkapitalquote	%	41	44	44	44	44	0.0
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	13 797	12 675	9 912	7 506	6 879	-31.4
Erfolgsrechnung							
Rohleistung	Fr.	*	254 343	255 656	250 181	259 834	2.5
davon: Direktzahlungen	Fr.	42 700	51 522	57 924	59 874	60 864	7.8
Sachkosten	Fr.	*	159 483	164 209	164 060	168 297	3.5
Betriebseinkommen	Fr.	*	94 860	91 447	86 121	91 537	0.8
Personalkosten	Fr.	12 042	15 806	16 912	16 847	18 105	9.6
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	8 301	7 867	7 374	6 991	6 725	-9.3
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	*	7 041	6 856	7 102	7 233	3.3
Fremdkosten	Fr.	*	190 197	195 351	194 999	200 360	3.5
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	56 203	64 147	60 305	55 182	59 474	-0.7
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	18 806	24 131	26 204	26 308	26 737	4.7
Gesamteinkommen	Fr.	75 009	88 278	86 509	81 490	86 211	0.9
Privatverbrauch	Fr.	63 222	71 532	71 568	71 421	72 113	0.8
Eigenkapitalbildung	Fr.	11 787	16 746	14 941	10 069	14 098	1.3
Investitionen und Finanzierung							
Investitionen total ²	Fr.	45 376	48 400	51 448	50 148	56 837	13.7
Cashflow ³	Fr.	42 203	48 270	49 836	46 677	49 527	2.6
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	93	100	97	93	87	-10.0
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	64	66	68	66	68	2.0
Finanzielle Stabilität							
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	45	42	42	38	41	0.8
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	20	25	24	22	25	5.6
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	19	17	17	20	18	0.0
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	16	16	17	19	16	-7.7
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz							
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAЕ	49 369	57 711	55 135	51 984	54 737	-0.4
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	4 340	4 640	4 419	4 090	4 302	-1.8
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	12.2	12.2	11.3	10.5	10.8	-4.7
Rentabilität							
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-2.1	-1.4	-2.0	-2.4	-2.0	3.4
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-5.7	-4.4	-5.2	-5.9	-5.1	-1.3
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAЕ	32 906	41 732	41 184	39 149	43 507	6.9
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FJAЕ	29 754	37 187	36 465	35 500	39 018	7.2

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2000: 3.95 %; 2001: 3.36 %; 2002: 3.22 %; 2008: 2.93 %; 2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAЕ)

* Diese Werte können nur für die Jahre ab 2003 berechnet werden.

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 18

Betriebsergebnisse: Talregion*

Merkmal	Einheit	2000/02	2008	2009	2010	2011	2008/10– 2011 %
Referenzbetriebe	Anzahl	1 300	1 434	1 444	1 358	1 267	-10.3
Vertretene Betriebe	Anzahl	24 116	22 306	22 100	21 543	21 358	-2.8
Betriebsstruktur							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	20.01	21.63	21.66	22.17	22.23	1.9
Offene Ackerfläche	ha	9.40	9.92	9.78	9.97	10.11	2.2
Arbeitskräfte Betrieb	JAЕ	1.78	1.75	1.77	1.75	1.77	0.8
davon: Familienarbeitskräfte	FJAЕ	1.25	1.18	1.17	1.16	1.15	-1.7
Kühe total	Anzahl	13.6	15.2	15.0	15.3	15.1	-0.4
Tierbestand total	GVE	24.4	25.5	26.1	26.7	26.8	2.7
Kapitalstruktur							
Aktiven total	Fr.	833 276	956 736	990 381	989 105	1 013 252	3.5
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	173 511	182 549	192 554	187 802	194 100	3.4
davon: Tiervermögen total	Fr.	45 056	55 354	56 159	56 401	55 506	-0.8
davon: Anlagevermögen total	Fr.	614 709	718 833	741 668	744 903	763 646	3.9
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	772 248	903 745	926 845	929 868	952 198	3.5
Fremdkapitalquote	%	40	44	44	43	44	0.8
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	15 945	14 759	11 440	8 610	7 821	-32.6
Erfolgsrechnung							
Rohleistung	Fr.	**	319 029	315 981	304 343	318 563	1.7
davon: Direktzahlungen	Fr.	37 378	47 734	53 593	55 378	56 168	7.5
Sachkosten	Fr.	**	197 444	200 233	197 255	202 551	2.1
Betriebseinkommen	Fr.	**	121 585	115 749	107 087	116 012	1.0
Personalkosten	Fr.	17 826	23 858	25 596	24 797	26 714	7.9
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	9 678	9 516	8 716	7 993	7 725	-11.6
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	**	9 641	9 362	9 670	9 913	3.7
Fremdkosten	Fr.	**	240 459	243 908	239 715	246 903	2.3
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	67 865	78 570	72 074	64 627	71 660	-0.1
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	17 197	24 877	26 565	25 016	26 007	2.0
Gesamteinkommen	Fr.	85 061	103 447	98 639	89 643	97 666	0.4
Privatverbrauch	Fr.	70 916	79 674	80 081	78 841	79 382	-0.2
Eigenkapitalbildung	Fr.	14 145	23 773	18 558	10 802	18 284	3.2
Investitionen und Finanzierung							
Investitionen total ²	Fr.	51 877	54 120	60 593	54 650	63 998	13.4
Cashflow ³	Fr.	48 751	58 122	57 459	50 690	55 569	0.3
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	94	107	95	93	87	-11.5
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	65	69	69	64	70	4.0
Finanzielle Stabilität							
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	46	46	43	37	44	4.8
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	18	26	25	21	25	4.2
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	20	15	17	22	15	-16.7
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	16	14	15	20	16	-2.0
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz							
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAЕ	58 142	69 453	65 491	61 347	65 555	0.2
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	5 196	5 621	5 345	4 831	5 218	-0.9
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	13.5	13.5	12.5	11.5	12.2	-2.4
Rentabilität							
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-0.6	0.2	-0.6	-1.2	-0.6	12.5
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-3.1	-1.5	-2.7	-3.6	-2.5	-3.8
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAЕ	41 391	53 885	51 700	48 458	55 696	8.5
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FJAЕ	38 364	50 668	47 488	44 682	52 226	9.7

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2000: 3.95 %; 2001: 3.36 %; 2002: 3.22 %; 2008: 2.93 %; 2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAЕ)

* Talregion: Talzone

** Diese Werte können nur für die Jahre ab 2003 berechnet werden.

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 19

Betriebsergebnisse: Hügelsonne*

Merkmal	Einheit	2000/02	2008	2009	2010	2011	2008/10– 2011 %
Referenzbetriebe	Anzahl	874	1 046	1 057	998	965	-6.6
Vertretene Betriebe	Anzahl	14 292	13 618	13 365	12 972	12 781	-4.0
Betriebsstruktur							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	17.96	19.24	19.55	19.71	20.07	2.9
Offene Ackerfläche	ha	3.01	3.09	3.12	3.12	3.06	-1.6
Arbeitskräfte Betrieb	FAE	1.58	1.53	1.56	1.58	1.63	4.7
davon: Familienarbeitskräfte	FAE	1.26	1.20	1.21	1.21	1.22	1.1
Kühe total	Anzahl	15.7	16.3	16.9	16.7	17.1	2.8
Tierbestand total	GVE	27.5	26.2	27.8	27.9	28.7	5.1
Kapitalstruktur							
Aktiven total	Fr.	682 949	770 399	790 071	831 520	873 677	9.6
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	118 324	128 264	132 495	135 292	144 975	9.8
davon: Tiervermögen total	Fr.	49 221	60 137	62 486	62 000	62 285	1.2
davon: Anlagevermögen total	Fr.	515 404	581 998	595 089	634 228	666 417	10.4
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	635 008	729 139	746 603	787 205	826 916	9.6
Fremdkapitalquote	%	44	46	46	47	46	-0.7
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	12 207	11 434	8 834	6 848	6 506	-28.0
Erfolgsrechnung							
Rohleistung	Fr.	**	232 618	233 174	234 042	245 734	5.3
davon: Direktzahlungen	Fr.	41 567	49 256	56 977	58 886	60 100	9.2
Sachkosten	Fr.	**	148 562	153 069	156 779	162 663	6.5
Betriebseinkommen	Fr.	**	84 057	80 105	77 263	83 070	3.2
Personalkosten	Fr.	9 095	11 521	11 974	12 629	14 063	16.8
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	8 213	7 514	6 945	7 137	6 876	-4.5
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	**	6 212	5 807	5 929	6 084	1.7
Fremdkosten	Fr.	**	173 809	177 795	182 475	189 687	6.5
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	50 826	58 809	55 379	51 567	56 046	1.4
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	20 580	24 221	27 049	27 748	27 818	5.6
Gesamteinkommen	Fr.	71 406	83 030	82 428	79 314	83 864	2.8
Privatverbrauch	Fr.	60 504	68 643	68 325	68 296	70 310	2.8
Eigenkapitalbildung	Fr.	10 901	14 387	14 102	11 019	13 554	2.9
Investitionen und Finanzierung							
Investitionen total ²	Fr.	42 487	48 289	48 822	49 956	55 245	12.7
Cashflow ³	Fr.	40 021	45 479	47 387	47 279	49 598	6.2
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	95	94	97	95	90	-5.6
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	65	66	69	67	69	2.5
Finanzielle Stabilität							
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	43	40	42	38	42	5.0
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	23	28	25	26	26	-1.3
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	16	16	14	17	15	-4.3
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	17	16	20	19	17	-7.3
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz							
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./FAE	46 461	54 760	51 231	48 972	51 048	-1.2
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	4 105	4 369	4 098	3 920	4 140	0.3
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	11.6	11.5	10.7	9.8	10.0	-6.3
Rentabilität							
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-2.6	-1.8	-2.5	-2.7	-2.3	-1.4
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-7.1	-5.3	-6.4	-6.8	-5.9	-4.3
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FAE	30 537	39 318	38 479	37 025	40 444	5.7
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FAE	28 530	36 325	34 794	33 728	37 197	6.4

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2000: 3.95 %; 2001: 3.36 %; 2002: 3.22 %; 2008: 2.93 %; 2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FAE)

* Hügelsonne: Hügelsonne und Bergzone I

** Diese Werte können nur für die Jahre ab 2003 berechnet werden.

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 20

Betriebsergebnisse: Bergregion*

Merkmal	Einheit	2000/02	2008	2009	2010	2011	2008/10– 2011 %
Referenzbetriebe	Anzahl	781	896	871	846	828	-4.9
Vertretene Betriebe	Anzahl	14 187	13 473	12 910	12 651	12 738	-2.1
Betriebsstruktur							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	18.68	19.70	20.23	20.55	20.90	3.7
Offene Ackerfläche	ha	0.26	0.17	0.17	0.16	0.19	14.0
Arbeitskräfte Betrieb	JAЕ	1.58	1.58	1.57	1.59	1.55	-1.9
davon: Familienarbeitskräfte	FJAЕ	1.37	1.34	1.33	1.33	1.30	-2.5
Kühe total	Anzahl	12.0	12.6	13.4	13.4	13.4	2.0
Tierbestand total	GVE	21.0	20.2	22.1	22.1	22.0	2.5
Kapitalstruktur							
Aktiven total	Fr.	594 017	662 087	707 487	718 585	728 526	4.7
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	102 662	101 722	107 952	109 664	116 388	9.3
davon: Tiervermögen total	Fr.	39 028	49 769	52 949	52 678	52 813	2.0
davon: Anlagevermögen total	Fr.	452 328	510 595	546 586	556 243	559 326	4.0
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	563 737	623 947	667 854	679 935	685 237	4.3
Fremdkapitalquote	%	40	42	43	43	44	3.1
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	11 749	10 478	8 413	6 302	5 675	-32.4
Erfolgsrechnung							
Rohleistung	Fr.	**	169 208	175 661	174 501	175 510	1.4
davon: Direktzahlungen	Fr.	52 913	60 083	66 317	68 544	69 506	7.0
Sachkosten	Fr.	**	107 672	114 075	114 998	116 517	3.8
Betriebseinkommen	Fr.	**	61 536	61 587	59 503	58 993	-3.1
Personalkosten	Fr.	5 185	6 805	7 158	7 635	7 724	7.3
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	6 063	5 494	5 521	5 135	4 895	-9.1
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	**	3 574	3 650	3 929	3 891	4.7
Fremdkosten	Fr.	**	123 545	130 403	131 697	133 028	3.5
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	41 789	45 663	45 258	42 804	42 483	-4.7
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	19 725	22 806	24 711	27 032	26 876	8.2
Gesamteinkommen	Fr.	61 514	68 469	69 969	69 837	69 359	-0.1
Privatverbrauch	Fr.	52 925	60 971	60 352	61 990	61 735	1.0
Eigenkapitalbildung	Fr.	8 589	7 498	9 617	7 847	7 624	-8.4
Investitionen und Finanzierung							
Investitionen total ²	Fr.	37 235	39 044	38 513	42 679	46 429	15.8
Cashflow ³	Fr.	33 246	34 781	39 320	39 225	39 323	4.1
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	89	89	102	92	85	-9.9
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	63	62	67	69	65	-1.5
Finanzielle Stabilität							
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	45	37	40	41	35	-11.0
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	19	20	23	20	24	14.3
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	20	24	20	21	25	15.4
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	16	19	17	18	16	-11.1
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz							
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAЕ	35 483	39 026	39 210	37 508	37 957	-1.6
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	3 008	3 124	3 044	2 895	2 823	-6.6
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	10.0	9.9	9.2	8.8	8.6	-7.5
Rentabilität							
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-4.9	-5.0	-4.8	-5.0	-4.9	-0.7
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-10.0	-10.3	-9.9	-10.3	-10.1	-0.7
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAЕ	21 896	26 189	27 807	27 377	28 355	4.5
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FJAЕ	19 909	24 292	24 185	23 525	25 562	6.5

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2000: 3.95 %; 2001: 3.36 %; 2002: 3.22 %; 2008: 2.93 %; 2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAЕ)

* Bergregion: Bergzonen II bis IV

** Diese Werte können nur für die Jahre ab 2003 berechnet werden.

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 21a

Betriebsergebnisse nach Betriebstypen* 2009/11

Merkmal	Einheit	Mittel alle Betriebe	Pflanzenbau		Tierhaltung		
			Ackerbau	Spezialkulturen	Verkehrsmilch	Mutterkühe	Anderes Rindvieh
Referenzbetriebe	Anzahl	3 211	128	117	1 263	200	179
Vertretene Betriebe	Anzahl	47 473	3 149	3 615	14 964	3 229	3 592
Betriebsstruktur							
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	21.01	26.12	13.51	21.42	20.40	18.10
Offene Ackerfläche	ha	5.44	21.53	6.45	1.15	0.93	0.41
Arbeitskräfte Betrieb	JAE	1.66	1.20	2.47	1.65	1.32	1.44
davon: Familienarbeitskräfte	FJAE	1.22	0.90	1.27	1.31	1.10	1.22
Kühe total	Anzahl	15.2	2.4	0.9	20.5	18.9	8.2
Tierbestand total	GVE	25.8	6.7	2.1	28.4	21.1	16.9
Kapitalstruktur							
Aktiven total	Fr.	876 859	818 066	1 031 827	832 231	771 851	609 411
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	155 125	174 367	281 891	133 635	112 120	99 857
davon: Tiervermögen total	Fr.	56 872	12 714	5 314	65 834	60 213	45 227
davon: Anlagevermögen total	Fr.	664 862	630 986	744 623	632 763	599 518	464 327
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	825 674	756 574	962 261	784 969	723 814	567 305
Fremdkapitalquote	%	44	38	40	45	46	46
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	8 099	8 385	10 152	7 539	6 852	5 418
Erfolgsrechnung							
Rohleistung	Fr.	255 224	246 092	336 135	216 119	167 133	153 162
davon: Direktzahlungen	Fr.	59 554	60 364	30 247	64 220	67 607	60 018
Sachkosten	Fr.	165 522	153 308	168 255	137 487	107 899	106 519
Betriebseinkommen	Fr.	89 702	92 785	167 879	78 632	59 234	46 644
Personalkosten	Fr.	17 288	10 842	61 550	11 034	8 242	5 381
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	7 030	6 466	7 976	6 463	6 605	4 827
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	7 063	9 967	10 006	6 012	4 216	3 671
Fremdkosten	Fr.	196 903	180 583	247 787	160 996	126 962	120 397
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	58 320	65 509	88 348	55 123	40 171	32 766
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	26 416	32 199	22 976	23 122	38 000	29 708
Gesamteinkommen	Fr.	84 737	97 708	111 324	78 244	78 172	62 474
Privatverbrauch	Fr.	71 701	85 346	89 798	65 951	67 805	57 361
Eigenkapitalbildung	Fr.	13 036	12 362	21 526	12 293	10 366	5 113
Investitionen und Finanzierung							
Investitionen total ²	Fr.	52 811	44 801	54 760	49 180	39 676	40 747
Cashflow ³	Fr.	48 680	41 022	56 499	47 674	42 903	30 688
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	92	106	103	97	109	78
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	68	65	65	70	72	66
Finanzielle Stabilität							
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	40	45	42	40	44	36
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	24	18	27	25	26	21
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	18	23	18	17	13	21
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	17	14	13	18	17	22
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz							
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAE	53 952	77 375	67 944	47 683	44 780	32 427
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	4 270	3 558	12 424	3 672	2 904	2 578
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	10.9	12.3	17.4	10.0	8.2	8.2
Rentabilität							
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-2.2	0.8	0.5	-3.3	-3.5	-7.2
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-5.6	-0.2	-0.6	-7.6	-8.4	-15.0
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAE	41 280	63 502	61 749	36 194	30 384	22 391

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAE)

* neue Betriebstypologie FAT99

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 21b

Betriebsergebnisse nach Betriebstypen* 2009/11

Merkmal	Einheit	Mittel alle Betriebe	Tierhaltung		Kombiniert			
			Pferde/ Schafe/ Ziegen	Veredlung	Verkehrsmilch/ Ackerbau	Mutterkühe	Veredlung	Andere
Referenzbetriebe	Anzahl	3 211	43	81	243	62	494	401
Vertretene Betriebe	Anzahl	47 473	2 257	1 439	3 169	1 044	4 565	6 448
Betriebsstruktur								
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	21.01	13.26	11.37	29.38	24.75	21.92	23.22
Offene Ackerfläche	ha	5.44	0.50	0.93	15.54	10.67	7.34	7.63
Arbeitskräfte Betrieb	JAe	1.66	1.40	1.50	1.89	1.57	1.84	1.67
davon: Familienarbeitskräfte	FJAe	1.22	1.04	1.08	1.27	1.13	1.27	1.21
Kühe total	Anzahl	15.2	1.3	9.1	24.1	19.6	18.7	17.5
Tierbestand total	GVE	25.8	14.5	47.8	32.4	22.0	50.9	28.0
Kapitalstruktur								
Aktiven total	Fr.	876 859	645 719	993 723	1 017 997	958 311	1 077 350	954 530
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	155 125	87 348	201 793	191 473	170 679	173 936	156 551
davon: Tiervermögen total	Fr.	56 872	24 610	65 387	74 515	63 559	87 038	69 741
davon: Anlagevermögen total	Fr.	664 862	533 760	726 542	752 009	724 073	816 376	728 238
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	825 674	622 792	891 705	961 144	911 180	1 032 306	902 301
Fremdkapitalquote	%	44	48	46	42	43	46	45
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	8 099	5 671	8 594	9 808	9 093	9 752	8 795
Erfolgsrechnung								
Rohleistung	Fr.	255 224	147 681	388 821	318 138	240 334	425 246	265 188
davon: Direktzahlungen	Fr.	59 554	42 230	38 787	70 880	71 028	63 419	61 057
Sachkosten	Fr.	165 522	97 808	300 392	202 224	155 803	307 456	173 405
Betriebseinkommen	Fr.	89 702	49 873	88 430	115 914	84 531	117 790	91 783
Personalkosten	Fr.	17 288	13 982	14 854	23 248	16 835	22 888	16 182
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	7 030	6 042	8 088	7 678	7 260	9 073	7 839
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	7 063	3 466	5 983	11 322	7 636	8 940	7 729
Fremdkosten	Fr.	196 903	121 298	329 317	244 472	187 533	348 356	205 156
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	58 320	26 382	59 505	73 665	52 801	76 889	60 033
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	26 416	38 468	31 288	20 692	33 466	21 026	25 784
Gesamteinkommen	Fr.	84 737	64 850	90 793	94 357	86 267	97 915	85 817
Privatverbrauch	Fr.	71 701	58 381	69 558	80 453	74 714	79 292	73 182
Eigenkapitalbildung	Fr.	13 036	6 469	21 235	13 905	11 553	18 623	12 634
Investitionen und Finanzierung								
Investitionen total ²	Fr.	52 811	38 419	54 145	58 440	53 678	80 669	58 852
Cashflow ³	Fr.	48 680	33 674	65 326	54 021	39 378	68 042	50 024
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	92	92	126	94	92	90	85
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	68	59	71	66	62	68	68
Finanzielle Stabilität								
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	40	31	32	45	38	42	41
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	24	20	37	19	22	24	24
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	18	32	12	20	21	16	18
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	17	17	19	16	20	18	17
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz								
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAe	53 952	35 703	58 893	61 406	53 851	64 180	54 984
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	4 270	3 762	7 784	3 946	3 417	5 374	3 954
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	10.9	8.0	9.9	12.1	9.3	11.4	10.2
Rentabilität								
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-2.2	-5.8	-0.9	-1.2	-2.4	-0.4	-2.0
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-5.6	-13.3	-3.4	-3.4	-5.6	-2.4	-5.2
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAe	41 280	19 869	46 791	50 453	38 854	52 680	42 312

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAe)

* neue Betriebstypologie FAT99

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 22

Betriebsergebnisse nach Quartilen: Alle Regionen 2009/11

Merkmal	Einheit	Mittel	sortiert nach Arbeitsverdienst			
			1. Quartil (0–25%)	2. Quartil (25–50%)	3. Quartil (50–75%)	4. Quartil (75–100%)
Referenzbetriebe	Anzahl	3 211	682	837	878	814
Vertretene Betriebe	Anzahl	47 473	11 873	11 869	11 876	11 855
Betriebsstruktur						
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	21.01	15.53	18.78	21.98	27.76
Offene Ackerfläche	ha	5.44	2.65	3.44	5.22	10.46
Arbeitskräfte Betrieb	JAЕ	1.66	1.45	1.65	1.70	1.85
davon: Familienarbeitskräfte	FJAЕ	1.22	1.16	1.32	1.27	1.12
Kühe total	Anzahl	15.2	11.4	14.9	16.9	17.5
Tierbestand total	GVE	25.8	19.5	23.6	27.2	32.7
Kapitalstruktur						
Aktiven total	Fr.	876 859	733 832	756 187	922 666	1 095 076
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	155 125	115 769	134 410	166 517	203 869
davon: Tiervermögen total	Fr.	56 872	45 376	53 890	60 533	67 702
davon: Anlagevermögen total	Fr.	664 862	572 687	567 887	695 616	823 504
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	825 674	691 427	710 869	865 128	1 035 584
Fremdkapitalquote	%	44	46	44	42	45
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	8 099	6 605	6 977	8 751	10 067
Erfolgsrechnung						
Rohleistung	Fr.	255 224	157 458	207 258	266 288	390 088
davon: Direktzahlungen	Fr.	59 554	46 242	55 389	62 330	74 278
Sachkosten	Fr.	165 522	126 952	140 591	166 814	227 821
Betriebseinkommen	Fr.	89 702	30 507	66 667	99 475	162 267
Personalkosten	Fr.	17 288	10 588	11 635	16 362	30 587
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	7 030	6 456	6 119	6 787	8 760
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	7 063	4 268	5 475	6 961	11 556
Fremdkosten	Fr.	196 903	148 263	163 821	196 924	278 724
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	58 320	9 195	43 437	69 364	111 364
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	26 416	39 947	24 512	21 544	19 652
Gesamteinkommen	Fr.	84 737	49 142	67 949	90 908	131 015
Privatverbrauch	Fr.	71 701	58 409	64 046	74 885	89 488
Eigenkapitalbildung	Fr.	13 036	-9 267	3 903	16 022	41 527
Investitionen und Finanzierung						
Investitionen total ²	Fr.	52 811	49 662	39 308	49 523	72 785
Cashflow ³	Fr.	48 680	23 758	35 024	52 041	83 945
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	92	48	89	105	116
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	68	54	69	72	76
Finanzielle Stabilität						
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	40	21	39	49	53
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	24	14	21	26	35
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	18	35	21	13	5
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	17	30	20	13	7
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz						
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAЕ	53 952	21 044	40 355	58 358	87 938
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	4 270	1 964	3 549	4 527	5 847
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	10.9	4.4	9.4	11.5	15.7
Rentabilität						
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-2.2	-9.0	-5.7	-1.3	3.9
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-5.6	-18.4	-11.9	-3.7	5.6
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAЕ	41 280	2 229	27 555	47 876	90 507
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FJAЕ	36 994				

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAЕ)

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 23

Betriebsergebnisse nach Quartilen: Talregion* 2009/11

Merkmal	Einheit	Mittel	sortiert nach Arbeitsverdienst			
			1. Quartil (0–25%)	2. Quartil (25–50%)	3. Quartil (50–75%)	4. Quartil (75–100%)
Referenzbetriebe	Anzahl	1 356	319	350	357	330
Vertretene Betriebe	Anzahl	21 667	5 422	5 427	5 429	5 389
Betriebsstruktur						
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	22.02	17.70	19.51	22.60	28.32
Offene Ackerfläche	ha	9.95	6.77	7.88	9.96	15.24
Arbeitskräfte Betrieb	JAE	1.76	1.59	1.75	1.81	1.90
davon: Familienarbeitskräfte	FJAE	1.16	1.15	1.24	1.20	1.05
Kühe total	Anzahl	15.1	14.0	15.3	16.1	15.3
Tierbestand total	GVE	26.5	23.4	24.9	26.8	31.2
Kapitalstruktur						
Aktiven total	Fr.	997 580	903 400	907 718	1 027 022	1 153 473
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	191 485	158 394	175 764	204 242	227 794
davon: Tiervermögen total	Fr.	56 022	51 780	53 231	59 292	59 833
davon: Anlagevermögen total	Fr.	750 072	693 226	678 722	763 488	865 846
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	936 304	850 039	848 240	959 155	1 089 092
Fremdkapitalquote	%	44	47	43	41	44
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	9 290	8 036	8 452	9 938	10 747
Erfolgsrechnung						
Rohleistung	Fr.	312 962	224 005	271 135	328 107	429 429
davon: Direktzahlungen	Fr.	55 046	43 793	49 328	56 917	70 260
Sachkosten	Fr.	200 013	172 291	180 698	201 803	245 625
Betriebseinkommen	Fr.	112 949	51 714	90 437	126 304	183 804
Personalkosten	Fr.	25 702	18 348	20 842	25 868	37 841
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	8 145	8 302	7 483	7 662	9 141
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	9 648	7 169	7 513	10 148	13 789
Fremdkosten	Fr.	243 509	206 110	216 535	245 481	306 395
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	69 454	17 895	54 600	82 626	123 034
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	25 862	36 074	26 635	20 561	20 156
Gesamteinkommen	Fr.	95 316	53 969	81 235	103 187	143 190
Privatverbrauch	Fr.	79 435	66 903	74 189	82 319	94 422
Eigenkapitalbildung	Fr.	15 881	-12 933	7 046	20 869	48 768
Investitionen und Finanzierung						
Investitionen total ²	Fr.	59 747	62 444	45 670	50 910	80 186
Cashflow ³	Fr.	54 573	22 686	43 710	59 955	92 219
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	91	37	98	121	116
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	68	53	67	75	75
Finanzielle Stabilität						
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	41	18	43	51	53
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	24	16	18	26	35
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	18	35	21	12	5
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	17	31	18	12	7
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz						
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAE	64 131	32 501	51 694	69 847	96 907
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	5 131	2 929	4 639	5 582	6 508
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	12.1	6.1	10.7	13.2	16.9
Rentabilität						
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-0.8	-6.9	-3.5	0.2	5.1
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-3.1	-15.0	-7.8	-1.0	7.6
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAE	51 952	8 572	37 174	60 754	107 472
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FJAE	48 132				

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAE)

* Talregion: Talzone

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 24

Betriebsergebnisse nach Quartilen: Hügelsonne* 2009/11

Merkmal	Einheit	Mittel	sortiert nach Arbeitsverdienst			
			1. Quartil (0–25%)	2. Quartil (25–50%)	3. Quartil (50–75%)	4. Quartil (75–100%)
Referenzbetriebe	Anzahl	1 007	196	251	282	278
Vertretene Betriebe	Anzahl	13 039	3 267	3 258	3 260	3 255
Betriebsstruktur						
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	19.77	14.50	17.32	20.79	26.52
Offene Ackerfläche	ha	3.10	2.04	2.49	3.08	4.80
Arbeitskräfte Betrieb	JAE	1.59	1.39	1.55	1.64	1.77
davon: Familienarbeitskräfte	FJAE	1.21	1.07	1.29	1.30	1.19
Kühe total	Anzahl	16.9	11.8	15.7	18.8	21.3
Tierbestand total	GVE	28.1	20.1	24.8	29.3	38.2
Kapitalstruktur						
Aktiven total	Fr.	831 756	715 780	718 113	817 435	1 076 319
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	137 587	112 074	127 406	135 000	176 001
davon: Tiervermögen total	Fr.	62 257	47 056	55 567	66 526	79 934
davon: Anlagevermögen total	Fr.	631 911	556 650	535 140	615 909	820 385
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	786 908	680 550	673 471	777 894	1 016 316
Fremdkapitalquote	%	46	49	46	43	47
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	7 396	6 050	6 380	7 752	9 409
Erfolgsrechnung						
Rohleistung	Fr.	237 650	153 313	191 468	238 366	367 805
davon: Direktzahlungen	Fr.	58 655	42 869	51 460	62 008	78 341
Sachkosten	Fr.	157 504	126 478	131 038	151 210	221 448
Betriebseinkommen	Fr.	80 146	26 836	60 430	87 157	146 358
Personalkosten	Fr.	12 889	10 419	8 252	10 716	22 183
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	6 986	6 872	5 895	5 893	9 287
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	5 940	3 455	4 712	5 576	10 028
Fremdkosten	Fr.	183 319	147 223	149 898	173 395	262 945
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	54 331	6 091	41 570	64 971	104 860
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	27 538	45 509	25 023	19 852	19 720
Gesamteinkommen	Fr.	81 869	51 600	66 593	84 823	124 580
Privatverbrauch	Fr.	68 977	58 553	60 931	70 122	86 343
Eigenkapitalbildung	Fr.	12 892	-6 953	5 663	14 700	38 237
Investitionen und Finanzierung						
Investitionen total ²	Fr.	51 341	43 196	43 100	47 488	71 628
Cashflow ³	Fr.	48 088	27 674	36 478	48 058	80 239
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	94	64	91	102	113
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	68	59	68	72	74
Finanzielle Stabilität						
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	41	25	39	48	51
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	26	16	21	28	37
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	15	25	20	12	4
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	19	34	20	12	8
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz						
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAE	50 417	19 323	38 896	53 040	82 507
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	4 053	1 851	3 488	4 193	5 519
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	10.2	4.0	9.0	11.2	14.4
Rentabilität						
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-2.6	-8.7	-5.8	-2.1	3.4
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-6.5	-19.3	-12.6	-5.1	4.7
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAE	38 650	10	27 248	43 989	80 165
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FJAE	35 240				

¹ Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

² Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

³ Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

⁴ Cashflow zu Investitionen total

⁵ Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

⁶ Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

⁷ Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

⁸ Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

⁹ Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

¹⁰ (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

¹¹ (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

¹² (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAE)

* Hügelsonne: Hügelsonne und Bergzone I

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 25

Betriebsergebnisse nach Quartilen: Bergregion* 2009/11

Merkmal	Einheit	Mittel	sortiert nach Arbeitsverdienst			
			1. Quartil (0–25%)	2. Quartil (25–50%)	3. Quartil (50–75%)	4. Quartil (75–100%)
Referenzbetriebe	Anzahl	848	160	214	235	239
Vertretene Betriebe	Anzahl	12 766	3 199	3 190	3 194	3 183
Betriebsstruktur						
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	20.56	13.76	17.14	21.90	29.48
Offene Ackerfläche	ha	0.17	0.04	0.08	0.20	0.38
Arbeitskräfte Betrieb	JAE	1.57	1.35	1.64	1.63	1.66
davon: Familienarbeitskräfte	FJAE	1.32	1.19	1.44	1.38	1.26
Kühe total	Anzahl	13.4	8.2	11.9	14.7	18.9
Tierbestand total	GVE	22.0	15.4	18.7	23.2	30.9
Kapitalstruktur						
Aktiven total	Fr.	718 199	583 033	631 860	739 325	919 360
davon: Umlaufvermögen total	Fr.	111 334	74 747	101 736	118 538	150 496
davon: Tiervermögen total	Fr.	52 813	35 914	46 101	56 206	73 120
davon: Anlagevermögen total	Fr.	554 052	472 372	484 023	564 581	695 743
davon: Aktiven Betrieb	Fr.	677 675	555 431	591 292	696 517	868 183
Fremdkapitalquote	%	43	41	43	42	45
Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb ¹	Fr.	6 797	5 777	5 909	7 170	8 337
Erfolgsrechnung						
Rohleistung	Fr.	175 224	106 218	147 011	185 520	262 514
davon: Direktzahlungen	Fr.	68 122	47 306	59 277	73 240	92 773
Sachkosten	Fr.	115 197	90 593	101 960	116 604	151 775
Betriebseinkommen	Fr.	60 028	15 626	45 051	68 916	110 738
Personalkosten	Fr.	7 506	4 978	5 936	7 186	11 941
Schuldzinsen, übriger Finanzaufwand/-ertrag	Fr.	5 184	4 767	4 574	5 159	6 238
Pacht- und Mietzinsen	Fr.	3 823	2 778	3 041	4 188	5 293
Fremdkosten	Fr.	131 709	103 115	115 511	133 137	175 247
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	43 515	3 104	31 500	52 383	87 267
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	26 207	39 751	25 157	20 365	19 512
Gesamteinkommen	Fr.	69 722	42 854	56 657	72 748	106 779
Privatverbrauch	Fr.	61 359	52 140	55 236	62 250	75 868
Eigenkapitalbildung	Fr.	8 363	-9 285	1 421	10 498	30 911
Investitionen und Finanzierung						
Investitionen total ²	Fr.	42 540	35 338	30 731	38 488	65 678
Cashflow ³	Fr.	39 289	19 074	29 122	41 994	67 079
Cashflow-Investitionsverhältnis ⁴	%	93	54	99	110	103
Betriebe mit Finanzierungsüberschuss ⁵	%	67	51	70	74	74
Finanzielle Stabilität						
Betriebe mit guter finanzieller Situation ⁶	%	39	20	36	45	54
Betriebe mit beschränkter finanz. Selbständigkeit ⁷	%	22	10	16	27	36
Betriebe mit ungenügendem Einkommen ⁸	%	22	44	25	15	4
Betriebe mit bedenklicher finanzieller Situation ⁹	%	17	26	22	14	6
Verhältnis Betriebseinkommen/Faktoreinsatz						
Betriebseinkommen je Arbeitskraft	Fr./JAE	38 225	11 559	27 460	42 212	66 882
Betriebseinkommen je ha landw. Nutzfläche	Fr./ha	2 920	1 133	2 629	3 147	3 760
Verhältnis Betriebseinkommen/Aktiven Betrieb	%	8.9	2.8	7.6	9.9	12.8
Rentabilität						
Gesamtkapitalrentabilität ¹⁰	%	-5.0	-12.0	-9.2	-4.2	1.7
Eigenkapitalrentabilität ¹¹	%	-10.2	-21.9	-17.7	-8.6	1.8
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Mittelwert)	Fr./FJAE	27 847	-2 247	17 723	32 738	62 505
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft ¹² (Median)	Fr./FJAE	24 424				

1 Verzinsung zum mittleren Zinssatz der Bundesobligationen (2009: 2.22 %; 2010: 1.65 %; 2011: 1.48 %)

2 Bruttoinvestitionen (ohne Eigenleistungen) minus Subventionen und Desinvestitionen

3 Eigenkapitalbildung (ohne Eigenleistungen für Investitionen) plus Abschreibungen plus/minus Veränderungen Vorräte- und Viehvermögen

4 Cashflow zu Investitionen total

5 Anteil Betriebe mit Cashflow > Investitionen total

6 Anteil Fremdkapital <50 % und positive Eigenkapitalbildung

7 Anteil Fremdkapital >50 % und positive Eigenkapitalbildung

8 Anteil Fremdkapital <50 % und negative Eigenkapitalbildung

9 Anteil Fremdkapital >50 % und negative Eigenkapitalbildung

10 (Schuldzinsen plus kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Aktiven Betrieb

11 (kalkulatorischer Gewinn/Verlust plus Zinsanspruch Eigenkapital) zu Eigenkapital Betrieb

12 (landwirtschaftliches Einkommen minus Zinsanspruch Eigenkapital Betrieb) zu Familien-Jahresarbeitsseinheiten (FJAE)

* Bergregion: Bergzonen II bis IV

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 26

Betriebsergebnisse nach Regionen, Betriebstypen und Quartilen: 2000/02–2009/11

Einheit	Alle Betriebe		Talregion		Hügelregion		Bergregion		
Betriebsergebnisse nach Regionen	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	19.09	21.01	20.01	22.02	17.96	19.77	18.68	20.56
Familienarbeitskräfte	FJAE	1.29	1.22	1.25	1.16	1.26	1.21	1.37	1.32
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	56 203	58 320	67 865	69 454	50 826	54 331	41 789	43 515
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	18 806	26 416	17 197	25 862	20 580	27 538	19 725	26 207
Gesamteinkommen	Fr.	75 009	84 737	85 061	95 316	71 406	81 869	61 514	69 722
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft	Fr./FJAE	32 906	41 280	41 391	51 952	30 537	38 650	21 896	27 847

Einheit	Ackerbau		Spezialkulturen		Verkehrsmilch		Mutterkühe		
Betriebsergebnisse nach Betriebstypen	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	24.23	26.12	12.57	13.51	18.65	21.42	17.27	20.40
Familienarbeitskräfte	FJAE	1.10	0.90	1.36	1.27	1.34	1.31	1.10	1.10
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	69 492	65 509	73 163	88 348	50 192	55 123	39 811	40 171
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	22 200	32 199	14 907	22 976	18 215	23 122	31 247	38 000
Gesamteinkommen	Fr.	91 693	97 708	88 070	111 324	68 406	78 244	71 058	78 172
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft	Fr./FJAE	49 026	63 502	40 617	61 749	28 231	36 194	24 120	30 384

Einheit	Anderes Rindvieh		Pferde/Schafe/ Ziegen		Veredlung		
Betriebsergebnisse nach Betriebstypen	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	15.90	18.10	13.64	13.26	11.30	11.37
Familienarbeitskräfte	FJAE	1.27	1.22	1.20	1.04	1.15	1.08
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	33 665	32 766	21 767	26 382	64 009	59 505
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	21 325	29 708	29 559	38 468	17 090	31 288
Gesamteinkommen	Fr.	54 990	62 474	51 326	64 850	81 099	90 793
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft	Fr./FJAE	18 432	22 391	10 267	19 869	42 428	46 791

	Einheit	Kombiniert Verkehrsmilch/ Ackerbau		Kombiniert Mutterkühe		Kombiniert Veredlung		Kombiniert Andere	
Betriebsergebnisse nach Betriebstypen		2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	24.94	29.38	21.79	24.75	19.39	21.92	20.29	23.22
Familienarbeitskräfte	FJAE	1.33	1.27	1.16	1.13	1.29	1.27	1.27	1.21
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	70 405	73 665	57 703	52 801	69 752	76 889	56 658	60 033
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	14 369	20 692	26 966	33 466	15 977	21 026	19 538	25 784
Gesamteinkommen	Fr.	84 774	94 357	84 669	86 267	85 730	97 915	76 197	85 817
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft	Fr./FJAE	40 656	50 453	37 282	38 854	41 244	52 680	33 830	42 312

Einheit	1. Quartil (0–25%)		2. Quartil (25–50%)		3. Quartil (50–75%)		4. Quartil (75–100%)		
Betriebsergebnisse nach Quartilen	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	2000/02	2009/11	
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	14.41	15.53	17.05	18.78	19.82	21.98	25.08	27.76
Familienarbeitskräfte	FJAE	1.26	1.16	1.36	1.32	1.33	1.27	1.20	1.12
Landwirtschaftliches Einkommen	Fr.	18 967	9 195	43 840	43 437	63 938	69 364	98 108	111 364
Ausserlandwirtschaftliches Einkommen	Fr.	28 621	39 947	18 171	24 512	15 535	21 544	12 888	19 652
Gesamteinkommen	Fr.	47 588	49 142	62 011	67 949	79 473	90 908	110 996	131 015
Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft	Fr./FJAE	4 883	2 229	23 160	27 555	37 512	47 876	68 236	90 507

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Ausgaben des Bundes

Ausgaben für Produktion und Absatz

Tabelle 27

Ausgaben Absatzförderung

Sektoren / Produkt-Markt-Bereich	Rechnung 2010 Fr.	Rechnung 2011 ¹ Fr.	Verfügt 2012 Fr.
Milchproduktion	30 985 596	32 339 700	31 261 700
Käse Inland / Ausland ²	22 822 396	23 375 000	22 000 000
Milch und Butter	8 163 200	8 163 200	8 163 200
Zusatzbetrag für Export Käse ³		801 500	1 098 500
Tierproduktion	6 597 000	6 475 438	7 893 300
Fleisch	4 806 000	4 836 400	6 000 000
Eier	1 066 000	1 115 905	1 132 300
Fische	0	0	0
Lebende Tiere	625 000	443 899	661 000
Honig	100 000	79 235	100 000
Pflanzenbau	6 695 269	6 519 861	7 454 379
Gemüse	886 623	537 900	624 600
Pilze	250 000	207 658	235 000
Obst	2 327 500	2 402 200	2 327 650
Getreide	369 166	285 076	342 400
Kartoffeln	613 250	537 900	573 250
Ölsaaten	382 110	418 187	431 479
Zierpflanzen	420 000	420 000	420 000
Wein	1 446 620	1 710 940	2 500 000
Agrotourismus ⁴	284 000	415 000	280 000
Pilotprojekte Ausland ⁵	550 000	521 072	400 000
Gemeinsame Massnahmen	3 168 500	2 629 574	3 042 500
Übergreifende Massnahmen (Bio, IP)	4 164 590	4 071 393	4 300 000
Öffentlichkeitsarbeit	2 778 410	2 782 108	2 815 000
Kleinprojekte und Sponsoring			
National	55 223 365	55 754 147	57 446 879
Regional	2 861 690	2 807 112	3 242 250
Total	58 085 055	58 561 259	60 689 129

1 Definitiver Rechnungsabschluss fallweise noch offen

2 Für 2011 nicht definitiv, Korrekturen Käse Ausland möglich

3 Zusatzbetrag für Export Käse aufgrund der Frankenstärke

4 Neu gemäss Artikel 10 Landwirtschaftliche Absatzförderungsverordnung

5 Neu ab 2009

Quelle: BLW

Tabelle 28

Ausgaben Milchwirtschaft

Bezeichnung	Rechnung 2010 Fr.	Rechnung 2011 Fr.	Budget 2012 Fr.
Marktstützung			
Zulage für verkäste Milch	256 292 300	259 457 744	264 118 000
Zulage für Fütterung ohne Silage	32 707 700	32 542 256	33 882 000
	289 000 000	292 000 000	298 000 000
Administration Milchproduktion und -verwertung	2 943 528	3 310 725	3 500 000
Total	291 943 528	295 310 725	301 500 000

Quellen: Staatsrechnung, BLW

Tabelle 29

Ausgaben Viehwirtschaft

Bezeichnung	Rechnung 2010 Fr.	Rechnung 2011 Fr.	Budget 2012 Fr.
Entschädigung an private Organisationen Schlachtvieh und Fleisch	6 182 500	6 182 500	6 500 000
Marktstützung Fleisch			
Einlagerungsbeiträge für Kalbfleisch	1 068 627	3 198 017	4 114 300
	1 068 627	3 198 017	4 114 300
Marktstützung Eier			
Verbilligungsaktionen	500 000	451 084	500 000
Aufschlagsaktionen	1 500 000	1 381 531	1 500 000
	2 000 000	1 832 615	2 000 000
Schafwolle			
Verwertungsbeiträge Schafwolle	274 532	209 370	253 240
Beiträge für innovative Projekte Schafwolle	471 056	508 360	546 760
	745 588	717 730	800 000
Beiträge für die Geräte und/oder Ausrüstungen von öffentlichen Märkten im Berggebiet	19 010	97 617	150 000
Finanzhilfe Qualitätssicherung Fleisch	220 000	394 902	0
Total	10 235 725	12 423 381	13 564 300
Massnahmen gegen die BSE: Entsorgung tierische Nebenprodukte	47 700 000	48 056 764	48 100 000
Einnahmen Tierverkehr	-10 500 000	-10 334 966	-10 300 000
Betriebsausgaben Tierverkehr	9 200 000	11 066 452	11 113 500

Quellen: Staatsrechnung, BLW

Tabelle 30

Ausgaben Tierzucht

Tierart und Massnahmen	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Budget 2012	anerkannte Zucht- organisationen 2011	Rassen 2011
	Fr.	Fr.	Fr.	Anzahl	Anzahl
Rinder	24 304 246	24 092 325	23 678 725	6	40
Herdebuchführung	5 597 390	5 603 980	5 484 000		
Exterieurbeurteilungen	1 308 192	1 301 832	1 243 600		
Milchleistungsprüfungen	17 127 744	16 873 083	16 665 125		
Fleischleistungsprüfungen	270 920	313 430	286 000		
Pferde	1 701 860	1 899 040	2 064 540	14	54
Identifizierte und registrierte Fohlen	1 393 800	1 447 400	1 572 000		
Leistungsprüfungen	280 360	430 140	415 740		
Hengstprüfungen in einer Station	10 500	8 500	10 000		
Hengstprüfungen im Felde	17 200	13 000	66 800		
Schweine	3 399 027	3 400 000	3 403 480	3	10
Herdebuchführung	1 272 285	1 262 565	1 089 000		
Feldprüfungen	189 737	181 191	186 480		
Stationsprüfungen	1 437 005	1 457 630	1 628 000		
Infrastruktur	500 000	498 614	500 000		
Schafe	2 016 025	2 020 900	2 032 875	6	17
Herdebuchführung	2 016 025	2 020 900	2 032 875		
Ziegen und Milchschafe	1 796 358	1 799 834	1 802 181	4	13
Herdebuchführung	1 347 360	1 431 040	1 272 915		
Milchleistungsprüfungen	406 278	338 676	479 766		
Aufzuchtleistungsprüfungen (Ziegen)	42 720	30 118	49 500		
Neuweltkameliden	33 588	34 524	42 300	1	4
Herdebuchführung	33 588	34 524	42 300		
Honigbienen	62 245	66 195	127 860	1	3
Herdebuchführung	2 520	3 320	8 160		
Rassenreinheit der Königinnen	1 575	2 075	5 100		
Leistungsprüfung im Prüfstand mit verdeckter Ringprüfung	22 050	26 075	58 800		
Leistungsprüfung im Prüfstand mit offener Ringprüfung	0	425	1 800		
Belegstation A	28 000	28 000	36 000		
Belegstation B	8 100	6 300	18 000		
Erhaltung gefährdeter Schweizer Rassen	1 127 591	1 165 854	1 360 210		
Erhaltung der Freiburger-Pferderasse	931 200	888 800	1 000 000		
Projekte	196 391	277 054	360 210		
Forschungsprojekte tiergenetische Ressourcen	0	0	0		
Total	34 440 940	34 478 672	34 512 171	35	

Quellen: Staatsrechnung und Zuchtorganisationen

Tabelle 31

Ausgaben Pflanzenbau

Bezeichnung	Rechnung 2010 Fr.	Rechnung 2011 Fr.	Budget 2012 Fr.
Ackerbaubeiträge	65 894 870	68 761 798	72 360 500
Flächenbeiträge für Ölsaaten	26 168 244	26 271 256	27 130 500
Flächenbeiträge für Körnerleguminosen	3 812 951	3 797 995	3 900 000
Flächenbeiträge für Faserpflanzen	225 505	203 933	230 000
Flächenbeiträge für Zuckerrüben	33 638 486	36 466 296	39 000 000
Flächenbeiträge für Saatgut (ab 2009)	2 049 684	2 022 318	2 100 000
Verarbeitungs- und Verwertungsbeiträge	2 911 482	4 555 990	3 425 000
Zuckerrübenverarbeitung	0	0	0
Ölsaatenverarbeitung	0	0	0
Kartoffelverarbeitung	0	0	0
Saatgutproduktion	0	0	0
Obstverwertung	2 894 184	4 543 830	3 325 000
Pilot- und Demonstrationsanlagen	17 298	12 160	100 000
Förderung des Weinbaus	1 270 793	1 470 569	868 600
Weinlesekontrolle	842 823	841 883	868 600
Umstellungsbeiträge Weinbau	427 970	628 686	0
EHEC-Entschädigungen		2 897 518	
Total	70 077 145	77 685 875	76 654 100

Quellen: Staatsrechnung, BLW

Ausgaben für Direktzahlungen

Tabelle 32

Entwicklung der Direktzahlungen

Beitragsart	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	1 000 Fr.	1 000 Fr.	1 000 Fr.	1 000 Fr.	1 000 Fr.	1 000 Fr.	1 000 Fr.	1 000 Fr.
Allgemeine Direktzahlungen	1 993 915	1 999 606	2 007 181	2 070 357	1 986 617	2 190 245	2 201 118	2 192 112
Flächenbeiträge	1 317 773	1 319 595	1 319 103	1 275 681	1 200 649	1 225 518	1 221 166	1 217 595
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	286 120	291 967	301 213	412 813	406 223	509 591	510 283	508 159
Beiträge für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	284 023	282 220	281 258	277 786	276 528	352 540	354 306	352 412
Allgemeine Hangbeiträge	95 308	94 768	94 227	92 671	91 721	91 015	104 044	102 642
Hangbeiträge für Rebflächen in Steil- und Terrassenlagen	10 691	11 056	11 380	11 407	11 496	11 581	11 318	11 303
Ökologische Direktzahlungen	494 695	506 895	518 211	523 533	539 064	566 108	597 955	618 037
Ökobeiträge	207 458	213 582	216 999	217 737	224 514	234 928	249 710	265 165
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	125 665	126 023	126 976	126 928	122 911	123 014	128 715	133 462
Beiträge nach der Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)	23 007	27 442	30 256	32 107	43 093	54 902	61 978	71 479
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps (Extenso-Produktion)	30 824	31 516	31 094	30 629	30 529	29 075	29 336	28 983
Beiträge für den biologischen Landbau	27 962	28 601	28 672	28 074	27 980	27 937	29 680	31 241
Beiträge für die besonders tierfreundliche Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere	-	-	-	-	-	-	-	-
Ethobeiträge	190 651	195 767	203 247	207 796	216 590	222 950	225 632	228 894
Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme (BTS)	46 517	47 089	49 749	51 602	56 025	59 890	61 729	63 908
Beiträge für regelmässigen Auslauf im Freien (RAUS)	144 134	148 678	153 498	156 194	160 565	163 060	163 903	164 986
Sommerungsbeiträge	91 066	91 610	91 696	92 110	91 711	98 008	101 275	101 529
Gewässerschutzbeiträge- und Ressourcenprogrammbeiträge	5 521	5 936	6 270	5 890	6 249	10 223	21 339	22 449
Kürzungen	18 120	20 378	25 820	18 851	20 667	14 668	9 839	10 935
Total Direktzahlungen	2 470 490	2 486 122	2 499 572	2 575 039	2 505 014	2 741 686	2 789 234	2 799 214

Anmerkung: Ein direkter Vergleich mit den Angaben der Staatsrechnung ist nicht möglich. Die Werte betreffend Direktzahlungen beziehen sich auf das gesamte Beitragsjahr; die Staatsrechnung dagegen wiedergibt die getätigten Ausgaben während eines Kalenderjahrs. Bei den Kürzungen handelt es sich um Abzüge aufgrund von gesetzlichen und administrativen Begrenzungen und Sanktionen.

Quelle: BLW

Tabelle 33a

Allgemeine Direktzahlungen 2011

	Flächenbeiträge			Beiträge für Raufutter verzehrende Nutztiere		
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	RGVE Anzahl	Total Beiträge Fr.
Kanton						
ZH	3 246	69 928	89 830 218	2 531	55 966	29 415 184
BE	11 127	186 221	222 542 423	10 441	185 438	98 393 102
LU	4 635	76 254	87 664 032	4 381	89 634	46 729 401
UR	588	6 678	6 936 866	583	7 223	4 328 079
SZ	1 529	23 739	24 843 322	1 509	27 397	15 248 718
OW	622	7 666	7 989 767	616	11 061	5 787 504
NW	460	6 013	6 263 691	459	7 970	4 160 995
GL	369	6 812	7 109 104	367	7 683	4 204 881
ZG	509	10 223	11 401 798	494	11 854	6 119 379
FR	2 807	74 350	90 547 768	2 522	78 951	39 299 763
SO	1 294	31 227	38 516 211	1 171	26 334	14 105 638
BL	867	21 225	25 176 519	753	17 555	9 378 577
SH	536	14 184	19 904 930	326	6 592	3 723 370
AR	670	11 721	12 176 145	664	13 860	7 226 931
AI	476	7 045	7 323 512	469	8 024	4 108 382
SG	3 858	69 942	75 515 850	3 722	89 215	45 960 583
GR	2 355	53 284	55 854 527	2 293	48 074	29 142 771
AG	2 792	58 146	76 613 735	2 268	47 430	25 460 195
TG	2 369	48 364	61 566 749	1 945	49 350	24 054 745
TI	791	12 968	14 242 274	626	10 295	5 985 875
VD	3 520	105 906	142 017 497	2 398	65 516	35 076 175
VS	3 040	35 334	40 705 207	1 939	26 742	15 700 612
NE	815	31 320	33 834 386	733	26 004	13 459 053
GE	275	10 379	14 259 825	96	1 984	1 218 455
JU	996	39 248	44 758 539	955	35 787	19 870 728
Schweiz	50 546	1 018 177	1 217 594 895	44 261	955 939	508 159 096
Zone¹						
Tal	21 559	476 211	632 397 844	16 457	395 424	202 856 511
Hügel	7 185	140 371	164 475 031	6 723	148 832	77 209 160
BZ I	6 572	116 833	126 267 517	6 353	136 860	71 173 838
BZ II	7 994	152 685	158 200 893	7 561	155 061	84 985 177
BZ III	4 690	82 727	85 676 507	4 636	78 424	46 872 434
BZ IV	2 546	49 350	50 577 103	2 531	41 336	25 061 976

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 33b

Allgemeine Direktzahlungen 2011

	Tierhaltung unter erschwerenden Bedingungen			Allgemeine Hangbeiträge			Hangbeiträge Steil- und Terrassenlagen im Rebbau		
	Betriebe Anzahl	RGVE Anzahl	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.
Kanton									
ZH	759	17 673	5 399 642	727	4 883	2 290 971	190	186	355 170
BE	7 939	141 638	81 085 242	7 356	46 164	22 331 388	65	103	410 180
LU	3 084	60 275	24 706 872	3 004	20 111	9 587 079	22	22	38 840
UR	583	7 223	6 509 625	543	4 769	2 709 484	3	1	1 815
SZ	1 387	24 906	14 551 892	1 357	10 028	4 968 531	11	11	21 480
OW	593	10 474	6 277 505	572	4 475	2 438 584	2	2	5 010
NW	436	7 461	4 149 503	428	3 266	1 718 529	0		
GL	341	6 938	4 866 997	337	3 072	1 533 785	1	2	7 650
ZG	344	7 502	3 489 764	340	2 914	1 398 368	3	1	1 815
FR	1 600	53 278	20 321 398	1 321	6 926	3 095 340	15	14	22 973
SO	581	14 410	5 809 285	544	4 684	2 017 258	0		
BL	641	15 065	4 574 266	627	5 307	2 339 896	43	39	66 825
SH	119	2 654	483 744	142	943	394 670	120	100	166 285
AR	663	13 840	8 498 066	668	5 879	2 653 959	5	7	23 010
AI	468	8 018	5 586 489	465	2 930	1 333 984	0		
SG	2 737	61 980	27 267 247	2 660	20 182	10 014 454	68	105	333 145
GR	2 261	47 380	46 580 846	2 219	29 334	15 131 868	26	19	39 150
AG	1 088	22 954	4 889 332	1 090	7 315	3 165 459	139	177	302 025
TG	173	4 644	1 256 848	151	1 218	624 855	68	94	143 670
TI	572	9 247	7 677 490	499	3 156	1 628 781	163	159	330 805
VD	1 182	37 670	15 713 331	891	5 421	2 427 851	440	734	2 481 585
VS	1 889	25 579	23 021 191	1 790	11 245	5 901 973	1 111	1 781	6 306 677
NE	682	24 653	15 414 909	542	3 348	1 400 503	57	76	154 560
GE	1	68	1 067	0	0	0	39	53	84 590
JU	732	26 795	14 279 576	547	3 542	1 534 625	3	4	6 030
Schweiz	30 855	652 325	352 412 127	28 820	211 111	102 642 195	2 594	3 690	11 303 290
Zone¹									
Tal	3 078	92 355	8 838 318	2 160	6 116	2 812 637	1 639	2 399	7 170 258
Hügel	6 712	148 606	43 429 311	6 313	34 858	15 441 439	218	309	870 521
BZ I	6 347	136 783	65 382 828	6 075	43 338	20 234 056	175	219	654 198
BZ II	7 552	154 849	110 921 269	7 164	56 222	27 359 795	425	712	2 414 507
BZ III	4 636	78 428	75 344 658	4 591	43 659	22 507 278	96	39	144 861
BZ IV	2 530	41 303	48 495 743	2 517	26 919	14 286 990	41	13	48 945

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 34a

Ökobeiträge 2011

	Ökologischer Ausgleich ¹			Biologischer Landbau			Extensive Produktion von Getreide und Raps		
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.
Kanton									
ZH	3 242	9 820	14 140 371	318	6 815	2 552 281	1 409	6 361	2 537 639
BE	10 891	18 954	19 572 259	1 131	18 082	4 744 946	3 872	12 251	4 900 459
LU	4 636	9 191	10 857 968	283	4 761	1 348 560	1 006	2 782	1 112 896
UR	585	1 339	682 777	55	862	173 804	0	0	0
SZ	1 514	3 441	3 040 227	157	2 579	526 625	10	11	4 480
OW	622	1 097	895 503	168	2 247	452 673	0	0	0
NW	457	937	735 175	66	913	186 552	0	0	0
GL	361	871	552 481	77	1 448	290 388	2	3	1 204
ZG	511	1 746	1 975 114	71	1 365	318 693	53	147	58 884
FR	2 731	6 502	7 381 037	127	2 931	1 098 718	1 000	5 403	2 161 126
SO	1 291	4 447	5 702 769	114	3 165	883 708	633	3 411	1 358 915
BL	868	3 433	4 464 595	121	2 750	818 294	534	2 753	1 087 692
SH	522	1 844	2 821 690	21	552	280 741	318	2 468	968 933
AR	625	854	691 060	111	2 206	442 835	1	1	297
AI	423	523	383 980	20	299	59 906	0	0	0
SG	3 827	8 039	8 782 403	397	7 177	1 638 025	205	505	198 865
GR	2 349	15 810	6 936 618	1 293	30 824	6 405 032	201	616	246 484
AG	2 789	8 067	11 555 972	212	4 233	1 794 178	1 464	7 066	2 825 364
TG	2 348	5 340	7 685 004	238	4 553	1 945 335	783	3 246	1 297 187
TI	753	1 660	1 298 171	117	1 981	472 925	54	208	83 036
VD	3 334	9 945	13 131 787	144	3 531	1 488 255	1 712	16 391	6 550 383
VS	1 789	4 168	2 452 635	293	5 136	1 498 066	123	268	107 407
NE	599	1 752	1 611 013	45	1 328	344 753	266	2 177	870 736
GE	273	1 195	2 087 805	13	395	273 663	197	3 433	1 316 985
JU	954	3 426	4 023 091	99	3 766	1 202 503	437	3 246	1 293 769
Schweiz	48 294	124 404	133 461 503	5 691	113 900	31 241 459	14 280	72 747	28 982 741
Zone²									
Tal	20 862	53 293	78 679 960	1 219	24 801	11 624 702	8 921	53 245	21 194 593
Hügel	7 101	17 883	21 909 239	591	11 313	3 511 411	3 295	13 167	5 254 244
BZ I	6 343	11 634	10 712 107	697	11 913	2 742 670	1 516	5 038	2 014 735
BZ II	7 164	14 840	10 599 236	1 084	19 959	4 110 629	411	1 159	463 708
BZ III	4 385	13 300	6 273 153	1 197	24 499	4 989 234	92	110	44 205
BZ IV	2 439	13 454	5 287 809	903	21 415	4 262 813	45	28	11 256

1 Hochstammobstbäume umgerechnet in Aren

2 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 34b

Ethobeiträge 2011

	Besonders tierfreundliche Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere		
	Betriebe Anzahl	GVE Anzahl	Total Beiträge Fr.
Kanton			
ZH	2 010	52 527	12 608 716
BE	8 932	198 059	43 764 104
LU	3 849	117 719	28 907 121
UR	434	5 645	1 154 032
SZ	1 118	22 556	4 928 133
OW	472	9 684	2 241 037
NW	289	6 061	1 422 790
GL	304	6 519	1 372 022
ZG	396	12 005	2 762 071
FR	2 361	86 848	20 219 190
SO	1 021	27 105	6 239 052
BL	615	16 473	4 121 597
SH	267	9 110	2 242 517
AR	589	14 368	3 083 436
AI	400	10 201	2 348 494
SG	2 974	85 080	19 485 886
GR	2 191	46 911	10 652 386
AG	1 729	48 365	12 247 024
TG	1 695	57 515	13 675 632
TI	561	9 345	2 060 115
VD	2 091	65 640	15 319 431
VS	1 271	18 587	3 707 886
NE	649	24 250	5 503 604
GE	78	1 652	385 500
JU	897	36 026	8 442 332
Schweiz	37 193	988 251	228 894 108
Zone¹			
Tal	14 016	447 415	107 329 395
Hügel	5 691	157 766	37 568 864
BZ I	5 268	133 970	30 453 055
BZ II	6 254	145 058	31 628 089
BZ III	3 830	68 223	14 379 606
BZ IV	2 134	35 819	7 535 099

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 35a

Beiträge für den ökologischen Ausgleich 2011

	Extensiv genutzte Wiesen			Wenig intensiv genutzte Wiesen		
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.
Kanton						
ZH	3 043	5 916	8 376 773	479	355	106 518
BE	8 586	9 846	10 362 891	4 270	3 838	1 154 574
LU	4 279	5 035	5 401 133	974	731	219 259
UR	410	692	334 454	396	476	142 773
SZ	1 168	1 238	896 621	313	222	66 516
OW	564	701	446 166	148	83	24 939
NW	389	565	358 446	141	99	29 643
GL	339	653	395 577	106	95	28 386
ZG	420	533	612 616	154	106	31 895
FR	1 927	3 296	4 368 998	1 350	1 907	572 776
SO	1 189	2 865	3 625 147	314	409	122 746
BL	774	1 587	1 888 293	316	379	113 763
SH	502	1 300	1 816 280	59	80	23 916
AR	392	254	183 143	312	203	60 948
AI	290	188	133 102	117	75	22 536
SG	3 078	3 204	3 509 090	1 167	762	228 507
GR	2 096	8 583	4 164 460	1 974	6 662	1 997 948
AG	2 598	5 108	6 949 442	536	397	119 094
TG	1 960	2 401	3 536 816	611	397	119 027
TI	535	812	678 102	330	540	162 036
VD	2 922	6 368	8 634 781	813	1 497	449 031
VS	854	1 228	834 984	1 249	2 332	700 975
NE	466	1 027	1 103 669	239	545	163 542
GE	265	855	1 280 540	8	9	2 769
JU	730	1 800	2 186 106	403	719	215 778
Schweiz	39 776	66 056	72 077 627	16 779	22 919	6 879 895
Zone ¹						
Tal	18 949	32 592	47 724 608	4 077	3 512	1 054 173
Hügel	5 847	8 712	10 230 208	2 430	2 386	716 660
BZ I	4 658	4 864	3 627 908	2 496	2 233	671 001
BZ II	5 141	6 271	4 251 391	3 113	3 791	1 138 306
BZ III	3 235	6 996	3 246 766	2 692	4 667	1 400 907
BZ IV	1 946	6 621	2 996 746	1 971	6 329	1 898 848

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 35b

Beiträge für den ökologischen Ausgleich 2011

	Streuflächen			Hecken, Feld- und Ufergehölze		
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.
Kanton						
ZH	1 127	1 492	2 038 196	1 083	224	557 024
BE	746	570	371 039	2 187	419	974 635
LU	554	387	343 787	1 620	334	797 686
UR	77	71	54 184	4	0	1 127
SZ	871	1 275	1 006 275	132	14	30 756
OW	156	89	83 669	87	7	15 754
NW	120	94	76 542	22	2	4 895
GL	76	69	46 374	7	1	1 624
ZG	318	549	439 857	306	55	125 159
FR	122	65	64 531	843	278	679 648
SO	4	1	1 000	383	109	264 227
BL	0			294	103	248 873
SH	9	7	10 515	272	79	197 580
AR	266	196	139 463	76	11	22 686
AI	218	209	146 601	60	10	21 651
SG	1 684	1 793	1 516 609	632	94	222 331
GR	264	144	68 184	540	81	168 552
AG	166	162	239 732	1 269	355	879 976
TG	173	100	142 233	422	84	209 866
TI	58	62	65 007	39	11	25 153
VD	141	119	96 910	1 074	409	1 001 704
VS	31	17	9 604	84	16	35 070
NE	8	5	3 507	107	46	104 181
GE	3	2	2 460	116	34	83 800
JU	47	28	25 986	423	207	481 962
Schweiz	7 239	7 504	6 992 261	12 082	2 984	7 155 921
Zone¹						
Tal	1 949	2 131	3 103 937	6 510	1 663	4 148 382
Hügel	838	691	831 404	2 278	621	1 544 963
BZ I	1 085	859	682 641	1 405	335	710 826
BZ II	2 091	2 620	1 805 063	1 227	270	568 888
BZ III	919	849	408 757	508	80	154 597
BZ IV	357	353	160 460	154	15	28 265

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 35c

Beiträge für den ökologischen Ausgleich 2011

	Buntbrachen			Rotationsbrachen		
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.
Kanton						
ZH	275	189	528 453	70	77	176 985
BE	232	200	560 420	30	29	67 798
LU	30	20	56 868	12	15	34 776
UR	0	0	0	0	0	0
SZ	0	0	0	1	0	575
OW	0	0	0	0	0	0
NW	0	0	0	0	0	0
GL	0	0	0	0	0	0
ZG	10	7	19 740	1	0	920
FR	184	178	498 005	20	28	63 304
SO	49	58	162 085	19	25	57 578
BL	95	94	263 088	34	46	105 547
SH	168	154	430 052	12	7	16 399
AR	0	0	0	0	0	0
AI	0	0	0	0	0	0
SG	23	20	56 336	2	1	1 426
GR	19	15	42 364	4	10	22 264
AG	367	157	438 704	74	92	211 577
TG	98	95	267 092	15	17	37 996
TI	2	3	8 484	6	12	28 152
VD	288	411	1 151 976	64	112	256 956
VS	4	5	14 587	1	4	8 606
NE	21	31	86 828	4	1	3 381
GE	68	154	432 404	34	92	210 795
JU	63	74	205 912	6	13	29 371
Schweiz	1 996	1 865	5 223 398	409	580	1 334 406
Zone ¹						
Tal	1 684	1 633	4 574 638	347	485	1 116 230
Hügel	303	227	636 552	61	92	211 713
BZ I	6	3	8 344	0	0	0
BZ II	3	1	3 864	1	3	6 463
BZ III	0	0	0	0	0	0
BZ IV	0	0	0	0	0	0

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 35d

Beiträge für den ökologischen Ausgleich 2011

	Ackerschonstreifen			Saum auf Ackerfläche			Hochstamm-Feldobstbäume		
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	Bäume Anzahl	Total Beiträge Fr.
Kanton									
ZH	10	5	6 565	31	8	19 021	2 292	155 437	2 330 837
BE	17	8	10 677	43	9	19 945	7 552	403 421	6 050 280
LU	3	2	2 639	11	2	5 244	3 873	266 430	3 996 576
UR	0	0	0	0	0	0	210	10 016	150 240
SZ	0	0	0	0	0	0	955	69 299	1 039 485
OW	0	0	0	0	0	0	407	21 665	324 975
NW	0	0	0	0	0	0	332	17 710	265 650
GL	0	0	0	0	0	0	131	5 368	80 520
ZG	1	2	2 717	10	2	5 382	456	49 120	736 828
FR	9	3	3 463	45	11	25 247	1 671	73 671	1 105 065
SO	4	3	4 355	6	1	2 501	1 042	97 542	1 463 130
BL	0	0	0	22	9	21 091	813	121 596	1 823 940
SH	1	0	130	3	1	1 633	336	21 679	325 185
AR	0	0	0	0	0	0	323	18 988	284 820
AI	0	0	0	0	0	0	71	4 006	60 090
SG	2	1	1 612	3	1	1 633	2 634	216 324	3 244 859
GR	9	1	1 456	0	0	0	539	31 426	471 390
AG	3	0	520	153	28	64 837	2 304	176 806	2 652 090
TG	4	1	1 183	8	3	6 716	1 918	224 291	3 364 075
TI	0	0	0	1	0	1 012	253	22 015	330 225
VD	25	25	32 604	10	4	8 050	1 779	99 985	1 499 775
VS	1	0	637	3	1	1 955	764	56 414	846 217
NE	0	0	0	0	0	0	161	9 727	145 905
GE	1	0	65	3	0	1 127	104	4 923	73 845
JU	7	3	3 718	10	2	4 738	617	57 968	869 520
Schweiz	97	56	72 341	362	83	190 132	31 537	2 235 827	33 535 522
Zone¹									
Tal	66	41	52 962	279	66	151 710	15 027	1 117 014	16 753 320
Hügel	20	12	15 596	67	13	30 325	6 168	512 786	7 691 818
BZ I	3	2	3 042	15	3	7 660	5 172	333 379	5 000 685
BZ II	0	0	0	1	0	437	3 659	188 323	2 824 824
BZ III	5	0	546	0	0	0	1 244	70 772	1 061 580
BZ IV	3	0	195	0	0	0	267	13 553	203 295

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 36

Beiträge für biologische Qualität und Vernetzung 2011

	Biologische Qualität ¹		Vernetzung ¹		Beiträge Bund	
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Betriebe Anzahl	Total Beiträge Fr.
Kanton						
ZH	1 602	3 049	1 700	4 578	2 108	6 168 778
BE	4 402	4 444	8 920	18 468	9 137	15 423 048
LU	2 776	3 147	2 088	5 055	3 215	7 133 485
UR	315	658	352	1 000	442	810 538
SZ	1 242	2 854	1 075	3 152	1 296	4 032 253
OW	406	602	279	606	424	758 885
NW	306	590	268	607	342	776 122
GL	216	419	96	336	234	404 960
ZG	425	943	403	1 434	471	2 076 324
FR	516	689	785	2 273	1 059	2 168 326
SO	471	892	386	966	715	1 537 263
BL	619	1 808	564	1 788	635	1 825 771
SH	216	458	196	642	266	927 060
AR	290	303	183	254	305	467 177
AI	249	257	261	335	306	458 476
SG	2 251	3 237	1 820	4 024	2 638	5 834 049
GR	1 709	5 544	1 578	7 301	1 766	6 498 883
AG	1 033	2 662	761	3 072	1 043	4 284 199
TG	925	978	1 818	2 742	1 955	3 036 372
TI	260	619	103	584	284	630 296
VD	1 274	2 815	756	2 868	1 604	2 952 458
VS	470	908	157	809	531	737 337
NE	374	1 049	144	545	428	599 623
GE	49	71	0	0	49	45 388
JU	424	1 811	300	2 004	521	1 892 233
Schweiz	22 820	40 808	24 993	65 442	31 774	71 479 303
Zone						
Tal	8 024	11 055	9 602	21 031	12 322	26 224 027
Hügel	3 546	5 664	3 452	8 346	4 589	11 051 083
BZ I	3 102	4 311	3 505	7 182	4 390	8 588 462
BZ II	4 064	8 429	4 222	11 650	5 327	12 566 307
BZ III	2 545	6 387	2 794	9 972	3 296	7 536 952
BZ IV	1 539	4 962	1 418	7 261	1 850	5 512 472

1 Hochstamm umgerechnet in Aren

Quelle: BLW

Tabelle 37

Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps 2011

	Brotgetreide		Futtergetreide		Raps		Total
	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Betriebe Anzahl	Fläche ha	Total Beiträge Fr.
Kanton							
ZH	1 164	4 712	710	1 457	80	192	2 537 639
BE	2 285	6 561	2 798	5 508	79	183	4 900 459
LU	653	1 492	580	1 123	78	167	1 112 896
UR	0	0	0	0	0	0	0
SZ	1	1	9	10	0	0	4 480
OW	0	0	0	0	0	0	0
NW	0	0	0	0	0	0	0
GL	0	0	2	3	0	0	1 204
ZG	26	65	30	62	6	21	58 884
FR	712	3 471	659	1 837	27	95	2 161 126
SO	473	2 030	459	1 297	36	85	1 358 915
BL	364	1 460	417	1 234	17	58	1 087 692
SH	309	2 063	113	297	35	109	968 933
AR	0	0	1	1	0	0	297
AI	0	0	0	0	0	0	0
SG	75	193	148	278	18	34	198 865
GR	118	348	135	236	13	31	246 484
AG	1 246	4 653	920	2 233	79	180	2 825 364
TG	667	2 439	382	717	43	90	1 297 187
TI	29	130	28	77	0	0	83 036
VD	1 340	10 458	1 160	4 399	392	1 533	6 550 383
VS	81	219	51	48	1	1	107 407
NE	143	858	242	1 215	31	104	870 736
GE	186	2 424	161	939	16	71	1 316 985
JU	264	1 671	338	1 439	33	137	1 293 769
Schweiz	10 136	45 248	9 343	24 411	984	3 089	28 982 741
Zone¹							
Tal	7 324	36 862	5 050	13 898	779	2 484	21 194 593
Hügel	2 093	6 631	2 494	6 064	161	473	5 254 244
BZ I	562	1 480	1 341	3 441	40	117	2 014 735
BZ II	106	219	360	926	4	15	463 708
BZ III	34	43	66	67	0	0	44 205
BZ IV	17	13	32	15	0	0	11 256

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 38

Beiträge für besonders tierfreundliche Haltung von Nutztieren 2011

	Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme			Regelmässiger Auslauf im Freien		
	Betriebe Anzahl	GVE Anzahl	Total Beiträge Fr.	Betriebe Anzahl	GVE Anzahl	Total Beiträge Fr.
Kanton						
ZH	1 300	35 875	3 806 166	1 936	48 393	8 802 550
BE	3 921	85 884	10 239 790	8 798	184 913	33 524 314
LU	2 747	83 641	10 049 394	3 753	103 240	18 857 727
UR	118	1 498	141 111	433	5 619	1 012 921
SZ	457	9 214	1 023 050	1 101	21 536	3 905 083
OW	268	5 380	569 498	467	9 171	1 671 539
NW	169	3 688	431 763	277	5 474	991 027
GL	103	1 922	197 108	303	6 509	1 174 914
ZG	260	8 519	844 891	387	10 805	1 917 180
FR	1 498	50 602	5 953 216	2 301	79 849	14 265 974
SO	623	16 349	1 735 716	1 000	24 983	4 503 336
BL	424	11 320	1 220 086	609	15 448	2 901 511
SH	208	8 011	1 013 982	225	6 780	1 228 535
AR	203	4 450	512 836	590	14 154	2 570 600
AI	163	4 135	598 374	397	9 338	1 750 120
SG	1 481	42 924	5 011 984	2 932	79 441	14 473 902
GR	1 084	23 835	2 256 678	2 189	46 418	8 395 708
AG	1 275	36 101	4 450 728	1 673	41 094	7 796 296
TG	1 135	41 923	4 885 328	1 603	48 768	8 790 304
TI	201	3 814	357 456	575	9 094	1 702 659
VD	1 211	40 182	4 362 157	2 030	61 083	10 957 274
VS	305	4 850	494 267	1 264	18 123	3 213 619
NE	359	13 322	1 287 074	647	23 739	4 216 530
GE	32	890	100 266	75	1 524	285 234
JU	632	24 871	2 364 907	886	34 490	6 077 425
Schweiz	20 177	563 202	63 907 826	36 451	909 988	164 986 282
Zone ¹						
Tal	9 401	310 124	36 209 524	13 458	392 086	71 119 871
Hügel	3 511	96 376	11 274 002	5 565	144 136	26 294 862
BZ I	2 728	66 183	7 293 740	5 215	128 404	23 159 315
BZ II	2 600	57 080	5 983 884	6 241	141 723	25 644 205
BZ III	1 245	21 936	2 083 341	3 837	67 926	12 296 265
BZ IV	692	11 502	1 063 335	2 135	35 713	6 471 764

1 Zuteilung der Fläche nach Hauptanteil der LN, die ein Betrieb in einer Zone bewirtschaftet

Quelle: BLW

Tabelle 39

Beteiligung am BTS-Programm 2011

Tierkategorie	Basis ¹		BTS-Beteiligung		GVE %	Betriebe %
	GVE Anzahl	Betriebe Anzahl	GVE Anzahl	Betriebe Anzahl		
Milchkühe	587 411	32 402	218 526	7 188	37.2	22.2
andere Kühe	86 489	14 655	69 812	5 777	80.7	39.4
weibliche Tiere, über 365 Tage alt, bis zur ersten Abkalbung	157 589	37 913	67 613	12 663	42.9	33.4
weibliche Tiere, über 120–365 Tage alt	53 413	37 637	25 161	12 917	47.1	34.3
männliche Tiere, über 730 Tage alt	4 033	8 976	2 099	3 761	52.1	41.9
männliche Tiere, über 365–730 Tage alt	11 544	14 934	6 247	4 893	54.1	32.8
männliche Tiere, über 120–365 Tage alt	31 530	28 170	17 343	7 528	55.0	26.7
Total Rindergattung	932 008	39 819	406 800	16 797	43.6	42.2
weibliche und kastrierte männliche Tiere, über 30 Monate alt	32 311	9 617	4 370	1 340	13.5	13.9
Hengste, über 30 Monate alt	1 276	1 863	109	133	8.5	7.1
Total Pferdegattung	33 587	10 108	4 479	1 361	13.3	13.5
weibliche Tiere, über ein Jahr alt	9 511	5 495	3 493	937	36.7	17.1
männliche Tiere, über ein Jahr alt	658	2 605	165	506	25.0	19.4
Total Ziegengattung	10 169	6 162	3 658	1 018	36.0	16.5
Zuchteber, über halbjährig	701	2 077	148	428	21.1	20.6
nicht säugende Zuchtsauen, über halbjährig	22 826	2 508	15 458	1 246	67.7	49.7
säugende Zuchtsauen	17 161	2 676	11 028	1 361	64.3	50.9
abgesetzte Ferkel	18 050	2 623	11 549	1 260	64.0	48.0
Remonten, bis halbjährig, und Mastschweine	102 255	7 287	65 324	3 245	63.9	44.5
Total Schweinegattung	160 992	8 300	103 505	3 924	64.3	47.3
Kaninchen	817	2 545	228	86	27.9	3.4
Total Kaninchen	817	2 545	228	86	27.9	3.4
Zuchthennen und Zuchthähne (Bruteierproduktion für Lege- und Mastlinien)	305	375	56	16	18.5	4.3
Legehennen	21 880	10 735	19 351	1 673	88.4	15.6
Junghennen, Junghähne und Küken (ohne Mastpoulets)	3 420	493	2 632	136	77.0	27.6
Mastpoulets	23 461	1 045	21 074	825	89.8	78.9
Truten	1 205	192	1 099	54	91.2	28.1
Total Nutzgeflügel	50 271	11 949	44 213	2 595	87.9	21.7
Total alle Kategorien	1 187 844	44 265	562 883	20 207	47.4	45.7

1 Beitragsberechtigte Betriebe (Betriebe, die Direktzahlungen erhalten haben)

Quelle: BLW

Tabelle 40

Beteiligung am RAUS-Programm 2011

Tierkategorie	Basis ¹		RAUS-Beteiligung		GVE %	Betriebe %
	GVE Anzahl	Betriebe Anzahl	GVE Anzahl	Betriebe Anzahl		
Milchkühe	587 411	32 402	470 994	22 348	80.2	69.0
andere Kühe	86 489	14 655	76 384	7 325	88.3	50.0
weibliche Tiere, über 365 Tage alt, bis zur ersten Abkalbung	157 589	37 913	122 078	25 440	77.5	67.1
weibliche Tiere, über 120–365 Tage alt	53 413	37 637	38 110	23 644	71.4	62.8
weibliche Tiere, bis 120 Tage alt	10 863	36 986	3 917	13 055	36.1	35.3
männliche Tiere, über 730 Tage alt	4 033	8 976	2 601	4 918	64.5	54.8
männliche Tiere, über 365–730 Tage alt	11 544	14 934	6 252	6 917	54.2	46.3
männliche Tiere, über 120–365 Tage alt	31 530	28 170	16 721	10 668	53.0	37.9
männliche Tiere, bis 120 Tage alt	10 988	36 447	2 995	10 180	27.3	27.9
Total Rindergattung	953 858	39 827	740 052	31 170	77.6	78.3
weibliche und kastrierte männliche Tiere, über 30 Monate alt	32 311	9 617	26 996	7 324	83.6	76.2
Hengste, über 30 Monate alt	1 276	1 863	731	801	57.3	43.0
Tiere, bis 30 Monate alt	3 075	2 423	2 441	1 434	79.4	59.2
Total Pferdegattung	36 662	10 287	30 168	7 470	82.3	72.6
weibliche Tiere, über ein Jahr alt	9 511	5 495	7 208	3 111	75.8	56.6
männliche Tiere, über ein Jahr alt	658	2 605	378	1 350	57.4	51.8
Total Ziegengattung	10 169	6 162	7 586	3 298	74.6	53.5
weibliche Tiere, über ein Jahr alt	36 902	8 258	31 505	6 048	85.4	73.2
männliche Tiere, über ein Jahr alt	1 474	5 891	1 074	4 057	72.9	68.9
Weidelämmer	225	606	150	253	66.4	41.7
Total Schafgattung	38 601	8 311	32 728	6 066	84.8	73.0
Zuchteber, über halbjährig	701	2 077	385	1 108	55.0	53.3
nicht säugende Zuchtsauen, über halbjährig	22 826	2 508	15 235	1 312	66.7	52.3
säugende Zuchtsauen	17 161	2 676	1 097	238	6.4	8.9
abgesetzte Ferkel	18 050	2 623	777	193	4.3	7.4
Remonten, bis halbjährig, und Mastschweine	102 255	7 287	62 452	3 242	61.1	44.5
Total Schweinegattung	160 992	8 300	79 945	3 808	49.7	45.9
Kaninchen	817	2 545	12	142	1.5	5.6
Total Kaninchen	817	2 545	12	142	1.5	5.6
Zuchthennen und Zuchthähne (Bruteierproduktion für Lege- und Mastlinien)	305	375	39	40	12.6	10.7
Legehennen	21 880	10 735	15 731	2 600	71.9	24.2
Junghennen, Junghähne und Küken (ohne Mastpoulets)	3 420	493	678	94	19.8	19.1
Mastpoulets	23 461	1 045	1 955	167	8.3	16.0
Truten	1 205	192	1 092	74	90.6	38.5
Total Nutzgeflügel	50 271	11 949	19 495	2 842	38.8	23.8
Total alle Kategorien	1 251 370	45 730	909 985	36 365	72.7	79.5

1 Beitragsberechtigte Betriebe (Betriebe, die Direktzahlungen erhalten haben)

Quelle: BLW

Tabelle 41a

Sömmerungsbeiträge 2011

Kantone	Schafe (ohne Milchschafe)		Kühe gemolken, Milchschafe und Milchziegen ¹		Übrige Raufutter verzehrende Tiere		Betriebe und Beiträge Total	
	Betriebe	Beitrags- berechtigter Besatz	Betriebe	Beitrags- berechtigte GVE	Betriebe	Beitrags- berechtigter Besatz	Betriebe	Beiträge
	Anzahl	Normalstösse	Anzahl	GVE	Anzahl	Normalstösse	Anzahl	Fr.
ZH	0	0	0	0	7	325	7	107 128
BE	178	2 436	318	9 936	1 533	49 163	1 636	20 948 619
LU	31	275	1	8	231	6 158	235	2 085 062
UR	66	1 525	49	1 014	260	6 145	324	2 694 976
SZ	44	675	154	1 590	420	9 921	444	4 281 628
OW	21	192	42	546	235	8 448	252	3 014 080
NW	16	185	4	41	127	4 214	133	1 466 486
GL	12	463	1	10	111	6 676	119	2 363 023
ZG	0	0	1	3	9	212	9	70 907
FR	41	533	20	465	584	23 236	605	8 054 727
SO	1	3	0	0	63	2 533	63	836 247
BL	1	20	0	0	9	348	10	119 930
SH	0	0	0	0	1	100	1	32 878
AR	0	0	22	318	110	2 383	111	897 775
AI	8	90	73	1 115	140	1 888	146	1 090 976
SG	34	1 099	69	3 693	408	17 182	423	7 236 919
GR	174	7 756	198	10 212	850	36 647	964	18 121 906
AG	2	14	0	0	8	364	10	120 523
TG	0	0	0	0	7	371	7	122 389
TI	85	2 294	63	3 761	192	4 886	242	3 407 798
VD	32	698	7	110	613	33 113	634	11 203 732
VS	155	5 710	53	2 766	433	16 177	515	8 138 725
NE	1	117	1	46	142	4 238	144	1 452 310
GE	0	0	0	0	1	3	1	1 122
JU	2	103	0	0	104	10 997	104	3 659 415
Total	904	24 187	1 076	35 635	6 598	245 727	7 139	101 529 281

1 Gemolkene Tiere mit einer Sömmerungsdauer von 56 bis 100 Tagen

Quelle: BLW

Tabelle 41b

Sömmerungsstatistik 2011: Betriebe und Normalstösse nach Kantonen

Kantone	Milchkühe		Mutter- und Ammenkühe und andere Kühe		Anderes Rindvieh		Pferde		Schafe		Ziegen		Andere	
	Betriebe Anzahl	Besatz NST	Betriebe Anzahl	Besatz NST	Betriebe Anzahl	Besatz NST	Betriebe Anzahl	Besatz NST	Betriebe Anzahl	Besatz NST	Betriebe Anzahl	Besatz NST	Betriebe Anzahl	Besatz NST
ZH	0	0	0	0	7	305	0	0	0	0	0	0	0	0
BE	1 055	26 574	370	3 331	1 492	25 876	219	906	183	3 028	430	796	8	56
LU	90	1 141	99	928	231	3 572	16	28	32	274	36	42	4	24
UR	199	3 750	59	581	181	2 312	10	10	68	1 762	65	301	0	0
SZ	303	3 658	100	932	407	6 879	45	127	53	659	103	274	1	2
OW	202	4 767	25	345	227	3 359	16	22	23	203	31	42	22	95
NW	78	1 704	34	345	123	2 006	13	15	16	265	20	62	16	97
GL	99	3 832	27	440	110	2 588	23	27	12	442	37	45	52	99
ZG	3	38	2	4	9	163	0	0	0	0	0	0	0	0
FR	246	6 961	160	1 375	569	13 781	65	285	47	726	87	231	2	4
SO	7	91	24	487	62	1 616	9	114	1	6	4	7	0	0
BL	0	0	5	83	9	250	0	0	1	19	1	1	1	0
SH	0	0	0	0	1	101	0	0	0	0	0	0	0	0
AR	79	1 325	11	70	108	1 117	7	16	0	0	38	41	16	50
AI	115	1 526	7	16	134	1 253	5	2	8	86	46	97	18	37
SG	259	7 244	127	1 711	396	9 924	39	94	39	1 673	116	258	1	3
GR	364	12 641	611	12 092	745	18 946	224	857	191	7 333	142	1 167	6	6
AG	0	0	5	73	8	279	1	1	2	13	0	0	0	0
TG	1	17	6	117	7	194	1	1	0	0	0	0	0	0
TI	98	3 775	67	650	130	1 184	53	241	86	2 168	107	1 997	23	22
VD	309	12 252	238	3 956	589	14 667	93	212	42	878	62	130	7	7
VS	217	8 916	229	4 003	342	5 466	67	223	160	5 495	76	602	1	0
NE	23	563	53	517	136	2 936	15	89	2	121	0	0	0	0
GE	0	0	0	0	0	0	1	3	0	0	0	0	0	0
JU	25	3 493	51	1 487	98	4 483	38	1 281	4	114	4	10	1	1
Total	3 772	104 269	2 310	33 543	6 121	123 258	960	4 555	970	25 264	1 405	6 104	179	503

Ein Normalstoss (NST) = 1 GVE * Sömmerungsdauer / 100

Quelle: BLW

Tabelle 42a

Direktzahlungen auf Betriebsebene¹: nach Zonen und Grössenklassen 2011²

Merkmal	Einheit	Talzone			HZ		
		10–20 ha LN	20–30 ha LN	30–50 ha LN	10–20 ha LN	20–30 ha LN	30–50 ha LN
Referenzbetriebe	Anzahl	429	395	230	225	143	75
Vertretene Betriebe	Anzahl	7 039	4 877	3 382	2 741	1 477	836
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	15.55	24.41	37.16	15.02	24.28	36.63
Direktzahlungen nach Direktzahlungsverordnung (DZV)							
Allgemeine Direktzahlungen total	Fr.	28 624	44 631	66 538	33 491	51 808	76 245
Flächenbeiträge	Fr.	20 204	31 923	49 877	17 240	28 879	42 756
Raufutterverzehrbeiträge	Fr.	7 819	11 856	15 554	9 365	13 359	20 634
Beiträge für Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	Fr.	355	582	804	5 058	6 883	9 487
Hangbeiträge	Fr.	246	270	303	1 828	2 688	3 367
Ökobeiträge und Ethobeiträge total	Fr.	7 847	12 042	17 349	7 728	12 034	17 985
Ökologischer Ausgleich	Fr.	2 529	3 767	5 880	2 374	3 867	5 253
Extensive Produktion	Fr.	715	995	2 042	490	863	1 237
Biologischer Landbau	Fr.	429	420	957	266	500	600
Ethobeiträge	Fr.	4 173	6 860	8 471	4 599	6 804	10 896
Total Direktzahlungen nach DZV	Fr.	36 470	56 673	83 887	41 219	63 842	94 230
Rohleistung	Fr.	221 416	329 471	429 209	192 658	289 379	412 220
Anteil Direktzahlungen nach DZV an der Rohleistung	%	16.5	17.2	19.5	21.4	22.1	22.9
Andere Direktzahlungen ³	Fr.	4 576	6 997	11 054	3 626	6 136	6 800
Total Direktzahlungen	Fr.	41 047	63 670	94 941	44 846	69 979	101 031
Anteil Direktzahlungen total an der Rohleistung	%	18.5	19.3	22.1	23.3	24.2	24.5

1 Die Ergebnisse basieren auf den Daten der zentralen Auswertung von ART

2 Ohne die Betriebstypen Spezialkulturen und Veredlung

3 Sömmerungsbeiträge, Anbaubeiträge, andere Beiträge

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 42b

Direktzahlungen auf Betriebsebene¹: nach Zonen und Grössenklassen 2011²

Merkmal	Einheit	BZ I			BZ II		
		10–20 ha LN	20–30 ha LN	30–50 ha LN	10–20 ha LN	20–30 ha LN	30–50 ha LN
Referenzbetriebe	Anzahl	202	126	70	156	158	83
Vertretene Betriebe	Anzahl	2 568	1 281	797	2 358	1 720	1 001
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	15.27	24.79	37.63	15.19	24.74	37.34
Direktzahlungen nach Direktzahlungsverordnung (DZV)							
Allgemeine Direktzahlungen total	Fr.	39 541	61 501	87 409	42 639	63 159	87 926
Flächenbeiträge	Fr.	16 308	26 712	41 756	15 896	26 060	38 012
Raufutterverzehrbeiträge	Fr.	10 087	15 413	21 226	9 520	14 042	19 141
Beiträge für Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	Fr.	9 565	14 578	20 043	13 045	18 012	25 979
Hangbeiträge	Fr.	3 580	4 798	4 384	4 178	5 045	4 795
Ökobeiträge und Ethobeiträge total	Fr.	6 344	10 870	14 410	5 826	8 906	11 733
Ökologischer Ausgleich	Fr.	1 675	2 616	3 132	1 413	2 150	1 995
Extensive Produktion	Fr.	144	307	1 137	12	68	84
Biologischer Landbau	Fr.	439	1 218	694	747	1 139	1 408
Ethobeiträge	Fr.	4 086	6 729	9 448	3 655	5 549	8 246
Total Direktzahlungen nach DZV	Fr.	45 884	72 371	101 820	48 465	72 065	99 659
Rohleistung	Fr.	193 063	256 704	338 337	164 060	220 921	283 699
Anteil Direktzahlungen nach DZV an der Rohleistung	%	23.8	28.2	30.1	29.5	32.6	35.1
Andere Direktzahlungen ³	Fr.	4 018	5 951	8 140	5 783	7 822	8 622
Total Direktzahlungen	Fr.	49 902	78 322	109 960	54 248	79 887	108 281
Anteil Direktzahlungen total an der Rohleistung	%	25.8	30.5	32.5	33.1	36.2	38.2

1 Die Ergebnisse basieren auf den Daten der zentralen Auswertung von ART

2 Ohne die Betriebstypen Spezialkulturen und Veredlung

3 Sömmerungsbeiträge, Anbaubeiträge, andere Beiträge

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 42c

Direktzahlungen auf Betriebsebene¹: nach Zonen und Grössenklassen 2011²

Merkmal	Einheit	BZ III			BZ IV		
		10–20 ha LN	20–30 ha LN	30–50 ha LN	10–20 ha LN	20–30 ha LN	30–50 ³ ha LN
Referenzbetriebe	Anzahl	96	76	38	65	35	16
Vertretene Betriebe	Anzahl	1 461	909	564	1 197	457	292
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	14.77	24.55	36.94	14.65	24.44	35.50
Direktzahlungen nach Direktzahlungsverordnung (DZV)							
Allgemeine Direktzahlungen total	Fr.	45 795	69 422	94 866	47 709	71 723	95 363
Flächenbeiträge	Fr.	15 812	25 593	38 066	15 610	25 365	36 588
Raufutterverzehrbeiträge	Fr.	9 227	13 767	18 091	9 217	13 324	16 971
Beiträge für Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	Fr.	15 237	22 845	29 472	16 783	25 197	33 144
Hangbeiträge	Fr.	5 519	7 217	9 237	6 099	7 838	8 660
Ökobeiträge und Ethobeiträge total	Fr.	4 778	8 237	11 647	4 320	8 533	13 349
Ökologischer Ausgleich	Fr.	1 373	1 664	2 655	1 387	2 350	4 288
Extensive Produktion	Fr.	0	22	16	0	0	3
Biologischer Landbau	Fr.	695	1 813	3 000	703	2 194	3 604
Ethobeiträge	Fr.	2 711	4 738	5 975	2 230	3 989	5 455
Total Direktzahlungen nach DZV	Fr.	50 573	77 659	106 513	52 029	80 257	108 712
Rohleistung	Fr.	127 721	205 621	245 391	111 710	181 291	279 467
Anteil Direktzahlungen nach DZV an der Rohleistung	%	39.6	37.8	43.4	46.6	44.3	38.9
Andere Direktzahlungen ³	Fr.	6 141	9 312	10 250	6 549	8 660	16 097
Total Direktzahlungen	Fr.	56 715	86 970	116 763	58 578	88 917	124 808
Anteil Direktzahlungen total an der Rohleistung	%	44.4	42.3	47.6	52.4	49.0	44.7

1 Die Ergebnisse basieren auf den Daten der zentralen Auswertung von ART

2 Ohne die Betriebstypen Spezialkulturen und Veredlung

3 Sömmerungsbeiträge, Anbaubeiträge, andere Beiträge

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 43

Direktzahlungen auf Betriebsebene¹: nach Regionen 2011

Merkmal	Einheit	Alle Betriebe	Tal- region	Hügel- region	Berg- region
Referenzbetriebe	Anzahl	3 060	1 267	965	828
Vertretene Betriebe	Anzahl	46 877	21 358	12 781	12 738
Landwirtschaftliche Nutzfläche	ha	21.28	22.23	20.07	20.90
Direktzahlungen nach Direktzahlungsverordnung (DZV)					
Allgemeine Direktzahlungen total	Fr.	45 699	39 521	45 937	55 820
Flächenbeiträge	Fr.	25 315	29 199	22 531	21 597
Raufutterverzehrbeiträge	Fr.	10 620	9 372	11 786	11 543
Beiträge für Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen	Fr.	7 338	514	8 579	17 533
Hangbeiträge	Fr.	2 426	435	3 042	5 147
Ökobeiträge und Ethobeiträge total	Fr.	9 192	10 268	9 531	7 048
Ökologischer Ausgleich	Fr.	2 729	3 426	2 629	1 658
Extensive Produktion	Fr.	645	1 060	546	49
Biologischer Landbau	Fr.	677	537	477	1 111
Ethobeiträge	Fr.	5 141	5 244	5 879	4 228
Total Direktzahlungen nach DZV	Fr.	54 891	49 788	55 468	62 868
Rohleistung	Fr.	259 834	318 563	245 734	175 510
Anteil Direktzahlungen nach DZV an der Rohleistung	%	21.1	15.6	22.6	35.8
Direktzahlungen pro ha	Fr./ha	2 579	2 239	2 764	3 008
Andere Direktzahlungen ²	Fr.	5 973	6 379	4 632	6 638
Total Direktzahlungen	Fr.	60 864	56 168	60 100	69 506
Anteil Direktzahlungen total an der Rohleistung	%	23.4	17.6	24.5	39.6

1 Die Ergebnisse basieren auf den Daten der zentralen Auswertung der ART

2 Sömmerungsbeiträge, Anbaubeiträge, andere Beiträge

Quelle: Agroscope Reckenholz-Tänikon ART

Tabelle 44

ÖLN-Kontrollen 2011

Kanton	DZ-berechtigte Betriebe (= DZ-Betriebe)	Kontrollierte Betriebe in % aller DZ-Betriebe	Kontrollierte Betriebe	Betriebe mit Kürzungen	Betriebe mit Kürzungen in % aller DZ-Betriebe	Betriebe mit Kürzungen in % der kontrollierten Betriebe	Kürzung in Fr. pro Betrieb mit Kürzungen	Kürzungen Total
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%	%	Fr.	Fr.
ZH	3 270	61.9	2 025	50	1.5	2.5	2 232	111 618
BE	11 154	26.4	2 945	301	2.7	10.2	1 216	366 039
LU	4 642	40.0	1 855	146	3.1	7.9	1 601	233 721
UR	589	62.5	368	55	9.3	14.9	682	37 532
SZ	1 533	47.3	725	61	4.0	8.4	1 048	63 945
OW	624	56.3	351	33	5.3	9.4	595	19 638
NW	462	50.6	234	29	6.3	12.4	576	16 701
GL	369	48.0	177	2	0.5	1.1	2 648	5 295
ZG	513	37.4	192	13	2.5	6.8	3 427	44 556
FR	2 815	34.3	966	117	4.2	12.1	1 324	154 903
SO	1 301	86.8	1 129	82	6.3	7.3	1 181	96 821
BL	872	55.7	486	16	1.8	3.3	4 577	73 238
SH	537	55.1	296	19	3.5	6.4	718	13 647
AR	673	30.6	206	32	4.8	15.5	1 391	44 526
AI	481	37.4	180	23	4.8	12.8	835	19 209
SG	3 880	33.0	1 281	217	5.6	16.9	1 419	307 944
GR	2 369	72.6	1 719	60	2.5	3.5	3 102	186 110
AG	2 808	41.7	1 171	232	8.3	19.8	767	177 998
TG	2 390	56.4	1 348	85	3.6	6.3	2 236	190 090
TI	794	39.8	316	59	7.4	18.7	806	47 577
VD	3 531	30.9	1 092	206	5.8	18.9	1 011	208 206
VS	3 046	38.9	1 185	35	1.1	3.0	1 543	54 016
NE	818	25.1	205	30	3.7	14.6	3 514	105 418
GE	276	74.3	205	13	4.7	6.3	1 333	17 331
JU	998	36.1	360	13	1.3	3.6	2 248	29 227
CH	50 745	41.4	21 017	1 929	3.8	9.2	1 361	2 625 306

Die in den Vorjahren publizierten Tabellen 44a und 44b werden neu zur Tabelle 44 vereint. Auf die Angaben betreffend die Beanstandungen wird verzichtet, weil die entsprechenden Daten in den kantonalen EDV-Systemen unterschiedlich erfasst werden und folglich nicht direkt vergleichbar sind.

Quelle: AGIS und Kantonale Berichterstattung über Kontrolltätigkeit und Sanktionen 2011

Ausgaben für Grundlagenverbesserung

Tabelle 45

An die Kantone ausbezahlte Beiträge 2011

Kanton	Bodenverbesserungen Fr.	Landwirtschaftliche Gebäude Fr.	Total Beiträge Fr.
ZH	2 019 326	501 400	2 520 726
BE	8 275 933	4 553 285	12 829 218
LU	4 107 492	1 270 300	5 377 792
UR	862 400	120 200	982 600
SZ	2 603 548	958 150	3 561 698
OW	352 800	525 818	878 618
NW	462 793	415 805	878 598
GL	67 896	256 500	324 396
ZG	62 609	86 085	148 694
FR	4 851 487	3 386 600	8 238 087
SO	2 017 877	337 377	2 355 254
BL	219 480	489 900	709 380
SH	615 178	92 600	707 778
AR	98 195	988 400	1 086 595
AI	497 480	380 200	877 680
SG	4 236 647	2 003 100	6 239 747
GR	12 422 633	3 878 600	16 301 233
AG	982 311	532 600	1 514 911
TG	302 602	221 800	524 402
TI	1 950 318	406 800	2 357 118
VD	3 028 509	1 440 800	4 469 309
VS	4 546 895	454 910	5 001 805
NE	686 053	1 167 300	1 853 353
GE	48 000		48 000
JU	1 889 294	1 189 800	3 079 094
Diverse	133 750		133 750
Total	57 341 506	25 658 330	82 999 836

Quelle: BLW

Tabelle 46

Beiträge an genehmigte Projekte nach Massnahmen und Gebieten 2011

Massnahmen	Beiträge				Gesamtkosten
	Talregion	Hügelregion	Bergregion	Total	Total
1 000 Fr.					
Bodenverbesserungen					
Landumlegungen (inkl. Infrastrukturmassnahmen)	3 139	1 935	4 431	9 505	24 831
Wegebauten	2 710	3 136	10 244	16 090	59 099
Übrige Transportanlagen			78	78	194
Massnahmen zum Boden-Wasserhaushalt	854	418	1 663	2 935	9 229
Wasserversorgungen	245	2 994	5 951	9 189	45 330
Elektrizitätsversorgungen	11	115	726	852	4 330
Wiederherstellungen und Sicherungen ¹	212	72	1 403	1 687	5 166
Grundlagenbeschaffungen	152		227	379	1 032
Periodische Wiederinstandstellung	735	1 973	580	3 288	22 953
Projekte zur regionalen Entwicklung	227		747	974	3 369
Total	8 285	10 641	26 049	44 976	175 533
Landwirtschaftliche Gebäude					
Ökonomiegebäude für Raufutter verzehrende Tiere		7 329	12 783	20 112	166 411
Alpgebäude			1 257	1 257	10 842
Gewerbliche Kleinbetriebe		237	300	537	4 131
Gem. Einrichtungen und Bauten für die Verarbeitung, Lagerung und Vermarktung landw. Produkte		213	4 414	4 627	26 766
Total		7 779	18 754	26 533	208 150
Gesamttotal	8 285	18 420	44 803	71 509	383 682

¹ inkl. Unwetterschäden

Quelle: BLW

Tabelle 47

Von den Kantonen bewilligte Investitionskredite 2011

Kanton	Bodenverbesserungen				Landwirtschaftlicher Hochbau				Total	
	Gemeinschaftliche Massnahmen				Gemeinschaftliche M.		Einzelbetriebliche M.			
	Baukredite		Investitionskredite		Investitionskredite		Investitionskredite			
	Anzahl	1 000 Fr.	Anzahl	1 000 Fr.	Anzahl	1 000 Fr.	Anzahl	1 000 Fr.	Anzahl	1 000 Fr.
ZH					4	781	119	22 010	123	22 791
BE			4	595	19	2 950	350	46 637	373	50 181
LU	5	1 920	7	564			195	26 292	207	28 776
UR			2	150			16	1 271	18	1 421
SZ	12	1 925			4	927	48	6 257	64	9 109
OW			3	174			18	2 430	21	2 604
NW			2	303			11	1 292	13	1 595
GL	1	30			1	1 308	16	2 104	18	3 442
ZG							20	2 546	20	2 546
FR			6	2 054	14	7 099	73	14 409	93	23 562
SO	2	1 087			2	129	61	9 939	65	11 155
BL					2	56	39	5 505	41	5 561
SH					1	70	24	3 570	25	3 640
AR					1	532	42	5 688	43	6 220
AI					1	153	16	1 892	17	2 045
SG			3	189	6	2 253	176	24 258	185	26 700
GR	7	5 089			9	1 744	131	18 345	147	25 178
AG					2	92	143	21 526	145	21 618
TG							119	19 687	119	19 687
TI			2	96	1	19	22	2 809	25	2 924
VD			1	160	72	7 096	146	22 531	219	29 787
VS			1	169	5	4 933	23	3 163	29	8 265
NE					10	1 665	33	5 553	43	7 218
GE					4	2 825	2	390	6	3 215
JU			1	40	6	251	61	8 773	68	9 064
Total	27	10 051	32	4 494	164	34 884	1 904	278 874	2 127	328 303

Quelle: BLW

Tabelle 48

Investitionskredite nach Massnahmenkategorien 2011 (ohne Baukredite)

Kanton	Starthilfe	Kauf Betrieb durch Pächter	Wohn- gebäude	Ökonomie- gebäude	Diversi- fizierung	Garten- bau	Gewerbl. Klein- betriebe	Erneuer- bare Energie ¹	Gemein- schaftliche Mass- nahmen ²	Boden- verbes- serungen	Total
1 000 Fr.											
ZH	4 140	800	2 259	11 558	3 253			534	247		22 791
BE	15 274	288	11 658	16 971	2 097		350	262	2 688	595	50 181
LU	4 428		8 097	11 780	1 986					564	26 856
UR	690		240	301	40					150	1 421
SZ	1 400	375	1 130	2 432	920			678	249		7 184
OW	1 120		400	828	82					174	2 604
NW	120		264	707	200					303	1 595
GL	720		320	931	133				1 308		3 412
ZG	290		654	1 344	258						2 546
FR	3 680	891	1 802	7 665	200		171	670	6 429	2 054	23 562
SO	2 150	535	1 510	3 353	2 391				129		10 068
BL	490		1 423	2 459	1 133				56		5 561
SH	630		1 120	1 209	611				70		3 640
AR	1 559		1 655	1 974			500		532		6 220
AI	480		931	408	73				153		2 045
SG	5 870		5 006	11 866	1 516			600	1 653	189	26 700
GR	4 324	360	3 307	7 506	2 848				1 744		20 089
AG	6 150	475	5 221	7 947	1 733				92		21 618
TG	6 110		2 390	9 828	1 359						19 687
TI	530		1 214	459	605				19	96	2 924
VD	4 590		3 182	11 249	2 910		600	760	6 336	160	29 787
VS	1 350		813	736	264				4 933	169	8 265
NE	2 160	140	1 046	1 851	356			1 298	367		7 218
GE	390							1 434	1 391		3 215
JU	2 860	250	1 543	3 795	325				251	40	9 064
Total	71 505	4 114	57 185	119 157	25 292		1 621	6 236	28 647	4 494	318 252

1 Gemeinschaftliche Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie aus Biomasse

2 Gemeinschaftlicher Kauf von Maschinen und Fahrzeugen, Starthilfe für bäuerliche Selbsthilfeorganisationen, Gemeinschaftliche Einrichtungen und Bauten für die Verarbeitung / Lagerung landw. Produkte

Quelle: BLW

Tabelle 49

Von den Kantonen bewilligte Betriebshilfedarlehen 2011 (Bundes- und Kantonsanteile)

Kanton	Anzahl	Summe Fr.	pro Fall Fr.	Tilgungsdauer Jahre
ZH	7	1 354 000	193 429	14.7
BE	18	3 086 000	171 444	13.7
LU	9	2 076 600	230 733	12.4
UR				
SZ	1	158 000	158 000	16.0
OW	1	215 000	215 000	15.0
NW				
GL	1	92 000	92 000	15.0
ZG	1	130 000	130 000	13.0
FR	7	839 000	119 857	8.4
SO	7	2 406 500	343 786	14.6
BL	3	432 800	144 267	13.3
SH	2	275 000	137 500	10.0
AR	3	400 000	133 333	11.3
AI	1	98 000	98 000	10.0
SG	15	2 287 000	152 467	14.4
GR	11	1 036 000	94 182	14.0
AG	8	1 122 000	140 250	13.3
TG	1	150 000	150 000	10.0
TI	1	71 320	71 320	7.0
VD	22	5 067 125	230 324	14.9
VS	6	1 155 500	192 583	13.2
NE	3	526 000	175 333	9.0
GE				
JU	15	1 886 000	125 733	11.5
Total	143	24 863 845		
Durchschnitt			173 873	13.2

Quelle: BLW

Tabelle 50a

Übersicht über Beiträge

Massnahme	Genehmigte Projekte in 1 000 Fr.		
	2009	2010	2011
Beiträge	86 204	89 852	71 509
Landumlegungen mit Infrastrukturmassnahmen	10 426	16 572	9 505
Wegebauten	23 930	19 513	16 090
Wasserversorgungen	10 110	12 528	9 189
Projekte zur regionalen Entwicklung	1 571	6 115	974
andere Tiefbaumassnahmen (inkl. Unwetter)	15 877	12 574	9 218
Ökonomiegebäude für Raufutter verzehrende Tiere	22 866	19 334	21 369
andere Hochbaumassnahmen	1 403	3 217	5 164

Quelle: BLW

Tabelle 50b

Übersicht über Investitionskredite und Betriebshilfedarlehen

Massnahme	bewilligte Kredite in 1 000 Fr.		
	2009	2010	2011
Investitionskredite¹	303 631	300 091	318 252
Starthilfe	76 613	68 478	71 505
Kauf Betrieb durch Pächter	3 019	1 695	4 114
Wohngebäude	56 989	57 320	57 185
Ökonomiegebäude	130 829	122 531	119 157
Diversifizierung	10 338	9 684	25 292
Produzierender Gartenbau		50	
Gewerbliche Kleinbetriebe	1 221	510	1 621
Gem. Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie aus Biomasse	1 678	1 840	6 236
Gemeinschaftliche Massnahmen ²	17 256	31 343	28 647
Bodenverbesserungen, ohne Baukredite	5 689	6 641	4 494
Betriebshilfedarlehen¹	18 806	30 837	24 864

¹ vom Kanton bewilligt² Gemeinschaftlicher Kauf von Maschinen und Fahrzeugen, Starthilfe für bäuerliche Selbsthilfeorganisationen, Gemeinschaftliche Einrichtungen und Bauten für die Verarbeitung / Lagerung landw. Produkte

Quelle: BLW

Tabelle 51

Umschulungsbeihilfen 2011

Kanton	zugesicherte Beiträge		ausbezahlte Beiträge ¹	
	Anzahl	Fr.	Anzahl	Fr.
ZH				
BE	1	94 275	1	48 910
LU				
UR				
SZ				
OW				
NW			1	41 200
GL				
ZG				
FR				
SO				
BL				
SH				
AR				
AI				
SG				
GR				
AG				
TG				
TI				
VD				
VS				
NE				
GE				
JU			1	37 700
Total	1	94 275	3	127 810

1 von Zusicherungen der Vorjahre

Quelle: BLW

Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung

Tabelle 52

Ausgaben des Bundes für Landwirtschaft und Ernährung, in 1 000 Fr.

Ausgabenbereich	2007	2008	2009	2010	2011
Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung	3 601 158	3 550 873	3 691 923	3 665 703	3 663 016
Innerhalb Zahlungsrahmen	3 318 647	3 265 861	3 383 444	3 369 167	3 370 376
Produktion und Absatz	547 874	536 221	471 318	428 052	440 805
Absatzförderung	54 022	54 275	55 535	55 840	55 385
Milchwirtschaft	365 981	349 720	298 499	291 944	295 311
Viehwirtschaft	18 483	18 218	17 798	10 191	12 423
Pflanzenbau	109 387	114 008	99 486	70 077	77 686
Direktzahlungen	2 596 058	2 545 668	2 742 228	2 769 273	2 794 905
Allgemeine Direktzahlungen	2 071 158	1 996 790	2 167 745	2 181 967	2 181 905
Ökologische Direktzahlungen	524 900	548 878	574 483	587 306	613 000
Grundlagenverbesserung	174 715	183 972	169 898	171 842	134 666
Strukturverbesserungen	92 366	88 521	82 792	85 000	83 000
Investitionskredite	53 875	50 980	47 000	47 000	13 000
Betriebshilfe	6 040	2 239	2 006	2 213	1 021
Pflanzen- und Tierzucht	22 434	42 232	38 100	37 629	37 646
Ausserhalb Zahlungsrahmen	282 512	285 012	308 479	296 537	292 640
Verwaltung	46 378	47 767	51 672	55 219	55 134
Beratung	17 998	11 326	11 150	12 177	12 039
Pflanzenschutz	12 865	11 088	2 094	1 631	1 499
Vollzug und Kontrolle (Agroscope)	44 484	44 897	47 466	47 671	51 189
Gestüt (Agroscope)	7 386	7 391	7 497	7 527	8 082
Landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte (EZV)	79 200	75 000	93 000	76 711	76 321
Familienzulagen in der Landwirtschaft (BSV)	74 200	87 600	95 600	95 600	88 376
Übriges					
Ausgaben ausserhalb der Landwirtschaft	131 018	133 405	138 510	143 520	146 040
Forschung und Entwicklung Landwirtschaft	69 452	70 386	74 636	78 106	78 174
Tiergesundheit	54 900	55 504	56 903	57 653	59 123
Übriges	6 666	7 515	6 971	7 761	8 743

Anmerkung: Mit der Einführung des Neuen Rechnungsmodells (NRM) im Jahr 2007 erfolgte ein Systemwechsel in der Rechnungslegung des Bundes. Aufgrund dieses Strukturbruchs sind Vorjahresvergleiche nicht mehr möglich.

Quelle: Staatsrechnung

Postulat Graf Maya

Bericht zur Situation der Frauen in der Landwirtschaft

Nationalrat, 11.3537

Wortlaut des Postulates vom 15.06.2011

Der Bundesrat wird gebeten, einen Bericht mit Daten über die Situation von Frauen in der Schweizer Landwirtschaft vorzulegen. Insbesondere sind statistische Angaben zu folgenden Bereichen notwendig:

1. Wie viele Betriebe sind im Besitz von Frauen? Wie viele werden von ihnen geführt? Wie viele Frauen sind rechtlich mit ihrem Mann gleichgestellte Partnerinnen in der Betriebsführung und als solche sozialversicherungstechnisch registriert? Wie ist die rechtliche Situation der übrigen Bäuerinnen innerhalb der Betriebe?
2. Wie hoch ist der Anteil, den die Bäuerinnen zum steuerbaren Einkommen der Familien beitragen?
3. Wie kann die bisher unbezahlte Arbeit von Frauen (u.a. Direktvermarktung, Agrotourismus, Gemüsegärten, Haus- und Familienarbeit) auf dem Betrieb angemessen erfasst und u.a. für die Berechnung der Standards-Arbeitskraft einbezogen werden?
4. Wie sind Frauen in der Landwirtschaft ökonomisch, sozial und rechtlich abgesichert?
5. Wie ist der Landbesitz in der Schweiz nach Frauen und Männern verteilt? Wie viele Bauernbetriebe werden an weibliche Nachkommen übertragen?

Mitunterzeichnende

Carobbio Guscetti, Ingold, Meyer Thérèse, Prelicz-Huber, Weber-Gobet, Walter, Frösch, Marra, Kiener Nellen, Haller, Hodgson, Gadiant, Girod, van Singer, Graf-Litscher, Moret, Häberli-Koller, Meier-Schatz, Thorens Goumaz, Müller Geri, Roth-Bernasconi, John-Calame, Schelbert, Aubert, Brélaz, Birrer-Heimo, Allemann, Moser, Gilli, Amherd, Egger, Schenker Silvia, Leutenegger Oberholzer, Simoneschi-Cortesi, Heim, Wyss Brigit, Lachenmeier, Bader Elvira, Bruderer Wyss, Eichenberger, Fässler Hildegard, Schneider-Schneiter, Bourgeois, Streiff, Glauser (45)

Begründung

Frauen leisten in der Schweizer Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag. Viele Bäuerinnen und Landfrauen sind dabei einer dreifachen Belastung ausgesetzt: Neben der Arbeit auf dem Betrieb gehen viele einer ausserbetrieblichen Tätigkeit nach und sind für die Familien- und Haushaltsarbeit verantwortlich. Diese hohe Arbeitsleistung von Frauen wird jedoch bisher kaum anerkannt. Bäuerinnen sind in der Landwirtschaft sowohl ökonomisch, sozial wie rechtlich gegenüber den Männern benachteiligt. Konkret die Folgen davon sind: Im Falle einer Scheidung bleiben Land und Betrieb im Besitz des Mannes, während die Frau oft leer ausgeht, selbst wenn z.B. ihr Einkommen den landwirtschaftlichen Betrieb jahrelang quersubventioniert hat. Auch stellt der Landwirtschaftsbericht 2010 eine deutliche Verschlechterung der Gesundheitssituation von Bäuerinnen und Landfrauen fest. Um diese Situation verbessern zu können, braucht es u.a. eine adäquate statistische Erfassung der Situation. Erstaunlicherweise liegen jedoch kaum Zahlen vor. Weder können klare Angaben zum Besitz von Frauen an Land und Betrieb gemacht werden, noch sagen die Schweizer Statistiken etwas über den Anteil aus, den Frauen mit ihrer Arbeit – inner- wie ausserbetrieblich – zum Familieneinkommen in der Landwirtschaft beitragen.

Stellungnahme des Bundesrates vom 07.09.2011

Gemäss der Verordnung über die Beurteilung der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft (SR 919.118) hat das Bundesamt für Landwirtschaft die Aufgabe, die ökonomische, soziale und ökologische Lage in der Landwirtschaft zu untersuchen und über die Ergebnisse im Agrarbericht Bericht zu erstatten. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurde im Jahr 2002 ein Projekt zur Rolle der Frauen in der Landwirtschaft durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im Agrarbericht 2002 veröffentlicht.

Im Rahmen der Evaluation der Agrarpolitik führt das Bundesamt für Landwirtschaft zusammen mit der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon 2012 erneut eine Studie über die Frauen in der Landwirtschaft durch. Darin werden auch die im Postulat aufgeworfenen Fragen behandelt. Die Resultate werden im Agrarbericht 2012 publiziert. Die Studie dient ebenfalls als Grundlage für die Umsetzung einer Empfehlung des Ausschusses «Committee on the Elimination of Discrimination against Women (Cedaw)» aus dem Jahr 2009 über die Situation der Frauen in der Schweizer Landwirtschaft (Uno/Cedaw/C/CHE/CO/3 § 39-40, «Die Frauen im ländlichen Raum»). Die Schweiz soll in ihrem periodischen Bericht 2014 an die Cedaw zu diesem Thema eine Untersuchung vorstellen. Diese ist Teil des «Cedaw-Aktionsplanes» der Bundesverwaltung, der vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann geleitet wird.

Antrag des Bundesrates vom 07.09.2011

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Rechtserlasse, Begriffe und Methoden

Rechtserlasse

Rechtserlasse sind im Internet unter folgender Adresse einzusehen:

– <http://www.blw.admin.ch/dokumentation/00018/00498/index.html?lang=de>

Begriffe und Methoden

Begriffe und Methoden sind im Internet unter folgender Adresse einzusehen:

– <http://www.blw.admin.ch/dokumentation/00018/00498/index.html?lang=de>

Abkürzungen

Organisationen/Institutionen

ACW	Forschungsanstalt Agroscope Changins-Wädenswil ACW
Agridea	Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums
ALP	Forschungsanstalt Agroscope Liebefeld-Posieux ALP
AMI	Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH
ART	Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART
BAG	Bundesamt für Gesundheit, Bern
BBT	Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Bern
BFS	Bundesamt für Statistik, Neuenburg
BLW	Bundesamt für Landwirtschaft, Bern
BSV	Bundesamt für Sozialversicherung, Bern
BAFU	Bundesamt für Umwelt, Bern
BVET	Bundesamt für Veterinärwesen, Bern
BWL	Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung, Bern
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich
EU	Europäische Union
EVD	Eidg. Volkswirtschaftsdepartement, Bern
EZV	Eidg. Zollverwaltung, Bern
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations, Rom
FiBL	Forschungsinstitut für Biologischen Landbau, Frick
IAW	Institut für Agrarwirtschaft, Zürich
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris
OZD	Oberzolldirektion, Bern
SBV	Schweizerischer Bauernverband, Brugg
seco	Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern
SMP	Schweizerische Milchproduzenten, Bern
TSM	Treuhandstelle Milch, Bern
WTO	World Trade Organization (Welthandelsorganisation), Genf

Masseinheiten

dt	Dezitonne = 100 kg
Fr.	Franken
h	Stunden
ha	Hektare = 10 000 m ²
hl	Hektoliter
Kcal	Kilokalorien
kg	Kilogramm
km	Kilometer
l	Liter
m	Meter
m ²	Quadratmeter
m ³	Kubikmeter
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde

Rp.	Rappen
St.	Stück
t	Tonne
%	Prozent
Ø	Durchschnitt

Begriffe/Bezeichnungen

AGIS	Agrarpolitisches Informationssystem
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AK	Arbeitskraft
AKZA	Ausserkontingentszollansatz
BDM	Biodiversitäts-Monitoring Schweiz
BSE	Bovine spongiforme Enzephalopathie („Rinderwahnsinn“)
BTS	Besonders tierfreundliches Stallhaltungssystem
bzw.	beziehungsweise
BZ I, II, ..	Bergzone
ca.	zirka
CO ₂	Kohlendioxid
EO	Erwerbsersatzordnung
FJAE	Familien-Jahresarbeitsinheit
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der EU
GGA	Geschützte Geografische Angaben
GUB	Geschützte Ursprungsbezeichnung
GVE	Grossvieheinheit
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
inkl.	inklusive
IP	Integrierte Produktion
IV	Invalidenversicherung
JAE	Jahresarbeitsinheit
KZA	Kontingentszollansatz
LG	Lebendgewicht
LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LwG	Landwirtschaftsgesetz
Mwst	Mehrwertsteuer
N	Stickstoff
NWR	Nachwachsende Rohstoffe
ÖAF	Ökologische Ausgleichsfläche
ÖLN	Ökologischer Leistungsnachweis
P	Phosphor
PSM	Pflanzenschutzmittel
RAUS	Regelmässiger Auslauf im Freien
RGVE	Raufutter verzehrende Grossvieheinheit
SAK	Standardarbeitskraft
SG	Schlachtgewicht
u.a.	unter anderem
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

i Verweis auf weitere Informationen im Anhang (z.B. Tabellen)

Literatur

Almeida, J., 2011.

Food losses and food waste: A quantitative assessment for Switzerland.

Masterarbeit, Universität Basel.

Baier, U., Reinhard, B., 2007.

Bewirtschaftung organischer Abfälle aus Grossküchen im Kanton Aargau.

Kanton Aargau, Abteilung Umwelt und Hochschule Wädenswil.

Barilla Center for Food and Nutrition, 2012.

Food waste: causes, impacts and proposals

Beretta, C., 2012.

Nahrungsmittelverluste und Vermeidungsstrategien in der Schweiz.

Masterarbeit, ETH Zürich.

Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), verschiedene Jahrgänge.

Agrarbericht 2000 / 2001 / 2002 / 2003 / 2004 / 2005 / 2006 / 2007 / 2008 / 2009 / 2010 / 2011.

Bundesamt für Statistik (BFS).

<http://www.bfs.admin.ch/>

Bundesamt für Umwelt (BAFU) und Bundesamt für Landwirtschaft (BLW), 2008.

Umweltziele Landwirtschaft. Hergeleitet aus bestehenden rechtlichen Grundlagen.

Umwelt-Wissen Nr. 0820. Bundesamt für Umwelt, Bern: 221 S.

Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), 1996.

Schriftenreihe Umwelt Nr. 273.

BUWAL, Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft, 2001/02.

Erhebung der Kehrrechtzusammensetzung.

Schriftenreihe Umwelt Nr. 356.

European Environment Agency (EEA), 2009.

Water resources across Europe – confronting water scarcity and drought.

Falconer, I.R., Chapman, H.F., Moore, M.R., Ranmuthugala, G., 2006.

Endocrine-disrupting compounds: A review of their challenge to sustainable and safe water supply and water reuse.

Environ. Toxicol. 21, 181–191.

Flury C., Peter K., 2011.

Evaluation der Effektivität von Betriebshilfemassnahmen im Zusammenhang mit finanzieller Bedrängnis und Verschuldung.

Zürich und Bern.

Fuhrer J., 2010.

Abschätzung des Bewässerungsbedarfs in der Schweizer Landwirtschaft.

Fuhrer J., 2012.

Abschätzungen zum Wasserbedarf und zur Wasserverfügbarkeit in der Schweizer Landwirtschaft unter heutigen und zukünftigen Klimabedingungen.

Fuhrer J. & Jasper K., 2009.

Bewässerungsbedürftigkeit in der Schweiz.

Schlussbericht zum Projekt BB-CH. Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, Zürich.

Garthwaite, D.G., Barker, I., Parrish, G., Smith, L., Chippindale, C., Pietravalle, S., 2011.

Pesticide Usage Survey Report 235, Arable Crops in the United Kingdom 2010.

Department for Food, Environment and Rural Affairs, Defra.

Gnehm F., 2012.

Der Wasser-Fussabdruck der Schweiz. Ein Gesamtbild der Wasserabhängigkeit der Schweiz.

WWF Schweiz.

Grave K, Torren-Edo J, Mackay D., 2010.

Comparison of the sales of veterinary antibacterial agents between 10 European countries.

Journal of Antimicrobial Chemotherapy, 65: 2037–2040.

Gustavsson, J., Cederberg, C., Sonesson, U., Otterdijk, R. v., Meybeck, A., 2011.

Global food losses and food waste.

Food and Agriculture Organization, FAO.

Hamscher, G., 2008.

Review: Tierarzneimittel in der Umwelt unter besonderer Berücksichtigung von Stallstäuben.

Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 3, 165–173.

Hanselman, T.A., Graetz, D.A., Wilkie, A.C., 2003.

Manure-Borne Estrogens as Potential Environmental Contaminants: A Review.

Environ. Sci. Technol. 37, 5471–5478.

Heldstab J., Reutimann J., Biedermann R., Leu D., 2010.

Stickstoffflüsse in der Schweiz. Stoffflussanalyse für das Jahr 2005.

Bundesamt für Umwelt, Bern. Umwelt-Wissen Nr. 1018.

Kantor, L. S., Kathryn, L., Alden, M., Victor, O., 1997.

Estimating and addressing Americas's food losses.

Food Review, 20 (1).

Khan, S.J., Roser, D.J., Davies, C.M., Peters, G.M., Stuetz, R.M., Tucker, R., Ashbolt, N.J., 2008.

Chemical contaminants in feedlot wastes: Concentrations, effects and attenuation.

Environment International 34, 839–859.

Kim, K.R., Owens, G., Kwon, S.I., So, K.H., Lee, D.B., Ok, Y., 2011.

Occurrence and Environmental Fate of Veterinary Antibiotics in the Terrestrial Environment.

Water, Air, & Soil Pollution 214, 163–174.

Overesch, G., Buttner, S., Rossano, A., Perreten, V., 2011.

The increase of methicillin-resistant Staphylococcus aureus (MRSA) and the presence of an unusual sequence type ST49 in slaughter pigs in Switzerland.

BMC Veterinary Research 7, 30.

Papadopoulos, E., Gallidis, E., Ptochos, S., 2012.

Anthelmintic resistance in sheep in Europe: A selected review.

Veterinary Parasitology.

Sutherland, I.A., Leathwick, D.M., 2011.

Anthelmintic resistance in nematode parasites of cattle: a global issue?

Trends in Parasitology, Vol. 27, No. 4 (176–181).

Taylor, M.A., 2001.

Recent Developments in Ectoparasitocides.

The Veterinary Journal 161, 253–268.

WRAP, 2010.

Waste arisings in the supply of food and drink to households in the UK.

